Die Geschichte

der

Berliner Bewegung

von

Max Schön.

Leipzig,
Verlag von Martin Oberdörffer.
1889.

Die Geschichte

der

Berliner Bewegung

von

Max Schön.

~~Lieferung I.~~

Leipzig,
Verlag von Martin Oberdörffer.
1889.

Vorwort des Verfassers.

In der inneren vaterländischen Politik hat sich seit Jahren ein bedeutsamer Wechsel vollzogen, indem das von den großen Staatsumwälzungen am Ende des vorigen und in der Mitte dieses Jahrhunderts zu uns herübergekommene Weltbürgerthum seine Führerrolle an den staatlichen und nationalen Gedanken abtrat. Daß sich eine derartige Wendung der politischen Grundanschauungen im Volk nicht ohne ernste Kämpfe und nur allmählich vollziehen konnte, liegt auf der Hand; und diese Kämpfe haben manche Schweißtropfen derjenigen edlen Männer gekostet, welche sich an die Spitze der nationalen Bewegung stellten. Dank der Fürsorge eines allgeliebten, heute tief betrauerten Monarchen, dank der Umsicht seines auch heute noch an der Spitze der Regierungsgeschäfte stehenden genialen ersten Rathgebers und dank dem gesunden Sinn des Volkes, welcher das Richtige bald erkennen lernte, sind die Gegner von Etappe zu Etappe zurückgedrängt worden. Die gewaltige nationale und monarchische Strömung hat den mächtigen

Damm, den einst das Manchesterthum bildete, Stück für Stück abgebröckelt, und die Vertreter der Negation sans phrase sind auf ein winziges Häuflein zusammengeschmolzen. In der Reichshauptstadt, diesem Knotenpunkt des politischen Lebens, hat der entbrannte Parteikampf wohl am meisten gewüthet, und der Opfer genug gekostet. Gerade hier concentrirte sich die Hauptmacht der Gegnerschaft, bestehend in den Kerntruppen der socialen und bürgerlichen Demokratie. Der Kampf ist noch nicht zu Ende, denn von jener Seite werden immer neue Streitkräfte, immer neue Mittel und Waffen aufgeboten, um die letzten Forts der Hochburg sogenannter „bürgerlicher Freiheit" zu vertheidigen. Einen eclatanten Sieg hat demnach der den monarchisch-nationalen und conservativen Gedanken in's Feld führende Theil der Bürgerschaft noch nicht zu verzeichnen, doch schon allein die dahin gehenden Anstrengungen und Vorarbeiten sind interessant, lehrreich und auch für ferneres Fortschreiten auf dem betretenen Wege ermuthigend genug, um sie von ihren ersten Anfängen an einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Wenn ich mich nun dieser Aufgabe widme, so verhehle ich mir keineswegs die Schwierigkeiten dieses Beginnens, zumal in der heutigen Zeit, wo manche politischen Dinge, die noch vor kurzem die allgemeine Aufmerksamkeit erregten, bei einem Theil der nationalgesinnten Bürgerschaft für antiquirt gelten, seitdem durch die

Cartellbewegung ganz neue Gesichtspunkte eröffnet sind, deren Werth oder Unwerth zu erklären einer späteren Forschung überlassen bleiben muß.

Dennoch habe ich auf Anregung von politischen Gesinnungsgenossen die Arbeit auf mich genommen, an der Hand des mir zu Gebote stehenden reichen actenmäßigen Materials eine Schilderung der „Berliner Bewegung" zu veröffentlichen. Ich glaubte das um so mehr thun zu können, als ich einestheils, in früheren Jahren selbst als Vorstandsmitglied eines conservativen Vereins vor den Thoren Berlins thätig, dieser Bewegung persönlich nahe gestanden habe, anderntheils doch nicht nahe genug, um ein befangenes Urtheil für oder gegen diese oder jene Persönlichkeit, diesen oder jenen localen Streitpunkt zu haben. Die leitenden Personen, welche mehr oder weniger bisher namentlich hervorgetreten, sind mir zum größten Theil bekannt, so daß ich mir getraue, eine zutreffende Meinung über ihre Thätigkeit abgeben zu können.

Indem ich noch bemerke, daß ich niemals Mitglied der christlich-socialen Partei oder des deutschen Antisemitenbundes oder eines der Berliner Bürgervereine gewesen bin, möchte ich noch hervorheben, daß es mein Bestreben sein soll, in meinen nachfolgenden Ausführungen mich auf rein sachlichem Boden zu bewegen. Ich fühle mich vollkommen frei von jeder persönlichen Abneigung; meine eigne gänzlich freie Stellung aber

erlaubt mir auch, an den hervortretenden Personen eine sachliche Kritik zu üben, wobei ich mich bemühen werde, durchaus objectiv zu bleiben.

Zu großem Dank verpflichtet für die gütige Unterstützung meiner Bemühungen um eine gute und richtige Grundlage meiner Ausführungen bin ich den Herren Hofprediger Stöcker, Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Wagner, Abgeordneten Cremer, Verlagsbuchhändler Luckhardt und anderen Führern der „Berliner Bewegung". Der heute entbrannte Streit beeinflußt mich bei der gegenwärtigen Aufgabe nicht im geringsten. Ich habe es hier mit vergangenen Thatsachen zu thun.

Immerhin wird es trotz aller darauf verwendeten Sorgfalt meinerseits vorkommen, daß mir Irrthümer und Fehler unterlaufen. Ich bitte daher die geneigten Leser um ihre gütige Nachsicht.

Schöneberg bei Berlin, im April 1889.

Max Schön.

Inhalt.

1. Capitel.

Die politische Lage in der Reichshauptstadt nach dem Kriege 1870/71.

Motto:
Wer in der Welt ist frei von allen Banden?
Wir sind gebunden — alle, die wir sind.
Im Hause binden uns der Liebe Pflichten,
In der Gesellschaft bindet uns die Sitte,
Im Staate bindet uns das Staatsgesetz,
Und die Nothwendigkeit in der Natur.
Ja, selbst die ew'gen Geister sind gebunden:
Denn ein Gesetz muß sein, nach dem sie sind.
(Raupach.)

Die siegreichen Truppen, und an ihrer Spitze der greise Kriegsherr, hatten durch das Brandenburger Thor ihren glänzenden Einzug gehalten. Die hochgehenden Wogen patriotischer Begeisterung waren allmählich im Getriebe des Alltagslebens abgeglättet, und auch die politischen Strömungen lenkten nach und nach in die altgewohnten Bahnen ein, aus denen sie durch das gewaltige Völkerringen an der Mosel, Maas und Seine seit Jahresfrist hinausgedrängt waren.

Ein stolzes Bewußtsein mußte freilich dieser jetzt wieder mehr hervortretenden inneren Politik einen sie von der Vergangenheit erheblich unterscheidenden Charakter verleihen, denn der Traum vom einigen Deutschland war erfüllt, und vom Palais des geliebten Landesherrn wehte stolz die Kaiserflagge. Doch gewann es alsbald den Anschein, als ob jene ungeheure Errungenschaft in der deutschen Bevölkerung ihrem vollen Werthe nach nicht vollständig erkannt wurde, denn überall, insbesondere aber auch in

Berlin, machten sich alsbald solche politische Elemente geltend, welche sich dem durch die Kriegsereignisse und den denkwürdigen Act von Versailles am 18. Januar 1871 zur vollen Blüthe gediehenen nationalen Gedanken schädlich und feindlich erwiesen. Und es konnten diese Elemente um so mehr an Boden gewinnen, als ihnen kaum ein merkliches Gegengewicht in den Anhängern altpreußisch-monarchischer und reichsdeutsch-nationaler Anschauung geboten wurde, denn die Ersteren waren in der Hauptstadt des Reichs nur äußerst schwach vertreten und die Letzteren waren von der endlichen Erfüllung ihrer Träume und glühendsten Wünsche hinsichtlich der deutschen Einheit noch so befangen, daß sie aus diesem angenehmen Verdauungsproceß heraus vor der Hand nicht die Kraft und den Willen finden konnten, sich zu neuer Thätigkeit aufzuraffen. Und doch wäre dies um so mehr erforderlich gewesen, als es nunmehr galt, den in Versailles durch die Fürsten Deutschlands aufgeführten Rohbau des Reiches auch nach innen zu vollenden und weiter zu führen. Die Fürsten hatten unter Aufgabe mancher Privilegien, unter manchen persönlichen Opfern früherer Machtvollkommenheit und Selbstständigkeit dem mächtig hervortretenden Volkswunsche ihr Entgegenkommen bewiesen. Jetzt hatte das Volk selbst die Verpflichtung, dieses Geschenk auszunutzen und sich desselben würdig zu machen. Aber gerade diejenige Partei, welche sich zu Zeiten des norddeutschen Bundes und auch früher schon als die Trägerin des deutschen Nationalgedankens hingestellt, die nationalliberale, schien ihre Mission jetzt als erfüllt zu betrachten; sie verharrte einestheils in Unthätigkeit den jetzt hervortretenden Anforderungen der inneren Politik gegenüber, anderntheils aber schlug sie sich geradezu auf diejenige Seite der politischen Parteien, von welcher die Lösung weiterer in der Consolidirung des jungen Reichs bestehender Aufgaben am allerwenigsten erwartet werden konnte.

Ich betrachte es als einen Antagonismus merkwürdiger Natur, daß zu gleicher Zeit mit der äußeren Neugestaltung der deutschen politischen Verhältnisse eine auf das stricte Gegentheil hinauslaufende Bewegung im Volk Raum gewann, daß zugleich

mit der Festsetzung der Grenzen des Deutschen Reichs in seiner mit dem wiedererworbenen Elsaß-Lothringen reorganisirten Gestalt eine Idee im Bürgerthum Platz erhielt, welche diese festen nationalen Grenzen zu Gunsten der Internationalität und der freien Völkerbewegung wieder verwischte. Die beiden hervorragendsten Repräsentanten dieser Idee waren Fortschritt und Socialdemokratie, beide so grundverschieden und dennoch in Anbetracht der gemeinsamen demokratischen Basis so nahe mit einander verwandt! Auf verschiedenen Gebieten operirend und sich von Zeit zu Zeit auch recht feindlich gegenüberstehend, haben sie bis auf den heutigen Tag ihre gleiche Abstammung und den gleichen Ausgangspunkt nicht verleugnet, welcher in dem Worte „Demokratie" liegt.

In dem Bestreben, die dem Volke durch die Verfassung verliehenen Rechte seines mittelbaren Antheils an der Führung der Staatsgeschäfte immer höher hinaufzuschrauben, haben beide Parteien unentwegt zusammengestanden, und gegen diese Hauptaction tritt die Trennung der beiden Marschrouten mehr in den Hintergrund; eine Trennung, die, abgesehen von den immerhin ziemlich ungleichen Endzielen, auf der Verschiedenartigkeit der wirthschaftlichen Grundanschauungen beruhte. Denn während die in der Fortschrittspartei zur vollen Herrschaft gelangte manchesterliche Lehre vom freien Spiel der Kräfte und der durch kein gesetzliches Hemmniß, keinen Druck der Staatsgewalt eingeengten Concurrenz aller Wirthschaftskräfte des eigenen Landes und der gesammten civilisirten Welt die maßgebende Rolle spielte, stand die socialdemokratische Partei in Gemäßheit ihrer elementaren Zusammensetzung und ihrer Recrutirung aus dem Arbeiterstande solchem Beginnen schroff gegenüber. In der That kann es für den Arbeiterstand auch nichts geben, das die Besserung seiner Lage weniger fördert, wie eine maßlose Concurrenz, denn die dadurch hervorgerufene Unsicherheit der wirthschaftlichen Constellation im allgemeinen wird ihren stärksten Rückschlag auf die Arbeit und ihre Träger ausüben, während das Capital, dieser andere vornehmlichste wirthschaftliche Factor, vermöge seiner leichteren Beweglichkeit stets oben schwimmt. Es erklärt sich daraus der Kampf

der Socialdemokratie gegen den Capitalismus, den er mit der Waffe der Organisation, der Production zu führen sucht; es erklärt sich ferner daraus auch der Haß der Enterbten gegen die Besitzenden, welcher die Triebfeder der socialistischen Agitation gegen die bestehenden Staats- und Gesellschaftsverhältnisse bildet.

Fürst Bismarck sagte einst: „Die sociale Frage ist eine Magenfrage.“ Daß die Fortschrittspartei diesen Lehrsatz nicht als richtig erkannt, hat sie in eine gegnerische Position nicht allein zu den heutigen Socialreformen und zur heutigen Wirthschaftspolitik gebracht, sondern auch zu den Socialdemokraten; und doch verbindet, wie schon oben angedeutet, eine bis auf kleine Unterschiede gemeinsame Anschauung von der politischen Gestaltung des Staatswesens beide Parteien zum gemeinschaftlichen Handeln. Der Fortschritt bleibt freilich zunächst noch auf einer mittleren Etappe stehen, indem er das Wesen der heutigen Monarchie dahin umzugestalten strebt, daß wir statt des kräftigen und in das Staatsleben selbstständig eingreifenden socialen Königthums ein repräsentatives Scheinkönigthum erhalten. Aber ich bin davon überzeugt, daß, wenn diese Etappe, was Gott verhüte, jemals erreicht werden sollte, die gedachte Partei sich nicht besinnen oder auch vielleicht schwach genug sein würde, mit der Socialdemokratie zusammen zur völligen Abschaffung jenes Königthums zu schreiten, welches eben kein Königthum mehr ist.

Die vorhin gekennzeichneten gemeinsamen und doch unterschiedlichen Anschauungen hatten nach dem großen Kriege in Berlin die überwiegende Majorität der Bevölkerung gefangen genommen, und dies gelangte auch bereits in den Berliner Reichstagswahlen des Jahres 1871 zum Ausdruck, indem der Wahlkampf fast ausschließlich von Fortschritt und Socialdemokratie geführt wurde. Denn die kleine Anzahl von 1574 Conservativen, welche im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise dem Fortschrittsmann das Mandat streitig machte, kommt hierbei doch nur in geringem Maaße in Betracht. Das Jahr 1874, in welchem die nächste Wahl stattfand, brachte hier nur eine unbedeutende Aenderung, denn obwohl jetzt auch im ersten Wahlkreise eine Zahl von 586 con-

servativen Wählern auf dem Plan erschien, war die conservative Stimmenzahl im zweiten Wahlkreise entsprechend heruntergegangen. In allen sechs Wahlkreisen hatte der Fortschritt noch stets die Oberhand, doch sehen wir beim Vergleich der Berliner Wahlstatistik aus den Jahren 1871, 74 und 77 ein immer energischer werdendes Hervortreten der socialen Demokratie, welche über ihre Stiefschwester, die bürgerliche Demokratie, im letzteren Jahre schon im vierten Wahlkreise mit 10 769 gegen 7001 Stimmen, und im sechsten mit 9569 gegen 6856 den Sieg errang. Damals erblickten wir bei der ersten Wahl im ersten Berliner Wahlkreise noch einmal, gewissermaßen als Eintagsfliege, den Nationalliberalismus, der gegen den Fortschritt mit 3074 Stimmen siegte. Doch ist dieser auf altersschwachen Füßen stehende und schon den Wurm des innern Zerfalls, der Sezession, in sich tragende Nationalliberalismus bis zu den Septennatswahlen niemals wieder merklich oder gar ausschlaggebend auf der Bildfläche des Berliner politischen Lebens erschienen. Ich werde auf die Regeneration dieser Partei später zurückkommen.

Neben den beiden politischen Hauptlagern der Opposition aber machten sich in Berlin auch noch andere mit ihnen im Bunde befindliche Einflüsse und Elemente gegen den Conservativismus und wieder andere gegen die von Kaiser Wilhelm dem Siegreichen (wie er schon damals genannt wurde) gutgeheißene Regierungspolitik seines genialen Kanzlers geltend, und zwar wurzelten diese letzteren Einflüsse in hervorragender Weise in der persönlichen Abneigung gegen den Staatsmann, die in verschiedenen, oft der höchsten Gesellschaft und dem Hofe angehörigen Kreisen in nicht mißzuverstehender Weise zu erkennen war. Die Unnatur und damit auch die Lebensunfähigkeit dieser letzteren Strömung erklärte sich daraus, daß sie, im Grunde genommen durchaus auf hochconservativer Grundlage beruhend, mit dem Gedanken der tiefsten Ehrfurcht vor dem Monarchen und orthodox-kirchlichen Neigungen durchsetzt, nur einzig und allein gegen die Persönlichkeit frondirte, welche der Wille und das Vertrauen eben desselben ehrfurchtsvoll geliebten Herrschers an die Spitze seiner Regierung

und der Reichsverwaltung berufen hatte. Der darin liegende Widerspruch mußte den Todeskeim von vorne herein in diese Separatbewegung legen, und in der That ist dieselbe, soweit sie überhaupt an die Oberfläche der Politik in Berlin trat, alsbald wieder verschwunden. Als der officielle Vertreter jener Bewegung trat der Redacteur der „Reichsglocke", Joachim Gehlsen, auf.

Es ist für mich eine so undankbare und auch unangenehme Aufgabe, über die Reichsglockenperiode, die übrigens längst der Vergessenheit angehört, zu sprechen, daß ich thunlichst kurz darüber hinweg gehen werde. Ich kann das um so eher, als die meisten der Männer, die damals irgend eine Rolle dabei gespielt haben mögen, im Laufe der Zeit mit den bestehenden Thatsachen sich vollkommen ausgesöhnt haben. Andre sind verstorben, noch andre leben, wie Gehlsen, im Auslande, und nur einige wenige unversöhnlichen Naturen haben sich grollend zurückgezogen. Sie spielen aber heute keine Rolle, können sie auch nicht spielen, denn sie stehen verständnißlos gegenüber den klaren Anforderungen ihrer Zeit.

Ich lasse den persönlich betheiligten und völlig intacten, weil heute durchaus unbefangenen Zeugen jener Periode, den Redacteur Talchau, in Berlin wohnhaft, selber reden.

> „Der Autor dieses Werkes fordert mich zur Aufzeichnung meiner Erinnerungen aus der ‚reichsglöcklichen' Sturm- und Drangperiode auf, und ich unterziehe mich dieser Arbeit um so lieber, als es mir dadurch ermöglicht sein dürfte, mich in den Augen derer, die nicht zu meinen näheren Bekannten zählen, zu rehabilitiren. Noch heute — nach elf Jahren — begegne ich nämlich zuweilen der vorgefaßten Meinung, als habe die ‚Deutsche Reichsglocke' mit dem ‚Unabhängigen', einem notorischen Schandblatte, dessen Angehörige wegen strafwürdiger Vergehen (Erpressung oder Nöthigung) verurtheilt wurden, in einem engern Zusammenhange gestanden, während thatsächlich nur unser damaliger Expedient Grünewald es war, der — als nach meiner und meines Nachfolgers Schellenberg Verhaftung die ‚Reichsglocke' das Zeitliche gesegnet hatte —

aus Gott weiß wo aufgetriebenen Mitteln jenes Schmutzblatt in's Leben rief.

Auch die ‚Reichsglocke' selbst ist — nicht nur infolge dieser Begriffsverwechselung, sondern bereits während ihres Bestehens — vielfach für ein Erpressungsorgan gehalten und als ‚Revolverblatt' bezeichnet worden, wohl weil es die damals wuchernden Schäden, vor allem das finanzielle und politische Gründerthum, in scharfer Sprache mit nicht immer gerade gewählten Ausdrücken geißelte. Die Person und das spätere Treiben eines Gehlsen rechtfertigte ja gewissermaßen eine solche Voraussetzung: die Mitarbeiterschaft eines Mannes wie Rudolf Meyer jedoch dürfte jeden Zweifel an der Integrität der ‚Reichsglocken'-Tendenz im Gegensatz zu einem Organ der Revolverpresse beseitigen.

Der Umstand, daß ich mich seit October 1878 bis Mai 1880 — wegen Beleidigung durch die Presse in mehreren Fällen — in Strafhaft befand, verhinderte mich, das Heer der gegen die Thätigkeit der ‚Reichsglocke' und mich selbst seitens der feindlichen Presse gerichteten Beschuldigungen zu widerlegen.

Die Cardinalfrage, um welche es sich hier handelt, ist ohne Zweifel die, ob thatsächlich eine Anti-Kanzler-Liga bestand, denn das Auftreten der ‚Reichsglocke' gegen das Börsenunwesen ist hier Nebensache.

Diese Cardinalfrage aber wird bejaht werden müssen.

Ich bevorworte hier ausdrücklich, daß ich den Fürsten Bismarck — trotzdem ich wegen Beleidigung seiner Person allein ein Jahr Gefängniß verbüßte — als den heutigen Führer der nationalen Partei hoch verehre.

Wenn nun behauptet worden ist, daß Gehlsen Erpressungen betrieben, so muß ich bemerken, daß ich zur Zeit meines Wirkens in der Redaction nichts darauf Bezügliches entdeckt habe; ich erinnere mich auch nicht, daß damals ein Fall vorgelegen hätte, woraus eine Anregung dazu geschöpft werden könnte. In der Hauptsache handelte

es sich ja um eine à tout prix-Opposition gegen den damaligen Nationalliberalismus und die Maßnahmen des Fürsten Bismarck seitens Angehöriger der conservativen Partei.

Die Tendenz des Gehlsen'schen Wirkens ist immer oppositionell gewesen; er hat diese Thätigkeit in den nacheinander gegründeten Blättern ‚Argos', ‚Laterne', ‚Eisenbahnzeitung' und ‚Deutsche Reichsglocke' geübt und mag, in jeder Hinsicht — auch in verwerflichem Sinne des Wortes ein Genie — wohl seine Rechnung dabei gefunden haben, wenngleich er sich stets in der größten Bedürftigkeit befand und sicherlich niemals auf einen grünen Zweig kommen wird."

Daß übrigens Gehlsen von Haus aus beabsichtigt habe, die Opposition gegen den Fürsten Bismarck journalistisch zu vertreten, möchte ich bezweifeln. Dazu ist er erst allmählich, und zwar wesentlich durch die Einwirkung des ehemaligen Legationssecretärs Otto von Loë gedrängt worden. Noch im Jahre 1875 hat Joachim Gehlsen den Versuch gemacht, eine „Vereinigung von deutschen Schriftstellern und Gelehrten" zusammenzubringen, deren wesentlichster, wenn auch nicht direct ausgesprochener Zweck war, die Politik des Fürsten Bismarck nach Möglichkeit zu unterstützen. An den monatelang dauernden Berathungen betheiligten sich unter anderen die Redacteure aller in irgend einer Hinsicht conservativen Tendenzen huldigenden Berliner Zeitungen. Selbst die „Germania" war durch den bekanntlich damals in ihrer Redaction thätigen Abgeordneten C. J. Cremer vertreten. Das Resultat war das nachstehende, in der Schlußberathung vom 31. October 1875 angenommene Statut: „Die freie Vereinigung deutscher Schriftsteller und Gelehrten erklärt, solidarisch zusammenzustehen auf folgenden Grundlagen:

I. Beförderung der Collegialität unter den von der goldenen Internationale unabhängigen, auf social-conservativer Basis stehenden Journalisten, Schriftstellern und Gelehrten.

II. Thatkräftiges Eintreten für die legitime Monarchie, bezw. das historische Recht, unter Festhaltung an der nationalen Idee und der förderativen Grundlage des Deutschen Reiches.

III. Bekämpfung der zersetzenden und zerstörenden Strömungen in Staat und Kirche.

IV. Bekämpfung der Corruption in der Presse.

V. Förderung der Wohlfahrt des Volkes auf materiellem und intellectuellem Gebiet."

Das in den Händen des Abg. Cremer befindliche Original-Actenstück trägt nur die Unterschriften von M. A. Niendorf und Cremer.

Gehlsen glaubte sich mit diesem Vorgehen an hoher Stelle — nämlich beim Fürsten Bismarck auf's beste insinuiren zu können. Doch als er hinsichtlich der nun fest erwarteten Goldfüchse klägliche Enttäuschung fand, da schlug er sich auf die andere Seite.

Man sieht also, daß das frondirende Vorgehen Gehlsen's ursprünglich aus verletzter Eitelkeit und betrogenen Hoffnungen leichten Gelderwerbs entstanden ist. Traurig genug, daß er Leute fand, die ihn unterstützten und, wie der erwähnte Freiherr von Loë, zu ihren Sonderzwecken ausnützten.

Soviel über die „Reichsglocken"-Affaire, die ich lediglich zur Beurtheilung der früher bemerkten neben den politischen Oppositionsparteien in Berlin hervorgetretenen Frondebewegung der 70er Jahre berührt habe.

Weit intensiver aber gestaltete sich diejenige oppositionelle politische Nebenströmung, welche in der Berliner Gemeinde und ihren Verwaltungskörpern Sitz und Nahrung erhielt. Es klingt sehr widerspruchsvoll, wenn ich behaupte, daß die Berliner Communalangelegenheiten politische Gebilde zeitigten, welche mit Fug und Recht als Seitenstücke zu den auf rein politischen Anschauungen gegründeten Parteien anzusehen sind, und daß die vom Berliner rothen Hause inaugurirte oder doch wenigstens dortselbst ihren Concentrationspunkt besitzende Communalbewegung eine Parallelaction mit der politischen bildete, beide denselben Tendenzen und Principien huldigend, beide mit denselben Agitationsmitteln betrieben, beide annähernd gleiche Ziele verfolgend. Der anscheinende Widerspruch, der in der Verquickung rein staatlicher und rein communaler Verhältnisse liegen mag, wird durch die

Thatsachen entkräftet, wie sie sich im Laufe einer politischen Periode von länger als zehn Jahren entwickelt haben, und ich werde an mehr als einer Stelle Gelegenheit nehmen, darauf zurückzukommen.

Weit mehr wie die politischen sind die communalen Verhältnisse auf der socialen Zusammensetzung der Bürgerschaft begründet, und so mußte für Berlin in jener Zeit, wo das sogenannte „Bierphilisterium“ eine ausschließlich dominirende Rolle in der Hauptstadt spielte, der Liberalismus selbstverständlich die Alleinherrschaft behalten. Der eingesessene wohlhabende Bürgerstand, bestehend aus Kaufleuten und Gewerbetreibenden, hatte hier von altersher die Alluren der „guten Revolutionäre“ übernommen. Der Raisonnirtisch in den Stammlocalen war die tägliche Abenderholung, für welche der Liberalismus immer neue Nahrung gab, und da von einer organisirten Gegenaction noch gar keine Rede sein konnte, so blieb das fortschrittliche Dogma privatim und officiell einfach unangetastet bestehen, zumal auch infolge des Dreiclassenwahlsystems der begüterte Bürgerstand leicht in der Lage war, sich dauernd von ihm unliebsamen Veränderungen in seiner städtischen Vertretung zu schützen. Die Arbeiter und derjenige geringere Theil der Bürgerschaft, welcher eine Veränderung der städtischen Verhältnisse in mancher Hinsicht herbeisehnte, wurde überstimmt, und da auf dieser Seite noch kein abgerundetes Programm vorhanden war, so blieb alles beim alten, d. h. so, wie es die fortschrittliche Majorität der städtischen Vertretung wünschte.

Da es sich nun nicht leugnen läßt, daß die fortschrittliche Stadtverwaltung den Bedürfnissen der maßgebenden Majorität im Bürgerthum nach Kräften entsprach, und zwar insbesondere, was das höhere Schulwesen, Straßenanlagen und andere öffentliche Einrichtungen betraf, so konnte es denn auch nicht fehlen, daß man mit dieser Art Verwaltung besonders zufrieden war und es für Pflicht und Ueberzeugungssache hielt, ein für die städtischen Verhältnisse anscheinend so nutzbringendes System auch auf die Politik übertragen zu helfen. Der Fortfall der indirecten Steuern, der Mahl- und Schlachtsteuer war mit Jubel begrüßt worden

als ein sichtbarer Fortschritt in der Cultur, und die Producten-händler, die Bäcker, Schlächter, Juden und alle solche, welche von dieser Neuerung den besten Gewinn hatten, verfehlten nicht, ihn in den Himmel zu heben. Desgleichen waren die mächtigen Haus-besitzer, die ihr ungeheures Uebergewicht über die miethsbedürftige misera plebs während der Wohnungsnoth der Gründerzeit recht aus dem Grunde kennen gelernt, von der Einrichtung der Miethssteuer, welche das en vogue befindliche directe Steuersystem der Commune Berlin um ein Erhebliches ausbauen half, ungemein befriedigt; konnte dasselbe doch nur zu ihrer Entlastung mit beitragen.

Zum Schluß des Capitels gebe ich für die in Berlin nicht bekannten Leser nachstehend eine kurze Uebersicht über die Eintheilung der sechs Wahlkreise nach den Hauptstraßen und Stadtvierteln Berlins.

Der erste Wahlkreis umfaßt die Gegend des Molkenmarktes-Alexanderstraße, nach der anderen Seite zu das Straßenquadrat bis zur Dorotheen-, Charlotten-, Kanonier-, Jerusalemerstraße;

Der zweite Wahlkreis schließt sich nach Westen zu an, und begrenzt die Tempelhofer-Schöneberger Vorstadt, das Bellalliance-Viertel bis zur Friedrich- und Anhaltstraße;

Im dritten Wahlkreise liegt die Louisenstadt mit Bethanien, der Mariannenstraße ꝛc.;

Der vierte Wahlkreis, welcher an den dritten und zum Theil auch an den ersten grenzt, zählt das Königs- und Stralauer Viertel, die alten Berliner Stadttheile, zu seinem Rayon, während

im fünften Wahlkreise das Spandauer Viertel, Oranienburger Viertel und die Friedrich-Wilhelmstadt liegen;

Der sechste Wahlkreis endlich grenzt an den ersten und zweiten einestheils, an den fünften anderentheils, indem er Moabit, Wedding und Gesundbrunnen umschließt.

Was die Bevölkerung anbetrifft, so wohnen im ersten Wahlkreise meist Kaufleute, im zweiten das höhere Beamtenthum, während im vierten und nicht minder im sechsten die Socialdemokratie, im fünften Wahlkreise aber besonders das handelnde und schachernde Judenthum zu Hause ist.

---

2. Capitel.

Der Staatssocialismus und der christlich-sociale Gedanke.

Die drohende Versumpfung aller wirthschaftspolitischen Verhältnisse in Berlin würde bei der herrschenden manchesterlichen Anschauung vielleicht zur thatsächlichen geworden sein, wenn nicht ein Factor sich dem entgegengestellt hätte, der freilich gewiß nicht das Kriterium der Förderung staatlicher Interessen in sich barg, aber wie schon im ersten Capitel angedeutet, in volkswirthschaftlicher Hinsicht wenigstens der Ueberhandnahme des Capitalismus und des egoistischen laisser faire nach Kräften entgegenwirkte, nämlich die Socialdemokratie. Der vernünftige Politiker hat noch niemals geleugnet, daß in den socialdemokratischen Bestrebungen in Ansehung des ersten Theils ihrer Benennung „social" ein recht tüchtiger Kern liegt, wie denn freilich der zweite Theil der Benennung „demokratisch" alles Gute wieder über den Haufen wirft. Da sich die Socialdemokratie als die Vertreterin der „Enterbten", der Besitzlosen und des arbeitenden Theils der Bevölkerung gerirte, so mußte sie sich als im dauernden ernsten Kampf gegenüber dem Besitz befindlich betrachten. Und wo dieser Kampf nur den unerlaubten Ausschreitungen dieses Besitzes der Besitzlosigkeit gegenüber galt, war er vollkommen berechtigt und nothwendig. Leider aber ging die socialdemokratische Tendenz viel weiter; sie richtete sich keineswegs gegen solche Ausschreitungen, sondern gegen den Besitz überhaupt. War dies schon verwerflich, so waren es die Mittel, mit denen die Socialdemokratie

den Kampf zu führen beabsichtigte, noch in höherem Grade. Die socialdemokratische Theorie von der Organisation der Production sollte praktisch durchgeführt werden durch eine vollständige Umwälzung aller im Laufe von Jahrhunderten aufgebauten staats-gesellschaftlichen Zustände, und im Laufe der Zeit, besonders als nach dem Tode des Zukunftspolitikers Ferdinand Lassalle, der kaltherzige Fanatiker Marx sich zum Chef der Partei aufgeschwungen hatte, war von einer auf gesetzlichem Wege durchzuführenden socialen Reform bei den Socialdemokraten kaum mehr die Rede, und die communistische Strömung gewann, besonders auch in Berlin, allmählich die Oberhand.

Es war indessen ein großer Irrthum, wenn die socialdemokratischen Führer lehrten, daß eine Besserung der materiellen Lage der Besitzlosen auf dem rein politischen Wege der staatlichen Umwälzung vor sich gehen könnte, denn die Erfahrung lehrte, daß gerade in jener Zeit, als am Ende des vorigen Jahrhunderts die „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" auf das Piedestal der besten Staatseinrichtungen gehoben ward, sich das Proletariat in schreckenerregender Weise vermehrte. Die Freiheit in ihrer schrankenlosesten Form hatte natürlich jede Controlle über die Verwendung dieser Freiheit nach der wirthschaftlichen Richtung hin aufgehoben; die Grenze der persönlichen Rechte und Pflichten war vollkommen verwischt und es war ein Wirrsal entstanden, das entschlossene Männer erst nach jahrzehntelanger Thätigkeit wieder einigermaßen beseitigt haben.

Um noch einmal zurückzugreifen: Parallel mit diesen lange Zeit sehr wenig hervortretenden realistischen Bestrebungen jener Männer aber liefen bis über die erste Hälfte des jetzigen Jahrhunderts hinaus die utopistischen Bestrebungen, welche sich in zwei mit einander um die Hegemonie streitende Unterströmungen theilten, von denen die eine, eben die manchesterliche, vom freien Spiel der Kräfte ohne jede Einmischung der Staatsautorität eine Besserung der socialwirthschaftlichen Zustände erwartete, während die socialdemokratische in einem heftig geführten Kampfe gegen die angebliche Existenz des ehernen Lohngesetzes mit allen

daraus entstehenden weiteren Fehden gegen Ordnung und Staat bestand.

Lassalle hatte nach dem Vorbilde von Ricardo die Lehre aufgestellt, daß der Arbeitslohn für die große Masse nur auf die zur Fristung der Existenz erforderliche Lebensnothdurft beschränkt sei; darüber hinaus aber eine unter der schwächlichen Gutheißung des Staats bestehenden Verabredung der Wohlhabenden bestände, die Früchte der Productivität den Arbeitern nicht zukommen zu lassen. Natürlich erzeugte eine solche Doctrin von dem übergroßen Antheil des Unternehmers am Gewinn der nationalen Arbeit Neid und Haß; die Neigung zum gewaltsamen Umsturz der Dinge ward durch die fortdauernde Agitation der socialdemokratischen Führer immer stärker, deren fortwährende Steigerung aber endlich die Regierung zu einem Schritt der Vorkehr und des Schutzes des öffentlichen Bewußtseins vor der immer dreister und drohender auftretenden Verführung bewog. Bei der im Jahre 1876 verhandelten Ergänzung des Strafrechts beantragte sie eine Bestimmung folgenden Inhalts: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Classen der Bevölkerung gegen einander aufreizt, oder die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängniß bestraft.“

Vergeblich jedoch wies der Minister des Innern zur Begründung dieses Antrages auf die drohende und immer wachsende Gefahr für Staat und Kirche hin, und bat den Reichstag dringend, der Regierung die geforderte Waffe zu geben, um nicht bald in die Nothwendigkeit zu kommen, zur Bekämpfung jener Gefahr weit schärfere Waffen, vielleicht in Kurzem die „blanke Waffe“ gebrauchen zu müssen. Der Reichstag hielt jene Erscheinungen und die ganze socialdemokratische Bewegung noch nicht für so gefährlich, um das ganze deutsche Volk unter eine so harte Drohung zu stellen.

Man ahnte nicht, daß die späteren Ereignisse ein entsprechendes Einschreiten der Staatsordnung zur unabwendbaren Noth-

wendigkeit machen würden, und daß das alsdann angewendete Heilmittel viel durchgreifender und viel empfindlicher sein müßte.

Die Erkenntniß von der Unumgänglichkeit einer reagirenden Thätigkeit solchen immer drohender werdenden Erscheinungen gegenüber war freilich schon, wie bereits erwähnt, seit langer Zeit vorhanden. Doch hatte sich der wirklich geeignete öffentliche Ausdruck für jene reagirende Thätigkeit bisher nicht gefunden, bis von verschiedenen Seiten her diejenigen individuellen Kräfte sich zusammenfanden, welche eine neue Bewegung zu inauguriren, welche einen Heilungsproceß für die social-wirthschaftlichen Verhältnisse vorzubereiten und durchzuführen im Stande waren. Das waren die Vertreter des staats-socialistischen und christlich-socialen Gedankens, die nach beiden Seiten hin Front zu machen hatten: gegen den nivellirenden Liberalismus und die revolutionäre Socialdemokratie.

Berlin hat den Vorzug gehabt, die beiden hervorragendsten Träger der genannten Richtungen in seinen Mauern zu bergen: den Staatssocialisten Adolf Wagner und den Christlich-Socialen Adolf Stöcker.

Wagner hatte mit andern bedeutenden Gelehrten und Repräsentanten der nationalen Staatsökonomie, von denen ich Schäffle, v. Scheel u. a. m. hervorhebe, einen kühnen Ansturm gegen die herrschende manchesterliche Richtung unternommen, und wenngleich auch bei diesem Beginnen der Satz wieder zur Geltung gekommen war, daß Rom nicht an einem Tage erbaut worden, so hatten jene Männer die Genugthuung, daß unbefangene Politiker ihre Bestrebungen dem vollen Werthe nach würdigten. Der Weg von der Theorie in die Praxis hinein war darum noch nicht geebnet, aber jene Männer des Katheders — mit billigem Spott auch Katheder-Socialisten genannt, — drangen mit ihrer Lehre immer weiter vorwärts, bis sie in dem neugegründeten „Verein für sociale Reform" einen Ausläufer zur Praxis fanden, dessen Organ „Der Staatssocialist" vollkommen geeignet war, den betreffenden Principien immer größere Verbreitung zu gewähren.

Ueber diese Principien schrieb Prof. Adolf Wagner folgendes: „Meines Erachtens ist es dringend geboten, daß gerade die

besitzenden Classen, und die conservativen wie liberalen Elemente in Staat, Kirche und Gesellschaft sich dazu ermannen, dem Socialismus eine objective Beurtheilung ohne Verwendung der Parteibrille, zu widmen. Der Socialist ist nicht nothwendig ein politisch radicaler, absoluter Gegner der Religion, oder philosophischer Materialist, vielmehr können Personen sehr verschiedener politischer oder religiöser Anschauung Socialisten sein.

Das eigentliche Wesen des Socialismus besteht in demjenigen großen nationalökonomischen System, welches dem ökonomischen Individualismus, also der Lehre von Adam Shmith, am entschiedensten entgegensteht. Es handelt sich im Socialismus namentlich um die principielle Umgestaltung einiger Hauptpunkte des Privatrechts, besonders des Privateigenthums an Grund und Boden und an Capital, sowie des Vertragsrechts, namentlich um Beseitigung des Arbeitervertrages."

Zugegeben, daß die spätere Entwickelung des conservativsocialen Programms die Verwirklichung der letzteren Ideen, und insbesondere, was die angedeutete Verstaatlichung des Grund und Bodens anbelangt, nicht besonders förderte, so war doch die Hauptsache erreicht, nämlich daß die Politik sich von dem Worte „social" oder „Socialist" nicht mehr mit dem schaudernden Entsetzen abwandte, wie das früher geschehen war.

Die Socialdemokratie war über die Wendung der Dinge zuerst ganz consternirt, und zwar besonders, als sie bemerkte, daß der geniale leitende Staatsmann, der sich über die praktische Verwirklichung des socialistischen Gedankens seit seinem persönlichen Verkehr mit dem klugen Führer der Socialdemokratie Lassalle gewiß schon längst vollkommen klar geworden war, die keimende Bewegung zu fördern begann, um darauf seine Reformpläne zu bauen. Die socialdemokratischen Führer konnten es zuerst nicht glauben, daß Fürst Bismarck ernstlich an derartige Reformen dachte, sie suchten ihn daher auf das damals herrschende System der Ausbeutung des Arbeiterstandes festzunageln, indem sie mit Sarkasmus folgendes schrieben:

„Für das Verlangen nach Erhöhung der Löhne und Ver-

kürzung der Arbeitszeit giebt es keine Grenze. Wenn das gemeine Volk den Finger hat, will es auch die ganze Hand haben. Es käme schließlich dahin, wo jetzt die Socialdemokraten sind: es verlangte eine staatliche Anweisung auf die vorhandenen Werkstätten, Maschinen, Rohstoffe, kurz es würde nach den vorhandenen Capitalien greifen, mit der Ausrede, es seien dieselben im Verlauf der Geschichte socialiter (gesellschaftlich) und nicht privatim erzeugt. Das Volk, im Besitz der Productionsmittel, würde ganz und gar für Lohn nicht mehr arbeiten, sondern das ganze Product beanspruchen und es unter die Arbeiter vertheilen wollen. Die heutigen Nichtarbeiter, wollten sie Unterhalt finden, würden gemeine Mitarbeiter werden müssen. Eine entsetzliche Wirthschaft!

Da weiß unser Kanzler besser Bescheid. Der Reichstag soll ihm sorgen helfen, daß die Arbeiter von diesen ‚verbrecherischen Thorheiten‘ abkommen. Nicht eigennützig an sich selber, sondern an den Bürger sollen sie denken und dem für geringen Lohn viel Arbeit leisten. Damit wird die Concurrenzfähigkeit der Nation und somit der gegenwärtige Nothstand gehoben. Die deutsche Arbeit soll wohlfeiler sein, wie die französische, englische und russische. Der deutsche Preis soll alle Preise überflügeln. Also soll dem deutschen Product Absatz verschafft und so dem gemeinen Volk, wenn auch nicht genug zum Leben, dann doch zuviel zum Sterben, wenigstens eine Pille wider den Hungertod verabreicht werden. Gleichzeitig — keine verächtliche Beigabe — wird damit gesorgt, ‚daß die Bürger nicht in ein gewisses Maß der Verarmung gerathen‘, sondern der Nationalreichthum wachse. Meine hohen Herrschaften, calculirt der Kanzler inwendig, die Junker, Cürassiere, Ministerial- und Tribunalräthe, Professoren und sonstige Staatsretter, fahren dabei alle nicht schlecht. Nicht zu leugnen, es ist System in der Sache, die ganze blühende Wirthschaft hängt an einem einzigen Schnürchen. Nämlich: die ärmeren und unzufriedenen Theile der Bevölkerung dürfen nur fleißig und sparsam mit Weib und Kind vom frühen Morgen bis in die späte Nacht für einen Apfel und ein Stück Brod ackern, hämmern und weben. Wenn es der Kanzler und sein

Reichstag dazu bringt, dann ist den Geschäftsleiden, dem Vermögen der Bürger, dem gegenwärtigen Nothstand und den Socialdemokraten ‚dauernd' geholfen. Das neue Reich florirt dann, Franzosen und Engländer können nicht mehr concurriren. Wollten es diese billiger thun, dann thuen wir es noch billiger. Möchte ich doch sehen, wo da die zahmsten Arbeiter sind! Die deutschen würden immer heimlicher, bis sie ihren Principalen aus der Hand fressen. Ja, wenn ich meine Pappenheimer recht kenne, melden sich schließlich alle zum Militär, essen Commisbrod, tragen Uniform, exerciren bei Tag, fabrikarbeiten bei Nacht, und singen: ‚Deutschland, Deutschland über Alles, über Alles in der Welt'. Was für eine wohlfeile und glorreiche Wirthschaft das sein wird! Dagegen kann Niemand concurriren. Unser Volk wird das absolut arbeits- und concurrenzfähige."

Auf der einen Seite suchten sie dem Fürsten auch noch den ultrafeudalen auf der andern den ultra-militärstaatlichen Mantel aufzunöthigen, ihn aber unter allen Umständen mit den Ansichten Wagner's in Gegensatz zu bringen, welcher sich unter theilweiser Zustimmung der Socialdemokratie in einer öffentlichen Versammlung gegen die Gewerkschaftsvereine des Dr. Max Hirsch im Sinne einer monarchisch-socialen Partei ausgesprochen hatte. Ich führe den Hauptinhalt der Rede deshalb an, weil er die Principien Wagner's im Anschluß an die späteren Christlich-Socialen enthält:

Die Dynastie der Hohenzollern habe in Bezug auf Förderung des Volkswohles und durch Errichtung des modernen deutschen Staates auf den Trümmern des mittelalterlichen Feudalwesens so Großes geleistet, daß man nicht berechtigt sei, zu sagen, daß die Monarchie mit der socialen Frage nichts zu thun habe. Weiter nahm Herr Wagner die Bestimmung des christlich-monarchisch-socialen Programms in Schutz, welcher zufolge eine größere ökonomische Sicherheit der Existenz für die Arbeiter herbeigeführt werden sollte. Es sei richtig, daß durch eine solche freie Vereinigung der Arbeitnehmer, wie der Gewerkvereine eine Verbesserung der ökonomischen Lage des Arbeiters herbeigeführt werden könne, aber selbst dem Vorbilde der deutschen Gewerk-

vereine, den englischen, sei dies im Wesentlichen doch nur möglich zur Zeit der aufsteigenden Conjunctur, fast niemals in Zeiten der herabgehenden. Außerdem aber könnten sie diese ihre wohlthätigen Wirkungen, sowie diejenigen ihres Versicherungswesens doch nur dann vollständig zur Geltung bringen, wenn alle Arbeitnehmer in einer solchen Organisation einbegriffen seien. Warum man denn da vor dem Worte „Zwang" so sehr zurückschrecke? Hätten wir denselben doch auf dem Gebiete der Schule und auf dem des Versicherungswesens wenigstens theilweise. Ein solcher Zwang als Erziehungsmittel des Volkes sei daher nicht zu verwerfen. Ein anderer Punkt des Programms der christlich-socialen Partei sei der Normalarbeitstag, den die Fortschrittspartei bisher abgelehnt, in England aber habe man denselben bereits wenigstens indirect durch die diesbezüglichen Bestimmungen über die Kinder- und Frauenarbeit, in der Schweiz aber sogar ganz allgemein auch für die erwachsenen männlichen Arbeiter eingeführt. Auch über den Punkt des neuen Programms, der von den internationalen Vereinbarungen zum Schutze der Arbeiter handle, sei die Fortschrittspartei bisher hinweggegangen, und dennoch sei er ein sehr beachtenswerther und müsse bei der Feststellung der Tarife scharf in's Auge gefaßt werden, denn nur diejenigen Industrieerzeugnisse des Auslandes sollte man billigerweise zur Concurrenz mit den heimischen zulassen, bei denen die Arbeitsbedingungen die gleichen seien; wenn in einem Staate Frauen- und Kinderarbeit rücksichtslos ausgebeutet, in einem andern solche Ausbeutung aber verboten sei, so dürften selbstverständlich die Producte des erstern nicht in dem zweiten ohne einen entsprechenden höheren Zoll zugelassen werden. Der Redner sprach sich sodann für die Erweiterung solcher staatlicher und communaler Unternehmungen, wie Gas- und Wasserzuführung, Pferdebahnen u. dgl., sowie für die Reichseisenbahnen aus, weil fiscalisches Gut Allen zu Gute kommt, und weil Staats- und Communalanlagen auf diesem Gebiete schon um deshalb besser sind, weil man bei ihnen der übeln Folge des Actienwesens, der Agiotage u. s. w. entgeht. Und wenn behauptet worden, die

Arbeiter und kleinen Beamten seien beim Staatsbetriebe nicht besser gestellt als beim Privatbetriebe, so entgegne er: dort hingen sie schließlich immer doch vom Gesetze, hier von der Willkür ab. Redner illustrirte dies noch an dem Beispiele eines der größten Industriellen (Krupp), der denen unter seinen Arbeitern, die socialdemokratischer Gesinnung seien, mit Entlassung gedroht habe, während in einem der größten Staatsbetriebe, dem der Post, notorisch ein großer Theil der unteren Beamten Socialdemokraten seien und trotzdem unbehelligt blieben. Was das Steuerwesen betrifft, so könnten, so lange der ungeheure Militäretat noch eine Nothwendigkeit sei, die man beklagen, aber nicht abwenden könne, die indirecten Steuern, gegen die er sonst sei, nicht entbehrt werden; da diese aber vorzugsweise die ärmeren Classen zu stark belasten, so solle man sich freuen, daß von conservativer Seite solche Forderungen aufgestellt werden, daß sie die progressive Einkommensteuer, Luxussteuern und die Erbschaftssteuer einführen, resp. weiter entwickeln wolle. Die liberalen Parteien hätten es bisher doch unterlassen in Ansehung der preußischen Classen- und Einkommensteuer, bei der dies doch sehr gut thunlich, die Forderung der Progression zu stellen. Von Luxussteuern halte er auch nicht viel, sie brächten zu wenig und träfen zu ungleich, dagegen würde eine nach den englischen Principien aufgelegte progressive Erbschaftssteuer vollständig genügen, das Deficit im Deutschen Reiche zu beseitigen, und man werde dann allerdings nicht nöthig haben, ‚die Pfeife des armen Mannes' zu besteuern.

Es wollte den Socialdemokraten freilich vor allem nur nicht in den Kopf, daß eine solche Wendung der Dinge überhaupt jemals von der Monarchie ausgehen könne. Die sociale Reform von oben her schien ihnen eine Unmöglichkeit. Bald indeß erfuhren sie, daß man diese auf monarchischem Grundgedanken liegende Socialreform sehr energisch im Auge behalte, denn der allezeit getreue Hüter des monarchischen Princips Fürst Bismarck sprach von Unfallversicherung, Tabakmonopol und Eisenbahnverstaatlichung, als Projecten, die zu verwirklichen er anstrebe. Der Communismus, den die Socialdemokratie auf den Schild erhoben,

mußte dabei freilich seiner Wege gehen, und deshalb nahmen die Führer jener Partei zunächst eine überaus gleichgültige Miene an, indem sie von einer „lächerlichen Farce“ sprachen, die der Kanzler insceniren wolle, um seine eigentlichen „arbeiterfeindlichen“ Ziele zu verstecken.

Nach beiden Seiten, nach der staatssocialistischen und der monarchisch-socialistischen hin machten die Socialdemokraten Front, indem sie sich etwa so hören ließen:

„Die Militärmonarchie und die capitalistische Productionsweise sind heute auf demselben Punkte angelangt, auf dem die feudale Productionsweise und die feudale Monarchie vor hundert Jahren in Frankreich angelangt waren. Das Deficit ist eine regelmäßige Erscheinung unserer Budgets geworden. Die Ausgaben können nur verringert werden, wenn man den Beuteantheil der herrschenden Classen am Staatsvermögen streicht, die Civilliste, die Gehalte und Pensionen der hohen Militärs und Beamten, die Eisenbahn-Subventionen und die Staatsschulden. Die Einnahmen können aber nur vermehrt werden durch Beseitigung der Privilegien der Bourgeoisie, durch ihre Expropriirung und die Einführung der Staatswirthschaft — Tabaksmonopol, Staatseisenbahnen 2c. Nur durch Acceptirung socialistischer Ideen können die Staatseinnahmen vermehrt werden, denn das Volk ist außer Stande, eine Vermehrung seiner directen und indirecten Steuerlast zu ertragen, da die capitalistische Productionsweise bereits aus einem Förderungsmittel zu einem Hemmniß der wirthschaftlichen Entwickelung geworden ist. Ihre Productivität hat nur mehr die Ueberproduction und die Verminderung des Consums zur Folge, sie überantwortet das ganze Volk mit Ausnahme weniger Begüterter dem Elend, die Bourgeoisie ist aus einer nützlichen zu einer überflüssigen, ja schädlichen Classe geworden. Die Durchführung socialistischer Ideen kann auch in wirthschaftlicher Beziehung allein diesen schädlichen Wirkungen entgegenarbeiten und sie zum Theile paralysiren.

Der Staatssocialismus ist also ebenso ein natürliches Product unserer Zeit, als die Reformideen Turgot's, Necker's und

Calonne's Producte des vorigen Jahrhunderts, und es ist ganz natürlich, daß alle jene denkenden Männer, denen die Monarchie höher steht, als die Bourgeoisie, Schäffle und Andere, Staatssocialisten werden. Womit nicht gesagt sein soll, daß alle Staatssocialisten denkende Menschen sind. Aber ebenso, wie jene Männer des vorigen Jahrhunderts scheitern mußten, ebenso naturnothwendig müssen es jetzt die Staatssocialisten. Selbst wenn Bismarck ebenso ehrlich und verständig als Turgot wäre, wenn seine Reformen mehr wären als ein blindes Tappen und Experimentiren ohne Klarheit und Plan, bloß eingegeben von der Erkenntniß, daß man auf dem bisherigen Weg nicht mehr weiter kann, selbst wenn er mit seiner Wirthschaftsreform wirklich die Arbeiter emancipiren wollte, wenn er die Parteien nicht bloß als Schachfiguren betrachten würde, die nur dazu da sind, gegeneinander ausgespielt zu werden, selbst wenn die staatssocialistische Bewegung auf der Höhe eines Schäffle und Wagner stünde, anstatt in bornirter christlich-germanischer Judenhatz wohlfeile Lorbeeren zu suchen, selbst wenn sie Alles das wäre, was sie sein könnte und was sie nicht ist, selbst dann wäre sie aussichtslos.

Noch beherrscht das Capital die europäischen Staaten und das wird nie zugeben, daß wirkliche socialistische Pläne zum Durchbruche gelangen.

Auch der Staatssocialismus betrachtet das Land ebenso als Domäne des Monarchen, wie es Turgot, Necker und Calonne betrachteten; er will bloß die jetzige miserable Verwaltung derselben durch eine rentablere ersetzen, deren Profit der Monarchie zufallen soll. Während die Socialdemokratie Alle zu Theilhabern des Gesammtcapitals macht, setzt der Staatssocialismus an Stelle vieler Capitalisten einen, den Monarchen; eine Ausbeutung der Arbeiter ist da ebenso gut, ja noch besser möglich, wie heute — und nach den Antecedentien der Hohenzollern nichts weniger als unwahrscheinlich.

Für den Staatssocialismus erwärmen sich daher weder die Unwissenden noch die Wissenden unter den Arbeitern. Am

allerwenigsten aber wird sich Jemand von so impotenten Machwerken wie dem Unfallversicherungsgesetz ködern lassen.

Die staatssocialistischen Anwandlungen unserer Machthaber werden und müssen daher scheitern, sie werden nicht die Brücke zum Communismus bilden, sie werden aber auch die Monarchie nicht retten können; die Bourgeoisie zieht das Königthum mit sich in den Abgrund — wenn der Mantel fällt, muß der Herzog nach! Der Staatssocialismus wird also nur ein Resultat haben, dasselbe, welches die Reformversuche am Ende des vorigen Jahrhunderts hatten. So wie diese erweckt er in den Köpfen das Interesse an den revolutionären Ideen; so wie diese macht er dem Volke klar, daß es ein Recht auf ein besseres Leben habe; so wie diese, zeigt er, daß man auf dem bisherigen Wege unmöglich mehr weiter kann, daß Neues geschaffen werden muß, wenn nicht binnen Kurzem Europa versumpfen soll — kurz, der Staatssocialismus ist die Bankerotterklärung des modernen Staates und der modernen Gesellschaft."

Dennoch konnten es jene Führer nicht verhindern, daß sich ein nicht unbeträchtlicher Theil der bisherigen Gesinnungsgenossen von ihnen ablöste und seine eignen dem Wagner'schen Staatssocialismus mehr zugeneigten, der doch wenigstens parallelen Wege ging. Die Herren Körner und Finn waren die Ersten, welche dazu den Muth fanden, und ich lasse eine Vertheidigung Körner's über diesen allerdings noch im ersten Stadium des Wollens — nicht des Vollbringens — gefaßten, daher noch nicht gänzlich geklärten Entschluß hier folgen:

„Unser Bruch mit der unserer Meinung nach von ihren Wegen abgekommenen gegenwärtigen ‚Socialdemokratie' hat der liberalen Presse Veranlassung geboten, uns ohne Weiteres und ohne daß wir selbst hierzu die geringste Veranlassung gegeben, mit dem Staatssocialismus zu identificiren, und die ‚gutgesinnte' socialdemokratische Presse à la ‚Reichsbürger' steht dieser hierin nicht nach; so daß ich es für angezeigt halte, mich hierüber einmal zu erklären, damit diese Mähr nicht doch endlich, wie so viel anderer Unsinn, Geschichte wird.

Zunächst würde es allerdings nöthig sein, den Begriff jener Leute über den Staatssocialismus einmal kennen zu lernen, denn wie die Dinge liegen, befinde ich mich in der höchst eigenthümlichen Lage, mich gegen eine Sache vertheidigen zu müssen, mit der ich im Grunde genommen sympathisire. Der ‚Reichsfreund‘ würde sich deshalb um seine Sache ein recht schätzenswerthes Verdienst erwerben, wenn er uns seinen Begriff über das Wesen des Staatssocialismus einmal definirte oder, wenn ihm selbst das zu gefährlich erscheint, die Berliner ‚Volkszeitung‘ oder die ‚Frankfurter Zeitung‘ mit denen er ja sehr intime Beziehungen unterhält (das läßt tief blicken! D. Verf.), an seiner Statt veranlaßte, ihm zu Hülfe zu kommen!

So lange jedoch eine solche Erklärung nicht vorliegt, bin ich zu der Annahme gezwungen, man wolle darunter verstanden wissen, wir hätten uns verbunden mit jener Stiftung von ‚Staatssocialisten‘, deren Organ der vom ‚Centralverein für Socialreform‘ herausgegebene und in Berlin erscheinende ‚Staatssocialist‘ ist.

Den ehrlichen Gegner wird es deshalb interessiren, hierdurch zu erfahren, daß das nicht nur nicht der Fall ist, sondern daß ich mich zu dem mir näher bekannten, am 1. Juli d. J. vom ‚Staatssocialisten‘ veröffentlichten Programm, in einem sehr weitgehenden Widerspruch befinde. Dasselbe kann ich von Finn sagen.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß der in unserem Wirthschaftsleben vor unseren Augen mit, ohne und trotz uns sich vollziehende Monopolisirungsproceß der Aufsaugung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb, eine, durch die Entwickelung der, nur dem Großbetrieb in seiner höchsten Vollendung zugänglichen Technik sowie alle sonstigen, mit dieser verbundenen Hülfsmittel sich ergebende culturell-ökonomische Potenz bildet, die ihren endgiltigen Abschluß schließlich doch nur einmal in der Vergenossenschaftlichung resp. Verstaatlichung desselben finden wird; während der ‚Staatssocialist‘ ähnlich dem bekannten Königsberger Bankier, diese Erscheinung wohl wahrnimmt, sie aber auf den Mangel eines geeigneten Circulationsmittels (Waarennoten) zurück-

zuführen sucht, also im Grunde genommen das heutige individualistische (capitalistische) Princip acceptirt und daher mit den Schulze'schen Hülfs-, Spar- und Vorschußvereinen sich nur insofern in Widerspruch befindet, als er hierbei die Initiative des Staates verlangt und die selbsthülferische Thätigkeit der Vereine des Herrn Schulze als nicht ausreichend negirt.

Es wird beim ersten Blick dem Denkfähigen einleuchten, daß der Gegensatz zwischen uns und dem modernen ‚Staatssocialismus' ein ziemlich schroffer ist, — schroffer als der Gegensatz zwischen Herrn Schulze und dem Staatssocialismus, denn beide sind in der Hauptsache sich einig, daß die heutige Productionsweise auf einer mit nur wenigen Modificationen zu erhaltenden ehernen Basis beruhe, während wir diese von Grund auf abgeändert sehen möchten, — thatsächlich also den weitgehendsten Socialismus vertreten.

Wir vertreten einen Socialismus, wie ihn Schäffle in seiner ‚Quintessenz des Socialismus' entwickelt und als wünschenswerth hinstellt, also einen Socialismus unter Weglassung alles überflüssigen Beiwerks. Wir sind also nicht der Meinung, daß wir vor allem Anderen das ‚stehende Heer' abschaffen, die ‚unvermeidliche Revolution' machen und aus der Landeskirche scheiden müssen, sondern wir glauben, daß diese Dinge mit dem Socialismus absolut nichts zu thun haben und bisher in eine ganz unqualificirte Verbindung gebracht waren. Ja, wir gehen noch weiter und behaupten, daß der Socialismus unsere landläufige Demokratie nicht absolut nöthig hat und sehr wohl — wenn nicht besser — ohne dieselbe möglich ist. Am allerwenigsten können wir aber zugeben, daß die politische Organisation unseres Staatswesens dem Socialismus in irgend einer Weise hinderlich wäre und daß der Socialismus die Aufgabe habe, in der bisherigen Weise sich principiell mit den Organen des Staates verfeinden zu müssen. Wir wollen im Gegentheil den Staat für unsere, die Sache des Socialismus, zu gewinnen suchen, damit er gleich uns die Realisirung des Socialismus als die selbstverständliche Consequenz unserer culturellen Entwickelung ansieht

und nicht in unnützer, das Wesen der Sache verkennender Weise diesem Proceß hinderlich in den Weg zu treten sucht. Wir wollen diesen Staat also nicht beseitigen, sondern seine Mithülfe bei der in embryonenhafter Entwickelung begriffenen neuen Gesellschaft in Anspruch nehmen.

Das ist unser ‚Staatssocialismus'."

Der von diesen Herren Körner und Finn damals gegründete Arbeiterbildungsverein wurde freilich nach dem Attentat Nobiling geschlossen, doch haben sich Beide bei später zu erörternden Gelegenheiten wieder bemerkbar gemacht.

Dies Vorgehen, obwohl nur erst mit dem Tasten eines von Blindheit Geheilten auf ihm bisher nicht sichtbar gewesenem Wege vergleichbar, obwohl es noch in ängstlicher Weise sich von dem gefürchteten monarchischen Socialismus des Professor Wagner zurückhielt, verfehlte nicht, Schrecken und Niedergeschlagenheit in die Reihen der Umstürzler zu bringen, um so mehr, als zu gleicher Zeit die auf Aenderung des wirthschaftlichen Systems hinzielenden Pläne des Reichskanzlers immer mehr in die Perspective traten. Sollte das Wohl der arbeitenden Classen am Ende doch von anderer Seite gefördert und befestigt werden, wie von socialdemokratischer? — Noch mehr aber gewann eine große Unsicherheit im socialdemokratischen Lager Raum, als neben dem Staatssocialismus und den von der staatlichen Autorität gefaßten Reformplänen noch von einer andern Seite her ein gewaltiger Gegner erwuchs, nämlich von der kirchlich-positiven Seite. Professor Wagner hatte über das Auftauchen einer anderweitigen socialistischen Richtung bereits Andeutungen gemacht, die vielleicht noch nicht verstanden oder voll gewürdigt wurden, aber das Auftreten des Hofprediger Stöcker mit dem christlichen Socialismus zerstörte alsbald die Illusion, als ob nur „theoretische Spielereien" oder „unzulängliche staatliche Reformen" den Zielen der Socialdemokratie entgegen stünden. In Verbindung mit Beiden gelangte der christliche Socialismus zumal in Berlin zu einer Bedeutung, welche Niemand vorhergesehen hatte.

Herr Stöcker gründete seine Anschauung von dem Socia-

lismus auf das im Jahre 1877 erschienene Buch von Pastor Todt „über den radicalen deutschen Socialismus und die christliche Gesellschaft“, in welchem die Aufgaben des Christenthums gegenüber den socialdemokratischen Tendenzen hervorgehoben wurden. Die Macht der Kirche schien, seitdem der Staat seine weltlichen Oberhoheitsansprüche in energischer Weise geltend gemacht hatte, nach Ansicht der Majorität des Volkes ein überwundener Standpunkt zu sein. Der Liberalismus hatte der Kirche seither Zoll für Zoll den Boden streitig zu machen gesucht und die Socialdemokratie wollte erst recht nichts von ihr wissen. Daß das Evangelium in gleicher Weise, wie vor fast zweitausend Jahren sich zu einer social-reformatorischen Macht emporschwingen könnte, glaubte in jenen Kreisen Niemand; der herrschende Materialismus schien die ethischen Kräfte des christlichen Glaubens vollkommen überwuchert zu haben.

Nun stand dieser Mann auf, welcher, gestützt auf die positiv-kirchliche Anschauung und in Anlehnung an die programmatischen Pläne des Reichskanzlers und des Professor Wagner, das praktische Christenthum zur Besserung der socialen Verhältnisse angewendet wissen wollte, jenes praktische Christenthum, das später auch Fürst Bismarck als den wirklichen Ausgangspunkt seiner Bestrebungen vor dem Reichstage bezeichnete.

Die Bezeichnung „christlich-social“ ist, wie ich hier noch einschalte, nicht von Herrn Stöcker erfunden worden, wie dies vielfach geglaubt wird. Mir liegt eine Probenummer des „christlich-socialen“ Blattes, eines von Jos. Schings in Aachen herausgegebenen katholisch-socialen Organs vom Jahre 1874, vor, welches jene Bezeichnung meines Wissens zum ersten mal annahm. Die katholisch-sociale Bewegung hat übrigens doch merkliche Unterscheidungszeichen von der evangelisch-socialen, wie sie von Herrn Stöcker inaugurirt ist. Aus der bezeichneten Probenummer läßt sich dies in einem Artikel erkennen: „Die Kirche als Mutter und Erzieherin der Armen“, in dem nämlich die katholische Kirche sich das alleinige Recht vindicirt, als Trägerin der socialen Bewegung zu dienen, und dem Staate nichts dergleichen

zuerkennen will. Der evangelisch-christliche Socialismus aber nimmt bekanntlich die Staatshülfe gerne und willig in Anspruch. In Aachen florierte schon zur Zeit meines dortigen Aufenthaltes in den Jahren 1873—74 die katholisch-sociale Bewegung unter der Aegide eines Geistlichen Namens Kronenmeier ganz bedeutend und die Versammlungen waren von der Arbeiterbevölkerung sehr stark besucht. Plötzlich wurde der geistliche Herr und sociale Lehrer wegen eines gemeinen Verbrechens verhaftet, und dadurch kam freilich die Bewegung sehr ins Stocken, bis sie von dem Clerus wieder energisch aufgenommen wurde. Das nebenbei!

Das von Herrn Stöcker entworfene Programm der in der Vorbereitung begriffenen christlich-socialen Partei, welches auch heute noch in Geltung ist, lautet folgendermaßen:

Allgemeine Grundsätze.

I. Die christlich-sociale Partei steht auf dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu König und Vaterland.

II. Sie verwirft die Socialdemokratie als unpraktisch, unchristlich und unpatriotisch.

III. Sie erstrebt eine friedliche Organisation der Arbeiter, um in Gemeinschaft mit den andern Factoren des Staatslebens die nothwendigen praktischen Reformen anzubahnen.

IV. Sie verfolgt als Ziel die Verringerung der Kluft zwischen Reich und Arm und die Herbeiführung einer größeren ökonomischen Sicherheit.

Einzelne Forderungen.

I. An die Staatshülfe.

A. Arbeiterorganisation.

1) Herbeiführung obligatorischer, sachlich geschiedener, aber durch das gesammte Reich hindurchgehender Fachgenossenschaften, mit ihnen zusammenhängend Regelung des Lehrlingswesens.
2) Einsetzung obligatorischer Schiedsgerichte.
3) Errichtung von obligatorischen Wittwen- und Waisen- sowie Invaliden- und Altersversorgungs-Rentencassen.

4) Autorisation der Fachgenossenschaften zur Vertretung der Interessen und Rechte der Arbeiter ihren Arbeitgebern gegenüber.
5) Verpflichtung der Fachgenossenschaften zur Haftung für die von den Arbeitern etwa zu übernehmenden contractlichen Verbindlichkeiten.
6) Staatliche Controlle des fachgenossenschaftlichen Cassenwesens.

B. Arbeiterschutz.

1) Verbot der Sonntagsarbeit. Abschaffung der Arbeit von Kindern und verheiratheten Frauen in Fabriken.
2) Normalarbeitstag, modificirt nach Fachgenossenschaften.
3) Energische Anstrebung der Internationalität dieser Arbeiterschutz-Gesetze; bis zur Erreichung dieses Zieles ausreichender Schutz der nationalen Arbeit.
4) Schutz der Arbeiterbevölkerung gegen gesundheitswidrige Zustände in den Arbeitslocalen und Wohnungen.
5) Wiederherstellung der Wuchergesetze.

C. Staatsbetrieb.

1) Arbeiterfreundlicher Betrieb des vorhandenen Staats- und Communaleigenthums und Ausdehnung desselben, soweit es ökonomisch rathsam und technisch zulässig ist.

D. Besteuerung.

1) Progressive Einkommensteuer als ausgleichendes Gegengewicht gegen bestehende oder zu schaffende indirecte Besteuerung.
2) Progressive Erbschaftssteuer bei größerem Vermögen und entfernteren Verwandtschaftsgraden.
3) Börsensteuer.
4) Hohe Luxussteuern.

II. An die Geistlichkeit.

Die liebevolle und thätige Theilnahme an allen Bestrebungen, welche auf eine Erhöhung des leiblichen und geistigen Wohles, sowie auf die sittlich-religiöse Hebung des gesammten Volkes gerichtet sind.

III. An die besitzenden Classen.

Ein bereitwilliges Entgegenkommen gegen die berechtigten Forderungen der Nichtbesitzenden, speciell durch Einwirkung auf die Gesetzgebung durch thunlichste Erhöhung der Löhne und Abkürzung der Arbeitszeit.

IV. Von der Selbsthülfe.

A. Freudige Unterstützung der fachgenossenschaftlichen Organisation als eines Ersatzes dessen, was in den Zünften gut und brauchbar war.

B. Hochhaltung der persönlichen und Berufsehre, Verbannung aller Rohheiten aus den Vergnügungen und Pflege des Familienlebens in christlichem Geiste.

Wichtig war, was Professor von Scheel darüber urtheilte: „Wir haben hier (in dem christlich-socialen Programm) ein socialpolitisches Programm vor uns, das einerseits jede revolutionäre Tendenz zurückweist, die Grundlagen der liberalen Wirthschaftsordnung (im wohlverstandenen Sinne des Worts) durchaus aufrecht erhalten will, aber zugleich sehr umfassende Aufgaben an den Staat in der Absicht stellt, durch eine ganze Reihe socialpolitischer Einrichtungen die Lage der ärmeren Classen zu heben, zu sichern, und der wirthschaftlichen Macht des Besitzes Schranken anzulegen. Es wird den socialdemokratischen Forderungen soweit entgegengegangen, als nur möglich, ohne revolutionär zu werden, zugleich aber den Socialdemokraten Fehde angekündigt, und zwar wegen ihrer gegen die Grundrichtungen unserer Gesellschaft gerichteten social wie politisch umstürzenden, und zugleich unchristlichen materialistischen Bestrebungen. Die liberale und ein Theil der conservativen Presse ist bekanntlich gegen diesen Mucker scharf in's Geschirr gegangen, ohne eigentlich die Gründe dafür genügend zu bezeichnen, da die Christlich-Socialen an loyaler Anerkennung der bestehenden Ordnung nur wenig zu wünschen übrig lassen."

Das Urtheil eines so ausgezeichneten Nationalökonomen war besonders geeignet, Anklagen von rechts und links gegen die

im Werden begriffene Bewegung zu zerstreuen und diese häuften sich, je mehr diese Bewegung in Berlin an Boden gewann. Sie wuchsen aber lawinenartig an, als Hofprediger Stöcker in der Ueberzeugung, daß nur persönliche Arbeit hier etwas fruchten könne, den Muth gewann, in die Volksversammlungen zu gehen und seine neue Lehre mit seiner Person zu vertreten. Das war unerhört! Man war es allzusehr gewohnt gewesen, daß besonders die evangelische Geistlichkeit sich ängstlich vor aller Politik, vor jeder außerordentlichen Berührung mit dem Volke zurückgezogen hatte, während freilich dieses Axiom in den Kreisen des katholischen Clerus schon längst nicht mehr zu Recht bestand. In den Zeiten des Culturkampfes war der katholische Geistliche der Träger der politischen Agitation, und nach dem Beispiel und der Lehre des Bischofs Ketteler hatte man auf jener Seite auch ernstlich begonnen, den socialen Fragen näher zu treten. Katholische Gesellen- und Arbeitervereine bestanden längst in Massen, um der Socialdemokratie entgegenzutreten, aber nun trat man auch von evangelisch-geistlicher Seite in die Action — das war, wie gesagt, unerhört!

Für den guten Fortgang der christlich-socialen Bewegung ist es von unberechenbarer Wichtigkeit gewesen, daß ein so hervorragender Nationalökonom, wie Professor Wagner, sich derselben principiell und thatsächlich energisch anschloß, denn er brachte in die vom christlich-positiven und monarchisch-socialen Geiste erfaßten Volksmassen, welche der im Entstehen begriffenen Partei günstig gegenüberstanden, die nicht unwichtige Ingredienz der wissenschaftlichen Begründung der praktischen Forderungen der Christlich-Socialen, und zugleich in den Vertretern seiner neuen nationalökonomischen Richtung eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Gelehrten, welche, wie ich das schon an dem Beispiel des Herrn v. Scheel bewiesen habe, in der Lage waren, die neue Bewegung auch in der Oeffentlichkeit zu vertheidigen.

Ich habe mich gelegentlich einer Unterredung, die ich mit Geh. Rath Professor Wagner hatte, über die Motive seines Zusammengehens mit Hofprediger Stöcker und seines Auftretens

in der christlich-socialen Partei unterrichtet, und den von mir persönlich hochverehrten Gelehrten dahin verstanden, daß seine ganze nationalökonomische Richtung ihn zu diesem Zusammengehen gebracht habe. Was die in dem Programm befindlichen Steuerprincipien der Christlich-Socialen anbelangt, so scheint mir der entsprechende Passus von Herrn Wagner selbst herzurühren. Auch für die internationale Regelung der Sonntagsarbeit und des Normalarbeitstages trat Herr Wagner mir gegenüber sehr scharf ein, indem er hervorhob, daß diese socialistische Forderung ihm viel wichtiger erscheine, wie die social-politische Gesetzgebung, welche wir augenblicklich in Arbeit haben.

Ohne eigentlich den Beruf des Volksredners in sich zu fühlen, wurde auf diese Weise Professor Wagner zu solcher Antheilnahme an der politischen Bewegung in Berlin hineingezogen. Wenn er sich neuerdings davon etwas zurückgezogen hat, so ist das nur auf den Umstand zurückzuführen, daß er den mit solchem öffentlichen Auftreten verbundenen körperlichen Anstrengungen nicht mehr in genügendem Maße gewachsen ist.

3. Capitel.

Die christlich-sociale Partei, ihre Entstehung und ihre ersten Kämpfe.

Kurz nachdem der „Verein für sociale Reform" in's Leben getreten, ging Hofprediger Stöcker mit der Begründung der christlich-socialen Arbeiterpartei vor. Alt und Jung wallfahrtete zu den von ihm angekündigten Volksversammlungen, um den bisher in Berlin noch nicht dagewesenen Anblick eines activen evangelischen Geistlichen als Volksredner auf der Tribüne zu genießen. Wahrlich, es gehörte Muth dazu, Muth und — Talent, die Massen zu beherrschen. Herr Stöcker besaß beides in hohem Grade. Seine Ruhe, gepaart mit seltener Rednergabe, gab ihm das moralische Uebergewicht über die Tausende unruhiger Querköpfe, die da vor ihm aneinandergedrängt standen; und wenn auch einmal die Brandung der politischen Erregung ihn von seinem Platze schier fortzureißen drohte, immer gelang es ihm, denselben zu behaupten. Wer die socialdemokratischen Volksversammlungen der 70er Jahre besucht hat, wird wissen, was dazu gehörte. Mochte nun das Auditorium gut oder übel auf Stöcker und sein Vorgehen zu sprechen sein — der Mann imponirte, er hatte gewonnen. Eine kleine aber tüchtige Schaar seiner ersten Anhänger machte ihm die Wege ebener und hier war es insbesondere der Schneidermeister Grüneberg, der „Renegat", wie ihn die Socialdemokraten nannten, welcher es an Eifer allen Andern hervorthat. Es steht fest, daß seine Dienste, die er Herrn Stöcker in der ersten Zeit seines Auftretens leistete, sehr bedeutend in's

Gewicht fielen, zumal der Letztere ohne eine derartige Adjutantenschaft aus dem Arbeiterstande selbst nicht hätte weiter arbeiten können.

In den ersten Tagen des Jahres 1878 fand die berühmte Eiskellerversammlung statt, aus welcher in kurzer Zeit die christlich-sociale Arbeiterpartei als von Freund und Feind anerkanntes Glied des politischen Berlin hervorgehen sollte. Klein war das Lebewesen nur noch, und seine Geburt war mit beträchtlichen Wehen vor sich gegangen, die freilich weniger Herr Stöcker, als vielmehr die eigentliche Mutter, die Socialdemokratie, empfinden mußte. Sie wandte sich von der „Mißgeburt“ denn auch sofort ab und trachtete fortan sie zu vernichten. Zur Ehre der Socialdemokratie muß es gesagt sein, daß sie die Rednerfreiheit in jener Versammlung bis zum Aeußersten gewahrt hat, und so konnte Herr Stöcker seine Ansichten unbehelligt und unbeirrt vortragen. Dann trat Most auf, dem damals noch nicht das Blut und die Wuth so weit in den klugen Kopf gestiegen war, wie heute; seine gewagte Dialektik war zwar scharf und schneidend, aber sie sprach noch nicht allen Gesetzen der Logik, des Herzens und des Anstandes Hohn. Er verstand es, die Zuhörerschaft in einen wahren Taumel zu versetzen, und so gelang es ihm, eine Resolution gegen die christlich-sociale Arbeiterpartei durchzusetzen, in welcher die Machtlosigkeit des Christenthums, die Thatlosigkeit der Diener der Kirche und — die Werthlosigkeit aller wirthschaftlichen Errungenschaften ohne Besitz der höchsten politischen Freiheit hervorgehoben wurde. Dennoch war es für Most und Genossen ein Pyrrhussieg, denn zahlreiche Anwesende bekamen die Lust und den Muth, der neuen Partei beizutreten, die ihren Entschluß in einer zweiten Versammlung wahr machten. Von großartigem Effect war eine Seitens der noch geringen Anzahl Christlich-Socialer einberufene Versammlung, welche ebenfalls im Eiskeller-Etablissement tagte, welche von vorn herein nur dem Zweck gelten sollte, die Ausführungen Most's und seine Resolution zu dementiren. Die socialdemokratische Parteileitung hatte den Befehl ertheilt, daß die Parteimitglieder die Versammlung nicht besuchen dürften. Dennoch war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt, und

zwar vorzugsweise von Socialdemokraten. Auch hier herrschte vollkommene Redefreiheit, welche von freundlicher und feindlicher Seite nach Gebühr ausgenutzt wurde. Frenetischer Jubel ertönte, wenn irgend ein socialdemokratischer Redner seine Brandcitate anbrachte; jede Beziehung auf Gott, Gewissen, Vaterland und Religion wurde durch betäubendes Geheul niederzuschreien versucht. Endlich stimmten die Socialdemokraten die Arbeiter-Marseillaise an — sie kamen nicht weit — sie verstummten, — denn aus hunderten von Kehlen tönte auf der andern Seite das alte, evangelische Streitlied: „Ein feste Burg ist unser Gott." Zwei Weltanschauungen im vollgepfropften Saal mit einander ringend — es war in Wirklichkeit ein dramatischer Augenblick.

Die Socialdemokratie hatte an diesem Abend noch mehr numerische Verluste, wie bei den beiden früheren Versammlungen, denn weit über 300 Mitglieder meldeten sich zur christlich-socialen Arbeiterpartei, und man war auf socialdemokratischer Seite darüber klar, daß etwas zu geschehen habe, um weitere Verluste an diesen furchtbaren Gegner zu verhindern. Es ward ein Massenaustritt aus der evangelischen Landeskirche inscenirt, den Most mit einer von Haß gegen Kirche und Gesellschaft durchtränkten Rede befürwortete. Noch widerlicher war eine zu gleichem Zwecke arrangirte Weiberversammlung.

An den Ecken und Enden des Saales waren große rothe Plakate mit der Aufschrift: „Massenaustritt aus der Landeskirche!" angebracht. Gegen 8½ Uhr Abends eröffnete Frau Hahn die Versammlung. Die zunächst vorgenommene Bureauwahl hatte zur Folge, daß Frau Hahn als Vorsitzende (Frau Stägemann, die zunächst gewählt worden, war nicht anwesend) und ein Fräulein Wache als Schriftführerin gewählt wurde. Darauf äußerte sich Most, mit einem Beifallssturm begrüßt, ungefähr folgendermaßen: Es sei ein erfreuliches Zeichen, daß auch die Frauen anfingen, die Männer im politischen Kampfe zu unterstützen. Haben die Socialdemokraten erst die Frauen für ihre Ideen gewonnen, dann haben sie die Jugend und mit dieser die Zukunft. Die Frauen seien nicht blos, gleich den Männern, die

Sclavinnen der Capitalmacht, sie seien in Folge der reactionären Staatseinrichtungen auch die Sclavinnen der Männer. Schon die Bibel erzähle, daß die Frau aus der Rippe des Mannes entstanden sei. Moses wollte damit jedenfalls andeuten: die Frau sei nur ein Bestandtheil des Mannes. Most ging nun ausführlich auf die socialdemokratischen Principien ein und bemerkte dann, zuerst habe man die social-demokratische Bewegung vornehm ignorirt, da man sie so wieder aus der Welt schaffen zu können geglaubt habe. Da diese Speculation sich aber als eine irrthümliche erwiesen, so hätten Männer der Fortschrittspartei einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben versucht. Auch dies Manöver sei nicht geglückt und nun sei der Kerkermeister als Retter der Gesellschaft aufgetreten. Allein die Socialdemokratie breite sich immer weiter aus und werde immer unwiderstehlicher. Deshalb schleichen sich nun Hof- und andere Prediger in die Arbeiterversammlungen und gründen selbst Arbeiterparteien, um Arbeiter gegen Arbeiter zu hetzen. Die beste Antwort auf dieses Gebahren sei: Massenaustritt aus der Landeskirche. Die Socialdemokraten wollen niemand die Religion rauben, aber diejenigen, die mit der Kirche gebrochen, müssen sich auch zum formellen Austritt ermannen können.

Missionsdirector Wangemann konnte in dieser wilden Furienversammlung, trotz mehrfachen Eingreifens keinen Erfolg erzielen. Mit abscheulichen, geifernden Redensarten über Gott, Kirche, Zucht und Sitte verließen die Megären den Saal. Doch aus dem Hauptzweck, dem geplanten Massenaustritt aus der Kirche, wurde nichts, und nur vereinzelte betreffende Anträge sind in jener Zeit bekannt geworden. Das mag zum Theil an dem überlegenen Einfluß gelegen haben, welcher von der wissenschaftlichen Zeitschrift der Socialdemokratie „Die Zukunft" ausging, die jene plan- und ziellosen socialdemokratischen Hetzereien gegen das Christenthum verurtheilte und rieth, diese Macht lieber zur Bundesgenossin der Partei aufzurufen.*) Nun, das war ja

*) Vergleiche: Christlich-social. Reden und Aufsätze von Adolf Stöcker. Velhagen und Klasing, Leipzig 1885.

geschehen, aber nur von demjenigen Theil der Socialdemokraten, welche sich der neuen Bewegung anschlossen. Leider hatte diese junge Partei, welche ihre Lebensfähigkeit damit bewiesen, daß in wenigen Wochen viele Hunderte von Mitgliedern derselben beigetreten waren, bei dem folgenden Schritt, den sie unternahm, mit neuen Widersachern und neuen Hindernissen zu kämpfen. Insbesondere war es die Presse aller bestehenden politischen Parteien, welche sich zu der neuen Anschauung theils skeptisch, theils direct feindlich verhielt. Entweder war man, auch auf konservativer Seite, darüber mißgestimmt, daß an die Seite des „Katheder-Socialisten" jetzt ein „Kanzel-Socialist" trat, dessen Thätigkeit man nur in der althergebrachten Weise, also auf der Kanzel, nicht aber in Volksversammlungen, sehen wollte; oder man war von der Macht der Socialdemokratie und des Liberalismus so fest überzeugt, daß man sich gar nicht zu der Hoffnung aufschwingen zu dürfen vermeinte, es könne ja einmal anders werden im Deutschen Vaterland — von den liberalen und socialdemokratischen Preßäußerungen vollständig zu schweigen. Aber auf der andern Seite hatte Hofprediger Stöcker auch die freudige Genugthuung, daß sein Streben Verständniß und Anerkennung fand. Mir liegen aus dem mir von Herrn Stöcker gütigst zur Verfügung gestellten Material Zuschriften von allen Gegenden Deutschlands und — sogar des Auslandes — vor, welche das bekunden. Dazu die treue Ergebenheit der eigenen Partei, die wohlwollende Aufmerksamkeit, welche man derselben in zunächst noch engeren, besonders geistlichen Kreisen zu schenken begann — Herr Stöcker konnte es daraufhin wagen, weiter zu gehen.

Wie unsicher übrigens der Liberalismus der neuen Zeitrichtung, besonders aber den Plänen des Fürsten Bismarck gegenüber, bereits wurde, geht aus einem socialdemokratischen Artikel hervor, welcher gegen den damaligen Redacteur der „Tribüne", Karl Braun, gerichtet war:

„Karl Braun wird social-konservativ! Zu diesem Ausrufe mußte man unwillkürlich kommen, wenn man den Leitartikel der letzten Nummer der ‚Tribüne' sich vergönnte. Denn in demselben

ist geradezu Bismarck als königlich preußischer Löser der socialen Frage proclamirt worden. Und diese lösende Eigenschaft des Kanzlers, heißt es in dem Artikel, ist es gerade, welche den Haß der Socialdemokraten erregt. Wie schade, daß nicht auch noch Brodneid als Motiv des social-demokratischen Kanzlerhasses angegeben wurde. Aber die Sache ist immerhin so auch schon hübsch genug, um es uns zu gestatten, daß wir unseren Lesern eine Dosis davon zu kosten geben. Fürst Bismarck — schreibt Karlchen — hat das Königs- und Beamtenthum als die neutralen Elemente im socialen Classenkampf erkannt; versöhnt er sie noch, wie es zu hoffen steht, mit dem Gedanken des liberalen Staates, so wird es auch möglich werden, unterstützt von den besten Kräften des Parlaments — nicht aber, wie in den jüngsten Tagen, im Widerstreit mit ihnen — die große Reformgesetzgebung sicherer und rascherer zu fördern als bisher. Jedenfalls ist der Reichskanzler der geeignetste Mann dazu, auch an die socialpolitischen Aufgaben mit demselben Gedanken hochherziger idealer Auffassung der Zukunft, mit dem Geist versöhnlicher Gerechtigkeit und sympathischer Theilnahme für die unteren Classen, mit demselben Selbstvertrauen zur Gestaltungskraft heranzutreten, welcher seine übrige Politik gekennzeichnet hat. Dies sollten auch einsichtige Socialdemokraten erfassen, dann könnte mehr ‚für das Volk‘ geschaffen werden, als durch die ewige Absingung des Refrains: ‚Wir haben lang genug geliebt, nun laßt uns endlich hassen!‘ Wollen etliche ‚einsichtige Socialdemokraten‘ anbeißen? Wir mögen sie nicht daran hindern.“

Freilich, auch die kirchlichen Kreise waren in anbetracht des Vorgehens des Herrn Stöcker unsicher geworden, und besonders die theologischen Professoren erörterten ein über das andere Mal die Frage, ob es den Geistlichen erlaubt sein dürfe, sich mit der Begründung einer socialen Partei zu befassen. Nicht immer fiel die Antwort bejahend aus, und Stöcker mußte seine Arbeitskraft durch die nothwendig gewordenen Abwehrschriften sehr zersplittern, bis eine kirchliche Autorität, Oberhofprediger Dr. Kögel, in einer Pastoralconferenz Gelegenheit nahm, die christlich-sociale

Sache und die persönliche Betheiligung Stöcker's zu vertheidigen. Dennoch versuchte man vielfache Kunstgriffe, um Stöcker's Sache zu discreditiren, und ihn in Widerspruch mit seinen Collegen zu bringen. Am meisten geschah dies dadurch, daß man die von ihm geleitete innere Mission mit seinen politischen Arbeiten in Verbindung bringen wollte.

Mitten in diese tiefgehende Bewegung hinein, welche sämmtliche politischen Gemüther in Berlin in Athem hielt, fielen die beiden Mordanschläge auf die geheiligte Person des Kaisers. Hödel-Lehmann war notorisch Mitglied der christlich-socialen Partei gewesen; zwar nur, um sich durch Zettelaustragen und andere Colportagearbeiten für die Partei einiges Geld zu verdienen; aber sein Name stand nun einmal in den Parteiregistern. Das gab zu den furchtbarsten Anklagen Veranlassung, welche von allen Seiten auf die Partei niederregneten. Selbst Mitglieder der conservativen Partei verurtheilten die christlich-sociale Bewegung als schädlicher, wie die socialdemokratische. Doch nachdem festgestellt worden war, daß Hödel auch Mitglied der Socialdemokratie gewesen war, legte sich der Sturm gegen die Christlich-Socialen einigermaßen. Mit nicht minder große Energie suchten sich die Socialdemokraten den infamen Burschen ebenfalls von den Rockschößen zu schütteln, und der socialdemokratische „Vorwärts“ brachte einen längeren Artikel, in dem er das Attentat als eine Puppencomödie, den Attentäter als einen Wahnsinnigen hinstellte. Er schrieb:

„Fassen wir zusammen:

Ein Attentat, dessen Existenz noch nicht bewiesen ist.

Ein Attentäter, von dem noch nicht bewiesen ist, ob er ein Attentäter.

Ein Attentat, dessen nichtpolitischer Charakter bewiesen wäre, falls festgestellt würde, daß ein Attentat vorliegt.

Ein Attentäter, dessen nichtpolitischer Charakter bewiesen wäre, falls festgestellt würde, daß er ein Attentäter ist.

Und auf diese Grundlage hin, ohne das Resultat der Untersuchung abzuwarten, ohne den Untersuchungsrichter zu befragen,

der sich, obgleich die Untersuchung noch nicht geschlossen, doch bereits vollständig davon überzeugt hat, daß die Lehmann'sche Revolver-Affaire kein politisches Verbrechen und Lehmann kein politischer Verbrecher ist — und auf diese Grundlage hin, so ohne alle und jegliche greifbare Handhabe, das monströse Ausnahmegesetz, welches unter dem Namen ‚Lehmanngesetz' ein unvergängliches Denkmal des — Ruhms seiner Urheber bilden wird!

Das ist beispiellos.

Und als es galt, das monströse Gesetz im Reichstag zu vertheidigen, hatte der Präsident des Reichskanzleramts Herr Hofmann und der neue Minister des Innern, der ‚junge Eulenburg,' nicht den leisesten Anhalt für die Annahme, geschweige denn den Beweis des Zusammenhangs zwischen den Bestrebungen der deutschen Socialdemokratie und der Lehmann'schen Revolver-Affaire."

Freilich hatte die Socialdemokratie alle Ursache, sich zu entlasten so weit es ging, denn das drohende Gespenst des Socialistengesetzes rückte ihr bereits in greifbare Nähe. Es blieb jedoch, wider Erwarten mancher Politiker, zunächst noch ein Schattenwesen, denn der Reichstag lehnte die Vorlage in unbegreiflicher Verblendung ab. Drei Wochen später geschah das Attentat Nobiling — es war theures Fürstenblut geflossen. Der Zusammenhang Nobiling's mit den anarchistischen Bestrebungen der Socialdemokratie ward ohne Weiteres festgestellt, und da die Regierung nicht Gefahr laufen wollte, einen weiteren Vorstoß gegen die verbrecherischen und gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie nochmals durch den Reichstag verhindert zu sehen, ward derselbe aufgelöst.

Die christlich-sociale Partei war nun zum ersten Mal in der Lage, sich in der praktischen Politik, d. h. im Wahlkampfe thätig zu beweisen. Das Gros der Wählerschaft war selbstverständlich in Berlin trotz aller Vorkommnisse immer noch entweder fortschrittlich oder socialdemokratisch, und die letztere Partei machte in richtiger Erkenntniß der Sachlage und der Thatsache, daß es sich um ihre Existenz handle, die unerhörtesten Anstrengungen, um

zum Siege zu gelangen. Ein an die Proletarier Berlins gerichtetes Flugblatt aus jener Zeit, welches mir vorliegt, enthielt den absonderlichen Satz, daß derjenige, welcher sich von ehrlicher Arbeit ernähre, zum Proletariat zu zählen sei. Jeder Geistes- und Gedankenarbeit wolle die Reaction Fesseln anlegen und der Liberalismus verlange ebenfalls unbedingte Unterwerfung. Zum Schluß des Blattes heißt es:

„Arbeiter, Proletarier!

Laßt Euch nicht durch die falschen Propheten bethören und zu einer fortschrittlich-liberalen Wahl verleiten! Die Leute, welche Freiheitsphrasen im Munde führen, dem Arbeiter aber vorschreiben, welche Gesinnung er haben soll, die Leute, welche von Recht und Sittlichkeit reden, den schuftigsten Schwindel aber für erlaubt erklären, wenn er nur vor dem Staatsanwalt verborgen bleibt, diese Leute sind gefährlicher für die Freiheit, das Recht und die Wohlfahrt des Volks, als offene Reactionäre!

Proletarier, überlegt und entscheidet!"

In welcher Weise man aber von jener Seite gegen das Socialistengesetz agitirte, erhellt aus folgendem, auszugsweise mitgetheilten Artikel des „Vorwärts":

„Ein Gesetz für ‚das Volk der Denker'.

Man weiß wirklich nicht, ob man den preußischen Entwurf eines Socialistengesetzes, den wir in der letzten Nummer gebracht haben, ernst nehmen soll oder nicht.

In demselben Augenblicke, wo wir die Feder ansetzen, um mit Entrüstung die polizeiliche Willkür zu kennzeichnen, welcher der Gesetzentwurf Thür und Thor öffnet, überkommt uns sofort schon ein Gefühl der Scham über diese Entrüstung einem so überaus traurigen Machwerk gegenüber, das aber bald wieder einem mitleidigen Lächeln über die Absurdität und die geistige Impotenz, welche die Mütter dieses Entwurfes sind, Platz macht.

Doch alle Empfindungen müssen wir überwinden; es hilft uns eben nichts, die 24 Paragraphen starren uns mit dumm-

glotzigen Augen an. Es sei also drum; frisch an die Arbeit, um den Augiasstall zu reinigen.

Für heute aber werden wir uns auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken, um dann in den nächsten Nummern des ‚Vorwärts‘ die einzelnen Paragraphen zu beleuchten und ferner die Urtheile anderer Preßorgane unsern Lesern vorzuführen.

Zunächst tritt uns in dem Gesetzentwurf ein geradezu brüsker preußischer Krautjunkerton entgegen, der dazu geeignet ist, selbst den vertrauensvollsten Nationalliberalen vor den Kopf zu stoßen. Der Gedanke liegt deshalb äußerst nahe, daß die preußische Regierung gar nicht die Annahme dieses Entwurfs wünscht, daß ihr vielmehr eine Ablehnung ganz genehm ist, um bei einer nochmaligen Auflösung des Reichstags die Liberalen wiederum an die Wand zu drücken, wiederum zu decimiren, damit die geplanten Steuerreformen, Monopole, Schutzzölle ꝛc. die nöthige Unterstützung im Reichstage dann finden werden.

Noch hat Fürst Bismarck keine geschlossene Majorität für seine reactionären Pläne in wirthschaftlichen Dingen. Dort ist der Liberalismus auch am standhaftesten, weil sein materieller Vortheil bedroht ist.

Bedroht aber ist nicht nur die Socialdemokratie, sondern jede andere nur halbwegs freisinnige Partei. Bedroht ist ferner das Recht und das Rechtsbewußtsein im Volke, bedroht ist das letzte Fünkchen von Freiheit, welches noch in deutschen Landen glimmt.

Aber noch mehr! Bedroht ist unser Vaterland, das schon so sehr durch die rasch hintereinanderfolgenden Kriege erschöpft ist, das aus tausend wirthschaftlichen Wunden blutet, durch einen Bürgerkrieg, der, wenn er auch nicht in hellen Flammen auflodert, doch unter der Hand, im Geheimen geführt werden wird.

Denn wo man Haß und Zwietracht säet, da wird man auch Haß und Zwietracht ernten. — — —

Ein Halbidiot, der sein Idiotenthum mit dem Tode hat büßen müssen, ist die äußere Veranlassung zu diesem, dem ‚Volke der Denker‘ gebotenen Gesetzentwurf gewesen; wird durch den deutschen Reichstag dieser Entwurf zum Gesetz erhoben, so wird

der Blödsinn seine Triumphe feiern und das ‚Volk der Denker‘ umgetauft werden müssen in: Das ‚Volk der Idioten‘.“ — (Wohlgemerkt: Hier spricht die Socialdemokratie plötzlich vom „Vaterland“ das sie sonst bei jeder Gelegenheit verleugnet). —

Zur Unterstützung der wirthschaftlichen Reformpläne des Reichskanzlers hatte sich auf Anregung des „Centralverbandes deutscher Industrieller“ ein wirthschaftliches Centralkomité gebildet, welches auf Anregung des Baumeisters Fehlisch den Beschluß faßte, den Mitgliedern zu empfehlen, daß die Einstellung socialdemokratischer Arbeiter fortan nicht mehr stattfinden dürfe. Die Socialdemokraten veranlaßte das zu der Bezeichnung der Schutzzöllner als „Socialistentödter“, obwohl Professor Wagner in einer Versammlung gerade hervorgehoben hatte, wie die Umkehr auf wirthschaftlichem Gebiete die materiellen Interessen der Arbeiter sehr zu fördern im Stande sei. Allerdings war die schutzzöllnerische Idee damals noch lange nicht tief genug in die politischen Kreise eingedrungen, und besonders die Deutsch-Conservativen, unter denen sich eine große Menge „Agrarier“ befand, standen noch auf freihändlerischem Standpunkte, während die Freiconservativen, das Centrum und die Gruppe Löwe-Kalbe sich mehr dem Schutzzoll zuneigten. Wenn seitens der „Deutschen volkswirthschaftlichen Correspondenz“, dem Organ jener obengenannten Vereinigung, damals die Hoffnung ausgesprochen ward, daß sich die Stellungnahme der Deutsch-Conservativen alsbald ändern würde, so wurde diese Erwartung nicht getäuscht, und dem jetzt längst verstorbenen Redacteur der agrarischen „Deutschen Landeszeitung“ Mark. Ant. Niendorf gebührt das Verdienst, sich in die Sachlage zuerst hineingefunden zu haben. Das wirthschaftliche Centralcomité war übrigens mit den Tendenzen des mit dem Wagner’schen Staatssocialismus überall zusammenhängenden „Vereins für Socialreform“ so einverstanden, daß es für diesen Verein in dem Ausspruch der „Deutschen Volkswirthschaftlichen Correspondenz“ Propaganda machte, jeder Industrielle müsse dem Verein beitreten, damit das theoretische Element nicht überwiege. Nach dem mathematischen Lehrsatz von der Größen-

gleichheit müßte diese Aufforderung auch für die christlich-sociale Partei gelten, was auch durch den Satz bewiesen würde, „daß neben dieser neuen, von idealen und religiösen Mächten getragenen Arbeiterpartei und der Socialdemokratie kein Raum für ein Drittes sei. Die Erfolge der katholischen Arbeiterpropaganda hätten bewiesen, daß das Ansehen der Geistlichkeit im Volk unwiderstehlich, sobald sie Volkspolitik trieben." Ein besseres Zeugniß für die christlich-socialen Bemühungen des Herrn Stöcker könnte nicht leicht gefunden werden.

Die Wahlagitation im Sommer des Jahres 1878 gestaltete sich für die christlich-sociale Partei zu einem klärenden Moment, insofern alle nur halb zur Partei gehörigen Elemente, die etwa durch die Gewalt des Augenblicks in ihre Arme getrieben worden waren, abfielen. Das war gut, denn es trennte die Partei definitiv von der Socialdemokratie und reinigte sie von allen ihr nicht zuträglichen Ingredenzien. Die allgemeinen Parteiverhältnisse waren damals in Berlin hinsichtlich der von Hause aus zusammgehörigen Gruppen, welche auf dem monarchischen Princip beruhten, noch nicht geklärt genug, um ein Zusammengehen in der Wahl zu ermöglichen. Erst nach einigen Jahren sollte diese für die „Conservative Bewegung" so wichtige und heilbringende Klärung erfolgen. Aus jenem Grunde wurde auch seitens der Deutsch-Conservativen in der Person des Grafen Moltke und des Fabrikbesitzers Hoppe*) ein Gegencandidat im 2. und 6. Wahlkreise gegen Herrn Stöcker aufgestellt, während die Handwerkerpartei in allen sechs Wahlkreisen den Obermeister Bierberg nominirt hatte. Dr. Falk candidirte in drei Wahlkreisen für die Reichspartei und die wenigen nach rechts gehenden culturkämpferischen Nationalliberalen, welche damals in Berlin vorhanden

*) Hoppe ist gerade in der neuesten Zeit wieder einigermaßen in den Vordergrund geschoben worden und wird in der Broschure des Pastors Witte gegen Hofprediger Stöcker mehrfach erwähnt. Ich werde ebenfalls Gelegenheit haben, diese Angelegenheit bei Besprechung des Stöckerprocesses noch näher darzulegen, bemerke aber von vorne herein, daß mich der jetzt tobende unerquickliche Streit im geistlichen Lager nicht in meinem eignen Urtheile beeinflussen wird.

waren. Auch das Centrum hatte in der Person des Herrn v. Schorlemer seinen eigenen Candidaten aufgestellt. Alle diese dissentirenden Parteien kamen der liberalen und socialdemokratischen Partei gegenüber nicht in Betracht, was aus dem Gesammtergebniß der Wahlen hervorging:

56336	Socialdemokraten
85817	fortschrittlich
8034	freiconservativ
6251	conservativ
1402	Centrum
482	Handwerker
1406	christ.-social.

In allen sechs Wahlkreisen gelangte der Fortschritt zum Siege. Es war das letzte klare Aufleuchten seiner Lebenssonne, denn später wurde er durch die „Wolken“ der „Berliner Bewegung“ sehr verdunkelt und verdeckt.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Ich übergehe die späteren Ereignisse bis zu dem durch die Verhältnisse gebotenen Zusammengehen der Christlich-Socialen und der Conservativen in der „Berliner Bewegung“. Nur sei es mir noch gestattet, einen Blick auf die Kämpfe der ersteren Partei gegen das moderne Judenthum zu werfen, nachdem ich an der Hand eines socialdemokratischen Artikels über die Wahlen vom Jahre 1879 kurz darauf hingewiesen, wie der Liberalismus im Lande bereits thatsächlich auf den „absteigenden Ast“ seines Manchesterbaumes gekommen war. Der Artikel lautete:

„Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus sind ganz so ausgefallen, wie es vorauszusehen war. Die nationalliberale Partei, welche einst die unbestrittene Majorität im Abgeordnetenhause wie im Reichstag hatte, ist so gut wie vernichtet; sie hat mit dem Fortschritt zusammen 50—60 Sitze verloren, und die vereinten Conservativen und Ultramontanen verfügen nun über die Mehrheit. Es ist das auch den Verhältnissen vollkommen entsprechend und für die gründliche Zertrümmerung der alten

Parteigebilde und die Freimachung der Bahn für bessere Zustände sehr förderlich. Uebrigens betheiligte sich das Volk, der Dreiclassenwahl-Comödie satt, überdies von der Machtlosigkeit der Kammer überzeugt und von keiner wahrhaft agitatorischen Partei wie die Socialdemokratie in die Bewegung gezogen, nur sehr spärlich an den Wahlen — in vielen Orten schritten kaum 10 Procent der Wahlberechtigten zum Stimmkasten.

In der liberalen Presse liest man jetzt nichts als Lamentationen und Cassandrarufe. Selbst der verflossene Reichstagspräsident Forkenbeck ist jetzt soweit zur Einsicht gekommen, daß er die lang bestrittene Reaction endlich sieht, ja sogar meint, daß sie schlimmer sein werde als die früheren. Daß aber an dem Eintritt dieser Reaction kein Mensch mehr Schuld ist, als der Nationalliberalismus selbst, das wollen seine Anhänger noch immer nicht einsehen. Von einer Schwäche zur anderen ist er gesunken, von einem Compromiß zum andern ist er gekommen und sein hirnloses Einstimmen in den von der Regierung erhobenen Verfolgungsruf gegen die Socialdemokratie hat ihm dann noch den Rest gegeben. Treffend schreibt hierüber die ‚Frankfurter Zeitung‘:

Das Socialistengesetz, darüber täusche man sich nicht, ist geradezu verhängnißvoll für den Nationalliberalismus gewesen; es sollte ihn retten und hat ihn vernichtet, es sollte das Land vor der Reaction schützen und hat diese erst gerufen und begehrlich gemacht. Eine Partei, die im Oktober widerruft, was sie hoch und theuer im Mai bekräftigt hat, kann als Factor des Widerstandes nicht mehr in Rechnung kommen und eine Staatskunst, der es gelungen ist, eine große Partei so zu erniedrigen, hat keinen Grund, vor größeren Zielen zurückzuschrecken, sie darf hoffen, auch das Kühnste mit Aussicht auf Erfolg wagen zu können. —

Ueberaus bezeichnend für die Lage ist auch, daß den einst vielberühmten Lasker, der bekanntlich in seinem bisherigen Kreis durchgefallen, nicht ein Kreis mehr aufstellen will. Weder Magdeburg noch Breslau erbarmt sich seiner, und in Berlin und Stettin erhält er, vorgeschlagen, nicht einmal die hundert, be-

ziehungsweise fünfzig zur ausreichenden Unterstützung nöthigen Stimmen. Man könnte mit dem armen Schächer fast Mitleid empfinden.

Auch sonst bot die Landtagswahl manches für die bestehenden Parteiverhältnisse Interessante. So theilt die ‚Breslauer Zeitung‘ als drastisches Beispiel der in den Kreisen der wahlfähigen Bourgeoisie vielfach herrschenden Parteiconfusion mit, daß ein Breslauer Kaufmann, der von der Fortschrittspartei als Vertrauensmann in Aussicht genommen war, von der nationalliberalen Partei als Wahlmann für die erste Abtheilung und vom conservativen neuen Wahlverein als Wahlmann für die zweite Abtheilung in Vorschlag gebracht wurde. Welch ein famoses Zeugniß für die politische Bildung der Bourgeosie!“

Wie die im folgenden Capitel näher beschriebene antisemitische Bewegung überhaupt aus scheinbar geringfügigen Veranlassungen entstanden, so auch der Kampf der Christlich-Socialen gegen das moderne Judenthum. Natürlich waren die Vorbedingungen dieser Entzweiung bereits gegeben, handelte es sich doch bei den Christlich-Socialen und Staatssocialisten um die Abwehr der Uebergriffe des Manchesterthums und der durch dasselbe großgezogenen Macht des mobilen Capitals. Den Juden mußte freilich bei diesem Programmpunkt das Gewissen schlagen, und als die Feinfühligkeit des früheren Mitarbeiters am „Staatssocialist“, Herrn Bankier Samter, durch eine in den christlich-socialen Versammlungen gemachte Aeußerung über die Juden verletzt wurde, so stimmte der Chor der Semiten und ihrer Presse das neue Lied von Aufreizung, Denunciantenthum und Hepp-Hepp-Geschrei an, welches als Posaunenton für den Beginn einer zweiten Phase in der vorläufigen „Berliner Bewegung“ gelten darf. Es sei hier also vorweg erklärt, daß nicht die conservativ-socialen Elemente Berlins, sondern ihre semitisch-liberalen Gegner die Veranlassung zu allen den Ausschreitungen des Parteigeistes gegeben haben, welche ich in den nächsten Capiteln näher darlegen werde. Ihr Profit aus dem „freien Spiel der Kräfte“ hatte bei den Juden eine solche Ueberreizung des Ehrgefühls herbeigeführt,

daß sie die Sache von der Person nicht mehr zu unterscheiden vermochten. Daß aber selbst in jüdischen Kreisen eine Erkenntniß von den eigentlichen Triebfedern zu dieser Handlungsweise der Juden vorhanden war, beweise ich an einer den Stöcker'schen Actenstücken entnommenen Zuschrift, welche von einem Juden herrührte. Derselbe sagte wörtlich folgendes: „An dem Tage, da die toleranten Christen den Riegel des Ghettos-zurückschoben, stürzte sich der Jude mit seinem langjährig im Stillen gehegten Haß und seinen Rachegedanken auf den Befreier — er schnürte ihm die Kehle zu." Das Zuschnüren der Kehle bezog sich wahrscheinlich auf den besonders von jüdischer Seite betriebenen Wucher jederlei Gestalt, dem ja auch in Berlin so viele Existenzen zum Opfer fielen. Leider gab es ja auch christliche Wucherer genug hierselbst, und wenn sich die monarchisch-socialistischen Parteigänger also gegen das „moderne Judenthum" wandten, so trafen sie damit auch die „christlichen Juden." Der Antisemitismus, der dann später eine kurze Zeit dauernde Herrschaft in der „Berliner Bewegung" antrat, war, wie aus dem Vorstehenden ersichtlich, zunächst aus der Abneigung gegen die das Wohl der Staatsbürger untergrabende Thätigkeit des entarteten Judenthums entsprungen. Wenn die Juden diese Bewegung schließlich als gegen sich insgesammt gerichtet betrachteten, und sie demgemäß in der rigorosesten Art bekämpften, so fällt das Odium der Intoleranz gegenüber einer sachlich so gut fundirten Bewegung, die keinerlei persönlichen Motive hatte, allein auf die Juden selbst zurück.

Nicht der Umstand, daß die Berliner Juden thatsächlich in einer besseren materiellen Lage sich befanden, als das Gros der Christen hierselbst, hatte diese Bewegung hervorgebracht, sondern die Erkenntniß von der Art und Weise, wie sie zu dieser relativ besseren Situation gelangt waren. Das ging aber über das Verständniß der Meisten, und ihre schamlosen Angriffe auf alles was den Christen werth und heilig war, ihr offenbarer Zusammenhang mit der Alliance israelite universelle des Herrn Cremieux in Paris, brachten eine Reaction auf christlicher Seite hervor, welche allerdings dann später ebenfalls eine scharfe

Außenseiten gewann. Die Preßpolemik war in jener Zeit allerdings schon sehr stachelich und erbittert geworden. Als Beispiel dafür führe ich folgenden Satz an, den Otto Gragau ein „Culturkämpfer“ schrieb: „Die jüdische Presse nennt die unter Vorsitz des Hofpredigers Stöcker vor sich gehenden Versammlungen der Christlich-Socialen Arbeiter Arbeiter-Partei hämisch „Stöcker-Theater“. Zu dem widerlichen, jedes christliche Gemüth tief empörenden Bilde des Juden Liebermann „Christus im Tempel“ schrieb der „Börsen-Courier“ einen noch widerlicheren Commentar, und als Hofprediger Stöcker dies nach Gebühr öffentlich kennzeichnete, wurde er von dem Blatte „Lügner“ geschimpft, indem der Jobber-Redacteur sich damit zu rechtfertigen suchte, daß er ob des ausgegossenen Unraths sich hinterher selber die Nase zugehalten habe. Die „Berliner Zeitung“ des jüdischen Gründers Ullstein schrieb von der Generalsynode als einer Versammlung der „Glattgescheitelten“ mit „glattrasirtem bläulichgrauem Gesicht“, die voraussichtlich bald die „Budike“ schließen würden, und deren Local eigentlich der „Desinfection“ bedürfe. Als Kaiser Wilhelm nach dem ersten Attentat zu einer Deputation sprach: „Zu Gott müssen wir vertrauend emporblicken, auf dem Boden der christlichen Religion müssen wir stehen bleiben!“ — hatte das jüdische „Tageblatt“ die Unverschämtheit, den Monarchen daran zu erinnern, daß „sein großer Ahnherr sich als Beschützer aller Confessionen gleichmäßig darstellte“, und daß der christlichen Kirche die Freiheit fehle, kraft deren das Judenthum blühe und wachse. Neuerdings predigte die jüdische Presse mit dem ganzen Aufgebot ihrer Lungen den Feldzug gegen „Junker und Pfaffen“. Als nun Prediger Distelkamp bei den Christlich-Socialen mit treffendem Witz äußerte: die heutigen „Junker“ sind die jüdischen Banquiers, und die heutigen „Pfaffen“ sind die jüdischen Zeitungsschreiber — da verklagte ihn der Magistratssecretär Schalhorn bei der Kreissynode, daß der christliche Geistliche gegen die Juden hetze, die Armen gegen die Reichen aufbringe! Man sieht also, es ist bereits dahin gekommen, daß die Eingebornen sich nicht mehr vertheidigen und wehren dürfen,

sondern wenn sie von den Fremdlingen geschlagen werden, sollen sie ihnen auch noch die andere Wange hinhalten. Der jüdische „Börsen-Courier" predigt in seiner Morgen-Nummer vom 13. December 1879 ganz offen: der sogenannte „Culturkampf" dürfe sich nicht auf nur Eine der beiden christlichen Kirchen beschränken, die protestantische Orthodoxie verfolge ebenso wie der Ultramontanismus, eine „staatsfeindliche Tendenz", die „Frage" müsse bei der Wurzel angefaßt und entschieden zu Ende geführt werden. Der Jude constituirt also bereits eine Christenfrage, und er proclamirt den Krieg gegen den strenggläubigen Katholizismus wie Protestantismus.

Es war ein schiefes gewaltsames Wort, als Herr Virchow das Zerwürfniß zwischen Staat und katholischer Kirche „Culturkampf" nannte. Der wahre Culturkampf, vor dem wir jetzt stehen, ist der Kampf gegen die Verjudung des Deutschen Volkes. Dieser große Culturkampf ist kein Religions-, sondern ein Racenkampf, ein socialer und wirthschaftlicher Kampf. Es ist der Kampf gegen eine physisch wie psychisch entschieden degenerirte Race, der Kampf gegen einen fremden, in der Cultur ungleich tiefer stehenden Stamm, der Kampf gegen List, Perfidie, und Gaunerei, Schacher, Wucher und Jobberei. Von diesem Kampfe hängt der Bestand unserer Cultur, die Existenz der Eingebornen ab."

Schon im Jahre 1878 hatte die jüdische Presse die christlich-sociale Bewegung mit folgender Bemerkung in den Bann gethan: „Eine politische Partei, welche sich allein auf einen confessionellen Standpunkt stellt, trägt den Todeskeim in sich. In einem Staat, der gesetzlich die Parität der Confessionen verbürgt, kann eine Parthei wohl religiös, aber nicht confessionell sein." Davon war indessen bei den Christlich-Socialen insbesondere zu Anfang ihrer Bewegung, auch gar nicht die Rede, und das Judenthum hatte übrigens allen Grund, zunächst einmal die eigenen confessionellen Verhältnisse in's Auge zu fassen, die sich in folgendem Satz der „Reform" (Zeitung für das freisinnige Judenthum) wiederspiegelten: „Wenn uns erschreckender Indifferentismus, Zerfahrenheit und Unklarheit in religiösen Dingen vorgeworfen wird, wer kann

das Lügen strafen?" Freilich mochten sie das, soweit es ihre Religion anging, mit sich selbst abmachen. Aber ihr Indifferentismus in allen öffentlichen, in allen nationalen Dingen war es, der offenen Widerstand hervorrufen mußte. Was auch die Verhältnisse in Berlin später zeitigten, eins muß festgehalten werden, daß die Berliner Bewegung, und speciell die antisemititsche, von Hause aus nicht der Person, sondern nur der Sache galt. — Ich schließe damit meine Betrachtungen über die Vorläufer der conservativen Bewegung in Berlin und gehe mit dem nächsten Capitel zu dieser selbst über, nur will ich noch einem Artikel hier Platz gewähren, den der „Socialdemokrat" gegen die Christlich-Socialen schrieb, und welcher bei den Verhältnissen damaliger Zeit ebenso aufklärend, wie auch in Betreff der heutigen Stellung der Socialdemokratie von Werth ist. Er lautet:

„Die Christlich-Socialen und wir. Wir danken der ‚Christlich-socialen Correspondenz' für die wohlwollende Aufmerksamkeit, welche sie unserem Blatte schenkt, wollen es aber motiviren, warum wir — vorläufig wenigstens — noch gezwungen sind, ‚getrennt zu marschiren'. Der Hauptgrund liegt darin, daß der Arbeiter durch ein menschenwürdiges Dasein erst wieder gekräftigt werden muß, Vertrauen zu der Institution zu gewinnen, welche man den ‚christlichen Staat' nennt. Wenn wir aber sehen, wie selbst die Verstaatlichungsideen des Fürsten Bismarck — vide die Tabaksfrage — von den Christlich-Socialen, wir möchten sogar sagen, beinahe manchesterlich behandelt werden und der erste Anfang, die Arbeit vom individuellen Großcapital zu emancipiren auf Widerstand stößt, so macht uns das stutzig. Wir wissen ganz gut, der Reichskanzler kann die Gesellschaft nicht so schnell und glatt einrenken wie der Bäcker eine Semmel backt. Wir glauben sogar, das Tabaksmonopol allein kann noch kein ‚Patrimonium der Enterbten' schaffen. Aber es wäre ein Anfang, den Staat als solchen productiv zu machen. Und wenn die Fondsjuden der Börsen zehn Mal besteuert würden, so würde der Staat noch nicht productiv. Wir erblicken das ‚praktische Christenthum' in der That in einem productiven Staat, sonst

fürchten wir, bleibt es eine Abstraction. Wir begreifen ferner nicht, wie man sich von jüdischen Richtern einen Eid abnehmen lassen soll. Die Zahl der jüdischen Richter und Advocaten wächst uns unheimlich über den Kopf. Der individualistische Groß-Capitalismus macht die Arbeit immer mehr zum Hörigen der Privatspeculation. Der christliche Staat, wenn er Geld braucht, muß bei Israel ‚pumpen' und kann sich nicht durch Selbstproductivität helfen.

Wir sehen in unserer mit Socialrevolution und Nihilismus geschwängerten Zeit, daß der ‚christliche Staat' noch nicht einmal die Pulver- und Dynamit-Fabrikation dem speculirenden Großcapitalismus entzieht. Mit einem Worte: Wir hören sehr viel vom ‚christlichen Staat', aber wir sehen sehr wenig von ihm. Höchstens Dogmenstreitigkeiten. Und wir müssen die Christlich-Socialen auf das Buch von Todt: ‚Der radicale deutsche Socialismus' verweisen. Was uns von den Christlich-Socialen noch trennt, daß sind wirthschaftliche Verschiedenheiten der Ansichten. Wir betrachten uns als Combattanten, nicht als Prediger und unsere Mission muß sich damit begnügen, wirthschaftlich Bahn brechen zu helfen. Denn wir glauben, auf dem heutigen manchesterlichen Boden wird das ‚praktische Christenthum' eine Treibhauspflanze bleiben. Aus diesem Grunde hüten wir auch sogar mit einer, wie uns scheint berechtigten, Aengstlichkeit, den wirthschaftlichen Ideen des Reichskanzlers Steinchen in den Weg zu werfen, und unterstützen Alles, was den Arbeiter und die Arbeit von der großcapitalistischen Privatspeculation emancipirt. An einen productiv gewordenen Staat kann man Anforderungen stellen; bei welcher Branche der Anfang gemacht wird, den Staat productiv zu gestalten, ist nicht so sehr Hauptsache, als daß der Anfang überhaupt gemacht wird. Es ist wahr, wir tragen das Christenthum weniger zur Schau, d. h. wir betonen es äußerlich weniger, weil wir es machtlos sehen und überzeugt sind, daß ihm die wirthschaftliche Basis nicht fehlen darf, wenn es Früchte tragen soll. Obgleich auch wir zum großen Theil Antisemiten sind, verkennen wir doch nicht, daß der

Antisemitismus allein nicht Alles gut macht. ‚Praktisches Christenthum‘ ist in unseren Augen, wenn der Staat die Armen und Arbeiter möglichst vor individualistischer Ausbeutung schützt. Es giebt ein Sprüchwort: ‚Noth lehrt beten‘. Ja, im stillen Kämmerlein. Wir sehen aber in unserer wirren Zeit, daß Noth auch — fluchen und lästern lehrt und führen diese Erscheinung auf die wirthschaftlichen Zustände zurück. Wir sehen, wie die ‚Flucher‘ und ‚Lästerer‘ fröhlich in's Horn stoßen, daß die Christlich-Socialen Stellung nehmen gegen die Idee der Verstaatlichung der Tabaksindustrie. Nun diese ‚Flucher‘ und ‚Lästerer‘ werden sicher nicht in's christlich-sociale Lager übergehen! Wenn wir nun auch nicht Psalmen singen, so arbeiten wir doch in unserer Façon — bescheiden das nächstliegende erstrebend — am Aufbau des ‚praktischen Christenthums‘ mit. Und dann kommt noch eins hinzu. Wir halten den Reichskanzler für einen sehr guten Christen, aber zugleich für einen praktischen, weitblickenden Staatsmann. Der Ausdruck ‚praktisches Christenthum‘ rührt von Fürst Bismarck her! Und, nun ja! wir haben zu ihm mehr Vertrauen als zu der wirthschaftlichen Dogmatik der Parteien. Wir zanken und streiten mit ihm nicht auf dem ‚Schlachtfelde‘. Aber sollen wir Vertrauen zu der ‚Kirche‘ haben, so muß die Kirche social werden, d. h. frisch und fröhlich den Kampf gegen den abstracten Individualismus führen. Unsere Zeit ist materialistisch zu sehr versumpft, als daß sie von der ‚Postille‘ aus dem Sumpfe gebracht werden könne. Der ‚Postille‘ muß ein reinlicher Boden geschaffen werden. Wenn die Christlich-Socialen mehr praktische Erfolge auf dem Gebiete des ‚praktischen Christenthums‘ erringen als wir, so soll uns das neidlos und herzlich freuen. Aber offen gestanden! — viele von uns sind zurückgescheucht von der Stellung, welche die ‚Christlich-Socialen‘ in der Frage der Verstaatlichung der Arbeit in der Tabaksindustrie genommen haben. Die Angriffe im ‚Reichsboten‘ namentlich erscheinen uns fast mit Animosität getränkt gegen den Reichskanzler.

Marschiren wir also vorläufig noch getrennt. Wir sind, um das militärische Bild beizubehalten, eine andere ‚Waffengattung‘, aber — — wir können dem ‚Feldherrn‘ das Leben nicht noch saurer machen helfen. Zählten wir Pastoren in unseren Reihen, seid überzeugt, Ihr ‚Christlich-Socialen‘, in Sturm und Drang wären wir schon vorgerückt, um den ‚christlichen Staat‘, den wir mit der Laterne vergebens suchen, zu erkämpfen, und das ‚praktische Christenthum‘, vor dem wir eben so viel Respect haben, wie Ihr, nach Menschenmöglichkeit zur Wahrheit werden zu lassen.

Man redet jetzt viel vom ‚socialen Königthum‘ und wir waren mit die ersten, welche diese Parole jubelnd begrüßten. Aber schafft dem socialen Königthum die sociale Kirche zur Seite. Und habt Ihr das fertig gebracht, dann kommt und ‚klopfet an‘; es wird Euch aufgethan‘. Nehmt es uns nicht übel, Ihr ‚Christlich-Socialen‘, — Ihr seid uns zu sehr Abstraktoren, die von dem gerupften Vogel verlangen, daß er fliegen soll! — — —“

Es will fast befremdlich erscheinen, daß ein solcher, wie ich glaube von W. Marr geschriebener Artikel in einer socialdemokratischen Zeitung Platz finden konnte. Anerkennung des Königthums, der Kirche, des Reichskanzlers — mehr kann man eigentlich nicht verlangen! Leider hat die Folge gezeigt, das diese immerhin versöhnlich zu nennende Sprache sich nicht dauernd als Umgangs- und Schriftsprache der Socialdemokratie erhalten hat.

— — — — — — — — — — — — —

So war denn also Stein auf Stein zusammengetragen zu dem Bauwerk, das die national und conservativ gesinnten Elemente der Reichshauptstadt in sich schließen sollte! Nicht ein Einzelner konnte sich dessen rühmen, dieses große Werk ins Leben gerufen zu haben, vielmehr haben die verschiedensten oft winzig kleinen Ursachen und Verhältnisse in ihrem Zusammenwirken das vollbracht. Selbst Männer, wie Stöcker, Wagner, Cremer, und wie die Berliner Führer alle heißen, hätten aus eigner Kraft und mit persönlichen Mitteln eine so gewaltige Strömung nicht hervor-

bringen können, wenn nicht bereits die Vorbedingungen dazu im öffentlichen Leben Berlins gegeben worden wären. Gewiß zolle ich diesen Männern gebührende Achtung, doch kann mich das nicht dazu veranlassen, in ihnen mehr zu sehen, wie geschickte Piloten, welche es verstanden haben, das Fahrzeug kunstgerecht zu lenken. Die treibende Kraft lag im Volke selbst. Wenn ich demnach weiterhin beispielsweise von Herrn Stöcker als „Begründer der christlich-socialen Partei" spreche, so soll damit keineswegs gesagt sein, daß dieser Mann sich nur hinzustellen brauchte, um aus Nichts so Vieles zu machen. Selbst ein Stöcker ist nur das Werkzeug einer höheren Gewalt, wie sich dieselbe in dem Ausdruck der mächtig emporringenden, von vielen Tausenden aus dem Volke getragenen nationalen und sittlichen Staatsidee findet. Mithin gebührt Herrn Stöcker wohl das Verdienst, vereinzelt liegende Körnchen mit scharfem Auge erkannt und zu einer compacten Masse zusammengetragen zu haben, indessen kann ich vernünftiger und rechtmäßiger Weise nicht die Ansicht Vieler vertheidigen, welche in ihm einen gottbegnadeten Reformator erblicken, wie es etwa Martin Luther war. Dies vorläufig zu meiner persönlichen Stellungnahme.

---

4. Capitel.

Die antisemitische Bewegung.

Es konnte natürlich nicht fehlen, daß das energische Vorgehen der christlich-socialen Partei und ihres tapfern Führers in der Judenfrage sehr bald die Antheilnahme aller Bevölkerungsclassen gewann, entweder in freundlichem oder gegnerischem Sinne. Ich muß nochmals die Behauptung aufrecht erhalten, daß Hofprediger Stöcker keineswegs daran gedacht hat, diese Frage zu einer persönlichen zuzuspitzen, denn wie schon früher ausgeführt, lag es für den Begründer der Berliner christlich-socialen Bewegung*) nahe, im Kampfe gegen das Manchesterthum und die den Arbeitern auf allen Lebens- und Arbeitsgebieten so ungemein schädliche Lehre von der uneingeengten Conkurrenz auch auf die hauptsächlichste Vertretung dieser Lehre zurückzugreifen, welche sich thatsächlich im Judenthum befand und wohl auch heute noch befindet. Hier muß ich noch einmal Otto Glagau citiren, welcher in seiner Broschure über „den Bankerott des Nationalliberalismus und die Reaktion" (1878 Verlag von Friedrich Luckhardt) folgendes schrieb:

Das Manchesterthum predigt einfach die Ohnmacht des Staates und die Allmacht des Capitals. Fort daher mit der Preußischen Bank, fort mit der Seehandlung, fort mit allen Staatsfabriken und Staatseisenbahnen! Die manchesterlichen Volkswirthe möchten am liebsten Reichspost, Telegraphenwesen und Staatsbahnen in große Actiengesellschaften verwandeln, ja

*) cfr. Schlußsatz des vorigen Kapitels.

die ganze Staatsverwaltung in Generalentreprise vergeben, einem Strousberg übertragen. Die manchesterlichen Volkswirthe wollen aus Deutschland, das seiner Natur nach ein Ackerbaustaat ist, einen reinen Industrie- und Handelsstaat machen. Die Landwirthschaft muß entbehren, was die Industrie im Ueberflusse hat.

Das Judenthum ist das angewandte, bis zum Extrem durchgeführte Manchesterthum. Es kennt nur noch den Handel, und auch davon nur den Schacher uud Wucher. Es arbeitet nicht selber, sondern läßt Andere für sich arbeiten, es handelt und speculirt mit den Arbeits- und Geistesproducten Anderer. Sein Centrum ist die Börse; nicht wie Herr von Kardorff einmal meinte, der „Magen im staatlichen Organismus", sondern wenigstens wie sie heute beschaffen ist, wo sie sich ganz und gar in jüdischen Händen befindet, ein unförmlicher Kropf am Staatsorganismus, der den organischen Gliedern die Säfte entzieht und sie verkümmern läßt. Das Judenthum gedeiht am besten bei Krieg, Mißwachs, Seuchen und anderen Calamitäten, sowie in armen Ländern. Es hält, selbst nach gesegneten Ernten, die Preise hoch, es vertheuert durch Speculation und Zwischenhandel alle Waaren und Lebensmittel. Das Judenthum treibt beständig, in den verschiedensten Formen — Gründerei und Jobberei. Als ein fremder Stamm steht es dem Deutschen Volke gegenüber und saugt ihm das Mark aus. Die sociale Frage ist wesentlich Gründer- und Judenfrage, alles Uebrige ist Schwindel!"

Ich finde nun in den von mir sorgfältig durchgesehenen Vorträgen Stöcker's während der ersten Zeit der christlich-socialen Bewegung nichts, was den Vorwurf rechtfertigen könnte, als ob er eine „Hetze" in des Wortes häßlichster Bedeutung habe hervorrufen wollen. Die Stellung des Hofpredigers Stöcker zur Kirche, und in der letzteren als Mitglied der orthodoxen Partei mußte ihn allerdings zur Bekämpfung des Judenthums im Gegensatze zum Christenthum führen, doch habe ich niemals finden können, daß er über diese beiden Punkte: Manchesterthum und Anti-Christenthum in dem von ihm inaugurirten Theil der

antisemitischen Bewegung innerhalb der christlich-socialen Partei*) hinausgegangen wäre. In seiner Rede vom 26. September 1879 sagt Herr Stöcker wörtlich folgendes:

„Ich bin von einem anständigen Juden gefragt worden, was ich eigentlich mit meinem Angriff gegen das moderne Judenthum bezwecke. Meine Antwort ist die, daß ich in dem zügellosen Kapitalismus das Unheil unsrer Epoche sehe, und deshalb naturgemäß auch durch meine socialpolitischen Anschauungen auch Gegner des modernen Judenthums bin. Aber nie würde ich daran gedacht haben, gegen blos volkswirthschaftliche Irrthümer aufzutreten, wenn nicht mit denselben diese frivole Hetzjagd gegen alle christlichen Elemente unsres Volkslebens verbunden wäre. Der Jammer um mein Volk, das dabei sittlich und religiös zu Grunde geht, treibt mich, diese Bosheit in die Oeffentlichkeit zu ziehen und den Kampf gegen dieselbe aufzunehmen. Es giebt viele Juden, die wahr im Wort, treu im Versprechen, redlich im Geschäft, gar keinen Anlaß zur Anklage bieten, — ich selbst kenne solche, achte und liebe sie."

*) Die frühere Bezeichnung „christlich soziale Arbeiterparthei war inzwischen auf einen Antrag des Herrn Fr. Luckhardt, den er in einer von Pastor Hapke präsidirten christlich-sozialen Versammlung stellte, in „christlich soziale Parthei" umgewandelt worden. Der Antragsteller hatte mit Recht ausgeführt, daß sich „Arbeiter" alle Diejenigen nennen könnten, welche sich um das tägliche Brot sorgen müßten. Die Spezialbezeichnung „Arbeiterparthei" aber könne besser situirte, überzeugungsverwandte Elemente von der neuen Parthei zum Schaden der letzteren zurückhalten. Interessant sind die ferneren Konsequenzen dieses Auftretens des Herrn Fr. Luckhardt insofern, als derselbe demnächst in den Vorstand der „christlich-socialen Parthei" kooptirt ward — eine Thatsache, die bei der heutigen Stellung der Herren Stöcker und Luckhardt zu einander auffällig ist. Ferner legte jener Versammlungsabend den Grund zu einer persönlichen Annäherung zwischen den Hørren Hapke und Luckhardt, welcher für die Bewegung von Bedeutung war, wenn man ermißt, daß der Fortgang der Bewegung ja vielfach auf der Einigkeit und freundschaftlichen Uebereinstimmung der Führer beruhen mußte.

Dann bei einer späteren Gelegenheit:

„Manche glauben, wer ein guter Antisemit sei, müßte auch ein guter Germane sein. Das trifft nicht zu, er muß auch ein guter Christ sein. Allerdings, wer ein guter Christ und Deutscher ist, wird auch Gegner des modernen Judenthums sein."

Hieraus, sowie aus der Thatsache, daß Herr Stöcker die Rassenfrage niemals betont, sondern im Gegentheil derselben eine ganz untergeordnete Bedeutung gegeben hat, scheint mir hervorzugehen, daß er keineswegs ein unversöhnlicher, sondern im Gegentheil leicht versöhnlicher Gegner des Judenthums gewesen, und daß ihm nichts ferner gelegen hat, als seines Schwertes Schärfe gegen den Juden zu richten, blos weil er ein Jude war.

Ich habe Herrn Stöcker oft, sehr oft sprechen gehört, und zwar auch besonders in jener Zeit, wo die Wogen des Antisemitthums so hoch gingen, daß darüber Mancher Besinnung und naheliegende Rücksichten verlor. Ich habe aber nie den Eindruck gewinnen können, als ob der Führer der christlich-socialen Bewegung von seinen menschlichen Leidenschaften hingerissen worden wäre. Es wäre das freilich kein Wunder gewesen, denn leider war die gesammte liberale Presse voll von den hämischsten und heftigsten Angriffen auf die Persönlichkeit Stöcker's, sowohl als Politiker, sowie auch als Geistlicher. Aber auch dies lag nahe, obwohl es natürlich nicht zu vertheidigen ist. Seit der Emancipation hatten die Juden ihre staatsbürgerliche Gleichberechtigung mit der ihrem Volke eignen Zähigkeit nach allen Seiten hin auszunutzen verstanden. Waren sie vordem nur als Kaufleute, wohl auch hie und da als Aerzte und Anwälte geschätzt, so hatten sie sich jetzt allmählich auch in den Staatsämtern, in allen besseren Gesellschaftskreisen festgesetzt und eine — ich will nicht sagen dominirende, aber doch sehr maßgebende — Stellung in denselben errungen.

Gerade in Berlin war dies Jedem erkennbar, der Gelegenheit hatte, in derartigen Kreisen zu verkehren. Doch letzteres war auch gar nicht einmal erforderlich, denn man brauchte nur in die

öffentlichen Locale, Café's und feineren Restaurants einen Blick zu werfen, um zu ersehen, wer dort der tonangebende Theil war. Und wer die Restaurationen mittleren Ranges besuchte, dem mußte auch eine andre Thatsache klar vor Augen kommen, die auf gewisse sittliche Verhältnisse der Metropole ein grelles Streiflicht fallen läßt, nämlich was den anscheinend sehr intimen Verkehr anbetrifft, den die geldbesitzende jüdische Jugend mit den christlichen Mädchen der Confections- und andren Geschäfte unterhielt. Ich will mich hier nicht zum Sittenrichter aufwerfen, nur möchte ich die auffallende und von vielen Andern außer mir beobachtete Bemerkung hier festnageln, daß es in Berlin zu Anfang der achtziger Jahre Locale gab, in denen man fast nichts sah, wie junge jüdische Männer im vertrauten Beieinander mit schönen Mädchen christlicher Abstammung. Niemals habe ich ein umgekehrtes Verhältniß constatiren können; und obwohl ich hinsichtlich des ersteren Falles weitergehende illegale Intimitäten solcher Pärchen nicht ohne weiteres voraussetzen will, so muß ich doch, um mit Herrn Sabor zu sprechen, sagen: „das läßt tief blicken."

Ich beschränke mich auf diese kurzen Andeutungen, um daraus den Schluß zu ziehen, daß die jüdische Bevölkerung in Berlin die Wohlthaten der ihnen gewährten staatsbürgerlichen und socialen Gleichstellung mehr ausgenutzt hat, wie ihr dies von Gottes und Rechtswegen zukam. Die Mahnung: „etwas bescheidener" klang sehr mißtönig an ihr Ohr, und nun, da diese leise erste Andeutung nicht verstanden zu werden schien, wunderte man sich jüdischerseits, daß andere energische Mittel angewendet wurden, um sie in die gehörige Stellung zurückzudrängen. Mehr wurde in der That von vornherein nicht beabsichtigt, und es wäre nach meinem Dafürhalten gänzlich ohne jeden Kampf, ohne jede Erbitterung auf beiden Seiten abgegangen, wenn man auf jüdischer Seite zu der Erkenntniß gelangt wäre, das die antisemitische Bewegung nicht gegen das Judenthum an sich, sondern nur gegen die *Ausschreitungen* desselben und das *Ueberwucherterwerden des Christenthums* durch dieses Judenthum gerichtet war. Leider verkannten das die Juden vollständig, und die unbegründete

Furcht, daß man beabsichtige, sie wieder in die Stellung eines Bürgerthums zweiter Classe zurückzuwerfen, erzeugte bei ihnen eine Wuth, die sich insbesondere auf diejenigen Persönlichkeiten concentrirte, von welchen sie jene mißverstandene Bewegung ausgehen sahen. Der entfachte Brand wurde durch die vielfach in jüdischen Händen befindliche liberale Presse geschürt, welche Wahrheit und Dichtung künstlich durcheinander mischte, um immer neue Kämpfer aufzurufen und auf die Schanzen führen zu können gegen die sich unter dem Volke mit wachsender Schnelligkeit verbreitende Idee vom socialen Christenthum, vom Königthum von Gottes Gnaden, sowie besonders vom Anti-Manchesterthum.

Das sind die Beweggründe der „Hetze", die aus dem jüdisch-liberalen Lager heraus gegen Herrn Stöcker entrirt wurde. Man konnte mit dem durch Furcht und Schreck über die Massenerhebung der deutschen Michel geblendeten Auge nicht mehr unterscheiden zwischen der Person und der Sache, zwischen Herrn Stöcker und der von ihm aufgepflanzten Fahne des socialen Christenthums, oder man glaubte irrthümlicher Weise, der Sache um so eher ein Ende machen zu können, wenn erst die Person beseitigt sein würde.

Aus den mir von Herrn Stöcker übergebenen Actenstücken habe ich eine ganze Blumenlese von Invectiven und Injurien gegen den genannten Herrn herausgenommen, von welchen ich nur eine einzige unter einer die Judenfrage behandelnde Zeitungsnotiz befindliche schriftliche Bemerkung wörtlich wiedergebe: „Gemeiner Schurke, dieses sendet Ihnen Einer, der sich schämt, einem Reiche anzugehören, wo solche Subjecte figuriren wie Du — Stänker." Mag man über solche Extemporationen eines erhitzten Gemüths auch zunächst lächeln, ein gewisser Bodensatz bleibt im Herzen des Angegriffenen doch stecken, und es liegt in der menschlichen Natur, daß derartige fortgesetzte Verunglimpfungen in uns ein Gefühl erzeugen, das mit der Freundschaft für unsre permanenten Quälgeister wenig gemein hat.

Andrerseits aber ist auch nicht abzuleugnen, daß es eine Menge vernünftig denkender Juden gab, die, wenn sie auch über

die sich gegen sie aufthürmenden Wetterwolken nicht sehr erfreut, doch rationelle und sachliche Mittel anwendeten, um diese Wolken zu zerstreuen, oder ihre Entladung wenigstens weniger gefährlich zu machen. Diese erkannten die Fehler und Schwächen im Judenthum voll und ganz an; beispielsweise finde ich in den Stöcker'schen Actenstücken folgenden Brief einer jüdischen Dame, einer Frau C. in Nürnberg:

Mein Herr!

Gestatten Sie einer Frau, die der von Ihnen in Anklagestand versetzten Confession angehört, eine Darlegung ihrer durch Niemand und Nichts beeinflußten Ansichten. — Wahr ist leider Alles, was Sie über Unbescheidenheit, Ueberhebung u. s. w. an meinen Glaubensgenossen zu tadeln haben. — Aber glauben Sie, ein Volk, das viele Jahrhunderte unter einem entsetzlichen Druck zu leiden hatte, entwickle sich vielleicht zur Freude seiner Unterdrücker? Entziehen Sie einem Kinde von Jugend an Luft, Licht, Unterricht, was wird es anfangen, wenn es dann so plötzlich in den Besitz aller Freiheit gelangt? Sein Verstand ist durch den Druck geschärft, aber auf Kosten des Gemüths. Niemand hat ihm Liebe gezeigt, warum soll es die Gesammtheit lieben. Es wird, ein Gemisch von Schlauheit, List, alle die oft sehr schmutzigen Wege gehen, von denen es sicher ist, daß sie, wenn auch nahe vorüber, doch nicht in's Zuchthaus führen. Freude an der Natur kennt es nicht, Verehrung für das Erhabene ist ihm fremd, von Entsagung weiß es nichts, so entwickelt es sich zum Verdrusse von Jedermann. Dieser Verdruß wird verdoppelt, weil (um bei dem Bilde zu bleiben) das Kind infolge seiner Begabung nur die besten Plätze, die das Leben zu vergeben hat, einzunehmen sucht, zwar häufig auf eine abscheuliche, rücksichtslose, brutale Weise. Selbstverständlich ist es hart für diejenigen, die sie bisher inne hatten, auf so flegelhafte Art verdrängt zu werden. Aber nur Geduld! Der Culminationspunkt

ist erreicht, schon geht es rapid abwärts, aber nicht etwa der Agitationen halber, die Sie, Hochwürden, in Scene setzen, im Gegentheil! Mir scheint, Sie sind eher das Werkzeug, die in's Rollen gerathene Kugel noch einmal aufzuhalten. Blicken Sie um sich, die heutige jüdische Jugend ist in Wohlleben aufgewachsen, so daß sie wohl viel Geld ausgeben, nicht aber es zu verdienen weiß. Noth macht stets erfinderisch, aber diese an Völlerei, Luxus, überdies aber durch Verzärtelung über alle Begriffe herabgekommenen Menschen sind keine Gefahr mehr für den Staat. Die gegenwärtige Generation ist bestimmt, den ererbten Reichthum hübsch durchzubringen, die zukünftige wird anderen Confessionen in gar keiner Weise etwas voraus haben, eher das Gegentheil. — So wird man, ehe fünfzig Jahre vergangen, genau ebensoviel Holzhacker, Fabrikarbeiter, Handwerker in ihren Reihen erstehen sehen, als ein neutraler Beobachter uns wünschen kann, umsomehr, als eben durch die Gleichstellung das früher die Juden auszeichnende Zusammenhalten total verloren geht, wie die Tugenden, die ihnen vornehmlich zugesprochen werden mußten als: Keuschheit, Mäßigkeit, schönes Familienleben, hochgradig entwickelte Eltern- sowie Kindesliebe. Warum ich das Alles gesagt habe? Ich weiß es selbst nicht, vielleicht um Ihnen zu zeigen, daß bei uns ein objectives Urtheilen möglich. —

Achtungsvoll"

Eine derartige Auffassung, wie sie diese Dame hat, fand sich natürlicherweise in den jüdischen Kreisen sehr vereinzelt vor. Die sociale Spannung der Beziehungen zwischen dem christlichen und jüdischen Lager in Berlin nahm immer unangenehmere Formen an, je mehr das sachliche Gebiet zu Ungunsten des persönlichen verlassen wurde, und an Stelle ruhiger Discussionen gereizte und an ehrenrührige Beschimpfungen grenzende Auseinandersetzungen auf die Tagesordnung kamen. Ich will nicht behaupten, daß die Schuld an diesem unerquicklichen Verhältniß allein dem Judenthum bei-

zumessen wäre, denn auch christlicherseits wurde mancherlei in erwähnter Hinsicht gesündigt, und die Bezeichnungen „Judenjunge" 2c. waren nicht geeignet, den leider zur Herrschaft gelangten Ton zu bessern. Die Presse beider Parteien nahm, wie schon gesagt, einen großen Antheil an diesen unleidlichen Verhältnissen und hier waren es fast ausschließlich die gegnerischen Zeitungen, wie „Börsencourier", „Berliner Tageblatt", „Berliner Zeitung", welche in ihren bezüglichen Artikeln sehr häufig diejenige Objectivität vermissen ließen, welche das Haupterforderniß derjenigen Organe sein soll, die die öffentliche Meinung zu vertreten haben. Insbesondere der „Börsencourier" that sich in dieser Hinsicht hervor; er ließ es an Schmähungen gegen Hofprediger Stöcker und die Christlich-Socialen nicht fehlen und in fast jeder Nummer des Jahrgangs 1880 dieses Blattes wird der Leser irgend einen derartigen Artikel finden. Ich weise nur auf die Aeußerung des Blattes hin, daß Hofprediger Stöcker gesagt haben solle, es sei für den Geistlichen die Hauptsache, die reine Lehre zu verkünden, selbst wenn er im Herzen Atheist sei. Alle, die den genannten Mann kennen, werden begreifen, daß es für ihn zur Unmöglichkeit gehört, solche Worte selbst in den schwächsten Stunden seines Lebens laut werden zu lassen.

Mit einem Wort, das Thema der Judenfrage ward bereits längst nicht mehr „akademisch" behandelt; es begann mit einem donnernden Getöse in das Berliner politische Leben zu treten, welches auf längere Zeit hinaus von der Frage ausschließlich in Anspruch genommen werden sollte. Als den letzten Versuch von gegnerischer Seite, diese Angelegenheit durch ruhige Discussion erst noch mehr zur Reife gedeihen zu lassen, möchte ich die im Herbst 1880 erschienene Brochüre des Professors Paulus Cassel, Prediger an der Berliner Christus-Kirche, bezeichnen, welche „das Judenthum in der Weltgeschichte" behandelt. Es ist freilich zu bedauern, daß auch dieser Gelehrte, der sich in früheren Zuschriften an Hofprediger Stöcker vielfach zum Standpunkt des letzteren offen bekannt hatte, in seiner Vertheidigung des Judenthums weit über das Ziel hinausschoß und somit nichts erreichte, als daß er

die Opposition gegen seine unerwiesenen und schlecht begründeten Behauptungen herausforderte. Ich will einige Sätze aus dieser Brochüre unten anführen, um an ihnen die für einen christlichen Geistlichen höchst sonderbare Stellungnahme für das Judenthum zu kennzeichnen, und wenn ich auch hinzufügen muß, daß Prof. Cassel bona fide handelte, um seine Pflicht „gegen Gräber zu erfüllen, die er nicht vergessen dürfe", so hätte der Gelehrte doch eine solche Pflichterfüllung, die ihm niemand verdenken wird, nicht auf Kosten seiner jetzigen kirchlichen Stellung und besonders nicht auf Kosten von historischen Wahrheiten in's Werk setzen müssen.

Gewiß ungeschickt war die Behauptung Cassel's, daß die Juden die besten Finanzminister gewesen seien, und die Belegung dieses Satzes mit den Namen Süß und Lippold, Namen, die in der Preußisch-Würtembergischen Geschichte nur mit Abscheu genannt werden. Unrichtig ist ferner Cassel's Behauptung, daß Lessing es seiner Freundschaft mit Mendelssohn zu verdanken habe, daß er in Ungnade gefallen sei. Denn Lessing ist niemals beim deutschen Volk oder bei den deutschen Antisemiten in Ungnade gefallen, sondern man hat sich nur dagegen verwahrt, daß Lessing und sein „Nathan" von den Juden als ihr Eigenthum reclamirt werde. Wenn aber Herr Cassel dafür plaidirte, daß das Judenthum, d. h. in seiner von allen Anforderungen der christlichen Cultur abgeschlossenen Form, aus reinen Humanitätsprincipien gepflegt werden müßte, wenn er ferner sagt, daß „je mehr Juden in den Staat eindringen, sich der Zweck humaner und christlicher Bildung destomehr erfülle", dann documentirte dieser Herr eben, daß er das sichtbare Ueberwuchern des jüdischen Elements im Staatswesen billige. Der fernere Satz endlich, daß Christi Jünger geduldig Schäden tragen müßten, um sie zu heilen, wird kaum irgendwo im praktischen Leben Anklang finden und so befolgt werden.

Der in's Rollen gekommene Stein konnte durch nichts mehr aufgehalten werden, trotz der gegenseitigen Ansicht der Frau C. in ihrem Briefe. In der Presse und in öffentlichen Versammlungen wurde laut über die Gespreiztheit des Judenthums

und über die Schäden Klage geführt, welche dasselbe in socialer und wirthschaftlicher Hinsicht anrichtete. Es wurde beispielsweise auf eines der vielen Mittel hingewiesen, um dauernde sittliche Nachtheile von der christlichen Bevölkerung abzuwenden, nämlich auf die Ertheilung des geschichtlichen Schulunterrichts durch ausschließlich christliche Lehrer. Was sagte die gegnerische Partei dazu? Ich finde in einem Zeitungsexcerpt folgende, ich möchte sagen equivoque Antwort: „Man müßte Simultanschulen errichten, an denen Juden lehren, dann würde die Jugend soviel von der jüdischen Erwerbstheorie profitiren, daß sie den Juden später die schönste Concurrenz machen könnte.“ Spöttisch oder ernstlich gemeint, eine solche Bemerkung ist stets als unstatthaft und unmoralisch zu verdammen. Die antisemitische Bewegung in Berlin hatte bereits einen solchen Höhepunkt erreicht, daß eine Petition an das Staatsministerium in Umlauf gesetzt wurde, welche insbesondere auf den erwähnten Punkt des Lehrerthums und auf die Beschränkung bezw. Beseitigung des jüdischen Richterthums hinwies. Diese Petition, für deren Inumlaufsetzung nicht etwa spezielle Mittel der christlich-socialen Partei aufgewendet wurden, wie dies vielfach geglaubt wird, sondern deren Kosten, abgesehen von einer zu diesem Zwecke veranstalteten Sammlung, welche nur geringe Beträge lieferte, von einem einzigen Manne und Reichstagsabgeordneten nahezu allein bestritten sind, fand man überall in öffentlichen Localen, Cigarrenläden ꝛc. ausgelegt; in kurzer Zeit war sie mit Tausenden von Unterschriften überdeckt. Ob es der richtige Wurf war, um zu dem von den Antisemiten erstrebten Ziele zu gelangen, ist zu bezweifeln; der Erfolg war dem Aufwand von pekuniären Mitteln und Kräften zum mindesten nicht entsprechend, denn die Petition, welche soviel Staub aufwirbelte, ist einfach ad acta gelegt. Nur eins hat die Petition allerdings erreicht, nämlich, daß die antisemitische Frage damit in das politische Stadium übertrat, und daß Anlaß gegeben ward, daß sich das Parlament mit ihr officiell beschäftigte. Die Verhandlungen vom 21. und 22. November 1880 im Abgeordnetenhause in Betreff der Judenfrage, infolge der Interpellation Hänel, haben freilich ein positives oder

auch nur klärendes Resultat nicht gezeitigt; sie dienten den fortschrittlichen Abgeordneten dazu, um über Herrn Stöcker herzufallen, von dem eine Erklärung verlangt wurde, ob er die Petition unterschrieben habe. Herr Stöcker antwortete mit „nein", und diese Antwort sollte ihm später noch manchen Vorwurf der Gegner eintragen, obwohl sie nach der später detaillirten Auffassung des Interpellirten, auf die ich noch zurückkomme, formell ganz richtig war. Die parlamentarischen Discussionen hatten natürlich eine gewisse Rückwirkung auf das außen stehende Publicum und trugen zur weiteren Verschärfung der Gegensätze nicht unwesentlich bei. Wenn von gegnerischer Seite mit allen Mitteln, auch des Witzes und der Satyre, gekämpft wurde, um den Sieg zu erringen, so geschah dies ebenfalls seitens der Antisemiten, und zwar hatte diese Partei ein Witzblatt zur Seite, welches von einem gewissen Herrn de Groussilliers redigiert, die Lacher auf die antisemitische Seite bringen sollte. Ich meinestheil habe von diesem Witzblatt „die Wahrheit" niemals viel gehalten. Es war vom journalistischen Standpunkt aus betrachtet, noch weniger werth, wie der „Ulk" und die „Wespen", was gewiß recht viel sagen will. Es war, abgesehen von einzelnen guten Einfällen, geistlos und hölzern, und nur während einer kurzen Zeit, in der die Redaction durch einen als Dichter bekannten und geschätzten Berliner Lehrer Herrn G... geleitet wurde, zeichnete es sich durch gediegene poetische Arbeiten aus. Es ist darum auch bald im Strom der Ereignisse untergegangen, ebenso wie die antisemitischen Winkelblätter jener Zeit, die „Ostend-Zeitung" von Ruppel und ähnliche. Dies letztere Blatt war das Radauorgan in des Wortes verwegenster Bedeutung und concurrirte in der bedenklichsten Weise mit solchen gegnerischen Blättern, wie der Börsencourier, indem es durch Grobheit und Gehässigkeit der antisemitischen Bewegung mehr Schaden wie Nutzen brachte. Indessen solche Eintagsfliegen haben ja auf den Gang der Ereignisse eine dauernde Wirkung nicht, sie können ihn zeitweise hemmen, aber ihn niemals in andere als die natürlich vorgezeichneten Bahnen bringen.

Nicht in ähnlicher Weise verderblich hat die sogenannte „Anti-

semiten-Liga" gewirkt, welche von gegnerischer Seite gleich gehaßt wie gefürchtet wurde, gleichsam als ein Vehmgericht, welches jeden Juden zum Feuertode verurtheilte. Freilich trug die Liga einen vorwiegend agitatorischen Charakter, indem sie für Verbreitung von antisemitischen Druckschriften sorgte, nebenbei aber wurde die Geselligkeit in ihrer harmlosesten Form gepflegt. Später hat sich die Liga in den antisemitischen Versammlungen, die ich im folgenden Capitel näher besprechen werde, sehr verdienstvoll gezeigt, indem sie Ruhe und Ordnung aufrecht erhielt und manchen Gegner, der sich nicht fügen wollte und dessen Leidenschaftlichkeit mit ihm etwa durchzugehen im Begriff stand, vor — einer gehörigen Tracht Prügel bewahrte. Excesse hat die Liga niemals gebilligt, es sind auch keine von ihr ausgegangen, und diejenige kindische Agitation, welche sich auf antisemitischer Seite damit abgab, Bilderchen an von Juden bewohnte Häuser zu kleben, hat mehr wie einmal in der Liga lebhafte Entrüstung hervorgerufen. Ich selbst brauche wohl nicht noch zu bemerken, daß ich diese letztere Agitationsart nach allen Richtungen hin verwerfe. In ernsten Sachen soll man ernst und wie ein Mann handeln, aber nicht Possen treiben, oder gar den Einzelnen für die Sünden Vieler büßen lassen.

5. Capitel.

Der Fall Kantorowicz und seine Folgen.

Der Herbst des Jahres 1880 brachte die Katastrophe. An sich war dieselbe ein unbedeutendes Ereigniß, dessen rein private Natur kaum irgend eine Beachtung im größeren Publicum hervorgerufen hätte, wenn nicht die vorhin scizzirten Verhältnisse ein Aufeinanderplatzen der Geister und leider auch — der Menschen als fast unabweisliche Nothwendigkeit bedingt hätten. Die Antisemiten-Petition hatte dem Faß den Boden ausgestoßen. Einige Tage nach deren Erscheinen in der Oeffentlichkeit — es war am Nachmittag des 8. November 1880 — fuhren zwei Berliner Gymnasiallehrer, die Herren Dr. Bernhard Förster und Dr. Jungfer, auf der Pferdebahn nach der Behrenstraße und unterhielten sich über das große Ereigniß des Tages, die Petition, in einer für die Juden im allgemeinen nicht sehr schmeichelhaften Weise. Ein zufällig neben den Herren sitzender jüdischer Kaufmann, Kantorowicz, mischte sich in unbefugter Weise in das Privatgespräch, und als er deshalb eine Zurückweisung erfuhr, applicirte er dem notorisch lahmen und schwächlich gebauten Dr. Jungfer plötzlich eine Ohrfeige. Ich lasse Herrn Dr. Jungfer über den Vorfall selbst sprechen:

„In ein lebhaftes Gespräch über die Ausschreitungen des „Börsen-Couriers“ gegen den Herrn Hofprediger Stöcker vertieft, bestiegen wir zwei, mein Freund Herr Dr. Förster, und ich, Montag Nachmittag in der Charlottenstraße einen Pferdebahnwagen. Während der Fahrt setzten wir unser Zwiegespräch fort,

und Herr Dr. Förster äußerte u. A., der ihm nahestehende Herr Stöcker sei ein Ehrenmann, den Jeder hochachten müsse. In der Behrenstraße wurden wir plötzlich von zwei anscheinend jüdischen Herren unterbrochen und ohne allen Anlaß gröblich insultirt, worauf Dr. Förster aus dem Wagen sprang, um einen Schutzmann zu citiren und die Persönlichkeiten der betreffenden Herren feststellen zu lassen. Inzwischen fuhren dieselben fort, laut schreiend heftige Schmähungen gegen mich auszustoßen, welche ich dadurch erwiderte, daß ich die Herren ersuchte, sich zu mäßigen, da sogleich ein Schutzmann kommen werde. Aber weit entfernt sich zu beruhigen, setzten sie vielmehr, nachdem wir den Wagen verlassen, nunmehr auf dem Trottoir der Behrenstraße ihr Schreien und Schimpfen gegen mich mit gellender Stimme fort, so daß alle Passanten sich um uns sammelten, — während sie zugleich mit den Händen lebhaft vor meinem Gesichte gestikulirten. Dies unqualificirbare Betragen machte meiner lange mühsam behaupteten Ruhe denn doch ein Ende, und meine Entrüstung schuf sich dem Herrn gegenüber, welcher mich am lautesten anschrie, Luft durch den Ausruf, mit dem ich die Fluth seiner Schmähungen unterbrach: „Und Sie sind nur Jude!“ Hierauf versetzte der Angeredete mir einen Schlag, den zu erwidern ich von den mir zunächst Stehenden verhindert wurde. Erst dann erschien ein Schutzmann, der mich vor weiteren Injurien schützte, und in dessen Begleitung wir zum Polizeibureau gingen. Selbst unterwegs begannen die bezeichneten Herren wieder zu schreien und zu schimpfen, so daß der Schutzmann sie zur Ruhe verweisen mußte. Nachdem auf dem Polizeibureau die Namen festgestellt waren, bat ich meinen Freund, Herrn Dr. Förster, die Adresse desjenigen Herrn, welcher mich insultirt hatte, zu notiren, für den Fall, daß ich eine Forderung für angebracht halten sollte. Nach reiflicher Ueberlegung jedoch und durch eine Berathung mit älteren Officieren überzeugten wir uns, daß jener Herr auf Grund seines Betragens nicht als satisfactionsfähig gelten könne, und mir daher nur der Weg der Privatklage bliebe, welche ich mir vorbehalte.“

Kantorowicz glaubte in Folge einer Personen- oder Namensverwechselung Herrn Dr. Förster mit seinem Schlage getroffen zu haben, von dem Ersterer in Erfahrung gebracht hatte, daß er Landwehr-Officier sei. Eine zum Behufe der Entlassung Herrn Förster's aus dem Militärverhältniß bei dem Bizirkscommando erfolgte Mittheilung verfehlte daher ihren gewünschten Zweck, und es blieb nur übrig, die Sache im civilen Wege auszutragen. Die Magistratsbehörde als vorgesetzte Corporation der beiden Lehrer machte sich die Angelegenheit sofort zu eigen, was aus folgender, für die Stellungnahme dieser Behörde charakteristischen Notiz der „Nationalzeitung" hervorzugehen scheint:

„In der Angelegenheit der Lehrer Dr. Förster und Dr. Jungfer hat, wie wir erfahren, der Magistrat heute einstimmig beschlossen, auch seinerseits die Angelegenheit beim Schulcollegium zur Sprache zu bringen und den Antrag auf Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen die beiden städtischen Lehrer einzubringen. Zugleich soll die Ansicht des Magistrats dahin ausgesprochen werden, daß, wenn die bekannt gewordenen Thatsachen sich als richtig herausstellen, die beiden Lehrer nicht während der Untersuchung fungiren können. Und endlich will der Magistrat das Schulcollegium auf die Zustände aufmerksam machen, welche sich durch die bekannten Agitationen in Berlin und namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens herausbilden und da um so mehr große Gefahren drohen, als sie ganze Classen der Bevölkerung gegen einander aufregen. Der Magistrat hegt die Hoffnung, daß Seitens der Behörde in angemessener Weise werde energisch eingeschritten werden."

Noch interessanter zur Beleuchtung der Stellung der Majorität der Stadtverordneten in der beregten Sache erscheint mir der nachstehende aus authentischen Quellen geschöpfte Sitzungsbericht:

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom 11. November.

Der Vorsteher Dr. Straßmann eröffnet die Sitzung um $5^1/_2$ Uhr.

Am Tische des Magistrats: Kämmerer Runge, Stadträthe Meubrink, Wolff, Stadtschulrath Dr. Cauer u. A.

Von den Stadtverordneten Dr. Hermes, Dr. Langerhans und Genossen ist folgende Anfrage eingegangen: „Hat der Magistrat Kenntniß genommen von den Vorgängen, mit welchen die beiden Gymnasiallehrer Dr. Förster und Dr. Jungfer Anlaß zu großem öffentlichen Aergerniß gegeben haben?"

Stadtv. Dr. Hermes: Wir, die unterzeichneten Mitglieder der Versammlung, haben uns für verpflichtet gehalten, eine Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen, welche in der Bürgerschaft eine außerordentliche Aufregung hervorgerufen hat. Wir halten uns um so mehr für verpflichtet, als zwei Lehrer unseres städtischen Friedrichs-Gymnasiums die Veranlassung zu bisher unerhörten scandalösen Vorgängen gegeben haben, wobei die Frage in den Vordergrund tritt, wie ist es möglich, daß in der Stadt der Intelligenz und Toleranz zwei Männer mit solchen sittlich unreifen Anschauungen Erzieher der Jugend sein können. Dann aber nehmen wir auch mit Freuden hierbei Anlaß, unseren mit Recht entrüsteten jüdischen Mitbürgern zu versichern, daß wir diese von einem Hofprediger in Scene gesetzte Judenhetze verabscheuen und diejenigen verachten, welche sich an derselben agitatorisch betheiligen. Die Vertretung der Berliner Bürgerschaft ist beseelt von derjenigen Toleranz, wie sie in Lessing's „Nathan" ihren unvergleichlichen Ausdruck gefunden. Sollten unter uns wirklich Collegen sein, welche mit den antisemitischen Bestrebungen sympathisiren, so würden diese hier keinen Boden finden.

Was nun das Thatsächliche anlangt, das unserer Anfrage zu Grunde liegt, so darf ich wohl voraussetzen, daß Sie das Wesentliche in den heutigen Zeitungen werden gelesen haben.

Es handelt sich um die Gymnasiallehrer Dr. Förster und Dr. Jungfer, welche Beide am Friedrichs-Gymnasium unterrichten. Der von ihnen in einem Pferdebahnwagen Beleidigte ist ein in seiner Stadtgegend wohlbekannter und bescheidener Mann, Edmund Kantorowicz, Einer von fünf oder sechs Brüdern, die sämmtlich dem Vaterlande gedient haben. Zur Charakteristik des Herrn

Dr. Förster glaube ich noch anführen zu müssen, daß er aus seiner antisemitischen Anschauung auch früher schon kein Hehl gemacht hat. Bei der letzten Sedanfeier erdreistete sich ein Obersecundaner der Anstalt, den Juden ein Pereat zu bringen. Während der Director der Anstalt, Herr Dr. Kempf, diesen unreifen Burschen sofort nach Hause schickte, konnte Herr Dr. Förster nicht umhin, ihm sein Einverständniß mit dem Bemerken zu erkennen zu geben, daß die Zeit für so öffentliche Agitation gegen die Juden nur noch nicht gekommen sei. Ein solches Verfahren wirkt für die Jugend geradezu wie Gift, was hier um so mehr der Fall ist, als das Friedrichs-Gymnasium einen erheblichen Procentsatz von Schülern jüdischer Confession aufzuweisen hat. Unter den Schülern der Anstalt ist es denn auch eine bekannte Thatsache, daß die beiden Herren antisemitischer Gesinnung sind. Die Folge davon ist denn auch, daß manche Schüler die Anstalt verlassen, wobei freilich auch unberechtigte Eigenthümlichkeiten anderer Lehrer mitspielen, worüber zu sprechen ich vielleicht bei einer anderen Gelegenheit Veranlassung haben werde.

Herr Dr. Jungfer ist übrigens ein Lehrer, der zu den hervorragendsten nicht gerechnet werden kann, und Herrn Dr. Förster's Leistungen erheben sich, obgleich er mit ausgezeichneten Kenntnissen ausgerüstet ist, mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand nicht über das Niveau der Mittelmäßigkeit. (Unruhe der Versammlung, Rufe: Gehört nicht zur Sache!)

Die antisemitische Petition des Herrn Hofprediger Stöcker ist von diesen beiden Herren unterzeichnet, und als dritter gesellt sich zu ihnen ein Herr Oberlehrer Brecher, der sich nur Lehrer der Kriegsacademie nennt.

Mit der Unterzeichnung dieser Petition, welche die „Nationalzeitung“ mit Recht eine ungeheuerliche nennt, sind diese Herren einfach Agitatoren, die nicht auf derjenigen sittlichen Höhe stehen, welche wir von einem Lehrer unserer Jugend beanspruchen dürfen. Sie gehören nicht in unsere Anstalten, in denen der Geist des Friedens, der Freiheit, der Eintracht und Toleranz mit Rücksicht auf die confessionellen Verschiedenheiten

ihrer Besucher walten muß. Mögen sich die Herren einen anderen Wirkungskreis, vielleicht an einer christlich-socialen Anstalt des Herrn Stöcker suchen — bei uns kann ihres Bleibens nicht mehr sein.

Diese Stöcker'sche Agitation mit allen daran sich knüpfenden Consequenzen ist ein Auswuchs unserer Zeit, die jeder aufrichtige Freund der Menschheit aufrichtig bedauern muß.

Ich schließe mit den Worten einer sehr hochgestellten Person: Diese Judenhetze ist eine Schmach für das neunzehnte Jahrhundert. (Großer Beifall.)

Stadtschulrath Dr. Cauer: Er müsse beginnen mit einigen Worten der Abwehr. Ein solches Urtheil über die Qualification der Lehrer einer höheren Lehranstalt hier in dieser Versammlung sei doch eine sehr bedenkliche Sache. (Beifall.) Im Uebrigen erkläre er sich vollständig einverstanden mit Allem, was der Herr Vorredner über den höchst bedauerlichen Vorfall gesagt habe. (Beifall.) Derselbe sei aber noch so wenig aufgeklärt, daß der Magistrat als solcher noch nicht habe Stellung dazu nehmen können. Er seinerseits könne versichern, daß der Bericht in den Zeitungen in allen Hauptzügen als correct von den betreffenden Personen anerkannt sei, nur habe Kantorowicz sich in den beiden Personen geirrt, er habe dieselben mit einander verwechselt. Er (Redner) habe einen ausführlichen schriftlichen Bericht von Kantorowicz in Händen und außerdem einen Bericht vom Director Kempf erhalten, von dem er übrigens soeben komme. Derselbe habe ebenfalls einen Bericht an das Provinzial-Schulcollegium gerichtet mit dem Antrage auf Einleitung einer Disciplinar-Untersuchung. Er könne versichern und Herr Director Kempf habe ihn gebeten, dies hier zum Ausdruck zu bringen, daß er außerordentlich entrüstet sei über die Handlungsweise seiner Lehrer. (Beifall.) Darin sei also die Stellung des Directors völlig conform mit derjenigen, welche jeder redlich denkende Mensch in dieser Angelegenheit einnehmen müsse. Die Disciplinarbehörde über die höheren Lehranstalten sei bekanntlich das Provinzial-Schulcollegium und der Magistrat könne seinerseits wenig thun.

Er werde den Bericht einreichen mit der dringenden Bitte auf eingehende Untersuchung und event. strengste und nachdrücklichste Bestrafung der beiden Lehrer. Ein Auftreten dieser Art, d. h. ein Eintreten in eine so verwerfliche Agitation gefährde allerdings die Stellung der Lehrer im höchsten Maße. Der Magistrat werde also Alles thun, um Sühne zu erlangen, er bitte aber die Entrüstung nicht über den einzelnen concreten Fall auszudehnen und sich versichert zu halten, daß dies eben nur einzelne Ausnahmen seien, denn er habe schon Beweise in Händen, daß das Gros des Lehrerstandes sich ebenfalls mit Entrüstung fern halte von solchen Agitationen. Er vertraue, daß auch die höhere Schulbehörde diesen Standpunkt theilen werde. (Beifall.)

Auf Antrag des Stadtverordneten Dr. Langerhans wird eine Besprechung der Interpellation beschlossen.

Stadtv. Dr. Langerhans: Er habe diese Besprechung nicht beantragt, um diese für alle gebildeten Leute so trübe Angelegenheit noch weiter aufzurühren, sondern um Zeugniß abzulegen, daß die Berliner Bürgerschaft jede Gemeinschaft mit jener so wüsten Antisemiten-Agitation weit von sich weise. (Bravo!) Also, so weit seien wir schon gekommen, daß unsere jüdischen Mitbürger auf offener Straße und von Leuten, welche doch zu den Gebildeten gezählt sein wollen, mit Invectiven angefallen werden! Er halte die Versammlung für verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß sie diese Art der Behandlung unserer hochgeachteten jüdischen Mitbürger für eine niedrige und schmachvolle hält. (Sehr wahr!) Es sei Pflicht jeder gebildeten Gesellschaft, gegen derartige Unfläthigkeiten aufzutreten. In der Versammlung und im Magistratscollegium sitzen auch hochverdiente jüdische Mitbürger, die sich Jahre lang in vollster Selbstlosigkeit und mit Opferung ihrer besten Kräfte dem Dienste der Stadt weihen; auch sie müsse man energisch gegen solche Unfläthereien in Schutz nehmen. (Sehr richtig!)"

Das Ergebniß der Interpellation braucht hiernach nicht erst näher erörtert zu werden, denn es liegt klar auf der Hand, daß in Gemäßheit der Stellung der Majorität der Stadtverordneten

in der Judenfrage das Verdikt nur gegen die Herren Förster und Jungfer lauten konnte.

Ich habe diese Sache aus dem Grunde etwas eingehender behandelt, um aus ihr zu constatiren, wie hoch die gegenseitige Erbitterung gestiegen war, und daß die Uebermacht allerdings auf philosemitischer Seite vorhanden war, welche für Herrn Kantorowicz Partei nahm, ohne dessen eigenes sehr aggressives Verhalten und seine moralische Qualität in irgend eine abwägende Rücksicht zu nehmen, denn thatsächlich hatte die von ihm innegehabte Firma wegen fortgesetzter Schutzmarkenfälschung eine gerichtliche Verurtheilung erfahren.

„Das Gros des Lehrerstandes“ hielt sich freilich fern von jeder Agitation, aber es konnte doch nicht persönliche Meinungsäußerungen unterdrücken, wie beispielsweise diejenigen des Dr. E. Siecke, Lehrer am Friedrichs-Gymnasium, welcher in einer Brochure sich etwa so aussprach:

Die Judenfrage existirt, sie ist brennende Tagesfrage. Wer als gebildeter Mensch den Weltvorgängen folgt, wird doch nothwendig zu irgend einem Standpunkt den Tagesfragen gegenüber gelangen müssen. Verlangt man, daß allein ein wissenschaftlich gebildeter Lehrer von dieser allgemeinen Regel eine Ausnahme macht? Dann weist man ihm entweder eine fast übermenschlich hohe Rolle zu, wonach er auf die Erdennöthen herabblicken soll, als ginge ihn die Welt mit ihren Sorgen und ihrem Weh nichts an, oder man stellt ihn unter alle übrigen Staatsbürger, indem man von ihm verlangt, daß er sich in stupider Weise um die Dinge dieser Welt nicht bekümmere. Beides geht doch offenbar nicht an. Der Lehrer ist Mensch von Fleisch und Blut, er steht im Getriebe der Welt, er hat schon zur pflichtmäßigen Ausübung politischer Rechte sich um die Tagesfragen zu kümmern. Dazu kommt, daß er durch seine Erziehung und durch seine Beschäftigung dazu geführt wird, sich die Erscheinungen theoretisch zurecht zu legen und ihren Gründen, ihrer sittlichen Berechtigung nachzudenken. Wer will sich herausnehmen, von vorn herein einem wissenschaftlichen Manne vorzuschreiben, wohin sein ehr-

liches Nachdenken führen wird? Es ist eitel Ueberhebung, wenn Jemand sagt: „So du zu dieser oder jener Erkenntniß kommen solltest, so hast du eine Ansicht, die jeder anständige Mensch verachten muß". Dieser Jemand lasse sich gesagt sein: „Daß verschiedene ehrliche Menschen oft eine Sache sehr verschieden ansehen werden, ist so selbstverständlich, daß jene Rede wie ein Versuch aussieht, die freie Forschung und Ueberzeugung durch Einschüchterung zu beeinflussen." Aber allerdings Ehrlichkeit sei die Losung! Das und nichts anderes darf verlangt werden. Vielleicht sagt Jemand: Die Judenfrage ist gar kein Object wissenschaftlicher Behandlung. Wir sagen: Sie ist in hervorragendem Maße. Die Factoren, welche im Staatsleben walten, nach ihrem Entstehen und Wesen zu begreifen, ist Recht und Pflicht historischer Auffassung. Historiker und Philologen haben daher die nächste Veranlassung, sich theoretisch mit der Genesis und Geschichte des semitischen Einflusses in unserm Vaterlande zu befassen und können dabei der Frage gar nicht ausweichen: „Was wird nun das Endziel und das Resultat dieses aufsteigenden Einflusses sein?"

Man sagt: Wer von Judenhaß erfüllt ist, kann nicht unparteiischer Richter sein, nicht Lehrer an Schulen, welche Schüler gemischter Confession besuchen. Sehr richtig! Aber wo ist denn der Beweis, daß ein Haß vorhanden ist? Was ist denn das für eine Gedankendisposition, die bei einem politischen Gegner gleich Haß voraussetzen muß? Bei uns Deutschen waltet Gott sei Dank seit Jahrhunderten die Anständigkeit der Gesinnung, daß es von jedem Beamten für selbstverständlich gehalten wird, daß er sein amtliches Wirken von seinen Privatansichten streng trennt. Wohl uns, daß kein Demokrat Zweifel in die Unpartheilichkeit eines conservativen Richters oder ein Conservativer in die eines demokratischen setzt! Wohl uns, daß kein anständiger Mensch daran zweifelt, daß ein Lehrer, wenn er vor der Classe steht, als Mensch mit Menschen verkehrt, sich um nichts kümmert, als um seinen Gegenstand, daß er sich gewissermaßen in der Stellung eines Vaters zu seinen Kindern fühlt, mögen die Eltern

einer Parteistellung oder einem Glauben angehören, welchem sie wollen. Das ist von jeher so Sitte gewesen bei uns in Deutschland. Der Gedanke muß in einem jüdischen oder arg verjüdelten Gehirn entstanden sein, daß ein Lehrer, der den unberechtigten Einfluß des Semitenthums im germanischen Staatswesen bekämpft, seine jüdischen Schüler anders behandle als seine christlichen. Sollten uns das die Juden nicht auf's Wort glauben, so würden wir darin eine der Verschiedenheiten des jüdischen und germanischen Characters erblicken müssen.

Wir Lehrer fühlen uns über einen solchen Verdacht hoch erhaben und wir schütteln das Gerede von uns ab wie Schneeflocken. Aber wir können nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß dieser in der jüdischen Presse ausgesprochene Verdacht uns mißtrauisch macht, ob wir mit solcher Anständigkeit der Gesinnung bei dem jüdischen Element durchweg auf Gegenseitigkeit rechnen können."

Außerdem aber fand sich eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Lehrern Berliner Bildungsanstalten in den Auslassungen der Herren Hermes und Langerhans so gekränkt, daß sie in der „Deutschen Landeszeitung" folgende Erklärung niederlegte.

Erklärung.

Die unterzeichneten Lehrer hiesiger höherer Lehranstalten sehen sich genöthigt, gegen die Art, in der die Herren Stadtverordneten Dr. Hermes und Dr. Langerhans in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten vom 11. November über eine zwei Kollegen betreffende Angelegenheit, sowie über das hiesige Friedrichs-Gymnasium auf Grund unzureichender Information und ohne jede Kompetenz ihrerseits abgeurtheilt haben, Verwahrung einzulegen, da bedauerlicher Weise jene unberechtigten und maßlosen Angriffe die verdiente Zurückweisung in jener Versammlung nicht erfahren haben.

Berlin, 2. Dezember 1880.

Dr. E. Althaus. Prof. Dr. Amen. Oberl. Dr. Anders. Oberl. Dr. Andresen. Oberl. Dr. Behncke. Dr. Behrendt. Dr. Belger. Oberl. Dr. Bellermann. Oberl. Dr. Bernhardt. Oberl. Dr. Blaß. Dr. Blumenthal. Bodsch. Oberl. Dr. W. Boehm. E. Boehm. F. Boehm. Dr. Bötticher. Dr. Bohn. Oberl. Dr.

Bormann. Oberl. Dr. Braumann. Prof. Dr. Brecher. Dr. Brosien. Dr. H. Buchholz. Dr. Buermann. Oberl. Bußler. Dr. Carel. Oberl. Dr. Clausen. Dr. Coste. Oberl. Dr. Dahms. J. Decken. Dr. Deuticke. Dr. Elias. Dr. Ellger. Oberl. Dr. Engelmann. Dr. Ebers. Dr. P. Förster Frädrich. Oberl. Dr. Gause. Dr. Geppert. Dr. Gerstenberg. Dr. Glatzel. Gloeden. F. Goldscheider. Oberl. Dr. Grube. Oberl. Dr. Haag. W. Hahn. O. Hahn. Oberl. Dr. Heller. Dr. Hellwig. Dr. Em. Henrici. Dr. Ernst Henrici. Prof. Hermann. Dr. Herchner. Dr. Hinrichs. Dr. Hinze. Oberl. Dr. Hirsch. Dr. Hirt. Dr. Hösch. Oberl. Dr. Hohnhortst. Dr. Hoffer. Prof. Dr. W. Hoffmann. Dr. Hoffmann. R. Hülsen. Jahr. Dr. Irmer. Dr. Kallenberg. Kindel. Dr. Kinzel. Dr. L. Klatt. Dr. M. Klatt. M. Koch. Oberl. Dr. Körner. Kränzlin. Dr. Krause. Dr. Krollick. Oberl. Dr. Kuhn. Dr. Lamprecht. Oberl. Dr. G. Lange. Dr. Lehmann. Oberl. Leisering. Dr. Lensch. Dr. Lessing. Oberl. Dr. Lilie. Oberl. Dr. Lohsee. Oberl. Dr. Lorenz. Oberl. Dr. Lortzing. Dr. Löschhorn. O. Lubarsch. Dr. Magnus. Dr. Meder. Dr. Menzel Oberl. Dr. W. Meyer. Dr. Meyer. Oberl. Dr. Mensel. Dr. Möller. J. Müller. Dr. Nahrwald. Dr. Naumann. Dr. Neubauer. Dr. Neumann. Oberl. Dr. Nitsche. Dr. Nitzer. Dr. Niemeyer. Dr. Nohl. Dr. Nottebohm. Oberl. Dr. Ohlert. Osterhage. Palm. Dr. Patzig. Oberl. Dr. Peter. Oberl. Dr. Pfeiffer. Dr. Pohle. Dr. Prümers, Oberl. Dr. Rhaese. Oberl. Dr. J. Ritter. Dr. Robel. F. Roeder. Dr. Röpke. Dr. Rudolph. Dr. Sadée. Oberl. Dr. Seyffert. Dr. Siecke. Dr. Siegfried. Prof. Dr. Schindler. Dr. Schische. H. Schmolke. Dr. B. Schneider. Dr. P. Schneider. P. Schneider. Dr. Schrader. Dr. Schroeder. Fr. Schubring. Oberl. Dr. E. Schultze. Dr. E. Schulze. Dr. C. Schulze. Dr. G. Schulze. Oberl. Dr. Schumacher. Dr. Schwieder. Dr. Schwieger. Dr. Spitta. Oberl. Dr. Steuer. Oberl. Dr. Symons. Oberl. Dr. Tappe. Dr. Tiedke. Dr. Thiemann. Oberl. Dr. Thieme. Dr. Voß. Dr. F. Wagener. Wege. Dr. Wegener. Prof. Dr. Weißenborn. Dr. Wetzel. A. Willrich. Prof. Dr. Wüllenweber. F. Wüllen-

weber. Oberl. Dr. Wulfinghoff. Dr. Zekeli. Dr. Zellmer. Oberl. Dr. Zernial. Dr. Zimmerstädt."

Der Fall Kantorowicz gab das Signal zu den widerlichsten Scenen und persönlichen Streitigkeiten zwischen Philo- und Antisemiten. Anrempelungen auf der Straße, Beleidigungen, ja Schlägereien in öffentlichen Localen gehörten damals nicht zu den Seltenheiten, kurz, für den ruhig denkenden Mann war Berlin in jener Zeit gerade nicht der angenehmste Aufenthalt. Die Schuld lag entschieden auf beiden Seiten, denn die schärfsten politischen oder socialen Gegensätze hätten, zumal bei den gebildeten Classen, derartige Extravaganzen nicht zeitigen sollen.

So wenig ich geneigt bin, das jüdische Element und sein Betragen in Schutz zu nehmen, so sehr bin ich auch gegen die Ausschreitungen der Antisemiten zu damaliger Zeit eingenommen. Was insbesondere den „Fall Kantorowicz" anbelangt, so kann ich es nicht zu einer vollständigen Entschuldigung der Herren Förster und Jungfer bringen, denn die Pferdebahnwagen eignen sich absolut nicht zu derartigen lauten Zwiegesprächen. Herrn Dr. Jungfer kenne ich persönlich nicht, wohl aber Herrn Dr. Bernhard Förster, der auf mich stets den Eindruck eines zwar ehrlichen und geraden, aber sehr heftigen und leicht aus dem Contact zu bringenden Menschen machte. Die Leidenschaftlichkeit seines Charakters mag vielleicht die Ursache jener lauten Bemerkungen gewesen sein, welche den ebenso verwerflichen Zornausbruch und die spätere durch nichts zu rechtfertigende Handlungsweise Kantorowicz's hervorrief.

Zu gleicher Zeit spielte im „rothen Hause" eine andere Angelegenheit, welche, obwohl rein communaler Natur, doch zur Evidenz darthut, wie sehr sich die Majorität der Stadtverordneten-Versammlung mit einem gewissen politischen Parteistandpunkt deckte. Ich lasse hier den authentischen Bericht der damals noch existirenden „Deutschen Landeszeitung" vom 24. November 1880 folgen:

„Was treibt der ‚Fortschritts-Ring', die Juden und Judengenossen des Berliner Stadtverordneten-Collegiums in seinen ‚geheimen' Sitzungen? Diese Frage zu beantworten, geht der

‚Ostend-Zeitung' folgender Bericht zu: ‚Es handelte sich am letzten Donnerstag darum, für den 80. Stadtbezirk das Ehrenamt des Bezirksvorstehers durch Neuwahl zu besetzen. Die Wahlperiode des bisherigen Bezirksvorstehers Dolfuß war abgelaufen, und zwar schon im September d. J., so daß man damals schon zur Neuwahl hätte schreiten müssen. Man hatte jedoch — für Manchen bis dahin unverständlich — die Wahl bis jetzt verschoben. Endlich kam sie, wie gesagt, letzten Donnerstag auf die Tagesordnung. Man schlug von Seiten der ‚Bergpartei' (Judenpartei) die Wiederwahl des Herrn Dolfuß vor, der über seine Wahlzeit hinaus, vom September bis jetzt, das Amt verwaltet hat. Derselbe ist Rendant der Louisenstädtischen Darlehnscasse, Vorsteher des 80. Stadtbezirks, der 31. Schul- und 35. Armen-Commission, sowie des 35. Waisenraths-Amtes und Hauseigenthümer in der Wasserthorstraße, ganz gewiß ein Ehrenmann erster Classe. Trotzdem machten sich einige Stimmen schüchtern gegen diese Wiederwahl geltend und ließen Anspielungen wie ‚Cementmarder' und ähnliche fallen, worauf aber von Seiten des Ringes scheinbar nicht geachtet wurde. Der amtlich mit der Recherche betraute Stadtverordnete Tappert erklärte, daß er auf Grund seiner Erkundigungen entschieden gegen die Wiederwahl des Dolfuß stimmen werde, ebenso erklärte sich auch der Ausschuß für die Besetzung communaler ‚Ehrenämter' einstimmig gegen die Wiederwahl, trotzdem blieb die Stimmung der ‚Bergpartei' für ihren Candidaten sehr rege. Nun nahm ein Gegner aus der ‚freien Vereinigung' das Wort und frug die Herren vom ‚Ringe', ob sie denn die Anspielung auf den ‚Cementmarder' gar nicht verstanden hätten; er sehe sich nun genöthigt, der Sache näher zu treten. Der Candidat, auf den der ‚Ring' so versessen sei, habe sich doch einer strafbaren Handlung schuldig gemacht. Der ꝛc. Dolfuß habe, wie sie ja auch alle wüßten, drei städtische Canalisationsarbeiter durch Bier- und Cigarrenspenden verleitet, für ihn Cement von der Canalisation zu stehlen, und dies in zwei Fällen, das eine mal vier Tonnen, das andere mal drei oder vier Tonnen, und sie könnten einem Diebe doch unmöglich ein städtisches Ehrenamt

übertragen wollen. Da erhob sich der Stadtverordnete Dr. Stryck, derselbe, der im Kriege von 1866 aus Versehen einen ‚requirirten‘ Wagen von Trautenau nach Berlin mitgenommen hat, und erklärte, er habe auch in dieser Angelegenheit recherchirt, aber er habe zu constatiren, daß der Dolfuß doch gar nicht bestraft sei, im übrigen habe Dolfuß' Vater die That seinem Sohne zugeschoben, er empfehle deshalb dringend die Wahl desselben. Danach traten die Juden Straßmann, der Stadtverordneten-Vorsteher, und Dr. Horwitz, ebenso der Philosemit Dr. Langerhans auf, von denen einer erklärte, der Dolfuß sei ‚ein Eckpfeiler der Fortschrittspartei‘ und besonders von großem Einfluß in Straßmann's Wahlkreise für das Abgeordnetenhaus; da Straßmann's Wiederwahl ohnehin gefährdet sei, dürfe man diesen Mann unter keinen Umständen fallen lassen. Bei der Abstimmung erhielt Dolfuß die Majorität. Die Gegner erhoben jedoch gegen die Abstimmung Protest und es wurde, um die Ruhe nicht weiter zu gefährden, noch einmal abgestimmt, wobei wiederum die Mehrzahl der Berliner Stadtverordneten dem Dolfuß ihre Stimme gab. — Das ist das Resultat der letzten geheimen Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, welche $1^1/_2$ Stunden in Anspruch nahm. — Wir haben in dieser Angelegenheit Erkundigungen eingezogen und erfahren, daß mit der Untersuchung des der Stadt Berlin zugefügten Cement-Diebstahls der besoldete Stadtrath Eberty (Nachkomme des berüchtigten Münzjuden Ephraim), beauftragt war, daß auch die drei Arbeiter zur Strafe entlassen worden sind; daß aber die Staatsanwaltschaft durch den Stadtrath Eberty von diesem Diebstahl in Kenntniß gesetzt sei, konnten wir nicht erfahren. Wir wollen nicht glauben, daß der Herr Stadtrath die Sache, die allerdings schon vor vielen Wochen von ihm untersucht und festgestellt werden mußte, ‚vertuscheln‘ wollte, zur größeren Ehre des Fortschrittsringes und zu Gunsten des Eckpfeilers der Fortschrittspartei, so wenig wir auch sonst von ihm als Stadtrath erbaut sind. Eine strenge Untersuchung dieses Cementdiebstahls und dessen, was sich daran knüpft, wollen wir hiermit aber doch der königlichen Staats-

anwaltschaft bestens empfehlen. Was nun aber den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung in dieser Angelegenheit angeht, dringen wir auf strengste Untersuchung seitens der königlichen Staatsregierung und hoffen, daß während der Untersuchung diejenigen Stadtverordneten, welche die Wahl unterstützt haben, vom Amte suspendirt werden und daß die Stadt Berlin auf Grund der Paragraphen 77 und 79 der Städteordnung wegen der in der Versammlung allgemein eingerissenen Corruption, welche auch bei dem Vorfall „Kantorowicz" eclatant zu Tage getreten ist, bis zu ausgemachter Sache commissarisch verwaltet werde."

Abgesehen von dem zu mißbilligenden scharfen Ton des Berichtes, der ja aus der hinreichend von mir gekennzeichneten „Ostend-Zeitung" stammt, läßt sich gegen die Wahrheit desselben wohl nichts einwenden. Dolfuß wurde durch gerichtliches Erkenntniß, welches die drei oder vier Tonnen auf eine Cigarrenkiste voll Cement reducirte, freilich schließlich freigesprochen. Ich lasse aber vollständig alle Einzelheiten aus dem Spiel und hebe nur die Bemerkung des Stadtverordneten Hermes von dem „Eckpfeiler der Fortschrittspartei" hervor, welche die Identificirung des städtischen Verwaltungsorganes mit einer parteipolitischen Gruppe darthut. Daß dies in Ansehung der ausschließlich communalen Obliegenheiten jenes Organes entschieden zu verwerfen ist, unterliegt keinem Zweifel. Diese schon im ersten Capitel erwähnte Verquickungsmethode aber hatte in späteren Zeiten, die ich in der Folge näher behandeln werde, den großen Nachtheil, daß die Politik das maßgebende Moment in den städtischen Angelegenheiten wurde. Die naturgemäße Reaction machte sich aber in den späteren Agitationen und den beziehungsweisen Wahlerfolgen der „Deutschen Bürgerpartei" geltend, deren Bildung nicht lange mehr auf sich warten lassen sollte.

Es konnte somit auch jetzt schon nicht fehlen, daß die Antisemiten sich der Sache in agitatorischer Weise annahmen; die für und gegen das Judenthum streitenden beiden großen Parteien sogen alles, was in jener Zeit am politischen Himmel sichtbar war, alle öffentlichen Tagesereignisse in sich auf, und so wurde

denn auch Herr Dolfuß kurzweg, aber unrechtmäßiger Weise, zum „Juden" gestempelt. Es ist nicht zu leugnen, daß hier ein Uebergriff des Antisemitismus vorlag, indem er der Bezeichnung „Jude" einen verächtlichen Beigeschmack gab, während sie doch nur eine bestimmte religiöse, meinetwegen auch in gewissem Sinne undeutsche Partei bezeichnen sollte. Die Juden selbst faßten, wie ich damals öfter beobachtet habe, das Wort, welches ihre Volksabstammung allein hätte bezeichnen sollen, in diesem verächtlichen Sinne auf. Man hätte ja in Ansehung des Wortreichthums, der dem Berliner ohne Zweifel zu Gebote steht, eine andere Benennung wählen können, wenn man denn schon nicht umhin konnte, sich in liebenswürdigen Ausdrücken gegen die Vertreter jener Partei zu ergehen. Philosemitischerseits wurde erst jetzt, wo es schon zu spät war, die Gefahr richtig erkannt, welche man heraufbeschworen hatte, und man suchte alle möglichen Hilfsmittel hervor, um ihr jetzt noch die Spitze abzubrechen. Doch waren diese Mittel einestheils nicht ausreichend oder loyal genug, anderentheils zu sonderbar gewählt, um überhaupt einen Effect erzielen zu können. In letzterer Hinsicht sind die Auslassungen zweier Männer bemerkenswerth, die sich gewiß nicht desjenigen Rufes im deutschen Volk erfreuten, der erforderlich ist, um sich nur einigermaßen Gehör zu schaffen, nämlich der Attentäter Carl Blind und der dunkle Ehrenmann Joachim Gehlsen, beide in London wohnhaft. Joci causa führe ich einzelne Stellen aus den beziehungsweisen Ergüssen an. Blind schreibt:

„Gestatten Sie mir, meinen Namen zu der Erklärung gegen den schmachvollen Unfug der Judenhetze zu stellen. Nimmermehr hätten Diejenigen, welche nach Niederwerfung der Freiheitsbewegung von 1848—49 den Pfad der Verbannung betreten mußten, selbst in der schlimmsten Rückschrittszeit gefürchtet: es könne eine der einfachsten Errungenschaften jener Erhebung — die bürgerliche und staatliche Rechtsgleichheit für Alle, ohne Rücksicht auf Abkunft oder Glaubensbekenntniß — je wieder in Frage gestellt werden. Daß dergleichen doch unter dem ‚Volke der Denker' möglich geworden, ist tief beschämend. Mehr Worte

darüber zu verlieren, als zum Ausdruck der Empörung erforderlich sind, scheint mir kaum nöthig. Blickt doch das uns beobachtende Ausland schon mit spöttischer Verwunderung auf diese neueste Geißelfahrt, die sich unter unserem, angeblich an der Spitze aller Bildung und Wissenschaft marschirenden Volke breit macht. Wem noch Menschenrecht und Aufklärung und der gute deutsche Name werth sind, der erhebe sich unverweilt zur Züchtigung einer mittelalterlichen Pfäfferei, deren Fortsetzung uns vor allen gebildeten Völkern der Welt entehrt."

Dieser Mann hat es für alle Zeiten verwirkt, sein Urtheil über eine politisch-sociale Bewegung in Deutschland zu fällen, über deren Grundcharakter er sich gewiß ebenso wenig klar geworden ist, wie über seine eigene verdammenswerthe Handlungsweise, die ihn aus dem Vaterlande trieb. Und ähnliche Gedanken habe ich bei der Lectüre der verschiedenen die Judenfrage betreffenden Auslassungen Gehlsen's gehabt, der unter anderem sich folgendermaßen hören läßt:

„Es ist das charakteristische Merkmal der ‚Judenhetze', daß die Race zum Kampf gegen das angeblich entsittlichende Judenthum aufgerufen wird. Damit ist offenkundig das Ziel dieser Bewegung die Degeneration der Menschheit überhaupt, ihr Zurückstoßen auf eine niedrigere Culturstufe, die Wiederaufrichtung eines unselbstständigen, denkunfähigen, kirchlichen Helotenthums, des Reiches der ‚göttlichen Ordnung', das vor jedem vernünftigen Gedanken, vor jeder natürlichen Consequenz des göttlichen Gesetzes wie ein Kartenhaus zusammenzustürzen droht.

Das Zurückstoßen auf die Race, die menschliche ‚Inzucht', ist historisch immer die Hebung der Unzucht, d. h. der Zuchtlosigkeit in Begierden und Leidenschaften, der Ausschweifung in bestimmten Lastern, gewesen und hat die Entartung der Völker begünstigt. Hat aber das Christenthum nicht vielmehr den Zweck, die Menschheit zu veredeln, oder giebt es eine christliche Nationalität, eine christliche Race, mit deren Existenz das Christenthum in Frage gestellt werden kann?

Die bedenklichste Seite, welche heute die Bewegung gegen das Judenthum aufweist, ist das Zurückdrängen auf die bar-

barische Gesetzgebung vergangener Zeiten, auf das Buchstaben-Christenthum und auf die Race. Das ist eine Bewegung wider die Vernunft und wider die Natur. Es giebt keinen möglichen Fortschritt als auf Kosten der Barbarei in Staat und Kirche, also auf Kosten der brutalen Gesetzgebung und des Dogma's. Die Verschmelzung der Racen ist die Verschmelzung der Nationen und die Reife der Gesinnung also die Entwickelung der Religion. Nichts Menschliches ist ewig als die Menschheit, und diese allein in ihrer geistigen Vollkommenheit.

Das Judenthum ist ein besonderes Racenelement und als solches allen Völkern gleich fremd, aber auch gleich nahestehend, d. h. von gleichem Einfluß auf die Entwickelung aller Völker. Das Judenthum ist der Sauerteig aller Nationen und darum ein internationales Element, das auch materiell nur vom internationalen Standpunkt beurtheilt werden darf. Die Juden sträuben sich, dies anzuerkennen, denn sie finden ihren Vortheil dabei, gute Patrioten, tolerante Staatsbürger zu scheinen, obschon ihr eigenes, innerstes Wesen allem Bestehenden fortwährend feindlich gegenübersteht. Der Rabbinismus ist der jüdische Opportunismus, der Geist des Judenthums ist ihm fremd. Dem Vortheil opferten die Juden ihre besten, hervorragendsten Männer und diese haßten die Juden, weil das Judenthum sie um elenden Profit's willen verleugnete."

Man sieht, daß Gehlsen keineswegs unbedingt zu den Verehrern des Judenthums gehörte, seine Ansicht steht übrigens vom Wege so vollkommen abseits, daß ich es nicht der Mühe für werth halte, darauf näher einzugehen, sondern nur damit die Thatsache hervorgehoben haben möchte, daß unsere Gegner sich solcher Zeugenschaft bedienten.

Im Gegensatz zu der Autorität eines Herrn Gehlsen muß ich in Gemäßheit meiner damaligen Beobachtungen betonen, daß eine große Anzahl von Antisemiten die Judenfrage vornehmlich als Racen- oder Religionsfrage behandelte. Ich habe meinerseits bereits erwähnt, daß ich den beiden gedachten Momenten kein ausschlaggebendes Gewicht beilege, vielmehr die wirthschaftliche und

nationale Seite, letztere in deutsch-patriotischem Sinne des Wortes, als maßgebend anerkennen möchte.

Trotzdem die Gegner für sich unter andern Autoritäten auch die gerade bei den Berlinern aller Parteien außerordentlich populäre Person des damaligen Kronprinzen in Anspruch nahmen, der zu dem Geh. Commerzienrath Magnus bei einer Gelegenheit die Worte gebraucht haben sollte, „daß die antisemitische Bewegung eine Schmach für Deutschland sei“, konnte das nur wenig Wirkung auf die Verhältnisse haben, und gelangte der Höhepunkt des Antisemitismus alsbald in regulären Volksversammlungen zum Ausdruck, deren erste in den „Reichshallen“ stattfand. Als Redner trat hier zum ersten Mal Dr. Ernst Henrici auf, der von jetzt ab eine kurze aber nicht unbedeutende Rolle spielte. Ich habe der Versammlung beigewohnt und muß sagen, daß sie mich, was die Ausführungen Henrici's anbelangt, nur mäßig befriedigt hat. Freilich war man durch die gewaltige Rhetorik eines Hofprediger Stöcker und anderer hervorragender politischer Redner, auch von gegnerischer Seite, so verwöhnt, daß ein Neuling in diesem Fach, wie Herr Dr. Henrici, noch dahinter zurücktreten mußte. Aber auch einzelne gewagte Behauptungen des Redners, wie beispielsweise die Andeutung, daß brünette Menschen ihre semitische Abstammung auf dem Scheitel trügen, waren Schuld daran, daß ein durchschlagender Erfolg nicht erzielt werden konnte. Denn zu einem durchschlagenden Erfolge rechne ich nicht das Beifallsgeschrei der Menge bei Schlagworten, sondern die Befriedigung, welche jeder Zuhörer über das Gesagte mit sich nach Hause nimmt. Ungeachtet dieses Mangels kam die Versammlung zu einem gewissen Endresultat, und zwar ward folgende Resolution in derselben angenommen:

> „Die hier versammelten Bürger Berlins sind der Ueberzeugung, daß, wenn die liberalen Parteien sich mit dem Judenthum identificiren, sich in kurzer Zeit die Mehrzahl der Berliner Bevölkerung dem Conservativismus nähern muß. Wir protestiren gegen die schamlose Coquetterie, welche von deutschen Männern mit dem Judenthum

getrieben wird, und sind überzeugt, daß der drohenden Haltlosigkeit der Bürgerschaft nur durch Gründung einer freisinnigen, vom Judenthum unabhängigen Partei vorzubeugen ist."

Daß diese Resolution, die ich für die unsinnigste halte, die je in der gesammten Bewegung gefaßt wurde, Annahme fand, bezeugt, wie wenig Klarheit im Ganzen noch vorhanden war, trotz der unsäglichen Anstrengungen, die von den Christlich-Socialen und auch schon von Seiten der Conservativen gemacht wurden. Beide letztere Parteien hatten sich allerdings längst zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß der Antisemit mit dem Liberalismus in keiner Weise pactiren dürfe, und daß eine „vom Judenthum unabhängige freisinnige Partei" eben ein Unding und eine Mißgeburt werden müsse. Herr Dr. Henrici hat niemals diese Meinung theilen können, wie die Folge lehren wird, und das ist nebst einer verfehlten literarischen Speculation die Ursache seines nur zu bald erfolgten Rücktritts von der politischen Bühne geworden. Dennoch machte die Resolution ungeheures Aufsehen, und die Bestürzung und Wuth unter den Gegnern war so groß, daß sie selbst herangingen, um den jene Versammlung überwachenden Polizeiofficier, Herrn Leisterer, einer unerlaubten politischen Parteinahme zu verdächtigen, trotzdem dieser Herr es verstanden hatte, die vorauszusehende gewaltsame Entfernung von Gegnern, welche die Versammlung durch Zwischenrufe störten, thunlichst zu beschränken. Er wurde von seiner vorgesetzten Behörde dadurch glänzend gerechtfertigt, daß ihm auch die Ueberwachung der nächsten großen antisemitischen Versammlung auf dem „Berliner Bock" übertragen wurde. Diese großartige Demonstration gegen das moderne Judenthum fand am 30. December statt, und zwar vor einer so zahlreichen Zuhörerschaft, daß die beiden großen Säle des Locals nicht hinreichten, um sie zu fassen. An tausend Menschen standen außerdem im Garten und lauschten bei geöffneten Fenstern den Ausführungen Dr. Henrici's, welche in folgender Resolution culminirten:

a) Erklärung gegen die Hausfriedensstörungen in der Reichshallen-Versammlung.

b) Erklärung, für das Abgeordnetenhaus bestimmt, daß die Befürchtung vorhanden sei, wie die Stadtverordneten-Versammlung einen mit schwerem Verdacht belasteten Mann (Dolfuß) in Amt und Würde belassen wolle. Hier wurden zwei Punkte hervorgehoben:

I. Warum hat der Stadtsyndicus Eberty die Untersuchung gegen Dolfuß niedergeschlagen?

II. Ist es richtig, daß die Stadtverordneten-Versammlung von dem gegen Dolfuß bestehenden Verdacht Kenntniß hatte, als sie den Beschluß faßte, ihn von neuem mit dem städtischen Ehrenamt zu bekleiden?

Die Rede Henrici's, welche mit den Worten begann: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte," kann ich hier nicht weiter behandeln, sie ist auch für die Beurtheilung der Sachlage von nur geringer Bedeutung. Als Präsident der Versammlung fungirte der Premierlieutenant a. D. Liebermann von Sonnenberg, der durch seine energische Handhabung der Ordnung damals den ersten Grundstein zu seiner Anerkennung in rein antisemitischen Kreisen legte. Ich behalte mir vor, die Person und Thätigkeit dieses Herrn bei späterer Gelegenheit zu kritisiren. Noch sei es mir verstattet, zu bemerken, daß ich an diesem Abend die Bekanntschaft eines Mannes machte, der berufen war, in der späteren „Berliner Bewegung" eine sehr bedeutende Rolle zu spielen, nämlich den früheren Handelskammer-Secretär in Hamburg Julius Schulze, der seine Stellung wegen wirthschaftspolitischer Anschauungen — er war Schutzzöllner — aufgeben mußte, und in das Reichsamt des Innern als Hilfsarbeiter berufen war. Die geistige Bedeutung dieses Mannes steht über allem Zweifel erhaben da, ebenso sein Rednertalent, das er alsbald auch in der Bewegung zur Anwendung brachte. Ich habe mit diesem Herrn bis zu seinem Abgange nach Königsberg, wo er leider im vorigen Jahre starb, viel verkehrt und in ihm einen unterrichteten und liebenswürdigen Mann kennen gelernt, der gleichwohl, vielleicht einzelner persönlicher Eigenheiten wegen, einen dauernden Platz im Berliner politischen Leben nicht behaupten konnte. In der kurzen

Zeit seines hiesigen Aufenthaltes hat er aber nach vielen Richtungen hin segensreich gewirkt, und besonders ist die Beamten-Colonie in Friedenau, in welcher die Colonisten wirthschaftlich auf's beste fortgekommen sind, allein aus seiner Initiative hervorgegangen. Das nebenbei bemerkt, lenke ich die Aufmerksamkeit des Lesers auf die Folgen, welche die beiden erwähnten Versammlungen — die einzigen, die bisher den rein politischen Charakter des Antisemitismus trugen — zeitigten. Hatte Dr. Henrici in einer Redewendung auch die kurz vorher erschienene antisemitische Flugschrift über Rohling's „Talmudjude" berührt, — was übrigens von gegnerischer Seite zu der Entgegnung Anlaß gab, daß die Rohling'sche Arbeit aus der bekannten Talmudfälschung Eisenmenger's abgeschrieben sei, daß beide aber den Talmud weder lesen noch übersetzen könnten, und daß der Talmud überhaupt nicht von Schwachköpfen verstanden werden könne — so trat doch in den Ausführungen des Erstgenannten, also Henrici's, das Bestreben zu Tage, die Racenfrage mehr in den Vordergrund zu stellen, im Gegensatz zu Hofprediger Stöcker, welcher in einer christlich-socialen Versammlung in Gemäßheit seiner schon früher von mir erwähnten Anschauung sagte, daß es ihn zwar freue, wenn auch liberale Kreise zu der Judenfrage Stellung nähmen, nur sei letztere absolut keine Racenfrage. Das Wort Disraeli's: „Die Race ist alles", sei für die Bewegung verhängnißvoll. Seien die Juden getauft, so seien sie unsere Brüder. Was die in der Petition verlangten Ausnahmegesetze anbelange, so sei Form wie Inhalt unglücklich gewählt. Allerdings sei anzuerkennen, daß die jetzigen Zustände auf die Emancipation zurückzuführen seien, „aber von einer Zeit von 30 Jahren ließe sich noch nicht viel reden. Darum: keine Ausnahmegesetze, keine Hetzerei". Den gleichen Standpunkt hat Herr Stöcker unzählige Male vertreten, und dennoch diese unwürdige Behandlung des Mannes seitens der Gegner.

Wenn Herr Stöcker der religiösen Seite, abgesehen von der wirthschaftlichen, zunächst noch den Vorrang ließ, so spricht für diese Anschauung allerdings ein Vorkommniß, welches in der

christlichen Bevölkerung gerechte Entrüstung hervorrief, und das dazu angethan war, die antisemitische Strömung im Wachsen zu erhalten, und eine noch allgemeinere Betheiligung an den antisemitischen Versammlungen hervorzurufen. Das semitische Hetzblatt der „Börsencourier", dessen ich schon mehrfach Erwähnung gethan, hatte nämlich kurz vor dem hohen christlichen Fest der Weihnachten unterm 19. December 1880 einen Artikel veröffentlicht, welcher als die stärkste und gröblichste Beschimpfung des christlichen Glaubens hingestellt werden muß. Der gemeinste Passus dieses unqualificirbaren Pasquills lautete: „Die Ochsen auf dem Felde waren in so hervorragender Weise bei der Geburt Christi betheiligt, daß es wohl gerathen ist, sie an dem Fest theilnehmen zu lassen." Das war Oel in's Feuer gegossen und wenn die Juden sich darüber, übrigens auch in übertriebener Weise, beklagten, daß sie sich hätten hüten müssen, in jener Zeit die Straße zu betreten, weil das Gerücht verbreitet wäre, daß die „Antisemitenliga alle Juden, die sich zeigen würden, massakriren wolle", so haben sie die ausgestandene Angst ausschließlich jenem Artikel zu danken, der in den Annalen des Preßwesens seines Gleichen sucht. Wie unschuldig die Liga an solchen Dingen war, habe ich schon erwähnt.

Von liberaler Seite ward am 11. Januar 1881 ebenfalls eine Versammlung in die „Reichshallen" berufen, um gegen den Antisemitismus und die in den antisemitischen Versammlungen angenommenen Resolutionen Stellung zu nehmen. Ein Arbeiter Ewald (wahrscheinlich der socialdemokratische Führer) ließ seinen philosemitischen Gefühlen dabei freien Lauf. Er behandelte zunächst die Frage, was die Juden denn eigentlich gethan hätten, um in die Acht erklärt zu werden, und verstieg sich zu der Behauptung, daß Herr Stöcker kein rechter Diener Gottes sein könne, denn ein christlicher Prediger solle die Nächstenliebe predigen. Es ist überhaupt merkwürdig, daß trotz der neuesten für die Juden gewiß sehr deprimirenden Vorgänge sich die hauptsächlichste Action stets gegen Hofprediger Stöcker wendete. Man witterte wohl, daß dieser Mann trotz seiner ruhigen Haltung, oder vielmehr wohl

gerade wegen derselben, dem modernen Judenthum und den von diesem gezeitigten wirthschaftlich-socialen Erscheinungen viel gefährlicher sei, wie alle bisher aufgetretenen antisemitischen Eiferer zusammengenommen. Uebrigens taxirte man gegnerischerseits die Bewegung doch noch zu gering, indem ein Herr Meyer in der Versammlung die Meinung verlautbarte, daß die Judenfrage nach den nächsten Wahlen ein überwundener Standpunkt sein würde. Herr Meyer und seine Anhänger haben sich zu ihrem Schaden geirrt. Sie hätten besser gethan, sich durch die soeben gemachten Erfahrungen belehren zu lassen, und nicht ihre eigenartige Stellung in der Nation beizubehalten, welche Herr Meyer mit den Worten charakterisirte, daß er es den Juden verdenken wolle, wenn sie ihre Kinder Handwerker werden lassen würden. Es ist ja auch eins der am meisten scheidenden Momente zwischen beiden Lagern geblieben, daß die Juden keinen Theil nehmen wollen an der productiven Arbeit der Nation.

6. Capitel.

Die antisemitische Bewegung unter den Jüngern der Wissenschaft und der Kunst.

Die Thatsache, daß irgend welche das Volk nach innen oder außen berührende Ereignisse in den Herzen der Jugend die meisten Anklänge finden, hat sich auch hinsichtlich der antisemitischen Bewegung bewahrheitet. Waren es im Jahre 1870 die akademischen Bürger zuerst, welche schleunigst ihre Lehrstätten verließen, um dem Klang der Trommel nachzueilen, so wandten die ersteren ihre Aufmerksamkeit und alsbald auch ihr thätiges Interesse der sich jetzt aufthuenden großen Bewegung zu. Es ist richtig: im Jahre 1870 hat auch mancher jüdische junge Mann freiwillig zum Gewehr gegriffen; ich ehre ihn dafür, ich habe auch nichts dagegen einzuwenden, wenn er sich jetzt ebenfalls gedrungen fühlte, zur Vertheidigung seines Volkes oder seiner persönlichen Anschauungen auf dem Plan zu erscheinen. Es ist mir niemals eingefallen, dem Verein „Waldeck", in welchem fast ausschließlich lauter Jünglinge semitischer oder philosemitischer Natur als Mitglieder vorhanden waren, die Existenzbefugniß abzusprechen, im Gegentheil habe ich der unermüdlichen Agitationsthätigkeit dieser jungen Leute stets ein gewisses Maaß von Bewunderung gezollt und gewünscht, daß auch auf unserer Seite eine so brauchbare Gehilfenschaft erwüchse. Denn mag man sagen was man wolle, die Wahlen haben nun einmal keine rein ideale Natur, sondern sie sind auch sehr materieller Art, und ohne Geld und Agitation wird

die innere Politik nicht gemacht. Was aber dem einen recht, ist dem andern billig. Diejenigen erwachsenen jungen Leute, welche nach bestandenem Abiturium die Universitäten besuchen, die also bereits Verständniß auch für die über ihr eigentliches Brotstudium hinausliegenden Fragen haben müssen, sind berechtigt, an den inneren politischen Actionen des Vaterlandes ihren Antheil zu haben, selbst wenn sie noch nicht das Alter der Wahlberechtigung besitzen. Es ist hier doch zunächst zu bedenken, daß gerade die studirende Jugend die Blüthe der Nation ist, und daß dieselbe, dereinst zur vollkommenen Reife gediehen, in erster Linie berufen sein soll, die Führung in Dingen der inneren Politik zu übernehmen. Von den vier Wänden des Studirzimmers aus aber lernt man die das Volk bewegenden Triebkräfte nicht kennen; dazu ist es erforderlich, sich im Volke selbst zu bewegen und den großen Zeitfragen an der Hand der Praxis näher zu treten.

Die Majorität des Lehrkörpers der Berliner Universität scheint diese Ansicht nicht zu theilen, denn es sind zu wiederholten Malen Anstrengungen gemacht worden, die Studentenschaft von dergleichen Antheilnahme an der politischen Bewegung zurückzuhalten. Daß diesem Ansinnen seitens der Studentenschaft würde nachgegeben werden, war um so weniger zu erwarten, als unter den Berliner Professoren, also innerhalb des akademischen Staates selbst, ein heftiger Widerstreit der Meinungen entbrannt war, der die Studirenden denn doch wohl auch etwas anging, und welcher nun von ihnen auf sehr natürlichem Wege über die Pforten der alma mater hinausgetragen ward in die Oeffentlichkeit, wenn man studentische Corporationen und von Studirenden angeregte Versammlungen, die sich nicht allein mit wissenschaftlichen Dingen beschäftigen, Oeffentlichkeit nennen will. Die beiden Professoren v. Treitschke und Mommsen lagen sich, ich will nicht sagen, gegenseitig in den Haaren, aber gewiß auch nicht in den Armen, und zwar war der plausible Grund dieser Zwistigkeit unter den beiden hervorragenden Vertretern der historischen Gelehrsamkeit in der Verschiedenheit der Anschauungen über Ver-

gangenes zu suchen, die sich auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse übertrug. Herr v. Treitschke stand als der Vertreter des deutsch-nationalen Princips infolge seiner historischen Forschungen etwa auf demjenigen theoretisch antisemitischen und conservativen Standpunkte, wie Herr Professor Adolf Wagner infolge seiner volks- und staatswissenschaftlichen. In Herrn Professor Mommsen dagegen verehrten die liberalen Gegner ihren Vertreter, und es konnte nicht fehlen, daß die Studentenschaft, sich um ihre Lehrer schaarend, sich ebenfalls in zwei Lager theilte. Auf die Streitigkeiten der Professoren kann ich hier nicht näher eingehen, werde jedoch bei späterer Gelegenheit der Controverse Erwähnung thun, die sich zwischen den Herren Wagner und Mommsen entwickelte, und bei der der letztgenannte einen entschiedenen Rückzug antreten mußte. Hier habe ich es speciell mit der Studentenschaft zu thun, welche mit der der Jugend eigenen Entschlossenheit sich in den Streit der Meinungen stellte. Ein Menschenalter zuvor hatte ebenfalls eine politische Bewegung ihren größten Boden in der Studentenschaft gefunden. Damals waren die schwarz-roth-goldenen Farben der Burschenschaften verpönt, und sie selbst wurden als Demagogen behandelt und bestraft. Im Laufe von 30 Jahren ändert sich aber viel, der „Deutsche Traum" ist in Erfüllung gegangen, und politische Aufgaben, soweit sie sich der erwachsenen studirenden Jugend überhaupt stellen, sind ganz anderer Art geworden. Dennoch, — es mag wohl an der eigenartigen Universitätsverfassung mit ihren vom Zahn der Zeit wohl benagten, aber noch nicht gänzlich zerfressenen Sonderrechten liegen, — war bisher das akademische Leben, soweit es sich in Verbindungen äußerte, auf der herkömmlichen Basis verblieben. Die Politik hatte in diesen Verbindungen eine sehr verallgemeinerte, meist auch untergeordnete Stellung, und die hauptsächlichsten Unterschiede zwischen Corps und Burschenschaften, wie anderen Verbänden waren entweder in den traditionellen Ueberlieferungen oder in sonstigen Verhältnissen zu suchen, die dem realen politischen Leben weit entlegen waren. Daß hier alsbald eine Remedur eintreten müsse, lag auf der

Hand, und den Anstoß dazu gab die antisemitische Bewegung des Jahres 1880.

Schon zu Anfang des Jahres 1881, am 3. Januar, wurde eine große Studentenversammlung in ein in der Niederwallstraße belegenes Vereinslocal berufen, in welcher unter dem Vorsitz des stud. Dulon die Judenfrage behandelt ward. Es versteht sich von selbst, daß diejenigen Einzelnheiten, welche das Pro und Contra im politischen Parteigetriebe ergaben, hier weniger maßgebend sein konnten. Fragen, wie beispielsweise rein wirthschaftliche, sind als treibende Momente in der beginnenden studentischen Action meines Wissens niemals officiell erörtert worden, während es in den draußen stehenden Parteien eine Menge Antisemiten und Philosemiten gab, die in ihrer Stellungnahme nur diese wirthschaftlichen Rücksichten für maßgebend anerkannten. Für die Studenten gab es nur einen einzigen leitenden Gesichtspunkt, nämlich die Nationalität. Das Deutschthum im Strom der entbrannten politischen Leidenschaften zu heben, das deutsche Banner auch im jetzigen Kampf gegen die nivellirende Internationalität hoch zu halten und der anerkannten Führerschaft der Nation, dem greisen Monarchen und seinem Kanzler, an ihrem Theil durch kräftige Unterstützung den Dank der deutschen Jugend darzubringen, war das Grundprincip der deutsch-antisemitischen, oder besser deutsch-nationalgesinnten Studenten. Die Judenfrage als solche war mehr der indirecte Anstoß, und wenn sie auch in der Studentenschaft zu schweren Disharmonien führte, so lag das an denjenigen sich kurze Zeit nachher entwickelnden Verhältnissen, welche das Maaß gegenseitiger Erbitterung zwischen beiden Lagern voll machen sollten.

Eben dieselbe Wahrnehmung wie im öffentlichen politischen Leben, konnte man bei der Studentenbewegung machen, nämlich daß die Juden aus Angst, Eitelkeit oder andern Motiven jede Bewegung, die nicht ganz in ihrem Sinne war, als eine persönliche Ehrenkränkung ansahen, und so war denn auch die vorgenannte Studentenversammlung für diejenigen Studirenden, welche eben aus andern politischen oder persönlichen Rücksichten keinen

Theil daran genommen hatten oder denen etwa die Betheiligung von vornherein wegen der offenkundigen Tendenz dieser Versammlung zur Unmöglichkeit gemacht worden war, ein Dorn im Auge. Die Jugend ist mit Wort und That schnell bei der Hand, besonders wenn sie Farben trägt und den Schläger zu führen versteht, und es ist daher erklärlich, daß schon gleich nach der Versammlung Reibereien unter den Universitätsbesuchern entstanden. Viel trug zu solchen gegenseitigen Anfeindungen auch die soeben im Druck erschienene Broschüre eines beliebten und geistvollen Universitätslehrers, des Privatdocenten Dr. Düring, über die Judenfrage bei. Der seines Augenlichtes beraubte Gelehrte hat gewiß unter dem Druck der damaligen politischen Verhältnisse mit am meisten zu leiden gehabt, denn ni error wurde er bald nachher auf's schärfste gemaßregelt. Unter solchen schwierigen socialen Verhältnissen innerhalb der Berliner Studentenschaft nahte der 18. Januar 1881 heran, welcher vom studentischen Ausschuß zu einer allgemeinen akademischen Feier zum Andenken an die Wiederherstellung des deutschen Reiches ausersehen war. Von unangenehmer Vorbedeutung war schon das Einmischen des Berliner Magistrats in die studentischen Angelegenheiten, welcher die städtische Turnhalle zu besagtem Festcommers herzugeben sich weigerte und dies damit motivirte, daß bei dem Fest wahrscheinlich auch antisemitische Reden gehalten werden würden. Der Magistrat hätte das ja dem oft bewiesenen Takt der auf dieser Seite stehenden studirenden jungen Leute getrost anheimstellen können und ich glaube, er wäre gut dabei gefahren. Das Fest fand dann auf Tivoli statt, und zwar war der Verlauf, dem bösen Omen gemäß, ein recht unerquicklicher. Die Feier zur Einigkeit Deutschlands hätte am Ende nicht gerade benutzt zu werden brauchen, um die Zwistigkeiten, welche unter der Asche glimmten, zum vollen Brande zu entfachen; doch war die Rede des damaligen Rectors, Prof. Dr. Hofmann, dazu angethan, um diese Wirkung hervorzubringen. Er mochte es vielleicht gut meinen, jedenfalls traute er der Autorität des Rectorats über die Studentenschaft mehr zu, wie es unter sothanen Verhältnissen angebracht war, denn seine Bemühungen, den Streit

beizulegen, brachten gerade das Gegentheil hervor. Auch Herr Mommsen that das Seine dazu, um den vorgefaßten Meinungsverschiedenheiten zu einem Ausdruck zu verhelfen, wie er unter den Studenten üblich ist. Einem stud. Löwisohn war es vorbehalten, das Signal zur allgemeinen Empörung zwischen den gegnerischen Lagern zu geben. Er verging sich in Thätlichkeiten gegen einen Andersgesinnten und der Scandal war fertig. Zahlreiche Contrahagen wurden anhängig gemacht und die Theilnehmer der Versammlung vom 3. Januar sowie deren Anhänger nebst Corps verließen das Festlocal.

Das war der eigentliche Geburtstag des „Vereins Deutscher Studenten", dieses akademischen Vereins, der in kurzer Zeit und mit schnellstem Tempo wachsend sich an fast sämmtlichen deutschen Universitäten einbürgerte und alsbald zur vollsten Blüthe gedieh. Ich meinestheils bin dem Verein erst später näher getreten, aber seit dieser Zeit zähle ich mich zu seinen wärmsten und aufrichtigsten Freunden. Und wenngleich ich wegen Altersverschiedenheit und meiner gebundenen Lebensweise halber nicht an allen Festlichkeiten des Vereins theilgenommen, so habe ich mich doch stets gern ab und zu in diesem Kreise hochgebildeter, feiner und zuvorkommender junger Leute bewegt, von welchen mir Mancher heute näher steht. Obwohl der „V. D. St." erst am 28. Januar in den Reichshallen seinen ersten officiellen Zusammentritt hatte, wird doch der 18. Januar als Stiftungsfest von ihm gefeiert und dann tritt so recht zu Tage, wie beliebt und geachtet sich der Verein auch in der höheren und ganz hohen Gesellschaft gemacht hat. Der greise Schlachtendenker Generalfeldmarschall Graf Moltke verfehlt an diesem Tage sehr selten, auf einige Stunden als Gast bei dem Verein zu erscheinen; ebenso fehlt niemals eine glänzende Versammlung von bekannten Parlamentariern und höheren Beamten, sowie andern der Oeffentlichkeit angehörigen Persönlichkeiten von Rang und Ansehen.

Mit großen Schwierigkeiten gelang es dem jungen Verein, sich inmitten widriger und feindlicher Strömungen Bahn zu brechen, und insbesondere hatte er darunter zu leiden, daß der

akademische Senat dieser neuen Richtung im studentischen Leben sich durchaus abhold zeigte. Von Bann und Interdict getroffen, blieb dem Verein nichts übrig, als sich außerhalb der akademischen Gerichtsbarkeit als eine politische Verbindung bei der Polizei anzumelden; doch wurde dies Mißverhältniß später abgestellt, und der Verein ward als incorporirte studentische Verbindung vom Senat anerkannt. Männer wie Prof. Wagner, v. Treitschke u. a. m. wandten dem „V. D. St." alsbald ihre volle Sympathie zu, und ihrer Autorität ist es zu danken, wenn die neue Richtung unter den akademischen Bürgern an Festigkeit und Kraft gewann. Im Gegensatz zu derselben that sich seitens der Anhänger des Liberalismus eine andere ebenfalls auf politischem Boden stehende Verbindung auf, die „Freie wissenschaftliche Vereinigung" mit deren Appendix dem „Akademisch-liberalen Verein", während sich aus dem „V. D. St." in späterer Zeit der „Akademische Richard Wagner-Verein" recrutirte, der mehr die künstlerisch-, bezw. philosophisch-nationale Richtung verfolgt. Ohne Zweifel hat der große Musikheros Richard Wagner der darstellenden Kunst ein specifisch deutsches Gepräge gegeben, und es ist nur zu billigen, wenn die Studentenschaft in die Fußtapfen des großen Meisters tritt. Es ist dem „V. D. St." vorgeworfen worden — und diese Vorwürfe haben leider auch schon Blut gefordert — daß er in der „sogenannten" Pflege des nationalen Deutschthums hauptsächlich Antisemitismus treibe. Ich muß diesen Vorwurf als unbegründet zurückweisen. Dem Verein ist die Pflege der nationalen Gesinnung unter seinen Mitgliedern die Hauptsache, wenn er nebenbei auf Grund seiner Satzungen den Juden die Aufnahme versagt, so übt er nur das Recht, das jeder freien und privaten Vereinigung zusteht: nur dem den Zutritt zu gestatten, den sie mag.

Was für meine Darstellung die Hauptsache ist, der Verein hat auf den alten Baum der studentischen Ueberlieferungen einen neuen grünen Zweig gepflanzt, indem er den zeitbewegenden inneren Ereignissen im Vaterlande seine Aufmerksamkeit zuwendet. Parteipolitik im eigentlichen Sinne des Worts hat der Verein indeß niemals getrieben, in ihm konnten und können die verschiedenen Rich-

tungen der politischen Ansichten ruhig und unbeanstandet weiterleben, sofern sie nur in dem einen großen Ziele übereinstimmen, das deutsche Vaterland groß, mächtig, stark zu erhalten und gegen alle abseits stehenden Bestrebungen energisch Front zu machen. Eins hat der auf solchem Boden stehende Verein entschieden vor den bisher allein in Function gewesenen studentischen Verbindungen voraus, was nämlich die politische Haltung seiner Mitglieder über den Zeitpunkt hinaus anbelangt, wo dieselben in Amt und Würden oder in ihre sonstige Brotstellung treten. Während es früher häufig genug vorkam, daß frühere flotte Corpsstudenten später Leuchten der internationalen Idee und des Manchesterthums geworden sind, eben weil die Corps, obwohl Ruf und Neigung sie im Allgemeinen auf die conservative Seite stellt, doch in politischen Sachen einen gewissen Indifferentismus zeigen, wird das einstige Mitglied des „V. D. St.“ oder des „A. R. W.-V.“ stets als zuverlässiges Mitglied der nationalen Parteien gelten dürfen.

Was die letztere Verbindung anbelangt, so will ich zum Schluß dieses Capitels noch bemerken, daß dieselbe als Seitenstück zu dem Berliner Zweigverein des Bayreuther Patronatsvereins anzusehen sein dürfte, der sich unter dem Vorsitz der Herren Carl Schäffer und Dr. Bernhard Förster in ziemlich derselben Zeit, als die Antisemitenbewegung hochkam, aufthat. Der „Börsencourier“ war auch hier gleich bei der Hand, um gegen diesen Zweigverein zu agitiren und ihn thunlichst zu discreditiren. Der Name Förster übte auf den Redacteur Herrn Davidsohn ungefähr die Wirkung aus, wie ein rothes Tuch auf den kollernden Puter. Herr Davidsohn holte sich einen wirksamen Protest, den Bernhard Förster zum Theil auch in seiner Brochüre über „die Stellung der Juden zur deutschen Kunst“*) niedergelegt hat.

*) M. Schulze. Berlin 1881.

7. Capitel.

Die Gründung des „Deutschen Tageblattes (1881); Seitenblick auf die Berliner politische Presse.

Während der Zeit, in der die politischen Auseinandersetzungen der Berliner Studentenschaft stattfanden, und im Anschlusse an dieselben blieben die Führer der radical antisemitischen Strömung nicht unthätig, und zwar hatte sich Dr. Förster als nächste Aufgabe die Einrichtung eines auf conservativ-antisemitischem Boden stehenden großen Preßorgans gestellt. Das wäre gewiß ein rationelles Beginnen gewesen, im Hinblick auf den Umstand, daß die beiden zur Zeit bestehenden antisemitischen Blätter: „Der Halle'sche Thorbote“ und die „Ostendzeitung“ den weitergehenden Zwecken, besonders für das mehr gebildete Publicum, nicht genügen konnten. Es wurde zu solchem Behufe unter den Gesinnungsgenossen eine „a fonds perdu“ Sammlung bewirkt, die, wenngleich sie einen nicht unerheblichen Betrag — ich glaube, es waren 70,000 Mk. — in kurzer Zeit erzielte, doch für die Gründung eines Organs von gewünschter Größe nicht ausreichte. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß übrigens von anderer Seite aus eine das ähnliche Ziel verfolgende Action hervortrat, ließ Dr. Förster diese Idee fallen und wartete ab, ob und in welcher Weise sich die letztere entwickeln würde. Diese besagte Action bestand eigentlich aus drei neben einanderlaufenden Actionen, von welchen die erste durch die Herren Geh.-Rath Wagner und Graf Schulenburg-Beetzendorf, die zweite durch die Herren v. Watzdorff, Freiherr (jetzt Graf)

von Mirbach und Graf Behr-Bandelin, die dritte von Führern der „Berliner Bewegung" vertreten wurde. Die in der zweitgenannten Gruppe vereinigten „Agrarier" hatten längst das Bedürfniß gefühlt, an Stelle der freilich unter der früheren Leitung des tüchtigen Agrarpolitikers Mark. Ant. Niendorff recht gut prosperirenden, nach dessen Tode indessen zurückgegangenen „Deutschen Landes-Zeitung" ein ihre landwirthschaftlichen Interessen vertretendes anderweitiges Organ zu begründen, während die Berliner Herren ein ähnliches Bedürfniß hinsichtlich der „Berliner Bewegung" empfanden. Nachdem verschiedene dahingehende Versuche gemacht worden waren, gelangte man endlich an die rechte Schmiede, nämlich an die Adresse des Herrn Verlagsbuchhändlers Luckhardt, der, einer alten hessischen Buchhändler-Familie entstammend, gleich nach seiner Uebersiedelung nach Berlin den Gedanken der Begründung eines neuen auf bürgerlich-conservativem und nationalem Boden stehenden Blattes gefaßt hatte. Der Entwurf für ein solches Blatt war von Herrn Luckhardt bereits ein halbes Jahr zuvor ausgearbeitet und zu Papier gebracht worden, so daß es sich nur noch um die Herbeischaffung des benöthigten Capitals — freilich der wichtigsten Ingredienz — handelte, welches Herr Luckhardt auf den Mindestbetrag von 400,000 Mark beziffert hatte. Trotz aller Bemühungen der Herren v. Mirbach und Graf Behr, welche sich vorzugsweise für das Zustandekommen des Projects interessirten, war diese Summe doch nicht so ohne Weiteres und in kurzer Zeit aufzutreiben, vielmehr erreichten die Zeichnungen kaum den siebenten Theil der Summe. Nachdem verschiedene Sitzungen in dieser Angelegenheit abgehalten worden, die Aussichten, das Geld zusammenzubringen, sich jedoch inzwischen nicht wesentlich gebessert hatten, erklärte sich Herr Luckhardt endlich bereit, ein Blatt unter dem Titel „Deutsches Tageblatt" in's Leben zu rufen, wenn die Parteimitglieder dafür sorgen wollten, daß weitere Capitalien flüssig gemacht würden. Dafür sollte der Parteileitung das Recht zustehen, den ersten politischen Redacteur zu wählen, während alle übrigen Anstellungen durch Herrn Luckhardt erfolgen sollten. Auf dieser

Grundlage kam die Sache zu stande. Es wurden noch 10,000 Mark Schulden der alten „Deutschen Landes-Zeitung" übernommen, welche dann einging, und deren Druckerei in Besitz des „Deutschen Tageblatts" überging. Außerdem sah man sich alsbald genöthigt eine Abstandssumme von 12,000 Mark in monatlichen Raten von 500 Mark als zweijähriges Gehalt an den ersten politischen Redacteur Dr. Gutbier zu zahlen, weil dieser Herr sich schon nach kurzer Zeit als vollkommen unfähig zur Leitung einer derartigen großen Zeitung erwiesen hatte. Als politische Redacteure fungirten dann die Herren Dr. Hammann und Dr. Pfankuch, von denen Dr. Pfankuch heute noch die Leitung inne hat. Abg. Cremer wurde einer der eifrigsten Mitarbeiter. So war es denn gekommen, daß das „Deutsche Tageblatt" von vorne herein in der mißlichen Lage war, ohne die nöthigen Geldmittel in einen Kampf eingetreten, in welchem die Gegnerschaft an numerischen und materiellen Kräften weit überlegen war. Daß dieser Kampf dennoch von dem Organ ununterbrochen und nicht ohne Erfolg fortgesetzt werden konnte, daß das Organ sich sogar in dieser Kampfeszeit auch materiell erholte, ist das ausschließliche Verdienst seiner tüchtigen redactionellen und finanziellen Leitung. Es sei noch erwähnt, daß der jetzige Chef-Redacteur der „Kreuzzeitung" bei Beginn der Verhandlungen in Sachen „Deutsches Tageblatt" von einer Seite in Aussicht genommen war, als erster politischer Redacteur des Organs zu fungiren. Herr Dr. Gutbier war freilich der denkbar kläglichste Ersatz für ihn. Sicher ist, daß Herr Luckhardt schon damals den Ruf hatte, ein gesinnungsstarker Freund und Anhänger der Politik des Fürsten Bismarck zu sein, und diesen Ruf in allen darauf folgenden Perioden der politischen Entwickelung Deutschlands bewährt hat. Man mag über die Phasen, welche das „Deutsche Tageblatt" im Laufe der Zeit unter Luckhardt's Leitung durchlebt hat, denken wie man wolle, die Ueberzeugung darf jeder festhalten, daß Organ wie Leiter sich stets dort befunden haben, wo es galt, die Politik des Kaisers und seiner Regierung zu unterstützen, und sich dabei doch die vollständigste Unabhängigkeit bewahrten. Ich selbst bin Herrn

Luckhardt zu persönlichem Dank verpflichtet, denn er ist es gewesen, der mir den Weg in das Gebiet der Tagesliteratur zuerst gezeigt und geebnet hat; er ist mir auch heute noch ein treuer und bewährter Freund und Rathgeber.

Das „Deutsche Tageblatt“, obwohl in Gemäßheit der Intentionen eines Theils seiner Begründer die agrarischen Interessen voll und ganz vertretend, stellte sich mit Rücksicht auf den andern Theil seiner Hintermänner alsbald auch formell und materiell in den Dienst der Berliner Bewegung, und zwar mit stark antisemitischer Färbung. Es soll hierbei indessen bemerkt werden, daß die im Publicum verbreitete Ansicht, Herr R. Hertzog habe auch hier die Rolle des Haupt-Geldspenders gespielt, wie dies bei späteren Gelegenheiten der Fall war, durchaus irrthümlich ist. Dieser Herr hatte vielmehr nur zwei Antheilscheine, beziehungsweise Actien à 500 Mark im Besitz, bezw. diese Summe gezeichnet. In kurzer Zeit war das „Deutsche Tageblatt“ das eigentliche Organ der Bewegung, zumal der Director Luckhardt sich persönlich an dieser letzteren sehr betheiligte. Sein Privatbureau ward sehr bald der Centralpunkt der Berathungen über die conservativ-antisemitische Agitation, und jahrelang gingen die Führer der Bewegung hier ein und aus; auch die Sitzungen des C. C.-C., jener für die Gegner so ominösen, geheimnißvollen Körperschaft, von der aus die wuchtigen Schläge gegen das rothe Haus und die liberal-manchesterliche Heeresfolge geführt wurde, ist in dem ersten Jahre seines Bestehens meist in den Geschäftsräumen des „Deutschen Tageblattes“ zusammengetreten.

Dies Organ, getragen von der Berliner Bewegung, ward bald der Gegenstand des ärgsten Hasses und der heftigsten Angriffe der Gegner, nicht sowohl der fortschrittlichen Presse, sondern auch des fortschrittlichen Publicums überhaupt, und der in den fortschrittlichen Hetzversammlungen aufgeregte süße Pöbel hat oft genug in der ersten Zeit der antisemitischen Bewegung seine ebenso hochherzige wie muthvolle Absicht kundgegeben, der Redaction des „Deutschen Tageblattes“, die sich damals in der Leipziger Straße befand, die Fenster einzuwerfen. Leicht war es für das neue Blatt, un-

geachtet der ihm zufliegenden Sympathien der national und antisemitisch gesinnten Berliner Bevölkerung, nicht, sich materiell und auch geistig auf der Höhe der Situation zu erhalten, denn was die materielle Seite anbelangt, so hatten die alten fundirten Blätter in Berlin, welche die gleichen oder doch verwandten Principien vertheidigten, naturgemäß einen großen Leserkreis um sich versammelt, der nicht ohne weiteres zur neuen Lectüre überging, und hinsichtlich der geistigen und inhaltlichen Anforderungen, die an ein großes, täglich erscheinendes Blatt gestellt werden müssen, trat der Mangel eines eigentlichen Chef-Redacteurs hervor, unter dessen Leitung allein ein Blatt den einheitlichen Standpunkt erhalten kann. Man hatte sich indessen in diesem Falle auf die gegentheilige Ansicht gesteift, indem man annahm, daß das Blatt ganz besonders vielseitig und interessant, sowie in politischer Hinsicht wirksam gestaltet werden könne, wenn jedem Redacteur das freie Spiel seiner geistigen Kräfte gestattet würde. Das seltsame Hinübertragen dieses manchesterlichen Grundsatzes in das antimanchesterliche „Deutsche Tageblatt" hat zu manchen Unzuträglichkeiten und Uneinigkeiten in der Redactionskörperschaft selbst Veranlassung gegeben. Um einen Beweis dafür zu liefern, greife ich bis in das Jahr 1882 vor, wo die Brochüre von Dr. Hans Herrig, dem geistvollen Feuilleton-Redacteur des „Deutschen Tageblattes", erschien: „Heraus aus den Wirren, die Nationalpartei der Zukunft". In der kleinen Schrift trat der Verfasser von Herrn Fr. Luckhardt dazu angeregt, schon damals für das ein, was die Septennatsbewegung erst fünf Jahre später zeitigen sollte, nämlich für den Zusammenschluß aller nationalgesinnten Elemente unter gemeinschaftlicher Flagge, mit einem Wort: für das Cartell.

Herrig schrieb in seiner Brochüre damals zum Schluß seiner Betrachtungen über die Nationalpartei der Zukunft inbetreff der Berliner Bewegung:

„Wenn wir also der Ansicht sind, daß die conservative Partei diejenige ist, an welche sich im Augenblicke derjenige anschließen muß, der die sociale Reform ebenso hoch hält, wie den

nationalen Gedanken, so soll es keineswegs heißen, die conservative Partei brauche nur zu bleiben, wie sie ist, um alle unsere Hoffnungen zu erfüllen. Wie sie schon große Wandlungen durchgemacht hat, so stehen ihr noch neue bevor. Möglich, daß sogar die Erwartungen, welche man an sie knüpfte, sich einmal zeitweilig verfrüht erweisen, daß sie auf's Neue zurückgedrängt wird und alsdann endlich in der erneuerten eigenen Noth jene Festigkeit, Klarheit und Consequenz gewinnt, die unerläßlich ist, soll sie anders ihrer Aufgabe gewachsen sein. Als Grundbesitzer- und Beamtenpartei konnte sie wohl innerhalb Preußens ihre Aufgabe erfüllen, für Deutschland bedarf es der breiten Grundlage eines wahrhaft bürgerlichen Conservativismus. Uns kommt es überhaupt nicht auf die Menschen, sondern auf die Sache an. Wir nehmen das Heil an, wo es sich findet und wenn Herr von Bennigsen der Mann der Zukunft, der Bismarck des Parteilebens wäre, würden wir nichts dawider haben. Wir trauen indessen dem Führer der Nationalliberalen leider die erforderliche Thatkraft nicht zu. Wie er sich 1878 nicht von Lasker trennen wollte, der ihn dann sammt seinem Anhange selber verließ, so kann er sich auch heute nicht von den Umgarnungen der extremen Parteien loslösen, die ihn, wie noch immer selbst im Falle eines Sieges, schließlich wieder in den Abgrund reißen würden. Dieselbe Schwäche aber theilt die nationalliberale Partei als solche. Diese Herren haben noch immer nichts gelernt, während auch der bitterste Widersacher den Conservativen nachsagen muß, daß sie seit einer Reihe von Jahren sehr viel gelernt haben. Deshalb halten wir denn auch an der conservativen Partei fest, zumal diese durch ihr innerstes Wesen in die richtige Bahn gedrängt wird. Etwas Anderes ist es freilich, ob die conservative Partei, wenn sie dieselbe endlich mit Bewußtsein einschlägt, gut thut, ihren Namen weiter zu führen. Daß sie dem Begriffe nach dazu berechtigt wäre, haben wir nachgewiesen. Das Volk aber nimmt derartige Bezeichnungen nicht in ihrer philosophischen Bedeutung sondern beurtheilt sie vom historischen Standpunkte aus. Wie die Bezeichnungen conservativ und liberal von den Liberalen ausgeprägt

sind, sind sie auch zum Vortheil der Liberalen erfunden. Wenn die Conservativen ihren Namen beibehalten, so leisten sie den Liberalen stets damit von vornherein Vorschub und gestatten ihnen, so und so viel Erinnerungen gegen sie zu Felde zu führen, welche zwar nicht die Sache, wohl aber den Namen treffen und von der gedankenlosen Masse ohne weiteres der Ersteren zur Last gelegt werden. Wohl Jeder hat erfahren, wie ungemein hinderlich der conservativen Sache ihr Name ist. Und so schiene es uns besser, wenn man der Sache einen praktischeren Namen gebe. An und für sich hätten wir nichts dawider, wenn man sie nach dem Manne nennen wollte, der sie oft als Einziger, immer als Kräftigster bisher vertreten hat. Allein wir wissen, daß ein solcher Name im Augenblick nur den Schein einer unbedingten Gouvernementalität erwecken würde, wenn wir auch nicht zweifeln, daß dieser Name noch in kommenden Zeiten die Parole aller wahren Patrioten sein wird und daß sich dereinst vor dem ehernen Denkmale Tausende beugen werden, deren Geist jetzt für dankbare Anerkennung zu klein geartet ist. Dann ist vielleicht die Zeit für eine ‚Partei Bismarck' gekommen, und die den Lebenden schmähten, werden froh sein, sich mit seinem Schatten verbinden zu dürfen. Denn, wenn es auch — um noch einmal auf unsern obigen Vergleich zurückzukommen — tausend fleißiger Hände bedarf, den Bau zu vollenden: Fürst Bismarck war der Baumeister, er hat den Grundstein und die Fundamente gelegt.

Wenn dies irgendwo anerkannt ist, so geschah es innerhalb der vielberufenen sogenannten ‚Berliner Bewegung'. Ueber nichts sind wohl die Meinungen im Lande verwirrter, als gerade über diese. Wir verkennen durchaus nicht, daß die Berliner Bewegung an mannigfachen Trübungen und Maßlosigkeiten gelitten hat, wie sie beim Beginn einer solchen Erregung der Geister niemals ausbleiben. Sie entspringt indessen einem instinctiven Gefühle für das, was unserm Vaterlande Noth thut; daß sich ein solches gerade am Mittelpunkte des neuen Reiches eingestellt hat, ist gewiß nicht auffällig. Wenn etwas für die Gesundheit der deutschen Natur spricht, so ist es der Umstand, daß sich gerade in

Berlin eine populäre Reaction gegen die Herrschaft der liberalen Phrase und die confessionelle Verhetzung zeigt. Denn nur in diesem Sinne ist die Berliner Bewegung ‚reactionär'. Im übrigen ist an ihr von ‚Ultra-Conservativismus' nichts zu spüren und die Verleumdungen gegen sie sind nur von denen in Cours gesetzt, welchen am ganzen politischen Glaubensbekenntniß eines Menschen nur der eine auf das Judenthum bezügliche Satz in Betracht kommt. Wir sind überzeugt, daß die Berliner Bewegung sich von Tag zu Tag mehr klären und endlich doch ihr Ziel erreichen wird. Schöner könnte Berlin der Nation seine Dankbarkeit nicht bezeugen.

Aber auch die Berliner Bewegung leidet, trotzdem sie genau weiß, was man will, doch an einem rechten, alle Bedenklichkeiten ausschließenden Namen für ihre Sache. Sollte dieser wirklich so schwer zu finden sein? Uns scheint er durch die Sache selber und durch die Geschichte gegeben. Nach den Ereignissen von 1866, als die deutsche Nation wieder eine Thatsache geworden, erkannten patriotische Liberale, daß mit dem bloßen Liberalismus nicht mehr auszukommen sei und nannten sich deshalb Nationalliberal. Wir haben heutzutage eingesehen, daß der Liberalismus überhaupt sich überlebt hat, daß er dem socialen Ausgleich und dem confessionellen Frieden nur noch Hindernisse in den Weg legt. Wir wollen nur der Nation dienen, und nicht nebenbei noch der Abstraction des Liberalismus. So möge man denn die Sache auch nach der Nation nennen. Die Partei der Zukunft sei eine wahre Nationalpartei, in der sich Alle einigen können, ob sie bisher liberal, conservativ oder ultramontan hießen, einigen in dem Bestreben, ihr Vaterland glücklich und mächtig zu machen und die Entwickelung der Nation in einer ihrer Individualität angemessenen Weise zu fördern. Dem abgewirthschafteten Liberalismus gegenüber, der dem Volke nur leere Freiheiten zu Gunsten des Reichthums Weniger zu bieten hat, der das politische Leben der Nation zu einem Intriguenspiel selbstsüchtiger Fractionen degradiren mochte, dieser im Dienste des absoluten internationalen Capitalismus stehenden und auf die sociale Revolution hinarbeiten-

den Doctrin gegenüber wird diese Nationalpartei das kurze Programm haben:

Nicht leere Freiheiten, sondern gute Rechte,
Nicht Reichthum Weniger, sondern Wohlfahrt Aller,
Nicht parlamentarisches Geschwätz, sondern politische Thaten!"

Es liegt auf der Hand, daß die Sache damals verfrüht war, zumal der Nationalliberalismus in Gemäßheit seiner derzeitigen politischen Verfassung keineswegs befähigt war, als incorporirtes Glied jener nationalen Assimilation zu gelten; die beiden anderen Parteien aber, die deutsch- und freiconservative, standen in jener Zeit entschieden bereits insoweit zusammen, um dem Capitalismus und der socialdemokratischen Bewegung ein Paroli biegen zu können. Insbesondere, was die Berliner politischen Verhältnisse speciell anbelangt, haben „Deutsch- und Freiconservativismus" in der Action gegen die gemeinschaftlichen Gegner sich kaum wesentlich unterschieden. Der Freiconservativismus ist vielleicht hierselbst stets der numerisch schwächere Bundesgenosse gewesen, doch haben Freiconservative als Mitglieder der Bürgervereine in demselben Sinne und nach derselben Richtung hin gewirkt, wie Deutschconservative. Beide haben zu jener Zeit gemeinschaftliche Candidaten aufgestellt und festgehalten, und wenn damals in unserm Lager Zwistigkeiten und Unterströmungen vorhanden waren, so lagen sie durchaus auf anderm Felde, wie auf dem der freieren Gegensätze der beiden conservativen Parteien. Das nebenher und vorausgeschickt, will ich in Sachen „Deutsches Tageblatt" daran anknüpfend, nur noch erwähnen, daß der Sinn und die Tendenz jener vom „Deutschen Tageblatt" vertretenen Dr. Herrig'schen Brochüre im eigenen Redactionskörper auf Widerstand stieß, und zwar war es der damals in der Redaction thätige Abg. Cremer, welcher sich auf den rein conservativen Standpunkt stellend, gegen die Brochüre arbeitete. Er schied demnächst aus dem Redactionsverband aus. Solche principiellen Gegensätze aber in ein und derselben Redaction hätten niemals über die Schwelle des Hauses hinaus in die

Oeffentlichkeit dringen können, wenn eine einheitliche Directive unter einem Chef-Redacteur gegeben wäre.

Es bildet diese Affaire, wie ich nebenbei bemerke, auch heute noch einen divergirenden Punkt in den Ansichten der Herren Luckhardt und Dr. Hammann einerseits und Cremer andrerseits, trotzdem die Streitaxt längst zwischen ihnen begraben ist. Herr Cremer behauptet, daß er vor seinem Fortgange aus der Redaction am Abend des Tages, an dem die Veröffentlichung des beredten Artikels beschlossen wurde, nichts von dieser Absicht gewußt habe und aus diesem Grunde mit Recht entrüstet gewesen sei, da der Artikel seinen an diesem Abend im Bürgerverein vor dem Halle'schen Thor gehaltenen Vortrag, den er in Gemeinschaft mit Herrn v. Rauchhaupt gegen die Behauptung Herrig's, daß der Name „conservativ" in Mißcredit gekommen sei, hielt, geradezu dementirt habe. Die Gegenpartei ist aber der Ansicht, daß das Verschulden auf Seiten des Herrn Cremer gelegen habe, der durch seinen Vortrag gegen die von Dr. Hammann beabsichtigte Wirkung des Artikels habe operiren wollen. Ich wage nicht zu entscheiden, wer Recht hat; das ist auch für den Gang der folgenden Ereignisse belanglos. In jedem Fall ist zu constatiren, daß die directen Beziehungen Herrn Cremer's zum „D. T." von dieser Zeit ab aufgehört haben.

Das beredte Mißverhältniß änderte sich übrigens auch, wie Herr Luckhardt das „Deutsche Tageblatt" durch Kauf an sich brachte. Wenn ich des „Deutschen Tageblattes" hier eingehender Erwähnung gethan, so will ich damit durchaus nicht etwa sagen, daß nicht auch andere Zeitungen in Berlin der neuen Bewegung die erheblichsten Dienste geleistet hätten. Nur ist es allerdings richtig, daß die meisten derselben nicht in dem Maaße wie das „Deutsche Tageblatt" rücksichtslos in den Kampf hineintraten, sondern sich einer mehr oder minder großen Zurückhaltung in dieser oder jener Parteiangelegenheit befleißigten. Es liegt das durchaus nahe, denn diese älteren conservativen Organe hatten bereits von langer Zeit her ihren fest vorgezeichneten Weg, der nicht immer mit den Bahnen identisch war, welche die anti-

semitisch-conservative Bewegung in Berlin zu der damaligen Zeit einschlug. Sehen wir uns diese Organe näher an, dann wird sich das Vorhergesagte von selbst ergeben. Als ältestes Organ ist die „Kreuzzeitung" zu nennen, die Vertreterin der hochkirchlichen, hochadeligen und hochconservativen Interessen. Die Tendenz des Blattes ist eine derartige, daß sie mit Rücksicht auf den Leserkreis in manchen, die Gegenwart bewegenden Fragen, sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegen mußte, zumal im Anfange, wo das Ziel, auf welches die Berliner Conservativen hinstrebten, doch noch allzusehr im Schatten der kommenden Ereignisse lag. Ungeachtet dessen hatte sich selbst die „Kreuzzeitung" zum mindesten für gewisse Punkte der Berliner Bewegung, so weit sie bereits etwas geklärter dalagen, schon engagirt. Das war zunächst und vor allen Dingen der christlich-sociale Standpunkt, der durch seinen hervorragendsten Vertreter, Herrn Stöcker, sozusagen als integrirender Bestandtheil in die Bewegung hineingetragen worden war. Der damalige Chef-Redacteur der „Kreuzzeitung", Herr v. Nibelschütz, wie auch sein Nachfolger, hat, wie mir scheint, die Gepflogenheit gehabt, in diesem Organ während der ersten Zeit der Berliner Bewegung ausschließlich alle diejenigen Thatsachen und Vorkommnisse näher zu erörtern, welche weniger localisirt als auch für die conservative Bewegung im Lande selbst von Bedeutung waren. Daher hat die „Kreuzzeitung" in der ersten Zeit der „Berliner Bewegung" davon Abstand nehmen zu müssen geglaubt, sie durch Aufnahme der Versammlungsankündigungen 2c. zu unterstützen. Nur der damals auch noch localisirten antisemitischen Bewegung hat die „Kreuzzeitung" von jeher etwas mehr Aufmerksamkeit gewidmet, und zwar auch wohl hauptsächlich um des von Herrn Stöcker vertretenen hochkirchlichen Princips willen.

Als zweites Organ wäre der der „Kreuzzeitung" am nächsten verwandte „Reichsbote" zu nennen, ein ebenfalls auf hochkirchlicher Tendenz stehendes Blatt, dessen Schwerpunkt im Hinblick auf seinen geistlichen Leserkreis ebenfalls nicht in der Metropole lag. Es ist demgemäß nicht zu verwundern, daß die anerkannt

vorzügliche Leitung des „Reichsboten" die Berliner Bewegung zunächst nur erst mit beobachtendem Auge verfolgte, ohne sich alle einzelnen springenden Punkte derselben anzueignen. Nur dort, wo das kirchliche Interesse mehr hervortrat, hat auch der „Reichsbote" die schärfste Stellung genommen und der Berliner Bewegung ganz besondere Dienste geleistet, auch muß ich hervorheben, daß das Organ, durch hervorragende Nationalökonomen, wie beispielsweise den Reichstagsabgeordneten Perrot, bedient, in wirthschaftlichen Angelegenheiten unserer Bewegung besonderen Halt und nennenswerthe Unterstützungen gewährt hat. Ich möchte hier nicht mißverstanden werden: Ich meine selbstverständlich nicht diejenigen Berichte über diesseitige Versammlungen, welche natürlich als locale Vorkommnisse in sämmtlichen befreundeten Zeitungen aufgenommen wurden, ich spreche von der redactionellen Behandlung dieser Ereignisse. Als drittes Organ conservativer Richtung, welches eine freundliche Haltung zu der Bewegung später und allmählich angenommen hat, ist die „Post" zu nennen, welche freilich ebenfalls sich in der ersten Zeit ganz zurückhaltend erwies. Die „Post" konnte vielleicht noch nicht ganz ihre früher innegehabte Qualität als officiöses Regierungsorgan vergessen und so mochte es kommen, daß das Organ sich insbesondere dem rein antisemitischen Theil der Bewegung gegenüber noch in keiner scharf begrenzten Position befand, da die Regierung ihre Stellungnahme zu diesem Punkte noch nicht verkündigt hatte. Die Interpellation Hänel im Abgeordnetenhause über den Antisemitismus hatte bekanntlich nicht den Erfolg gehabt, daß die Regierung sich zu der antisemitischen Frage positiv äußerte. Dagegen nahm die „Post", soweit es in ihrer freiconservativen Absicht lag, sich ganz besonders derjenigen Momente in der Bewegung an, in welchen sie mit Sicherheit voraussetzen durfte, daß dieselben die Billigung der Regierung ohne weiteres finden würden. Das war natürlich vor allen Dingen das wirthschaftliche Moment, der Kampf gegen die in Berlin in hohem Maaße vorhandene Herrschaft des Capitalismus und der freihändlerisch-manchesterlichen Doctrin. Von dem „Berliner Fremdenblatt" und der „Norddeutschen allgemeinen

Zeitung", welche beiden größern Berliner Tageszeitungen sich ebenfalls recht freundlich zur neuen Bewegung neigten, hat die letztere aus sehr einleuchtenden Gründen nicht besondere Unterstützung in ihrem Anfange erhalten können. Die erstere Zeitung ist vermöge ihrer Tendenz niemals in die specifisch-berlinische Kampfesarena gestiegen, und die „Norddeutsche" konnte kraft ihrer Eigenschaft die dem Reichskanzler offen gehaltenen leeren Blätter füglich nicht dazu benützen, um ohne den Willen dieses Staatsmannes auf eigene Faust Berliner Parteipolitik zu treiben. Außer den vorbezeichneten ist nur noch ein Blatt zu nennen, welches zur Bewegung eine sympathische Stellung einnahm, nämlich die „Staatsbürger-Zeitung". Es ist gewiß in hohem Maaße anerkennenswerth, daß die alte Held'sche mit dem liberalen Urberlinerthum ohne weiteres brach, um sich stricte auf die neue Bahn zu begeben. Es ist dies um so mehr zu schätzen, als diese Zeitung in gewisser Beziehung, und zunächst in materieller Hinsicht, fast ausschließlich auf Berlin angewiesen war. Aus diesem Grunde aber sah sich das Blatt auch genöthigt, einen viel schärfer pointirten Standpunkt in der neuen Aera einzunehmen und warf sich demgemäß in forcirter Weise auf den Antisemitismus, ohne indessen dem althergebrachten Liberalismus etwas vergeben zu wollen. Das Blatt schuf sich dadurch eine einigermaßen schwierige Lage, und ich werde später an dem Beispiele Henrici beweisen können, daß die Vereinigung solcher heterogenen Anschauungen immerhin auf große Unebenheiten stößt. Es war daher auch unausbleiblich, daß der von der „Staatsbürger-Zeitung" festgehaltene Liberalismus im Laufe der Zeit immer mehr nach rechts verschoben wurde, und daß diesem Blatt die schließliche Cartellvereinigung gleichsam als eine Erlösung aus dem Dilemna erscheinen mußte. Es ist das zwar von dem Blatt niemals zugegeben, und doch liegt es in der Natur der Sache. In dieser Weise haben die Nationalen und vom Semitismus unabhängigen Berliner größeren politischen Tagesblätter, jedes in seiner Art und von seinem speciellen Standpunkt aus, der Bewegung gedient und sie tragen geholfen. Wenngleich das gewiß Dank

und Anerkennung verdient, so möchte ich doch hierbei betonen, daß nur seitens des „Deutschen Tageblattes" diejenige directe Fühlung mit den in der Bewegung stehenden, leitenden Personen gesucht und gefunden ward, welche das Organ zur ersprießlichen Thätigkeit in höherem Maaße befähigt.

Den „Reichsboten" müßte ich freilich ebenfalls insofern an die Seite des „Deutschen Tageblattes" stellen, als er unzweifelhaft durch die Person des Herrn Hofpredigers Stöcker und anderer in der Bewegung stehender Geistlichen in eine actuelle Verbindung mit der Bewegung trat.

Es erübrigt nunmehr ein Seitenblick auf die Haltung der philosemitisch-manchesterlichen Presse, und auch hier sei mir gestattet, die betreffenden Berliner Organe, je nach ihren dermaligen Leistungen gesondert, vorzuführen.

Und ich beginne von unten herauf, das heißt von demjenigen Ende aus, welches dem Kehrichthaufen am nächsten liegt. Da wäre zunächst der schon mehrfach von mir erwähnte „Berliner Börsencourier", dessen Chef-Redacteur, Herr Davidson, in jener Zeit durch die Unfläthigkeit seiner Ausdrücke ein ganz besonderes Aufsehen erregte. Damals blieb das ungeahndet, denn merkwürdiger Weise fand sich kein Mann, der das auf's Heftigste angegriffene Christenthum so resolut gegen diesen Herrn vertheidigte, wie es später eine von demselben in ihrer Ehre gekränkte Schauspielerin gethan hat. Zur Ehre der anderen gegnerischen Blätter sei es gesagt, daß kein anderes liberales Berliner Organ sich jemals auch nur annähernd in solcher herausfordernden Weise gegen Religion und Ueberzeugung eines größeren Theiles der Mitbürger vergangen hat, wie der „Berliner Börsencourier". Wohl standen sie ja alle zusammen im Kampfe gegen die ihnen so unerwartet gekommene Emancipation des christlich-conservativen Gedankens; doch entnahmen sie ihr Rüstzeug gemeinhin einem anständigern Arsenal, als wie es die oben genannte Zeitung that, welche einfach mit aus der Gosse aufgehobenen Knütteln auf die Andersgesinnten losschlug. Selbst das ebenfalls bei dem Kampfe außerordentlich engagirte „Berliner Tageblatt", dem das „Kleine

Journal", was Art und Weise der Polemik anbetrifft, getreulich zur Seite stand, erging sich zwar in außerordentlich schroffen Ausdrücken, aber die Jacobinermütze war denn doch nicht so unverhüllt zur Schau getragen. Eine ganz eigenartige Kampfmethode entwickelte sich bei denjenigen beiden Preßorganen, welche die ultraradicale Richtung in Berlin vertreten, nämlich bei der „Berliner Zeitung" und der „Volkszeitung". Es war selbstverständlich, daß diese beiden Blätter den Antiisemitsmus dort aufsuchten, wo es ihnen am gefährlichsten dünkte, nämlich in der socialen Frage. Insbesondere die „Volkszeitung" hatte unter der Redaction der jetzt verstorbenen Dr. Bernstein und Dr. Philipps ungemeine Fühlung mit der Socialdemokratie, deren damalige hervorragendste Vertreterin in Berlin sie genannt werden muß, zumal unter den ersten Einwirkungen des Socialistengesetzes eine officielle socialdemokratische Presse hier keine dauernde Stätte finden konnte. Und wenn der Socialismus hier und da aus plötzlich auftauchenden Winkelblättern wirklich einmal hervorzulugen wagte, war die Confiscation sofort bei der Hand. Es erübrigte daher für die „Volkszeitung" und auch für die „Berliner Zeitung" als Pseudovertreterin des Socialismus eben der so schwierige Kampf mit maskirten Waffen, welcher sich gegen die hauptsächlichsten Vertreter der christlich-socialen Anschauung und des Kathedersocialismus, die Herren Hofprediger Stöcker und Professor Adolf Wagner, richtete. Der religiöse Glaube, welcher Art er auch sein möge, hat insbesondere in der „Volkszeitung" niemals die kleinste Berücksichtigung gefunden, geht das doch schon aus der Thatsache hervor, daß die hohen Feste der in Deutschland vertretenen Glaubensbekenntnisse niemals auch nur die geringste Würdigung in dem genannten Blatt erhalten haben. In gleicher Weise wurde das Königthum und dessen greiser Vertreter von dem Organ mit Nichtachtung behandelt. Und aus diesen beiden Thatsachen geht schon mit Evidenz hervor, welchen Geist des Unglaubens und der Illoyalität das Blatt gegenüber der neuen Bewegung zu stärken strebte. Es war daher die antisemitische Frage für die Hintermänner der beiden letztgenannten Zei-

tungen und für diese selbst nicht im geringsten etwa Glaubenssache, auch die Racenfrage ist nach meiner Ansicht hier die weniger maßgebende gewesen, sondern der Protest, der hier gegen die Bewegung zu Tage trat, gründete sich einfach auf den instinctiven Widerwillen des Radicalismus gegen die Theorie der Ordnung, welche sich jetzt offenbarte. In ganz anderer, weit salonmäßiger Form stellte sich die Opposition dar, welche die beiden Vertreterinnen des secessionirten Linksliberalismus gegen die christlich-conservative Idee darthaten, nämlich die „Vossische Zeitung“ und die „Nationalzeitung“. Mit Ingrimm verfolgten beide Organe den Weg, den jetzt ein großer Theil der Berliner Bürger einzuschlagen sich unterfing, jener Bürger, die sich so lange von den beiden angesehensten Blättern der nivellirenden Staatsidee und des Laissez faire in ihrem Dahinträumen hatten bestärken lassen. Die alte „Tante Voß“ schüttelte ihr greises hundertjähriges Haupt und drückte zunächst insbesondere Herrn Hofprediger Stöcker ihre Verwunderung über die neue Zeit aus, die ihr so gar nicht gefiel. Als das aber nicht half, und sie mit wachsendem Erstaunen auf die Tausende blickte, welche zur neuen Fahne schwuren, da suchte sie dieser Bewegung, welche nach dem Ausspruch eines jungen liberalen Führers die nächsten Wahlen nicht überdauern würde, auf allen Wegen beizukommen, die ihr zweckdienlich schienen. Eine bestimmte Angriffsweise hat sie nicht erwählt, sondern ihre Taktik war derart, daß sie einfach jede von unserer Seite aufkommende Behauptung negirte und jede sich in unserem Lager aufthuende Thatsache verdrehte oder gänzlich todtschwieg. Vielleicht ist niemals eine so heftige Preßfehde dagewesen, wie zu Anfang der achtziger Jahre, und es ist durchaus den gegnerischen Berliner Organen zuzuschreiben, wenn sie bedauerlicher Weise alsbald den rein sachlichen Boden total verließ, und der Kampf in den unerhörtesten persönlichen Angriffen fortgesetzt wurde. Eine Blüthenlese der Preßerzeugnisse jener Zeit würde vielleicht für den Sammler von Interesse sein, der literarische Werth aber sowie der politische derselben war so äußerst gering, daß eine nachhaltige Wirkung aller dieser damaligen, in der Berliner gegnerischen Presse befind-

lichen theoretischen und praktischen Auseinandersetzungen nirgends sichtbar war. Nur das wurde allerdings erreicht, daß die Unwahrheiten über die leitenden Persönlichkeiten der Berliner Bewegung und die Entstellungen einzelner, etwa aus dem Zusammenhange gegriffener Aussprüche der letzteren zur gegenseitigen Verbitterung sehr stark beigetragen haben, und ich werde in der Folge oft genug noch Gelegenheit haben, auf derartige Preßleistungen zurückzukommen. Der vorangegangene, kurze Seitenblick soll daher den geneigten Leser auf manches vorbereiten, was ihm in meiner späteren Darstellung von seiten der gegnerischen Presse unwahrscheinlich oder unerhört erscheinen könnte.

8. Capitel.

Sociale und antisemitische Vereinsbildung.

Die christlich-sociale und antisemitische Bewegung hatte als natürliche Folge, daß diejenigen Elemente, welche in gewisser Beziehung oder auch gänzlich in der neuen Strömung fortschwammen, sich je nach ihrer Specialstellung zu einzelnen Vereinigungen zusammenthaten, um unter zu Grundelegung eines separaten Programms den Kampf in getrennten Gruppen fortzusetzen. Von größtem Interesse ist hier zunächst das Verhalten eines größeren Theils der Arbeiter, welche unter der Aegide der schon mehrfach erwähnten Arbeiterführer Körner und Finn einen „socialen Arbeiterverein" begründeten. Es ist zweifellos, daß dieser Verein als das wahlverwandte Seitenstück zu dem christlich-socialen Verein zu betrachten ist. Denn das Programm des Ersteren, dessen Hauptpunkt das Festhalten an der constitutionellen Monarchie betraf, beweist das zur Evidenz. Viele andere Programmpunkte waren selbstverständlich auch auf socialistischem Boden gewachsen, doch habe ich in meiner Auseinandersetzung über den Staatssocialismus bereits hervorgehoben, daß sich viele Forderungen der Socialdemokraten mit solchen des socialen Conservativismus deckten. Als dergleichen identische Forderungen in dem Programm des „socialen Arbeitervereins" sind folgende zu nennen: Verbot der Kinderarbeit, Sonntagsruhe, obligatorische Alters-, Invaliden- und Unfallcassen, der Schutz der nationalen Arbeit gegen das Ausland, Einführung einer Börsen- und Luxussteuer, Erweiterung

des Staatsbetriebes, Errichtung von Arbeitsämtern und obligatorische Gewerkschaftsverbände. Die gegliederte genossenschaftliche Production, diese vornehmlichste aller Lehren Lassalle's, ist nach der im Jahre 1875 vollzogenen Vereinigung aller Socialdemokraten mit dem „allgemeinen deutschen Arbeiterverein" des Herrn von Schweitzer als überlebt proclamirt worden, und so hoffte der „sociale Arbeiterverein" durch seine Gewerkschaftsverbände ein geeignetes Surrogat liefern zu können. Bekanntlich hatte Herr von Schweitzer das Präsidium des allgemeinen Arbeitervereins schon im Jahre 1872 niedergelegt, und ihm war in dem Abgeordneten Hasenclever ein Nachfolger entstanden. Seit dieser Zeit hatte sich die immerhin noch loyal zu nennende Tendenz jenes Vereins total geändert und es begann die Aera der Massenstreiks, in welcher die socialistische Propaganda ihr buntestes Wesen trieb. Daß wir heute in Deutschland derartige Vereinigungen, wie die Trades union's in England, oder auch etwa die Knights of Labour in Amerika, jene mächtigen politischen und wirthschaftlichen Arbeitervereinigungen, welche sich längst zu maßgebenden Factoren in der Gesetzgebung empor geschwungen haben — daß wir von diesen Vereinigungen, sage ich, in Deutschland nur die allerwinzigsten Anfänge besitzen, ist gewiß nicht Schuld der Socialdemokraten, aber auch nicht Schuld von solchen Vereinigungen, wie etwa diejenige der Herren Körner und Finn war. Hätten wir die Genossenschaftsverbände bereits obligatorisch eingeführt, so würden wir zweifellos damit auch die politisch Macht der untersten Träger der Production bedeutend gestärkt haben.

Wenn ich also diesen Punkt des Programms nicht als richtig und im Hinblick auf die politischen Verhältnisse als einen Mißgriff bezeichnen kann, so ist mir dafür eine andere rege Agitation des socialen Arbeitervereins um so lieber, nämlich die sich gegen die Frauen-Emancipation richtende, welche letztere in dem von Most inaugurirten und von der Frau Präsidentin Hahn befürworteten Massenaustritt auch der Frauen aus der Landeskirche bestand. Ich habe die Herren Finn und Körner in ihrer

öffentlichen Thätigkeit dazumal mehrfach zu beobachten Gelegenheit gehabt, und den Eindruck von ihnen gewonnen, als seien sie wohl befähigt und vor allen Dingen auch redegewandt genug, um im socialdemokratischen Lager eine Menge Proseliten der Gerechtigkeit zu machen.

Daß die Erfolge Beider nicht von Dauer waren, ist lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß die überwältigende Macht der Socialdemokratie mit allen Mitteln der Agitation, Ueberredung, Verführung, ja selbst des persönlichen Zwangs, die ihnen so gefahrdrohende Strömung wieder in ihr allgemeines Flußbett hinüber zu leiten sich bestrebte, und das auch allmählich erreichte. Die Sprengcolonne der Socialdemokraten arbeitete in den Versammlungen jenes Vereins nach einem wohl überlegten taktischen Plan, indem sie durch Uebergriffe in das gesetzlich verbotene Gebiet die polizeiliche Auflösung erzwangen, oder aber den Redner durch tumultuarische Bewegungen einfach niederschrieen. Ein rechtes Mittel gegen dergleichen konnten die Herren Körner und Finn nicht finden, denn sie veranstalteten einmal Arbeiterversammlungen, in denen die Arbeiter natürlich auch Zutritt haben mußten. Das Austheilen von Eintrittskarten, wie es versucht wurde, erwies sich ebenfalls als unzulängliche Maßregel, und die persönlichen Verdächtigungen, denen die beiden Leiter auch hinsichtlich ihrer materiellen Ehrenhaftigkeit ausgesetzt wurden, in Gemeinschaft mit der planmäßigen Verhinderung ihres Auftretens erzielte es schließlich, daß sie von der Schaubühne zurücktraten.

Hatte der vorgenannte Verein speciell die Arbeiterinteressen im Auge, so behielten die Gründungen der Herren Dr. Henrici einerseits und Dr. Förster und Liebermann von Sonnenberg anderseits den rein antisemitischen Standpunkt im Auge, wenngleich derselbe in den betreffenden Vereinsprogrammen mit anderen Forderungen der Gegenwart zeitgemäß verquickt war. Im März 1881 gründete der Erstere den „socialen Reichsverein", welcher sich im Anfange einer ziemlich bedeutenden Mitgliederschaft erfreute, die sich jedoch im Laufe einiger Zeit wieder auf ein Minimum reducirte. Diese Abnahme der Mitgliederschaft

wird durch die in der Folge skizzirten Vorgänge ebenso erklärlich, wie der Zulauf zu dem Verein beim Entstehen desselben, denn Letzteres ist dem sich damals den Verhältnissen so sehr anpassenden Programm gemäß eine Selbstverständlichkeit zu nennen. Der erste Punkt jenes Programms bezog sich nämlich auf die positive Unterordnung des Judenthums in allen öffentlichen Fragen. Hatte der „Halle'sche Thorbote" seiner Zeit ausgeführt, daß das numerische Verhältniß der Christen zu den Juden in Berlin sich ganz besonders in der Anstellung der Richter hierselbst widerspreche, so ging Henrici über ein darin liegendes gewisses Zugeständniß für die Anstellung jüdischer Richter je nach Proportion der jüdischen Einwohnerschaft weit hinaus, indem er sich für eine vollständige rückläufige Aufhebung der Judenemancipation der sechziger Jahre aussprach. Der zweite Programmpunkt war sehr allgemeiner Natur und bezog sich auf die Lösung der socialen Frage auf friedlichem Wege, für welche zunächst die gründliche Revision des Bankenwesens nutzbringend sein sollte. Henrici ging, wie es scheint, von dem Standpunkt aus, daß die Unterdrückung des Judenthums ganz allein dazu führen würde, daß die sonstigen sich bekämpfenden Parteien mit einander Frieden schlössen. Diese einseitige Auffassung, daß das Judenthum der Urquell aller Leiden der Gegenwart bedeute, hat den sonst begabten Begründer mit seinem Verein zusammen zu Grabe gebracht, denn es werden doch mehr Anforderungen an die Weitaussicht eines Politikers gestellt, als das Beharren auf einer einzigen, wenn auch noch so tüchtig vertheidigten Position.

Henrici war indeß von seinem Fanatismus gegen das Judenthum so ungemein befangen, daß er sich anderen in gleichem Maaße berechtigten Forderungen auf politischem Gebiet gegenüber entweder passiv oder gar ganz ablehnend verhielt. Ich habe schon mehrfach erwähnt, wie der vernünftige Antisemitismus sich nur in Verbindung mit dem christlich-conservativen Gedanken zur praktischen Bethätigung bringen lassen kann. Henrici war indessen nicht conservativ, sondern liberal, wie dies schon die von ihm entworfene Resolution in der Reichshallen-Versammlung beweist.

Der Widerstreit, der in ihm und seinem Verein dadurch wachgerufen ward, daß er ein liberales Antisemitenthum gründen wollte, ist für ihn der Anfang zum Ende gewesen, denn zwei so nahe Verwandte, wie das heimathlose Semitenthum und die vaterlandslose manchesterliche Doctrin lassen sich durch einen Keil nicht auseinander treiben, wie ihn Dr. Henrici benutzen wollte. Die directe Veranlassung zu der politischen Deroute Henrici's mag aber wohl noch in einem anderen mißglückten Unternehmen liegen. Der Genannte gründete nämlich alsbald ein Organ „Der Reichsherold", mit einem Grundcapital von 9000 Mark, welches aus Beiträgen à 25—30 Mark von den minderbegüterten antisemitisch gesinnten Handwerkern und andern kleinen Leuten zusammengebracht worden war, und wogegen sie Antheilscheine erhielten. Das Blatt prosperirte nicht im Geringsten. Ich komme darauf noch später einmal kurz zurück.

War der „sociale Reichsverein" nun auf Grund seiner einseitigen Stellung zum Judenthum und in seiner widersinnigen Verbindung mit dem Liberalismus von vorne herein ein todtgebornes Kind, so muß ihm allerdings eins zum Ruhm nachgesagt werden, nämlich daß der Verein der erste war, der in sein Programm die Anbahnung einer vernünftigen Colonialpolitik befürwortete. Dr. Henrici hat auf letzterem Felde bekanntlich später weit bessere Erfolge erzielt, wie in seiner antisemitischen Propaganda, und doch war damals der Boden für diese Letztere ja außerordentlich günstig, zumal die erregten Gemüther durch die viel besprochene und großes Aufsehen erregende Synagogenbrand-Affaire zu Neustettin in der grenzenlosesten Weise seitens der jüdischen Gegner und deren Presse herausgefordert wurden. Die Untersuchung über diesen Fall hat nichts Bestimmtes ergeben, es ist also das Gerücht, welches damals hier cursirte, nicht erwiesen worden, daß nämlich die Juden den Brand selbst veranlaßt hätten, um ihn dann auf das Conto der durch den Antisemitismus erregten Feindschaft gegen den religiösen Cultus der Juden zu setzen. Das erregte hier natürlich viel böses Blut und gab zu Protestversammlungen seitens der Antisemiten Veranlassung.

Wenn Dr. Henrici übrigens in seinem Eifer oftmals über das Ziel hinausging, so mag dies seiner gerechten Entrüstung darüber zuzuschreiben sein, daß er von der ihm vorgesetzten städtischen Schulbehörde in Folge seines Auftretens disciplinirt worden war, und sich sagen mußte, daß seine gesetzlich garantirte Stellungnahme als Staatsbürger zu einer staatsbürgerlichen Frage ihn gezwungen habe, auf öffentliche Stellung und Carrière zu verzichten.

Als fernere rein auf antisemischem Boden stehende Schöpfung stellt sich der „Deutsche Volksverein" dar, dessen Gründer die beiden Herren Dr. Förster und Liebermann von Sonnenberg waren. Der Verein unterschied sich von dem „Socialen Reichsverein" im Wesentlichsten durch seine deutsch-conservative Tendenz, wie dieselbe durch die beiden Genannten in den Vordergrund gestellt wurde. Dr. Förster ging vielleicht auch in dieser Hinsicht etwas zu weit, und ich erinnere mich beispielsweise eines von ihm in größerer Versammlung gethanen Ausspruchs, in dem er von dem „verbrecherischen Jahre 1848" sprach. Gewiß, es war die empörende Auflehnung gegen den angestammten Herrscher ein Verbrechen, ein Verbrechen ferner die Meuterei gegen die Staatsgewalt, aber die auf die Herstellung einer Constitution gerichteten soliden und sich im Rahmen der legalen Agitation haltenden Volksbestrebungen, wie sie im Jahre 1848 in den Vordergrund traten, können nicht wohl dies Jahr zu einem verbrecherischen stempeln. Auch ist wohl zu bedenken, daß die im König und seiner Regierung verkörperte Staatsgewalt damals wohl kaum den Wünschen des Volkes nach einer Verfassung Rechnung getragen hätte, wenn nur jene verbrecherische Revolution, nicht aber die Einsicht von der zwingenden Veränderung in den Zeitverhältnissen den Ausgangspunkt ergab.

Der Verein constituirte sich ebenfalls mit einer sehr bedeutenden Mitgliederzahl schon am 12. März 1881 auf Tivoli, und wenn die beiden Vorsitzenden desselben damals, wie angedeutet, den Conservativismus in einer gewissermaßen rückläufigen Bewegung aufzurichten suchten, so muß diesem Bestreben auf der

andern Seite auch Berechtigung zugestanden werden, und zwar im Hinblick auf die damaligen Vorgänge in dem benachbarten Rußland, wo der Nihilismus seine dunkeln Wege endlich bis zum gekrönten Haupte des Czaren Alexander II. gefunden hatte. Dr. Förster's unselig heftiges Temperament, welches sich bei vielfachen Gelegenheiten zeigte, veranlaßte ihn übrigens öfters zu derartigen bedenklichen Aeußerungen wie die vorgenannte, und ich erinnere mich in dieser Beziehung einer kleinen mit ihm selbst erlebten Episode, die leicht für uns Beide hätte recht unangenehm werden können. Wir kamen eines Abends spät in ein besseres Restaurant der Friedrichstraße, in welchem mit Rücksicht auf die anerkannt vorzügliche Küche sehr viele jüdische Familien verkehren. Bei dem unerwarteten Anblick so vieler Vertreter des von ihm so tief gehaßten Semitenthums brach Förster in die lauten Worte aus: „Nein, hier bleibe ich nicht, hier sind mir zu viel Juden!" Sprach's und verschwand, um sofort nach Charlottenburg, seinem damaligen Wohnorte, zurückzukehren. Sicher ist diese Heftigkeit auch die eigentliche Veranlassung zu seinem im April stattgehabten Rencontre, mit dem stud. jur. von Schramm gewesen, welches für Herrn Dr. Förster so bedauerliche Folgen hatte. Den Ersteren will ich dabei absolut nicht in Schutz nehmen, denn er hat sich bei der Affaire erst im höchsten Grade herausfordernd, dann roh und zuletzt auch nicht muthig benommen. Denn den im Schlafe aufgeschreckten wehrlosen Gegner mit noch einem Helfershelfer durchzuprügeln, ist nicht besonders ehrenvoll. Mochten die Gründe Dr. Förster's zur Ablehnung einer Duellforderung seitens des Herrn von Schramm stichhaltig sein oder nicht, jedenfalls war die Rache des Letzteren nicht dazu angethan, ihm die verweigerte Satisfaction zu gewähren. Der akademische Senat faßte denn auch die Sache genau in diesem Sinne auf, und Herr von Schramm wurde relegirt.

Um indessen der Wahrheit die Ehre zu geben, muß ich bemerken, daß die Handlungsweise des Dr. Förster und sein Auftreten in jener diesem Gewaltact vorangegangenen Versammlung des V. D. St. in dem Local Niederwallstraße Nr. 11 im höchsten

Grade provocatorisch und ungerechtfertigt genannt zu werden verdient. Stud. v. Schramm präsidirte jener Festversammlung, er hatte zuvor dem Universitätsrector versprechen müssen, keine andre Rede zuzulassen, wie die auf den Kaiser. Dr. Förster war in Begleitung mehrerer Antisemiten erschienen und verlangte alsbald das Wort, welches ihm v. Schramm im Hinblick auf sein gegebenes Versprechen verweigerte. Darauf wurde dem Letzteren von Förster der Vorwurf der „Feigheit" gemacht, der weder zurückgenommen noch die bei solchen Anlässen übliche Satisfaction gewährt wurde. v. Schramm glaubte sich diese nun durch seinen Ueberfall nehmen zu müssen. Dr. Förster aber mußte Monate lang in schwerer Krankheit dafür büßen, daß er den gewaltthätigen Menschen mit scharfen Worten provocirt hatte. Sein Krankenlager wurde ihm durch den Umstand noch mehr verbittert, daß der Berliner Magistrat gegen ihn die Disciplinaruntersuchung „wegen agitatorischer Umtriebe" eingeleitet hatte. Wären diese „agitatorischen Umtriebe" etwa in entgegengesetztem, also semitisch-liberalem Interesse in's Werk gesetzt worden, so hätte sich in der Presse jener Partei ein wahrer Sturm erhoben, um für den Inculpaten eine günstige Wendung herbeizuführen. Aber so — ja Bauer das war etwas andres — schüchterne Versuche von antisemitischer Seite, für Herrn Dr. Förster einzutreten, blieben gänzlich erfolglos.

Ich will dabei aber nicht etwa behaupten, daß die städtische Behörde nicht durchaus das formale bestehende Recht auf ihrer Seite gehabt habe, wenigstens was die Einleitung der Disciplinaruntersuchung anbelangt. Der Ausgang wäre doch zum mindesten zweifelhaft geworden, nachdem Dr. Förster auch seinerseits bei dem Provincial-Schulcollegium seine Sache angebracht. Man einigte sich daher gütlich dahin, daß Herrn Förster ein volles Jahr Urlaub mit Gehalt bewilligt ward, nach dessen Ablauf er dann freiwillig aus dem Schuldienste scheiden sollte. Es ist das dann geschehen, und der ebenso ehrenhafte wie heißblütige Politiker Förster vertauschte demnächst seine deutsche Heimath und seine Lehrstellung mit Paraguay und dem Pflanzerhut. Seine

Colonie soll übrigens in Gemäßheit von freilich nicht verbürgten Nachrichten blühen und gedeihen, und er mag in diesem Falle wohl Ursache haben, mit der Wendung seines Geschicks voll zufrieden zu sein. Seine Abschiedsrede gebe ich später wieder.

Der „Deutsche Reformverein“ hat ebenfalls nicht lange gelebt, er ging später in der Bildung der „Berliner Bürgervereine“ auf, doch hat er in der Zeit seines Bestehens nicht unerheblich mitgewirkt an der Consolidirung des germanischen Geistes und der conservativ-socialen Idee in Berlin.

Hatten diese drei vorgenannten Vereine vorzugsweise politische Zwecke im Auge, so darf doch nicht unerwähnt bleiben, daß sich auch in wirthschaftlicher Hinsicht in Berlin eine Parallelaction bemerkbar machte, welche ebenfalls in Vereinigungen ihren Ausdruck fand. Daß diese letzteren von weit festerem Bestande und dauerhafter waren, wie jene erwähnten Vereine, lag in der Natur der Sache, denn die politischen Ziele des Antisemitismus und des Antiliberalismus waren in dem damaligen Gährungsprocesse noch nicht geklärt genug, um eine feste Grundlage für den weiteren Ausbau des entsprechenden Vereinswesens zu bilden; aber derjenige Theil der Berliner Bevölkerung, welcher sich in wirthschaftlicher Hinsicht an einander schloß, hatte aus trüben Erfahrungen, aus der Noth der Gegenwart genug behalten und Stützpunkte geschöpft, um in gemeinsamer Anstrengung an der Erreichung des klar vor Augen liegenden Zieles fortzuarbeiten.

Ich meine mit diesem Bevölkerungstheil die Handwerker, welche insofern schon eine oder mehrere Etappen ihres Weges hinter sich hatten, als sie bereits seit einem Jahrzehnt unter dem Unsegen der Gewerbefreiheit schmachteten und demgemäß ganz genau wußten, wo sie der Schuh drückte. Zudem hatte sich die Gesetzgebung bereits für die Beseitigung der offenbaren Schäden im Handwerk erklärt, so daß den Handwerkern nur erübrigte, sich einfach der officiell gegebenen Marschroute anzuschließen. Mag dieselbe damals, wie sie sich in dem dem Volkswirthschaftsrath unterbreiteten Innungsgesetze offenbarte, für manchen nicht ganz sympathisch gewesen sein, immerhin war der Anstoß zur weiteren

Klärung der Frage bereits von Seiten der Regierung gegeben. Die alten Berliner Innungen hatten längst Stellung zu der ihnen zur Lebensfrage gewordenen Angelegenheit genommen, und die Vorstände derselben unter Vorsitz der Obermeister Meyer, Bierberg u. A. m. eine dem Entwurf zustimmende Resolution entworfen und acceptirt. Die Handwerkerfrage durchzieht die gesammte conservative Bewegung in Berlin wie ein rother Faden, und ich werde daher im Laufe meiner Darstellung immer wieder auf dieselbe zurückkommen müssen. Ich habe sie hier aus dem Grunde bereits erwähnt, weil in der ersten officiellen Kundgebung der Berliner Conservativen, welche bei Buggenhagen Ende März 1881 stattfand, diese Frage von dem Redner der Versammlung, Herrn Professor Adolf Wagner, zum Gegenstand der Erörterungen gewählt wurde. Der Redner trat damals sehr energisch für die Errichtung von obligatorischen Handwerkerkammern ein, deren Gründung sich auch heute noch nicht vollzogen hat. Zu gleicher Zeit bildete sich in einer sehr besuchten Handwerkerversammlung übrigens ein „Verein zum Schutz des Handwerks", der als Appendix der conservativen Bewegung sehr lange Zeit hindurch segensreich und in bestem Sinne des Worts agitatorisch wirkte. Am 29. April resolvirten sich die der Innungsbewegung angeschlossenen selbstständigen Handwerker Berlins in einer offenkundigen Absage an die Fortschrittspartei. Ich weiß nicht, ob es Ironie oder ein mißverstandener Ausdruck war, wenn sie jene Partei für „zu ideal" erklärten. Ein wirkliches Ideal hat die Fortschrittspartei doch wohl niemals gehabt, es sei denn, daß die Lehre von der thunlichsten Uebertölpelung derer, die nicht alle werden, in rücksichtslosem Concurrenzkampfe ein solches „Ideal" einschließt.

Nicht minder bemerkenswerth war die Agitation, welche selbst gegen die Stadtverordneten-Versammlung in der regsten Weise betrieben wurde. Zwar war die Bewegung noch nicht so weit vorgeschritten, daß sich für diese Agitation speciell regelrechte Vereine gebildet hätten, sondern die communalen Fragen wurden hier und dort in den öffentlichen oder den von den vorgenannten

Vereinen arrangirten Versammlungen erörtert. Dennoch lag gerade in den Communalverhältnissen ein sehr starker Antrieb zur Coalition der antifortschrittlichen Elemente und demnach zur Vereinsbildung, so daß ich aus diesem Grunde einige communale Streitpunkte an dieser Stelle kurz erwähnen möchte.

In der That waren diverse offen zu Tage liegende Mängel so remedurbedürftig, daß die Anhänger der neuen Bewegung nicht umhin konnten, sich mit diesen Sachen eingehend zu beschäftigen. Die schon erwähnte Affaire Dolfuß war noch lange nicht dem Gedächtniß entschwunden, es traten aber immer neue Gesichtspunkte hervor, die einer Würdigung seitens der Oeffentlichkeit bedurften, und hier war es vor allem der Stadtverordnete Limprecht, welcher unermüdlich in öffentlichen Vorträgen solche Mängel an das Licht zog. Insbesondere war es die Miethssteuerfrage und die Einschätzung, welche von ihm als reformbedürftig hingestellt wurde, letztere mit Rücksicht auf unzulässige und das „gleiche Recht für Alle" schädigende Erleichterungen und Ausnahmen, wie sie beispielsweise die englische Gasanstalt in Berlin genoß, welche noch dazu die deutsche Production auch insofern schädigte, als sie ihren Kohlenbedarf aus England bezog. Auch war Herr Limprecht mit der Erste, welcher auf die Unhaltbarkeit der Verhältnisse aufmerksam machte, die sich im Laufe der Zeit mit Rücksicht auf das ungeheure Wachsthum der Stadt herausgebildet hatten. Dasselbe hatte zu Wege gebracht, daß im Innern der Stadt die Wahlbezirke oft nur den vierten Theil der Communalwähler besaßen, wie in den in der Peripherie belegenen Bezirken, obwohl alle gleichmäßig drei Stadtverordnete stellten. Später hat sich diese Thatsache als der Grund einer vollständigen Reorganisation erwiesen, welche mit der Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung begann.

Bis zu jenem Zeitpunkte, auf den ich natürlich noch eingehender zurückkomme, wurde die Communalbewegung als integrirendes Glied der conservativen Bewegung betrachtet; ich werde demzufolge ebenfalls dazu genöthigt sein, die Communalverhältnisse stets im innigen Verbande mit allen andern öffentlichen

Angelegenheiten, die für den Leser von Interesse sind, zu behandeln. Eine Trennung der verschiedenen Materien ist sehr schwer, wenn man die chronologische Reihenfolge der sich abspielenden Ereignisse innehalten will. Die Communalbewegung ward übrigens conservativerseits ebenfalls nicht ohne Anstoß von höherer Stelle aus inaugurirt, denn kein Geringerer wie Fürst Bismarck war es, der in einer seiner großartigen Reichstagsreden die Verwaltungszustände in Berlin und besonders das Miethssteuerwesen geißelte. Die Rede war von zündender Wirkung und hat entschieden dazu beigetragen, daß die Communalbewegung conservativerseits sehr unterstützt wurde.

---

9. Capitel.

Der Beginn der conservativen Bewegung.

Aus den vorgeschilderten, zum Theil noch etwas chaotisch durcheinander liegenden Verhältnissen heraus entwickelte sich für eine von vorne herein schon nicht unbedeutende und immer mehr wachsende Anzahl von königstreuen und einsichtsvollen Berliner Bürgern das Bedürfniß, in theilweisem Anschluß an die gedachten Vereine, festgefügte politische Gruppen zu bilden, durch welche sie dem nivellirenden Liberalismus in der Hauptstadt entgegentreten und ihn sach- und ordnungsgemäß bekämpfen konnten. Der stricte Gegensatz der bei diesen Bürgern vorhandenen politischen Anschauungsweise zu der bisher in Berlin alleinherrschenden liberal-demokratischen Gesinnung zeigte sich in allen und jeden Punkten so scharf, daß es nicht Wunder nehmen darf, wenn die damalige Reaction — im guten und eigentlichen Sinne des Worts — den denkbar größten Abstand zwischen sich und der Gegnerschaft legte, indem sie sich im Allgemeinen und im Hinblick auf die Parteistellung der hervorragendsten damaligen Führer der Bewegung der deutsch-conservativen Partei anschloß. Freilich geschah auch der vorerwähnte Anschluß nicht etwa derart, daß die conservative Parteileitung nun ohne Weiteres das Neugeborne an ihre Mutterbrüste nahm; dazu waren die Berliner localen Verhältnisse doch zu eigenartig, und das deutsch-conservative Programm konnte den letzteren gegenüber nicht so Platz greifen, wie dies nothwendig gewesen wäre, wenn die Oberleitung der conservativen Partei im Lande sich der Berliner Bewegung officiell

angenommen hätte. Es war außerdem zu berücksichtigen, daß, obwohl der christliche und der Staatssocialismus die Berliner Bewegung naturgemäß in den deutschen Conservativismus getrieben hatte, eine Menge von Elementen dieser Bewegung doch auch andern politischen Parteiauffassungen huldigte, die, wenn auch in nationalem und antimanchesterlichem Sinne verwandt, doch nicht mit dem Deutsch-Conservativismus zu identificiren waren. Die Darlegungen in dem vorigen Capitel geben einen Beweis davon, und auch später wird diese Thatsache mehr vor Augen treten, wenn ich an der Hand der Ereignisse auf die vielfachen Unterströmungen zu sprechen komme, welche in der Bewegung im Laufe der Zeit auftraten. So war es denn von selbst gegeben, daß die conservative Parteileitung im Lande bei aller Sympathie für die Sache selbst, welche letztere auch thunlichst von ihr unterstützt wurde, sich doch officiell zurückhielt, und daß zur Leitung der Geschäfte wie der Agitation in Berlin ein besonderes Organ in Function treten mußte, nämlich das Conservative Central-Comité, das von den Gegnern so vielfach als reactionäres Schreckgespenst verschrieene C. C.-C. Dasselbe, zunächst aus einigen in der Bewegung mehr hervorgetretenen Führern bestehend, repräsentirte in den ersten Jahren seines Bestehens gewissermaßen die Centralgewalt. Es war der Mittelpunkt der Agitation und Organisation, während sich die Sache später in decentralisirender Weise änderte. Das C. C.-C. war vermöge seiner Zusammensetzung aus delegirten Führern der sechs Berliner Wahlkreise weit eher in der Lage, die sich in dem Kampf gegen Fortschritt und Judenthum sowie auch gegen die Socialdemokratie herausstellenden Erfordernisse zu begutachten und ihnen mehr Rechnung zu tragen, wie dies die Parteileitung der Conservativen im Lande hätte thun können. Schon hinsichtlich der Aufbringung und Eintheilung der Geldmittel ist dies einleuchtend, viel mehr aber auch noch hinsichtlich der Vertheilung der Agitationsschriften und Redaction der Flugblätter, da insbesondere die letzteren den localen Anforderungen gemäß, was beispielsweise die städtischen Angelegenheiten anbelangt, zugeschnitten werden mußten.

Hat sich das C. C.-C. der Förderung der conservativen Interessen innerhalb Berlins thatsächlich überaus dienstbar erwiesen, so wäre doch die etwaige Annahme unrichtig, daß es allein seiner Thätigkeit zu verdanken gewesen sei, wenn die Bewegung mit derjenigen rapiden Schnelligkeit in Fluß kam, wie dies freilich der Fall gewesen ist. Es lag das vielmehr zuvörderst einfach im Zug der Zeit, dann aber kam noch als treibende Kraft neben den in den vorigen Capiteln behandelten Vorläufern der Bewegung der Umstand hinzu, daß die Regierungspolitik in Ansehung von socialen und wirthschaftlichen Fragen eine Initiative ergriff, welche fortzuführen und zu unterstützen zum Pflichtbewußtsein des national denkenden Theiles der Bevölkerung gelangte. War dies schon in hohem Maaße im Lande der Fall, so konnte die Reichshauptstadt gewiß nicht in solchen Bestrebungen zurückbleiben, zumal sich hier viele der besten politischen Kräfte concentrirten, um im national-conservativen Sinne agitatorisch zu wirken. Hierzu trat noch die weitere Thatsache, daß das Parteiwesen in Berlin sich derart gestaltet hatte, daß der Kampf sich nur allein gegen den mit dem jüdischen Manchesterthum verbundenen Fortschritt und die Socialdemokratie zu richten hatte, dagegen eine Seitenoperation gegen das Centrum, die intransigenten Parteien und die Mittelrichtung fast vollkommen unterbleiben konnte. Diese beiden ersteren haben niemals Boden in der Hauptstadt gefunden, die letztere aber erst allmählich in den letzten Jahren, wo sie Hand in Hand mit den Conservativen stand. Im Jahre 1881 aber, wo die Nationalliberalen kaum mehr wie ein Appendix der Fortschrittler waren, konnten sie als selbstständige Partei in Berlin nicht in weiteren Betracht kommen; sie fühlten das auch selbst am besten, denn der bisherige „nationalliberale Verein" hatte in einer Märzversammlung jenes Jahres das überflüssig erscheinende Wort „national" gänzlich über Bord geworfen und sich mehr zeit- und sachgemäß den Namen „liberaler Verein" beigelegt. Damit war die Frage entschieden, nach welcher Seite hin die sogenannte Mittelrichtung in Berlin ihre Unterstützung suchte.

Der hier bestehende Centrumsverein aber schien sich zu Anfang vollkommen in das Fahrwasser der neuen Bewegung begeben zu wollen, und es ist demselben trotz nachheriger Schwenkung dafür vollauf Dank zu sagen, denn diese Haltung führte den Conservativen einen Mann zu, auf dessen breiten Schultern die letzteren einen guten Theil ihrer Sorgen und Mühen abwälzen konnten, die er lange Jahre hindurch auch ehrlich getragen hat, nämlich den Landtagsabgeordneten Christoph Joseph Cremer. Es waren in der That nicht die schlechtesten Zeiten, da die Berliner conservative Bewegung sich unter der Aegide des Dreigestirns Stöcker-Wagner-Cremer entfaltete und zur höchsten Blüthe gelangte. Schade, daß es jetzt so ganz anders geworden ist; doch das gehört nicht mehr in den Rahmen meiner vorliegenden Darstellung.

Mit Herrn Cremer verband mich seit Beginn seiner öffentlichen Thätigkeit im Interesse der Conservativen Berlins und besonders der Umgebung (Kreis Teltow) die besondere Verehrung und Hochachtung, welche ich vor den Geistesgaben und der überall zu Tage tretenden Urbanität dieses hervorragenden Redners auch heute noch besitze. Ich darf wohl sagen, daß ich vielleicht einer der besten Kenner der Cremer'schen öffentlichen Thätigkeit bin, das ich gerade diese mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen in der Lage war, nachdem dieser Herr mir in der Agitation in dem Kreise Teltow näher getreten. Ich bemerke das nur, um voraus schicken zu können, daß ich im Stande sein werde, mancherlei über Herrn Cremer böswilliger Weise entstandene Legenden durch die wahrheitsgemäße Darstellung von Thatsachen zu zerstören.

Als letzte, und zwar nicht minder bemerkenswerthe treibende Kraft zur Organisation der Berliner Bewegung ist die Nähe der Reichstagswahlen zu nennen, welche bereits einen Prüfstein für die Lebensfähigkeit des jüngstgebornen Berliner politischen Kindes abgeben sollten. Die Erkenntniß von der Nothwendigkeit, daß etwas geschehen müsse, brachte die Conservativen zum Zusammenschluß, zumal man bereits eingesehen hatte, daß die auf rein antisemitischem Boden stehenden Vereine, welche ich im vorigen

Capitel schilderte, sowie die übrigen auf speciell conservative Programmpunkte einseitig hinzielenden Fachzusammenschlüsse nicht dem allgemein sich herausstellenden Bedürfniß Rechnung tragen konnten, welches sich im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf zeitigte. Die Tragweite der conservativen Bewegung ward zu Anfang derselben von den Gegnern sehr bedeutend unterschätzt, und man glaubte es vorzugsweise mit einem letzten Ausläufer des Antisemitismus zu thun zu haben, den die Berliner Liberalen durch ihre Gegenoperationen bereits vollkommen geschlagen zu haben wähnten. Insbesondere war dies der Fall, seitdem ein Vertreter der theologischen Gelehrsamkeit, Professor Baumgarten, hier in einer im Zoologischen Garten stattgehabten Versammlung seine Stimme gegen das Auftreten des Herrn Hofprediger Stöcker hatte erschallen lassen. Die beiden Professoren Baumgarten und Cassel bildeten das Doppelschild, welches die Juden gegen das Antisemitenthum erhoben, und hinter dem versteckt sie ihre Pfeile auf das letztere richteten. Die Erwiderung Herrn Stöcker's auf die Insinuationen des Prof. Baumgarten ist so sachlich, daß ich dieselbe dem Leser nicht vorenthalten möchte. Leider war Herrn Stöcker der Zutritt zu jener „Zoologischen" Versammlung versagt und er daher nicht in die Lage versetzt, offen in's Gesicht gegen die Angriffe dieses Herrn sich zu vertheidigen. Der Erstere mußte daher in einer Versammlung der christlich-socialen Partei (am 27. Mai 1881) seine Vertheidigungsrede gegen die wider ihn geschleuderten Vorwürfe halten. Auf die gegenstandslose Anzapfung des Herrn Stöcker hinsichtlich seiner Unterschrift bei der Antisemitenpetition, gehe ich nicht weiter ein, denn nach seinen eignen Worten wäre Herr Stöcker nicht allein schlecht, sondern auch herzlich dumm gewesen, diese Unterschrift — im wohlverstandenen Sinne des Worts — abzuleugnen, wenn sie in 20,000 Exemplaren gedruckt dastände. Bekanntlich hatte Herr Stöcker seine Unterschrift zurückgezogen und ein fataler Irrthum hatte sie noch auf einigen hundert Exemplaren erscheinen lassen. Das Weltrichterthum des Herrn Baumgarten in dieser Beziehung steht also auf sehr schwachen Füßen. Aber auch seine fernere Behaup-

tung, daß Herr Stöcker von zwei großen Gedanken abgefallen sei: von dem der allgemeinen Gleichberechtigung der Staatsbürger und dem einer freien Kirche, weil er sich nicht offen für das Civilstandsgesetz erkläre, ist nicht haltbar, denn Herr Stöcker antwortete darauf, daß er dies Gesetz so lange vertheidigt habe, als er glaubte, daß darauf eine anständige Freiheit der Kirche folgen würde. Als aber der Staat seine Hand in der Kirche nicht nur behalten, sondern noch verstärkt, habe er in dem Gesetz nicht mehr einen Act der Befreiung sehen können, trotzdem aber niemals gegen das in Geltung befindliche Gesetz agitirt. Was nun die ihm vorgeworfene unrichtige Behandlung der Judenfrage anbelangt, so trug Herr Stöcker seine Ansicht dahingehend vor, daß die Emancipation der Juden eine vollendete Thatsache sei, die wir als bestehend anerkennen müßten. Es bliebe also nur übrig, durch Belehrung, und wo das nichts nütze, durch einen ohne Haß, Beleidigung, Schmähung und Gewalt geführten politischen Kampf auf die Eindämmung des überhand nehmenden jüdischen Einflusses hinzuwirken. Ich glaubte, die Episode Baumgarten hier einflicken zu müssen, um daran meine Behauptung zu beweisen, daß die Gegner der Berliner Bewegung immer noch an die auf antisemitischem Boden stehende Einseitigkeit der letzteren dachten. Sie sollten bald eines andern belehrt werden.

Die Reformbewegung, welche sich in Berlin noch im Frühjahr des Jahres 1881 aufthat, mag wohl eine gewisse Aehnlichkeit mit derjenigen des 16. Jahrhunderts haben, denn gleichwie der Uebermuth, die Hohlheit und die Selbstsucht der katholischen Hierarchie jener Zeitepoche einen Luther und Melanchthon erstehen machte, ebenso waren die gleichen Eigenschaften des Liberalismus in der Metropole jetzt die Veranlassung zu einer Erhebung, welche aus kleinen Anfängen heraus sich zu einer gewaltigen Massendemonstration gegen diesen Liberalismus gestaltete. Urplötzlich, wie Pilze aus der Erde, entstanden conservative Bürger- und antifortschrittliche Vereine, welche Beweis davon gaben, wie in allen sechs Reichstagswahlkreisen sich das Bedürfniß nach Organisation und eine wahre Wahlkampflust gegen die fort-

schrittlichen und jüdischen Gegner geltend machte. Die letzteren schienen angesichts dieses trotz früherer Sorglosigkeit doch allmählich zur Erkenntniß dessen zu kommen, daß die Zeiten sich geändert und die liberale Herrschaft nicht mehr überall Anerkennung fände, denn ein fortschrittliches Comité, zu dessen Mitgliedern die bewährten Kämpfer Hermes, Löwe, Cuno ꝛc. gehörten, erließ einen Aufruf, der bereits eine durchaus andere Tonart hören ließ, wie die halb verächtliche, halb überhebende, womit man den Antisemitismus hatte ausrotten wollen. Im ersten Wahlkreise entwickelten sich auf dem conservativ-regierungsfreundlichen Programm sehr schnell die Bürgervereine Alt-Berlin und Moabit, demnächst wurde ein großer den zweiten Wahlkreis umfassender conservativer Verein gegründet, welcher den Grafen Behr-Bandelin zu seinem Vorsitzenden und Herrn Verlagsbuchhändler Luckhardt zum Stellvertreter erwählte. Der uralte conservative Verein in der Louisenstadt reconstituirte sich unter dem Vorsitz des Rentmeisters Hartwig und ebenso wurden in den übrigen drei Wahlkreisen von Erfolg gekrönte Anstrengungen gemacht, um mit den genannten Vereinen gleichen Schritt zu halten. Was damals vorzugsweise den regierungsseitlichen Anstoß zu jener Bewegung gab, waren die schon auf praktischem Gebiet sichtbaren socialreformatorischen Absichten des Reichskanzlers, welche sich in dem ersten Unfallversicherungs-Gesetzentwurf kundthaten. Es will nichts Wesentliches bedeuten, daß dieser Gesetzentwurf später in veränderter Form eine andere Stellung in der socialpolitischen Entwicklung, und zwar im Zusammenhange mit den Versicherungen gegen Krankheit und Alter erhielt. Die Hauptsache war die Idee, welche in die gesetzliche Praxis übertragen zu haben eines der größten Friedenswerke des ersten großen deutschen Kaisers und seines Rathgebers genannt zu werden verdient. Aber nicht allein die sociale, sondern auch die wirthschaftliche Politik der Regierung fand in den neuen Vereinen Unterstützung und interessirte Besprechung, und der Zulauf zu den Vereinsversammlungen seitens der sich noch nicht für die Bewegung entschieden habenden Hospitanten war ein so großer, daß

man dreist den Versuch wagen konnte, größere Volksversammlungen einzuberufen, um die wenigstens für Berlin noch neuen conservativen Ideen mehr in's Volk hineinzubringen.

Schon die erste dieser Volksversammlungen, am 19. Mai in der Habel'schen Brauerei, war von durchschlagendem Erfolge begleitet. In derselben führte Herr Luckhardt den Vorsitz, die Herren Freiherr von Minnigerode und Abg. Cremer fungirten als Redner. Wer jemals die klaren, in leidenschaftsloser und vornehmer Form vorgeführten Auseinandersetzungen des ersteren berühmten Parlamentariers gehört hat, wird es begreifen, daß in dem Moment, wo diese bewährte Kraft sich in den zeitweiligen Dienst der Berliner Bewegung stellte, die letztere bereits um einige Etappen fortgeschritten war. Sein Vortrag in der besprochenen Versammlung hatte keinen bestimmten Gegenstand im Auge, sondern war nur dazu geeignet, das conservative Bewußtsein durch Hervorhebung der hauptsächlichsten Eigenschaften des Conservativismus zu stärken, was denn auch als äußerst gelungen hingestellt werden muß.

Herr Abg. Cremer dagegen beleuchtete den Conservativismus von seinem Standpunkte als Katholik, und zwar als überzeugter Katholik. Er betonte hier meines Wissens zum ersten, aber gewiß nicht zum letzten male, daß der Unterschied der Confessionen niemals ein Hinderniß sein dürfte zum gemeinsamen Vorgehen in der Vertheidigung des Christenthums, des Vaterlandes und der Monarchie, und daß man über dem, was die Evangelischen und Katholischen als Anhänger derselben christlichen Lehre einige, das vergessen müsse, was sie trenne. Das Wort: „Christenthum, Vaterland und Monarchie" ist für Herrn Cremer gewissermaßen das Lieblingswort und seine Devise geworden. Er wiederholte dasselbe oft in seinen Reden, aber durch diese Wiederholung hat weder die Wahrheit des Worts, noch das Interesse an des Redners Auseinandersetzungen im Geringsten jemals gelitten. Im Gegentheil kann der in jenen drei Begriffen enthaltene wahre und echte Conservativismus nicht oft genug der Zuhörerschaft zu Gemüthe geführt werden. Das

Resultat jener Versammlung offenbarte sich in einer Resolution, dahingehend, daß für die nationale Wohlfahrt Deutschlands zwei Dinge von größter Wichtigkeit seien, nämlich eine starke conservative Partei im Parlament und eine außerhalb desselben im Lande. Für ganz logisch halte ich diesen Satz nicht, denn das erstere wird ja durch das letztere vorbedingt.

Kurz darauf fand eine zweite Volksversammlung statt, veranstaltet von dem conservativen Verein des zweiten Reichstagswahlkreises, in der Herr Pastor Hapke den Vorsitz führte. Als Redner traten die Herren Hofprediger Stöcker und Abg. von Schöning auf, welch letzterer die positive Uebereinstimmung des Deutsch-Conservativismus mit der christlich-socialen Auffassung in längerer Rede bewies. Den größten Applaus aber erntete Herr Stöcker, wie er in seiner überzeugenden Art die christliche Staatsidee, das deutsche Bruderrecht und die sittlich-christlich werdende Cultur mit den ihm ja immer zu Gebote stehenden herrlichen Redewendungen begrüßte.

Es liegt auf der Hand, daß nur ein straffes, energisches Durchgreifen im Stande war, die alten verrotteten fortschrittlichen Zustände in Berlin zu Paaren zu treiben. Mit Glacéhandschuhen konnte man da nichts ausrichten, und das ward auch von den Führern der Bewegung wohl erkannt, die sich von der mittleren und vermittelnden Richtung, zumal sie ja damals in Berlin nur einen geringen Anhang zählte, wohlweislich fern hielten. Denn es giebt Zeitläufte, in denen selbst ehrliche Mittelparteien — und die hatten wir vor der Heidelberger Wendung nicht — lediglich Schaden bringen müssen. Das sind die Zeiten, in denen die Geschicke des Volkes auf Jahrzehnte hinaus festgestellt werden, und in denen der Grundstein dieser Entwicklung gesetzt werden muß. Da ist ein Herumdrücken um die Parteinahme durch eine sogenannte Vermittlung vielleicht sehr bequem, aber gemeingefährlich. Der Nationalliberalismus hatte in jener Zeit demzufolge und im Hinblick auf meine frühere entsprechende Auseinandersetzung keine Existenzberechtigung im nationalen Sinne, ja er mußte der wirthschaftlichen und socialen Reform gegenüber, wie sie sich

damals leise zu entwickeln begann, geradezu als Hemmschuh betrachtet werden.

Diese Auffassung des damaligen Nationalliberalismus hat der conservativen Bewegung entschieden Nutzen gebracht, denn ein sofortiges Front machen gegen diese Richtung war immer noch besser, als wenn man sich etwa auf den Grüßfuß gestellt und nachher hätte seufzen müssen: „Herr, beschütze mich vor solchen Bekannten."

Die Energie, mit der der absolute Standpunkt der Berliner Conservativen festgehalten wurde, und ihr festes Eintreten für die Reformpläne der Regierung, hat neben vielen andern Vortheilen auch den gehabt, daß die ganzen und halben Gegner von vorne herein genau wußten, mit wem sie es zu thun hatten. Das trug zur Klärung der Situation wesentlich bei, was beispielsweise durch die Thatsache erhellt, daß in einer von der Socialdemokratie veranstalteten Eiskellerversammlung einige sich zur Fortschrittspartei bekennende Redner es offen aussprachen, daß ihnen die Socialreform Herrn Liebknecht's viel lieber sei, wie diejenige des Fürsten Bismarck. Etwas besseres konnten die Conservativen nicht verlangen, als daß die Lager der bürgerlichen und socialen Demokratie sich vereinigten; dann brauchte man seine Streitkräfte nicht zu zersplittern. Das zielbewußte Vorgehen der Conservativen aber hatte den ferneren, nicht minder wichtigen Erfolg, daß in ihrem eignen Lager alsbald eine Scheidung der Halben, oder besser der Einseitigen von dem Gros stattfand. In einer Versammlung des „socialen Reichsvereins", die in der Flora stattfand, wurde diese Scheidung zu einer definitiven, denn hier sagte sich Dr. Henrici, wie ich schon früher angedeutet, vollständig von den Conservativen los. Sein kurzer Erfolg in der Antisemitenbewegung hatte ihm wahrscheinlich die Erlangung eines Abgeordnetenmandats als leicht und als den einzig richtigen Abschluß seiner Stellung als Märtyrer seiner Ueberzeugung näher gerückt, und demgemäß suchte er sehr unklugerweise jetzt Fühlung mit denen, die ihm niemals zu dem gewünschten Resultat verholfen haben würden, und wenn er sich noch so sehr als ihr ergebenster

Freund hingestellt hätte, nämlich den Arbeitern. Als er in jener Versammlung hervorhob, daß er seiner Abstammung gemäß zu den Arbeitern stehe, wurde er sofort von den zahlreich anwesenden Socialdemokraten darüber verhört, ob er in diesem Falle auch für Aufhebung des Socialistengesetzes und für die beiden social-demokratischen Candidaten Auer und Fritzsche stimmen würde. Glücklicherweise ward Dr. Henrici der Antwort auf diese unwillkommene Anfrage durch Auflösung der Versammlung überhoben. Herr von Liebermann war klüger wie Dr. Henrici, denn er schloß sich mit seinem „Deutschen Volksverein“ eng an die Conservativen an, obwohl ich hier sagen muß, daß dieser Anschluß sich später als nicht besonders nutzbringend für die Bewegung herausgestellt hat, da er die Aufstellung der so unglücklichen Candidatur Liebermann im Gefolge hatte. Doch davon später.

Der positive Anschluß an die conservative Partei ward von Herrn von Liebermann officiell proclamirt, als er sich zu dem Programm der „socialconservativen Vereinigung“ bekannte, jenes Bundes, der unter den energischen Anstrengungen und dem Vorsitz der Herren Fürst Isenburg, Graf Solms-Laubach und Freiherr von Fechenbach-Laudenbach entstanden war. Zur besseren Kenntniß der Bestrebungen dieses Vereins will ich hier gleich eine Resolution einschalten, welche derselbe in seiner demnächstigen Generalversammlung faßte und die gewissermaßen als Programm desselben gelten darf: Es sei an die Reichsregierung die Bitte zu richten:

1. Mit der bisherigen Flickarbeit auf dem gewerblichen Gebiet einzuhalten und unter Beseitigung des falschen Grundprincips der bestehenden Gewerbegesetzgebung mit dem Wiederaufbau auf neuer Grundlage zu beginnen.
2. Das im Niedergange begriffene Handwerk und den in der Auflösung befindlichen Handwerkerstand dadurch vor dem völligen Ruin zu bewahren, daß demselben durch obligatorische, mit öffentlichen gewerberechtlichen Befugnissen ausgestattete Innungen die Möglichkeit einer durchgreifen-

den Selbsthülfe, die Wiederherstellung von Zucht und Disciplin, und der Wiedererweckung des Standesbewußtseins gewährt werde.

3. Die Einführung von Gewerbegerichten und Gewerbekammern.
4. Ein geordneter obligatorischer Bildungsgang im Handwerk.
5. Sonntagsheiligung.
6. Einführung des Maximal-Arbeitstages.
7. Ein festes Contractsverhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern der Großindustrie.

Es scheint, daß diese Resolution nicht vollständig ist; vielleicht sollte sie sich nur auf die Reform der städtischen Verhältnisse allein beziehen. Es wäre hier wohl aus dem Programm der Berliner Conservativen noch der Punkt zuzufügen, welcher von der Regelung des Verhältnisses der christlichen Staats- zu seinen nicht-christlichen Angehörigen, und der Socialreform spricht. Die „socialconservative Vereinigung" hat natürlich auch hinsichtlich dieser beiden Punkte ihre Stellungnahme bekundet, und zwar in Gemäßheit ihrer Beschlüsse auf der Frankfurter Versammlung vom 10. November 1880 in betreff der Judenfrage durch folgende Resolutionen:

I. „Wir halten eine Einschränkung des heutigen Einflusses der Juden für nothwendig. Hierfür bedarf es nicht nur einer gründlichen Revision der volkswirthschaftlichen Gesetzgebung des Reiches seit 1869, sondern auch einer Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden. Durch diese soll erreicht werden: 1. die Ausschließung der Juden vom Wahlrechte und der Wählbarkeit zu den Parlamenten und zu den Aemtern der städtischen Verwaltung (Stadtverordnete und Magistrat), 2. die Ausschließung der Juden vom Richterstande, 3. die Ausschließung der Juden vom Lehramte an allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, die nicht specielle Judenschulen sind."

II. „Wir halten eine Einschränkung des heutigen Einflusses der Juden für nothwendig. Hierzu bedarf es einer gründlichen Revision der wirthschaftlichen Gesetzgebung des Reiches und einer Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten der Juden. Es soll dies erreicht werden durch die oben angedeutete Gesetzrevision, resp. durch den Erlaß eines Gesetzes zur Festsetzung einer namhaften Börsensteuer, Ueberwachung des Börsenverkehrs durch staatliche Organe, durch ein Wucher- und geordnetes Gewerbegesetz.“

Ferner wurde Streichung des zweiten Alinea im § 12 der preußischen Verfassung und Umänderung des § 14 in folgenden Wortlaut beantragt:

„Die christliche Religion wird bei den Einrichtungen des Staates, beziehungsweise Reiches, unbeschadet der gewährleisteten Religionsfreiheit, zum Grunde gelegt.“

Folgende Forderungen sind ebenfalls zu beachten:

„Die §§ 15 und 16 werden wieder hergestellt und dieselben sowie die §§ 12 und 14 in die Verfassung des deutschen Reiches aufgenommen.

Zu § 34 der preußischen Verfassung, resp. zu §§ 57 und 59 ist als ergänzend das dem Bundesrathe bereits vorliegende Wehrgesetz in Kraft zu setzen, mit dem Tenor: Jeder Deutsche ist wehrpflichtig; die wegen mangelnder Körperbeschaffenheit Untauglichen, ebenso die deutschen Juden zahlen während des dienstpflichtigen Lebensalters eine ihrem Einkommen entsprechende Wehrsteuer.

1. Von der Wählbarkeit zu den Parlamenten und zu den Aemtern der städtischen Verwaltung dürfte der Jude nicht positiv auszuschließen sein — bei anderer Handhabung der vorhandenen und noch zu erlassenden Gesetze, durch das wieder erwachende und zu muthigem Ausdruck gelangende christliche deutsche Volksbewußtsein wird der Jude negativ von selbst ausgeschlossen sein.

2. Ausschließung der Juden vom Richterstande, vom Schöffen- und Geschwornendienst.

Für die vorhandene (ethische) Unbrauchbarkeit ihrer Mitglieder zu dem vorgenannten Dienst wird den jüdischen Gemeinden nach Kopfzahl und Steuerquote eine mäßige Besteuerung auferlegt.

Die Ausschließung der Juden vom Richterstande ist Sache der Regierungen, wie dies in Preußen bis zum Jahre 1868 der Fall war, wie denn überhaupt eine Besserung dieser Verhältnisse nur erreicht werden kann, wenn die Einzelregierungen und die Reichsregierung sich nicht überall latent verhalten, ja mehr als das, unter dem Vorgeben der Unparteilichkeit und unter der geforderten und ausgiebig angenommenen Kampfgenossenschaft der Juden im Culturkampf, — eine offenbare Begünstigung der Juden im Culturkampfe hätte Platz greifen müssen."

Es ist mir hier natürlich nicht möglich, das gesammte sehr reichhaltige Programm jener Vereinigung näher darzulegen; ich verweise vielmehr den Leser auf die alles das enthaltende Brochüre von Paul Curtius: „Der Weg zum Frieden" (Fr. Luckhardt, Berlin 1881). Doch sei es mir gestattet, über die Gesammtbestrebungen der Vereinigung, welche unter anderm auch schon damals die Beendigung des Culturkampfes betrafen, an der Hand der gedachten Brochüre noch hervorzuheben, daß die socialconservativen Bestrebungen nicht die Bestrebungen eines Einzelnen, sondern einer großen Zahl von Männern aus beiden Confessionen, aus allen Ständen und Berufsclassen, aus allen deutschen Gauen waren. Es war das Verdienst des einzelnen Mannes, des Reichsfreiherrn von Fechenbach, eine Annäherung dieser Männer durch seinen rastlosen Eifer im Dienste der wahrhaft guten Sache angeregt, und, nachdem auf dem Frankfurter Tage das Fundament zu einer großen das ganze Volk umspannenden Vereinigung aller christlich-conservativen Elemente gelegt worden, die Grundsätze dieser Vereinigung in die arbeitenden Classen hineingetragen und in ihnen Corporationsbildungen begründet zu haben, die im engeren Standeskreise das leisten konnten, was das Ganze für's Volk und Reich: Bekämpfung des Antichristenthums durch Wiedergeltendmachung des Christenthums auf allen Gebieten des Staats-, Volks-

und Rechtslebens. Jene Aufgabe auszuführen, das war Sache nicht Einzelner oder nur derjenigen Männer, die sich zusammengefunden, das war Sache und Pflicht eines jeden Deutschen, in dessen Herz christliche und deutsche Gesinnung noch eine Bleibestätte hatten.

Das provisorische Programm, welches der Frankfurter Versammlung vorlag, enthielt noch eine große Reihe von Forderungen zur Politik (Finanz- und Wirthschaftspolitik) und Rechtspflege, welche auf jener Versammlung nicht mehr zur Erörterung gelangen konnten, nachdem die Versammlung ihren Zweck, die Herbeiführung einer Vereinigung und Verständigung der socialreformatorischen Elemente aus beiden christlichen Confessionen, erreicht hatte. Einige dieser Punkte habe ich schon vorher erwähnt.

Aus allem Vorhergehenden wird es aber klar geworden sein, daß es sich bei der social-conservativen Vereinigung nicht darum handelte, nur die schreiendsten Bedürfnisse der Gegenwart abzustellen und einzelne Uebelstände zu heilen. Vielmehr lag die Ansicht nahe, daß es nachgerade die höchste Zeit geworden sei, vollständigst und allseitig zu brechen mit denjenigen Principien, welche besonders für Deutschland auch so traurige Zustände auf ethischem und materiellem Gebiete hervorgerufen. Das laisser aller hatte sich an uns gerächt; jetzt galt's zu handeln! Es galt, dem länderumfassenden Banne des Antichristenthums, der Gesinnungscorruption, der Ausbeutung, des Verbrechens gegenüberzustellen ein festes Band der Solidarität christlicher Gesinnung und deutscher Treue! Es handelte sich darum, das ganze Gebäude des gesammten Volks- und Staatslebens wieder zu errichten auf den alleinigen, so lange schon leider außer Acht gelassenen Grundlagen des Christenthums, das allein die feste Basis einer jeden Ordnung sein kann, durch das und mit welchem allein das deutsche Volk seine hohe und hehre Stellung in der Geschichte aller Zeiten errungen hat. Auf diesem Grunde, auf dem allein man fest bauen kann, wollte die Vereinigung das gesammte Leben der Nation wieder aufbauen und da rief sie zur Hülfe herbei alle Factoren der gesellschaftlichen Ordnung: den Staat, die christ-

lichen Kirchen und einen jeden echt deutschen Mann, der in seinem Herzen noch Gefühl für seines Volkes Wohl und Ehre hatte. Curtius spricht sich folgendermaßen aus:

„Wir wollen bleiben ein deutsches Volk, an dessen culturhistorische Mission wir glauben, dessen Nationalität wir, ohne andere Völker darum zu verachten oder zu hassen, bewahren, indem wir es nicht durch kosmopolitische Schwächen allen andern Völkern ausliefern wollen. Wir halten deshalb auch fest an Kaiser und Reich und dem verfassungsmäßigen Recht der einzelnen deutschen Staaten und Fürsten; denn das deutsche Volk soll sein und bleiben ein Volk von gleichberechtigten Brüdern, einig im Innern, geeint nach Außen.

Wir erkennen in dem Christenthume das heiligste von unsern Ahnen uns überkommene Erbe, und in seinen Grundsätzen die unversiegbare Lebenskraft unserer Nation; wir bedauern den vielseitigen theoretischen wie praktischen Abfall von demselben als die tief innerste Wurzel der heutigen traurigen Zustände, und erstreben deshalb die sittliche Wiederdurchdringung des gesammten Volks- und Rechtslebens mit den lebendigen Kräften des Christenthums. Wir fordern Achtung vor der welthistorischen Bedeutung desselben, erkennen auch in ihm besonders noch eine sociale Macht von segensreichster Wirksamkeit, ohne deren freie und unbehinderte Mitwirkung wir eine Reorganisation der zerfahrenen socialen Verhältnisse unseres Vaterlandes für unmöglich halten.

Wir sind der Ansicht, daß angesichts unserer heutigen Lage ein Zusammengehen aller christlichen Elemente des Vaterlandes, also insbesondere der staatlich anerkannten christlichen Kirchen, gegen den antichristlichen Geist der Zeit in allen seinen Erscheinungsformen und Consequenzen mehr als je geboten erscheint, und daß deshalb die confessionelle Kluft außer Acht gelassen werden müsse im Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner, der nur überwunden werden kann durch ein einmüthiges Zusammenstehen aller christlichen Elemente. Da nun durch die historische und rechtliche Entwicklung unserer deutschen Verhältnisse sowohl die evangelisch-protestantische wie die römisch-katholische Kirche staats-

rechtlich dieselbe solidarische Gleichberechtigung besitzen, perhorresciren wir jeden Angriff auf die eine Kirche als einen Angriff gegen das Christenthum überhaupt.

Wir verlangen und erstreben deshalb, zugleich als die nothwendige Voraussetzung der Reorganisation der socialen Ordnung, die vollständige Wiederherstellung der oftmals garantirten historischen Rechtsgrundlagen der christlichen Kirchen in allen deutschen Staaten, wo und insoweit auch immer dieselbe, obgleich auf noch rechtsgültigen Verträgen beruhend, gestört und in Frage gestellt worden. Wir halten deshalb auch den Beschluß der Frankfurter Versammlung vom 10. November 1880 über die Beendigung des Culturkampfes voll und ganz aufrecht als die unantastbare Grundlage unserer Bestrebungen, und erkennen in demselben ein Merkmal des wahren Conservativismus.

Wir wenden uns nicht an eine bestimmte Fraction und deren Anhänger, sondern an alle positiv-christlichen und echt deutschen Männer aus beiden Confessionen sowohl innerhalb wie außerhalb der Parlamente, und fordern sie auf zur Vereinigung und zum gemeinsamen Kampfe gegen die antichristlichen und undeutschen Bestrebungen des Liberalismus und des Manchesterthums sowie aller übrigen Bestrebungen, welche das christliche Fundament des Staates gefährdet haben und noch gefährden und unser Volk entchristlichen.

Wir wollen die sociale Ordnung wiederherstellen, aber nicht durch Flickarbeit, sondern durchaus und vollständig, indem wir uns bestreben, das ganze Staats-, Volks- und Rechtsleben auf den christlichen Grundlagen wieder aufzubauen. Wir verlangen also christliche Obrigkeiten, christliche Richter, christliche Schulen, christliche Eheschließung. Wir verlangen, daß in der gesammten Gesetzgebung, insbesondere auch in der wirthschaftlichen, die Grundsätze des Christenthums zum vollen, und zwar grundsätzlich bestimmenden Ausdruck gelangen sollen.

Wir werden die Regierungen der einzelnen deutschen Staaten aus allen Kräften unterstützen in der Lösung der socialen Frage, erwarten aber auch von der hohen Einsicht derselben Anerkennung

unserer Grundsätze und Bestrebungen und Förderung derselben besonders dadurch, daß es allen Factoren der gesellschaftlichen Ordnung und insbesondere den christlichen Kirchen möglich gemacht werde, sich freithätig zu betheiligen an der Wiederherstellung derselben.

Wir erstreben Befreiung der Staatsgewalt von dem Einflusse der Capitalmacht, wollen dem christlichen Staate wieder verschaffen die ihm gebührende leitende Centralstellung in der Volkswirthschaft, und bekämpfen die unchristlichen und unberechtigten Privilegien des Capitals. Die einzelnen Stände des deutschen Volkes wollen wir wiederum zu organischen Unterverbänden des ganzen gesellschaftlichen Organismus vereinigen, und so den deutschen Grundbesitz, den Mittelstand und die deutsche Arbeit jeder Art beschützen vor Ausbeutung und ihnen die Möglichkeit einer gedeihlichen Entwicklung in Berücksichtigung der realen Verhältnisse und Bedürfnisse des deutschen Volkes und speciell der Productivstände wiedergeben.

Für die arbeitenden Classen insbesondere erstreben wir solche Einrichtungen, die geeignet sind, ihre materielle Noth zu heben in einer allseitig gerechten Weise. Wir wollen den Handwerkerstand zu seiner früheren Blüthe wieder emporführen, den Arbeiter beschützen vor Ausbeutung und Noth und ihn der Gesellschaft zurückgeben."

Die Forderungen des „Deutschen Volksvereins" und der „christlich-socialen Partei" gingen in Bezug auf die Judenfrage mit der socialconservativen Vereinigung parallel, indem sie die Regelung des Asylrechts der Juden insofern anstrebten, als sich die letzteren des vollen Schutzes der Gesetze erfreuen, aber von jeder obrigkeitlichen Stellung ausgeschlossen werden sollten. Es war dies eine Analogie mit dem Programm des „socialen Reichsvereins" des Herrn Dr. Henrici, doch muß ich bemerken, daß der Antisemitismus in den beiden erstgenannten Vereinigungen vernünftiger und sachlicher behandelt wurde, wie in letzterem.

Ich will bei dieser Gelegenheit noch erwähnen, daß leider, wie die antisemitische Bewegung, so auch die conservative Be-

wegung von zweifelhaften Elementen nicht verschont blieb. Das kann kein Vorwurf sein, denn es lag weder in der Aufgabe noch in der Möglichkeit der Führer oder der Vereinsvorstände, alle diejenigen, welche sich für die Bewegung einschreiben ließen, oder sich als Freunde derselben bekannten, auf ihre moralische Integrität zu prüfen. Und darum war auch die gehässige Form, in welcher die gegnerische Presse die Gesammtheit für den Einzelnen verantwortlich machte, wenn dieser sich als nicht reinlich und zweifelsohne entpuppte, so ungehörig, wie unsachgemäß. In dieser Hinsicht stand der Fall „Lodomez“ eine kurze Zeitlang auf der fortschrittlichen Tagesordnung. Ich habe diesen Herrn Lodomez, der von vorne herein als Angehöriger einer fremden Nation zu erkennen war, nur einmal gesehen und gesprochen, und dabei einen so unvortheilhaften Eindruck von ihm erhalten, daß ich nicht begriff, wie sich die anerkannten Führer überhaupt mit diesem Herrn beschäftigen konnten. Daß er in seiner wahren Gestalt als internationaler — Weinreisender es versucht, unter dem conservativ-christlich-socialen Deckmantel Geschäftsoperationen zu betreiben, konnte freilich niemand vorher wissen.

Sodann muß ich es auch als verfehlt hinstellen, daß Herr v. Liebermann und mancher andere Redner, die für die Berliner Bürger gewiß nicht actuelle Adelsfrage, öfters in die Debatte hineinzog. Ich bin am weitesten davon entfernt, dem Adel seine Meriten abzusprechen, er ist stets eine treue Stütze des Thrones und ein sicherer Hort des Vaterlandes gewesen, und dafür soll er geehrt werden. Die Ziele der inneren deutschen Politik aber waren mittlerweile derartig geworden, daß sie das Fortkommen des gesammten Volkes im Auge hatten, nicht aber sich etwa dazu eigneten, alte abgestandene Feudalrechte wieder aufzufrischen. Wollte der Adel mit an der Erreichung dieser allgemeinen Ziele wirken, dann war er natürlich hochwillkommen, ein andres aber war es mit den von gewisser Seite ausgehenden Bestrebungen, den Adel wieder in eine vom Bürgerthum verschiedene, höhere sociale und besonders gesetzliche Stellung zu bringen. Ich nenne die „höhere gesetzliche Stellung“ mit Vorbedacht, denn die For-

derung des Grafen Brühl, des Erfinders des berüchtigten geflügelten Wortes von den „Soldaten, Dienstmädchen und Postbeamten", welche auf die Wiedereinführung der Aberkennung des Adelsprädicats bei entehrenden Verbrechen lautete, und die der genannte Herr auf einem damals stattgehabten „Adelstage" auch vertheidigte, kann den Beifall keines ehrlichen bürgerlichen Conservativen haben. Ich habe damals scherzweise in einer Versammlung den Vorschlag gemacht, diejenigen, welche sich des Rechts auf Führung ihres ehrlichen Namens begeben haben, zu nummeriren. Den früheren Inhabern des Adelsdiploms sollte dann die Nummer 1 bis 10,000 zur Verfügung gestellt werden, während die bürgerlichen Lumpe sich mit den dahinter kommenden Nummern begnügen müßten.

Im Ernst genommen: derartige utopische Bestrebungen sind nur sehr vereinzelt hervorgetreten, und im Ganzen haben die Herren vom Adel, insbesondere soweit sie überhaupt dem öffentlichen politischen Leben angehörten, den Adel ihrer Gesinnung auch in der conservativen Bewegung bewiesen, wofür ihnen Dank und Anerkennung gebührt. Falls sie Lust hatten, sich gesellschaftlich vom Bürgerthum zu trennen, ist das eine Sache, die Niemand etwas angeht, und die ich hier natürlich auch nicht kritisire.

Von denjenigen größeren Versammlungen, welche noch in das vorbereitende Stadium der Berliner Bewegung gehören, muß ich noch deren zwei erwähnen, die im Juni desselben Jahres stattfanden, nämlich zunächst die am 14. Juni gleichzeitig in verschiedenen Berliner Localen stattgehabten großen Volksversammlungen, in denen mehr als zehntausend Berliner Bürger ihre Zugehörigkeit zur conservativen Sache bekundeten. Im Universum, im Eiskeller, in der Norddeutschen Brauerei und auf Tivoli wurden an diesem Tage, der in dem conservativen Kalender roth angestrichen zu werden verdient, Resolutionen angenommen, die als Beweis dafür gelten durften, daß dem Liberalismus mindestens schwere Kämpfe, wo nicht endgiltige Niederlagen in Berlin drohten. Von ganz besonderer Wichtigkeit aber ist auch jene Versammlung im Halle'schen Thorbezirk, „wo der Vater in Ge-

stalt seines Sohnes zum Volk herniederstieg“, um nach dem von dem conservativen Professor Brecher ungeschickter Weise gegebenen Anstoß im fortschrittlichen Jargon zu reden. Graf Wilhelm Bismarck hielt hier vor einem überaus zahlreichen Publicum seine erste und leider einzige Berliner Rede über die verflossene Legislaturperiode. Diese Angelegenheit hat eine kleine Vorgeschichte:

Es war nämlich von gewisser Seite, die übrigens durchaus nicht als eine ausschlaggebende oder auch nur einflußreiche bezeichnet werden konnte, die Candidatur des Grafen Wilhelm Bismarck im zweiten Reichstagswahlkreise empfohlen worden, und man hatte den Herrn Grafen durch eine den thatsächlichen Verhältnissen keineswegs entsprechende Darstellung der Lage in Berlin, insbesondere der Wahlverhältnisse im genannten Wahlkreise dahin vermocht, daß er unter gewissem Vorbehalt sich zur späteren Annahme der Candidatur bereit erklärte. So erfreulich und ehrenvoll dies Zugeständniß an die Loyalität der Berliner Bewegung, insbesondere auch das Interesse des Herrn Grafen für die letztere war, so konnten doch die Führer der Bewegung in der Candidatur Graf Bismarck einen Vortheil insofern nicht erblicken, als einestheils an den Berliner Wahlcandidaten seitens der Wählerschaft ganz besondere Anforderungen inbetreff seines persönlichen Eingreifens in die Agitation gestellt wurden — die Graf Bismarck seiner Stellung wegen nicht hätte erfüllen können —, andererseits aber auch die fortschrittlich-socialdemokratische Gegnerschaft bei einer Candidatur Graf Bismarck die Hinneigung der „Berliner Bewegung“ zum Charakter einer „Partei Bismarck sans phrase“ ohne Zweifel, und mit einem gewissen Schein der Berechtigung auf's schärfste hervorgehoben hätte. Die Berliner Conservativen haben es sich immer zur Ehre geschätzt, den Fürsten Bismarck in seinen das Wohl und die Macht der Nation fördernden Plänen zu unterstützen. Gewiß ist eine Partei „Bismarck sans phrase“ auch viel höher zu stellen, als eine solche „Richter-Windthorst-Grillenberger sans phrase“, aber es leuchtet ein, daß die „Berliner Bewegung“, welche sich doch noch im Entwicklungsstadium befand, und die noch gar zu viele zum Theil ungeklärte Momente,

wie noch nicht genügend gefestigte politische Elemente in sich vereinigte, den starken Gegnern diesen neuen Angriffspunkt nicht gewähren durfte. Herr Fr. Luckhardt war es, der diese Verhältnisse in einem Briefe an den Fürsten Bismarck auseinandersetzte. Graf Wilhelm Bismarck traf dann zu einer persönlichen Besprechung mit Herrn Luckhardt zusammen, und es ward festgesetzt, daß der Herr Graf zwar in einer öffentlichen Versammlung demnächst sprechen, aber eine Candidatur für Berlin nicht annehmen würde. Sein öffentliches Auftreten in Berlin hatte den nicht zu unterschätzenden Zweck, auf's Klarste und Unzweideutigste darzuthun, daß der Reichskanzler mit den bisherigen Bestrebungen der Berliner Conservativen einverstanden sei, und auch er an seinem Theil mitarbeiten wollte, um die Bewegung in kräftigem Fluß zu erhalten.

Zum Schluß des Capitels ist zu bemerken, daß die conservative Bewegung weit über das Weichbild Berlins hinaus auch in den beiden Kreisen Teltow und Niederbarnim sowie in dem benachbarten Charlottenburg Platz griff.

In meinen Wohnort Schöneberg hatte ich mit verschiedenen angesehenen Herren, darunter Herrn Lieutenant Sommer, Premierlieutenant Michaelis, Claus ꝛc., einen conservativen Verein gegründet, und dies gab das Signal zu einer allgemeinen entsprechenden Erhebung wider den auch im Kreise Teltow grassirenden Fortschritt und die Socialdemokratie. In kurzer Zeit entstanden in diesem Kreise 17 conservative Vereine, welche unter einem Central-Comité so sicher organisirt waren, daß sie ein festes Bollwerk gegen die fortschrittlich-socialistische Agitation bildeten. Die Wahlkreise vor den Thoren Berlins haben gleich in der ersten Schlacht einen eclatanten Sieg erfochten, und sich die Ruhmespalme auch in den darauf folgenden Schlachten nicht wieder nehmen lassen. Ich kann auf die Bewegung vor den Thoren Berlins nicht weiter eingehen, da mich das zu weit führen würde, will jedoch noch anführen, daß der Kreis Teltow um die Berliner Bewegung sich insofern direct verdient gemacht hat, als er den Rückgrat bildete für die Pflege des conservativen Geistes

durch Herrn Cremer. Denn dieser Letztere war infolge seiner Wahl zum Abgeordneten des Kreises für den Landtag in die Lage gesetzt, vermöge seiner parlamentarischen Stellung weit mehr zu Gunsten der Berliner zu wirken, wie dies ohnedem hätte geschehen können. Beide haben sich die Treue gehalten — Herr Cremer dem Wahlkreise und umgekehrt. Alle Versuche, ihn in der Wählerschaft zu discreditiren, sind bisher wirkungslos an diesem Vertrauen abgeprallt.

10. Capitel.

Die conservative Wahlbewegung im Jahre 1881.

Nachdem in der vorhin beschriebenen Weise die Vorbereitungen zum eigentlichen Kampfe getroffen waren — an täglichem Zuzug von Hülfsmannschaften durch Bildung von weiteren Vereinen fehlte es nicht — konnte man conservativerseits daran denken, auf die im Herbst bevorstehende Neuwahl zum Reichstage hinzuarbeiten, welche dem Fortschritt bereits sehr empfindliche Schlappen beibringen sollte. Freilich war die letztere politische Partei nach jeder Richtung hin unterstützt, nicht allein etwa durch die Tagespresse oder durch das alteingeborne demokratische Urberlinerthum, sondern auch durch die Literatur überhaupt. In dieser Hinsicht ist ein Vortrag interessant, den Herr Luckhardt in einer Versammlung des conservativen Vereins des zweiten Wahlkreises hielt. Er wies nämlich nach, daß die Gewerbefreiheit den Ruin des früheren großartig entwickelten, den Stolz des Vaterlandes bildenden Buchhandels herbeigeführt habe, denn wenn früher tausend von soliden und geachteten seit Jahrhunderten in derselben Familie gebliebenen Firmen bestanden, welche von durch ein Staatsexamen approbirten Inhabern repräsentirt wurden, so schwoll mit der Gewerbefreiheit der Buchhändlerstand auf 54,000 Firmen an, welche natürlich nicht alle im Stande waren, bessere Werke zu verlegen, zum Theil weil dieselben zu theuer, zum andern Theil, weil nicht so viel producirt wurden. Sie warfen sich daher auf das Colportagewesen, und in der That hat die Hintertreppen-

Literatur Anschauungen und Ueberzeugungen in das weniger gebildete Volk mit hineingebracht, welche sich für die Unterstützung einer verständigen, mit positiven Thatsachen rechnenden Politik nicht eignen, dagegen um so mehr den Verführungen und leeren Redensarten der beiden demokratischen Parteien zugänglich sind. Wenn daher Herr Albert Träger, der Dichter der „Gartenlaube", eines ebenfalls vom liberalen Geiste durchhauchten Blattes, im Bewußtsein der ausschlaggebenden Macht des Fortschritts, es damals in einer öffentlichen Versammlung aussprach, daß das Volk einen Reichstag ohne Herrn Richter nicht verstehen würde, so ist das von jener Seite aus erklärlich.

Wie dem übrigens auch immer gewesen sei, der Fortschritt konnte nun selbst ohne Perspectiv den guten Stern sehen, unter dem die conservative Bewegung in Berlin geboren war, denn verschiedene Umstände trafen damals zusammen, welche ohne Frage als günstige Vorzeichen angesehen werden mußten. Einer dieser Umstände war der, daß Dr. Henrici mit seinen wenigen Getreuen im „Socialen Reichsverein" immer mehr vereinsamte. Selbst sein damaliger Bundesgenosse, der aus der Communalbewegung später bekannt gewordene Kaufmann Pickenbach, war nicht im Stande, dem ersteren bis zu jenem hohen Gipfel des Abscheu's vor der „conservativen Cliquenwirthschaft" zu folgen, den derselbe einnahm. Herr Pickenbach gab wenigstens zu, daß er „in der Noth" lieber einem Conservativen als einem jüdischen Fortschrittler die Stimme geben werde, während Herr Dr. Henrici sich und seinen Verein derartig überhob, daß er verlangte, die Conservativen sollten ihm Concessionen machen. In jedem Falle paßte es den radicalen Antisemiten nicht, daß die von ihnen inaugurirte Bewegung jetzt in andere, mehr generell-nationale Bahnen lenkte, was aus einer damals gefaßten Resolution hervorging, daß es unwürdig sei, sich von den „Parteien" tyrannisiren zu lassen. Es erhellt daraus ferner, daß man auf radical-antisemitischer Seite nichts anderes gelten lassen wollte, wie die Henriciaden; und ich möchte hier ein Wort Julius Schulze's anführen, welcher in einer Versammlung bemerkte, daß der Stoß Dr. Henrici's gegen die Conservativen

zum guten Theil aus Egoismus herstamme, da er in seiner ungewohnten Stellung vor der Oeffentlichkeit den Kopf verloren habe. Immer mehr zweigte sich diese kleine Zahl Henricianer von dem Gros der Conservativen ab, ja, es kam so weit, daß Dr. Henrici öffentlich erklärte, er habe einen Widerwillen gegen Leute, welche am Sonntag von der Kanzel herab das Evangelium verkündeten und in der Woche dagegen handelten. Nach diesem ohne Zweifel gegen Herrn Stöcker gerichteten Ausspruch war das Tischtuch zwischen den radicalen Antisemiten, vulgo „Socialem Reichsverein" und den Conservativen durchschnitten, und das war gut, man wußte wenigstens, was man von einander zu halten hatte; und so war es denn auch ganz sachgemäß, daß von conservativer Seite aus erklärt ward, daß die Candidatur Henrici unmöglich sei.

Gleichsam als wollte das Schicksal überreichen Ersatz bieten für diesen nicht sonderlich zu beklagenden Verlust, traten Verhältnisse ein, welche es ermöglichten, daß Herr Cremer sich der conservativen Berliner Bewegung anschließen konnte und im Laufe der Jahre sich als einer der eifrigsten und erfolgreichsten Mitführer derselben zu erweisen in der Lage war.

Diese Angelegenheit ist für den späteren Gang der Ereignisse, an denen Herr Cremer bekanntlich den größten Antheil hat, so ungemein wichtig, daß ich ausführlicher auf dieselbe, sowie die früheren politischen Verhältnisse des gedachten Abgeordneten eingehen muß. Herr Cremer hat fast von Beginn seiner Berliner politischen Laufbahn an, so viele Verleumdungen und Angriffe seitens seiner Gegner und so viele Enttäuschungen dort, wo er am meisten vertrauen mußte, nämlich im katholischen Lager, erfahren, daß ich nicht umhin kann, alle diese Dinge ebenfalls zu berühren. Als gewandter Journalist, der sich bereits im jugendlichen Alter durch seine Feder einen Ruf — zunächst in ultramontanen Kreisen — erworben hatte, war es ihm gelungen, schon im Jahre 1871 eine Stellung als zweiter Redacteur der „Germania" zu erhalten. Das Jahr zuvor hatte er den „Westphälischen Merkur" als Chefredacteur geleitet. Auf diesen Posten war er auf ausdrücklicher Empfehlung des damaligen Kölner Erzbischofs, Dr. Paulus Mel-

chers, berufen worden. Die „Germania", dieses hervorragendste aller Centrumsorgane, war bei Beginn des Culturkampfes von den Herren Legationsrath v. Kehler und E. Cirund gegründet worden, und etwa ein Jahr nach dem Eintritte Cremer's in die Redaction hatte eine Umwandelung des genannten literarischen Unternehmens in eine „Actiengesellschaft Germania" stattgefunden. Die Vorbesitzer hatten eine Kaufsumme von 40,000 Mark erhalten und waren als geschäftliche Leiter auch fernerhin verblieben. Interessant ist übrigens, daß der zweite Redacteur einer so großen Zeitung wie die „Germania" doch entschieden war, anfangs nicht mehr Gehalt erhielt, wie 600 Thaler. Herr Cremer nahm dessenungeachtet die Stellung an, um an den Centralpunkt des politischen Lebens zu gelangen; sein erster College war Herr Majunke. Thatsache ist, daß dieser streitbare Priester, in Herrn Cremer sehr bald einen seinem Prestige gefährlichen Concurrenten erkennend, sich kurz nach Eintritt des Letzteren in die Redaction weniger als College, denn als versteckter Widersacher gegen ihn gerirt hat, obwohl er zunächst noch die freundschaftlichsten Händedrücke für ihn hatte, ihn stets „mein lieber Freund" titulirte, und sogar bei Cremer's Hochzeit die kirchliche Trauung vollzog. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob es dieser Herrn Cremer nachtheilige Einfluß seines Chef-Redacteurs allein war, der eine gewisse Abneigung gegen den ersteren in maßgebenden Centrumskreisen, insbesondere bei Herrn Windthorst, hervorgerufen hatte, oder ob auch noch andere Intriguen gespielt haben — jedenfalls gelangte nicht ohne Vorwissen des Centrumsführers eine derartige Intrigue gegen Cremer zum offnen Ausdruck in dem Augenblick, wo derselbe von dem ultramontanen Wahlcomité des Kreises Köln-Bergheim-Euskirchen aus Anlaß verschiedener durchschlagender Artikel aus seiner, Cremer's, Feder in der „Germania" im Januar 1875 zum Candidaten für das Abgeordnetenhaus aufgestellt ward. Zwei Tage vor der Wahl erhielt nämlich das genannte Comité, welches gerade Sitzung abhielt, ein mit „Das Centrum" unterzeichnetes Telegramm, in welchem die Aufforderung enthalten war, von der Wahl Cremer's abzustehen. Man

hielt dies in seinem Wahlkreise für ein liberales Wahlmanöver und setzte die Wahl Cremer's daher erst recht durch. Doch glaube ich aus verschiedenen Anzeichen entnehmen zu können, daß das Telegramm in der That im Auftrage des Herrn Windthorst erfolgt ist, der nur noch Bedenken trug, seinen Namen für diese Agitation gegen den ihm schon jetzt unbequemen Candidaten herzugeben. Der Eintritt des Herrn Cremer in das Abgeordnetenhaus gab für seinen „lieben Freund" Majunke das Signal zu einem mehr offnen Auftreten gegen ihn. Majunke hatte entschieden Furcht, daß Herr Cremer ihm in den parlamentarischen Erfolgen „über" sein könnte, und daß er dann nicht mehr in der Lage sein würde, diese Erfolge auf sein Conto schreiben zu lassen, wie das mit manchen Artikeln in der „Germania" der Fall gewesen war, die Herrn Cremer zum Verfasser hatten, und für welche Majunke das Lob Herrn Windthorst's vergnügt einstrich. Majunke hatte freilich in jener Zeit der Wahl Cremer's zum Abgeordneten nicht Gelegenheit, seine „freundschaftlichen" Gesinnungen Herrn Cremer gegenüber persönlich auszudrücken, denn er hatte sich gerade auf längere Zeit in das „Wirth'liche" lustige Haus zu Plötzensee begeben, um procul ab negotiis über den — Culturkampf weiter nachdenken zu können. Er griff daher zur Feder, um sich an Herrn Cremer zu reiben; und da ich diese Ausflüsse einer tief gekränkten Seele selber gelesen habe, so kann ich constatiren, daß kein Atom von „Freundschaft" mehr in diesen Auslassungen zu erkennen war. Am meisten aufgefallen ist mir darunter eine, welche sich auf die Cremer'sche Brochüre „Aus dem Carlistenlager" (Berlin 1875) bezog, in welcher der Autor bekanntlich die Erlebnisse seiner vielbesprochenen spanischen Reise, sowie seine Ansichten über die Legitimitätsansprüche von Don Carlos an den spanischen Thron niedergelegt hat. Zur Charakteristik des Herrn Majunke will ich einige Stellen aus diesem Brief vom 6. Februar 1875 hier citiren. „Wo würde man auch hinkommen, wenn man auf Grund der Legitimitätsfrage die Welt restauriren wollte. Das starre und einseitige Betonen der Legitimität ist denn auch erst mit dem

Protestantismus in's Leben getreten als das Summepiscopat auf den Landesherrn überging." Welches größere Zugeständniß hätte der katholisch-orthodoxe Geistliche wohl an die evangelische Kirche machen können. Wo bleibt das Papstthum? — alle diese Fragen steigen dem Leser bei diesen kurzen Sätzen auf. Doch habe ich hier keine Gelegenheit, diese Sache näher zu erörtern. Herr Majunke hatte übrigens noch mehr Veranlassung, seinem Schicksal und Herrn Cremer zu grollen, als dem Letzteren während der Zeit der Zwangsabwesenheit des Chef-Redacteurs die oberste Leitung der „Germania" übertragen wurde. Die Herren v. Kehler und Eirund betonten in dem betreffenden Schreiben an Majunke, daß sie „wohl oder übel" auf Cremer hätten zurückgreifen müssen, da ihnen keine andere Kraft zur Verfügung gestanden habe. — Den fortgesetzten Intriguen Majunke's von Plötzensee aus gelang es dennoch nach einiger Zeit, die Aufkündigung des Herrn Cremer zu bewirken, nachdem in der Person eines andern streitbaren Journalisten, des Herrn Nienkemper, der „geeignete Ersatz" gefunden war. Herr Cremer schied Ende 1876 aus der Redaction der „Germania" aus. Doch noch immer hielt ihn sein Mandat und das seinen rheinischen Wählern gegebene Versprechen in den Reihen des Centrums, welches sich nach und nach unter Windthorst's intransigenter Führung aus einer kirchlich-oppositionellen in eine Oppositionspartei sans phrase umgewandelt hatte, eine Thatsache, die Herr Cremer schon damals mit innerem Widerstreben erkannte. Das immer mehr nach links abweichende Verhalten des Centrums auch in anderen als rein kirchlichen Fragen konnte den Beifall eines Mannes nicht besitzen, der sich in dem Parlamentsalmanach von vornherein als „christlich-conservativ" eingetragen hatte, aber Cremer hat mehrfachen an ihn herantretenden Aufforderungen, mit anderen Parteien zu fusioniren, in jener Zeit — ich spreche von den Jahren vor der Inauguration der conservativen Bewegung in Berlin — nicht nachgegeben. Schon im Jahre 1879 hatte beispielsweise der jetzt verstorbene Herausgeber der „Deutschen Reichscorrespondenz" Matthias an ihn sowohl, wie an den Berliner

Centrumsverein die Anfrage gerichtet, ob ein Zusammengehen der sämmtlichen conservativ-nationalliberal-ultramontanen Elemente behufs Zurückdrängens des Fortschritts in Berlin als opportun acceptirt werden würde. Doch fand ein Uebereinkommen damals nicht statt. Aber schon aus solchen an Herrn Cremer gestellten Zumuthungen leitetete der Fractionsvorstand des Centrums eine weitere Agitation gegen den ersteren her, welche sich in allerhand Kundgebungen in Bezug auf Cremer offenbarte, dahin lautend, daß derselbe auf ein ferneres Mandat des Wahlkreises Landkreis Köln-Euskirchen-Bergheim fortan nicht mehr rechnen könne. Man begann auch bereits von gewisser Seite aus mit einer anderweitigen Agitation gegen Herrn Cremer, die an Gehässigkeit um so weniger etwas zu wünschen übrig ließ, als sie nicht etwa auf politischem, sondern auf persönlichem Boden stand. Es steht nämlich fest, daß dazumal neben seiner Discreditirung als Politiker und Abgeordneter auch seine materielle Schädigung beabsichtigt wurde, indem man es sich angelegen sein ließ, in Cremer's Heimath etwaige Gläubiger desselben aufzustöbern und sie gegen ihn zu hetzen. Glücklicher Weise hatte sich Cremer vorgesehen und konnte diesem Vorhaben durchaus begegnen.

Ich habe alle diese Einzelnheiten vorausgeschickt, um zu constatiren, daß die Centrumspartei und ihre parlamentarischen Führer es mit dem Gesinnungsgenossen und Collegen Cremer nicht allzu gut im Sinne hatten, daß also von etwaigem Undank nun schon gar keine Rede sein konnte, als Cremer jene Reihen verließ. Aber bis es dahin kam, mußten noch ganz andere treibende Kräfte in die Action treten, deren Wirken ich jetzt schildern will: Infolge einer anfangs März des Jahres 1881 ergangenen Aufforderung des Herrn Hofpredigers Stöcker, Herr Cremer möge doch einmal die Sitzungen des C. C.-C. besuchen, um mit der neuen Berliner Bewegung behufs Niederkämpfung des Fortschritts und der Socialdemokratie Fühlung zu gewinnen, war Herr Cremer auf Grund einer zu dem Zwecke stattgehabten öffentlichen Besprechung von dem Berliner Verein der Centrumspartei mit einem entsprechenden Auftrage betraut worden, welchen

der „christlich-conservative" Abgeordnete nur allzufreudig übernahm. Doch erklärte er im C. C.-C. sofort, daß er nur auf Grund eines festen Programmes und zwar eines solchen, das ihn mit seinem katholischen Standpunkte nicht in Conflict bringe, sich an der Berliner conservativen Bewegung betheiligen werde. Dieses Programm, auf welches man sich conservativerseits nicht allzu bereitwillig einließ, wurde im Laufe des März von den Herren Professor Adolf Wagner und Pastor Distelkamp in Gemeinschaft mit Cremer entworfen, im C. C.-C. sowohl, wie in mehreren öffentlichen Versammlungen des Berliner Vereins der Centrumspartei discutirt und endgiltig festgestellt, und Cremer speciell vom letzteren ausdrücklich ermächtigt, sich namens der durch jenen Verein vertretenen Berliner Katholiken an den Verhandlungen des C. C.-C. und der weitern Entwicklung der Berliner Bewegung zu betheiligen. Selbstverständlich paßten weder das Programm, noch derartige Beschlüsse den maßgebenden Persönlichkeiten im Centrum, und so kam es, daß am 5. Juli 1881 zwischen den beiden Vorsitzenden des Centrumsvereins, Legationsrath v. Kehler und E. Eirund einerseits und Herrn Cremer bezw. seinem mannhaften Beistand Herrn Jupe andrerseits eine ziemlich heftige Auseinandersetzung über die Thätigkeit des Herrn Cremer im Interesse der Berliner Bewegung stattfand. Die Verhandlung läßt sich sehr schön und erbaulich in Nr. 150 der „Germania" vom 7. Juli 1881 nachlesen, es geht aus derselben rund und nett hervor, daß der Vorwurf der Gegner Herrn Cremer's, dieser mache in gouvernementaler Politik, von demselben vollkommen ad absurdum geführt, und gerade an der Hand des beregten conservativen Programms bewiesen wurde, wie sein Verhalten durchaus mit seiner Aufgabe als Mitglied des Centrums vereinbar sei. Die Herren Jupe, Meyer und Fröhlich beantragten Resolutionen zu Gunsten des Herrn Cremer, die von der Majorität derartig beifällig aufgenommen wurden, daß die beiden Vorsitzenden sich bei Zeiten salviren zu müssen glaubten, und um nicht durch eine officielle Annahme dieser Resolutionen eine eclatante Niederlage zu erleiden, den Vorsitz niederlegten, den

Herr Jupe übernahm, gewissermaßen als ein Zeichen dafür, daß sein Freund Cremer von der Versammlung vollkommen freigesprochen sei. Es waren unterdessen auch noch andere Mißhelligkeiten zwischen der „Germania" alias den Herren v. Kehler und Eirund, und dem Centrumsverein in Berlin ausgebrochen, und zwar handelte es sich um eine scharfe Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Parteien über eine vom Centrumsverein gefaßte demonstrative Resolution in Betreff der päpstlichen Besitzungen, die ich aber als nicht hierhergehörig auf sich beruhen lasse. Der Centrumsverein sah sich in Folge der schiefen Beurtheilung, welche er von Seiten der inspirirten Centrumspresse besonders in Betreff seines Eintretens für Cremer erfuhr, genöthigt, einen offnen Schritt zu thun, indem er die Sachlage in einem längeren Schriftstück dem derzeitigen Vorsitzenden der Centrumsfraction, Freiherrn v. Schorlemer-Alst, unterbreitete. Ich gebe dies vom 29. August 1881 datirte Schreiben hier auszugsweise wieder:

„Berlins Katholiken haben seit Jahren eine ihren berechtigten Forderungen und Wünschen entsprechende Vertretung durch die Berliner Abgeordneten weder im Landtage, noch im Reichstage gehabt. Unser Versuch, das durch die Aufstellung des Herrn Geistlichen Raths Müller, sowie Euer Hochwohlgeboren zu erlangen, mißglückte, da wir in verschwindender Minderheit blieben. In diesem Jahre glaubte der Verein, als das C. C.-C. sich bezüglich der Wahlen an den Abgeordneten Herrn Cremer gewandt hatte, mit der Anfrage, ob unser Verein sich an den Verhandlungen betheiligen wollte, Herrn Cremer in der Sitzung vom 29. März 1881 unsere Zustimmung ertheilen zu müssen, nachdem derselbe dem Verein vorher durch die Herren Legationsrath v. Kehler und Eirund besonders warm empfohlen, und er auch erklärt hatte, daß, falls die Conservativen mit ihm verhandeln wollten, sie ihn nur als Katholiken und Centrumsabgeordneten bekommen könnten, den Verein in jenen Verhandlungen zu vertreten. Das C. C.-C. hat diese Forderung des Herrn Cremer auch dadurch acceptirt,

daß es ihm mehrere Wahlkreise in Berlin anbot, von denen er sich einen wählen könne. Es hat derselbe auch mit unserer Zustimmung diesem Angebot entsprochen und sich im fünften Wahlkreise als conservativer Candidat für die Reichstagswahlen aufstellen lassen. Herr Cremer hat in den conservativen Versammlungen, so viel durch eignes Hören und Berichte uns bekannt geworden, den katholischen und Centrumsstandpunkt mit Rücksicht auf die Berliner localen Verhältnisse in anerkennenswerther Weise vertheidigt rc. rc."

Am 6. September 1881 erfolgte darauf die Antwort des Herrn v. Schorlemer-Alst an den Berliner Centrumsverein zu Händen des Herrn Architekten Supe.

Nach der Erklärung, daß er (v. Schorlemer) nicht mehr als Vorsitzender der Centrumsfraction seine Meinung abgeben könne, da die Session geschlossen sei, theilt er seine persönliche und private Meinung mit:

„Dieselbe geht dahin, daß ich das Verhalten der Berliner Centrumspartei und seines nach Ihrem Schreiben beauftragten hervorragendsten Vertreters, des Herrn Abgeordneten Cremer — also das agitatorische Eintreten in die Wahlbewegung dort für eine andere und zwar für die sogenannte conservative Partei, sowie es stattgefunden hat, als unrichtig und nachtheilig erachten muß. Die Centrumspartei, der doch auch Ihr Verein zugehören wollte — da Sie nach Ihrer ausdrücklichen Erklärung nach wie vor das Centrum hoch verehren und mit dem alten Vertrauen auf dasselbe blicken — hat ein klares, festes, bewährtes Programm, wonach sie die wahren Interessen des Volkes mit Entschiedenheit vertritt. Wer zur Centrumspartei gehören will, muß an diesen Grundsätzen festhalten und kann nicht zugleich mit dem Programm einer anderen Partei, wie gut und richtig dasselbe auch lauten möge, deren Wahlen machen. Für die bevorstehenden Reichstagswahlen ist der Centrumspartei — meines Erachtens — ihr Verhalten mit einzelnen hier nicht zu erörternden Ausnahmen klar vorgezeichnet, und zwar dahin, daß sie zunächst ihre eigenen Candidaten, auch da, wo sie diese nicht durchbringen

kann, aufstellt und bei engerer Wahl demjenigen Candidaten einer anderen Partei — mit Vorzug der ihren politischen und wirthschaftlichen Grundsätzen nächststehenden, ihre Stimme giebt, welche namentlich in Beziehung auf energische Mitwirkung zur Beendigung des kirchenpolitischen Streites, volle Garantie gewährt.

Ihre Darlegung beschäftigt sich wesentlich mit der Thätigkeit des Herrn Cremer und so halte ich es für Pflicht, meine Ansicht gerade und offen wie es meine Art, auch betreffs seiner auszusprechen. Wer wie der Herr Abgeordnete Cremer der Centrumsfraction des Abgeordnetenhauses angehört und damit weitergehende Pflichten und Rücksichten übernommen hat, kann unmöglich, auch wenn es sich um die Reichstagswahlen handelt, so wie geschehen, in die Agitation für eine andere Partei und mit derselben eintreten. Mag die Absicht die beste gewesen sein, die in der Wahlagitation in Berlin eingenommene Stellung hat Herrn Cremer in einen Conflict gebracht, den er meinem Gefühl nach für sich und mit Rücksicht auf seinen Wahlkreis nur dadurch entsprechend lösen kann, daß er sein Mandat als Landtagsabgeordneter niederlegt und damit an seine Wähler die Frage richtet, ob er ihr Vertrauen noch besitzt."

Diese Antwort scheint mir nicht allein der Ausfluß der persönlichen Auffassung des Centrumsvorsitzenden zu sein, sondern eine ähnliche Auffassung über die angeblich unrichtige Haltung und Stellung des Herrn Cremer in und zu der Berliner conservativen Bewegung ist wahrscheinlich auch durch die üblichen Ukase und sonstigen Mittheilungen in den von ihm vertretenen rheinischen Wahlkreis lancirt worden, denn schon vor Erlaß des Schreibens des Berliner Centrumsvereins extrahirte der Vorsitzende dieses Wahlkreises den Beschluß einer angeblichen Wahlmännerversammlung, „daß Herr Cremer das Vertrauen seiner bisherigen Wähler verloren habe, und er gebeten werde, sein Mandat niederzulegen". Nun bestand aber diese sogenannte „Vertrauensmännerversammlung" etwa aus 20 Actionären der „Köln-Bergheimer Zeitung", gegenüber mehr als 600 Wahlmännern des Kreises. Herr

Cremer that deshalb Recht, wenn er einen derartigen Beschluß in keiner Weise anerkannte. Er antwortete dem Vorsitzenden — einem Herrn Dr. Joesten — daher, daß er annehmen müsse, seine Wähler müßten über die Berliner Vorgänge schlecht oder wissentlich falsch unterrichtet sein, und daß er erst dann einem derartigen Verlangen, wie der Forderung seines Rücktrittes Folge geben könne, wenn ihm nachgewiesen würde, daß er etwas gethan oder gesagt habe, das ihn mit seiner Wählerschaft in thatsächlichen Widerspruch brächte. Trotzdem ihm dieser Nachweis bis heute schuldig geblieben ist, wurde von Seiten der Centrumsfraction ein Gewaltcoup eingeleitet, um Herrn Cremer von sich abzutrennen. Kurz vor der constituirenden Sitzung jener Fraction für die beginnende Session im Januar 1882 erhielt Herr Cremer nämlich die vertrauliche aber durchaus zuverlässige Mittheilung, daß der Fractionsdiener des Centrums angewiesen sei, ihn nicht zu jener Sitzung zuzulassen. Er möchte daher zur Vermeidung jedes Eclats von dem Versuche, dieser Versammlung beizuwohnen, abstehen. Nun kommt aber das beste: Im kurz darauf veröffentlichten officiellen Fractionsverzeichniß war Herr Cremer als „Wilder" aufgeführt, und auf seine desfallsige Anfrage wurde ihm von Seiten des Centrumsvorstandes mitgetheilt, daß man angenommen habe, Cremer verzichte auf seine fernere Zugehörigkeit zum Centrum, weil eine gegentheilige Erklärung von ihm in der constituirenden Sitzung der Fraction nicht abgegeben worden sei. Demnach scheint es, daß man im Centrum den Macchiavelli nicht ohne Nutzen studirt hat.

Der erzwungene Austritt des Herrn Cremer aus der Fraction und sein Eintritt in die „Wildniß" ist ihm übrigens sehr gut bekommen, denn auch heute noch figurirt er als „Wilder" im Parlamentsalmanach. Bis zu den Septennatswahlen, bis wohin diese Darstellung fortgesetzt wird, hat Herr Cremer seine „Wildheit" in christlich-conservativem Sinne im Parlament und außerhalb desselben im innigsten Zusammenwirken mit den Herren Stöcker und Wagner in der Berliner Bewegung bewährt.

Daß ihm von der nächstfolgenden Legislaturperiode ab, wie

schon erwähnt, in dem fast ausschließlich evangelischen Kreise Teltow ein Ersatz für den Rheinischen Wahlbezirk wurde, ist ein Beweis für die große Beliebtheit, deren er sich in conservativen Kreisen erfreute. Herr Cremer bewegte sich nun guter Hoffnung voll getrost in demjenigen Lager, wo er seine politischen Ideen mehr verwirklicht sah, und wurde von den Conservativen natürlich mit unverhehlter Freude begrüßt. Nicht zum mindesten war es Herr Stöcker, der überall für den neugewonnenen Politiker eintrat, da derselbe mit daran arbeiten wollte, um gesunde politische Reformen einführen zu helfen. In Centrumskreisen ermangelte man nicht, Herrn Cremer und seine neuen conservativen Verbündeten nach allen Richtungen hin schlecht zu machen, und die Correspondenz Majunke schrieb sogar einmal, daß man lieber zehn Liberale und Juden als einen Conservativen wählen solle. Nicht in allen katholischen Kreisen aber fand das Anklang und ich hebe die Bemerkung eines überzeugten und centrumstreuen mir wohlbekannten Katholiken hervor, der in einer öffentlichen Versammlung die Cremerhetze als unwürdig bezeichnete.

Es konnte auf der andern Seite nicht fehlen, daß sich auch einzelne widrige Einflüsse dem Fortgange der Bewegung in den Weg stellten, obwohl dieselben freilich nicht hinderten, daß die Träger dieser Bewegung, nämlich die Vereine, täglich an Stärke und Kraft gewannen und sich vermehrten. So wurde beispielsweise im sechsten Wahlkreise ein conservativer Verein Wedding gegründet, und für den ebenfalls neu gebildeten „Verein reichstreuer Wähler zur Bekämpfung des Fortschritts und der Socialdemokratie“ in demselben Kreise wurde Herr Dr. Irmer zum Vorsitzenden gewählt, dessen öffentliche Thätigkeit ich in der Folge Gelegenheit haben werde, genauer darzulegen. Auch bildete sich nach einem Vortrage von Julius Schulze im 76. und den angrenzenden Stadtbezirken ein conservativer Verein u. s. w. Neben diesen Formationen waren aber auch Neubildungen entstanden, die sich in Gemäßheit ihres späteren absonderlichen Benehmens nur als Abarten des wahren Conservativismus bezeichnen lassen. Unter den letzteren nenne ich beispielsweise den „Verein conser-

vativer Schuhmacher“, welcher in einer von namenlosem Comité einberufenen Versammlung den Redacteur der „Ostend-Zeitung“, Herrn Ruppel, zum alleinigen Candidaten der sechs Wahlkreise proclamirte, und damit eine nicht erhebliche aber doch unangenehme Verwirrung in den Gang der Ereignisse, bezw. der conservativen Wahlbewegung brachte.

Eine weit größere Tragweite hatte aber die sehr voreilige Erklärung des Herrn von Liebermann in einer Versammlung über die Candidatur von Minnigerode im zweiten Wahlkreise. Da eine Nominirung der Candidaten in Gemäßheit des wohlerwogenen Beschlusses des C. C.-C. noch nicht für opportun gehalten wurde, so gab diese Indiscretion von Liebermann's Veranlassung zu Differenzen und Auseinandersetzungen, welche mit Rücksicht auf die Förderung der Verhältnisse besser vermieden worden wären. Der Vorschlag des Abg. Cremer, die Candidaturen auf die sechs Gruppen: Christlich-Sociale, Antisemiten, Conservative, Handwerker, Staatssocialisten und Katholiken zu vertheilen, fand ebenfalls kein Entgegenkommen, da diese Gruppen denn doch zu ungleich an Zahl, zum Theil auch an Tendenz waren, als daß die darauf basirten Candidaturen irgend eine Aussicht auf Wahlerfolg hätten genießen können. Insbesondere, was die Katholiken anbelangt, hätte der Umstand, daß der Culturkampf damals noch keineswegs beendigt war, bei den Conservativen gewiß Bedenken gegen einen etwa dem Berliner Centrumsverein angehörigen Candidaten erregt, und der einzig mögliche katholische Candidat wäre Herr Cremer selbst gewesen, dessen Candidatur sich aber nicht etwa auf seinem Katholicismus, sondern auf seiner Stellung zum Conservativismus hätte begründen lassen. Die radicalen Antisemiten aber nahmen in dieser Versammlung officielle Gelegenheit, um sich von den Conservativen gänzlich abzutrennen. Dr. Henrici sprach vom „conservativen Ring“ und sein Freund Pickenbach erklärte mit Bestimmtheit, daß die Antisemiten einen eigenen Candidaten aufstellen würden.

Nicht in demselben Maaße beeinflußte später der Beschluß des ersten Wahlkreises die Bewegung in rückläufiger Weise, durch

welchen der generöse Freund und allzeit zu den großartigsten Opfern für den Fortgang der Bewegung bereite Helfer, Herr Rudolf Hertzog, als Candidat dieses Wahlkreises nominirt wurde. Mit Hülfe dieses patriotischen Mannes war es überhaupt nur möglich gewesen, die conservative Wahlbewegung mit einem Schlage und auf der ganzen Linie in Fluß zu bringen, denn die Wahl ist, wie ich schon einmal äußerte, ein sehr reales Geschäft, das ohne große Mittel nicht in gewünschter Weise vor sich gehen kann. Herr Hertzog hatte die entgegenstehenden Schwierigkeiten pecuniärer Art bisher ohne weiteres durch wiederholt tiefe Griffe in seinen immer wohlgefüllten Geldbeutel beseitigt, und ich darf wohl sagen, daß eine ähnliche Opferwilligkeit noch niemals dagewesen ist. Natürlicherweise hatte sich Herr Hertzog dadurch auch einen entsprechenden Einfluß auf die Einzelheiten der Wahlbewegung gesichert, zumal er als Mitglied des C. C.-C. in die Lage gesetzt war, diese Einzelheiten sofort zu erfahren und richtig beurtheilen zu können. Nicht allein Dankbarkeit, sondern auch die Ueberzeugung, daß Herr Hertzog der richtige Vertreter der Berliner conservativen Interessen im Reichstage sein werde, hatte die Wähler des ersten Wahlkreises zur Proclamation seiner Candidatur veranlaßt. Doch schien das den Wünschen des Mehrgenannten nicht zu entsprechen, vielmehr trat er alsbald zurück, und es ist wohl hauptsächlich seiner Initiative zuzuschreiben, daß an seiner Stelle in einer großen, in der Tonhalle stattgehabten Versammlung vom 30. August Herr Liebermann von Sonnenberg als alleiniger Candidat des ersten Wahlkreises aufgestellt wurde. Die folgenden Ereignisse werden lehren, daß das einer der schwersten Mißgriffe in der ganzen Bewegung gewesen ist. Herr Hertzog konnte wohl verlangen, daß seinem Wunsche ein williges Ohr geliehen wurde, doch hat er sich wohl selbst in der Folge davon überzeugen müssen, daß es besser gewesen wäre, wenn der diesmal seinen Wunsch unterdrückt hätte. Herr von Liebermann war ein guter Redner, auch ein persönlich zuverlässiger Gesinnungstreuer, aber die nicht zu vermeidende Declaration persönlicher Verhältnisse machten ihn zum Vertreter Berlins im Reichs-

tage nicht recht geeignet. Wie dem auch sei, die Bewegung war bereits so stark geworden, daß selbst ein Candidat wie Herr von Liebermann, schwer angefeindet und zum Theil compromittirt, von ihr hoch gehoben und getragen werden konnte. Einen besseren Griff that man hinsichtlich der übrigen Wahlkreise: im zweiten wurde Hofprediger Stöcker nominirt, im dritten Julius Schulze, im vierten Professor Adolf Wagner, im fünften Abg. Cremer und im sechsten Obermeister Meyer. Man hatte den letzteren, sozusagen Handwerkercandidaten, mit Rücksicht auf die eigenartige Zusammensetzung der Wählerschaft in diesem Wahlkreise aufgestellt. Herr Meyer hatte sich durch eigne Kraft vom handwerklichen Arbeiter zu einem wohlangesehenen Fabrikbesitzer emporgeschwungen, und es war gegründete Aussicht vorhanden, daß diese Qualität bei der arbeitenden Bevölkerung des Wahlkreises, soweit sie nicht absolut in den Banden der Socialdemokratie lag, Beachtung und Anerkennung finden würde. Die Nominirung des Herrn Stöcker aber für den zweiten Wahlkreis war nicht minder geschickt gewählt, denn hier mußte es ein Politiker von anerkannter Qualification und ein tüchtiger Redner sein, welcher im Stande war, dem bei dem gebildeten Bevölkerungstheil dieses Wahlkreises wegen seiner wissenschaftlichen Bedeutung in hohem Ansehen stehenden Gegencandidaten, Herrn Virchow, ein Paroli zu biegen.

Ich will an dieser Stelle noch den Wortlaut des Programms nachholen, auf welches die „Berliner Bewegung“ sich fortan stützen sollte. Es war, wie schon erwähnt, im Laufe des Monats März von den Herren Cremer, Distelkamp und Wagner dem Wortlaut gemäß aufgestellt und redigirt worden, und zwar in seinem politischen Theil von Herrn Cremer, in seinem socialen und wirthschaftlichen Theil von Herrn Prof. Wagner und in seinem kirchenpolitischen Theil von Herrn Pastor Diestelkamp und lautet folgendermaßen:

Programm
der Conservativen in Berlin.

I. Allgemeine Politik.

A. In Bezug auf das deutsche Reich.

1) Unverbrüchliches Festhalten an Kaiser und Reich und der föderativen Basis der Reichsverfassung.

2) Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht unter möglichster Schonung der Kräfte des Volkes, ohne indessen die Wehrkraft des Reiches zu beeinträchtigen.

B. In Bezug auf den preußischen Staat.

1) Energisches Eintreten für das Königthum von Gottes Gnaden.

2) Aufrechterhaltung einer starken staatlichen Centralgewalt.

3) Schutz der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes, ohne jedoch einen Parlamentarismus nach englischem oder belgischem Muster zu erstreben

(Sicherung der politischen Unabhängigkeit der Staatsbeamten.)

4) Selbstverwaltung für Provinz, Bezirk, Kreis und Gemeinde entsprechend den historischen und wirthschaftlichen Erfordernissen der einzelnen Gebietstheile in allen rein communalen Angelegenheiten. (Sicherung der politischen Unabhängigkeit der Communalbeamten.) Dem gegenüber enges Zusammenschließen aller Theile der Monarchie nach einer einheitlichen Staatsidee und Zurückweisung jeden Uebergriffes der communalen Verwaltung in die staatliche Machtsphäre.

5) Preß- und Versammlungsfreiheit unter selbstverständlicher Innehaltung der Grenzen, welche die christliche Moral, die gute Sitte und die Rücksicht auf die Grundlage der öffentlichen Institutionen vorschreiben.

(Regelung des Annoncenwesens; Prüfung der Qualification zur Ausübung des journalistischen Berufs.)

6) Ersetzung des Einwohnerbürgerrechts durch das Gemeindebürgerrecht.

7) Revision der Gerichtskostensätze und der Vormundschaftsordnung.

II. Kirchenpolitik.

1) Festhalten an der christlichen Grundlage des Staates und des Volkslebens.
(Nothwendigkeit der Taufe; christliche Ehe; christlicher Eid; Heiligung des Sonntags.)

2) Confessionelle Volksschule.
(Ausdrückliche Betonung der erziehlichen Seite der Schule; Ertheilung des Religionsunterrichtes im Namen und Auftrage der Kirche.)

3) Beilegung des Streites zwischen Staat und Kirche; Anerkennung der geschichtlich gegebenen Stellung der beiden großen Kirchengemeinschaften und dem entsprechende Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung.

4) Eintracht unter den Confessionen und Garantien für die Gewissensfreiheit.

III. Social-, Finanz- und Wirthschaftspolitik.

A. Organische Gestaltung der wirthschaftlichen Gesetzgebung in der Richtung des Schutzes der schwächeren Elemente im Concurrenzkampfe.

1) Staatshülfe, soweit sie nothwendig ist, namentlich in Bezug auf die arbeitenden Classen.

2) Gesunde Gestaltung der Agrarverfassung unter möglichstem Zurückgreifen auf das deutsche Recht.

a) Bäuerliches Erbrecht mit der Tendenz der Erhaltung eines tüchtigen Bauernstandes.

b) Verhütung der zu weit gehenden Mobilisirung des ländlichen Grundbesitzes.

c) Maßregeln zur zweckmäßigen Umgestaltung des Schuldrechts des Grundbesitzes.

d) Wiedereinführung der Erbpacht.

3) Revision der Gewerbeordnung in der Richtung der Erhaltung eines leistungsfähigen Handwerkerstandes.

a) Neugestaltung des Innungswesens.

b) Möglichste Beschränkung des Hausirhandels und der Wanderlager. (Wechselrecht.)

4) Revision des Actiengesellschaftsrechts.

5) Schutz der Fabrikarbeiter in sanitärer, sittlicher und ökonomischer Hinsicht. (Arbeiterversicherungswesen; Sonntagsruhe.)

6) Realistische Behandlung der auswärtigen Handelspolitik, d. h. Entscheidung zwischen Schutzzoll und Freihandel nach den gegebenen Verhältnissen.

7) Ausdehnung des staatlichen und communalen Wirthschaftsbetriebes, soweit es technisch und ökonomisch sich bewährt, auf Verkehrsanstalten, Versicherungs-, Bankwesen und ähnliche gemeinnützige Einrichtungen.

B. Gestaltung des Finanz- und Steuerwesens entsprechend den begründeten Bedürfnissen in Reich, Einzelstaaten und Communen.

1) Richtiges Verhältniß zwischen directen und indirecten Steuern.

2) Beseitigung directer Personalsteuern bis zum Einkommen von etwa 12 bis 1500 Mark.

3) Bei der Einkommensteuer genauere Einschätzung mit Declarationszwang, soweit letzterer möglich ist, und mäßige Progression der Steuersätze für höheres Einkommen.

4) Angemessene Ausbildung der Erbschaftsbesteuerung und Revision der Stempelgesetzgebung.

5) Besondere Belastung des mobilen Vermögens in Form von Capitalrentensteuer, Börsensteuer, neben der bereits bestehenden Besteuerung des immobilen Vermögens.

6) Inländische Verbrauchsabgaben und Finanzzölle besonders auf Luxusmassenartikel. (Stärkere Belastung von Branntwein und Tabak.)

Berlin, 7. April 1881.

Das conservative Central-Comité.

Inzwischen aller dieser Vorbereitungen war der 2. September herangekommen, und im C. C.-C. beschlossen worden, diesen nationalen Gedenktag zugleich als Fest der nationalen Erhebung Berlins zu feiern. Von Herrn Hertzog waren in gewohnter Freigiebigkeit die Mittel zu einer derartigen Feier zur Verfügung gestellt worden, und so gelang es, in den verschiedenen größeren Localen Berlins je nach der Eintheilung der Wahlbezirke eine solenne Sedanfeier für die conservativen Gesinnungsgenossen zu veranstalten, bei welcher freilich die Benutzung des Locals und die Musik und die sonstigen festlichen Veranstaltungen für das Publicum kostenlos war, nicht aber die Verpflegung; es war demnach eine der gewohnten groben fortschrittlichen Lügen, wenn die gegnerische Presse höhnisch auf die neue Agitationsmethode der Conservativen mit Freibier und Leberwurst hinwies. In den Festlocalen der verschiedenen Wahlkreise fungirten die betreffenden Reichstagscandidaten der Partei nebst einigen andern Führern als Redner, und wenn es wirklich demgemäß zuzugeben wäre, daß das Volksfest der Conservativen auch eine agitatorische Seite habe, so muß doch nicht vergessen werden, daß der am Sedantage bei jedem deutsch fühlenden Mann emporwogende Patriotismus es gewissermaßen als Nothwendigkeit erkennen ließ, daß er in die Lage gesetzt ward, Worte der begeisterten Königstreue von Männern zu hören, denen er politisches Vertrauen in schwerer Kampfeszeit schenken durfte. Mit hoher Freude wird sich jeder Theilnehmer am Fest des schönen Tages erinnern, dessen Verlauf durch keinen Mißklang gestört wurde. Uebrigens waren die Festredner natürlich auch tactvoll genug, um das rein politische Element vor dem rein patriotischen in den Hintergrund treten zu lassen. Wirkliche Agitationsreden wurden an diesem Tage überhaupt nicht auf conservativer Seite gehalten.

Eine noch großartigere Wiederholung dieses conservativen Festes fand am 18. October statt, zur Erinnerung an den 50. Geburtstag des Kronprinzen, des nachmaligen Kaiser Friedrich, die Schlacht bei Leipzig und die Königskrönung zu Königsberg,

unter allgemeinster Betheiligung der Berliner Patrioten, und zwar in etwa dreimal soviel größeren Localen, wie am Sedanfeste. Auch hier war Herr Hertzog der Spender der Volksvergnügungen, bestehend in Concert, Vorträgen und Tanz — nicht aber in Freibier, wie ich wiederhole. Da die conservativen Männer Berlins große Liebhaber des deutschesten aller Getränke, des edlen Gerstensaftes sind, so hätte selbst ein Hertzog am Ende Bedenken gefunden, den Durst der ersteren, wenn auch nur für einen Abend, zu stillen. Denn ohnehin war die Sache theuer genug; sie kostete dem Kaufherrn baare 300,000 Mark.

Doch viel Zeit konnte zum Vergnügen nicht mehr geopfert werden, denn der Wahltag rückte immer näher, und in quadratischer Progression nahm der Eifer aller Parteien zu, um an demselben für sich den Sieg zu erringen. Undenkliche Anstrengungen wurden von Seiten der zahlreichen und von allen Seiten im Sturmschritt nahenden Gegner des Conservativismus gemacht, um ihm Fallen zu legen und ihn thunlichst zu discreditiren. Da war jedes Mittel recht, um dies große Ziel zu erreichen; die Geschichte vom übelberathenen König wurde aus der Rumpelkammer des tollen Jahres und der Conflictszeit wieder hervorgesucht, die ganze Schlechtigkeit der Conservativen, besonders im Hinblick auf ihre Stellung zu der Judenfrage, wurde in die buntschillernde Beleuchtung der fortschrittlichen Kalospinthechromokrene gebracht, und das Christenthum, beziehungsweise die christliche Kirche, mußte auf's neue herhalten für die weitgehendsten Herabsetzungen und Beschimpfungen. Das „Kl. Journal“ that ein Uebriges, indem es an die vermittelnde Rolle erinnerte, welche der Vorbesitzer Dr. Strousberg in der Judenfrage gespielt hätte. Das wäre für das Blatt geradezu ruinös gewesen, und aus diesem Grunde wird die Berechtigung hergeleitet, einen möglichst schroffen Standpunkt zum Antisemitismus und Conservativismus einzunehmen. Das geschah dann auch in vollstem Maaße, indem die Heilkraft der Kirche verneint und sie als rein „wissenschaftliche Institution“ hingestellt wurde. Das Sprüchwort: „Den Sack schlägt man, und den Esel meint man“, paßt natürlich schlecht auf die Insti-

tution der Kirche, aber in übertragener Bedeutung hatte jene Aeußerung des demokratischen Blattes vorzugsweise auf die nicht geringe Zahl der Berliner Geistlichen Bezug, welche in Wahrnehmung ihres Rechts als Staatsbürger sich an der Bewegung betheiligten.

Es ist meines Amtes hier nicht, eine Kritik über die politische Thätigkeit dieser Herren auszuüben, da ich mich hier nur mit der objectiven Wiedergabe von Thatsachen beschäftige. Die Ansichten darüber sind ja sehr verschieden, ob es sich mit der Amtsthätigkeit der Geistlichen verträgt, hineinzusteigen in den Wust politischer Meinungsverschiedenheiten. Bekannt ist, wie ich auch bereits in den ersten Capiteln bemerkte, daß Herrn Stöcker in dieser Hinsicht von theologischer Seite manche Schwierigkeiten und Vorwürfe gemacht wurden, die freilich auf der andern Seite durch den Beifall, den sein Vorgehen im Kreise vieler Geistlichen fand, als aufgehoben zu betrachten sind.

Meine persönliche Ansicht darüber halte ich als unmaßgeblich zurück, ich werde diese Frage daher auch in jeder Weise als offen betrachten, und mich nur darauf beschränken, diese Herren, wo sie eine öffentliche Rolle spielten, zu nennen, und sie lediglich da in Schutz nehmen, wo sie von den Gegnern grundlos oder zu weitgehend gehässig angegriffen wurden.

Von diesen Geistlichen waren es insbesondere zwei, welche sich sehr eifrig von vorne herein in den Dienst der conservativen Bewegung gestellt hatten, nämlich die Herren Hapke und Diestelkamp, abgesehen natürlich von Herrn Stöcker, dessen öffentliche Rolle wenigstens damals von maßgebender Stelle aus nicht beanstandet worden ist. Wenn sich das später etwa geändert haben mag, so kann es auf diese Darstellung nicht von Einfluß sein.

Herr Pastor Hapke fungirte in jener Zeit als Vorsitzender des conservativen Wahlcomité's für den zweiten Reichstagswahlkreis, welches daselbst als Abordnung des C. C.-C. die specielle Agitation betrieb. Schon damals war es im C. C.-C. eine ziemlich ungetheilte Meinung, daß es nicht möglich sei, die Bedürfnisse der einzelnen nach den localen Verhältnissen so sehr verschiedenen sechs

Wahlkreise von der Centralstelle aus richtig beurtheilen zu können. Das C. C.-C. mischte sich denn auch nicht in die Nominirung der Candidaten, sondern behielt sich nur deren Bestätigung und eine Beeinflussung auf die Candidatenfrage in gewisser Hinsicht eventuell auch das Vorschlagsrecht vor. Ebenso war es mit der Redaction der Flugschriften und der Herbeiholung sonstiger Agitationsmittel, welche freilich, soweit sie in Folge des Aufrufs dieser Körperschaft eingingen, in die Centralcasse flossen, um von dort aus nach Bedürfniß in die einzelnen Wahlkreise hinübergeführt zu werden; doch stand es letzteren durchaus frei, sich auch auf eigne Hand zu versorgen. Mit einem Wort, das Decentralisationsbedürfniß machte sich im Hinblick auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Districten Berlins sowie auf die Complication der politischen Zustände der Hauptstadt schon damals durchaus geltend, es mußte um so mehr befremden, daß sich später eine entgegengesetzte Strömung aufthat, die sich in dem „neuen Wahlverein" ausdrückte.

Was dagegen ein etwa nothwendig erscheinendes Wahlbündniß mit anderen Parteien anbelangt, so behielt sich das C. C.-C. die alleinigen Verhandlungen zum Abschluß desselben natürlich vor. Wenn damals der Versuch unternommen wurde, ein derartiges Wahlcartell mit den Socialdemokraten abzuschließen, so handelte es sich dabei um durchaus private Bestrebungen; trotzdem soll nicht geleugnet werden, daß die betreffenden Unterhändler es darauf abgesehen hatten, das principielle Zusammengehen der Conservativen und Socialdemokraten in allen sechs Wahlkreisen herbeizuführen. Praktisch hatte das zunächst auf den zweiten, fünften und sechsten Wahlkreis Bezug, und wurde von Seiten der Freunde des Herrn Stöcker ganz besonders dahin gearbeitet, der Candidatur desselben in dem zweiten Wahlkreise die socialdemokratische Unterstützung zu sichern. Ein derartiger Compromiß gehörte ja nicht zu den Seltenheiten; für Berlin war es aus zwei Gründen nicht ungerechtfertigt: Erstens stand die Socialdemokratie ja in manchen socialen Gesichtspunkten dem Conservativismus so nahe, daß man hoffen durfte, sie würde den in

der kommenden Legislaturperiode auftretenden socialreformatorischen Plänen der Regierung Unterstützung leihen, und dann war der sechste Wahlkreis ohnehin von vorneherein zweifellos für den Conservativismus verloren, so daß es immerhin ein Gewinn gewesen wäre, wenn der letztere dafür die Sicherheit eines Sieges im Zweiten haben konnte.

Was den vierten Wahlkreis anbelangt, in dem der staatssocialistische Professor Adolf Wagner candidirte, so hatte sich eine socialdemokratische Versammlung bereits vorher unter gewissen Umständen, also wohl bei einer Stichwahl, für ihn erklärt, und die Aussichten Herrn Cremer's im fünften Kreise waren so außerordentlich geringe, daß man conservativerseits darauf Bedacht nehmen mußte, wenigstens einen Achtungserfolg zu erlangen. Bei dieser Gelegenheit soll bemerkt werden, daß Herr Cremer sich damals zur Uebernahme der Candidatur im fünften Wahlkreise nur deshalb entschloß, weil sogar das C. C.-C. die Meinung hegte, es verlohne sich gar nicht, in jenem Wahlkreise, der Herrn E. Richter auf Leben und Tod verfallen sei, überhaupt zu agitiren, und in Folge dessen ein halbwegs geeigneter Candidat, der anderwärts Chancen zu haben glaubte, sich zu dem bedenklichen Experimente nicht herbeilassen wollte. Wenn dieser Wahlkreis es später trotzdem zu wiederholten Stichwahlen zwischen den Conservativen und den Fortschrittlern gebracht hat, so ist dies, abgesehen von der Opferfreudigkeit und der Energie der dortigen Wähler, in erster Linie der unermüdlichen, geschickten und stets schlagfertigen Agitation Cremer's zu verdanken.

Es steht in Gemäßheit der nachbezeichneten Unterhandlungen fest, daß ungeachtet der scharfen Gegnerschaft der Conservativen und der Socialdemokraten diese letzteren damals doch die weniger zu fürchtenden Feinde waren. Die fortschrittliche Hochburg mußte zunächst fallen. Aber die damals stattgefundene Ausweisung des Socialdemokraten Stahl war von seinen Parteigenossen sehr übel vermerkt worden, und die fortschrittliche Presse hatte das natürlich sofort zu Gunsten ihrer Partei nach Möglichkeit ausgebeutet.

Wie wenig übrigens auch die privaten Unterhändler von der

conservativen Seite daran dachten, den Socialdemokraten principielle Zugeständnisse zu machen, geht aus folgenden, von Herrn Stöcker redigirten Grundlagen hervor, deren Anerkennung durch die Socialdemokraten vor Eintritt in die speciellen Verhandlungen gefordert wurde:

„Wir erklären:

I. Daß wir die arbeiterfreundliche Absicht der deutschen Reichsregierung in ihrer Reformpolitik anerkennen;

II. daß wir ernstlich gewillt sind, gemeinsam mit den socialreformatorischen Parteien in Frieden an der Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten;

III. daß wir hoffen, nach dem Worte eines unserer Reichstagsabgeordneten durch energische sociale Reform die Revolution zu überwinden."

Selbstverständlich ließen sich die Socialdemokraten auf eine derartige Erklärung nicht ein, und das erstrebte Wahlbündniß kam ebensowenig zu Stande. Es mag hier darauf hingewiesen werden, daß der Abgeordnete Cremer sich stets grundsätzlich gegen jedes Verhandeln mit den Socialdemokraten ausgesprochen und denselben gegenüber immer die denkbar schärfste Kampfesstellung eingenommen hat. Dagegen versprach sich Herr Stöcker längere Zeit hindurch Erfolge vom persönlichen Entgegenkommen. Jetzt ist er freilich anderer Meinung.

Im dritten Wahlkreise lag die Sache für den Conservatismus nicht minder bedenklich, nachdem in einer antifortschrittlichen Versammlung im Gesellschaftshause sich eine von den „conservativen Schuhmachern" inaugurirte Strömung zu Gunsten des Vertreters des radicalen Antisemitismus geltend gemacht hatte. Man ging in seiner Unduldsamkeit soweit, daß dem conservativen Candidaten, Herrn J. Schulze, nicht einmal das Wort in jener Versammlung gestattet wurde.

Es ging, wie gesagt, toll her in den Versammlungen, und selbst Schlägereien waren damals durchaus nicht selten, obwohl gerade in den conservativen Versammlungen Angriffe auf Gegner thunlichst in nur sachlicher Weise behandelt wurden.

Zum Beweise dieses will ich hier Vorträge der drei Hauptführer der conservativen Bewegung über einige damals actuelle Themata auszüglich wiedergeben. In einer großen Wählerversammlung auf dem Bock sprach Herr Hofprediger Stöcker vor einer etwa 5000 Personen umfassenden Zuhörerschaft sich gegen Herrn Virchow folgendermaßen aus, welch Letzterer die conservative Partei brieflich der Verhetzung der Massen geziehen hatte:

„Die Freiheit soll bedroht sein, freilich, durch die Fortschrittspartei, die nur die Börsenfreiheit dulden will, aber in diesem Punkte in den Conservativen ihren Gegner findet. Es soll jetzt mehr mit Unwahrheiten von jener Seite gearbeitet werden. Wir sollen bestrebt sein, die Massen aufzuhetzen, ich frage, ist eine systematischere Aufhetzung möglich, als sie in den fortschrittlichen Blättern betrieben wird? Die Conservativen haben in den letzten Jahren zahlreiche Verbesserungen im öffentlichen Leben durchgesetzt, und das Volk beginnt einzusehen, auf welcher Seite es Phrasen, auf welcher werkthätige Hülfe findet. Daß Herr Virchow die veränderte Situation nicht kennt, kann man nur seiner zeitigen Abwesenheit von hier zuschreiben, aber das mußte er wissen, daß die fortschrittlichen Versammlungen öde und leer, unsere aber immer zahlreicher besucht werden. Man fühlt, daß es nur zwei Möglichkeiten giebt, entweder Socialreform oder Socialrevolution. Die rechtsstehenden Parteischattirungen schließen sich zusammen, um in ehrlicher Ueberzeugung mit der Regierung zusammen praktisches Christenthum zu treiben."

Dann Herr Professor Adolf Wagner über die Wirthschaftspolitik:

„Die alte Nationalökonomie ist darum brutal, vergißt die Persönlichkeit, den sittlichen Werth des Menschen und den Werth der Arbeit. Die neue Nationalökonomie aber sagt: Das Wichtigste bei der Production ist der Arbeiter, der Vater, der Weib und Kind zu ernähren hat; das Wichtigste beim Absatz ist, daß die productiven Kräfte

nicht geschädigt werden. Darum ist die Losung der neuen Nationalökonomie: Schutz des redlichen Erwerbes, Schutz der arbeitenden Persönlichkeit, und wenn auch die Speculation und der Schwindelhandel nicht so viel verdient und die Börsenbarone nicht so reich werden. Es wird nicht mehr lange dauern, dann ist die alte Nationalökonomie von der Bildfläche verschwunden. Die neue Nationalökonomie aber ist unser Standpunkt und darum ist auch in diesem Falle wieder der wahre Fortschritt bei uns. Das Capital, das den Arbeiter unterjocht, das nicht danach fragt, ob Tausende von Existenzen zu Grunde gehen, das ist unmenschlich, unchristlich, unsittlich, und das wollen wir abschaffen. Diese Gedanken beleben heute die Nation, und es freut uns, daß uns in dieser Beziehung die Regierung zur Seite steht. Wenn aber die Fortschrittspartei gegen diese großen Gedanken nichts Anderes sagen kann, als das Brod des armen Mannes, das Lämpchen des armen Mannes, das Pfeifchen des armen Mannes, dann ist es traurig um sie bestellt. Dann scheint es mir, als ob mit dem Brod das Brod ihres Brodgebers, mit dem Lämpchen das stille im Verlöschen begriffene Lämpchen der Fortschrittspartei und mit dem Pfeifchen das Pfeifchen gemeint ist, um das sich die Fortschrittspartei bisher gesammelt hat, und nicht das Pfeifchen des armen Mannes, das auch nicht bedroht ist. Lasker sagt: der Name Virchow bedeute Toleranz, Humanität, Freiheit. Die Toleranz des Fortschritts ist in Beschimpfung anders Gesinnter, Verunglimpfung und Verleumdung der Religion und ihrer Diener, in Beschmutzung des Glaubens und althergebrachter Institutionen zu suchen; seine Humanität besteht darin, daß er den Arbeiter als eine Waare betrachtet, die er dem wildesten Kampf der Concurrenz schutzlos überläßt. Er glaubt, wenn er das Judenthum schützt und für russische Wucherer sammelt, daß er dann Toleranz und Humanität genug übt und könne Tausende

von christlichen Armen und Arbeitern umkommen lassen. Wer kein Christenthum hat, der hat auch keine Humanität."

Und schließlich der Abgeordnete Cremer über die Handwerkerfrage:

Redner legte seinen Ausführungen über diese Frage ein von der Gegenpartei verbreitetes Flugblatt zu Grunde, welches mit der Aufforderung schließt, Eugen Richter zu wählen. Die darin aufgestellte Behauptung, daß die Zeiten schlecht seien; unterschreibe er vollständig. Es habe jedoch Niemand das Recht, den Grafen und Baronen, die sich mit der Handwerkerfrage beschäftigten, unlautere Absichten zu insinuiren, wie es von den Verfassern derartiger Flugblätter geschehe. In einer solchen Insinuation erblicke er eine Aufreizung zum Classenhasse. Eine Partei, die jegliche Discussion einer gewissen Frage als ein noli me tangere betrachte, sollte sich vor einer solchen agitatorischen Kampfesweise wohl hüten. Man sollte sich freuen, wenn hochgestellte Persönlichkeiten sich die Befriedigung der Volksbedürfnisse angelegen sein lassen. Durch die liberale Gesetzgebung werde der Schwächere von dem Stärkeren geknechtet, der kleine Handwerker durch den Capitalisten ausgebeutet. Die Freiheit sei unstreitig ein kostbares Gut, wie man sich aber mit dem besten Essen den Magen ruiniren könne, so schade auch die schrankenlose Freiheit. Die Folge der jetzigen Gewerbefreiheit, nach der jeder thun und lassen kann, was er will, sei die, daß der Stümper gleiches Recht mit dem soliden Meister habe. Die Coalition des Capitals zu gemeinnützigen Unternehmungen müsse gestattet sein, gleichwohl aber müßten die Auswüchse derselben auf gesetzlichem Wege möglichst eingeschränkt werden. Es dürfe nicht der Eine Millionen ungestraft stehlen können, während der Andere wegen ein paar entwendeter Pfennige dem Strafrichter verfalle. Redner wies dann nach, wie das Freizügigkeitsgesetz schädlich auf das Volk eingewirkt habe. Als eine traurige Folge der jetzigen Ausdehnung der Gewerbefreiheit seien auch die vielen Unglücksfälle in den Kohlenbergwerken zu betrachten. Der Freiheitsforderung gegenüber müsse Schutz der Arbeit durch eine

Gewerbeordnung verlangt werden. Die Zünfte wegen ihrer Auswüchse negiren, heiße das Kind mit dem Bade ausschütten.

In dieser Weise ward conservativerseits die Agitation in jedem Punkte des politischen Programms fortgesetzt, und zwar bis kurz vor der Entscheidung. Dieselbe kam, sollte aber nicht das gehoffte Resultat für die Conservativen bringen, denn sie waren in allen sechs Wahlkreisen, allerdings mit sehr erheblichen Minoritäten, unterlegen. Das Resultat war folgendes:

I.	Wahlkreis:	Liebermann (conservativ)	6294	Stimmen,
		Löwe (fortschrittlich)	8722	"
II.	"	Stöcker (conservativ)	12628	"
		Virchow (fortschrittlich)	18021	"
		Viereck (socialistisch)	3077	"
III.	"	Schulze (conservativ)	4927	"
		Henrici (antisemitisch)	880	"
		von Saucken-Tarputschen	12846	"
		Liebknecht (socialistisch)	18428	"
IV.	"	Wagner (conservativ)	8270	"
		Träger (fortschrittlich)	19507	"
		Bebel (socialistisch)	13574	"
V.	"	Cremer (conservativ)	5309	"
		Richter (fortschrittlich)	11074	"
		Auer (socialistisch)	231	"
VI.	"	Meyer (conservativ)	8960	"
		Klotz (fortschrittlich)	18910	"
		Hasenclever (socialistisch)	10636	"

Selbst an den nothwendig gewordenen Stichwahlen im vierten und sechsten Wahlkreise konnten sich die Conservativen demgemäß nicht mehr betheiligen, doch war ihnen im dritten und fünften Wahlkreise Raum zur intensiven Thätigkeit für die Nachwahl gelassen, da es von vorneherein feststand, daß die neugewählten Abgeordneten Liebknecht und Richter ihre anderweitigen Mandate dem Berliner vorziehen würden. Die Stimmung im Berliner conservativen Lager nach der allerdings thatsächlich verlornen

Schlacht war keineswegs gedrückt, denn es konnte wohl mit Recht gesagt werden, daß im Hinblick auf die großen Minoritäten, mit denen besonders in den beiden ersten Wahlkreisen die Conservativen unterlegen waren, der Sieg der Fortschrittler nur als Pyrrhussieg zu bezeichnen war. Eine ähnliche Ansicht hatte der Fürst Reichskanzler, denn als ihm das Wahlresultat bekannt wurde, antwortete er auf ein bezügliches Telegramm des „Vereins Deutscher Studenten", daß er durch den Ausfall der Berliner Wahlen weder überrascht noch entmuthigt sei, denn chronische Krankheiten erforderten für ihre Heilung Zeit und Geduld. In derselben Weise äußerten sich die Führer der Bewegung, welche die getreue Wählerschaft alsbald in größeren Localen der betreffenden Wahlbezirke um sich versammelten, um ihr Muth und Hoffnung für die Zukunft einzuflößen. Nicht der gesunde politische Gedanke, sondern die directionslose und kritiklose Anhängerschaft des Berliner Spießbürgerthums an den alten Fortschritt, die abgestandene Ansicht, daß man als Bewohner der Hauptstadt des Anstandes halber oppositionell gegen die Regierung sein müsse, hatte diesen Sieg für die vereinigten Gegner erfochten, die sich nebenher noch einer viel älteren und daher auch intensiveren Organisation erfreuten wie der Conservativismus. Es ist immer leichter zu opponiren wie zu regieren, und das war es, was auch diesmal den Gegnern der Regierungsfreunde entschieden zum Vortheil gereichte. Aus dem Telegramm, welches das C. C.-C. an den Fürsten Bismarck anläßlich des Wahlresultats absandte, war der ungeschwächte Muth, mit dem man an den erneuten Kampf herantrat, ebenfalls sichtbar, und so trat allenthalben das Bestreben hervor, die Scharte des 27. October bei der Ersatzwahl wieder auszuwetzen.

Unmittelbar nach der ersten Wahlschlacht begann demnach die Agitation für die Ersatzwahlen im dritten und fünften Wahlkreise. In größter Selbstlosigkeit erklärte Herr Schulze, daß er, stolz darauf, der Platzhalter eines Adolf Wagner zu sein, auf die Candidatur im dritten Wahlkreise zu Gunsten dieses hervorragenden Politikers verzichte. Im fünften dagegen konnte man

wohl nichts besseres thun, als dem bewährten Abg. Cremer die Candidatur zu belassen, welcher sich dort in kurzer Zeit eine große Menge persönlicher Anhänger und Freunde geschaffen hatte.

Aber auch von gegnerischer Seite ward mit Hochdruck gearbeitet, und der ganze Apparat von Verdächtigungen gegen Regierung und die conservativen Candidaten Berlins persönlich in Bewegung gesetzt. Herr Dr. Straßmann stieg von seinem Präsidentenstuhl der Berliner Stadtverordnetenversammlung in die vulgären Volksversammlungen herab, um im Brustton der Ueberzeugung zu verkünden, daß alle Reformprojecte des Fürsten Bismarck lediglich einen social-aristokratischen Charakter trügen, da sie nur eine Interessenförderung der Agrarier und der Großindustriellen durch die Schutzzölle anstrebten, was aber gleichbedeutend sei mit der Einengung und Schädigung des freien selbstschaffenden Bürgerthums. Die enge Liaison mit der Socialdemokratie, obwohl sie vordem von Seiten der Fortschrittler energisch bestritten worden war, trat jetzt, wo die Bundesgenossenschaft mit derselben sich als äußerst wünschenswerth herausstellte, in der öffentlichen Erklärung des fortschrittlichen Herrn Wöllmer aus Charlottenburg um so mehr hervor, indem der Redner bei Aufstellung des sehr nach Herrn Bebel schmeckenden Satzes, daß die Socialreform in Bezug auf Frauen- und Kinderschutz nur auf internationalem Wege einzuführen sei, hervorhob, daß der Kampf im vierten Wahlkreise bei Leibe nicht gegen die Socialdemokratie, oder gegen den „hochverehrten Herrn Bebel“ gerichtet sei, sondern daß es sich bei demselben um eine sichtbare Demonstration des Berliner Bürgerthums hinsichtlich der Beseitigung des Systems Bismarck handle. Zu letzterem Zwecke ward denn auch von der „Volkszeitung“ der erneute, jedem einsichtsvollen Politiker so kläglich erscheinende Versuch gemacht, den Kronprinzen gegen den Kanzler auszuspielen, und zwar wohl aus der sehr richtigen Ansicht heraus, daß die allen Berlinern so sympathische Gestalt des Kronprinzen bei diesem künstlich geschaffenen oder auch erlogenen Gegensatz die Wagschale zu Ungunsten des Kanzlers niederdrücken würde. Man scheute sich nicht, die Version in

die Welt zu setzen, daß der Kanzler, um die ihm unbequeme Gegenwart des Kronprinzen los zu werden, für ihn die Statthalterschaft in den Reichslanden offen halte, doch sei dies bisher daran gescheitert, daß man für diese Stellung die dem deutschen Thronerben angemessene Form und Abgrenzung nicht hätte finden können, abgesehen von der persönlichen Abneigung des Kronprinzen gegen diese Idee.

Nun, die Publicationen Kaiser Friedrich's III. bei seinem Regierungsantritt haben zur Genüge bewiesen, daß der damalige Kronprinz im Allgemeinen und im Besonderen mit den Reformprojecten der Regierung, sicherlich was Wirthschafts- und Socialpolitik anbelangt, durchaus übereinstimmte. Differenzen zwischen dem Kronprinzen und dem Kanzler auf dem Gebiete der innern Politik konnten damals überhaupt nicht den Wunsch nach Entfernung des hohen Herrn aus Berlin erregen; sie konnten auch einfach aus dem Grunde nicht vorhanden sein, weil der Kronprinz nach der Hohenzollernregel, „daß der König regiert", sich stets geflissentlich procul ab negotiis politicis hielt, und nur da seine Ansicht sagte, wo er gefragt wurde. Wenn die nachmaligen Freisinnigen jene Hohenzollernregel ebenfalls während der „Hundert Tage" des Jahres 1888 beobachtet hätten, dann wären jener so unendlich traurigen Geschichtsepoche viele bittere Ingredienzen erspart geblieben.

Hatte man so auf sachlichem Gebiet auf gegnerischer Seite wenig Glück, so versuchte man es mit der dem Fortschritt so sehr geläufigen Methode persönlicher Kränkungen und Ehrverletzungen, die sich besonders im vorliegenden Falle gegen die beiden conservativen Candidaten Wagner und Cremer richteten. Der ehemalige Redacteur der „Nationalzeitung", Professor Boretius in Halle, gab sich dazu her, in diesem Blatt als öffentlicher Ankläger gegen Professor Adolf Wagner aufzutreten, dem er den Vorwurf der Unbeständigkeit in seinen volkswirthschaftlichen Anschauungen machte. Er krönte diesen Angriff noch mit der ganz gemeinen Andeutung, daß Professor Wagner „stets ein feines Gefühl für

politische Conjuncturen gehabt habe", mit andern Worten, daß dieser Gelehrte den Mantel nach dem Winde trage. Es bedurfte freilich für diejenigen, welche die Schriften Wagner's oder sein öffentliches Wirken in der Berliner Bewegung einigermaßen mit Aufmerksamkeit verfolgt hatten, keines Beweises für die Hinfälligkeit dieser Bemerkung, dennoch erörterte Prof. Wagner in einer längeren Auseinandersetzung seine bisherige schriftstellerische Thätigkeit, auch für die Tagespresse, und hob hervor, daß er allerdings auch für die „Nationalzeitung" und die „Börsenzeitung" gearbeitet habe, aber nur in Fragen, die er heute noch in derselben Weise verträte. In einer späteren Controverse schrieb Herr Wagner folgendes:

„Da ich aber einmal so lange von mir sprechen mußte, so sei mir noch die Bemerkung erlaubt: es übersteigt in der That das Erlaubte, wie eine gegnerische Presse, theils aus Uebelwollen, theils aus Unwissenheit einen Mann, wie mich, wegen seiner heutigen öffentlichen politischen Stellung anzugreifen wagt, als stehe dieselbe mit seinen wissenschaftlichen Ansichten in Widerspruch. Ich habe, wie jeder fortschreitende Fachmann, manche meiner früheren Ansichten modificirt, berichtigt, einzelne aufgegeben, ich war übrigens speciell in der Handelspolitik niemals extremer Freihändler, so wenig als jetzt extremer Schutzzöllner. Meine wissenschaftlichen Grundansichten in den großen socialen, volkswirthschaftlichen und finanziellen Principienfragen wie praktischen Aufgaben, die Ansichten, deren einfache Consequenz meine Stellungnahme im öffentlichen und politischen Leben ist, liegen jedoch in meinen größeren Werken seit bald einem Jahrzehnt offen vor (volkswirthschaftliche Grundlegung, 1875—76, 2. Auflage 1879, Finanzwissenschaft I, 3. Auflage 1883, und II, 1880). Gewiß muß ich jene Ansichten und diese Bücher jeder beliebigen Kritik unterstellen. Aber illoyal und perfid ist es doch, einem Fachmanne Untreue gegen seine wissenschaftliche Ueberzeugung und bedenkliche ‚Versabilität' vorzuwerfen, der völlig consequent seinem in größeren wissenschaftlichen Werken dargelegten und begründeten theoretischen Standpunkte auch in der praktischen Politik

vorgeht und es jedermann möglich macht, dies an der Hand der genannten Schriften zu prüfen."

Viel hämischer noch waren die Angriffe auf den Abgeordneten Cremer, dessen angebliche Schwenkung vom Centrum aus freilich eine Menge Angriffspunkte bot, die der Sachkundige aber sofort auf ihren wahren Werth zurückführen konnte. Bei diesem Vorgehen leistete die „Germania", welche inzwischen durch den Rücktritt ihres auf Majunke gefolgten Chefredacteurs, späteren Kanonikus in Breslau, Dr. Franz und Ersetzung desselben durch Legationsrath Kehler wohl eine personelle, aber keine tendenzielle Veränderung erfahren, unbedingte Heeresfolge. Der ominöse Brief des Freiherrn v. Schorlemer-Alst gegen Herrn Cremer wurde gegen ihn weidlich in's Feld geführt, ebenso seine schon vorhin ausreichend klar gelegte Stellung zum Centrum und sein Austritt aus dieser Partei, trotzdem der letztere erzwungen worden, und überdies der „christlich-conservative" Standpunkt Cremer's durch die Lösung solcher Beziehungen auch nicht im mindesten alterirt worden war. Denn „christlich-conservativ" ist nicht identisch mit „ultramontan" — auch für den religiösen und überzeugten Katholiken nicht. Man suchte jetzt das „Renegatenthum" des Letzteren nach allen Richtungen hin festzustellen, indem man insbesondere auch seiner spanischen Reise in das Carlistenlager, die bekanntlich nur im Interesse der „Germania" selbst erfolgt war, sowie der Cremer'schen Auffassung vom „Legitimitätsprincip", die ich bereits vorhin erwähnte, in Liebe gedachte, um ihm auch das revolutionäre Mäntelchen umzuhängen. Eigentlich hätte dieses letztere, falls dasselbe überhaupt echt gewesen wäre, ihm die Sympathien der Fortschrittler erwerben müssen, da dieselben ja ebenfalls immer ein wenig in „loyaler Revolution" gemacht haben. Ueber seine Stellung zum Culturkampf und der katholischen Kirche sprach sich Herr Cremer übrigens damals in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise folgendermaßen aus, die am besten die Anklage der „Germania" wegen seiner Haltung zur Curie widerlegt:

Zwar habe er volles Verständniß dafür, wie es nach den beispiellosen Erfolgen des Jahres 1870 möglich war, daß der

Kanzler, der so Großes errungen, den Gedanken fassen konnte, nun auch im Innern die Brücke über den Main zu schlagen, auch im Innern des Reiches Einheit durch eine ähnliche Stellung der katholischen Kirche unter die Staatsgewalt herzustellen, wie er sie für die protestantische Kirche nicht anders kannte. Als begünstigendes Moment trat die Definition von der lehramtlichen Unfehlbarkeit des Papstes hinzu, welche die Absprengung eines Theils der deutschen Katholiken von der Gesammtkirche in Aussicht zu stellen schien, eine Aussicht, über deren Bedeutung sich viele, so auch der Kanzler, täuschten. Man habe schließlich vielfach eingesehen, daß man mit der bloßen Forderung der Abschaffung der Maigesetze nicht durchdringen werde, und daß nur im Wege einer allmählichen organischen Revision die scharfen Ecken und Kanten abgeschliffen werden müssen, die nur verletzen, ohne der Staatsgewalt im Allermindesten zu nützen, und daß alle Eingriffe auf das innerkirchliche Gebiet zu beseitigen sind. Hierbei ständen sich zwei Auffassungen gegenüber: Die eine faßt die Maigesetzgebung auf, als hervorgegangen aus der Initiative des Staates, der ein Recht zu derselben hatte, während die andere die Berechtigung des Staates dazu nicht anerkennt. Ohne Schädigung sowohl der Kirche wie des Staates kann man beiden Anschauungen entgegenkommen, wenn das Berliner Cabinet und die Curie sich über diejenigen Dinge einigen, welche der eine Theil concediren kann und der andere concediren muß. Danach ist die Revision der Maigesetze einzurichten; man überläßt es dann den kirchlichen Oberbehörden, die Katholiken zu verständigen über das, was in der zu revidirenden Gesetzgebung bestehen bleiben kann, was der Aenderung bedarf, und was zu beseitigen ist. Auf dem Wege kommt der Staat zu seinem Rechte und die Gewissen der Katholiken zur Ruhe.

Das ist gewiß der Standpunkt eines überzeugten Katholiken, der aber auch dem Staate geben will, was des Staates ist. Es war also die Anschuldigung vom „Renegatenthum“ Cremer's entschieden hinfällig.

In vorhin gekennzeichneter vom Agitationsvereine Waldeck

mit seinen noch in grünem Alter stehenden, aber zum Abtragen von Wahlzetteln, Herbeischaffen von säumigen Wählern ꝛc. sehr brauchbare Handlangerdienste leistenden Fortschrittsjüngern unterstützten Weise gelang es dem Fortschritt, auch in der Nachwahl den Sieg zu erringen, und zwar erhielt im dritten Wahlkreise Herr Munkel 11,981 Stimmen, Prof. Wagner 4203 und der Socialist Auer 3691 Stimmen, während im fünften Wahlkreise auf den fortschrittlichen Dr. Günther, den Herr Richter als würdig bezeichnet und aus Ansbach berufen hatte, in seine Stelle zu treten 9341, Abg. Cremer 3932 und den Socialist Bebel 1709 Stimmen entfielen. Es geht aus der Zusammenstellung hervor, daß die fortschrittliche Liebeswerbung um die socialdemokratischen Stimmen eine verfehlte war, denn die letztern hatten sich an ihre eignen Candidaten gehalten. Im Ganzen schien das Interesse bei dieser Nachwahl ein weit geringeres zu sein, wie bei der ersten Wahl, leider auch in der conservativen Partei, wie der Vergleich der Anzahl der abgegebenen Stimmen ergiebt.

Nur nebensächlich, da die conservative Partei bei den beiden Berliner Stichwahlen nicht betheiligt war, will ich erwähnen, daß auch hier die Fortschrittler den Sieg über die Socialdemokraten mit einer sehr geringen Majorität errangen. Es wurde von gegnerischer Seite fälschlicher Weise das Gerücht ausgestreut, daß dieses Streitigmachen des Sieges seitens der Socialdemokraten den Conservativen zur Last falle, welche den Ersteren ihre Stimmen geliehen hätten. Mag dies auch vielleicht hie und da geschehen sein, was nicht controllirt werden kann, so steht doch fest, daß eine derartige Parole vom C. C.-C. nicht ausgegeben ist. Beweis dafür giebt eine Rede des in Minden-Siegen zum Reichstagsabgeordneten gewählten Herrn Stöcker, der hinsichtlich des Compromisses mit den Socialdemokraten erklärte, daß dasselbe auf der gegenwärtig von ihnen behaupteten Grundlage unmöglich sei, doch der Hoffnung Raum gab, daß sie später unter dem Eindruck der Socialreform sich auf die Bahn des Friedens bringen lassen würden. Leuten, die mit dem Staate und der Kirche in Frieden lebten, böte er die Bruderhand; er würde

eventuell auch bereit gewesen sein, für die Aufhebung des Socialistengesetzes zu stimmen. Die bis heute gemachten Erfahrungen lehren indeß, daß Herr Stöcker doch wohl zu optimistisch über die Socialdemokratie dachte, und ich glaube auch nicht, daß sich unter der conservativen Fraction damals Viele gefunden hätten, die mit Herrn Stöcker in dieser Hinsicht übeingestimmt haben würden.

11. Capitel.

Die Zeit nach dem Wahlkampfe, weitere Organisation der Conservativen.

Die Thronrede, mit der der neugewählte Reichstag eröffnet wurde, erregte überall bei den Conservativen, ihrer festen und verheißungsvollen Sprache wegen, die größte Befriedigung. Dem wurde in einer Versammlung der Christlich-Socialen im Eiskeller durch Herrn Cremer Ausdruck gegeben, der sich besonders mit der corporativen Genossenschaftsidee beschäftigte, welche den Anfang vom Ende des atomisirenden Liberalismus bezeichnete, da der Einzelne nicht mehr der Concurrenz im freien Spiel der Kräfte schutzlos preisgegeben werden könne. Seiner ferneren Ansicht, daß die in Aussicht gestellte Berufsstatistik dereinst zur Lösung der antisemitischen Frage verwandt werden könne, ist allerdings bisher keine Folge gegeben worden. Diese Statistik diente bekanntlich hauptsächlich socialreformatorischen Zielen, wie sie in der kaiserlichen Botschaft niedergelegt waren. Jene Versammlung war übrigens eine der letzten, die in einem fremden Locale abgehalten wurden, denn inzwischen hatten die Christlich-Socialen es zu einem eignen Heim am Johannestisch gebracht, dessen feierliche Einweihung bald stattfand. Die gegnerische Presse hatte bei jener Gelegenheit ebenfalls ihr Scherflein zur Festesfreude ihrer lieben Freunde dadurch beigetragen, daß sie lange Leitartikel über die in Aussicht stehende Entsetzung Herrn Stöcker's brachte, wodurch sich der „völlige Umschwung im Regierungssystem offenbar kennzeichne". Da dies Gerücht auch in der Wahlagitation colportirt wurde, so brauchte

man auf diesen kleinen Scherz nicht weiter zu achten. Beachtenswerther war freilich schon die Thatsache, daß ein dem Fortschritt angehöriger Geistlicher, Herr Neßler von der französischen Gemeinde in Berlin, die Conservativen mit dem Kosenamen „Gesindel“ belegte, was jedenfalls als ein Stück fortschrittlich-geistlicher Toleranz zu bezeichnen ist. Hätte jemals Herr Stöcker etwas Aehnliches gethan — was für ein Halloh wäre davon gemacht worden. Dergleichen Schmeichelworte mußten die Conservativen übrigens gewohnt werden, sie bildeten eine starke Ingredienz der fortschrittlichen Propaganda, in deren vielseitiger Anwendung sich besonders auch der Stadtverordnete Ludwig Löwe ausgezeichnet hat.

Auf die sauren Wochen, die Herr Stöcker mit seinem unermüdlichen Eifer für die gute Sache durchlebt hatte, folgte ein ihm zu Ehren von den conservativen Führern im zweiten Wahlkreise gegebenes fröhliches Fest, an dem das conservative C. C.-C., Vertreter andrer Wahlkreise und auch viele Abgeordnete, wie die Herren von Minnigerode, Göler, Perrot, Graf Dönhoff u. a. m. theilnahmen, doch war der Ernst der Situation auch nach der Wahl so dringend, daß man unverzüglich an weitere Arbeiten ging, um sich durch Organisation stärker zu machen. An Stelle des Graf Behr-Bandelin wurde der um die Bewegung hochverdiente Herr Luckhardt im conservativen Verein des zweiten Wahlkreises zum ersten Vorsitzenden gewählt. Der Verein hat unter seiner Leitung entschieden seine höchste Blüthezeit gehabt, und sollte in den folgenden Wahlkämpfen ein ausschlaggebendes Gewicht in diesem Wahlkreise erringen. Auch andre Vereine wurden gebildet, so beispielsweise der conservative Verein im Stralauer Stadtviertel. Die größte Aufmerksamkeit aber richtete man nach der Wahl auf denjenigen Factor, dem es die Gegner hauptsächlich zu danken hatten, daß sie den Sieg erringen konnten, nämlich die fortschrittliche Presse in Berlin. Es war schon oft sehr mißliebig bemerkt worden, daß während der politische Theil dieser Presse von Verleumdungen der Regierung förmlich strotzte, der Annoncentheil von Inseraten dieser selben Regierung angefüllt war. Das Widersinnige dieses Verhältnisses

lag auf der Hand, und so wurde denn von dem C. C.-C. eine wohlmotivirte Petition an den Minister von Puttkamer gerichtet, welche zunächst die betreffenden Verhältnisse in der „Vossischen Zeitung" im Auge hatte. Von Erfolg ist dieselbe meines Wissens nicht begleitet gewesen, vielleicht war man an maßgebender Stelle davon überzeugt, daß es aus praktischen Gründen, um diesen Inseraten möglichst große Verbreitung zu geben, am besten sei, es beim Alten zu belassen; vielleicht war es selbst Herrn von Puttkamer aber auch nicht möglich, gewisse bureaukratische Velleitäten zu beseitigen, hatte doch auch Fürst Bismarck einst gesagt, daß der Bureaukratismus derjenige Feind sei, dessen Bekämpfung ihm am meisten Zeit und Kräfte raube. Der „Vossischen Zeitung" war es übrigens auch vorbehalten, die Mähr in die Welt zu setzen, daß Herr Liebermann von Sonnenberg wegen Schulden nach Brasilien flüchtig geworden sei. Das war nicht richtig, die „Vossische" hatte läuten gehört, nur wußte sie nicht wo. Die aus der Officierszeit des Herrn von Liebermann herrührenden Schulden waren an und für sich durchaus kein Object der öffentlichen Besprechung. Meines Wissens waren sie durch ihn oder seine Freunde damals schon getilgt, nur war freilich die Thatsache, daß im Laufe der Wahlbewegung über dieses Herrn ungeordnete Verhältnisse Gerüchte auftauchten, die sich trotz aller Widerlegungen seinerseits nicht aus der Welt schaffen lassen wollten, für die Bewegung entschieden unvortheilhaft. Waren die conservativen Agitationen gegen die fortschrittliche Presse wenigstens loyaler Natur, insoweit sie nur mit Worten kämpften und sich auf dem Boden des Rechts und der Wahrheit bewegten, so machten die fortschrittlichen Heißsporne kürzeren Proceß. Eines Abends erschien eine Gesellschaft von 16 bis 20 jungen Leuten im „Einsiedler", einem ausgesprochen antisemitischen Local in der Friedrichstraße, und zerfetzten alle conservativen Blätter, die dort zur Lectüre auslagen. Darin bestand wahrscheinlich die Vorfeier des demnächstigen Siegesfestes des Waldeck-Vereins, das unter dem Vorsitze des später seines Ranges als Reserveofficier entsetzten Rechtsanwalt Kaufmann stattfand. Sehr hübsch mag es ge-

klungen haben, wie die von den zündenden Worten des neugewählten Abg. Günther erhitzten jungen Herren das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles" anstimmten.

Der Waldeck-Verein ist eine Schöpfung der Herren Hermes und Weiß, von denen der letztgenannte schon bei den Geburtswehen eines politischen Todes verblich, denn er wurde alsbald von den anderen Koryphäen jener Partei „abgehalftert" und man hörte nichts mehr von ihm. Richter, Parisius und Ludwig Löwe, besonders der letztere, übernahmen bei dem neugeborenen Kinde Pathenstellen und ihren Bemühungen ist es zuzuschreiben, daß der junge Verein in der That sich kräftig fortentwickelte. Wie die Fortschrittspartei es von jeher vortrefflich verstanden hat, für ihre politisch und wirthschaftlich unbrauchbaren Werke klangvolle Titel zu erfinden, so auch hier. Der Name des alten, hochehrenwerthen „Achtundvierzigers" Waldeck verlieh dem Verein einen so verführerischen Glanz, daß er es in kurzer Zeit auf eine sehr nennenswerthe Mitgliederzahl gebracht hatte.

Der Verein war der zweifellos rührigste im fortschrittlichen Lager zu Berlin. Er hielt in allen Stadtgegenden Wanderversammlungen ab, seine meist sehr jugendlichen Mitglieder, unbebärtet, aber mit dem einer gewissen Rasse eigenthümlichen Talente der unverfrorenen Zudringlichkeit begabt, rückten den Berliner Spießbürgern muthig auf den Leib, um sie persönlich von dem Segen des Fortschritts zu überzeugen, auch sah man sie, die oft noch nicht das wahlfähige Alter erreicht hatten, am Wahltage vor den betreffenden Wahllocalen durch Austheilen von Stimmzetteln, persönliche Ueberredungskünste und andere Mittel, auch durch Abholen säumiger fortschrittlicher Wähler behufs Ausübung des Wahlrechts, der Partei mit einem Eifer dienen, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Auch in die conservativen Versammlungen kamen sie truppweise, theils um durch Scandalmachen die Versammlung zu sprengen, theils auch um an der Discussion regen Antheil zu nehmen. Ich erinnere mich eines in dieser Hinsicht charakteristischen Vorfalls in einer von mir präsidirten öffentlichen Versammlung in der Umgegend von Berlin,

in welcher ein junger Mann, Mitglied des Waldeck-Vereins wie sich herausstellte, mit überraschendem Zungenschlag über die Militärfrage sprach, sich aber insofern versprach, als er zugab, selbst noch nicht der Militärpflicht genügt zu haben, mithin auch noch nicht wahlfähig zu sein. Einem anwesenden verdienten Officier gab dies Bekenntniß Veranlassung zu einer hübschen Variation eines bekannten Citats: „Grau, Freund, ist jede Theorie, doch grün, mein junger Freund, sind Sie!" Der junge Waldecker hatte die Lacher diesmal gegen sich.

Durch diese kleine Abschweifung wollte ich nur beweisen, wie gerade die jugendliche Unerfahrenheit jener Partei ganz wesentlichen Vorschub zu leisten im Stande war. Die wirklich nennenswerthen Erfolge, welche der „Waldeck-Verein" in der Berliner fortschrittlichen Bewegung erzielt hat, gaben daher Veranlassung zu einem Lobe aus Richter's hohem Munde, indem er denselben „das Pionier-Bataillon der Fortschrittspartei" nannte. Die Führer des Bataillons waren die bekannten Obersten der Partei. Die Soldaten dieses Bataillons gehörten fast durchgängig dem jungen jüdischen Kaufmannsstande an; ich habe bei Besuch der Vereinsversammlungen oft genug gefunden, daß ich der einzige Christ in denselben war. In den Versammlungen des Vereins gilt Redefreiheit in größter Ausdehnung, da man darauf hinausgeht, die jungen Embryos der Partei zu guten Kampfhähnen im wahlfähigen Alter vorzubereiten. Man hat daher nach Art der englischen discoursing clubs freie Vorträge und Discussionen über politische Themata eingeführt. Ich will hier einschalten, daß dies sehr vortheilhafte Verfahren auch bereits im conservativen Lager Platz gegriffen hatte, indem sowohl in Berlin wie auch in anderen Orten sogenannte Volksbildungs-Vereine mit gleicher Tendenz entstanden waren. Der sehr bedeutende Fonds des Waldeck-Vereins gestattete demselben, das Engagement von Wanderlehrern zu bewirken, welche hingehen, um alle Völker zu lehren und sie zu bekehren zum goldenen Kalb des Großcapitals und der manchesterlichen Internationale.

Das Jahr 1881 konnte nicht zu Ende gehen, ohne daß

auch die Damen in der Oeffentlichkeit ihre Visitenkarte abgegeben hatten. Dem „Deutschen Verein zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit“ unter dem Vorsitz des bekannten und auch verdienten Redacteurs der „Deutschen Romanzeitung“, Herrn Otto von Leixner, gebührt der nach dieser Richtung hin freilich sehr zweifelhafte Vorzug, einer Dame zuerst auf das Berliner Podium geholfen zu haben, deren öffentliche Thätigkeit sich später als höchst unterwerthiger Natur herausstellte, nämlich der Frau Guilleaume Schack, einer Schweizerin von Geburt. Ich muß Herrn von Leixner durchaus exculpiren, denn ich hörte zufällig den ersten Vortrag der Dame, und muß bekennen, daß ihr Auftreten einen decenten und gewinnenden Eindruck machte, wie ja auch das Thema selbst durchaus frauenwürdig war. Wer konnte wissen, was für sonstige Geister in dieser Frau ihr Wesen trieben? Wer konnte wissen, wie sich das Jahr 1882 gestalten würde? — — — —

Die Friedensbotschaft Gottes zum Weihnachtsfeste, sowie diejenige des Kaisers zur Eröffnung der Legislaturperiode, schien auf die Gemüther hinsichtlich der Politik keineswegs den gewünschten Eindruck gemacht zu haben, denn die sich an die letztere gewissermaßen anlehnende Interpellation Hertling im Reichstage über die Sonntagsarbeit, Frauen- und Kinderarbeit, sowie über die entsprechende Ausdehnung der Befugnisse der Fabrikinspectoren behufs Beaufsichtigung der erforderlichen Schutzmaßregeln, (deren Berathung unser jetziger Kaiser von der Hofloge des Reichstages aus mit größter Aufmerksamkeit verfolgte), gab zunächst den Socialdemokraten Veranlassung, ihre wahre Gestalt wieder einmal offen zur Schau zu tragen. Ich spreche nicht von ihren im Reichstage vorgetragenen Ansichten, sondern von denjenigen, die sie in einer Januar-Versammlung des Jahres 1882 in Berlin öffentlich zu entwickeln sich nicht entblödeten. Es war damit zugleich der Beweggrund des tactischen Verhaltens der socialistischen Führer bei dem Compromißvorschlage der Conservativen gelegentlich der letzten Wahlen klar, indem zugegeben wurde, daß man eine Zeit lang geschwankt habe, nach welcher Seite man sich neigen solle. Schließlich habe man doch den Fortschritt vorgezogen, denn die liberale

Wirthschaftspolitik verwandle ja alles in Proletariat, und daraus erfolge mit um so größerer Bestimmtheit die sociale Revolution. Ich brauche dieser Erklärung füglich nichts hinzuzusetzen, sie ist vollkommen genügend zur Beurtheilung der Socialdemokratie, welche den wirthschaftlichen Ruin wissentlich fördert, sowie zur Kritik der beiden entgegenstehenden wirthschaftspolitischen Anschauungen. In jedem Falle ist noch nie ein glänzenderes Zeugniß für die neue wirthschaftliche Strömung, wie sie vom Fürsten Bismarck inaugurirt ist, gegeben worden, als durch diesen socialdemokratischen Ausspruch. Und da wagte es ein Mann von der politischen Vergangenheit Virchow's, dem Reichskanzler „mangelnde Vorkenntnisse und Schaukelpolitik" in's Gesicht zu schleudern. Was Herr Virchow sich in seinem ebenso langen, wie nutzlosen politischen Leben alles schon erlaubt hat, ist fast unglaublich, aber geradezu wunderbar ist die Probeleistung des Herrn Dr. Günther, des würdigen Stellvertreters Richter's, als Berliner Reichstagsabgeordneter, welcher „hervorragende" Politiker seine colossale Begabung für einen Sitz in der fortschrittlichen Fraction damit darthat, daß er vorschlug, den Antisemitismus durch Ausnahmegesetze zu beseitigen, und für die Lösung der socialen Frage das einfache Radicalmittel hatte, „das begehrliche Gesindel zusammenzukartätschen". Alle Achtung! Darnach war es wohl selbstverständlich, daß sich Herr Günther, der nebenbei auch Lehrer war, vorzüglich dazu eignete, die Stelle des Dr. Bernhard Förster im Gymnasialcollegium auszufüllen, während dessen Bruder, Dr. Paul Förster, obwohl derselbe sich in der conservativ-antisemitischen Bewegung nicht ein einziges Mal compromittirt hatte, seiner freilich nicht verheimlichten Gesinnung wegen von Herrn Langerhans in einem eigens in der Stadtverordnetenversammlung gestellten Antrage als ungeeignet für die Beförderung zum Oberlehrer hingestellt wurde. Nur im Wege der Beschwerde hat der Genannte diese Beförderung endlich erreichen können, trotzdem er, seinem ganzen zurückhaltenden und reservirten Charakter gemäß, sich mit seinem leidenschaftlichen Bruder Bernhard und den radicalen Antisemiten bisher öffentlich niemals in eine Reihe gestellt hatte.

Eine gleiche ungerechtfertigte Haltung nahm die Stadtverordnetenversammlung gegen eine Menge Communallehrer ein, welche sich von dem rothen Hause in ihrer politischen Gesinnung nicht beeinflussen lassen wollte. Hier war es Herr Hermes, der über diese Männer zu Gericht zu sitzen sich vermaß.

Ich schalte bei dieser Gelegenheit einen Erlaß des Cultusministers vom 29. April 1882 ein, der zur Orientirung über die oben gedachten Verhältnisse dient, und welcher in Erwiderung auf eine entsprechende Eingabe der C. C.-C. wörtlich folgendermaßen lautet:

„An den Königlichen Hof- und Domprediger Herrn Stöcker
Hochwürden
hier.

In der von Euer Hochwürden in Gemeinschaft mit den Herren Graf Behr und Professor Dr. Wagner unter dem 6. Februar d. J. an das Königliche Staatsministerium eingereichten Vorstellung ist der Nachweis unternommen, daß diejenigen Lehrer an den hiesigen städtischen höheren Schulen, welche ihre politisch-conservative Gesinnung überhaupt und insbesondre bei der letzten Wahlagitation bethätigt haben, gegen die seitens des hiesigen Magistrats ihnen zugefügten Schädigungen bei den Königlichen Aufsichtsbehörden, zumeist bei dem hiesigen Königlichen Provinzial-Schulcollegium, nicht denjenigen Schutz fänden, welchen zu gewähren diese Behörde durch das staatliche Aufsichtsrecht berechtigt und verpflichtet sei; im Zusammenhange ist der Antrag gestellt, es möge in der Formel des von den Lehrern an städtischen höheren Schulen abzulegenden Amtseides und in der Art der Ablegung eine Aenderung vorgenommen werden.

Auf Veranlassung des Königlichen Staatsministeriums habe ich den Inhalt der Vorstellung mit derjenigen Genauigkeit geprüft, welche die Bedeutung der Sache und das Schwergewicht der gegen die Königliche Behörde erhobenen Vorwürfe beansprucht und bringe unter Zustimmung des Königlichen Staatsministeriums das Ergebniß dieser Prüfung zur Kenntniß Ew. Hochwürden und der Unterzeichner der Eingabe.

Die Vorstellung begründet den gegen die Königliche Schulaufsichtsbehörde erhobenen Vorwurf, daß dieselbe städtische Lehrer von politisch-conservativer Gesinnung nicht gegen Schädigungen schütze durch Anführung einer Anzahl (1—8) von Einzelfällen; in sechs von diesen Fällen sollen städtische Lehrer conservativer Gesinnung vom hiesigen Magistrate durch Zurücksetzung bei Aszensionen oder bei sonstigen Beförderungen beeinträchtigt worden sein, ohne bei der Königlichen Staatsbehörde, insbesondre dem Königlichen Provinzial-Schulcollegium Schutz zu finden. Ueber die angeführten Fälle habe ich folgendes zu bemerken:

Nr. 1. Es ist richtig, daß der an der conservativen Wahlagitation lebhaft betheiligt gewesene erste Oberlehrer an der Sophien-Realschule Professor Dr. Brecher vom Magistrate ungeachtet seiner Bewerbung nicht in die erledigte Directorstelle dieser Anstalt berufen worden ist. Die Berufung aus der ersten Oberlehrerstelle zur Direction derselben Anstalt fällt indessen nicht unter den Gesichtspunkt der einfachen Aszension und bildet aus naheliegenden Gründen nicht die Regel, sondern eine seltene Ausnahme. Der angeführte Vorgang darf also nicht als Zurücksetzung des p. p. Brecher dargestellt werden. Gegen die vom Magistrate im vorliegenden Falle getroffene Wahl für die Directorstelle war nach keiner Beziehung ein Bedenken zu erheben; daher ist dieselbe von meinem Herrn Amtsvorgänger Seiner Majestät zur Bestätigung befürwortend vorgetragen worden. Die angeblichen Aeußerungen eines Dezernenten im Magistrat bezüglich der Motive der Magistratsbeschlüsse können als solche nicht in Betracht gezogen werden.

Nr. 3. An der Sophienschule ist der „fortschrittliche" Lehrer Dr. Lange von der Realschule zu Görlitz in die erste ordentliche Lehrerstelle berufen worden, zur Schädigung der ihm nachfolgenden Lehrer, unter denen sich die an der conservativen Wahlagitation betheiligten Dr. Carel und Glöden befinden." Die Bezeichnung des p. p. Lange als fortschrittlich, durch welche allein dieser Fall in den Bereich der unternommenen Beweisführung gezogen werden kann, ist nach den umfassendsten Ermittelungen

über sein Verhalten in Görlitz und hier vollständig unbegründet. Durch die Berufung des Dr. Lange hat der Magistrat einen wissenschaftlich als vorzüglich anerkannten und didactisch bewährten Vertreter des naturwissenschaftlichen Unterrichts der Anstalt zugeführt, und die Wahl ist als dem Unterrichtsbedarfe der Anstalt im vollem Maaße entsprechend, mit Recht von dem Königlichen Provinzial-Schulcollegium genehmigt worden.

Unter den durch den Einschub geschädigten Lehrern ist es befremdend den Dr. Carel mit angeführt zu finden, welcher selbst, obgleich Nicht-Preuße und obgleich nicht in demselben Maaße wie Dr. Lange durch sein wissenschaftliches Zeugniß empfohlen, erst drei Jahre vorher durch Einschub in das Collegium aufgenommen war.

Nr. 5. Noch weiter von dem wirklichen Sachverhalte entfernt sich die Darstellung, welche in der Vorstellung vom 6. Februar d. J. von der Berufung des Dr. Horstmann an die Königstädtische Realschule gegeben ist. Der Magistrat hat zu Michaelis 1881 die gleichzeitige Erledigung von zwei Lehrerstellen an der Königstädtischen Realschule dazu verwendet, der Anstalt in der Person des Dr. Horstmann einen Vertreter der modernen Sprachen von hervorragender wissenschaftlicher Bedeutung und zugleich didactischer Bewährung zu gewinnen. Indem der Magistrat ihn in die erste ordentliche Lehrerstelle berufen, hat derselbe, ohne Rücksicht darauf, daß p. p. Horstmann früher bereits die zweite Oberlehrerstelle am königlichen Gymnasium zu Sagan bekleidet und nur zum Zwecke einer wissenschaftlichen Reise aufgegeben hatte, ihn unter genauer Berücksichtigung des Anciennitätsverhältnisses zu den Inhabern der vorausgehenden und folgenden Stelle dem Collegium eingereiht. Diese in jeder Hinsicht correcte Wahl hat mit Recht die Bestätigung des königlichen Provinzial-Schulcollegiums erhalten. Dieselbe als eine beabsichtigte Zurücksetzung des conservativen Dr. Irmer hinzustellen, lag um so weniger Anlaß vor, als Dr. Irmer erst ein halbes Jahr früher, im Februar 1881, also nach Publication des von ihm unterzeichneten Protestes, in eine höhere Stelle aszendiert war. Die Bezeichnung des Dr. Horst-

mann als „fortschrittlich" ist nach den in Sagan und hier an competentesten Stellen eingezogenen Informationen unzutreffend.

Nr. 4. Die angeblich von dem Magistrate beabsichtigte Ausschließung des Dr. Emil Henrici (Bruder des antisemitischen Agitators. D. Verf.) von der Aszension bildet, da sie nicht zur Ausführung gelangt ist, jedenfalls keine Unterlage zu einem Vorwurfe gegen die königliche Behörde, und dies um so weniger, als einer derartigen Absicht, wenn sie überhaupt vorhanden war, gerade durch die Intervention des königlichen Provinzial-Schulcollegiums vorgebeugt worden ist.

Nr. 6. Die Ausschließung des Dr. Paul Förster von der Aszension an der Falk-Realschule wird als Thatsache vorausgesetzt, über den Gegenstand schweben gegenwärtig noch die Verhandlungen.

Nr. 8. Was endlich die Wahl des Dr. Jonas, nicht des Dr. Gerstenberg, zum Stadtschul-Inspector betrifft, so kann ich bezüglich der Folgen, welche der Magistrat der Unterzeichnung des Lehrerprotestes (ich habe diesen Protest mit allen Unterschriften veröffentlicht. D. Verf.) nicht die angeblichen oder wirklichen Aeußerungen eines Stadtverordneten sondern nur die nachher zu erwähnenden Thatsachen in Betracht ziehen. In einem Falle, wie dem vorliegenden, wo in dem Nicht-Erfolge einer Bewerbung keinerlei Verletzung eines Billigkeitsanspruches liegt, hat die Unterrichtsverwaltung nur zu prüfen, ob die getroffene Wahl den seitens der staatlichen Aufsicht für das fragliche Amt zu stellenden Anforderungen in jeder Beziehung entspricht.

Außer den im Bisherigen auf ihren Thatbestand zurückgeführten Fällen sind in der Vorstellung vom 6. Februar d. J. zur Begründung der gegen das königliche Provinzial-Schulcollegium erhobenen Vorwürfe nach zwei Vorgänge, nämlich die von 159 Lehrern hiesiger höherer Schulen unter dem 2. December 1880 veröffentlichte Erklärung mit den ihr gegebenen Folgen und der Verlauf der gegen Dr. Bernhard Förster eingeleiteten disciplinaren Maßregeln verwahrt.

Auch in diesen beiden Fällen steht die dortseitige Darstellung

mit dem wirklichen Thatbestand nicht im Einklange. Die angegriffene Stellung der Unterrichtsverwaltung zu der Sache ist ersichtlich aus dem entscheidenen Satze der betreffenden Verfügung vom 10. Januar 1881. „Wir können einen derartigen unvermittelten Appell an die öffentliche Meinung, wie ihn die Unterzeichner der Erklärung versucht haben, für ein correctes Vorgehen nicht erachten; diese Stellung enthält noch eine, der Mißdeutung nicht zugängliche Illustration dadurch, daß gleichzeitig in einem durchaus analogen Falle (Breslau) Lehrern der bei ihrer Disciplinarbehörde nachgesuchte Schutz voll und ungeschmälert zu Theil geworden ist. Was sodann die Consequenzen betrifft, welche seitens des Magistrats der Unterzeichnung jener Erklärung gegeben seien, so stellt sich nach genauen Ermittelungen folgendes heraus.

Unter den 159 Unterzeichnern befanden sich 134 Lehrer an städtischen höheren Anstalten. Von jenen 134 Lehrern sind seit jener Erklärung 57 aszendirt. Der Rest, soweit er sich nicht durch Tod oder Versetzung vermindert hat, theilt mit seinen Specialcollegen an den betreffenden einzelnen Anstalten das Schicksal des Verbleibens an der alten Stelle, lediglich aus Mangel von entsprechenden Vacanzen.

Nr. 7. Bezüglich des Dr. Bernhard Förster vermißt die Vorstellung das gewisse Maaß von Nachsicht, welche p. p. Förster von dem Provinzial-Schulcollegium als ein Mann habe beanspruchen können, „der voll und ganz im Sinne der Regierung geredet und dessen antisemitisches Wirken gegen die erbittertsten Feinde der Regierung gerichtet war“; sodann wird behauptet, daß dem p. p. Förster ein von auswärts berufener Lehrer vorgeschoben worden sei und daß p. p. Förster, in dem Wunsche, daß die hinter ihm stehenden Lehrer durch die gegen ihn allein gerichtete Maßregel nicht geschädigt würden, seinen Abschied erbeten habe.

Zu einem Urtheile darüber, ob in dem Verfahren gegen p. p. Förster seitens der ihm vorgesetzten Disciplinarbehörde das zulässige Maaß von Nachsicht geübt worden ist, wird nur der

als berechtigt angesehen werden können, welcher die gesammten Vorgänge seit dem November 1880 nach ihrer durch p. p. Förster's eigner Vernehmung erfolgten thatsächlichen Feststellung genau kennt und in Erwägung zieht. Ich kann nur annehmen, daß den Unterzeichnern der Wortstellung diese Kenntniß gefehlt hat, da unter der Voraussetzung dieser Kenntniß der Vorwurf mangelnder Nachsicht zur Unmöglichkeit wird. Der fernere Vorwurf, den Verwaltungsact des Magistrats geduldet zu haben, daß behufs Zurücksetzung des p. p. Förster ein von auswärts berufener Lehrer eingeschoben wurde, konnte nicht an das Provinzial-Schulcollegium gerichtet werden, da über die Genehmigung der Ernennung zu Oberlehrern in der Ministerialinstanz zu befinden ist; in der fraglichen Angelegenheit ist meinerseits bereits entschieden, übrigens nichts in dem dortseits vorausgesetzten Sinne.

Endlich in dem Entlassungsgesuch des p. p. Förster fehlt zwar nicht die als Motiv desselben bezeichnete Hinweisung auf den noch nicht zur Thatsache gewordenen Einschub, durch welchen andere Collegen würden geschädigt werden. Jedoch hat p. p. Förster sein Entlassungsgesuch erst dann eingereicht, als die neuesten Vorgänge nach ihrer protocollarischen Feststellung ein Disciplinarverfahren zur Nothwendigkeit machten, dessen voraussichtlicher Ausgang kaum anders als durch freiwillige Niederlegung des Amtes vermieden werden konnte. Auch hat p. p. Förster nicht unterlassen, den Bestimmungsgrund zu seinem Entlassungsgesuche zu bezeichnen, indem er wörtlich schreibt:

„Freilich kann ich es auch nicht unterlassen, offen auszusprechen, daß die Art der öffentlichen Agitation gegen die Partei des Fortschritts des Juden- und Manchesterthums, in die ich gedrängt worden bin, die mir aber so unendlich berechtigt erscheint, daß ich davon zurücktreten auch dann nicht wollte, wenn ich es könnte, daß diese öffentliche Agitation auf die Dauer mit meinem Berufe als Gymnasiallehrer nicht vereinbar erscheint."

Gegenüber diesen unverhohlenen und nicht mißzuverstehenden Erklärungen kann der eingestreuten Hinweisung auf eine Schä-

digung der Collegen durch einen nur eventuellen Einschub kein entscheidendes Gewicht beigelegt werden.

Ich erfülle eine Pflicht des mir anvertrauten Amtes, wenn ich alle diese Beschuldigungen entschieden zurückweise.

Der in dem Amtseide der Lehrer an hiesigen städtischen höheren Schulen eingefügte Zusatz beruht, wie zutreffend angegeben, auf der königlichen Verordnung vom 6. Mai 1867. Die einfache von dem königlichen Provinzial-Schulcollegium genehmigte Formulirung des Zusatzes, welche übrigens in der Vorstellung vom 6. Februar nicht richtig wiedergegeben ist, kann wohl keinen Lehrer zu der Meinung verführen, als werde er dadurch verpflichtet, Anordnungen des Magistrats zu befolgen, zu denen derselbe nicht competent ist, oder die politische Ueberzeugung der Mehrheit des Magistrats oder der Stadtverordneten zur Richtschnur seiner etwaigen politischen Bethätigung zu machen. Dennoch habe ich aus dem angeregten Bedenken Anlaß genommen, zu ermitteln, welche Formulirung der durch die angezogene königliche Verordnung veranlaßte Zusatz zu dem allgemeinen Amtseide in den gesammten Bereich der städtischen höheren Schulen erhalten hat, und von wem der Amtseid abgenommen wird, um hier noch in Erwägung zu ziehen, ob es sich empfiehlt, eine anderweite allgemeine Anordnung in dieser Beziehung zu treffen.

von Goßler.

Die gute Absicht des C. C.-C. ist trotz der Abweisung hier besonders hervortretend.

Jener vorhin erwähnten berühmten Redewendung des Herrn Günther stellte sich die Aeußerung Ludwig Löwe's würdig an die Seite, daß alle diejenigen, welche die obligatorischen Innungen anstrebten, „feiges Volk“ seien. Das gab Anlaß zu einer sehr erklärlichen Erregung im conservativen Lager; es ward eine Protestversammlung in das Centralhotel einberufen, in der nach dem Vortrage des conservativen, inzwischen verstorbenen Schneidermeisters Nürnberger eine Resolution gegen Löwe gefaßt wurde, inhaltlich deren er aufgefordert wurde, „im Interesse der verletzten Ehre des Reichstages“, seinen Ausspruch zurückzunehmen. Herr Löwe hatte, wie

es scheint, kein Interesse für diese verletzte Ehre, er umging die Revocation mit einigen schönen Redensarten. Man konnte freilich nichts anderes erwarten von einem Mann, der seiner Zeit in seiner vorgeblichen Eigenschaft als glühendster Verehrer Lassalle's, nach Verhaftung des Letzteren, schleunigst zur Gräfin Hatzfeldt lief, um die Rückgabe seiner Photographie zu erbitten, die im Album Lassalle's steckte. Hiernach kann man wohl sagen, daß jener Ausspruch Löwe's eine Beleidigung nicht enthielt, weil er den Begriff der Feigheit so vollkommen erfaßt hatte, daß ihm das Verständniß für den Muth darüber verloren gegangen war. Auf seine Charakteristik komme ich noch zurück.

Zur Ehre der Liberalen muß ich hier einschalten, daß nicht alle eine derartige Praxis angewandt wissen wollten, um die sociale Frage zu lösen; der Interpellation Hertling kam ein Theil der ersteren sogar mit einer gewissen Sympathie entgegen, soweit es das manchesterliche Herz überhaupt zuließ. Uneinig war man nur hinsichtlich der Ausführung, und bis heute bleibt das Wort des Fürsten Bismarck bestehen, daß sich die Sache in der Theorie weit schöner anlasse, wie in der Praxis, denn die Enquete über die Sonntagsarbeit hat kaum zu sichtende Verhältnisse in den Gewerben eruirt, und der Normalarbeitstag oder Maximalarbeitstag steht auch heute noch ziemlich fern von seiner Einführung. Die Frage der Kinder- und Frauenarbeit ist inzwischen um einige Schritte gefördert, und zwar in gerechter Würdigung der Gefahren, welche ersteren für die körperliche und geistige Entwicklung droht,*) und der gleichen Gefahren für Hauswesen und Familie durch die übergroße Antheilnahme der Frau an der Domaine des Mannes, dem Broderwerb. Diese letztere hat in der That, besonders in Berlin, wahrhaft schauderhafte Zustände geschaffen, und trägt die große Schuld an der Demoralisation und der Verwahrlosung der arbeitenden Classe hierselbst. In

---

*) Vergleiche meinen Aufsatz über die Theilnahme der Kinder unter 14 Jahren an der Erwerbsthätigkeit der Nation in der „Conservativen Monatsschrift" vom September 1885.

ähnlicher Weise sprachen sich die in der conservativen Partei Berlins aufgetretenen Redner über diesen Gegenstand aus.

Doch die im Reichstage verhandelten Angelegenheiten füllten das Interesse der Berliner Conservativen nicht ausschließlich aus, zumal eine schon im Anfang des Januar stattfindende Gerichtsverhandlung die höchste Aufmerksamkeit der betheiligten Kreise auf sich lenkte, nämlich die, welche den Fall Kantorowicz zum endgiltigen Abschluß brachte. Als Rechtsbeistand dieses Herrn fungirte natürlicherweise Herr Munkel, denn wer hätte wohl besser sich zurechtfinden können in diesem Dunkel, wie der Mann mit dem attischen Witz und der ciceronianischen Beredtsamkeit, Herr Rechtsanwalt Munkel. Dennoch gelang es ihm nicht, die beiden Herren Jungfer und Förster so hineinzureiten, wie dies gewiß in seiner edelsten Absicht lag. Die Beleidigungen zwischen Dr. Jungfer und Kantorowicz wurden als compensirt angesehen, und Herr Dr. Förster zu einer kleinen Geldstrafe verurtheilt. Auch konnte Herr Munkel dem wißbegierigen Publicum nicht den Gefallen thun, daß der Wortlaut des die Disciplinaruntersuchung gegen Dr. Förster betreffenden Actenstücks veröffentlicht wurde.

Nicht minder nahm der zeitige Stand der Communalangelegenheiten die conservativen Bürger Berlins in Anspruch, und zwar trat damals die Markthallenfrage mehr in den Vordergrund. Der Stadtverordnete Limprecht hielt über diese Materie einen Vortrag, indem er in Bezug auf das Project der Centralmarkthalle erörterte, wie die Markthallen allerdings eine Nothwendigkeit für Berlin seien; aber anstatt deren Anlage mehr in der Peripherie der Stadt zu planen, was bei der bequemen Verkehrsverbindung wohl möglich, und bei der Billigkeit der zu erwerbenden Grundstücke empfehlenswerth sei, erwerbe man zu diesem Zwecke zwei sehr schöne Grundstücke, die inmitten der Stadt gelegen seien und — dem Stadtverordneten Matern gehörten!!! Freilich fand die Stadtverordnetenversammlung zuerst die Forderung dafür um 85,000 Mark zu hoch, fügte sich aber schließlich doch den Wünschen des Magistrats. Die dann erforderliche Verbreiterung der neuen Friedrichstraße kostete übrigens auch eine

Kleinigkeit, und das alles müßten die Consumenten tragen. — Das nenne ich eine Illustration der bekannten Declamationen der Fortschrittler über das durch die Kornzölle angeblich vertheuerte Brod „des armen Mannes“. Es wurde hiermit zugleich von conservativer Seite eine immer weitergehende Bewegung inaugurirt, welche auf die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung abzielte, und das später auch erreichte, da das Bedürfniß der Neueintheilung der Wahlbezirke inzwischen ein immer dringenderes geworden war. Auf die Einzelnheiten dieser Angelegenheit, wie auf die weiteren conservativen Beschwerden über die Stadtverwaltung gehe ich später ein.

Neben solchen äußeren Angelegenheiten nahm aber auch jetzt wieder die immer weitergehende innere Organisation der Partei die Thätigkeit der Betheiligten in besonderer Weise in Anspruch. Der conservative Verein des zweiten Wahlkreises nahm unter dem Präsidium Luckhardt's den Namen „Centralverein der Conservativen im zweiten Reichstagswahlkreis“ an, er erweiterte seine Function über die Grenzen der politischen Agitation hinaus, insofern er eine Commission niedersetzte, um über die Bildung einer Spar- und Darlehnscasse schlüssig zu werden, nachdem Herr Julius Schulze in einem Vortrage über die Ziele des Creditwesens eine derartige Inangriffnahme dringend empfohlen hatte. Eine gleiche Bewegung fand auch in anderen Vereinen statt, welche zur Constituirung solcher Darlehnscassen denn auch führte. Freilich sind dieselben vereinzelt geblieben, trotzdem es nicht zu leugnen ist, daß solche Institutionen recht segensreiche Früchte getragen haben und noch tragen. Der Bürgerverein Alt-Berlin hat eine derartige Sparcasse errichtet, die meines Wissens heute noch besteht, freilich in error auf der Grundlage der Solidarhaft für das von dem Verein zu Darlehnszwecken aufgenommene Baarcapital. Auch der Verein Friedrichswerder hatte sich für eine derartige Casse ausgesprochen, doch sollte hier die Theilhaft Platz greifen, deren Einführung damals von dem Freiherrn v. Mirbach im Reichstage beantragt war. Sehr thätig für die Ausführung der Idee im Kreise der Berliner Bürgervereine war Herr Julius Schulze, der immer die praktische

Verwerthung des Genossenschaftsgedankens im Auge behaltend, auch für Innungsbanken auf genossenschaftlicher Grundlage Propaganda machte. Dieser Herr hatte auch für den Centralverein der Conservativen im zweiten Wahlkreise ein Cassen-Statut entworfen. Doch fand dasselbe damals nicht die Billigung des Vereins, weil nach Ansicht des Ausschusses zu große Verhältnisse angenommen seien, anstatt die Institution für die mittleren Gewerbtreibenden und Beamten nutzbar zu machen. Die Idee ist dann in diesem Vereine fallen gelassen. Unter den Vorsitz des früheren Redacteurs der „conservativen Correspondenz“ Herrn de Grahl wurde ein Verein „Bismarck“ im Westen gegründet, der zunächst durchaus in dem Fahrwasser des erstgenannten älteren Brudervereins schwamm. Dazu traten alsbald andere, neugegründete Vereine, wie derjenige „Obere Friedrichstadt“ unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Koehne, der anti-fortschrittliche Verein im 35. Stadtbezirk und der Louisenstädtische Bürgerverein, in welchem, wie ich erwähnen will, gelegentlich einer Sitzung Herr Obermeister Meyer eine den ebenfalls neugegründeten „Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Drechsler und verwandten Gewerbe“ betreffende Mittheilung machte, dahin gehend, daß derselbe eine Lohnstatistik und die Organisation des allgemeinen Arbeitsnachweises befürworten wolle, — wahrlich im Hinblick auf die Verhältnisse in Berlin und die Strikes in den verschiedenen Gewerben eine lohnende und zeitgemäße Neuerung.

Insbesondere aber ist hier der Bürgerverein „Vorwärts“ zu nennen, welcher von dem Fabrikbesitzer Pretzel im fünften Wahlkreise gegründet, sich in Gemäßheit seines durch eine große Mitgliederzahl geschaffenen Einflusses viele Verdienste um die Bewegung erworben hat, insbesondere, nachdem der Abg. Cremer diesem Verein seine ganz besondere persönliche Unterstützung und Zuneigung zugewendet hatte. Herr Pretzel hatte bei Constituirung des Vereins auch in sehr sachgemäßer Weise darauf Bedacht genommen, die Vereinsinteressen durch ein besonderes Organ zu pflegen und gründete daher den damals nur für den Verein bestimmten „Vorwärts“, der später, nachdem der Verlag für

13,000 Mk. an Herrn Luckhardt übergegangen war, als wöchentlich erscheinendes Vereinsorgan der gesammten conservativen Vereine Berlins fungirte. Ich habe längere Zeit hindurch die Redaction dieses Blattes geleitet, mein Rücktritt erfolgte aus später zu erörternden Motiven. Die Parole des Blatts, wie des Vereins war die Cremer'sche Leibdevise „Christenthum, Vaterland und Monarchie".

Neben diesen politisch-communalen Vereinen traten jedoch auch andere, sich an die conservativen Grundideen anlehnende, aber specielle Tendenzen im Auge haltende Vereinigungen auf, von denen ich den unter Lieutenant a. D. Jensen gebildeten „Allgemeinen patriotischen Beamtenverein zu Berlin", den von Freiherrn von Monteton gegründeten „Hohenzollernclub", den „conservativen Club von Berlin", den „christlich-deutschen Frauenverein" und den „Centralverein für Volksbildungsfreunde" nenne. Es sei mir gestattet, einige dieser letzteren Vereine hinsichtlich ihrer Zwecke und Stellung kurz zu skizziren. Was den „deutschen Frauenverein" anbelangt, so war dessen Lebensdauer keine sehr lange, und zwar mag das aus dem Umstande herzuleiten sein, daß die Damen nicht immer Gelegenheit hatten, ihre Versammlungen durch passende Vorträge interessant zu machen. Einige Male hatten Herr Cremer oder andere Redner derartige Vorträge übernommen, doch später, als diese Herren keine Zeit mehr dafür erübrigen konnten, unterblieb das und die Sache selbst schlief ein. Vielleicht traten viele der Mitglieder des Vereins später nach erwachter Colonialbewegung in den für die Förderung der afrikanischen Verhältnisse entstandenen Frauen-Verein über.

Der Verein bezweckte zufolge seines Statuts folgendes:

1) Die Pflege des christlich-deutschen Sinnes;
2) so viel als möglich zu veranlassen, daß deutsche Frauen ihren Bedarf und sei er noch so gering — nur in christlichen Geschäften kaufen, resp. bei Christen arbeiten lassen, und sollten die Mitglieder des Vereins hierbei insbesondere die Mitglieder selbst berücksichtigen;

3) die Unterstützung von nothleidenden christlichen Familien, insbesondere von alten Frauen, resp. Wittwen;
4) besonders aber auch die Unterstützung der Vereinsmitglieder, welche durch Krankheits-, Todes- oder andere Unglücksfälle Hülfe in Anspruch nehmen mußten, und konnte den Mitgliedern, welchen der Ernährer gestorben, also Wittwe geworden waren, wenn es gewünscht ward und zweckmäßig erschien, auch ein kleines Geschäft gekauft oder eingerichtet werden, damit dieselben sich und respective ihre Familie ernähren konnten.

Ausgesprochene *politische* Ziele hat der Verein demnach keinesweges verfolgt, was ich meinerseits auch nicht bedauere, denn unseren Frauen gebührt eine sich an politische Zwecke anlehnende Vereinsthätigkeit nicht, selbst wenn dieselbe sich noch im engen Rahmen der weiblichen Anschauungen über öffentliche Verhältnisse bewegte. Wir haben in der Folge sehen müssen, welche unangenehmen Zerrbilder daraus entstanden, daß die Frauen sich über ihren eigentlichen und natürlichen häuslichen Kreis in's öffentliche Leben wagten. Ich mag mich mit meiner Ansicht vielleicht im Widerspruch mit manchen Gesinnungsgenossen befinden, sicherlich aber mit allen Socialdemokraten, welche bei jeder Gelegenheit betonen, wie die Frauen ihre indirecte Antheilnahme an den politischen Dingen dadurch bethätigen müßten, daß sie die Männer zum actuellen Eingreifen animirten. Meiner Meinung nach sind solche Männer traurige und entbehrliche Politiker, die sich erst durch die Rippenstöße der Frau zur Antheilnahme an den öffentlichen Geschäften zwingen lassen. Wenn die Socialdemokratie sich dessen rühmt, daß die Frau ihre beste Bundesgenossin sei, so stößt das meine Behauptung nicht um, denn es wird eben dadurch bewiesen, daß das weibliche Geschlecht sehr leicht geneigt ist, weitgehende politische Verhältnisse vom schiefen Gesichtswinkel aus zu betrachten, da sie, für enge häusliche Verhältnisse angelegt und erzogen, nicht im Stande ist, die Tragweite politischer Maßnahmen für die Allgemeinheit zu berechnen. Meiner Ansicht nach thut die Frau vollkommen ihre Pflicht, wenn sie im Hause den Altar der Gottes-

furcht, der Moral und Königstreue pflegt und hegt, das übrige aber getrost ihrem Mann überläßt. Die Frau hat das Cultusministerium und das des Innern in ihre Verwaltung zu nehmen, der Mann die äußeren und Finanzangelegenheiten. Wenn sich beide nun noch nach altem deutschen Brauch in das Arbeits- und Wirthschaftsministerium theilen, so weit es angänglich, dann wird der häusliche Staat gewiß blühen und gedeihen.

Ein anderes ist es mit der Theilnahme an den aus der politischen Verbindung hervorgegangenen geselligen Anschlüssen der Männer. Hier war der Griff des Herrn v. Monteton ein äußerst glücklicher zu nennen, was auch schon daraus hervorgeht, daß der Hohenzollernclub heute noch blüht, wächst und gedeiht. Derselbe wurde damals mit 266 Mitgliedern und ausreichendem Capital eröffnet, er diente ausschließlich der Geselligkeit der besseren conservativen Elemente, und seine Einrichtungen waren und sind heute noch so getroffen, daß Jeder sich in ihm wohl und behaglich fühlen kann. Noch mehr sympathisch wie der Hohenzollernclub war mir persönlich der „Conservative Club von Berlin“, in dem ich sehr häufig Gast gewesen bin und welcher seine großen, wohl ausgestatteten Räumlichkeiten (Jägerstraße 5) den Parteigenossen sehr gern zu deren geselliger Erholung etwa nach schwerer Arbeit in den Versammlungen öffnete. Als Vorsitzender fungirte hier der so liebenswürdige Generallieutenant v. Puttkamer, Excellenz, der zwar niemals öffentlich in der politischen Bewegung hervorgetreten ist, aber dennoch im Stillen manchen schweren Stein des Anstoßes für die Conservativen vermöge seines großen Einflusses aus dem Wege zu räumen verstand. War an ihn etwa eine derartige Anforderung herangetreten, dann blieb er in unermüdlicher Anstrengung, bis es ihm gelungen war, die befriedigende Thatsache zu verkünden. Er starb viel zu früh, ganz plötzlich, doch nicht, bevor er neue Beweise seines Patriotismus bei Gelegenheit des Bismarckfackelzuges im Jahre 1885 gegeben hatte, welche Episode ich später eingehend behandle. Friede der Asche dieses wahren Edelmannes von echtem Schrot und Korn!

Was endlich den Centralverein der Volksbildungsfreunde

anbelangt, so existirt derselbe meines Wissens ebenfalls nicht mehr. Das ist sehr bedauerlich, denn er hatte außerordentlich zweckmäßige Tendenzen, was schon aus dem Namen desselben hervorgeht. Er wollte belehrend und ermunternd auf die conservativen Volkselemente wirken; doch kam er leider über eine nur geringe Mitgliederzahl nicht heraus, obwohl die in demselben gehaltenen Vorträge gewiß der weiteren Verbreitung würdig gewesen wären. So sprach Herr Dobert einmal über Georges, den bekannten Socialpolitiker, Julius Schulze über Eisenbahnwesen, sehr viele Vorträge wurden auch von dem Redacteur der „N. A. Ztg.", Herrn Dr. Eickfen und Anderen gehalten; kurz, es war ein Sammelpunkt der geistigen conservativen Interessen zu nennen, der besonders auch von Vertretern der conservativen Presse Berlins, Herrn Chef-Redacteur v. Hammerstein, Herrn Redacteur Neumann 2c. mitunter frequentirt wurde. Vielleicht würde ein erneuter Anstoß jetzt besseren Erfolg haben, wie damals, wo die politischen Meinungen noch vielfach ungeklärt und die conservativen Elemente zum Theil noch unorganisirt umherirrten.

Von Versammlung, belehrender Unterhaltung, Organisationsarbeit und geselligen Freuden hinweg waren die Conservativen in jener Zeit zweimal gezwungen, an die Särge von theuern Mitkämpfern zu treten, um ihnen das letzte Ehrengeleit zu geben. Es starben die Herren Obermeister Bierberg, der früher einmal von den Innungen aufgestellte Reichstagscandidat, und Dr. Willy Böhm, der Mitbegründer des Bürgervereins Ost-Louisenstadt. Doch der Trauer um den Verlust sich hinzugeben, fanden die Conservativen nur wenig Zeit, denn inzwischen war das Tabaksmonopol auf die Tagesordnung des Reichstags gesetzt, und es bedurfte dringend der Stellungnahme zu diesem Gesetz seitens der Berliner Conservativen. Die Herren vom Fortschritt benutzten zu diesem Geschäft, d. h. um möglichst gegen die Vorlage Stimmung zu machen, die ihnen am meisten geeignet erscheinende Sonntagsvormittagsmuße, nach dem von ihnen oft genug dargethanen Grundsatz, daß die Sonntagsheiligung sich am besten bewerkstelligen lasse durch einen Gang in das Gefilde der Politik. Da

die Conservativen einen Kirchgang vorzogen, so blieben ihnen für ihre politischen Aufgaben nur die Abende, welche denn freilich auch in ihrer ganzen Ausdehnung in Anspruch genommen werden mußten, um der ernsten Sache auch mit dem erforderlichen Ernst näher zu treten, der um so mehr vonnöthen war, als ja bekanntlich diese gesetzliche Neuerung als „Patrimonium der Enterbten" dazu beitragen sollte, die erforderlichen Mittel für die Weiterführung der Socialreform aufzubringen. Die Fortschrittler hatten es ja sehr bequem, denn sie ließen ganz einfach das „Pfeifchen des armen Mannes" in den Vordergrund treten, sprachen von fortdauernder Mehrbelastung der niederen Bevölkerungsclassen, von dem Grauen, das die Verstaatlichung im Allgemeinen und die des Tabaks im Besonderen im Gefolge habe, und waren dann mit ihrem Veto fertig. Diejenigen, welche aber vorurtheilslos und mit dem besten Wollen, für die Bedürfnisse des Reiches zu sorgen, an die Regierungsvorschläge herantreten, konnten sich mit diesen Punkten nicht begnügen. Man mußte sich doch sagen, daß die Regierung ihre schon oben erwähnten Gründe haben müsse, um zu dem, wie ihr bekannt, im Volke nicht sympathischen Mittel des Monopols zu schreiten, und diese finanzpolitischen Gründe fanden denn auch im Schooße der Conservativen Berlins gerechte Würdigung. Die von der Fortschrittspartei erfundene Fiction, daß es sich nur um Bestreitung von erhöhten Militärforderungen handle, konnte bei den Conservativen weder Glauben noch Einfluß gewinnen, oder vielleicht nur insofern, als dieselben sich sagten, daß Deutschlands Wehrkraft bei unserer exponirten Stellung gegen das Ausland auch auf das thunlichst höchste Maaß gestärkt werden müsse, denn ein unglücklicher Feldzug, und wir hätten das Hundertfache von dem bezahlen müssen, was das Monopol von uns verlangte. Die weitere fortschrittliche Legende, daß der Tabakbauer durch das Monopol ruinirt werden würde, während zugleich die Befürchtung geltend gemacht ward, daß die Regierung zu theuer einkaufen würde, mußten von den conservativen Rednern Abend für Abend widerlegt werden, denn begreiflicher Weise war es erforderlich, den Gegnern das Terrain Schritt für

Schritt abzugewinnen, je mehr das Berliner Wählerpublikum sich für den Fortgang der Discussion über diese Frage interessirte. Ein Hinblick auf die französischen Verhältnisse, bei denen die Einnahmen aus dem Tabak von 32 auf 230 Millionen seit 35 Jahren gestiegen waren, konnte freilich das unbequeme Gefühl für den Raucher nicht beseitigen, künftig auf Monopolcigarren angewiesen zu sein. Touristen durch Oesterreich und Italien wußten ja, welche Zumuthungen dort an den guten Geschmack in rauchlicher Hinsicht gestellt wurden. Dazu trat die fein angelegte und vielfach auch auf fruchtbaren Boden fallende gegnerische Agitation gegen die Straßburger Tabaksmanufactur und deren Director, Regierungsrath Roller, gegen dessen angeblich dunkle Geschäftsführung der allezeit witzige Herr Alexander Meyer so hämische Bemerkungen in seiner „Tribüne“ gemacht hatte, daß er dieserhalb zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wurde. Das gab der Lustigkeit dieses Parlamentsspaßmachers freilich einen bedenklichen Stoß. Mit nicht minderem Eifer aber wurden von conservativer Seite die Erörterungen über andere wichtige politische Fragen fortgesetzt, insbesondere über die schon mehrfach erwähnten Punkte der Arbeiterfrage. Verschiedene Resolutionen wurden gefaßt, in Betreff des Normalarbeitstages, der weiblichen Industriearbeit und der Gefängnißarbeit, und die Conservativen konnten mit hoher Befriedigung bemerken, daß die arbeitende Bevölkerung ihrem emsigen Streben nach Klärung der Sachlage auf diesem Gebiete mit großer Aufmerksamkeit folgte, und sich auch rege an den Versammlungen betheiligte. Freilich verfielen die darunter befindlichen unverbesserlichen Socialdemokraten immer wieder in den Fehler zurück, ihre alten Tiraden über das Socialistengesetz und ähnliche Sachen laut werden zu lassen, was dann natürlich nicht selten die Auflösung der Versammlung zur Folge hatte. Wenn man sich je auf socialdemokratischer Seite darüber klar geworden wäre, daß die ruhige leidenschaftslose Discussion über die Streitpunkte das beste Mittel sei, um zur Verständigung zu gelangen, dann wäre vieles im Berliner politischen Leben zum Besseren geändert worden, aber die Socialdemokraten wollten das ja nicht

einsehen; ihnen kam es stets darauf an, ein richtiges Verständniß über alle diese die Arbeiterwelt bewegenden Verhältnisse in der letzteren nicht aufkommen zu lassen; — darin bestand ihre Macht und ihr Einfluß. Doch einzelne freilich nur relative Erfolge hatten die Conservativen damals auch in dieser Hinsicht aufzuweisen, was bei der ängstlichen Zurückhaltung der Socialdemokraten vor jedem etwaigen Zugeständniß an andre Parteien allerdings ja schon viel sagen wollte.

Der bekannte Arbeiterführer Vergolder Ewald, welcher später in dem Stöckerprocesse noch eine Rolle spielen sollte, fühlte sich beispielsweise einst zu der Erklärung gegen die Fortschrittspartei gedrungen, daß dieselbe sich vor den Wahlen immer arbeiterfreundlich stelle, während sie nach den Wahlen den Arbeitern den Rücken kehrten. Aehnliches konnte der Arbeiterführer von der conservativen Partei rechtmäßig nicht behaupten, denn diese ist sich vor wie nach den Wahlen in ihrer Arbeiterfreundlichkeit stets gleich geblieben. Ich will hier noch einschalten, daß damals zum ersten Mal das sehr selten wiederholte Ereigniß eintrat, daß Herr v. Hammerstein sich bewogen fühlte, ebenfalls einmal als Redner aufzutreten, und zwar im Bürgerverein des Norddistricts. Der genannte Abgeordnete, obwohl in Berlin domicilirt, hat sich leider im Ganzen viel seltener öffentlich hören lassen, wie andere auswärtige conservative Abgeordnete, was freilich mit seiner zeitraubenden Thätigkeit als Leiter der „Kreuzzeitung" zu entschuldigen ist. Später fungirte er jedoch als Vorsitzender eines Bürgervereins im Thiergartenbezirk, und hat damit seine Zugehörigkeit zu den Berliner Conservativen bewiesen.

Die „Kreuzzeitung", obwohl sie ja der Bewegung vorläufig weniger Interesse zuwandte wie den politischen Verhältnissen außerhalb Berlins, trat in der Folge doch mit sehr scharfen Kritiken über vermeintliche Auswüchse in derselben hervor, die jedoch in den Augen vieler Anderer nicht diese Zurechtweisung verdient hätten. Beispielsweise geschah das bei einer Gelegenheit, wo ein Bürgerverein am Sonnabend ein harmloses Tanzkränzchen arrangirt hatte. Die „Kreuzzeitung" kanzelte dieses Benehmen tüchtig

herunter, da das die Sonntagsheiligung beeinträchtige. Es wäre besser gewesen, wenn das Organ sich mit derartigem Splitterrichterthum nicht befaßt hätte, zumal es mit einer derartigen einseitigen und überaus rigorosen Auffassung mutterseelenallein dastand. Doch welches Berliner conservative Organ hätte in jener für die Publicistik so schwierigen Zeit nicht ein oder ein ander Mal einen kleinen Bock geschossen?

Unter solchen Arbeiten war allmählich die heiße Jahreszeit herangerückt, welche unter dem Namen „sauere Gurkenzeit" gemeinhin eine wohlthuend beruhigende Wirkung auf den in den übrigen Monaten weidlich gehetzten Politiker ausübt, jene Zeit, in der die Reporter ihrem Mittheilungsbedürfniß bis in die gewagtesten Regionen hinaus die Zügel schießen lassen. Für die Berliner conservative Bewegung war freilich ein Stillstand auch jetzt nicht zu bemerken, zumal zwei Ereignisse: ein mehr locales, ein anderes internationales, die Veranlassung gaben, daß die einschläfernden Temperaturverhältnisse diesmal ihren Einfluß auf die locale Politik vollkommen verfehlten.

Hatten die Berliner Bürgervereine schon des öfteren gegen die parlamentarische Arbeit der liberalen Abgeordneten Berlins in Resolutionen energischen Widerspruch erhoben, so zum Beispiel der deutsche Bürgerverein im Stralauer Stadtviertel gegen Herrn Träger unter Beilage der Namensliste sämmtlicher 460 Mitglieder, so galt es jetzt die Stellungnahme gegen einen Berliner Professor, der in seinem Gelehrtendünkel sich vermaß, über den größten Staatsmann unserer Zeit zu Gerichte sitzen zu wollen: Einer, der die Geschichte der Römer schrieb, wollte einen Mann kritisiren, der die Geschichte des neuen deutschen Reichs gemacht hat. Herr Mackower, ich vergesse den Namen nicht, sagte zwar in einer fortschrittlichen Versammlung, daß der einzige Ort, um den Streit zwischen den beiden Heroen auszukämpfen, der Reichstag sei. Aber das Gericht war doch anderer Meinung und zog Herrn Mommsen wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck auf die Anklagebank. Freilich waren die der Mommsen'schen Hausbibliothek entnommenen Ausdrücke über den Reichskanzler auch

nicht recht dem heutigen Salonton entsprechend. Man mag vielleicht zu Zeiten der römischen Republik dergleichen Redensarten als sittig und fein angesehen haben, wie Schwindel und Interessenpolitik, neues Prophetenthum ꝛc. Herr Mommsen zog sich diesmal noch mit geschickter Rückwärtsconcentration ziemlich aus der Affaire, wäre aber bei einem Haare noch über den sich ihm gegenüberstellenden Professor Wagner gestolpert, welcher ihn wegen Angriffs auf seine, des letzteren, Person zur Rede stellte. Auch hier wußte Herr Mommsen keinen besseren Weg einzuschlagen, als daß er wiederholt behauptete, mit der „Schwindelpolitik" absolut nichts und Niemand gemeint zu haben. Daraufhin ließ man ihn achselzuckend in Ruhe, diesen Greis — der sich nicht anders zu helfen weiß, wie mit leeren Ausflüchten. Den interessanten Schriftwechsel zwischen Mommsen und Wagner über diesen Fall zu veröffentlichen, würde mich zu weit führen.

Das andere Ereigniß war dazu geeignet, die antisemitische Bewegung, welche eine Zeitlang durch andere actuelle politische Angelegenheiten in den Hintergrund gedrängt war, wieder auf's Neue zu beleben. Es handelte sich um den Mord an der Esther Salomossy in Tisza Eszlar, der als ritueller Mord, durch einen jüdischen Schächter begangen, ausgelegt ward. Das war das Schlagwort, welches Herrn Dr. Henrici sofort wieder auf den Plan zauberte, in diesem Falle freilich mit voller Berechtigung. Die Aufsehen erregende Affaire kam damals gerade zurecht, um auf dem bevorstehenden internationalen Antisemitencongreß zu Dresden einen hervorragenden Punkt der Tagesordnung zu bilden. Die Tisza-Eszlarer Affaire und die gesammte Judenfrage bildete den Gegenstand eines Vortrags des Dr. Henrici in einer sehr zahlreich besuchten Volksversammlung, in welcher der Redner etwa folgendes ausführte.

„Aller Augen sind jetzt nach Egypten gerichtet, und doch liegt uns die Judenfrage näher, als das Bombardement von Alexandrien. Jene Frage wird im Laufe des September in Dresden zu einer internationalen Besprechung gelangen, und wir fürchten nicht, daß die Regierungen der auf jener Versammlung

projectirten Gründung einer antisemitischen Alliance antiisraélite Schwierigkeiten bereiten werden, denn sonst müßten sie ja auch die Alliance internationale israélite, die „goldene“, verbieten. Weil die Juden alle Nationen ausbeuten, darum haben sich heute alle Nationen wider dieselben gewendet, darum ist die Judenfrage eine internationale geworden. Deutschland hat, und dafür werden uns die Juden noch danken, jene Frage am humansten in's Auge gefaßt, während Rußland praktischer zu Werke gegangen ist. Amerika erwies sich den vertriebenen russischen Juden gegenüber anfangs sehr geneigt, die dortige Presse sprach von den „lieben unschuldigen Flüchtlingen“. Heute aber, da man die Leute kennen gelernt, verwahren sich selbst notorische und von Rabbinern geleitete Zeitungen mit dem Bemerken gegen eine weitere Einwanderung, daß ihre Glaubensgenossen, weil dieselben nicht productiv arbeiteten, in Amerika unmöglich seien. In Ungarn hat Istoczy bereits im Jahre 1876 die Judenfrage angeregt, während heute in unseren Parlamenten kaum ein Redner den Muth besitzt, dieses Thema zu berühren. Dabei ist Herr von Istoczy keineswegs ein reicher Mann, sondern Vater einer zahlreichen Familie, welche er durch seine Arbeiten ernähren muß. Zu der Affaire von Tisza-Eszlar übergehend, meint Redner, daß die Ermordung des unglücklichen Christenmädchens durch die Juden angesichts der Thatsache fast unbedeutend erscheine, daß ganze Nationen unter dem wirthschaftlichen Schächtermesser der Juden verbluteten. Im übrigen sei nicht ausgeschlossen, daß auch an anderen Orten sich ähnliche Frevel ereigneten. Kühl bis in das Herz hinein müsse das deutsche Volk die Blutthat in Ungarn betrachten, sonst dürften bei uns die Acte der Selbsthülfe, welche die Russen angewendet, nicht ausbleiben. In hohem Grade befremdlich erscheine es aber, daß der Redacteur einer hiesigen Zeitung, welche Berichte über den Christenmord gebracht, verantwortlich vernommen worden sei (?!) Eine etwaige Erklärung für dieses Vorgehen der Behörde sei darin zu suchen, daß es heute jüdische Staatsanwälte und Richter gebe. Wie ehedem in Deutschland den römischen Kaufleuten römische Juristen gefolgt seien, so den jüdischen Schachern

die jüdischen Richter. Humaner wie unsere Ahnen, müßten wir dieses unnatürliche Verhältniß zu beseitigen suchen, und zwar durch die Bitte an die Regierung, die jüdischen Richter bis zur vollständigen Erledigung der Tisza-Eszlar-Affaire zu suspendiren. Außerordentliche Zustände erforderten außerordentliche Maßregeln und die Indemnität seitens des Volkes werde nicht ausbleiben. Einstweilen solle man stets die jüdischen Richter perhorresciren. Der Redner bemerkt zum Schluß noch, daß er so lange conservativ sein werde, als diese Partei dem social-reformatorischen Programm treu bleibe."

Mehr konnte man von der Sache eigentlich nicht verlangen, als daß sie uns den verlorenen Sohn Henrici in der Berliner conservativen Bewegung wieder gewann. Höchst interessant waren auch die Ausführungen des österreichischen Abgeordneten v. Onody über diesen Gegenstand, überhaupt muß man es dem D. A. B. (deutschen Antisemitenbund) lassen, daß er mit großem Fleiß arbeitete und keine Opfer scheute, um die antisemitische Bewegung wieder vollkommen in die erste Reihe zu bringen. Freilich nahm der bevorstehende Antisemitencongreß die radicalen Antisemiten so in Anspruch, daß sie vor lauter Berathungen und Besprechungen darüber zur Betheiligung an den übrigen, die Reichshauptstadt bewegenden Angelegenheiten nicht kamen und doch waren diese wichtig genug, um alle conservativen Kräfte in Anspruch zu nehmen.

Ich füge hier die Namensliste des Vorstandes des damaligen C. C.-C. und ein Verzeichniß der zu jener Zeit bestehenden Bürgervereine an, um zu beweisen, daß jene conservativen Kräfte sich bereits so wohl organisirt hatten, daß sie in der That schon als eine nicht zu verachtende Armee gegen Fortschritt, Judenthum und Socialdemokratie gelten durften.

I. Vorstand des conservativen Central-Comité's.

Blume, Major z. D., erster Vorsitzender.
Irmer, Dr. phil., stellvertretender Vorsitzender.
Pinko, Rechnungsrath.

Hartwig, Rentmeister a. D.
Pretzel, Fabrikant.
von Bredow, Rittmeister a. D.
Stöcker, Hof- und Domprediger.
Cremer, Landtags-Abgeordneter.
Dr. Wagner, Professor.
Friedrich Luckhardt, Buchhändler.
Bureauvorstand: Grothe, Hauptmann a. D.
Schriftführer: von Ziegler und Klipphausen.

II. Verzeichniß der conservativen Vereine der sechs Reichstags-Wahlkreise in Berlin.

1. Reichstags-Wahlkreis.

Verein der reichstreuen Wähler des 1. Wahlkreises.
Vorsitzender: Rechnungsrath Pinko.

Bürgerverein „Alt-Berlin".
Vorsitzender: Obermeister und Hoflieferant J. H. Meyer.

Bürgerverein „Alt-Cölln".
Vorsitzender: Bäckermeister Bernard.

Bürgerverein „Friedrichswerder".
Vorsitzender: Registrator Neymanns.

Bürgerverein „Dorotheenstadt". (Academie.)
Vorsitzender: Commissionsrath Barella.

Friedrichstädtischer Bezirksverein.
Vorsitzender: Hoflieferant Riebes.

2. Reichstags-Wahlkreis.

Centralverein der Conservativen des 2. Reichstags-Wahlkreises.
Vorsitzender: Buchhändler Friedrich Luckhardt.

Conservativer Bürgerverein der Stadtbezirke 41—44 (obere Friedrichstadt).
Vorsitzender: Landtags-Abgeordneter Koehne.

Deutscher Reformverein für Kaiser und Reich.
Vorsitzender: Hofkupferschmiedemeister Münster.

Verein „Bismarck“.
Vorsitzender: Redacteur de Grahl.

Deutscher Bürgerverein in den Stadtbezirken 58—60.
Vorsitzender: Oberlehrer Hahn.

Verein der Stadtbezirke 57 und 57a.
Vorsitzender: Fabrikant Lagrange.

Deutscher Bürgerverein vor dem Halle'schen Thor, Stadtbezirke 56 und 56a.
Vorsitzender: Kaufmann Rappo.

Deutscher Bürgerverein der Stadtbezirke 54 und 55.
Vorsitzender: Dr. phil. Jobst.

Verein der Stadtbezirke 37—40.
Vorsitzender: Dr. med. Glauert, vertreten durch v. Keller, Rittmeister der Landwehr-Cavallerie.

Deutscher Bürgerverein „Friedrichstadt“.
Vorsitzender: Kaufmann E. Beck.

5. Reichstags-Wahlkreis.

Deutscher Bürgerverein „Ost-Louisenstadt“.
Vorsitzender: Kaufmann Hintze.

Verein der Conservativen der Louisenstadt.
Vorsitzender: Rentmeister a. D. Hartwig.

Deutscher Bürgerverein „Süd-Louisenstadt“.
Vorsitzender: Kaufmann Wellnitz.

Deutscher Bürgerverein „Mittlere Louisenstadt“.
Vorsitzender: Fabrikant Rud. Zöllner.

Bürgerverein der Friedrich-Wilhelmstadt.
Vorsitzender: Bibliothekar Dr. Schiller.

4. Reichstags-Wahlkreis.

Südost-Verein.

Vorsitzender: Kaufmann Reinh. Tetzer.

Bürgerverein „Ost-Berlin".

Vorsitzender: Apotheker Krampf.

Deutscher Bürgerverein der Königstadt.

Vorsitzender: Dr. Irmer.

Neuer Louisenstädtischer Bürgerverein.

Vorsitzender: Rechnungsrath Hillers.

Verein reichstreuer Wähler zur Bekämpfung der Fortschrittspartei und der Socialdemokratie im 4. Reichstags-Wahlkreise.

Vorsitzender: Kaufmann Beschoren.

5. Reichstags-Wahlkreis.

Deutscher Bürgerverein „Vorwärts".

Vorsitzender: Fabrikant Pretzel.

6. Reichstags-Wahlkreis.

Conservativer Bürgerverein „Moabit".

Vorsitzender: Rittmeister a. D. v. Bredow.

Conservativer Bezirksverein „Wedding".

Vorsitzender: Rechnungsrath Engelke.

Conservativer Bürgerverein „Oranienburger Vorstadt".

Vorsitzender: Major z. D. Blume.

Bezirksverein der Prenzlauer Vorstadt.

Vorsitzender: Professor Dr. Bellermann.

Nordverein.

Vorsitzender: Professor Dr. Brecher.

Conservativer Bürgerverein der Stadtbezirke 167—170.

Vorsitzender: Dr. Boehme.

Verein der Hamburger Vorstadt.
Vorsitzender: Mechanikus Mayerhoff.

Conservativer Bürgerverein des Norddistricts.
Vorsitzender: Kaufmann C. Heydtmann.

Conservativer Bürgerverein „Gesundbrunnen".
Vorsitzender: Kaufmann Belling.

Im Laufe der folgenden Zeit sind dann immer wieder neue Bürgervereine entstanden, doch wird es mir nicht möglich sein, jeden einzelnen derselben in meiner Darstellung zu berücksichtigen und namhaft zu machen.

12. Capitel.

Parallelbewegungen im Sommer 1882.

Das rein politische Gebiet zur alleinigen Domaine der conservativen Bürgervereine zu machen, verboten die Berliner speciellen Localverhältnisse ganz und gar, da es auch weitere Interessen gab, die die Mitarbeit conservativer Männer nothwendig machten. Zu solchen Interessen gehörte vor allen Dingen das kirchliche, und dann im weiteren Sinne des Worts das communale Gebiet, zumal auf beiden Actionen bevorstanden, welche eine Umwälzung in conservativem Sinne hervorbringen konnten. Die Frage, ob in der Berliner Bewegung ein christliches Element existirte, muß im Hinblick auf die ältere und stammverwandte christlich-sociale Bewegung durchaus bejaht werden. Das Element war so stark, daß sich im vergangenen Wahlkampfe selbst der Fortschritt demselben nicht zu entziehen vermochte, da ein fortschrittliches Flugblatt seinen Candidaten (Klotz) mit den Worten empfehlen zu müssen glaubte, „daß derselbe etwas auf Gottesfurcht halte". Soweit hatte sich also schon ein allgemeiner Umschwung gegen früher vollzogen. Wohl wies die Berliner conservative Bewegung die verschiedensten partei-politischen Schattirungen auf, die jede in ihrer Art eine Berechtigung hatten. Doch waren alle diese Schattirungen durchsetzt von einer mehr oder weniger großen Dosis Antisemitismus und Antimanchesterthum. Diese Ingredienzien allein hätten aber eine vollkommen irrationelle Einseitigkeit der gesammten Bewegung hervorgerufen, wenn die in ihnen liegenden Negationen nicht auch durch posi-

tive Factoren unterstützt worden wären. Und als solche müssen bezeichnet werden: Monarchismus, Nationalismus und vor allen Dingen die Deutsch-Christlichkeit. Ich betone das „Deutsch" vor der Bezeichnung Christlichkeit nicht ohne Grund, denn wenngleich das Christenthum als solches eine weltumfassende Idee in sich schließt, so werden wir schwachen Menschen dasselbe doch stets nach denjenigen speciellen und oft sehr unterschiedlichen Verhältnissen auffassen, welche in unserer Nationalität ihren Anker finden. Anders wird sich der Italiener, anders der Grieche, anders der Engländer oder Schwede zur Religion des Christenthums stellen, was ja auch durch die vielfachen Sondergebräuche in den einzelnen Ländern vollkommen erwiesen wird. Ich wünsche nun keinesfalls, daß der Deutsche diese seine Anschauung vom Christenthum aufgebe, sondern sie pflege und festhalte.

Das nebenbei bemerkt, betone ich, daß diese deutsch-nationale Auffassung vom Christenthum sich mit den positiven Forderungen des Antisemitismus vollkommen deckte: christliche Obrigkeit, christlicher Eid, christliche Ehe und christliche Schule waren demnach zu den berechtigtsten Programmpunkten dieser antisemitischen Richtung zu zählen; auf diesen Forderungen basirte der sittliche Charakter derselben und der in ihr hervortretende ideale Zug. Um dem Christenthum indessen zu dem gewünschten Einfluß in Berlin zu verhelfen, war es unbedingt nöthig, daß die Conservativen sich mehr darum kümmerten, daß das kirchlich-positive Element mehr in die kirchliche Verwaltung hinein gebracht wurde, um dieser sichtbaren Institution des Christenthums und der Religion mehr Einfluß auf die Gemüther der Berliner Bewohner zu gewähren. Selbst Schleiermacher, den die Liberalen für sich reclamirten, hatte es ausgesprochen, daß an kirchlichen Wahlen, besonders aber an der kirchlichen Verwaltung, sich nur derjenige betheiligen könne, der die Kirche regelmäßig besuche und zweimal des Jahres das Abendmahl empfange. Wenn man auch nicht diesen rigorosen Standpunkt einnahm, so mußte doch von den gewählten Vertretern der Kirchengemeinde verlangt werden, daß sie wahrhafte Christen seien, die für die Kirche ein Herz haben;

besonders aber auch, daß der Wahlact und das Synodalleben nicht zum Possenspiel ausarte. Die Kirche mußte gerade in jener unruhigen Zeit das bleibende Moment in der Flucht der Erscheinungen repräsentiren, und sein ruhender Pol mußte die Kraft ausathmen, die nur allein lebendiger Gottesglaube gewährt. Das schöne Wort Kaiser Wilhelms, daß dem Volke die Religion erhalten bleiben müsse, konnte nicht in Erfüllung gebracht werden, wenn der Kirche nicht die nöthige Autorität zur Seite stand, die zur sittlich-religiösen Zucht so nothwendig war. Aus diesen Gründen war es auch ein Erforderniß für die Berliner Conservativen, daß dieselben in eine auf die im Herbst desselben Jahres bevorstehenden Neuwahlen für die kirchliche Gemeindevertretung bezügliche straffe Agitation traten, welche denn auch im vollen Umfange demnächst erfolgte. Es hing hiervon nicht allein eine vielfach sich als nothwendig herausgestellte Aenderung der kirchlichen Angelegenheiten in den einzelnen Berliner Parochien ab, sondern auch des Ferneren eine anderweitige Zusammensetzung der Berliner Synodalverhältnisse, welche wiederum auf die Förderung des bei dem ungeheuren Zuwachs der Bevölkerung immer mehr hervortretenden Bedürfnisses nach neuen Gotteshäusern und sonstigen kirchlichen Einrichtungen sehr bedeutenden Einfluß hatte. Die der Berliner Bewegung näher getretenen Geistlichen waren naturgemäß die geborenen Vertreter solcher Anschauungen, welche sie in Versammlungen zum Ausdruck brachten; aber auch viele Laien interessirten sich für die Frage derart, daß sie sich nach dieser Richtung nicht minder thätig erwiesen, darunter die Herren Fabrikant Pretzel, Postsecretair Nachfoll, Dr. Blasius u. a. m. Wie sehr nöthig es war, gegen den überhand nehmenden Liberalismus im Kirchenwesen Berlins Front zu machen, ging nicht allein aus der Minderzahl der Taufen und christlichen Trauungen hervor, sondern auch aus anderen Thatsachen, von denen das Emporwuchern von Vereinen und Secten die bemerkenswerthesten waren, die dem kirchlichen Sinn und der religiös-sittlichen Volkserziehung entschieden entgegenarbeiten. Abgesehen von der freireligiösen Gemeinde, welcher damals sogar zu ihren „Betäubungen“

Schulclassenzimmer eingeräumt worden waren, nenne ich hier die Kalthoff'sche kirchliche Volkspartei, welche recht dazu angethan war, den Zersetzungsproceß im kirchlichen Leben zu befördern. Dank jener in den Conservativen lebendigen christlich-kirchlichen Idee war später in den meisten Kirchengemeinden der Sieg auf Seiten der Positiven.

Die kirchliche Bewegung in Berlin hier übrigens näher zu erörtern, erachte ich nicht für meine Aufgabe. Sie kann nur insoweit eine Erwähnung finden, als sie zusammenhängt mit dem Gang der öffentlichen politischen Ereignisse in Berlin. Ich will dabei aber durchaus nicht sagen, daß sie weniger Beachtung verdient hätte. Im Gegentheil werde ich vielleicht später Gelegenheit nehmen, dieselbe zum ausschließlichen Gegenstande meiner Betrachtungen zu machen.

Nicht minder wichtig war aber auch die Communalbewegung, welche in den Sommermonaten des Jahres 1882 ihren eigentlichen Anfang nahm, und zwar deshalb, weil die schon längst von den Conservativen gewünschte Auflösung der Stadtverordnetenversammlung jetzt in greifbare Nähe gerückt war. Der Minister des Innern und der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hatten bereits der Berliner Stadtverordnetenversammlung in einem vom 31. Mai datirten Rescript mitgetheilt, daß zwar von der Bestellung von Commissarien für die Fortführung der Geschäfte der Versammlung bis zur Neuwahl Abstand genommen werden könnte, da die Continuität der Geschäftsführung wohl inzwischen durch die alte Corporation aufrecht erhalten werden könnte. Aber gegen die rechtlichen Bedenken, welche der Neueintheilung der Wahlbezirke durch den Magistrat ohne Specialgesetz oder octroyirte Verordnung entgegen ständen, und die nach Ansicht des Magistrats auch durch den § 21 der Städteordnung nicht ohne Weiteres ihre Erledigung finden könnten, da hier nur von Ergänzungswahlen die Rede sei, führte der Minister den § 14 in's Feld, nach welchem verordnet ist, daß der Magistrat die Anzahl und Grenzen der Wahlbezirke, sowie die Anzahl der von einem jeden derselben zu wählenden Stadtverordneten nach

Maßgabe der Zahl der stimmfähigen Bürger selbst festsetze. Der Minister deducirte, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um Ergänzungswahlen, sondern um eine vollständige Neuwahl handle, und demnach liege die Sache genau so, wie bei Emanation der Städteordnung, zu der der § 14 gleichsam eine Ausführungsbestimmung ist. Die liberale Majorität in der Communalverwaltung war über die bevorstehenden Maßnahmen, abgesehen von allem andern, auch deshalb so entrüstet, weil sie glaubte, daß darin eine gewisse Strafe liege. Wahrscheinlich schlug das böse Gewissen. Darin war indessen der rechtliche Grund der Auflösung nicht zu suchen, wenngleich nicht geleugnet werden kann, daß die Conservativen die vielen Sünden der Stadtverordnetenversammlung zum eigentlichen Ausgangspunkte ihrer Agitation für die Auflösung derselben machten, und die Deductionen aus der Städteordnung ihnen nur die entsprechenden willkommenen Handhaben boten. Das fühlte auch Niemand mehr, wie die liberale Majorität selber, und das „Berliner Tageblatt" sprach es offen aus, daß der „Schachzug", den die Conservativen gegen das „rothe Haus" und den Fortschritt jetzt unternommen hätten, äußerst geschickt gewählt sei. Der Rechtslehrer Rönne vertritt gleichfalls die Auffassung, daß die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung keineswegs lediglich als Strafmaßregel erscheine, und übrigens hatte selbst Eugen Richter vor nicht langer Zeit einer derartigen Maßnahme das Wort geredet, um eine gerechte Eintheilung der Wahlbezirke durchgreifend zu ermöglichen. Begreiflicherweise war man in der Stadtverordnetenversammlung keineswegs geneigt, sich das Heft so ohne Kampf aus der Hand nehmen zu lassen. Man fürchtete von einer durchgreifenden Umformung doch gar zu sehr für die den Einfluß, den bisher der Liberalismus durch das „rothe Haus" auf die Berliner Bürger ausgeübt hatte, daher brachte der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Straßmann im Abgeordnetenhause einen Antrag ein, der dem § 21 der Stadtverordnung folgende Fassung geben sollte:

„Die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Stadverordnetenversammlung finden alle zwei Jahre im November statt.

Bei dem zunächst vorhergehenden wöchentlichen Hauptgottesdienst ist auf die Wichtigkeit dieser Handlung hinzuweisen. Die Wahlen der dritten Abtheilung erfolgen zuerst, die der ersten zuletzt. Außergewöhnliche Wahlen zum Ersatze innerhalb der Wahlperiode ausgeschiedener Mitglieder müssen angeordnet werden, wenn die Stadtverordnetenversammlung, oder der Magistrat, oder die Regierung es für erforderlich erachten. Der Ersatzmann bleibt nur bis zum Ende derjenigen sechs Jahre in Thätigkeit, auf welche der Ausgeschiedene gewählt war. Alle Ergänzungs- oder Ersatzwahlen werden von denselben Abtheilungen und Wahlbezirken (§ 14) vorgenommen, von denen der Ausgeschiedene gewählt war. Ist die Zahl der zu wählenden Stadverordneten nicht durch drei theilbar, so ist, wenn nur einer übrig bleibt, dieser von der zweiten Abtheilung zu wählen. Bleiben zwei übrig, so wählt die erste Abtheilung den einen und die dritte Abtheilung den andern. Die in den §§ 19—20 bestimmten Termine können durch statutarische Anordnungen abgeändert werden. Eine Abweichung von der Bestimmung in Absatz 3 ist zulässig, wenn, wegen großer Ungleichheit der Wählerzahl in den Wahlbezirken derselben Abtheilung, eine neue Wahlbezirkseintheilung von den Gemeindebehörden beschlossen, und dieser Gemeindebeschluß von der Aufsichtsbehörde bestätigt wird, oder wenn die Aufsichtsbehörde aus demselben Grunde diese Maßregel anordnet. In einem solchen Falle hat der Magistrat, nachdem die neue Eintheilung von ihm festgesetzt ist (§ 14), sofort bekannt zu machen, in welcher Ordnung bei den Ergänzungs- und Ersatzwahlen die neuen Wahlbezirke an die Stelle der bisherigen treten."

Die Conservativen Berlins beeilten sich dagegen, folgende Petition an das Hohe Haus gelangen zu lassen:

„Dem Hohen Hause der Abgeordneten ist kürzlich seitens des Herrn Abgeordneten Dr. Straßmann ein Antrag, betreffend den Erlaß einer Novelle zur Städteordnung zugegangen, durch welchen unter Umständen die Außerkraftsetzung der nach § 21 der Städteordnung für Ergänzungs- und Ersatzwahlen statuirten Unveränderlichkeit der Communalwahlbezirke ermöglicht werden soll.

Der Herr Minister des Innern und der Herr Oberpräsident der Provinz Brandenburg haben bereits in ihrem am 31. Mai und am 1. September d. J. an den Berliner Magistrat gerichteten Schreiben die Gründe geltend gemacht, welche gegen die Opportunität dieser Novelle sprechen. Wir erlauben uns, noch ein Bedenken anzuführen, welches die rechtliche Zulässigkeit derselben zweifelhaft erscheinen läßt.

Wenn nämlich beispielsweise in Berlin, dessen Wahlbezirks-Eintheilung offenbar den Anlaß zur Stellung des Antrages gegeben hat, der Artikel 21 der Städteordnung zum Zwecke einer Neueintheilung der Communalwahlbezirke auf 6 Jahre suspendirt werden würde, so müßte schon vor der ersten demnächst zu erwartenden Ergänzungswahl der Plan der Neueintheilung für die ganze Stadt fertig gestellt sein. Es würden dann nicht nur diese Ergänzungswahlen in den neuen Bezirken vorgenommen werden müssen, sondern es müßten auch die noch 2 resp. 4 Jahre im Amte verbleibenden zwei Dritttheile der Stadtverordneten auf die Restdauer ihres Mandats den neuen Wahlbezirken zugetheilt werden. Nun müßte bei der Neueintheilung der Wahlbezirke eine ganze Reihe unverhältnißmäßig großer Bezirke verkleinert werden, und hierbei würde es nicht zu vermeiden sein, daß Theile von denjenigen, die bei normalen Verhältnissen bei dem nächsten Termin in ihrem ganzen Umfange zur Wahl aufgerufen werden würden, solchen Wahlbezirken zugeschlagen werden, die erst 2 oder 4 Jahre später zur Wahl kommen. Auf diese Weise würde ein großer Theil der Wähler auf 2 oder 4 Jahre seines Wahlrechts beraubt werden. Andererseits aber würde dadurch, daß die im Amte bleibenden Stadtverordneten den neuen Wahlbezirken zugetheilt werden, der Fall eintreten, daß mehrere derselben 2 oder 4 Jahre lang Bezirke vertreten, deren Einwohner vielleicht nie daran gedacht haben würden, sie zu wählen. Wir sind der Meinung, daß jeder Gemeindewähler das Recht haben muß, mindestens alle 6 Jahre zur Wahl eines Stadtverordneten berufen zu werden, und daß ihm dies Recht durch Verlängerung jenes Zeitraumes um 2 oder 4 Jahre nicht verkümmert werden

darf. Außerdem glauben wir, daß schon in dem Begriff „Ergänzungswahlen" die Bestimmung liegt, daß dieselben nur in den nämlichen Wahlkörperschaften vorgenommen werden können, von denen der Ausscheidende gewählt worden ist, daß also eine andere Abgrenzung der Wahlbezirke nur bei einer Neuwahl sämmtlicher Stadtverordneten vorgenommen werden kann.

Ein Hohes Haus der Abgeordneten bitten wir deshalb gehorsamst,

> Hochdasselbe wolle dem von dem Abgeordneten Herrn Dr. Straßmann gestellten Antrag, betreffend Abänderung des § 21 der Städteordnung Seine Genehmigung versagen.

Berlin, 28. November 1882."

Natürlich setzten die Conservativen auf die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung die größten Hoffnungen, nicht allein hinsichtlich der gerechteren Eintheilung der Wahlbezirke, sondern auch was die Aenderung communaler Verhältnisse betraf, von den politischen gar nicht zu reden. Eine ganze Reihe von Sünden wurde, wie schon bemerkt, der bisherigen Verwaltung vorgeworfen, und je mehr die Liberalen die Maßregel als einen Uebergriff der Regierung oder gar als einen Act der Privatrache des Fürsten Bismarck hinzustellen sich bemühten, desto mehr suchten die Conservativen auch auf dem Gebiete communaler Einrichtungen die Nothwendigkeit einer reformirenden Maßregel nachzuweisen. Dazu gab die Finanzverwaltung der Stadt den ersten Anhalt und zwar im Hinblick auf die neue 170 Millionenanleihe, für deren Verzinsung auf den Kopf 11 Mark entfielen. Man begründete die Ansicht, daß die als sparsam belobte Finanzverwaltung keineswegs diese Bezeichnung verdiene, sondern daß im Gegentheil eine sehr opulente Wirthschaft Platz gegriffen habe. Bei der Anlage des Viehhofs, der Canalisation und der Wasserwerke, habe man mit den Millionen förmlich um sich geworfen. Der alte Viehhof, dessen Cassirung einen ganzen Stadttheil brach gelegt, hätte $3^1/_2$ Millionen und höchstens noch 2 Millionen Reparaturen gekostet, der neue dagegen hätte 10 Millionen verschlungen.

Die Canalisation habe bereits 63 Millionen in den bis jetzt noch grundlosen Brunnen ihres Etats aufgenommen. Für die Anlage der Wasserwerke seien bisher in verschwenderischer Weise 50—60 Millionen ausgegeben, trotzdem dieselben nur ungenießbares, schlechtes Wasser lieferten. Man bewies mehrfach, wie solche Werke um einen geradezu erstaunlich billigeren Preis geliefert werden könnten. Es ward ferner mehrfach der freilich seltsame Umstand hervorgehoben, daß man von der Einführung der Gassteuer, welche bezweckte, etwas von den $2^1/_2$ Millionen, die jährlich nach England von der englischen Gasfabrik auswanderten, dem Stadtsäckel zu retten, nichts habe wissen wollen. Dabei hätte diese Gassteuer die Consumenten des städtischen Gases nicht getroffen, wohl aber die unteren Steuerstufen wesentlich erleichtert. Es wurde nebenher auch auf die gesundheitsschädliche Warmluftheizung in den Schulen aufmerksam gemacht. Alsdann wurde auch darauf hingewiesen, wie tief es zu bedauern sei, daß die Stadt wirklich rentirende Unternehmungen nicht selbst übernommen, z. B. die Pferdebahn. Der Reingewinn derselben betrug im Vorjahre $2^1/_2$ Millionen Mark, woran die Stadt mit 40,000 Mark participirte. Wenn dazu die Gassteuer mit ebenfalls 2 Millionen getreten wäre, dann würde die Summe von $4^1/_2$ Millionen ausreichen, um die 6 untersten Stufen von der Communalsteuer zu befreien. Wenngleich ich allerdings sagen muß, daß die Communalsteuerveranlagungen in Berlin im Vergleich zu denen anderer großen Städte keineswegs exorbitante zu nennen sind, da sie sich stets auf der Höhe von 100 % der Staatssteuer gehalten haben, so ist doch zu bemerken, daß die Entlastung der untersten Stufen der Communalsteuern genau denselben Rang in der öffentlichen Besprechung einnahmen, wie das gleiche Procediren des Staates. Ich meinestheils hätte diese Entlastung nicht für so wichtig befunden, wie die Beseitigung der dem Bürgerthum höchst unsympathischen Miethssteuer. Schließlich war eine große Anzahl von Bürgern zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Wiederherstellung der Mahl- und Schlachtsteuer mit Rücksicht auf die Vermehrung der Einnahmen zur Erleichterung der unteren Steuerstufen ge-

boten scheine. Es war seit der Beseitigung dieser Steuer soweit gekommen, das einzelne Bürger den neunten Theil ihres Einkommens an Communalsteuern bezahlten.

Die Bedeutung der Neuwahlen war in Rücksicht auf dieses lange Register von Forderungen klar, und es wurden überall die größten Anstrengungen gemacht, um unverzüglich in die energische Agitation zu treten, damit bei den Neuwahlen Männer in die Körperschaft geschickt wurden, welche Verständniß für die oben skizzirten schreienden Mißstände und ihre Beseitigung hatten. Kurz und rund, der Fortschrittsring im rothen Hause war es, gegen den sich ein Sturm erhob, um ihn auseinanderzudrängen. Dr. med. Blasius stellte in einer Versammlung des Ausschusses der Bürgerpartei, auf deren Bildung ich zurückkomme, damals den Antrag, hinsichtlich der Stadtverordneten-Candidaten, soweit dieselben von den Conservativen und den Liberalen aufgestellt waren, durch Eintheilung derselben in drei Gruppen planmäßig vorzugehen. Die erste Gruppe, die der Bürgerpartei nicht angehörigen fortschrittlichen Candidaten, sollte absolut bekämpft werden. Die zweite Gruppe, welche nicht politisch hervortretende, indifferente Leute umfaßte, die für die Förderung der städtischen Verhältnisse fleißig arbeiteten, sollte in dem Falle nicht bekämpft werden, daß die Angehörigen der dritten Gruppe, zu der die Conservativen zählten, weniger Aussicht auf Erfolg hätten, wie dieselben. Diese Resolution wurde zwar angenommen und die Auswahl vorgenommen. Jedoch fand dieselbe in so rigoroser Weise statt, daß die beabsichtigte vermittelnde Wirkung ausblieb. Herr Dr. Blasius fand sich darauf veranlaßt, den bisher verwalteten Posten eines Cassirers der Bürgerpartei aufzugeben.

Dem Fernerstehenden mag es vielleicht befremdlich erscheinen, daß die oben bezeichneten Schäden aus dem Liberalismus herstammen sollten, aber wenn ich hervorhebe, daß eben dieser Liberalismus, beispielsweise was das System der indirecten Steuer anbelangt, sofort Gelegenheit nahm, den Widerwillen gegen dieses letztere und die Bevorzugung des directen Systems bei dem Fortfall der Mahl- und Schlachtsteuer zu documentiren, so wird schon aus

diesem einen Punkt der Zusammenhang mit den politischen Anschauungen klar. Der Berliner Bürgerschaft hat diese Beseitigung nur Steuererhöhungen gebracht, während weder Brod noch Fleisch damit nur einen Pfennig billiger wurden. Schlächter und Bäcker kamen dabei natürlich sehr gut fort; das konnte aber doch nicht zu den Aufgaben der Stadtverwaltung gehören. Noch mehr wird die politische Seite der Communalverwaltung durch eine von Herrn Prof. Bellermann einst in einer Versammlung vorgetragenen Thatsache hervorgehoben, nämlich daß man in der Stadtverordnetenversammlung den Beschluß gefaßt gehabt, die Darlehnscassenscheine, welche zum deutsch-österreichischen Kriege im Jahre 1866 ausgegeben wurden, von der Stadthauptcasse zurückzuweisen. Wollte man in der städtischen Verwaltung von Berlin etwa den Ausspruch Virchow's ad oculos demonstriren: „diesem Ministerium keinen Pfennig?"

Aber auch die Pferdebahnfrage scheint mir eine Anlehnung an die staatlichen Verhältnisse zu gestatten. Der Staat war in letzter Zeit nach dem gewiß richtigen Grundsatz, daß die öffentlichen Verkehrsmittel von ihm selbst, aber nicht durch Privatgesellschaften betrieben werden müssen, mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen vorgegangen. Nach derselben Analogie konnte man auch den Satz aufstellen, daß die localen öffentlichen Verkehrsmittel vercommunalisirt werden müßten, was gewiß für die Pferdebahnen am meisten zutreffend war. Ich habe einmal mit Herrn Prof. Wagner über die Verstaatlichung der Verkehrsmittel und andre sich auf seine staatssocialistische Anschauung beziehende Angelegenheiten eine Unterredung gehabt, in welcher dieser berühmte Gelehrte die wahrlich sehr beherzigenswerthe These aufstellte, daß die Verstaatlichung nicht etwa allein als wirthschaftliche, sondern vorzugsweise auch als eine sociale Maßregel ersten Ranges zu betrachten sei, insofern sie dazu diene, die einzelnen Gruppen der Bevölkerung mit ihrem gemeinschaftlichen Interesse näher aneinander zu bringen.

Die fortschrittliche Presse suchte natürlich mit allen Mitteln gegen die neue ihr bedenkliche Strömung anzukämpfen; sie war

auch hier in der Wahl der ersteren nicht gerade penible, und zwar um so weniger, als sie alsbald auch von anderer Seite her eine gleiche Strömung gegen die Communalverwaltung bemerkte. Die Berliner Arbeiter identificirten sich hinsichtlich der meisten Forderungen, insbesondere was die Vercommunalisirung der Pferdebahnen und die Beseitigung der Miethssteuer anbelangt, mit den Conservativen. Trotz aller Vertheidigungsreden seitens der Liberalen, trotzdem Herr Dr. Stryck, der zweite Vorsteher der Stadtverordneten, in einer Versammlung hervorgehoben hatte, daß während der Zeit der conservativen Stadtverwaltung von 1852—1862 sich die Bevölkerung nur um 70,000 Seelen vermehrt gehabt, während jetzt eine rapide Steigerung der Bevölkerungsziffer sich bemerkbar mache, endlich trotz der zahlreichen Hinweise von liberaler Seite auf die Vermehrung der höheren und communalen Schulen unter dem liberalen Regiment, auf die zahlreichen schönen Bauten und Schmuckplätze, welche Berlin inzwischen erhalten, war die Contrebewegung bereits so mächtig geworden, daß schon im November desselben Jahres die Conservativen bei den in 3 Bezirken stattgehabten Ergänzungswahlen (10, 33 und 44—50) mit ihren Candidaten, den Herren Apotheker Riedel, Kaufmann Pickenbach und Dr. Ulrich den Sieg errangen, während sie mit Herrn Dr. Weise im 34. Bezirk in sehr imposanter Minorität von 372 Stimmen unterlagen.

Inzwischen hatte sich auch bereits das Staatsministerium über die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung endgiltig schlüssig gemacht; doch sollte die Auflösung erst am 1. Januar 1884 erfolgen.

Für die Berliner Conservativen war das der Anstoß zu einer erneuten gemeinsamen Action, welche in der Gründung einer alle Gesinnungsgenossen umschließenden „deutschen Bürgerpartei" ihren Ausdruck fand. Das Programm derselben behandelte ausschließlich communale Punkte, deren Verquickung mit den politischen Aufgaben der Bürgervereine nicht passend erschien. In der That hat diese Bürgerpartei in communaler Hinsicht den Conservativen auch zu manchem ferneren Siege über die Liberalen verholfen, wie

ich das in der Folge darthun werde. Erst als die Leiter derselben im Jahre 1885 ihren rein communalen Standpunkt aufgaben, um sich auch der politischen Bewegung zu bemächtigen, auf Kosten der Selbstständigkeit der einzelnen Bürgervereine, hat sie direct schädlich zu wirken begonnen. Ich werde das zu beweisen Gelegenheit finden, und bitte den Leser nur von vornherein, die Bürgerpartei von den auf politischem Boden hauptsächlich stehenden Bürgervereinen stets auseinander halten zu wollen. Die Programmpunkte der deutschen Bürgerpartei sind bereits erwähnt worden, denn sie deckten sich mit den vorhin besprochenen Forderungen der Conservativen. Zwei einander sehr verwandte Wirthschaftsbewegungen waren es, die neben den beiden vorgenannten Actionen ebenfalls zu jener Zeit auftauchten, und zwar sollte die eine derselben später ganz in das socialdemokratische Fahrwasser hinüberlenken. Ich meine die Mäntelnäherinnenbewegung, welche sich mit derjenigen der Schneider gegen die gewissenlose Ausbeutung der Confectionsgeschäfte richtete. Die niedrigen Accordlöhne waren bei beiden Bewegungen die maßgebenden und wichtigsten Factoren. Die öffentliche Moral verdammt die gewissenlose Ausbeutung der Arbeiter durch die Arbeitgeber, zumal wenn dieselbe in so wahrhaft schreckenerregender Weise betrieben wird, wie dies von Seiten derjenigen Firmen geschah, deren Namen die Schneider in einer ihrer Versammlungen zu veröffentlichen sich genöthigt sahen. Die wiederholten Hinweise seitens der conservativen Presse auf das Unsittliche und den öffentlichen Frieden Untergrabende einer solchen Handlungsweise hätte einen heilsamen Druck auf die betreffenden Arbeitgeber ausüben müssen, deren Namen übrigens entgegen dem Wunsche der Schneiderversammlung von der fortschrittlichen Presse todtgeschwiegen worden waren. Die Fortschrittspartei fühlte aber keinen Beruf in sich, den bedrängten Arbeitern wirkliche positive Hülfe zu leisten. Sie glaubte vollkommen genug gethan zu haben, wenn sie ihre alten abgestandenen freihändlerischen Grundsätze auf die Nothdurft der Arbeiter exemplificirte, und sie fälschte nach wie vor die öffentliche Meinung, indem sie von der Vertheuerung der Lebensmittel durch die gegenwärtige Wirthschaftspolitik faselte.

Glücklicherweise trat es damals in einzelnen Erwerbsgruppen immer mehr zu Tage, daß die Arbeiter die Heuchelei jener Partei wohl erkannten und sich denjenigen zuwandten, welche sich von der Engherzigkeit des Manchesterthums bereits längst überzeugt hatten.

Viel nachhaltiger noch äußerte sich die Bewegung der Mäntelnäherinnen, welche sogar den Reichstag später beschäftigen sollte, und dann schließlich in eine Bewegung sämmtlicher Arbeiterinnen in Berlin auslief, welche eine ziemliche Zeit lang das politische Interesse wach erhalten hat, zumal damals die Socialdemokratie in ihr Boden zu gewinnen suchte, was derselben auch gelang. — Dies mit Hülfe von Agitatoren und Agitatricen, unter welch' letzteren die mehr genannte Frau Guillaume Schack später einen bedeutenden Posten einnahm. Ich möchte hier hinsichtlich der Schack etwas vorgreifen und einen Artikel recapituliren, den ich seinerzeit für ein auswärtiges conservatives Organ schrieb, und welcher die Berliner Frauenarbeit behandelt. Der Artikel lautet folgendermaßen:

„Je mehr in allen Industriezweigen sich die Technik vervollkommnet, desto mehr ist eine Decentralisation der Arbeitskräfte erforderlich geworden, an welche freilich, seitdem das Maschinenwesen die körperliche Stärke und Behendigkeit vielfach ersetzt, weniger nach dieser Richtung hin, aber in Bezug auf andauernde Thätigkeit und aufmerksame, geübte Handhabung der maschinellen Hülfsmittel um so größere Anforderungen gestellt werden. Das ist einer der beiden Hauptgründe, weshalb die Berufsthätigkeit des weiblichen Geschlechts sich in neuerer Zeit mehr und mehr auf fast alle Branchen ausgedehnt hat, soweit sie das mit Hülfe von Maschinen betriebene Fabrikwesen betreffen, oder soweit sie eine manuelle Geschicklichkeit erfordern, in welcher die Frauen etwas vor den Männern schon von Natur aus und in Folge der ihnen durch die Weltordnung eingeräumten Stellung im öffentlichen und häuslichen Leben voraus haben. Daß in dieser Hinsicht bereits weit über das Ziel hinausgeschossen ist, haben wir schon oft genug betont, und wir werden nicht eher

mit unseren Forderungen nach einer Reorganisation der Gewerbe- und Fabrikgesetzgebung nachlassen, bis die augenblicklich vollkommen in einander verschobene Stellung der beiden Geschlechter zu einander im öffentlichen Erwerbsleben wieder so geregelt ist, daß im allgemeinen der Mann ausschließlich als das erwerbende, die Frau aber das erhaltende Element in der Familie gilt, denn nur so können die socialen Verhältnisse im Staat wieder gesunden, und kann die Familie als Basis für die Staatsgemeinschaft gedeihlich fortbestehen. Heute nehmen die Frauen, wie gesagt, viel zu viel am öffentlichen Berufsleben theil und daraus entwickelt sich von selbst ihr Hang nach Emancipation und alle diejenigen Forderungen, mit welchen die sogenannten Führerinnen der Frauenbewegung die Arbeiterinnen verlocken, sich ihrer Gefolgschaft anzuschließen. Leider finden derartige Bestrebungen nicht überall die wohlverdiente Zurückweisung, sie werden vielmehr nicht allein von der socialdemokratischen, sondern auch von der freisinnigen Partei unterstützt, haben wir doch nur vor einigen Tagen noch in einem freisinnigen Organ („Berl. Ztg.") gelesen, daß die Frauenrechte unbedingt auf die Ausübung des Wahlrechts ausgedehnt werden müßten. Das edle Viceorgan des Herrn Richter versteigt sich sogar in seinen Auslassungen zu der Behauptung, daß Lassalle und Frau Guilleaume-Schack durchaus auf gleicher Höhe des Geistes ständen, wie ihre Wahlverwandtschaft in socialen Sachen außer Frage sei. Wir unsererseits bestreiten beides, Lassalle war ein genialer Kopf, und ihn auf den Standpunkt der heutigen Socialdemokratie herunterdrücken zu wollen, kann nur der Ignoranz einfallen. Frau Schack aber ist weiter nichts als die Agentin der Firma Bebel-Liebknecht-Singer, nur daß sie wenigstens den ersten Beiden in geistiger Hinsicht und politischem Scharfblick nicht das Wasser reicht. Doch um wieder auf unser Thema zurückzukommen, bemerken wir, daß jeder Beruf, sei er welcher Art er wolle, bereits weibliche Mitarbeiterschaft aufzuweisen hat, was vielfach sowohl in wirthschaftlicher, besonders aber in moralischer Hinsicht schädigend wirkt. Wir wollen dem weiblichen Geschlecht keineswegs den Boden entziehen, auf

welchen dasselbe bei der heute in der That vorhandenen Unlust der Männer zu heirathen, seine Existenz aufbauen kann, aber dieser Boden muß beschränkt bleiben, und überhaupt das Kriterium bieten, daß dem Weibe alle diejenigen Charakter- und Herzenseigenschaften im Berufsleben gewahrt bleiben, die ihm von der Schöpfung verliehen, und mit welchen Pfunden es zum Segen der allgemeinen Menschheit fortwuchern soll.

Ein zweiter Hauptgrund der heute vorhandenen Verschiebung der Erwerbsverhältnisse ist der, daß die Frauenlöhne durchschnittlich geringer sind, wie die Männerlöhne, und zwar zum Theil mit Recht, da den Frauen nicht diejenige physische Arbeitskraft innewohnt, wie den Männern, sie den letzteren daher auch an Leistungen nicht gleichkommen. Ferner ist der Unterschied der Löhne darauf zurückzuführen, daß bei den Frauen ein geringerer Bedarf an Mitteln zum nothwendigen Lebensunterhalt vorausgesetzt wird. — Freilich sind die Lohnunterschiede oft derartig abnorm, daß sie sich aus den vorbezeichneten Umständen nicht rechtfertigen lassen, und aus diesem Grunde sind wir, was die Frauenarbeit zur Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen in finanzieller und ethischer Hinsicht anbelangt, besonders aber in Ansehung der heutigen Hungerlöhne für die weiblichen Arbeiter in den großen Städten, stets auf Seite der letzteren gewesen. Und hier haben wir wieder den generellen Unterschied zwischen Conservativismus auf der einen Seite, Freisinn und Socialdemokratie auf der anderen Seite. Wir unterstützen die Arbeiterinnen nach der wirthschaftlichen und ethisch-socialen Richtung hin, während unsere Gegner nur die politische im Auge haben, wohin wir keinerlei Zugeständnisse zu machen gewillt sind. Freilich thut man gegnerischerseits auch so, als wollte man die Verbesserung der Frauenlöhne ebenfalls herbeiführen, doch ist das, was wir unser Ziel nennen, nur ein Mittel bei jenen Parteien, um die weitergehenden Ziele zu erreichen, und daß dieses Mittel nicht einmal ernst zu nehmen ist, geht aus den Lohnverhältnissen hervor, die bezüglich der in der Singer'schen Fabrik beschäftigten Arbeiterinnen vorhanden sind.

Im allgemeinen belaufen sich die durchschnittlichen Wochenlöhne der erwachsenen Arbeiterinnen in Berlin (ausgeschlossen Verdienst durch Accordarbeit) auf 10 bis 11 Mark in den Gewerben, indessen sind auch Löhne von 7 bis 8 Mark, besonders in der Handschuhfabrikation, als üblich bekannt. Die höchsten Durchschnittslöhne von 14, 15 bis 17 Mark kommen in der Metallindustrie und Textilindustrie vereinzelt, häufiger aber in der Confection und Hutindustrie vor. Löhne von 12 bis 14 Mark sind auch in Druckereien nicht selten. Die Löhne der Arbeiter sind überall beträchtlich höher wie die der Arbeiterinnen. Betrug der Lohn einer Wäschearbeiterin 12 Mark, so empfing der Arbeiter 20 bis 22½ Mark. In der Textilindustrie zahlten Zwirn- und Kunstwollfabriken weiblichen Arbeitern 9 bis 10, männlichen 16 bis 18, Färbereien ersteren 8 bis 9, letzteren 13 bis 15 Mark. Allerdings gestalten sich diese Löhne günstiger, wenn man die Accordlöhne, welche gerade in den wichtigsten Branchen verbreitet sind, mit in Betracht zieht. Freilich schließt die Accordarbeit auch eine viel höhere Ausnützung der eigenen Arbeitskraft in sich, sodaß der Durchschnittspreis nicht höher ist wie beim Tagelohn. Die Arbeitsstellung ist natürlich bei der Accordarbeit von entscheidender Bedeutung. So hatten in einer Hutfabrik die Filzerinnen 12, die Spinnerinnen 10½, die Schleiferinnen 20, die Garniererinnen 15 Mark Wochenverdienst durchschnittlich in Accordarbeit. Demnach scheinen die Accordlöhne der weiblichen Bevölkerung eine Handhabe zu bieten, ihr Einkommen zu erhöhen; dennoch werden dieselben von der arbeitenden Bevölkerung verworfen und im jüngsten Maurerstreik wurde der Vers „Accordarbeit, Mordarbeit" gewissermaßen zum leitenden Gedanken erhoben. Wenn bei den Tagelöhnerinnen ein Durchschnittssatz von 10 bis 12 Stunden täglicher Arbeit bei Unterbrechung von 1 bis 2 Stunden Mittagspause gang und gäbe ist, so arbeiten die Accordarbeiterinnen 13 oder noch mehr Stunden, um etwas mehr zu verdienen.

Daß bei einer solchen hohen Arbeitszeit ein früherer Verfall der Kräfte eintritt wie im Tagelohn, ist als evident erwiesen.

Von den ungefähr 60,000 Arbeiterinnen, die Berlin hat, sind mehr als die Hälfte in der Bekleidungsindustrie thätig; es folgt dann mit etwa 5000 die Textilindustrie, mit je 4000 die Papier- und Lederindustrie, wie der Handel, mit 6000 die Schankwirthschaften und Gasthäuser, mit 2000 die Nahrungsmittelindustrie. In diesen verschiedenen Zweigen sind die Löhne so verschiedenartig, daß sich ein Ueberblick über dieselben, der eingehender ist wie der obige, nicht geben läßt, zumal eben, wie gesagt, die Accordarbeit hinzutritt, deren Verdienstresultate auf der Normirung der Stücklöhne beruhen. Immerhin ist schon aus den vorhin gegebenen Daten ersichtlich, daß die Existenz der Berliner Arbeiterinnen eine sehr kümmerliche ist und daß ein sehr gefestigter Charakter dazu gehört, den Verführungen, die in der Metropole an allen Ecken und Enden lauern, nicht zu erliegen. Insbesondere ist dies schwierig in denjenigen Branchen, die eine dauernde Zusammenarbeit beider Geschlechter bedingen, oder deren Existenz auf den Neigungen des Publicums beruht, wie dies im Schankgewerbe der Fall ist. Den hier vorhandenen Mißständen ist nun der Polizeipräsident von Berlin mit einer Verfügung entgegengetreten, in welcher den Schankwirthen verboten wird, Personen, die bereits unter Sittencontrolle gestanden haben, in ihr Geschäft zu nehmen. Allerdings ist dieses Gebot nur ein unzureichendes Mittel, um die Prostitution in Berlin einzudämmen, zumal es nur einen kleinen Theil der weiblichen Berufsthätigen betrifft. Um hier durchgreifende Besserung zu schaffen, muß der Staat eintreten und durch dahingehende Gesetze sowohl die Berufsthätigkeit der Frauen wie ihre Arbeitszeit auf das normale Maaß beschränken, auch muß in Ansehung der weiblichen Löhne staatlicherseits Wandel geschaffen werden. Denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth."

Aus diesen Ausführungen ist ersichtlich, wie sehr die Arbeiterinnenverhältnisse des intensiven Interesses der die Ordnung im Staatswesen obenanstellenden Politiker bedurften, und in der That hat die conservative Partei in Berlin auch, wie aus den späteren Ereignissen ersichtlich, diese Aufgabe mit Wärme in die Hand genommen.

Es ist selbstverständlich, daß neben den vorbezeichneten, die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Maaße berührenden Angelegenheiten die Conservativen sich auch immer mehr mit der Ausdehnung ihrer Organisationsthätigkeit auf weitere Kreise beschäftigen mußten. Von den in jener Zeit neu entstandenen politischen Vereinen, die auf conservativem Boden standen, ist der „Verein christlich-deutscher Gerechtigkeit" zu nennen, welcher sich den Kampf gegen die jüdisch-liberale Macht auf dem Geldmarkt, sowie auch in der Literatur zur Aufgabe machte. Etwas überschwänglich waren die Ziele des Vereins wohl zu nennen, insofern er neben den vernünftigen Programmpunkten des Stellen- und Wohnungsnachweises beispielsweise zu Gunsten der executirten Schuldner durch Aufkaufen der gepfändeten Sachen interveniren wollte. Als Vorsitzende waren die Herren Dr. von Kirn und Dr. Neubert thätig; der Verein hat, wenn ich nicht übel unterrichtet bin, nicht sehr lange existirt, doch muß er zu denjenigen kurzlebigen Gestaltungen gerechnet werden, deren die Bewegung jener Zeit recht viele aufwies, und die immerhin auf einem sittlichen Boden stehend, die guten Früchte der conservativen Bewegung auch an ihrem kleinen Theil mit zur Reife haben bringen helfen. Der Schwerpunkt der gesammten Bewegung fiel aber nach wie vor in die deutschen Bürger- und conservativen Vereine.

---

13. Capitel.

Die Wahlbewegung des Jahres 1882 (für das Abgeordnetenhaus).

Eine wesentlich erhöhte Thätigkeit mußte der Herbst der conservativen Partei bringen, da die Wahlen zum Landtage bevorstanden und es nunmehr galt, die Scharte des Vorjahres, wenn von einer solchen überhaupt die Rede sein konnte, wett zu machen. Die Conservativen mußten sich hier allerdings von vorn herein sagen, daß gerade mit Rücksicht auf das bei den preußischen Wahlen in Function tretende Dreiclassenwahlsystem diese Action noch weit mehr Schwierigkeiten in Bezug auf den Erfolg bieten werde, wie bei den directen Reichstagswahlen. Selbst wenn die conservative Bewegung schon soweit vorwärtsgedrungen wäre, daß sie die Majorität des Berliner Bürgerthums auf ihre Seite gezogen gehabt hätte — und dies war leider noch nicht der Fall — selbst in ersterem Falle sage ich, wäre an einen positiven Wahlsieg der Conservativen nicht zu denken gewesen, und zwar aus dem Grunde, weil der wohlhabende Mittelstand und die Majorität der Finanzaristokratie in Berlin nach wie vor unentwegt dem Liberalismus huldigte. In die Wahlpraxis übersetzt hieß das: Selbst wenn in der dritten Classe dem Fortschritt der Sieg hätte streitig gemacht werden können, was noch mehr wie zweifelhaft war, so war in der zweiten und ersten Classe die Position der Gegner eine uneinnehmbare. Das zeigte wiederum so recht die großen Mängel des herrschenden Wahlsystems, aber mit großem Rechte müssen alle vielfachen Verbesserungsvorschläge mit dem Worte des Fürsten

Bismarck zurückgewiesen werden, daß dieselben ebenfalls nichts taugen. Auch das allgemeine gleiche Stimmrecht, wie es bei den Reichstagswahlen eingeführt ist, hat gewiß seine großen Schattenseiten, zumal unter dem gesetzlichen Deckmantel der zugekniffften Wahlzettel die staatsfeindliche Propaganda ihr ungenirtes Wesen treiben kann. Wenn ich meinen Geschmack hier offenbaren dürfte, so möchte ich an den von verschiedenenen Seiten ebenfalls gemachten Vorschlag einer beruflichen Interessenvertretung in der gesetzgebenden Körperschaft erinnern, welcher den Vorzug hat, daß bei der Berathung von gesetzlichen Neuerungen jeder Stand sein Für und Wider an maßgebender Stelle zum Ausdruck bringen könnte. Allerdings müssen die berufsstatistischen Erhebungen sich unter solchen Umständen wenigstens alle zehn Jahre einmal wiederholen. Ich gestehe übrigens selbst ein, daß meine Liebhaberei nur sehr theoretischer Natur ist, vielleicht würde die Praxis mit Rücksicht auf den dann jedenfalls noch mehr hervortretenden Meinungsstreit und die noch tiefer gehenden Differenzen zwischen den einzelnen politischen Gruppen die Unmöglichkeit der Durchführung dieser Idee von vornherein ergeben. Doch das nebenbei.

Im September schon wurden seitens des C. C.-C. im Einverständniß mit den Delegirten aus den Bürgervereinen die Candidaten für die vier Berliner Landtagswahlkreise nominirt. Es waren dies folgende Herren: für den I. Wahlkreis v. Rauchhaupt, Stöcker, v. Treitschke, für den II. Cremer, Obermeister Meyer, für den III. Prof. Brecher, Hofpred. Stöcker, für den IV. Stadtverordn. Limprecht und Prof. Wagner. Anstatt des Herrn Geh. Rath v. Treitschke, des hochangesehenen und überall verehrten Universitätslehrers, der von seiner Aufstellung als Candidat wegen seines bedauerlichen Gehörleidens Abstand zu nehmen gebeten hatte, ward Prof. Aegidi aufgestellt, welche Nominatur von einem großen Theil der conservativen Wähler nicht als opportun betrachtet wurde. Auch im vierten Wahlkreise gab der Rücktritt des Stadtverordneten Limprecht zu einer für die Förderung der conservativen Interessen keineswegs geeigneten anderweiten Nominirung Veranlassung. Gott weiß, welche unglückselige Verblendung das Agi-

tationscomité dieses Wahlkreises zu dem sachlich in keiner Weise zu vertheidigenden Schritte gebracht hatte, den bekannten, jetzt längst verstorbenen Dr. Löwe-Calbe als conservativen Candidaten zu nominiren. Das C. C.-C. wies jede Vertheidigung oder Einflußnahme auf diese absonderliche Handlungsweise von sich. Herr Dr. Löwe-Calbe war bekanntlich der Führer jener „wilden" Gruppe im Reichstage, welche zwar sich vom Fortschritt abseits hielt, aber gewiß nicht zu den Freunden der Conservativen gerechnet werden konnte. Man suchte diesen Schritt, gegen den sich übrigens aus der Mitte der Bürgervereine selbst, mit Rücksicht auf die gänzlich unsichere Haltung des gedachten Parlamentariers, energischer Protest erhob, daraus zu erklären, daß Herr Dr. Löwe selbst einmal sein Einverständniß mit der Staats- und Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers erklärt haben solle. Was aber die Sache gänzlich verfehlt machte, war der Umstand, daß Herr Löwe überhaupt nicht erst angefragt wurde, ob er die Candidatur annehme. Das gab nun Veranlassung zu sehr unangenehmen Erörterungen, welche von der gegnerischen Presse weidlich ausgebeutet wurden. Herr Löwe schrieb sehr scharfe Epistel über den Mißbrauch seines Namens und daß er die „Berliner Zeitung" zu seinem Organ für die betreffenden Publicationen ernannte, läßt tief blicken. Als das „Karnickel", welches den Conservativen diese Suppe eingebrockt hat, muß ich den bekannten Volkswirthschaftsrath und treuen Freund der Bewegung, Herrn Ehrenfried Hessel bezeichnen, der freilich dabei gewiß von den besten Absichten geleitet war. Herr Hessel hat diesen kleinen faux pas durch unzählige Dienste, die er der conservativen Bewegung durch seine klaren Vorträge über wirthschaftliche Angelegenheiten gehalten, längst wieder gut gemacht. Die Candidatur Löwe wurde natürlich sofort fallen gelassen; an Stelle des Herrn Brecher im III. Wahlkreise wurde Dr. Irmer gewählt. Als gute Vorbedeutung für den Ausgang der Wahlen war neben dem sehr günstigen Ausfall der kirchlichen Wahlen in der Zwölf-Apostel-Gemeinde auch der Sieg der Conservativen anzusehen, der durch die Wahl des Herrn Aßmann als Obermeister der Schuhmacher-Innung erfochten wurde.

Als größte Stütze für die conservativ-nationale Bewegung, auch hinsichtlich der bevorstehenden Landtagswahlen, mußte die Botschaft unsres allverehrten Kaisers vom 17. November 1881 gelten, welche in rückhaltloser Weise die nationale Politik des Reichskanzlers, welche leider in Berlin durch die Ausbeutung der Tabaksmonopol-Angelegenheit seitens der Fortschrittspartei bei den 81er Wahlen eine Niederlage erlitten, die ausdrückliche Willensmeinung des Herrschers höchstselbst darstellte. Die von den Gegnern so oft gemißbrauchte Behauptung, daß der Kanzler auf eigene Hand Politik treibe, und zwar nicht minder unter dem Widerspruch der Volksmajorität, als unter demjenigen des Kaisers, ward dadurch vollkommen zu Nichte gemacht, und wenn die Gegner nun versuchten, den Eindruck der Botschaft dadurch abzuschwächen, daß sie behaupteten, auch für diesen constitutionellen Act des Kaisers sei der Reichskanzler allein verantwortlich, so ward dies von allerhöchster Stelle und durch den bekannten Erlaß vom 4. Januar 1882 widerlegt, indem der Monarch sein Recht der Aeußerung persönlicher Ansichten über wichtige Regierungsmaßnahmen entschieden in Verwahrung nahm. Der Reichskanzler hatte seine directen Beziehungen zum Volk mittelst der Volksvertretung dazu benutzt, um diese kaiserliche Verwahrung mit Auslegungen so kräftiger Art über die Traditionen der preußischen Dynastie und über die Herrscherrechte des Königs unter der Verfassung zu begleiten, daß dies seinen großen Eindruck im Volke nicht verfehlen konnte, zumal man sich derjenigen segensreichen Reformen erinnern mußte, die seit Jahrhunderten zum Segen des Volks von der Krone ausgegangen waren. Dies directe Eingreifen des Königs in die Interessensphäre der Unterthanen war es, das dem Fortschritt im monarchischen Volksbewußtsein jede Stütze entzogen hatte. Hatte doch ein starrer Republikaner, Lassalle, vor seinem Tode die denkwürdige Aeußerung niedergelegt:

„Von Kindesbeinen an bin ich Republikaner. Und trotzdem, oder vielleicht gerade dadurch bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß nichts eine größere Zukunft

und eine segensreichere Rolle haben könnte, als das Königthum, wenn es sich nur entschließen könnte, sociales Königthum zu werden.

Mit Leidenschaft würde ich dann sein Banner tragen, und die constitutionellen Theorien würden schnell genug in die Rumpelkammer geworfen werden.

Aber wo gäbe es ein Königthum, das den Muth und die Einsicht hätte, sich zum socialen Königthum herzugeben?

Sie werden selbst zugeben, daß sich dasselbe kaum finden dürfte. Und somit — que faire? (Was soll man anfangen?)"

Hiermit glaubte er sein wildes, agitatorisches Vorgehen für die socialistischen Zwecke entschuldigen zu dürfen, machte sich aber, vielleicht mit einer gewissen Divinationsgabe ausgestattet, wie sie kurz vor dem Ausscheiden aus dem irdischen Dasein ja manchen Menschen beiwohnen soll, zum eifrigsten Bannerträger des socialen Königthums. Ja! Kaiser Wilhelm hatte das von ihm an feierlicher Stätte zu Königsberg bei seiner Krönung mit allem Nachdruck betonte Königthum von Gottes Gnaden, daß seit der 48er Affaire in ein Bürgerkönigthum zu verblassen gedroht, durch seine hehre Botschaft vom 17. November 1881 zugleich als ein sociales Königthum hingestellt, in ein Königthum, welches unter Beibehaltung seines Ursprunges von Gott und seiner Verantwortlichkeit vor Gott allein, sich doch herniederbeugt in die Tiefen des menschlichen Elends, der Bedürfnisse der Unterthanen.

Kaiser Wilhelm hatte mit seiner Botschaft dem Volke die Wege gewiesen, auf denen es unter seiner Führung zu wandeln habe, um dereinst, ebenso wie nach außen hin durch die großen Errungenschaften dreier Feldzüge, auch nach innen stark, geeint und vor des Lebens materiellen Sorgen thunlichst geschützt dazustehen. Das war die nationale Politik, wie die Regierung und die sie unterstützende Partei fortan zu treiben gedachten, in diesem Sinne ist auch die schon früher erwähnte Dr. Herrig'sche Brochüre „Heraus aus den Wirren" aufzunehmen. Mag wohl diese kleine

Schrift mehr den Verhältnissen anzupassen sein, welche heute vorwalten, da sie auf das Zusammengehen aller die staatliche Ordnung und den Monarchismus hochhaltenden Parteigruppen und Parteien im Auge hatte, der Zeitpunkt schien für den Berliner Bürgerverein noch nicht gekommen, um sich mit dem Gedanken des Zusammengehens mit andern Parteien zu befreunden. Obwohl der Verfasser die Erhaltung der Selbstständigkeit der conservativen Partei ausdrücklich betonte, obwohl er hervorgehoben hatte, daß an die Wiederherstellung des früheren Verhältnisses der Conservativen mit den Nationalliberalen nicht zu denken sei, so lange die letzteren ihr zeitiges Programm, d. h. ihre hin- und herschwankende Haltung beibehielten, obwohl geradezu vor jedem Mischmasch in der Brochüre gewarnt worden war, machte sich doch eine starke Bewegung gegen die gedachte Auffassung geltend, die für die Wahlperiode nicht nützlich sein konnte. Die „Kreuzzeitung", welche genau so wie heute gegen jede föderative Politik der einzelnen Parteien eingenommen war, schrieb, daß der vom Liberalismus verbrauchte Begriff „national" sich niemals mit dem Begriff „deutsch-conservativ" decken werde, Herr v. Liebermann redigirte in einer Versammlung einen officiellen Protest gegen die „Nationalpartei", obwohl es mit derselben noch gute Wege hatte, und das Herrig'sche Programm auf positiv-conservativem Boden stand. Dagegen gab es auch eine Menge von conservativ gesinnten Bürgern, die wohl in Voraussicht der kommenden Ereignisse keine derartig absprechende Haltung gegen das Programm behaupteten. Herr Luckhardt hatte nach einem Vortrage im Centralverein der Conservativen und einem Correferat des Herrn Dr. Blasius die Genugthuung, daß sich die Versammlung auf den von ihm in dieser Hinsicht eingenommenen Boden stellte und der Vorsitzende des „Bismarcksvereins", Herr de Grahl, gab die gleichen Ansichten kund. Auch der „conservative Bürgerverein Moabit" ließ sich von ähnlichen Motiven leiten, als er nach einem Vortrage des Rittmeister v. Bredow den Namen „nationaler Bürgerverein" annahm. Ich will hier gleich bemerken, daß dies die Anfänge des Cartells in Berlin genannt zu werden verdienen. Doch mußten

noch andere Triebkräfte in Action treten, ehe man daran gehen konnte, die Cartellgedanken irgendwie zum Ausdruck zu bringen. Das liegt, wie gesagt, nicht im Rahmen meiner Darstellung.

Es ergab sich nun freilich aus der Natur der Sache, daß diejenigen Materien, welche die Aufgaben des preußischen Parlaments bildeten, oder bilden sollten, auch für die Wahlagitation benutzt wurden, und hier ist die Candidatenrede des Herrn v. Rauchhaupt nach jeder Richtung hin instructiv, welche er im Centralverein der Conservativen zweiten Wahlkreises hielt, und die ich daher im Auszuge nachstehend reproducire, zumal sie eben die kommenden Aufgaben des Abgeordnetenhauses behandelt:

„Ich habe, so begann der mit lebhaften Acclamationen empfangene Redner, als ich in diesem Frühjahr als Redner an dieser Stelle stand, nicht daran gedacht, daß ich heute als Ihr Candidat vor Ihnen stehen würde. Aber die Pflicht, die conservative Pflicht ruft mich hierher, und es ist hohe Zeit, daß die conservative Partei in die Berliner Wahlbewegung thatkräftig eingreift. Man hat in liberalen Zeitungen, als ich zum ersten Male zu Ihnen gesprochen, behauptet, ich sei herabgesunken auf das Niveau eines Volksredners. Gut, ich acceptire die Bezeichnung mit Stolz, denn eine größere Ehre giebt es nicht, zumal für einen conservativen Abgeordneten, als zum Volke zu reden. Man hat ferner gesagt, ich sei nicht unabhängig in meiner staatsamtlichen Stellung und deshalb nicht würdig, von der freien Berliner Bevölkerung zum Vertreter gewählt zu werden. Gegen diesen Vorwurf sollte mich doch meine politische Vergangenheit schützen. Ich gerade habe mitgewirkt für die Selbstverwaltung, stellenweise im Widerspruch mit meinen politischen Freunden, ich habe eine neue conservative Partei in's Leben gerufen, um die Selbstständigkeit der Communen durchzuführen. Meine Beamtenstellung geht mir nicht über meine Ueberzeugung, aber andererseits möchte ich auch meine Pflichten als Königlicher Beamter nicht außer Acht lassen. Keinenfalls indeß verstehe ich es, wie die von Herrn Eugen Richter redigirte „Berliner Zeitung“ mich als abhängig und reactionär verschreien kann. In den Ton

des Herrn Richter kann man doch nicht einstimmen, das hat die conservative Partei mit Recht abgelehnt.

Das Programm der conservativen Partei ist ein ganz bestimmtes und umfaßt im wesentlichen alle die von der Berliner conservativen Richtung aufgestellten Forderungen. Da ist jede Fractionspolitik ausgeschlossen und muß ausgeschlossen sein, consequent dem Verhalten der Partei zu allen Zeiten. Trotz schwerer Bedenken bezüglich einzelner Fragen haben wir Conservative das Deutsche Reich begründen helfen, wir haben dem Einheitsgedanken überall Rechnung getragen, in später auftauchenden Fragen haben wir unser eigenstes Interesse stets hinter das Allgemeinwohl zurücktreten lassen — ich beziehe mich auf meine Stellung zum Tabaksmonopol, auf meine Warnungen, die, wenn man auf sie geachtet hätte, den Lügen von gegnerischer Seite den Boden entzogen hätten. Die conservative Partei, die so oft mit dem Fürsten Reichskanzler zusammen gegangen ist, hat aus den Zeiten gelernt, und ich hoffe, daß sie den großen reformatorischen Gedanken der Gegenwart, als deren Träger ich die Regierung betrachte, voll und ganz gerecht werden wird. Wenn der Abg. Richter in seiner letzten Rede den Zwiespalt im eigenen Lager zugiebt und Herrn Lasker so ohne weiteres über Bord wirft, dann muß es wohl dämmern in jener Partei. Der Fortschrittskanzler Richter hat es zwar für an der Zeit gehalten, auch seinerseits einmal von Müdigkeit zu reden, aber er wird daraufhin kaum eine ähnliche Aufforderung zum Bleiben erhalten, wie sie Fürst Bismarck von seinem Kaiser erhielt. In der jetzigen Zeit muß entschieden Stellung genommen werden, da sind Mittelparteien nicht mehr am Platz. Aus der Mischung von Dämmerungs-Liberalen und Dämmerungs-Conservativen würde ein Zwielicht entstehen, das dem Vaterlande nicht frommt; ein Mittelweg ist nicht mehr möglich. Es gilt, die Fahne des Königthums hoch zu halten gegenüber dem Parlamentarismus. Das Abgeordnetenhaus, für das die Wahlen jetzt bevorstehen, ist ja kaum in der Lage, Fragen von einschneidender Bedeutung zu entscheiden. Zudem hat es bisher — so etwas aus Courtoisie — manches gutgeheißen, was

der Reichstag beschlossen, aber wenn durch die letzten Wahlen der Reichstag zur Impotenz verurtheilt ist, sollen wir da das Abgeordnetenhaus in dieselbe Lage bringen? Nein, wenn wir sehen, daß der Reichstag den ihm gestellten Aufgaben nicht gerecht wird, dann wird das Abgeordnetenhaus nicht schweigen, und speciell die Conservativen werden ihre Stimme erheben.

Die Vorlagen für die nächste Legislatur-Periode des Abgeordnetenhauses werden nicht so schwerwiegend sein. Kirchenpolitische Vorlagen sind nicht zu erwarten, da muß die conservative Partei warten lernen. Aber keinesfalls werden wir es uns gefallen lassen, daß die Ultramontanen mit uns spielen. Wir haben ihnen Opfer gebracht und wollen ihnen gern weiter entgegen kommen, aber wir werden auch sehen und es uns merken, wie die Gegenleistung bei den nächsten Wahlen sein wird. Daß seitens katholischer Staatsbürger Massenpetitionen an die Staatsregierung um Begnadigung verbannter Bischöfe gerichtet werden, halte ich als Mitglied der Fraction, welche den Begnadigungsparagraphen durchgesetzt haben, für unrichtig. Wenn eine Begnadigung erfolgen soll, so muß sich doch der zu begnadigende Bischof selbst an die Gnadenstelle wenden.

Auf dem Gebiete der Selbstverwaltung werden wir von der Regierung eine neue Vorlage erhalten, dahingehend, daß die östlichen Provinzen nicht mehr das Probirfeld bilden werden für Experimente von diesem und jenem, sondern daß auch die westlichen Provinzen des von ihnen ausgehenden Segens theilhaftig werden. Im allgemeinen erblicke ich übrigens in der Selbstverwaltung die Grundlage zur Anerkennung der Staatshoheit, allerdings muß vorläufig, bis das Volk zu dieser Selbstverwaltung reif ist, in derselben das Staatsbeamtenthum dominiren.

Die Steuerfrage ist nächst der kirchenpolitischen und der communalen Frage die wichtigste für unser Volksleben. Und sie ist die schwierigste von den dreien, sie beherrscht die ganze Situation. Von liberaler Seite wird ebensoviel Unverstand als Mißstimmung darüber in das Volk getragen, und seitens der conservativen Kreise herrscht ihr gegenüber eine unberechtigte Scheu.

Zur Verwirklichung der großen socialpolitischen Ideen des Fürsten Reichskanzlers ist jedoch nur die conservative Partei berufen, weil sie ihrem Wesen entsprechen. Der Liberalismus steht diesen Ideen skeptisch gegenüber, er will den Kampf Aller gegen Alle, nicht nur der einzelnen Individuen, sondern auch, in der Form des Freihandels, den Kampf eines Volkes gegen das andere. Wohin hat uns denn die liberale Idee geführt? Vor die Socialdemokratie.

Eine sehr unheilvolle Frucht des Liberalismus ist der Wucher. Mit ihm verbunden ist die Judenfrage. Diese Frage lag in der Luft, Hofprediger Stöcker hat sie nicht geschaffen. Das Judenthum darf dabei nach meiner Auffassung nicht an die Wand gedrückt werden, der Wust der Bewegung erschwerte die Stellungnahme und es war die Formulirung bestimmter Wünsche, wie sie in Dresden erfolgte, unerläßlich, aber beherrschen wollen wir uns von den Juden auf keinen Fall lassen.

Bezüglich des directen Steuer-Systems, einer hervorragenden liberalen Errungenschaft, erkenne ich die Schwierigkeit an, die in der Versöhnung der beiden sich gegenüberstehenden Systeme liegt; ich glaube, daß die Einkommenstufen bis zu 1000 (statt wie bisher bis zu 420 Mark) von der directen Besteuerung frei wären. Wir Conservativen verlangen außerdem eine procentuale Börsen- und Capitalrentensteuer, und wenn Herr Richter glaubt, wir fürchten uns davor, daß sich deshalb die besitzenden Classen von uns abwenden, so irrt er. Wir verlangen keine Einschätzung des Einkommens, aber die Declaration des Besitzes."

Um die hauptsächlichsten Punkte der Rede zu recapituliren, spricht sich der Candidat ziemlich unverhohlen gegen die Gründung einer Nationalpartei, oder, um mit den heutigen Anschauungen zu rechnen, des Cartells, aus, dann erklärt er übertriebene Forderungen der Ultramontanen trotz aller culturfreundlichen Stimmung der Conservativen entschieden zurückweisen zu wollen; demnächst läßt er sich über die Selbstverwaltung aus, deren experimentale Eigenschaften vorläufig seinen Beifall nicht zu haben scheinen, obwohl er der Grundidee als solcher durchaus zustimmt. Zum Schluß kommt er nach Streifung der Judenfrage, welche

Herr Stöcker keineswegs geschaffen, sondern die ein Kind der Zeit sei, auf den wichtigsten Punkt zu sprechen, welcher den kommenden Landtag beschäftigen würde, nämlich die Steuerfrage.

Diese letztere bildete nebst ihren conservativen Nebenforderungen der Capitalrentensteuer und der procentualen Börsensteuer das hauptsächlichste Material für die Wahlagitation der Berliner Conservativen. Der Gedanke, der im vorigen Jahre der Einführung des Tabakmonopols zu Grunde gelegen, war der, das Reich so selbstständig zu stellen, wie es die historische Entwicklung und der großartige Aufschwung desselben erforderten. Daß dabei auch noch das Patrimonium der Enterbten eine Rolle spielte, insofern die Einnahmen aus dem Monopol bekanntlich zum Theil für die socialen Zwecke der Arbeiterbewegung dienen sollten, hat hiermit nichts zu thun.

Die Liberalen wollten diese Selbstständigkeit des Reichs durch weiteren Ausbau des directen Steuersystems anstreben, was freilich als sehr unzweckmäßig hingestellt werden muß. Denn abgesehen davon, daß es an genügenden Unterlagen für eine wirklich gerechte und allen Verhältnissen entsprechende directe Vertheilung der Lasten fehlte, da man der Declarationspflicht auf fortschrittlicher Seite ebenfalls abgeneigt war, konnte eine directe Besteuerung doch nicht als ausreichend erachtet werden, um diese Lasten überhaupt zu tragen. Das Verhältniß der directen zu den indirecten Steuern hielt — zum Schaden Deutschlands — überhaupt keinen Vergleich mit andern Ländern aus, denn während die Proportionsziffer in England beispielsweise 13 : 87 stand, hatten wir in Deutschland eine solche 44 : 56; und wenn nicht die Einnahmen aus den Staatsbetrieben dagewesen wären, beispielsweise aus den verstaatlichten und von Hause aus staatlichen Eisenbahnen, dann wären wir mit den directen Steuern wohl nicht weit gekommen. Sowohl von dem Gesichtspunkte der Gerechtigkeit, wie der Ertragsfähigkeit, wie des Erhebungsmodus war demnach das indirecte Steuersystem dem directen in den meisten Fällen vorzuziehen und also auch aus praktischen Erwägungen heraus der Ausbau des ersteren zu befürworten,

namentlich auch im Hinblick auf das Drückende der directen Steuern für den kleinen Mann und die daraus erfolgenden zahllosen Executionen. Die Absicht der Regierung nun, welche dahin ging, die vier untersten Stufen der directen Steuern außer Erhebung zu setzen — nicht etwa aufzuheben, damit nicht der auf den Verlust politischer Rechte bezügliche Verfassungsparagraph in Kraft trete — fand die allgemeine Billigung der Conservativen Berlins, und ließ man den von conservativer Seite ausgehenden Vorschlägen der Ersetzung der dadurch hervorgerufenen Ausfälle durch eine Capitalrentensteuer und eine procentuale Börsensteuer volle Gerechtigkeit und Zustimmung widerfahren.

Es entspricht vollkommen der Maxime von der Gleichstellung vor dem Gesetz, wenn die Capitalisten nicht allein hinsichtlich ihres Capitalbesitzes besteuert werden, sondern auch hinsichtlich des aus diesem Capital resultirenden Einkommens, was dem Arbeitseinkommen der erwerbenden Stände gleichkommt. Ein Blick auf die in der Landwirthschaft vorhandene Doppelbesteuerung läßt sofort die Conformität des Gedankens erkennen, denn das Baarcapital der Rentiers mag wohl einen sachlichen Vergleich mit dem Grundbesitz aushalten, der aber mit der Grundsteuer belastet ist, während der Landwirth außerdem noch Einkommensteuer aus den Erträgen der Liegenschaften zu zahlen hat. Auf die materielle Seite der Vorlagen näher einzugehen, ist hier nicht meine Absicht, denn ich darf mich wohl auf die Hervorhebung der Thatsache beschränken, daß der Streitpunkt: directe oder indirecte Besteuerung, den Gegenstand der hauptsächlichsten Erörterungen in den conservativen Versammlungen bildete.

Mit welchem Interesse man in Berlin an dieser Frage theilnahm, geht aus einer Resolution hervor, welche der Vorstand des conservativen Bürgervereins „Wedingg“ auf einstimmigen Beschluß der eine Zahl von 400 überschreitenden Mitgliederschaft an die Herren der conservativen Fraction absandte, und die folgenden Wortlaut hatte:

„Hochgeehrte Herren der conservativen Fraction
des Abgeordnetenhauses!

Der conservative Bürgerverein ‚Wedding‘ hat mit großem Interesse die inhaltsreichen und eindruckmachenden Reden der conservativen Abgeordneten in den Debatten bei der Berathung des Gesetzes über die Aufhebung der vier untersten Stufen der Classensteuer am 21. und 22. Februar d. Js., verfolgt und den lobenswerthen Vorgängen ist innerhalb unseres, größtentheils aus Arbeitern und kleinen Gewerbetreibenden zusammengesetzten Bezirks große Beachtung gewidmet worden. Diese lebendige Antheilnahme an den Vertrauen erweckenden männlichen Kämpfen mit einer das richtige Interesse des Volkes nicht wollenden Partei hat innerhalb des Vereins zu dem Entschlusse geführt, daß der Vorstand beauftragt werde, die conservative Fraction des Abgeordnetenhauses um die Erlaubniß zu bitten, den Dank des Vereins für die Verfechtung der Interessen des kleinen Mannes ausdrücken zu dürfen. Sehr gern unterzieht sich der ganz ergebenst unterzeichnete Vorstand dieser ehrenden Aufgabe, und erlaubt sich daher den hochgeehrten Mitgliedern der Fraction unserer politischen Richtung aus Anlaß des einträchtigen, muthigen Eintretens für die Erleichterung der untersten Volksclassen seinen wärmsten und treuesten Dank auszusprechen. In unserem Bezirk ist es kein Geheimniß mehr, daß die Besserung der Lage des Arbeiters nicht von jener Partei in's Leben gerufen werden kann, die sich bisher lediglich als Freund des kleinen Mannes ausgegeben hat, die aber da, wo Gelegenheit zur Bewahrheitung ihrer Versprechungen gegeben wurde, anstatt die Interessen ihrer Mandanten wahrzunehmen, nur daran denkt, ihre eigenen, auf Erweiterung der Macht des Parlamentarismus gerichteten Bestrebungen zu vertheidigen. Das Heil des Arbeiterstandes und damit die Herstellung des Friedens unter den einzelnen Berufsclassen kann vielmehr nur von

denjenigen Männern erwartet werden, die auf dem Boden des Rechts und des Christenthums alles daransetzen, den durch die liberale Gesetzgebung und den absoluten Freihandel herbeigeführten Rückgang in unserm sittlichen und wirthschaftlichen Leben aufzuhalten, und neue Bahnen für die Volkswohlfahrt zu finden suchen. Bei Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe werden wir, soweit es unsere Kräfte gestatten, mitwirken und auch unsererseits für dieses große Ziel bei dem sich hebenden Bewußtsein und der Erkennung des Richtigen in unserem Bezirke gern und treu eintreten."

Herr Professor Wagner war zu der von Vielen getheilten Ansicht gelangt, daß auch die Progressionssätze des directen Besteuerungsmodus einer generellen Abänderung bedürften, insofern nämlich die höheren Einkommenstufen eine relative Mehrbesteuerung den unteren Stufen gegenüber vertrügen. Die „Post" machte darauf dem conservativen Führer und seinen Anhängern, zu denen ich mich ebenfalls rechne, den Vorwurf des extremen Socialismus, was Herr Wagner scharf zurückzuweisen Gelegenheit nahm. Desgleichen war es dieser hervorragende Gelehrte und Politiker, der dem Bemühen des damals als Leiter der aus dem „Halle'schen Thorboten" hervorgegangenen „Neuen Deutschen Volkszeitung", Herrn Liebermann von Sonnenberg, offen entgegentrat, die antisemitische Frage vor allem andern hervorzuheben, und die Juden für sämmtliche Schäden im Volk verantwortlich zu machen. An der intacten Stellung Herrn Wagner's dem Judenthum gegenüber durfte Niemand zweifeln, deshalb war es denn gut, daß dieser Mann endlich gegen die Einseitigkeit auftrat, in welche das politische Leben Berlins durch dergleichen Fictionen allmählich überzugehen drohte. Der Conservativismus brauchte sich nicht auf einer solchen einseitigen Anschauung zu begründen, seine Ziele gingen und gehen auch heute noch weit hinaus über die Engherzigkeit der radicalen Antisemiten, die es schon als ein Verbrechen ansehen, wenn man mit einem Juden verkehrt. Nun, ich scheue mich nicht, zu gestehen, daß ich unter

denselben manche aufrichtige Freunde besitze, die sich trotz entgegengesetzter Anschauungen Jahre hindurch treu bewährt haben in allen Lebensgestaltungen. Niemand wird mich deshalb als Philosemiten bezichtigen dürfen; ich stehe durchaus auf dem von Herrn Stöcker mehrfach hervorgehobenen Standpunkt, daß der Kampf nicht den Juden als solchen gilt, sondern dem politischen und wirthschaftlichen Inbegriff dessen, das man „Internationales und modernes Judenthum“ nennt. Ich wiederhole: Für mich ist die jüdische Frage keine Racen-, auch keine religiöse, noch weniger aber eine persönliche Frage, sondern einzig und allein eine sociale und wirthschaftspolitische Frage. Es giebt sogenannte Christen, die in ihrem öffentlichen und privaten Auftreten viel schlimmer handeln, die der Staatsgesellschaft viel feindlicher gesinnt sind, wie manche Juden. Gegen diese christlichen Juden sollte sich die Abneigung und der Kampf noch viel intensiver richten, wie gegen die „natürlichen“ Juden. Herr v. Liebermann aber schwenkte mit seiner „Neuen Deutschen Volkszeitung“ ganz und gar in das radical-antisemitische Lager über, und das mag vielleicht auch der Grund sein, weshalb das Organ nicht die für seine Existenz nöthige Verbreitung fand; obwohl ich vom journalistischen Standpunkt aus bekennen muß, daß die redactionelle Seite des Blattes soweit das die besprochene Einseitigkeit zuließ, durchaus zweckentsprechend war. Herr Hertzog hatte das Blatt aus eignen Mitteln gegründet, es hat ihm sehr viel Geld gekostet und daher ließ er es denn auch eines schönen Tages eingehen. Das Organ theilte das Schicksal des längst vorher von Dr. Henrici gegründeten „Reichsherold“, der, ebenfalls auf radical-antisemitischem Standpunkt stehend, nach kurzem Bestehen einschlief. Da dies Blatt aus freiwilligen Beiträgen von Gesinnungsgenossen, meist kleineren Leuten, hervorgegangen war, die nach dem Eingehen des ersteren dem Herrn Dr. Henrici den wahrlich unberechtigten Vorwurf schlechter und leichtsinniger Verwaltung der Betriebsmittel machten, wiederhole ich meine bereits bei früherer Gelegenheit ausgesprochene Ansicht, daß gerade dieses verfehlte Unternehmen es war, welches dem Genannten seine

fernere politische Thätigkeit in Berlin unmöglich machte. Ein mir bekannter Abgeordneter sagte einst im Gespräch über diese Verhältnisse, daß es kein schneller wirkendes Mittel gäbe, um sich im Volke unbeliebt zu machen, als wenn die kleineren Leute in der Hoffnung enttäuscht werden, für ihre geringen Einzahlungen entsprechenden Verdienst zu haben. Pecuniäre Verluste zu tragen, ist nicht ihre Sache, und ihr Mißtrauen wendet sich dann allemal gegen den unglücklichen, oft ganz unschuldigen, Gründer des gescheiterten Unternehmens.

Auf die Wahlagitation übergehend, bemerke ich noch, daß nicht allein die Steuerfragen den Gegenstand der Erörterungen bildeten, sondern auch die Unterrichts- und Volksschulangelegenheiten. Die Confessionellität der Volksschule ist stets eine hervorragende Forderung der conservativen Partei gewesen, gegenüber den auf die Herstellung des Simultanschulwesens gerichteten Bestrebungen der Liberalen, welche der Religion am liebsten gar keinen Platz in dem Schulunterricht gegönnt hätten. Für Berlin, und hier speciell, was das Judenthum anbelangt, hatte die Frage insofern eine mehr untergeordnete praktische Bedeutung, als in Gemäßheit eines die Berliner Volksschulverhältnisse betreffenden Vortrages des Seminardirectors Dr. Kaiser die Thatsache hervorgehoben zu werden verdient, daß es der jüdischen Bevölkerung der Metropole durch die enormen Zuschüsse der städtischen Verwaltung für die höheren Lehranstalten sehr bequem gemacht werde, die höheren Anstalten anstatt der Volksschulen zu beschicken. Es besuchten damals nämlich von der Gesammtschülerzahl 20 Procent jüdische Kinder höhere Lehranstalten, dagegen nur 1,3 Procent derselben die Gemeindeschulen. Daß an diesen evangelischen Gemeindeschulen in jener Zeit bereits 7,5 Procent jüdische Lehrerinnen unterrichteten, obwohl nur 1,3 Procent jüdische Mädchen diese Schulen besuchten, durfte wohl begreifliches Erstaunen hervorrufen. Die Herren Stöcker und Cremer gingen übrigens in der Schulfrage noch weiter, und betonten sowohl die Nothwendigkeit der Verstaatlichung des Volksschulwesens überhaupt, wie auch insbesondere die des Instituts der Schul-

inspectoren. Letzteres ergiebt sich eigentlich aus dem ersteren von selbst.

Ich will in schulpolitischer Hinsicht nur noch erwähnen, daß die Vorliebe der Stadtverwaltung für die jüdische Lehrerschaft so groß war, daß ein gewisser Abraham Lewy binnen Jahresfrist 400 christliche Lehrer in Bezug auf Anciennität und Einkommen übersprang. Die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Thatsache überlasse ich Herrn Seminardirector Dr. Kaiser, welcher sie in einer Versammlung des Bürgervereins vor dem Halle'schen Thor erwähnte. Es mag ja dieser Vorzug vielleicht eine Berechtigung in der außerordentlichen Tüchtigkeit des Lehrers gehabt haben. Die paritätischen Lehranstalten sind übrigens auch nach dem Ausspruch des Pädagogen Diesterweg die Pflanzstätten des Atheismus, und wir hatten von dem „Segen" der atheistischen Anschauung im Berliner Leben schon zu viel genossen, als daß den Conservativen nicht der Appetit nach einer besseren moralischen und religiösen Kost gekommen wäre, als sie die Simultanschulen liefern konnten.

In dieser Weise bereiteten die Conservativen die Wahlschlacht vor, die im October stattfand. Trotzdem Herr Richter sich über die Candidatur von Rauchhaupt in gewohnter flotzig-abfallender Manier dahin geäußert hatte, daß es eine Demüthigung Berlins sei, einen Mann aufzustellen, den daheim die eignen Bauern nicht mehr zum parlamentarischen Vertreter haben wollten, trotzdem der frühere Geistliche und jetzige Standesbeamte Knörcke, der eifrige Agitator des Berliner Fortschrittsthums, wegwerfend gesagt hatte, daß die conservativen „Stänker" dem Fortschritt keinen Abbruch thun könnten, mußte das relative Wahlresultat doch in conservativen Kreisen große Befriedigung erregen, obwohl freilich ein positiver Sieg in keinem der Wahlkreise zu verzeichnen war. Denn wie stellte sich das Resultat den Vorwahlen im Jahre 1879 gegenüber? Damals wurden im I. Wahlkreise gewählt: 124 Conservative, 106 Nationalliberale, 540 Fortschrittler; im II.: 26 Conservative, 95 Nationalliberale, 735 Fortschrittler; im III.: 47 Conservative, 53 Nationalliberale, 753 Fortschrittler; im IV.:

16 Conservative, 52 Nationalliberale, 639 Fortschrittler, zusammen 213 Conservative, 305 Nationalliberale, 2667 fortschrittliche Wahlmänner. Bei der 1882er Wahl stellte sich das Verhältniß folgendermaßen: I.: 670 Fortschrittler, 270 Conservative; II.: 850 Fortschrittler, 180 Conservative; III.: 630 Fortschrittler, 330 Conservative; IV: 640 Fortschrittler, 170 Conservative; demnach war die Zahl der conservativen Wahlmänner gegen 1879, wo sie 213 betrug, auf 950 gewachsen. Es war demnach kein Grund für die Conservativen vorhanden, verstimmt zu sein. Der bei dem Vergleich beider Wahlen in die Augen springende Punkt war der, daß die Nationalliberalen gänzlich von der Bildfläche verschwunden waren. Zum größten Theil waren sie wahrscheinlich zum Fortschritt übergegangen, ein kleinerer Theil mag auch wohl, schon durchdrungen von dem Reorganisationsbedürfnisse, welches die Partei zur späteren Aufstellung des Heidelberger Programms nöthigte, schon mit den Conservativen gegangen sein.

Damit endete die Wahlbewegung des Jahres, aus der die Conservativen die heilsame Lehre gezogen, daß eine fernere Agitation und Organisation zur Erreichung des endlichen Sieges unerläßlich sei. Vieles war schon erreicht worden, doch mußte man im Hinblick auf die seit vielen Jahren feststehende und geordnete gegliederte Organisation der Fortschrittler mit ihrem Apparat von Bezirksvereinen und Agitationscomité's, mit ihrer im rothen Hause befindlichen Centralstelle der politischen Thätigkeit zu der Erkenntniß gelangen, daß ein weiterer Ausbau dringend nothwendig erscheine.

---

14. Capitel.

Vorgänge im Jahre 1883.

Erster Theil.

Die lebhaften Bestrebungen der Conservativen nach weiterer Organisation konnten im Jahre 1883 vollauf Befriedigung erhalten, zumal in diesem Jahre die darauf bezüglichen Arbeiten durch keine Wahlagitation unterbrochen zu werden brauchten. Wie nothwendig aber auch für die Partei derartige Arbeiten waren, geht aus dem Umstande hervor, daß die Gegner ihren Apparat ebenfalls zu verbessern und auszuflicken trachteten. Daß sie sich dabei sehr ungehöriger Mittel bedienten, verdient ganz besonders festgenagelt zu werden, und ich kann nicht unterlassen hier die Thatsache zu erörtern, daß man auf gegnerischer Seite nicht Anstand nahm, den verbotenen amtlichen Weg zur Verbreitung seiner Agitationsorgane zu wählen. Es wurden nämlich die Aufforderungen zum Abonnement auf die „Tribüne" mit den zum amtlichen Verkehr des Magistrats bestimmten Couverts und mit dem Amtssiegel versehen unter dem Rubrum „portopflichtige Dienstsache" versandt. Ich kann mir nicht denken, daß diese Anordnung seitens irgend eines Magistratsbeamten getroffen sein sollte, will vielmehr annehmen, daß eine nachgeordnete Person ihren Eifer für die Dienste der Partei in gedachter illegaler Weise bekundet habe, ohne daß man Vorwissen davon hatte. Wie dem aber auch sei, obwohl niemand mehr bedauerte, wie die Conservativen, daß die Politik in die städtischen Verhältnisse hineingetragen wurde,

so mußte man doch mit der offen zu Tage liegenden Thatsache rechnen, und es galt für die conservative Partei daher vor allen Dingen, die Macht zu brechen, welche sich im rothen Hause zu Gunsten des politischen Liberalismus entwickelt hatte, und die den Mehlthau der manchesterlichen Idee immer stärker auf das öffentliche Getriebe herniederträufeln ließ. Berlin von dem fortschrittlichen Druck zu befreien, war von Beginn an die Hauptbestrebung der Conservativen gewesen, es mußte das nunmehr an dem richtig erkannten Ende angefaßt werden. Man wird daher das Jahr 1883 richtigerweise als das Jahr der Berliner Communalbewegung bezeichnen können, zumal nach Erlaß der Kaiserlichen Cabinetsordre de dato Wiesbaden den 15. April 1883 die Auflösung der Berliner Stadtverordnetenversammlung zum 1. Januar 1884 nunmehr officiell befohlen war, und es galt, durch eine intensive Agitation die Wahlbewegung mehr in das conservativ-bürgerparteiliche Fahrwasser zu lenken. Das kaiserliche Decret erregte im conservativen Lager ganz ungemeine Befriedigung, welcher die zu einer Versammlung auf Tivoli zahlreich erschienenen Mitglieder der Deutschen Bürgerpartei dadurch Ausdruck gaben, daß sie auf Aufforderung der Versammlungsleiter Rechnungsrath Pinko und Dr. Irmer an Se. Majestät ein Dankesvotum resolvirten. Darauf entwickelte Herr Major von Bredow nochmals das Programm der Deutschen Bürgerpartei in Berlin, welches, das gesammte Gemeindeleben der Metropole umfassend, nunmehr die Richtschnur der Conservativen in dieser Hinsicht werden und bleiben sollte.

Der neue frische Muth, der die Bürgerpartei angesichts der zu Anfang kommenden Jahres bevorstehenden Entscheidnng beseelte, machte sich schon damals in der regen Bewegung bemerkbar, welche für den bürgerparteilichen Candidaten Hofrath Dr. v. Guerard, gelegentlich der Stadtverordneten-Ersatzwahl in den Stadtbezirken 37—43 eingeleitet wurde.

Das C. C.-C. war mit der Theilung der Geschäfte sehr gern einverstanden und überließ dem „Bürgerausschuß“, also dem obersten Vertrauensinstitut der Deutschen Bürgerpartei, die Communal-

wahlagitation als alleiniges Departement, während das C. C.-C selbst, unter dem neugewählten Präsidium der Herren Stöcker, Wagner und Cremer, die politischen Angelegenheiten ausschließlich in die Hand nahm. Selbstverständlich konnte von einer bis in's Kleine hineingehenden strengen Scheidung der beiden Ressorts, insbesondere was die Vereins- und Versammlungsthätigkeit anbelangt, nicht die Rede sein; aber es waren der rein politischen Angelegenheiten jetzt so viele zu bewältigen, daß dieselben die volle Arbeitsthätigkeit einer Corporation, wie des C. C.-C., in Anspruch nahmen.

Im Reichstag waren inzwischen die beiden Gesetzentwürfe über eine procentuale Börsensteuer der Abgg. v. Wedell-Malchow und Graf Hatzfeldt eingegangen, und die Conservativen Berlins konnten nicht ermangeln zu den betreffenden Entwürfen Stellung zu nehmen, umsoweniger, als gerade das Auftreten der Börsenjobber in wirthschaftlicher und besonders auch in gesellschaftlicher Hinsicht bei der ernstdenkenden Bürgerschaft einen großen Abscheu vor den Börsenzuständen hervorgerufen hatte.

In welcher Weise das geschah, gestatte ich mir an dem Beispiel einer zu diesem Behufe einberufenen Versammlung darzuthun. Ich beschränke mich auf diese einzige Erörterung des Punktes, weil ich hier absolut nicht daran denken kann, dem gesammten Gang der parlamentarischen Verhandlungen und der innern allgemeinen Politik zu folgen.

Der sociale Reichsverein hatte eine öffentliche Volksversammlung in die Tonhalle berufen und dafür den Reichstags-Abgeordneten Herrn Dr. Perrot als Redner gewonnen. Es waren etwa 1000 Personen anwesend, als Herr Dr. Amman die Verhandlungen mit einer kurzen Ansprache eröffnete. Sodann nahm Herr Dr. Perrot das Wort. Derselbe gedachte zunächst der Verhandlungen im Reichstage über die Börsensteuer, wie sie der Antrag von Wedell-Malchow bekanntlich zur Folge gehabt hat. Der Vortragende führte ein reiches Material von Zahlen an, nach welchem die Besteuerung namentlich der Differenzgeschäfte, die sich zu den effectiven Geschäften wie 15 ja wie 18 zu 1

stellen, einen überaus reichen Ertrag sichert. Er stellte daneben die Verdienste der Makler, die sich bei 1 % Provision in die Millionen belaufen. Nach einem Ueberblick über die Geschäfte der ausländischen Börsen kam der Vortragende auf die statistisch nachgewiesenen Umsätze an der hiesigen Effecten- und Fruchtbörse. Nach den Notizen eines unterrichteten Mannes, Cohn mit Namen, handeln von 200 Getreidehändlern an der Berliner Börse nur etwas mehr als hundert wirklich mit Getreide, die anderen machen Differenzgeschäfte, kaufen heute Getreide, verkaufen es morgen, verkaufen es auch übermorgen und noch einen Tag später wieder, ohne jemals ein Korn davon zu sehen. Das Getreide, das so nominell an einer Börse gehandelt wird, existirt überhaupt nicht, und was in einem Tage so verhandelt und gehandelt wird, das wächst in einem ganzen Jahre nicht auf dem Erdenrund. Der Vortragende gab zu, daß man sich liberalerseits nicht immer gegen die Erkenntniß verschlossen habe, es sei etwas faul an der Börse. Liberale Blätter und Abgeordnete, darunter auch Eugen Richter und Lasker, hätten die unverkennbaren Schäden erkannt und kritisirt, aber merkwürdigerweise jetzt, wo man dem Uebel die Wurzel beschneiden, d. h. die verderblichsten und verwerflichsten Börsengeschäfte entsprechend besteuern wolle, da finde sich alles zusammen zum Schutz dieser Börse, als ob sie das Lämmlein sei, das kein Wasser trübe. Als Mittel gegen die Schäden, welche verschiedene Geschäftszweige der Börse in sich trügen und die sowohl socialer wie moralischer Natur seien, befürwortete Dr. Perrot zunächst die procentuale Börsensteuer und eventuell das Verbot der Differenzgeschäfte überhaupt. Vor allem müsse über den Umsatz an der Börse und die Eigenart der dort betriebenen Geschäfte eine genaue Statistik veranlaßt werden. Dann werde man erkennen, welche Summen da aus dem Volk, dem besseren, in unlautere Canäle abgeleitet, welche Nachtheile dem Volkswohl zugefügt und welche günstigen Bedingungen für das Emporwuchern der Socialdemokratie gegeben würden. Der Vortrag fand in der Versammlung allgemeine Zustimmung.

Aber auch die übrigen brennenden Zeitfragen wurden leb-

haft in den Versammlungen discutirt, wie etwa die Handwerkerfrage, die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher 2c.

Herr Reichstagsabgeordneter v. Köller, welcher zu damaliger Zeit bereits mehrfach in conservativen Vereinen der Residenz — so namentlich auch im Deutschen Bürgerverein „Friedrich-Wilhelmstadt" — Vorträge gehalten, behandelte die erstere in einer sehr besuchten Versammlung des „Central-Vereins der Conservativen im zweiten Reichstagswahlkreis". Er führte, nachdem die Versammlung durch den Vorsitzenden, Herrn Friedrich Luckhardt, mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnet worden, etwa folgendes aus:

Als im Jahre 1869 die allgemeine Gewerbeordnung proclamirt wurde, da begrüßte man dies Project mit Freuden, aber bald stellten sich auch die Fehler und Mängel der verschiedensten Art in demselben ein, und zum Ruhme des Handwerkers kann gesagt werden, daß er der erste war, der zu der Erkenntniß gelangte, daß es mit der Gewerbefreiheit doch eigentlich nichts auf sich habe. Redner beleuchtete nun eingehend die Folgen der Gewerbefreiheit. Was hat z. B. die Aufhebung der Meisterprüfungen zu Wege gebracht? Sie ist ja nicht in allen Gewerben abgeschafft worden, einzelne halten doch noch etwas auf Meisterehre, aber wie viele haben nicht unter dem Druck des Pfuscher- und Stümperwesens zu leiden, wie viele Meister giebt es nicht heut zu Tage, die keine geordnete Carriere durchgemacht, ihre Lehrzeit nicht beendet haben, als Gesellen resp. Gehülfen nicht zu brauchen waren und doch plötzlich als Meister auftauchten, um dem tüchtigen Handwerker Concurrenz zu machen? Es bedarf hier einer gründlichen Aufbesserung des Lehrlingswesens; die Pfuscher, die nichts gelernt haben, dürfen nicht länger sozusagen gesetzlich protegirt werden. In den letzten Jahrzehnten haben die Handwerker einen anderen großen Feind bekommen, das ist die Macht des Capitals, und welche Erfolge dasselbe erzielt hat, zeigt sich z. B. beim Schneidergewerbe in erschreckender Weise, wo das große Capital den ehrlichen Meisterstand fast vollständig vernichtet und große Magazine dafür geschaffen hat.

Eine andere Folge der Gewerbefreiheit sind die Wanderlager und weiter die Gefängnißarbeit. Redner beleuchtete, wie Raummangels wegen hier nur kurz angedeutet werden kann, die vielfachen Bemühungen und Gesetzesvorlagen gegen die Gewerbefreiheit und betonte dann, daß das neue Innungsgesetz von 1881, obgleich eine neue Stufe für das allmählich wieder emporklimmende Handwerk, doch nicht den geforderten Bedürfnissen genüge, daß vielmehr die auferlegten Pflichten in keinem Verhältniß stehen zu den Rechten, welche den neuen facultativen Innungen gestattet worden sind. Die Pflichten sind vielfache, die Rechte wenige. Der Paragraph 100e, der im vergangenen Jahre gestrichen, ist in diesem Jahre, als der Ackermann'sche Antrag wieder eingebracht worden ist, leider auch diesmal wieder gefallen, aber nicht deshalb, wie Herr Richter gesagt haben soll, weil 40 Conservative abwesend waren, sondern vielleicht eher aus dem Grunde, weil noch 40 Conservative im Parlamente zu wenig sind. Insofern mag Herr Richter Recht haben, aber Sache der Handwerker wird es bei den Wahlen sein, sich diese fehlenden 40 noch hinzuzuwählen.

In Betreff der Arbeitsbücherfrage hatte sich bekanntlich die Berliner Arbeiterpartei in durchaus ablehnendem Sinne geäußert. Aus der Thatsache nun, daß Herr Hofprediger Stöcker auf freilich durchaus anderem Wege, wie die socialistischen Arbeiter, zu demselben Resultat gekommen war, nämlich, daß die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher größere Nachtheile und Gefahren im Gefolge habe, wie der von ihnen zu erwartende Vortheil für die Arbeiter sei, nahm die Fortschrittspartei und an ihrer Spitze Herr Richter, Veranlassung, die Conservativen zu verdächtigen, daß sie auch in dieser Beziehung den Arbeitern gegenüber unehrliches Spiel spielten. Auf der andern Seite aber gingen die Führer der Arbeiterpartei in Berlin bei diesen fortschrittlichen Verdächtigungsversuchen ebenfalls nicht leer aus, sie wurden des Verraths an den socialdemokratischen Tendenzen geziehen und es wurde ihnen der Vorwurf gemacht, daß sie Helfershelfer des Herrn Stöcker seien, um die Arbeiterbewegung in das christlich-sociale Lager hinüber zu treiben. Man wolle dadurch seitens der

Fortschrittler eine Bewegung durch die andre discreditiren und eine mit der andern verhetzen. Zu den besonders und namentlich angegriffenen Arbeiterführern gehörte auch der mehrgenannte Vergolder Ewald, welcher in einer großen Arbeiterversammlung Gelegenheit nahm, sich von dem Verdachte, Schlepper der Christlich-Socialen zu sein, reinigte, und zwar war seinen Worten um so eher zu glauben, als auch Herr Hofprediger Stöcker in dieser Versammlung auf sein Gewissen betheuerte, daß er niemals mit Ewald weder in wirthschaftliche noch in politische Beziehungen getreten sei. Bei kurz darauf sich bietender Gelegenheit sprach sich Herr Stöcker nochmals über diese Angelegenheit dahin aus, daß seine socialpolitische Richtung weder von freisinniger, noch von socialdemokratischer Seite aus jemals beeinflußt werden könne, darum ihn also auch der von Ewald gegen ihn gerichtete Vorwurf einer unentschiedenen Haltung in der Arbeitsbücherfrage keinesweges treffen könne. Zwischen ihm und Ewald liege die unausfüllbare Kluft, das sein Socialismus auf dem Bestande des christlichen Glaubens und des christlichen Staats sich aufbaue, während der des Vergolders Ewald sich auf der Grundlage des Unglaubens und der Staatsumwälzung breit mache. Das war deutlich genug gesprochen, so deutlich, wie die verdienstvolle Abwehr des Abgeordneten Stöcker im Parlament gegen die Aeußerungen, welche der derzeitige Rector der Universität, Prof. Dubois-Reymond, noch dazu an dem Nationalfesttage des Kaiser-Geburtstages, vor der Studentenschaft gemacht hatte, um die Lehren des krassesten Materialismus, und zwar ohne schließenden Beweis, als Resultat der modernen Wissenschaft hinzustellen. Herr Abg. Cremer ließ sich über dieses Thema in einer Versammlung des Bürgervereins für die Stadtbezirke 57 und 57a aus, und zwar in einer Weise, die keinen Zweifel darüber erübrigte, auf welcher Seite sich das Recht und die Wissenschaftlichkeit befindet. Die Theorie der freien Zuchtwahl, nicht aber der Schöpfungsthat Gottes, sollen wir es verdanken, daß der Mensch e n d l i c h den ihm gebührenden Platz an der Spitze der lebenden Geschöpfe einnimmt! — echt fortschrittliche Weisheit!

Auf die Person des Vergolders Ewald möchte ich hier den Leser von vorne herein noch besonders aufmerksam machen, weil dieselbe in dem späteren Stöckerproceß eine Hauptrolle spielte. Ewald hatte in der That, ebenso wie viele Andre, mit Herrn Stöcker zugleich in einer Versammlung gesprochen, woraus aber nicht hervorgeht, daß Herr Stöcker ihn nun auch kennen mußte.

Nicht minder wurden andre in den beiden Parlamenten zur Berathung kommende Gegenstände von den Berliner Conservativen einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Mit großer Freude begleiteten dieselben die Thatsache, daß im Mai des Jahres 1883 die erste Etappe auf dem Wege der Socialreform durch Annahme des Krankencassengesetzes gewonnen ward, desgleichen nahmen sie lebhaften Antheil an der Resolution Lingens (Centr.) wegen der theilweisen Sonntagsruhe des überaus geplagten Postbeamtenstandes, an der Berathung der neuen Gewerbenovelle, in der es wegen des überflüssigen und unmotivirten Hineinziehens des Officierstandes in die Debatten bekanntlich zu einem Rededuell zwischen Herrn v. Minnigerode und dem fortschrittlichen Landrath Baumbach kam, besonders aber auch an der jetzt immer mehr auf dem Plan erscheinenden Colonialfrage. Berlin hat seit vielen Jahren ein nicht unerhebliches Contingent zu der Zahl der Europamüden gestellt. — Im Jahre 1886 waren es beispielsweise etwa 4000 Personen, die Spreeathen den Rücken kehrten, um an den Ufern des Mississippi oder sonst wo ein andres Athen zu gründen. Es war daher schon aus localen Rücksichten nicht zu verwundern, daß manche der hiergebliebenen Freunde der Ausgewanderten der Frage näher traten, wie es zu machen sei, solche Auswanderer dem alten Vaterlande und den alten Beziehungen fernerhin dauernd zu erhalten. Natürlich waren es bislang nur theoretische Erörterungen, welche sich daran knüpfen konnten, denn die eigentliche colonialpolitische Bewegung hatte damals noch nicht ihren Anfang genommen. Dennoch wurde das Thema der Verbrechercolonien, der Handelscolonien und die Erhöhung unsrer Marinemacht auf's ernstlichste discutirt. Aber auch das Verhältniß des Staats zur katholischen Kirche ward nicht unbe-

achtet gelassen, zumal in jener Zeit der Culturfriede seine ersten Strahlen vorauszuwerfen begann, in denen sich die Kampfesmüden ausruhen konnten. Durch die Resolution Althaus und Genossen war der Standpunkt der conservativen Fraction im Abgeordnetenhause im Hinblick auf die organische Revision der Maigesetze fixirt. Leider war es auf der einen Seite die Fortschrittspartei, auf der andern das Centrum mit dem ihm innewohnenden Welfischen Particularismus, welche das sich in den wohlgesinnten politischen Kreisen damals geltend machende Friedensbedürfniß nicht aufkommen lassen wollten. Solcher Frieden kann ja jenen beiden Parteien in keiner Hinsicht zweckdienlich sein. Die katholische Minorität suchte die evangelische Majorität zu vergewaltigen, die Fortschrittspartei aber bemühte sich, den Gegensatz zwischen den einzelnen Parteien immer mehr zu verschärfen: hier Königthum, Religion, dort parlamentarisches Regiment und kirchliche Zügellosigkeit. Hier sociale Reform, dort Manchesterthum; hier politische Wahrheit und Ehrlichkeit, dort die wüste, und vor keiner Unwahrheit zurückschreckende Agitation. Eine Illustration der letzteren bildete damals unter anderen der in einer Wanderversammlung von Ludwig Löwe gemachte Ausspruch: „Mir scheint es, als ob Bismarck sich die Aufgabe gestellt hätte, dasjenige, was er an Ruhm in der auswärtigen Politik eingeerntet, dadurch auszugleichen, daß er die Volksfreiheiten Stück um Stück verkümmerte." Das sagte derselbe Mann, der sich immer an unserem Kanzler rieb, und mit seinem „Hausmaierthum" unsern ruhmwürdigen Hohenzollernkaiser mit dem Merowingern auf eine Stufe zu stellen sich unterfing. Darum, weil auf solche Art die Leichtgläubigkeit des Wählers zum Nachtheil der Entwickelung unsrer Verhältnisse ausgebeutet wurde, weil List und Trug billig war, um gegen die Regierung ein Verhetzungssystem schlimmster Art vorzubereiten, weil besonders die innere Politik des Kanzlers nach allen Richtungen hin in Mißcredit zu bringen versucht wurde, müßte die conservative Partei immer weiter in der Unterstützung der Regierungspläne fortschreiten, beispielsweise durch Bewilligung der Mittel (16,000 M.)

für den in's Leben getretenen Volkswirthsschaftsrath im Abgeordnetenhause und durch kräftiges Einspringen in die Eisenbahnpolitik.

Solchen Zielen und Meinungen gaben die Berliner Conservativen in einer von dem Abg. Cremer verfaßten Adresse Ausdruck, welche mit den Unterschriften der Mitglieder des C. C.-C. und denen der Vorsitzenden der Bürgervereine versehen, an den Fürsten Bismarck zu dessen Geburgstag übersandt wurde. Dieselbe hatte folgenden Wortlaut:

„Durchlauchtigster Fürst!
Hochgebietender Herr Reichskanzler!

In der unabsehbaren Reihe derer, welche Ew. Durchlaucht von Nah und Fern zum heutigen Tage ihre Glück- und Segenswünsche darbringen, darf das conservative Berlin nicht fehlen. Zwar fiel letzthin aus gegnerischem Munde das Wort, es gäbe nur ein fortschrittliches Berlin; wir aber erbringen Ew. Durchlaucht den Gegenbeweis.

Das conservative Berlin ist vorhanden, es wächst und erstarkt von Tag zu Tag, und es hat sich zur Aufgabe gesetzt, durch die eifrige, unablässige Pflege aller patriotischen Tugenden und die möglichste Förderung aller wahrhaft deutschen Ziele sich der hohen Auszeichnung würdig zu erweisen, den erhabenen Thron des Deutschen Kaisers in seiner Mitte zu besitzen.

Die praktische Bethätigung dieses Bestrebens erblicken wir in erster Linie in der energischen Unterstützung der socialen und wirthschaftlichen Politik Ew. Durchlaucht. Nachdem die Wiederaufrichtung und äußere Sicherstellung des Deutschen Reiches nach welthistorischem Ringen und Kämpfen zur unbestreitbaren Thatsache geworden ist, handelt es sich um den innern Ausbau unseres Staatswesens in Gemäßheit der Grundsätze, die in den Allerhöchsten Actenstücken vom 17. November 1881 und 4. Januar 1882 niedergelegt sind. Dabei nach Kräften mitzuwirken ist unser fester Entschluß, und der Umgestaltung des

öffentlichen Lebens auf dieser Basis gilt unsere politische Arbeit.

Möge es dem Deutschen Volke beschieden sein, unter Ew. Durchlaucht genialer Leitung die Verwirklichung dieser Ziele in nicht allzu ferner Zukunft zu erleben!

Möge Gottes Gnade, die das theure Leben unseres geliebten Kaisers bisher so wunderbar behütet hat, auch über dem Haupte des Deutschen Kanzlers walten, damit dies hellleuchtende Beispiel einer mit der großartigsten staatsmännischen Begabung, mit einem in der Geschichte fast einzig dastehenden diplomatischen Einflusse gepaarten hochherzigen, hingebendsten Königstreue inmitten der radicalen und revolutionären Strömungen der Gegenwart aufgerichtet bleibe zur ernsten Mahnung für Freund und Feind!

Möge dem erlauchten Staatsmanne und allgebietenden Minister, der auf der Höhe seines Ruhmes und seiner Erfolge dem Atheismus und Materialismus unserer Tage in echtem deutschen Rittersinne das practische Christenthum entgegensetzte, als schönster Lohn seines thatenreichen Lebens das Glück zu Theil werden, durch seinen mächtigen Beistand der christlichen Idee wieder zum vollen, siegreichen Durchbruche in unserm theuern Vaterlande zu verhelfen!“

Es möge hier noch hinzugefügt werden, daß zwei hervorragende gegnerische Abgeordnete aus freilich ganz von einander verschiedenen Gründen sich veranlaßt sahen, ihr Mandat niederzulegen, nämlich die Herren Lasker und v. Benningsen. Der erstere war wahrscheinlich schon an der Krankheit leidend, der er in nicht langer Zeit auch unterlegen ist, während Herr v. Benningsen den Entschluß wohl aus dem Grunde faßte, weil es ihm als altem Culturkämpfer schwer wurde, sich in die neu angebahnte Situation des Culturfriedens hineinzufinden. Ich muß den Letzteren, obwohl er in Berlin niemals öffentlich aufgetreten ist, doch in Anbetracht seiner damaligen politischen Haltung, als einen spe-

ciellen Gegner auch der Berliner Bewegung bezeichnen, da er unter den Nationalliberalen Berlins eine Menge begeisterter Anhänger hatte, die blindlings seinen nach dem fortschrittlichen Lager zulenkenden Spuren folgten und daher dem Berliner Conservatismus Schwierigkeiten mit bereiten halfen. Heute stehen ja die Sachen etwas anders. Herr Lasker hat sich ebenfalls zwar nicht oft in Berlin selbst hören lassen, aber sein politischer Einfluß war immerhin auch hier groß genug, als daß seine Mandatsniederlegung die Berliner Conservativen nicht hätte befriedigen sollen. Er gehörte aber jedenfalls zu denjenigen unsrer Gegner, die, wie etwa noch der fortschrittliche Abg. Zelle, wenigstens mit anständiger Waffe kämpften. Dem ehrlichen Gegner alle Ehre! wir bekämpfen sie, suchen sie zu besiegen, aber wir achten sie. Leider gab es nicht Viele dergleichen unter dem Berliner Fortschrittsthum.

Die Aufmerksamkeit der Berliner Conservativen auf die äußeren politischen Verhältnisse konnte jedoch das Interesse für die sich in jener Zeit abspielenden Vorgänge innerer Natur nicht beeinträchtigen, und diese waren zahlreich und wichtig genug, um einen großen Theil der Zeit und Kraft der Partei für sich zu absorbiren. Die schon früher angedeutete Affaire v. Liebermann kam gleich zum Beginn des Jahres zum Krach, der leider nicht der Oeffentlichkeit vorenthalten werden konnte. Seine verhängnißvolle Angabe, daß von ihm keine Wechsel und Ehrenscheine mehr existirten, nachdem eine Anzahl derselben eingelöst worden war, ward durch die Präsentation zweier derselben widerlegt. Ich glaube bestimmt versichern zu dürfen, daß Herr v. Liebermann jene Aussage bona fide gemacht hatte, und die betreffenden Documente vom moralischen Standpunkte aus nicht mehr giltig waren, aber ihre Existenz bot dem Zweifel gewisse Handhaben, die denn auch von den Gegnern weidlich ausgenutzt wurden. Natürlich wurde die ganze Sache über die Maßen aufgebauscht und aus der Mücke mit der bekannten fortschrittlichen Findigkeit der Elephant fertig gemacht. Die Version von Herrn v. Liebermann's Auswanderung nach Brasilien, fand

neue Abnehmer und es wurde über ihn geflunkert ohne Ende. Von allen den in dieser Zeit über Herrn v. Liebermann entstandenen Gerüchten ist kaum der hundertste Theil wahr; nur eins hatten die Fortschrittler richtig erfaßt, nämlich daß man beabsichtigt hatte, für Herrn v. Liebermann zur Aufbesserung seiner Verhältnisse eine Central-Zeitungs-Expedition zu gründen. Doch mißlang das vollständig, es mag wohl nicht zeitgemäß gewesen sein. Ein anderes, nicht allzu fern von dieser Idee stehendes conservatives Unternehmen jedoch hat den besten Erfolg erzielt, nämlich die Vereinigung conservativ gesinnter Männer in Berlin und im Lande — wozu insbesondere auch viele Parlamentarier gehörten, — zur besseren Verbreitung der conservativen Presse. Man hatte von der Fortschrittspartei schon gelernt, und die gemachten Erfahrungen bestätigten es, daß ohne Unterstützung der Parteipresse die conservative Agitation in keinem Falle vorwärts gehen könne. Die öffentlichen und Vereinsversammlungen konnten nur partiell wirken, um die conservative Anschauung in die weiteren Volkskreise hinausdringen zu lassen, während in der Presse ein umfassendes Mittel zu solchem Zweck geboten war. Deshalb eröffnete der „Verein für Verbreitung conservativer Zeitschriften“ seine bis auf den heutigen Tag segensreich wirkende Thätigkeit, indem er darauf Bedacht nahm, geeignete conservative Blätter in jeder zulässigen Weise materiell zu unterstützen. Die Herren Liebermann und Förster sind niemals Mitglieder dieses Vereins gewesen, haben von demselben auch keinerlei Subvention erhalten, zumal der Erstgenannte jetzt mehr von der conservativen Bewegung hinsichtlich seiner activen Betheiligung an der Oeffentlichkeit zurücktrat und der letztere nunmehr seinen Entschluß zur Ausführung brachte, das Vaterland zu verlassen. In seiner öffentlichen Abschiedsrede gab Dr. Förster als Beweggründe seines Handelns folgendes an, wobei seine exaltirten Anschauungen wieder in gewisser Hinsicht hervortraten:

„Die Antisemitenbewegung, bei der ich ohne meinen Wunsch und wider Willen in die Oeffentlichkeit geschoben wurde, machte meine Stelle als Gymnasiallehrer und auch die eines Docenten

an der Königl. Kunstschule unhaltbar. Theils freiwillig, theils gezwungen quittirte ich beide Stellen und nahm einen alten Jugendgedanken wieder auf, der mich lehrte, daß Deutschlands Zukunft nicht zwischen Fels und Meer, nicht zwischen Weichsel und Maas, sondern jenseits des Oceans liege. Meine Ansichten von der Zerfahrenheit auf dem Gebiete des höheren Unterrichts haben sich im Laufe der Zeit noch zugespitzt, ich bin zu der Ansicht gekommen, daß die auf unseren Gymnasien und Universitäten den Schülern zu Theil werdende Vorbildung Dummheit ist, und constatire den allerdings etwas barocken Ausspruch eines bekannten Professors: „Was unsere Jungen an Dummheit auf dem Gymnasium lernen, können sie auf der Universität wieder auspauken, aber den Unsinn, den sie da lernen, den treibt ihnen keiner aus.“ — Neben den trostlosen Verhältnissen auf diesem Gebiete hat nach seiner Behauptung ihn auch unsere Rechtspflege zur Auswanderung getrieben. In drei Fällen, und zuletzt im Falle Munckel, sei ihm — der gute Wille der Richter zugegeben — sein Recht nicht geworden, ein Umstand, der in unserer Justizgesetzgebung seinen Grund habe, aber den, dem es just passire, zur Revolution à la Kohlhaas treiben könne. Redner gedachte auch mit scharfen Tadel der Lehre von der Vivisection und der Klagen, die über die Verfolgung der russischen Juden erhoben wurden, obschon diese Protegés der deutschen „Notablen“ aus Amerika, wo ihnen Arbeit zur Pflicht gemacht wurde, zurückkehrten, um sich in Rußland weiter „verfolgen“ zu lassen.

So hatten denn die Gegner die Freude, zwei ihrer rücksichtslosesten Feinde von der Bildfläche des Berliner politischen Lebens verschwinden zu sehen. Doch damit noch nicht genug, wollten sie auch einem dritten gar zu gerne den Garaus machen, nämlich dem bisher im conservativen Interesse so ungemein thätigen Pastor Hapke. In einem der vielen damals die Berliner Gerichte beschäftigenden politischen Beleidigungsprocesse, welche sammt und sonders aus der famosen Praxis der liberalen Presse herrührten, wichtige politische Dinge, die ihr unbequem zu werden drohten auf das persönliche Gebiet hinüberzuspielen, war Herr Hapke als

Zeuge vorgeladen worden. Als Richter fungirte der Amtsrichter Lion, jüdischen Glaubens. Herr Pastor Hapke glaubte nun, zumal in seiner Eigenschaft als Geistlicher der böhmisch-reformirten, bekanntlich auf orthodoxen Grundsätzen basirten Gemeinde, die Pflicht zu haben, sich zu vergewissern, ob der von ihm abverlangte christlich-religiöse Eid auch an der Stelle, vor der dieser Eid abgelegt werden sollte, einen positiv-religiösen Glauben und Anerkenntniß im kirchlichen Sinne der Eidesleistung finden werde. Da ihm angesichts der Confession des Richters darüber berechtigte Zweifel aufstiegen, erklärte er, nur vor einem christlichen Richter den Zeugeneid leisten zu können, verweigerte aber im übrigen weder Zeugniß noch Eid. Herr Hapke glaubte seine Ansicht um so mehr verfechten zu können, als ein Präcedenzfall vorhanden war, bei dem damals die gesammte liberale Partei zu Gunsten des zu Vereidigenden energisch auftrat. Im Jahre 1875 hatte der freigemeindliche Prediger Hofferichter vor dem Gericht zu Breslau den Eid aus dem Grunde verweigert, weil er an keinen Gott glaube. Dieselben Leute aber, welche damals, als es in ihren unkirchlichen Plan paßte, Hofferichters Gewissensscrupel über das Gesetz stellten, nahmen im Fall Hapke eine entgegengesetzte Position ein. Als dem Genannten seine Weigerung als Demonstration ausgelegt und er zu 300 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten des Termins verurtheilt wurde, klatschte die gesammte fortschrittliche Partei in ihrer Presse Beifall, und es wurden lange Jeremiaden losgelassen über die Verderbtheit der Zeit, wo der Conservativismus das Gesetz verachte und eine zügellose Willkürherrschaft einzureißen drohe. Leider bestand das Gericht durchaus auf dem Buchstaben der gesetzlichen Vorschriften, und eine abermalige Vorladung Hapke's zur Eidesleistung vor demselben Richter erfolgte. Es wäre ein unsinniges Beginnen des Einzelnen gewesen, und hätte seinen finanziellen und persönlichen Ruin herbeigeführt, wenn er sich weiter gegen die freilich auf dem geschriebenen Recht basirten Anforderungen des Gerichts gesträubt hätte. Er leistete denn auch den Eid unter nochmaligem Protest gegen das Verfahren. War nun das Verhalten Herrn Hapke's

vor dem Gesetz auch unrichtig, so hatte er doch sich ein Verdienst erworben, indem er nämlich die für manchen gläubigen Christen vorhandene Gewissensnoth zum Ausdruck brachte, welche durch die bestehenden gesetzlichen Verhältnisse hervorgerufen ist. In diesem Sinne war das Vorgehen Hapke's dankenswerth und wurde auch in einer Versammlung der christlich-socialen Partei anerkannt. Eine positive Folge hatte die Affaire übrigens ebenfalls, nämlich den von 28 Mitgliedern der conservativen Fraction des Reichstages unterzeichneten Antrag des Abg. v. Maltzahn-Gülz, betreffend die Eidesleistung von Christen vor einem christlichen Richter. In einer Versammlung des Centralvereins der Conservativen des II. Wahlkreises wurde auf Antrag des Vorsitzenden, Herrn Luckhardt, dem Herrn Antragsteller der Dank des Vereins dargebracht. Da der Oberkirchenrath in dieser Angelegenheit eine zweideutige Haltung zu bewahren schien, so schlug Herr Luckhardt vor, an den Oberkirchenrath als die ordentliche vorgesetzte Behörde eine Petition zu richten und denselben zu ersuchen, in dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Nachdem auch dieser Vorschlag einstimmig und mit Beifall angenommen war, wobei auch der Wunsch ausgesprochen wurde, daß sämmtliche conservative Vereine diesem Beispiele folgen möchten, gelangte noch ein weiterer, dahingehender Antrag zur einstimmigen Annahme, daß der Verein das E. O.-C. ersuchen möge, an Se. Majestät den Kaiser als summus episcopus zu petitioniren, daß Allerhöchstderselbe für die christlichen Unterthanen das Recht herbeiführen möge, die Eidesleistung vor christlichen Richtern geschehen zu lassen. Als interessanten Beitrag zu dieser Frage verlas der Vorsitzende den Brief eines orthodoxen Juden nach dem „Deutschen Tageblatt“, in welchem derselbe klarlegt, daß der Jude schon nach seinen Glaubenssätzen dem Christen keinen Eid abnehmen dürfe.

Aber auch noch andere Processe waren dazu geeignet, die Aufmerksamkeit der Conservativen zu erregen, obwohl dieselben in keiner directen Verbindung mit der Bewegung standen. Gar zu gerne hätten es freilich die Gegner auch dahin gebracht, den ersten der-

selben, nämlich den großen Monstreproceß gegen 30 Vorstände der Gewerkvereine, den Conservativen oder den verwandten Christlich-Socialen anzuhängen. Es wäre dies auch beinahe gelungen, denn man hatte es glücklich herausgebracht, daß zwei dieser Vorstände Mitglieder der christlich-socialen Partei waren. Nun ließ man die gesammte fortschrittliche Preßmeute gegen den versteckten Socialdemokraten und Umsturzmann Herrn Stöcker los, der von dem über ihn hereinbrechenden Unwetter umsomehr überrascht sein mußte, als er mit der ganzen Gewerkvereinsangelegenheit nicht das Mindeste zu thun hatte. Es handelte sich nämlich um eine Anklage auf Grund der Verordnung vom 11. März 1850, in welcher diese Vorstände bezichtigt wurden, als Vertreter politischer Vereinigungen mit einander zum gemeinsamen Vorgehen in Verbindung getreten zu sein. Nun hielten sich diese Gewerkvereine aber keineswegs für politische Vereine, und was die beiden christlich-socialen Mitglieder anbelangt, so stellte es sich heraus, daß dieselben längst aus dem Gewerkverbande ausgeschieden waren und zwar angeblich aus dem Grunde, weil sie keine Freunde von Sonntagsversammlungen waren, wie dieselben freilich in der löblichen Gewohnheit jener Vereine standen. Mit der Anzapfung der christlich-socialen Partei war es also wieder nichts. Was übrigens die Anklage wegen Umgehung des Vereinsgesetzes anbelangt, wonach politische Verbindungen keine Spitze, keine Centralleitung haben dürfen, so will ich an dieser Stelle gleich bemerken, daß eine ähnliche Denunication einst auch gegen das C. C.-C. gerichtet worden ist, und zwar nicht etwa von Seiten der Gegner, sondern von einem Gesinnungsgenossen, dessen Namen ich hier nicht nennen will. Obwohl nichts von Seiten der Behörde darauf erfolgt ist, so war die Sache doch im höchsten Grade fatal. Uebrigens kann ich nicht umhin, diese Bestimmung als eine den heutigen politischen Verhältnissen nicht mehr entsprechende zu bezeichnen. Denn in der Praxis werden sich die im politischen Leben unumgänglich nothwendigen Parteiansichten ja niemals klären können, auch niemals zu einem Einfluß gelangen, wenn eine centrale Direction gesetzlich verboten wird.

Vielleicht gegen keinen Gesetzesparagraphen wird so oft gefehlt, wie gegen den vorliegenden.

Der andere Proceß, der gegen das Consortium Grunewald, Bennemann und andere Mitglieder der Revolverpresse eingeleitet wurde, hat eigentlich gar keine Beziehungen zur Berliner Politik. Ich erwähne denselben auch nur, um einen Streifblick auf gewisse Preßzustände zu werfen, wie sich dieselben inzwischen in Berlin herausgebildet hatten. In solchen aufgeregten politischen Zeiten wie diejenigen der Jahre 1878, 1880, 1881 konnte es nicht fehlen, daß eine gewisse politische Verwilderung eingetreten war, und die Zügellosigkeit, mit der die fortschrittliche Presse ihre Gegnerschaft befehdete, hatte die sehr unerfreuliche Folge, daß mit der Zeit ein Preßpiratenthum entstanden war, welches nicht etwa auf dem politischen Felde, sondern in Privatangelegenheiten „arbeitete“ und sich durch Drohungen, heimliche Denunciationen und lügenhafte Manipulationen Verdienst zu schaffen suchte. Der „Unabhängige“, dessen Hintermänner und „Redacteure“ ich vorhin nannte, war ein solches Blatt, mit dem sich nun die Staatsanwaltschaft beschäftigte. Auch hier machte die fortschrittliche Presse den von vornherein verunglückten Versuch, diese Sorte an die Rockschöße der conservativen oder christlich-socialen Partei zu hängen, indem man eine übel angebrachte Verwechselung der Namen Grunewald und Grüneberg (dem früheren Mitgliede der Christlich-Socialen) riskirte, und als dies vollkommen mißlang, den mitangeklagten Erpresser Lodomez mit dem „Deutschen Tageblatt“ und den Antisemiten in Verbindung bringen wollte. Ich habe bereits erwähnt, daß Lodomez zu der Bewegung auch nicht die geringste Beziehung hatte, und daß nur einzelne Herren während einer kurzen Zeit, von seinem sicheren Auftreten dupirt, mit ihm eine in engen Grenzen sich bewegende gesellige Verbindung unterhalten haben. Mit dem „D. T.“ hat Lodomez gar keine Beziehungen unterhalten, wie ich constatiren kann. Noch will ich kurz erwähnen, daß das C. C.-C. in der Lage war, in rein privater Angelegenheit eine Erklärung zu veröffentlichen: Herr Major v. Harder, „der Mann der geistreichen Frau Pau-

line von Harder“, hatte seine mit der conservativen Partei angeknüpften Beziehungen benutzt, um für die Aufführung eines von seiner Gattin verfaßten neuen Stückes „Gela“ eine in gewisser Hinsicht partei-politisch zu nennende Propaganda zu machen. Da nun das C. C.-C. in der That mehr zu thun hatte, wie sich um Theaterstücke zu kümmern, und auf der anderen Seite auch nicht das Odium auf sich sitzen lassen wollte, Allotria getrieben zu haben, fühlte es sich zu einer entsprechenden Erklärung veranlaßt, welche freilich den „unersetzlichen“ Verlust des Major v. Harder für die Partei zur Folge hatte.

Vielmehr öffentliches Interesse nahm die Beschlagnahme der Hirsch-Dunkerschen Arbeitercasse wegen angeblicher Unterschlagungen in Anspruch, deren weitere Besprechung ich nicht zu meiner Aufgabe rechne; ebensowenig will ich auf die betrübende Selbstmordaffaire des Professors zu Puttlitz eingehen, welche nur anfangs den Anschein eines aus politischen Gründen stattgehabten amerikanischen Duells hatte, in Folge der Version eines Rencontres des jungen Gelehrten mit einem jüdischen Referendar. Später klärte sich das traurige Ereigniß als Folge von Familienverhältnissen auf, und ich will hier nur noch anführen, daß die leider freilich von conservativer Seite geborene Ente von dem „jüdischen Referendar“ von Seiten der gegnerischen Presse zu einer Haupt- und Staatsaction aufgebauscht wurde, trotzdem man gut gethan hätte, den Balken im eignen Auge zu suchen. Ich entschuldige damit nicht die Handlungsweise des betreffenden conservativen Blattes, welches solche leichtfertigen Nachrichten in die Welt setzte.

Herr Hofprediger Stöcker hatte seine Sommerferien dazu benutzt, um eine Reise nach England zu machen und dort gelegentlich auf Wunsch einiger in London lebender Parteifreunde die deutschen politischen Verhältnisse in Vorträgen klar zu legen. Mit welcher Art von Kritik das Auftreten seitens der Gegner begleitet wurde, will ich in einem Artikel des „Socialdemokrat“ näher darthun, welcher folgendermaßen lautet:

„Stöcker in London. Wenn Jemand eine Reise thut, so kann er was erzählen, dachte der fromme Hofprediger und zog

über den Canal, vor den Engländern Luther und vor den in London lebenden Deutschen die christlich-germanische Scoialreform, d. h. sich selbst, zu glorificiren. Denn bekanntlich läßt sich der brave Stöcker mit Vorliebe als Luther Nr. 2 anpreisen, was auch insofern ganz berechtigt ist, als Herr Stöcker alle Fehler Luther's getreulich nachahmt. Vielleicht machen wir uns einmal gelegentlich den Spaß, eine Parallele zwischen Luther, dem Wortführer des emporstrebenden Absolutismus, und Stöcker, dem Lobredner des überlebten Absolutismus zu ziehen, heute wollen wir dies Thema bei Seite lassen und lieber unseren Lesern mittheilen, was man uns aus London über die dortigen Abenteuer des preußischen Oberhofdemagogen schreibt. Wir erhalten nämlich darüber folgende Correspondenz:

„Herr Stöcker ist mit seinem Versuch, in London ‚christlichen‘ Socialismus zu predigen, besser gesagt: Socialdemagogie zu treiben, schlecht angelaufen. Es war seinem Comité gelungen, für seinen ersten Vortrag den egyptischen Saal im Mansionhouse (Stadthaus), für seinen zweiten die Memorial-Hall in Farringdon-Street zu sichern. Der erste Vortrag sollte am 14. ds., Nachmittags 1 Uhr, stattfinden, Thema: ‚Die Socialreform in Deutschland‘, der zweite am 15. ds., Abends 7½ Uhr, Thema: ‚Der christliche Socialismus‘. Da machte ihm nun der hochconservative neue Lordmajor Fowler einen bösen Strich durch die Rechnung, indem er ihm auf Veranlassung des israelitischen Aldermans Isaac die Erlaubniß zur Benutzung des Mansionhouse-Saales entzog, mit Rücksicht, wie er in den Blättern erklären ließ, auf die respectablen israelitischen City-Kaufleute.

Die erste Versammlung mußte also auch in Memorial-Hall, die einer englischen Nonconformisten- (Dissidenten-) Secte gehört, stattfinden. Vorher hatte Stöcker noch sein Heiligenlicht in dem Hauptquartier der Mucker Londons, in ‚Exeter-Hall‘, leuchten lassen, allwo er einige unverdauliche Phrasen über die Internationalität Luther's in noch unverdaulicherem Englisch von sich gab. Zu der Nachmittagsversammlung konnten unsere Genossen,

die sämmtlich für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten haben, nicht kommen, da Stöcker denn doch nicht werth ist, einen halben Tag Arbeit seinetwegen zu verlieren. So waren nur einige Genossen anwesend, die dem geistlichen Herrn den Faden seines Vortrags schön in Unordnung brachten, bei dem Namen Luther ‚Bauernkrieg'! und bei Erwähnung der ‚Botschaft unseres Kaisers' ‚Massenmörder'! riefen. Schließlich gab dann auch Stöcker die Sache auf, nachdem er noch geäußert, die Socialdemokraten sollten erst ihre revolutionären Ideen ablegen, da könne man auch das Socialistengesetz aufheben. So blau! Discussion gab es nicht.

War die Nachmittagsversammlung schon ein beträchtlicher Hereinfall, so wurde es am Donnerstag Abend noch schlimmer. Unsere Genossen waren von allen Seiten herbeigeeilt, auch Juden hatten sich in Masse eingefunden. Als die Thüren geöffnet wurden, war der Andrang so stark, daß die geräumige Halle — sie faßt mit der Gallerie 1500 Personen — im Nu gefüllt war. Von Socialisten mochten im Ganzen etwa 400—500 Mann anwesend sein, und zwar aus beiden Lagern, da Socialisten und Socialrevolutionäre bei dieser Gelegenheit ohne besondere Verabredung zusammengingen. Die Arrangeure der Versammlung hatten auch reservirte Plätze eingerichtet, à 2 Sh. 6 d. (Mk. 2,50) der Sitz; die Stühle hatten die Schlaumeier mit Stangen und Stricken mit einander verbunden, um einem etwaigen Vordringen der im hinteren Theile des Saales befindlichen Menge Hindernisse in den Weg zu legen. Unsere Genossen, als erfahrene Versammlungsbesucher, hatten sich natürlich so weit als möglich nach vorn postirt.

Als Stöcker mit seinem Comité erschien, wurde er mit minutenlangem Zischen und Lärmen begrüßt, wobei die anwesenden Bourgeois und Juden Hervorragendes leisteten. Letztere brachten dann auch aus Dankbarkeit dem Lordmajor Fowler ein Hoch aus. Ein gewisser Herr Feldmann, der den Vorsitzenden spielen wollte, suchte vergebens Ordnung herzustellen, bis Stöcker schließlich einsah, daß er nachzugeben habe, und den Bürger

Daubenspeck bewog, in seinem Namen zu erklären, daß er sein Wort gebe, daß freie Discussion stattfinden solle; auch offerirte Stöcker den Socialisten, sich einen zweiten Vorsitzenden zu wählen. Davon wollten aber die Genossen nichts wissen. Sie waren hergekommen, nicht um zu discutiren, sondern um Herrn Stöcker und in seiner Person Bismarck, seinem Patron und den regierenden Classen Deutschlands, ihren Haß und ihre Verachtung in möglichst unzweideutiger Weise kundzugeben, auf die Mundtodtmachung unserer Genossen in Deutschland zu antworten, und glaubten das am besten zu thun, wenn sie Stöcker möglichst geschwind zum Verlassen des Saales bewogen. Das Zischen begann von Neuem, untermischt mit den Rufen: ‚Raus!‘ ‚Nicht reden lassen!‘ &c. Gleichzeitig wurde an zwei Stellen im Saale die rothe Fahne entfaltet, die eine von Bürger S. Kaufmann unmittelbar vor der Tribüne, die andere von einem Mitgliede von Stephens Mews (Rose Street) mitten unter den reservirten Plätzen. Beide, von der Masse der Genossen getrennt, wurden leider von den sie umringenden Polizisten und Bourgeois überwältigt und ihnen die Fahnen entrissen. Jetzt war es aber mit aller Geduld vorbei. In geschlossenen Reihen marschirten unsere Genossen auf und über die Sitzreihen hinweg und nahmen, die Bourgeois verscheuchend, von dem Bureau Besitz, von dem Stöcker und sein Comité Hals über Kopf verschwanden. Die Marseillaise wurde angestimmt, und volle 10 Minuten erfreuten wir uns unseres spielend errungenen Sieges.

Die Stöcker'schen hatten inzwischen Polizeiverstärkung geholt. Der Inspector kam, erklärte, daß ‚Dr.‘ Stöcker die Halle verlassen habe, und ersuchte (merkt Euch das Wort!) die Anwesenden, die Halle ruhig zu verlassen. Dieser höflichen Aufforderung kamen wir auch nach, freilich so langsam als möglich, um Stöcker nicht Gelegenheit zu geben, doch noch eine Versammlung mit seinen Getreuen abzuhalten.

Wie wir hören, wird jetzt von Stöcker's Seite beabsichtigt, eine geschlossene Versammlung abzuhalten.

Nun, wir können die Herren nicht hindern, hinter ver-

schlossenen Thüren zu tagen und pomphafte Resolutionen zu fassen. In eine öffentliche Versammlung in London wird sich aber dieser Bismarckische, in Judenhetze machende christlich-sociale Oberdemagoge wohl nicht so leicht wieder begeben. C. V.

Soweit der Bericht.

Wie man sieht, nehmen unsere Londoner Genossen die Verantwortung für die ‚wüsten Tumulte', von denen die Liberalen mit heuchlerischem Bedauern schreiben, voll und ganz auf sich. Sie wollten nicht discutiren, sondern demonstriren. Und wenn man bedenkt, in welch infamer Weise Stöcker in Deutschland das Socialistenknebelungsgesetz dazu benutzt hat, unsere Partei und unsere besten Vorkämpfer mit seinem Geifer zu besudeln, dann wird man diese Art Revanche sicherlich nicht zu schroff finden. Selbst die erzconservative ‚St. James Gazette' schreibt, daß der Professor der Wissenschaft der Judenhetze keinen Grund habe, sich zu beklagen.

Die ‚St. James Gazette' ist das Organ der englischen Hofclique und zweifelsohne von gewissen, der preußischen Kronprinzessin Victoria nahestehenden Kreisen beeinflußt. Die Engländer sagen offen ihre Meinung, die deutschen Liberalen aber, die sich im Stillen unbändig gefreut haben, daß ihr Concurrent in Servilismus es einmal gehörig bekommen hat, lassen die gute Gelegenheit nicht vorübergehen, auf die rohen Socialdemokraten den Stein ihrer pharisäerhaften Entrüstung zu werfen, von Verletzung der ‚Freiheit' 2c. zu reden. Diesen Biedermännern sei erwidert, daß unter den ‚wüsten Schreiern' sich Männer befanden, denen die deutsche ‚Freiheit' ihre ganze Existenz gekostet hat. Das will etwas mehr sagen, als der bloße Verzicht auf die Verherrlichung des Bismarck'schen Volksbetrugs. Wer die Freiheit Anderer mit Füßen tritt, hat keinen Anspruch darauf, seine eigene Freiheit respectirt zu sehen."

Die Wahrheit ist die, daß Herr Stöcker keineswegs eine politische Agitationsreise vorhatte, sondern das Interesse Englands für die Berliner Stadtmission anzuregen beabsichtigte; es wäre

das auch unzweckmäßig gewesen, denn im eignen Lande lagen die Sachen noch keineswegs so klar und befriedigend, daß die Führer der Bewegung ihre Kraft hätten auf's Ausland übertragen können.

Nach seiner Rückkehr ward es Herrn Stöcker leicht, die über seine Reise nach London gebildeten Legenden zu zerstören, sein erstes Wiederauftreten bildete zugleich eine glänzende Demonstration für die deutsch-nationale Sache in Berlin.

Zu Tausenden strömten die Schaaren schon lange vor der festgesetzten Stunde herbei und füllten die gewaltigen Räume des größten Saales der Residenz, Tivoli, so daß schon nach 8 Uhr die polizeiliche Absperrung desselben erfolgen mußte; es mochten nach allgemeiner Schätzung 6—8000 Personen am Platze sein, die, den verschiedensten Gesellschaftsclassen angehörig — Arbeiter in blauen Blousen, Handwerker, Beamte, Kaufleute u. s. w. gekommen waren, um den Vortrag des Herrn Hofpredigers Stöcker über Tisza-Eszlar zu hören. Ein tausendstimmiger Bewillkommnungsgruß schallte dem verehrten Redner entgegen, der wieder einmal durch seine überzeugenden Worte den Funken der Begeisterung zu erwecken verstand, und tausendstimmig war auch der Beifall, der die Ausführungen des Redners fast nach jedem Satze begleitete. Der Redner sah sich genöthigt, zunächst einzelne der vielfachen maßlosen Angriffe und Verleumdungen zurückzuweisen, mit denen er während der Zeit seiner Abwesenheit verfolgt wurde. Unsere Berliner Judenblätter hatten darin natürlich das Meiste geleistet! Indem Redner dann zum eigentlichen Thema überging, faßte er sein Urtheil dahin zusammen, daß für ihn und jeden Mann mit unverdorbenem Verstand der Mord von Tisza-Eszlar trotz des bereits gefällten Urtheilsspruchs mit einem Schleier der Unklarheit bedeckt sei, und daß der ganze Verlauf des Processes nur dazu angethan sei, uns zur Vorsicht, aber auch zu weiterem Kampfe zu mahnen, gegen die, die öffentliche Meinung folternde jüdische Presse. Doch dürfe der Kampf nie in solche Gewaltthätigkeiten ausarten, wie man sie jetzt mit Bedauern in Ungarn hervorbrechen sehe. Hüten wir uns, so rief Redner zum Schluß mit Emphase aus, vor jeder Gewaltthat, und bleiben wir fest im

Kampfe für Freiheit, nationale Ehre, Glauben! Mit Gott für König und Vaterland! Die Versammlung brach nun unter dröhnenden Beifallssalven in stürmische Hochs auf den Redner aus, der mit den Worten: „Der einzelne ist nichts, die Sache ist alles", die Begeisterung der Versammlung hinüberlenkte zu dem Ruf: „Hoch das Deutsche Vaterland! Hoch unsere gute Sache!" Mit dem Gesange: „Deutschland, Deutschland über alles" trennte sich die patriotische Versammlung.

---

15. Capitel.

Die Communalwahlen im Jahre 1883.

Die im vorigen Capitel besprochene Communalbewegung nahm inzwischen ihren dauernden Fortgang, und zwar war selbst während der heißen Sommerzeit an eine Erholung von den Agitationsarbeiten für die schon im Herbst bevorstehende Entscheidung nicht zu denken. So fand im Juli bei 38° Reaumur auf dem Berliner Bock eine von etwa 5000 Bürgern besuchte Doppelversammlung — in beiden großen Sälen — statt, welche von den Buchhändlern Luckhardt und Bohm geleitet wurde, und in der die Herren Stöcker und Cremer Vorträge hielten über städtische Verhältnisse. Insbesondere war es der Antrag Straßmann-Zelle über Abänderung des § 21 der Städteordnung (wie ich denselben schon früher skizzirt habe), der wiederholt der eingehendsten Untersuchung und Kritik unterzogen wurde, immer aber mit demselben Resultat, daß dieser Antrag von den Conservativen nicht angenommen werden durfte. Das Interesse an den am 18., 19. und 20. October stattfinden sollenden Communalwahlen war seitens der gesammten Berliner Bürgerschaft um so größer, als noch niemals seit Erlaß der Städteordnung vollständige Neuwahlen in der Berliner Stadtvertretung vorzunehmen gewesen waren, sondern die bisherigen Wahlen sich stets nur auf das gerade ausscheidende Drittel der Stadtverordnetenversammlung beschränkten. Wenn früher unter der allgemeinen Herrschaft des Liberalismus bei solchen Wahlen von Gegensätzen kaum eine Spur zu bemerken war, zumal es sich meist um die Auswahl

aus derselben politischen Partei angehöriger Personen handelte, sollte der bevorstehende Kampf diesmal eine besondere Schärfe annehmen. Am 8. Mai war das Programm der Deutschen Bürgerpartei veröffentlicht und mit demselben der Versuch gemacht worden, die Agitation für die bevorstehenden Neuwahlen zu einer rein communalen zu machen, insofern es nur rein communale Angelegenheiten waren, die in dem Programm ihren Platz fanden. Aber demgegenüber beobachtete der Berliner Theil der Fortschrittspartei das eigenthümliche Verfahren, daß er nunmehr seinen politischen Standpunkt noch schroffer betonte, wie bisher, und sogar den Wunsch aussprach, die Neuwahlen dazu zu benutzen, die schadhaft gewordenen Stellen des Fortschrittsringes wieder auszubessern, um ihm auf Jahre hinaus die Unzerreißbarkeit zu sichern. Zwar hatte es auch nicht an Versuchen gefehlt, diesen Fortschrittsring überhaupt abzuleugnen, aber das Gebahren der Stadtverordnetenversammlung in vielen Fällen hatte den evidenten Gegenbeweis erbracht. So waren denn die Berliner Communalwahlen mit dem politischen Stempel versehen, den sie nach meiner Ueberzeugung auch in absehbarer Zeit nicht wieder los werden.

Gewissermaßen als erster Vorstoß der Conservativen bezw. der deutschen Bürgerpartei ist folgendes Flugblatt des Wahlausschusses zu betrachten, welches in seiner ruhigen, aber energischen Sprache einen nachhaltigen Eindruck nicht verfehlte:

„Mitbürger!

Durch Königliche Verordnung vom 21. April d. J. ist auf Grund des § 79 der Städteordnung die Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung zum Zweck einer Neubegrenzung der Wahlbezirke vom 1. Januar 1884 ab verfügt worden.

Durch diese Maßregel soll eine gleichmäßige Vertheilung des Wahlrechtes herbeigeführt werden. Wie ungleich die bisherigen Wahlbezirke waren, ergiebt sich aus der Thatsache, daß z. B. dem 17. Communalwahlbezirk mit 456 Wählern dritter Abtheilung der 22. mit 8605 Wählern derselben Abtheilung gegenüberstand,

daß also das Wahlrecht in beiden Bezirken sich wie 19 zu 1 verhielt.

Solche Ungleichheiten lassen sich nicht bei den regelmäßigen, alle zwei Jahre nur in einem Drittheil der Wahlbezirke stattfindenden Ergänzungswahlen beseitigen, da nach § 21 der Städteordnung zu diesen immer diejenigen Abtheilungen und Wahlbezirke aufgerufen werden müssen, von welchen der ausscheidende Stadtverordnete gewählt war. Hier vermag eine gesetzmäßige Abhülfe nur durch Anwendung des § 79 geschafft werden, in welchem es heißt:

„Durch Königliche Verordnung auf Antrag des Staatsministeriums kann eine Stadverordneten-Versammlung aufgelöst werden. Es ist sodann eine Neuwahl derselben anzuordnen und muß diese binnen sechs Monaten vom Tage der Auflösungsverordnung erfolgen.“

Mitbürger! Obgleich hiernach das Auflösungsrecht Sr. Majestät des Königs an keine Bedingungen geknüpft ist, hat dennoch der Magistrat gegen die Anwendbarkeit dieses Paragraphen zum Zweck einer Neueintheilung der Wahlbezirke Einspruch erhoben, und die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihren Sitzungen vom 26. September v. J. und vom 10. Mai d. J. seiner Auffassung angeschlossen.

Wenn nun letztere trotz der klaren, mit keiner anderen Bestimmung der Städteordnung in Widerspruch stehenden Fassung des § 79 dennoch die Auflösung für ungesetzlich erklärt, so baut sie offenbar auf die Leichtgläubigkeit der Bürgerschaft, welcher im allgemeinen der Wortlaut der Gesetze weniger bekannt ist. Sache der Bürgerschaft wird es daher sein, zu zeigen, daß sie das Spiel durchschaut, welches ihre bisherigen Vertreter mit ihr zu treiben versuchen.

Schon seit vierzehn Jahren hat die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung anerkannt, daß die bestehenden Ungleichheiten des Wahlrechts unhaltbar sind. Weil ihr aber die Auflösung, welche vom Magistrat noch im Jahre 1878 empfohlen wurde, aus nahe liegenden Gründen nicht genehm war, so verlangte sie

daß ihretwegen die Städteordnung geändert werde. Ein neu zu erlassendes Gesetz sollte den Magistrat ermächtigen, nach einer Neubegrenzung der Wahlbezirke bei drei aufeinanderfolgenden Ergänzungswahlen ganz andere Wahlkörper zur Wahl aufzurufen, als diejenigen, welche die ausscheidenden Stadtverordneten gewählt haben. Seiner Willkür sollte es überlassen bleiben, zu bestimmen, welcher Theil der Bürgerschaft die beiden Ergänzungswahlen vorzunehmen habe. Hierbei wäre es bei dem bestem Willen nicht zu vermeiden, daß weite Kreise der Bürgerschaft, welche 1878 zum letzten Male gewählt haben und 1884 wieder zur Wahl kommen müßten, weil der von ihnen gewählte Stadtverordnete ausscheidet, erst zwei oder vier Jahre später Gelegenheit zur Wahl erhalten. Diese würden also auf zwei oder vier Jahre ihres Wahlrechts beraubt werden und für dieselbe Zeit keinen Vertreter in der Stadtverordneten-Versammlung haben. Auch würde die vollständige Beseitigung der bestehenden Mißstände erst nach sechs Jahren erfolgt sein.

Weil nun die Staatsregierung sich nicht herbeiließ, beim Landtage die Annahme einer derartigen Aenderung der Städteordnung zu befürworten, weil sie einer durch diese Aenderung bedingten Vergewaltigung des Wahlrechtes eine Maßregel vorzog, die vollkommen gesetzmäßig, ohne Beeinträchtigung einer einzigen Person, sofort die Bildung nahezu gleicher Wahlbezirke für die einzelnen Abtheilungen ermöglichte, deshalb wurde sie seitens hervorragender Stadtverordneter in der empörendsten Weise angegriffen. In der Sitzung vom 26. September v. J. nannte unter dem Beifallssturm fast der ganzen Versammlung Dr. Horwitz die geplante Auflösung einen „Schlag gegen das lebendige Wesen der Selbstverwaltung“, Ludwig Löwe eine „Vergewaltigung des Rechtes“, Karsten einen „neuen Angriff auf die Selbstständigkeit der Gemeinden“, Büchtemann eine „schwere und flagrante Rechtsverletzung“.

Aber es genügte diesen Herren noch nicht, mit derartigen Bezeichnungen eine Maßregel zu verdächtigen, welche die ausdrückliche Billigung Sr. Majestät des Königs erfahren hatte. Es galt vielmehr, auch alle die Männer an den Pranger zu

stellen, welche durch ihre Abstimmung gegen jene Ungeheuerlichkeiten Einspruch erhoben. In derselben Sitzung hatte nämlich der Stadtverordnete Dr. Horwitz einen Antrag gestellt, durch welchen die Versammlung dem Magistrat für seinen Widerstand gegen die Auflösung ihren Dank aussprechen sollte. Dieser Antrag wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen und der Vorsteher Dr. Straßmann, nachdem er das Ergebniß festgestellt, erlaubte sich unter Zustimmung der Mehrheit noch folgende Bemerkung:

> „Sollte in der That ein Mitglied in der Versammlung sich befinden, welches in dieser Frage von der Ansicht der Versammlung abweicht, so wird dieses Mitglied dem Theil der Bürgerschaft, welcher es gewählt hat und ihm sein Vertrauen geschenkt hat, nachzuweisen haben, daß es dieses Vertrauen noch verdient."

Mitbürger! So weit ist es also mit unserer Stadtverordneten-Versammlung gekommen, daß achtbare Männer, welche mit der Mehrheit derselben nicht übereinstimmen, sich — mit Zustimmung dieser Mehrheit — eine verletzende Beurtheilung seitens des Vorsitzenden, des berufenen Schützers der Minderheit, gefallen lassen müssen. Und diese Demüthigung erfahren sie deshalb, weil sie eine Rechtsauffassung nicht theilen, welche jeder Unbefangene für unrichtig erklären muß, und weil sie nicht zugeben wollen, daß die Rechte Tausender von Wählern verkürzt werden.

Mitbürger! Die Antwort auf eine derartige Behandlung der Minderheit kann nicht zweifelhaft sein. Wer da wünscht, daß allen Mitgliedern unserer Stadtverordneten-Versammlung die Freiheit der Abstimmung erhalten bleibe, der wende sich von der jetzigen Mehrheit ab, der gebe bei den bevorstehenden Neuwahlen den Candidaten der Deutschen Bürgerpartei seine Stimme. Das Programm dieser Partei ist bereits veröffentlicht und allen Mitbürgern zugänglich gemacht worden.

Der Augenblick ist gekommen, wo die Stadt der Intelligenz zeigen kann, daß sie diesen Namen immer noch verdient, und daß

daher niemand das Recht hat, auf ihre Leichtgläubigkeit zu bauen. Die Zeit ist da, daß die Bürgerschaft das Joch abschüttelt, unter welches eine durch langjährige Herrschaft tyrannisch gewordene Partei sie für immer fesseln will.

Auf denn zur Wahl!

Es gilt, Verwahrung einzulegen gegen das Bestreben, durch eine Vergewaltigung des Rechtes eine Maßregel als ungesetzlich zu bezeichnen, durch welche der Bürgerschaft eine Wohlthat erwiesen werden soll. Es gilt, Einspruch zu erheben gegen den Versuch, die Freiheit der Wahl und der Abstimmung zu beschränken.

Der Wahl-Ausschuß der Deutschen Bürgerpartei."

Aus den Vorwürfen, die man mit Recht verschiedenen Stadtverordneten wegen ihrer unerhörten Aeußerungen über die Kaiserlichen Maßnahmen machte, geht deutlich hervor, wie gereizt die Stimmung im liberalen Lager war. Schmähungen und Beleidigungen waren die Waffen, mit denen die Gegner in ihrer Wuth kämpften, und allen voran ging wieder Herr Ludwig Löwe mit seinem keineswegs aus „Knigge's Umgang mit Menschen" entnommenen Wörterschatz. Einer seiner Aussprüche möge hier noch besonders festgenagelt werden, weil er — im schlechtesten Sinne — als geflügeltes Wort während der ganzen Bewegung galt! „Wir haben nichts mit den faulen Drohnen zu thun, welche nicht arbeiten, sondern nur hetzen und Berlin zu einer Cloake machen wollen."

Gut gebrüllt, Löwe! Jene Aeußerung wurde von Herrn Abg. Cremer in einer Communal-Wählerversammlung der Stadtbezirke 27 bis 36 niedriger gehängt, indem er voranschickte, daß die communalen Verhältnisse mit Ruhe und Bedacht betrachtet werden müßten, und davor warnte, dem Beispiel der Gegner nachzuahmen, welche Dinge in die Communalbewegung hineintrügen, die mit derselben absolut nichts zu schaffen hätten, wie des allgemeinen und directen Wahlrechts.

„Wenn wir uns," so führte Redner weiter aus, „gegen den bestehenden Fortschrittsring in der Stadtverordneten-Versammlung

wenden, so geschieht das, weil mit ihm in der That nicht mehr durchzukommen war und außerdem die Gefahr nahe liegt, die Stadtverordneten-Mandate in den erblichen Besitz überzuleiten. Das wollen wir verhüten und deshalb treten wir auch in dieser Bewegung auf. Als Freund der Selbstverwaltung wünsche auch ich, daß jede intimere polizeiliche Einmischung in städtische Verwaltungszweige möglichst vermieden werden möge, die oberste Leitung derselben aber gehört in die Hände der Staatsregierung, denn ich will nicht, daß unsere Communen zu kleinen Republiken gestaltet werden, jede mit eigenen Bestimmungen, jede mit besonderen Grundlagen." Der Redner zeigte nun unter wiederholtem Beifall der Versammlung, wie die Berliner Communalverwaltung durch ihre Werke und ihr Verhalten sich selber kritisire, wie die Schmerzenskinder der Stadt, z. B. Wasserwerke, Canalisation 2c. beweisen. Wenn aber immer, wo man frage, ob die bisherigen Stadtverordneten ihre Pflicht gethan haben, sofort in die „Cloake" gestoßen, und von jener „infernalen Macht", jenen „bestraften Individuen" gesprochen wird, die aus der Welt geschafft werden müßten, dann sei es auch nicht mehr zu verwundern, wenn ein Parteiregiment in der Communalverwaltung um sich greift, das an Tyrannei nichts zu wünschen übrig läßt und jede freiere Gestaltung verkümmern muß. „Ich verzichte," so bemerkte Redner zum Schluß, „von vornherein auf jedes Mandat für die Stadtverordneten-Versammlung, weil jemand, der einmal in der großen politischen Bewegung mit drin steht, nicht in dem Maße für die Interessen der Stadt thätig sein könnte, als es von der Bürgerschaft verlangt werden muß. Das soll mich aber nicht hindern, mein Recht als freier, selbstständiger Bürger, als Berliner Steuerzahler zu wahren, und wenn mir von Herrn Ludwig Löwe auch zugerufen ist, daß ich von communalen Dingen nichts verstehe, so werde ich dennoch nicht nachlassen, für meine Ueberzeugung in die Schranken zu treten." Mit der Aufforderung, in diesem Sinne in die beginnende Wahlaction einzutreten und nur auf solche Candidaten Bedacht zu nehmen, die es mit dem Wohle der Stadt wirklich ernst meinen, ward eine entsprechende Resolution verbun-

den. Auch die übrigen Ausschreitungen der Liberalen gegen Mitglieder der Bürgerpartei und bürgerparteiliche Stadtverordnete bildeten den Gegenstand eingehender Erörterungen, und nach festgestelltem Thatbestande der Entrüstungsbeschlüsse der Bürgerversammlungen. Man hatte nicht allein in einer Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung das bemerkenswerthe Schauspiel gehabt, daß ein liberales Mitglied derselben, Dr. Horwitz, den Stadtverordneten Limprecht persönlich insultirte, ohne daß der erstere von dem Vorsteher zur Ordnung gerufen oder in anderer Weise rectificirt wurde, auch ein anderer Fall kam zur Sprache, der das Bestreben der Liberalen kennzeichnete, die bürgerparteilichen Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung thunlichst in den Augen der Oeffentlichkeit zu degradiren. Der an sich ganz geringfügige Umstand, daß der Stadtverordnete Pickenbach in Begleitung einiger befreundeter Gesinnungsgenossen bei einem Besuch der Rieselfelder mit einem Aufseher dortselbst in Disput gekommen war, gab Anlaß zu erregten Erörterungen in der officiellen Stadtverordneten-Versammlung, und hier war es dem Stadtverordneten Richter vorbehalten, diejenigen, welche an dem kleinen Ausfluge theilgenommen hatten, mit dem ebenfalls nicht sehr gebräuchlichen Namen „Horde“ zu betiteln, ohne daß auf die Replik des Herrn Pickenbach Revocation erfolgt wäre. Man sieht, wie tief die Erregung ging; die Gegner waren schließlich nicht mehr im Stande, die Person von der Sache zu unterscheiden, und behandelten jedes Mitglied der Bürgerpartei als ihren persönlichen geschworenen Feind.

Dem gegenüber machte das trotz eifrigster Agitation doch gehaltene Benehmen der Bürgerpartei den besten Eindruck. Ich schließe mich in dieser Hinsicht den Ausführungen des Herrn Prof. Wagner an, welcher in einer Versammlung der Bürgerpartei folgendes sagte:

„Das Programm der Deutschen Bürgerpartei hat sich in anerkennenswerther Weise von allgemeinen agitatorischen Redensarten und Bestrebungen gänzlich ferngehalten. Es hat den politischen Tagesstreit nicht in die Communalbewegung hineingetragen,

das ist erst von anderer Seite genugsam geschehen. — Das Programm der Deutschen Bürgerpartei hat sich lediglich auf die Erörterung einer Reihe neutraler Fragen beschränkt, und trotzdem sind die Gegner sofort mit Verdächtigungen und Verleumdungen aller Art gekommen, haben sie es verschmäht, auf eine sachliche Discussion einzugehen. Vom Standpunkte des Volkswirthes aus kann ich sagen: Das Programm hat Hand und Fuß, die darin angeregten Punkte sind durchaus einer Discussion werth, für Conservative sowohl, wie für Liberale, Arbeiterparteiler und Socialdemokraten. — Mit vollem Grunde sind die finanziellen Fragen in dem Programm vornangestellt. Das Aufnehmen von weiteren Schulden durch die Stadt würde ja an und für sich nicht so bedenklich sein, es wird es erst, wenn dieselben so enorme Dimensionen annehmen, wie in Berlin, wo bei einer Schuldenlast von 132 Millionen auf jeden Kopf der Bevölkerung circa 120 Mark kommen. Da wird man eine größere Vorsicht doch wohl als gerechtfertigt anerkennen müssen! (Beifall.) Als directe Gegner des Programms möchte ich eigentlich nur die Fortschrittler bezeichnen, während mir die meisten Bestrebungen der Arbeiterpartei, selbst viele der Socialdemokratie, sympathisch sind. (Beifall.) Der Fortschritt aber ist es immer gewesen, der die gröbsten Beschuldigungen gegen die Regierung gerichtet hat, während er es als ein Verbrechen betrachtet, wenn man es wagt, auch einmal die städtischen Verhältnisse zu beleuchten.“ Auf diese ging Redner nun in ausführlicher Weise ein, verlangte eine gründliche Reform der Miethssteuer, die umgekehrt progressiv wirke, und das Einkommen, je kleiner, desto höher besteuere, weiter eine Reform der Gemeindeeinkommensteuer, nach Art der Staatseinkommensteuer, und plaidirte dafür, daß die Societätscassen, die bisher nur Immobilien zur Versicherung annahmen, auch auf Mobiliarversicherungen ausgedehnt würden.

Dies Programm der Deutschen Bürgerpartei, welches ich schon mehrfach berührt und gekennzeichnet habe, wird aus einem zweiten Wahlflugblatt der ersteren näher declarirt, und ich kann also nicht umhin, dieses Flugblatt seinem Wortlaut gemäß vorzuführen:

„Mitbürger!

Unter dem Namen eines Central-Wahlcomités der liberalen Partei für die Stadtverordnetenwahlen sind 12 der hervorragendsten Mitglieder der jetzigen Stadtverordneten-Versammlung zusammengetreten und haben sich durch 24 politisch ihnen nahestehende Männer verstärkt. In zwei neuerdings erschienenen Flugblättern setzen diese Herren sich über die Dringlichkeit einer städtischen Steuerreform dadurch hinweg, daß sie sich mit behaglichem Selbstlob den vollsten Dank für ihre eigenen Leistungen aussprechen!

Sie versuchen sogar durch eine künstliche Zusammenstellung von Zahlen die Meinung zu erwecken, als ob sich seit 1874 die städtische Steuerlast vermindert habe. Hierbei gehen sie von der mindestens sehr zweifelhaften Voraussetzung aus, daß die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer eine entsprechende dauernde Herabsetzung der Brod- und Fleischpreise zur Folge gehabt habe. Sie verschweigen jedoch, daß die Gasabnehmer durch die bedeutenden Gaspreise der Stadt thatsächlich eine Steuer von 4 Millionen, und die Hauseigenthümer durch Heranziehung zu den Kosten der Canalisation eine solche von $1\frac{1}{4}$ Millionen zahlen. Sie verschweigen ferner, daß die Gemeinde-Einkommensteuer, welche im Jahre 1869 mit $16\frac{2}{3}$ pCt. der Classen- bezüglich der Staats-Einkommensteuer eingeführt worden ist, und 1874 schon $66\frac{2}{3}$ pCt. betrug, in der kurzen Zeit bis 1878 auf 100 pCt. erhöht werden mußte. Endlich verschweigen sie, daß in diesem Jahre eine weitere Erhöhung um 7 pCt. nur durch eine Streichung wichtiger Posten im städtischen Haushalte verhindert werden konnte.

Unter diesen Verhältnissen kann die Deutsche Bürgerpartei eine allgemeine Ermäßigung der Gemeinde-Einkommensteuer nicht empfehlen; sie verlangt aber, daß, dem Vorgehen der Staatsregierung entsprechend, welche die beiden untersten Stufen der Classensteuer außer Hebung gesetzt, auch die Stadt durch Verzicht auf dieselben Stufen der Gemeinde-Einkommensteuer den ärmeren Classen Erleichterung verschaffe. Sie verlangt ferner, daß die

Inhaber der kleineren Wohnungen von der Miethssteuer befreit werden.

Mitbürger! Soll Berlin der Mittelpunkt Deutschlands sein, nicht nur in politischer, sondern auch in geistiger und sittlicher Beziehung, so dürfen wir nicht eher ruhen, als bis die ärmeren Einwohner unserer Stadt von dem harten Druck auch der städtischen Steuern befreit sind, und nicht bei dem Erwerbe jedes einzelnen Möbels fürchten müssen, daß es einst der Steuerexecutor abhole.

Durch die geplante Steuerreform würden $64^2/_3$ pCt. Einkommensteuerzahler, und mindestens 31 pCt. der Miether fortan steuerfrei sein. Wahrlich, das ist eine edle, des ernstesten Strebens würdige Aufgabe!

Allerdings würde durch die Verwirklichung derselben der Stadtcasse ein Ausfall von $1^1/_2$ Millionen Mark erwachsen. Aber die Deutsche Bürgerpartei giebt in ihrem Programm vom 8. Mai auch die Mittel zur Deckung dieses Ausfalles an. Denn in Punkt 3 wird klar und ausführlich auseinandergesetzt, wie durch eine Herabsetzung der städtischen Gaspreise in Verbindung mit einer allgemeinen Gassteuer $1^1/_2$ Millionen Mark, das ist ungefähr die zur Durchführung des Steuererlasses nothwendige Summe, der Stadtcasse gewonnen werden können, ohne daß dabei auch nur ein Abnehmer städtischen oder englischen Gases geschädigt wird.

Auf diesen Punkt sind unsere Gegner bisher nicht eingegangen, offenbar weil es ihnen an Gründen dagegen fehlt. Denn in der geplanten Gassteuer kann eine Härte oder gar ein Vertragsbruch gegen die englischen Actionäre nicht gefunden werden, da die Gesellschaft seit länger als einem Vierteljahrhundert über $1^1/_2$ Millionen jährlich aus Berlin nach England überführt, und da der § 1 des Vertrages von 1881 ausdrücklich bestimmt, daß die Rente von 400,000 Mark von der Gesellschaft nur so lange an die Stadt zu zahlen ist, als die Production oder Consumtion des Gases nicht besteuert wird. Uebrigens würde auch die Gassteuer eine angemessene Verzinsung des An-

lagecapitals nicht ausschließen. Die englischen Actionäre müßten sich daher gewiß selber wundern, wenn die Stadt mit der Einführung der Gassteuer noch länger zögern wollte.

Mitbürger! Wir glauben, daß die Engländer an Berlin genug verdient haben, und daß es den Vätern der Stadt besser ansteht, für das Wohl der ärmeren Einwohner Berlins, als für das der reichen englischen Actionäre zu sorgen.

Aber das Programm der Deutschen Bürgerpartei weist auf noch weitere Einnahmequellen hin, durch welche die Steuerzahler nicht belastet werden. In Punkt 4 wird verlangt, daß die Pferdebahn-Gesellschaften, welche durch ihr weitverzweigtes Netz fast alleinige Eigenthümer der Straßendämme geworden sind und das Gewerbe jedes anderen Fuhrwesens erheblich geschädigt haben, stärker als bisher zu den Lasten der Stadt herangezogen werden. Es ist bedauerlich, daß durch die Verträge von 1880 und durch die neuerdings ertheilten Concessionen den großen Pferdebahn-Gesellschaften Rechte eingeräumt worden sind, die sich von einem Monopol nur wenig unterscheiden.

Endlich wird in Punkt 5 gefordert, daß die Feuerversicherungs-Gesellschaften auf Actien, welche durch die vortrefflichen Einrichtungen unserer Feuerwehr bedeutende Vortheile genießen, durch eine Abgabe zur Tragung der Kosten herangezogen werden. Leider ist es nicht möglich, hier bestimmte Summen anzugeben, da, wie der Statistiker der Stadt Berlin in seinem neuesten Jahrbuch ausdrücklich bemerkt, die genannten Gesellschaften ihre Geschäftsberichte dem Polizeipräsidium nur unter der Bedingung mitgetheilt haben, daß dieselben geheim gehalten bleiben.

Angesichts dieser Ausführungen ist es eine Unwahrheit, wenn das Centralcomité der liberalen Partei behauptet, daß die Gegner des bisherigen Systems mit Schlagworten auf Ziele hinweisen, zu denen sie die Mittel und Wege anzugeben außer Stande seien.

Auch unsere jetzigen Stadtverordneten geben zum Theil zu, daß eine Reform des städtischen Steuerwesens nothwendig sei. Sie wollen aber dieselbe durch ein Communalsteuergesetz geregelt wissen. Das heißt: sie wollen eine brennende Frage auf ungewisse

Zeit hin vertagen, sie wollen Pflicht und Verantwortlichkeit von sich selbst auf die Regierung abwälzen.

Mitbürger! Wo die städtischen Behörden aus ihren eigenen Mitteln und Gerechtsamen Besserung schaffen können, da sollten sie sich nicht hinter den Staat verstecken. So fassen wir die Selbstverwaltung auf. Hier bietet sich eine viel edlere Gelegenheit, Zeugniß von dem lebendigen Wesen der Selbstverwaltung abzulegen, als wenn man, wie es unsere Stadtverordneten aus Anlaß der Auflösung gethan haben, eine durchaus gesetzliche, wohlgemeinte und heilbringende Verordnung Sr. Majestät des Königs mit den heftigsten Schmähreden angreift.

Der Wahlausschuß der Deutschen Bürgerpartei."

Wahlversammlungen folgten auf Wahlversammlungen in unaufhörlicher Reihenfolge; manche derselben hatten insofern einen resultatlosen Verlauf, als sie durch fortschrittliche oder arbeiterparteiliche Colonnen gesprengt wurden, d. h. indem Tumulte erregt oder durch das Socialistengesetz verbotene Aeußerungen absichtlich gemacht wurden, um den überwachenden Polizeibeamten zur Auflösung der Versammlungen zu veranlassen. Um die Art zu kennzeichnen, wie in solchen Fällen verfahren wurde, will ich hier die bei einer derartigen bürgerparteilichen Versammlung gethane Aeußerung eines „fortschrittlichen" Kaufmannes Wächter reproduciren, welche freilich die Absicht, die Versammlung zu sprengen, nicht erreichte — weil der Vorsitzende, Herr Pickenbach, rechtzeitig eingriff, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Herr Wächter ließ sich folgendermaßen hören.

„Mit 17 bis 18 Groschen kann ein Arbeiter seine Familie nicht erhalten. Aber wie wollen Sie es denn ändern, daß er mehr als 18 Groschen verdient, wollen Sie dem Gesetzgeber vorschreiben, daß ein Arbeiter nicht unter 17 Groschen verdienen darf? dann gäbe es eine Nation von Dieben und Räubern. (Große Erregung. Rufe: Ach so, wir können verhungern.) Ich kann es auch nicht billigen, daß ein Arbeiter in die Stadtverordneten-Versammlung kommen soll. (Oho! große Unruhe.)

Wenn Sie Interessenpolitik wollen, so vertreten Sie nicht die Allgemeinheit." Der Redner, welcher ersichtlich die Versammlung stören wollte, fährt unter fortwährenden Schlußrufen fort, das confuseste Zeug auszukramen. Zum Schluß schreit er in die Versammlung hinein: „Eine Arbeiterpartei als solche kann ich nicht anerkennen, wohl aber eine socialdemokratische. (Ungeheurer Lärm. Rufe: Denunciant, fortschrittlicher Lump.)"

Ein freilich außerhalb der Wahlagitation, auch örtlich außerhalb des Berliner Rayons liegendes trauriges Ereigniß war ganz dazu geeignet, diese ohnehin große Erregung noch auf den Gipfel zu treiben, zumal Berliner Einwohner davon in der betrübendsten Weise betroffen wurden: Im Abgeordnetenhause war bei Berathung des Eisenbahnetats von dem Vertreter des Kreises Teltow-Beeskow, dem leider jetzt verstorbenen Rechtsanwalt Waldemar Wolff, ein Antrag auf den Umbau des Bahnhofes Steglitz gestellt worden, der von dem früheren Eisenbahndirector der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn, jetzigen Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter Büchtmann als unzutreffend bekämpft worden war. Gerade, als sollte der Antrag des Herrn Wolff ein mene tekel sein, fand zwei Tage darauf das große Eisenbahnunglück in Steglitz statt, welches viele Familien unglücklich machte und überall Wehklagen und enorme Aufregung schuf. Nachdem festgestellt worden war, daß in der That die mangelhafte Anlage des Bahnhofes die einzige Veranlassung des Unglücks gewesen war, lenkte sich die mißliebige Aufmerksamkeit zunächst auf denjenigen, der in leichtfertigster Weise jeden Umbau der Anlage als überflüssig von der Hand gewiesen hatte. Man kann ja natürlich nicht sagen, daß die Fortschrittspartei oder gar etwa die liberale Stadtverwaltung in irgend einem ursächlichen Zusammenhange mit der schrecklichen Affaire stände; sie waren daran ganz unschuldig. Aber es liegt in der Natur des Menschen, daß er irgend Jemand für ihn treffende Schicksalsschläge verantwortlich zu machen sucht, wenn dieser Jemand in einem entfernten Zusammenhange mit dem Ereigniß steht, und so war es denn in gewisser Hinsicht auch hier. Eine von der Deutschen Bürgerpartei

unter dem Vorsitze des Herrn Heydtmann in das „Universum“ einberufene Versammlung brachte nach sehr stürmischem Verlauf das Resultat, daß eine fulminante Resolution gegen Herrn Büchtemann angenommen wurde. Dann referirte Professor Bellermann über das Verhältniß der Bürgerpartei zu den andern und betonte ausdrücklich, wie der letzte Punkt dieses Programms, der die Unabhängigkeit der Bürgerpartei von jedem politischen Programm hervorhebe, gerade eine große Kluft zwischen dem Fortschritt und der Bürgerpartei hervorrufe, denn der erstere prätendire bei den Communalwahlen gerade die politische Gesinnung.

Aus solchen Beispielen erhellt mit großer Deutlichkeit, wie hoch die Wogen der gegenseitigen Erbitterung bereits gingen. Dieselben glätteten sich erst allmählich kurz vor der Wahl, deren Ernst und nachhaltige Wichtigkeit für den Conservativen so überaus einleuchtend war, daß er darauf bedacht nahm, nur den objectiven Gedanken festzuhalten, ohne Seitensprünge auf das persönliche Gebiet oder das der Verhetzung. Unter diesen Verhältnissen nahten die Tage der Wahl, deren Resultat in Anbetracht der von der Deutschen Bürgerpartei erreichten Stadtverordnetensitze relativ als nicht gerade erfreulich erschien, zumal im Hinblick auf die großen Anstrengungen der Bürgerpartei. Wenn man indessen die Zahl der für die Candidaten der Bürger- und der Fortschrittspartei abgegebenen Stimmen mit den früheren Wahlen verglich, dann erhielt man ein ganz anderes, aber um so erfreulicheres Bild.

Bei der Reichstagswahl am 27. October 1881 wurden 89,147 fortschrittliche und 47,262 conservative Stimmen abgegeben. Werden die 1568 zersplitterten Stimmen — darunter 282 der Centrumspartei — entsprechend vertheilt, so standen sich etwa 90,000 Fortschrittler und 48,000 Conservative gegenüber, bei einer Betheiligung von im Durchschnitt 77 pCt. der Wähler. Das Verhältniß der Fortschrittler zu den Conservativen war somit wie 65,21 pCt. zu 34,79 pCt.

Bei den jetzigen Stadtverordneten-Wahlen stimmten Wähler

	für die Bürgerpartei	für die Fortschrittspartei	
III. Classe	25,074,	32,101,	40 pCt.
II. „	2,288,	6,989,	
I. „	434,	1,871,	80 pCt.
im ganzen	27,796,	40,961,	

oder rund 27,800 gegen 41,000. Das Verhältniß der Fortschrittspartei zu der Bürgerpartei war somit wie 59,59 pCt. zu 40,41 pCt.

Innerhalb zweier Jahre war sonach die Stärke beider Parteien um etwa 12 pCt. einander näher gerückt. Wenn man nun aber berücksichtigte, daß in der II. Classe nur 40 pCt. der Wähler sich an der Wahl betheiligten, und ein großer Theil der von der Wahl fern gebliebenen aus geschäftlichen Rücksichten nicht gewählt, ein anderer Theil aber infolge des Terrorismus der Liberalen geradezu gegen die innere Ueberzeugung seine Stimme abgegeben, dann werden die Fortschritte, die die Bürgerpartei gemacht hatte, in die Augen fallen. Man hatte von Seiten der Gegner gehofft, diese Bürgerpartei dadurch zu isoliren, daß man sie durch mannigfache Manipulationen dazu veranlassen wollte, mit den extremen Elementen der Arbeiterpartei zu marschiren. Als dies indessen nicht gelang, da trat der in jener Partei oftmals Ausschlag gebende erwähnte Terrorismus in die Action und brachte es zuwege, daß sogar Stadtverordnete, die die berechtigten Forderungen der Bürgerpartei positiv anerkannten, dennoch nicht wagten, diesem Programm bei der Wahl durch ihr Votum zuzustimmen. In welcher Art und Weise die Fortschrittspartei bei der Wahlagitation arbeitete, davon giebt ein an viele Wähler der dritten Abtheilung, die in der Umgebung der Linden wohnten, gerichtetes Schreiben, ein Beispiel, welches ich hier niederlege:

„Vertraulich! Berlin, im October 1883.

Dorotheenstraße 7.

Sehr geehrter Herr!

Der Umstand, daß die Wahl des liberalen Candidaten der dritten Abtheilung in den Stadtbezirken 17—20,

22—26, und 28—29 des Herrn Dr. Hermes, Unter den Linden 68a, sehr gefährdet ist, da die kleinen Beamten der hier zahlreich vorhandenen Staatsinstitute die Bürgerpartei in ihren antisemitischen Bestrebungen schon bei den letzten Landtagswahlen fast einmüthig unterstützt haben und vollzählig anzutreten pflegen, veranlaßt uns, Sie ergebenst zu ersuchen, auf die in Ihrem Hause wohnenden Wähler der dritten Abtheilung mit aller Energie zu Gunsten des liberalen Candidaten hinzuwirken.

Die Beziehungen der Wähler erster und zweiter Abtheilung — namentlich in ihrer Eigenschaft als Hausbesitzer und Arbeitgeber — zu denen der dritten Abtheilung sind so mannigfache, daß, wenn dieselben voll und ganz ausgenutzt werden, die Majorität unzweifelhaft der liberalen Partei zufallen muß. Die außerordentliche Rührigkeit der Gegner macht auch unsererseits die allergrößten Anstrengungen zur unabwendbaren Nothwendigkeit, weshalb wir Sie nochmals dringend ersuchen, die liberalen Elemente, insbesondere der dritten Abtheilung, zu einer lebhaften Wahlbetheiligung anzuregen.

Hochachtungsvoll

Das liberale Comité.

J. A.: L. Sachs."

Wenn das keine Wahlbeeinflussung war, die demgemäß hätte geahndet werden müssen, so weiß ich nicht, was anders diesen Namen verdient.

Ein anderer Act fortschrittlicher Wahlbeeinflussung ist ebenfalls hervorzuheben, zumal hier ein städtischer Beamter, Director eines großen kommunalen Instituts, Herr H. betheiligt war. In dem betreffenden Stadtbezirke war die fortschrittliche Agitation ganz besonders rege, da von Seiten der Bürgerpartei der vielangefeindete Stadtverordnete Limprecht gegen den fortschrittlichen Candidaten Rißberger aufgestellt worden war. Herr H. versammelte die Beamten seines Ressorts, ließ auf Rißberger lautende Wahlzettel unter sie vertheilen und gab ihnen

dringend anheim, diesem Candidaten ihre Stimme zu geben. Es mag sein, daß der dolus fehlte, und ich glaube auch ganz bestimmt, daß Herr H. nichts thun wollte, was gegen seine Pflicht und die allgemeine Anschauung verstieß, aber die Thatsache läßt sich einmal im allgemeinen nicht leugnen, daß derartige Einwirkungen auf die freie Meinungsäußerung der Wählerschaft versucht worden sind.

Alle derartige gewaltige Anstrengungen seitens der Fortschrittspartei hatten denn auch den besten Erfolg beim Wahlact. Die dritte Abtheilung hatte 42 Stadtverordnete zu wählen, von denen 21 auf die Fortschrittspartei, 6 auf die Bürgerpartei und 2 auf die Arbeiterpartei entfielen. Es erübrigten noch 13 Stichwahlen, an welchen die Bürgerpartei neunmal betheiligt war. Von der im Ganzen eine Zahl von 164,000 betragenden stimmfähigen Berliner Wählerschaft der III. Wahlclasse hatten sich, wie schon vorhin erwähnt, nur etwa 65,000 an der Wahl betheiligt, und entfielen davon auf den Fortschritt 32,000, auf die Bürgerpartei 28,000 und auf die Arbeiterpartei 8000. In der zweiten Abtheilung, in der sämmtliche fortschrittliche Candidaten siegten, stellte sich das Verhältniß des Fortschritts zur Bürgerpartei hinsichtlich der Wahlbetheiligung wie 6900 zu 2300, von der I. Classe gar nicht mehr zu reden. Von den bürgerparteilichen Candidaten der III. Classe errangen sich sofort bei der ersten Wahl das Mandat folgende Herren: Gerold, Pickenbach, Zieten, Prof. Bellermann, Post und Doppe, während bei der Stichwahl noch die Herren: Dr. Irmer, Apotheker Krampf, Limprecht, Dr. Böhme und Vité nachgewählt wurden. Eine Zahl von 11 conservativen Männern war freilich nicht genug, um den fortschrittlichen Segen von der Commune Berlin fürder abzuhalten, immerhin aber war doch der Erfolg da, daß man auf gegnerischer Seite die Ueberzeugung erhalten hatte, wie eine nicht unansehnliche Anzahl von Berliner Bürgern mit dem bisherigen Gange der communalen Geschäftsverwaltung nicht einverstanden sei, und daß diese Anzahl auch fest entschlossen sei, eine durchgreifende Remedur eintreten zu lassen; koste es, was es wolle.

Recht interessantes statistisches Material zu den Stadtverordneten-Wahlen gab der Vorsitzende des Deutschen Bürgervereins „Vorwärts“, Herr Fabrikant Pretzel, in einer darauf folgenden Sitzung dieses Vereins aus der dritten Abtheilung des 30. Communal-Wahlbezirks. Hier standen sich die Herren Kaufmann Mandel von der Deutschen Bürgerpartei und Langenbucher vom Fortschritt gegenüber, und zwar erhielt der letztere etwa 960, der Candidat der Bürgerpartei dagegen ca. 640 Stimmen. Diese Zahlen vertheilen sich nun folgendermaßen: Es stimmten für die Deutsche Bürgerpartei etwa 10 Juden, 270 Handwerker, 150 Kaufleute, 110 Beamte (darunter auch Communalbeamte) und etwa 90 Arbeiter. Für den Candidaten der Liberalen stimmten: 270 Juden, 270—300 Handwerker, 250—600 Kaufleute, 60 Beamte und ca. 60 Arbeiter, der Abstimmung enthielten sich über 300 Juden, 1000 Handwerker, 600 Kaufleute, 200 Beamte und 450 Arbeiter. Diese Zahlen weisen deutlich nach, was es mit den fortschrittlichen Majoritäten für eine Bewandtniß hat. Die Juden des Bezirks haben, wie aus den Zahlen ersichtlich, auch hier den Ausschlag gegeben. Dagegen muß die Thatsache constatirt werden, daß trotz des glücklichen Schachzuges der Fortschrittler, mit der Aufstellung eines Handwerkers, der sogar, wie Herr Langenbucher, Obermeister einer Innung ist, nämlich der Klempnerinnung, die in diesem Bezirk so außerordentlich zahlreich vertretenen Handwerker zu gewinnen, — daß trotzdem, sage ich, die Liberalen nicht im Stande waren, mehr Stimmen aus den Kreisen der Handwerker auf ihren Candidaten zu vereinen, als die Vertreter der Deutschen Bürgerpartei auf den ihren. Zu bedauern bleibt dabei nur, daß der größte Theil der Handwerker dieses Bezirks sein Interesse nicht besser zu vertreten verstand, als durch Stimmenenthaltung — sie haben damit indirect dem Fortschritt in die Hände gearbeitet.

Die Siegesfreude war im fortschrittlichen Lager natürlich groß, so groß, daß sich die Gegner in Spott und Hohn über die Bürgerpartei ergingen, wozu eigentlich doch keine Veranlassung gewesen wäre, da die letztere ihnen den Sieg überall und mit oft

sehr erheblichen Minoritäten erschwert hatte. Zur Belohnung für ihre Treue wurden die Herren vom Fortschritt von Herrn Dr. Straßmann zu einer großen Versammlung bestellt, in welcher der Redner die tröstliche Aussicht verkündigte, daß weder von Abschaffung der Miethssteuer, noch von Befreiung der untersten Steuerstufen hinsichtlich ihrer Communallasten die Rede sein könne. Es sollte also alles beim Alten bleiben, wie das die Bürgerpartei bei einem solchen Ausfall der Wahl freilich auch nicht anders erwartet hatte.

Aber auch die Arbeiterpartei hatte allen Grund, mit dem Ausfall der Wahlen unzufrieden zu sein, was in einer von Herrn Görki einberufenen Arbeiterversammlung auch bei der Besprechung der Communalwahlen und der zukünftigen Aufgaben der Stadtverordneten zu Tage trat. Herr Görki bedauerte zunächst, daß der fortschrittliche Gegner bisher nie objectiv gewesen sei, sondern stets persönlich geworden wäre, und rügte das Majoritätsprincip in der Stadtverordneten-Versammlung, wodurch der frische, Gutes schaffende Geist verloren gegangen sei.

Die wichtigste Aufgabe der zukünftigen Stadtverordneten sei, die Communeinteressen nicht von der Parteistellung jemandes, sondern von seinen Fähigkeiten abhängig zu machen; das Gute, von welcher Seite es auch geboten würde, nicht zurückzuweisen, aber auch niemals ein Compromiß zu schließen. Ferner müßten die Lasten gerechter vertheilt werden, wobei Redner seine bereits bekannte Ansicht über Miethssteuer (progressive Luxusmiethssteuer) entwickelte. Referent wünschte die beiden untersten Stufen der Wohnungssteuer aufgehoben und die Einkommensteuer progressiv erhöht. Er wendete sich jetzt gegen die unwahren Berichte der „Volkszeitung“, wird hierbei durch den Ruf „Juden!“ unterbrochen und meinte dann sehr naiv, er beurtheile die Menschen nicht nach Religion und Rasse, sondern nach ihren „Thun“. (Das thaten die Antisemiten auch!)

Merkwürdig war der Verlauf der weiteren Debatte über die Berliner Communalverhältnisse nur noch durch die Behauptung eines Herrn Livländer, daß der Magistrat miserable Stöckerei

betrieben hätte, weil er zum Bau von zwei Kirchen Grund und Boden hergegeben und zu einer Lutherschrift 25,000 Mark bewilligt hätte. Das wurde von der Versammlung mit lautem „Pfui, Pfui!“ begleitet. Luther, dessen 400jährige Jubel- und Denkfeier in jener Zeit begangen wurde, hat wahrlich eine bessere Behandlung von dem protestantischen Berlin verdient, als dies Pfui, das von rohen, unkirchlichen Leuten ausgebracht, in einer öffentlichen Versammlung geduldet wurde. Und über die spärliche generöse Anwandlung des Magistrats hinsichtlich der Abhülfe des hier notorisch vorhandenen kirchlichen Nothstandes hätte man auch vielleicht mit Stillschweigen hinweggehen können, da von der Stadtverwaltung solche „Fehler“ gewiß nicht oft gemacht wurden.

Das war das Ende der 1883er Communalbewegung in Berlin, doch konnte der theilweise Mißerfolg derselben die Conservativen nicht etwa derartig niederdrücken, daß sie sich nicht mit vollem Eifer auf die Fortarbeiten in begonnener Weise geworfen hätten. Neben dem Interesse, das die Communalbewegung erforderte, war natürlicherweise dasjenige an der Politik in der conservativen Partei Berlins nicht geschwunden. Herr Abg. Cremer hatte einen Theil seiner Ferien dazu benutzt, um Belgien, Holland, Frankreich und England zu bereisen, und sich persönlich davon zu überzeugen, welchen Eindruck unsere deutsche Zollpolitik auf diese Länder ausgeübt habe. Seine Beobachtungen theilte er in einer Sitzung des Centralvereins der Conservativen mit, indem er bemerkte, daß sich überall eine große Unzufriedenheit mit unseren entsprechenden Maßnahmen bemerkbar machte. Das könnte auf den ersten Augenblick als Argument gegen uns erscheinen, da besonders die Klage laut würde, daß die Zollpolitik Deutschlands die Concurrenz mit andern Ländern erschwere. Das sollte sie aber auch, um Raum für die eignen Erzeugnisse und Bedürfnisse zu schaffen. Die Erlangung wirthschaftlicher Selbstständigkeit sei der Grund für diese Politik gewesen, und es gehöre die ganze Verbissenheit der Fortschrittspartei dazu, um ein solches Argument nicht anzuerkennen. Herr Cremer war es auch, welcher in einer Versammlung reichstreuer Wähler des I. Wahlkreises,

der Herr Rechnungsrath Pinko präsidirte, über die Thronrede sprach, mit der der preußische Landtag inzwischen eröffnet worden war, und die er als einen Wendepunkt in der preußischen Finanzpolitik bezeichnete:

„Die Aera Camphausen 1878—79 schloß mit einem Deficit von 72¾ Millionen ab, und wenn die Herren Büchteman und Rickert sich noch immer nicht das Vergnügen versagen können, mit allen nur denkbaren Nörgeleien und Kritteleien gegen unsere preußische Finanzpolitik vorzugehen, so müsse an diese Thatsache immer wieder von neuem erinnert werden; derselbe Herr Rickert, der noch bei Gelegenheit der gegenwärtigen Etatsberathungen die Politik der preußischen Staatsregierung in so hämischer Weise bemängelte, ist es gewesen, der als Berichterstatter der Commission zur Untersuchung der Lage unserer Finanzen das Deficit von 72¾ Millionen aus der liberalen Aera constatiren mußte, und dies in einer Weise that, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ." Mir kommt, so bemerkte Redner unter Heiterkeit und donnerndem Applaus, der Fortschritt so vor, wie einer, der den Spieß im Leibe hat, sich vor Schmerzen immer im Kreise herumdreht und mit der harmlosesten Miene von der Welt zu den Umstehenden sagt, die ihn theilnahmsvoll umringen: „O bitte sehr, das genirt mich gar nicht, das thut mir sogar sehr wohl!" Später ging der Herr Redner noch auf die Verstaatlichungsfrage im allgemeinen näher ein, die bei den jüngsten Etatsberathungen wieder scharf discutirt wurde, und wies nach, wie es zur Ergänzung der Zollpolitik und behufs Erleichterung des Verkehrs unbedingt nothwendig gewesen sei, die Hauptverkehrslinien in der Hand des Staates zu vereinigen.

Der prächtige Humor, der Herrn Cremer selten verläßt, kennzeichnete sich nicht allein in seinen vor den Berliner Wählern gehaltenen Reden, sondern auch im Parlament, wo er damals Gelegenheit nahm, den Herrn Ludwig Löwe für alle die Injurien, die dieser Herr in der Wahlperiode den Conservativen an den Kopf geworfen hatte, einmal gründlich abzuführen. Es war zufällig oder absichtlich, daß Herr Cremer dabei ein Wenig

„mauschelte" und Herr Löwe erwiderte daraufhin in einer persönlichen Bemerkung mit dem Brustton sittlicher Entrüstung, „daß ein anständiger Mensch niemals mauschle". Herr Cremer entgegnete darauf höchst schlagfertig, „daß er dann nicht begreife, wie Löwe es so lange in seiner eigenen bisherigen Gesellschaft ausgehalten habe". Herr Cremer hatte die Lacher auf seiner Seite, für Herrn Löwe war die Lection hart, aber wohlverdient.

Mit solchen kleinen Nachwehen der stattgehabten Wahl, die auf besonders friedliche Intentionen seitens keiner der einander gegenüberstehenden Parteien schließen lassen konnte, ging das Jahr 1883 zu Ende. Das neue Jahr sollte auch erhöhte neue Kämpfe geben. Ich halte dieses Jahr 1884 überhaupt für das ereignißreichste der gesammten von mir zu behandelnden Periode und werde demgemäß auch länger bei demselben zu verweilen haben.

---

16. Capitel.

Die Klärung politischer Verhältnisse in- und außerhalb der Berliner conservativen Bewegung im Jahre 1884.

Die mit der Auflösung der alten Stadtverordneten-Versammlung erfolgte neue Bezirkseintheilung in Berlin hatte auch eine Veränderung in den Wahlbezirken zum Gefolge gehabt.

Die Reichstags-Wahlkreise hatten jetzt folgende Abgrenzungen erhalten. Zum I. Reichstags-Wahlkreise gehörten von nun an: Die Stadttheile Berlin, Alt-Cölln, Werder, Dorotheenstadt, der nördliche Theil der Friedrichstadt von der Dorotheenstadt bis zum Leipziger Platz und von der Leipziger- und Krausenstraße einschließlich dieser Straßen bis zur Jerusalemerstraße, also die neuen Stadtbezirke 1—20, 283 und 284. — Zum II. Reichstags-Wahlkreise: Der südliche Theil der Friedrichstadt, die Friedrich-Vorstadt, das Schöneberger und Tempelhofer Revier, der vom Canal nördlich bis zur Wasserthorstraße einschließlich derselben belegene Theil der Louisenstadt, also die neuen Stadtbezirke 21—78, 114 bis 117. — Zum III. Reichstags-Wahlkreise: Der westliche Theil der Louisenstadt bis zum Louisenstädtischen Canal und der Adalbertstraße, ausschließlich der letzteren, sowie Neu-Cölln, also die neuen Stadttheile 79—82, 87 und 118—144. — Zum IV. Reichstags-Wahlkreise: Der östliche Theil der Louisenstadt, das Stralauer Revier und der östliche Theil der Königstadt, von der Gollnowstraße und dem zwischen der Kleinen Frankfurterstraße und Kurzenstraße belegenen Theil der Landsbergerstraße, also die

neuen Stadtbezirke 83—86, 88—113, 145—191. — Zum V. Reichstags-Wahlkreise: Der westliche Theil der Königstadt, das Spandauer Revier und die Friedrich-Wilhelmstadt, also die neuen Stadtbezirke 192—217, 270—282. — Zum VI. Reichstags-Wahlkreise endlich: Die Stadttheile Spandauer Vorstadt, Moabit, Wedding und Gesundbrunnen, also die neuen Stadtbezirke 218—269, 285—326.

Was das nunmehrige allgemeine System der conservativen Bewegung im Hinblick auf die damals bestehende Organisation anbetrifft, so hatten die Führer der Berliner Conservativen in sehr richtiger Weise die Hauptkraft der Agitation in die Vereine gelegt und die letzteren waren ineinander und zueinander so gut und straff organisirt, daß sie ihrer Aufgabe, als die eigentlichen Träger des Conservativismus in der Reichshauptstadt, bereits vollkommen gewachsen waren. Im I. Wahlkreise bestanden, wie ich im Anschluß an die frühere detaillirte Uebersicht bemerke, sechs conservative Bürgervereine, von denen der „Dorotheenstädtische“ und der „Alt-Cölln“ die zahlreichste Mitgliederschaft von über tausend Wählern hatten. Ganz besonders gut organisirt war der II. Wahlkreis, in welchem der Centralverein der Conservativen dieses Wahlkreises und der Verein „Bismarck“ wegen ihrer großen Mitgliederzahl und ihrer bewährten Vereinskräfte die hervorragendsten waren, zumal ihnen in den Personen der Herren Verlagsbuchhändler Luckhardt (Besitzer des „Deutschen Tageblattes“), Pastor Hapke u. A. m. eifrige und nützliche Ehrenmitglieder, bezw. Vorstände gegeben worden. Außer den genannten beiden Vereinen waren in diesem Wahlkreise noch acht andere conservative Bürgervereine auf das eifrigste zur Förderung der guten Sache thätig. Der III. Wahlkreis besaß zwar nur vier conservative Vereine, doch zählte der conservative Verein „Louisenstadt“ allein fast 1500 Mitglieder, und die Zahl wuchs von Tag zu Tag, besonders seitdem der überall beliebte Abgeordnete Cremer den Vorsitz desselben übernommen hatte. Im IV. Wahlkreise waren zur Zeit sieben Vereine thätig, von denen ich als die größten nenne: den „Königstädtischen Bürgerverein“ und den „Verein

reichstreuer Wähler des IV. Wahlkreises". Der V. Wahlkreis hatte ebenfalls nur vier Vereine aufzuweisen, unter ihnen jedoch fiel der Verein „Vorwärts" allein mit seiner großen Mitgliederschaft, seiner ungemeinen Rührigkeit und seiner pecuniären Opferwilligkeit mehr in's Gewicht, wie drei andere Vereine zusammen genommen. Der Candidat dieses Wahlkreises konnte daher auf eine sehr bedeutende und — einheitliche Unterstützung seitens sämmtlicher dortigen Conservativen rechnen, was nicht überall der Fall war. Der VI. Wahlkreis endlich hatte sechs Vereine, von denen die Bürgervereine „Wedding" und „Gesundbrunnen" die bedeutendsten waren. Die sämmtlichen Vereine innerhalb der einzelnen Wahlkreise waren nun ungeachtet ihrer Selbstständigkeit doch zu einer corporativen Thätigkeit in der Agitation mit einander verbunden und wurden nach dieser Richtung hin von Agitationscomité's geleitet, die sich aus den diversen Vorstandsmitgliedern zusammensetzten. Die Centralleitung war, wie schon mehrfach erwähnt, in den Händen des C. C.-C., bestehend aus einem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern und je einem Delegirten des Agitationscomité's aller sechs Wahlkreise. Ich habe dieselben in der Uebersicht namentlich aufgeführt, doch bemerke ich, daß inzwischen einzelne Personenveränderungen vorgekommen waren. Ich wiederhole: Es ist dies Berliner C. C.-C. nicht etwa mit dem Wahlverein der deutschen Conservativen zu verwechseln. Der letztere leitete die conservative Bewegung im Lande und bestand aus den Herren von Hammerstein, von Levetzow und von Helldorf. Dem C. C.-C., dieser obersten Wahlcorporation, lag die Nominirung der Candidaten, die Disposition über den Wahlfonds, die generelle Leitung der Agitation und die Redaction des Parteiorgans „Vorwärts" ob. Das genannte Blatt, aus sehr kleinen Anfängen hervorgegangen, wurde auch reorganisirt und bildete, nachdem es demnächst officiell von dem C. C.-C. als sein Organ erklärt worden, ein nennenswerthes Bindemittel für die einzelnen Vereine aneinander. Auf die beschriebene Weise waren die conservativen Elemente in Berlin miteinander zu einem wohlorganisirten Ganzen verbunden, welches an Operationskraft

und weitgehender Thätigkeit dem so gerühmten fortschrittlichen Wahlverein und seinen Zweigvereinen nichts nachgab. Einen über ganz Berlin verzweigten Verein, den in Sectionen je nach den Stadtbezirken eingetheilten „Deutschen Antisemiten-Bund“ berühre ich hier nicht, da derselbe zwar im allgemeinen der conservativen Tendenz zuneigte, aber doch wesentlich andere Sonderbestrebungen verfolgte, die in ihrer alleräußersten Consequenz durchaus nicht von allen Conservativen gebilligt werden konnten.

Leider muß ich in Bezug auf das C. C.-C. bemerken, daß in dieser Corporation nicht alles so war, wie es hätte sein sollen. An Stelle des sehr beliebten Major Blume hatte Herr Professor Brecher den Vorsitz übernommen, der aber keineswegs der Mann dazu war, einen wirklichen Einfluß auf so selbstständige politische Charaktere auszuüben, wie dieselben sich im C. C.-C. zusammenfanden. Zwischen den Herren Hertzog und Luckhardt waren Meinungsdifferenzen, insbesondere über Geldfragen, ausgebrochen, die nicht ohne Mühe beigelegt werden konnten. Die Folge davon war, daß der Vorsitzende des großen Louisenstädtischen conservativen Vereins, Herr Rentmeister Hartwig, seine Stelle als Schatzmeister des C. C.-C. niederlegte und an seine Stelle Herr Hertzog trat. Herr Hartwig trat alsbald gänzlich von der politischen Schaubühne zurück; er fühlte sich zu alt geworden, um etwaige Neuerungen in der Gestaltung der Bewegung, wie dieselben doch den Zeitbedürfnissen entsprechend einmal eintreten mußten, mitzumachen. Der verehrte Veteran im Kampfe gegen den Berliner Liberalismus konnte mit ruhigem Gewissen die weiteren Arbeiten auf jüngere Schultern laden, — er hatte genug vorwärts gebracht. Die Ehre, welche Herrn Abgeordneten Cremer zu theil ward, an Herrn Hartwig's Stelle Vorsitzender des ältesten conservativen Vereins von Berlin zu werden, der seit 1848 unentwegt treu die Fahne conservativer und königstreuer Gesinnung emporgehalten hatte, ist gewiß eine große Anerkennung zu nennen.

Mit der Veränderung im C. C.-C. war freilich der Zwiespalt keineswegs beigelegt. Herr Professor Brecher hatte eine zu eigen-

artige Manier, nach der einen Seite dominirend, nach der andern allzu nachgiebig aufzutreten. Die Gegensätze in den Anschauungen der Mitglieder der conservativen Centralleitung spitzten sich immer mehr zu. Schließlich ward die Situation so unerquicklich, daß die Herren Hofprediger Stöcker und Prof. Wagner die Sitzungen absichtlich zu meiden begannen, in denen sich oft der schärfste Meinungsstreit entspann, ohne daß ein Resultat hätte erzielt werden können. Es war dies um so weniger angebracht, als man in einigen Wahlkreisen bereits mit den Vorarbeiten für die Agitation zu den bevorstehenden Reichstagswahlen begonnen hatte. In einer vom Centralverein der Conservativen des II. Wahlkreises in die „Bockbrauerei" einberufenen Versammlung ward die Nothwendigkeit dieser Vorarbeiten seitens der beiden Redner, Herren Professor Wagner und Luckhardt, so dringend hervorgehoben, daß sich alsbald die in jenem Kreise befindlichen zehn Vereine zusammenthaten, um einen „Wahlverein" zu constituiren.

Ein von diesem „Wahlverein" ausgehender Aufruf zur Bildung eines Fonds für den Wahlkreis mit Rücksicht auf die Herbstwahlen ward von den Gegnern mit dem bekannten Geschrei begleitet, und besonders scharf darüber geurtheilt, daß man auf conservativer Seite so viel Wesens von dem „fortschrittlichen Klingelbeutel" gemacht, und entsprechende Aufforderungen zur Füllung desselben als ungesetzlich und verfassungswidrig hingestellt hätte, während die Conservativen jetzt selbst es ebenso machten. Die Sache ward indessen von der „Neuen deutschen Volkszeitung" in einer Weise richtig gestellt, welche wiederum den Beweis lieferte, daß die conservativen Behauptungen über die Agitationsweise der Gegner auf sachlicher Basis standen. Das Blatt schrieb folgendes:

„Nicht daß die Fortschrittler für ihren Wahlfonds überhaupt sammeln, wurde von der conservativen Presse verspottet und gegeißelt, sondern die cynische Unbefangenheit, mit welcher in jenem Schreiben in dürren Worten ausgesprochen wurde: Kein Geld, keine Fortschrittspartei. Keine Fortschrittspartei, keine Vertretung der Interessen des Geldsackes — also Geldsack, thu' dich auf! ‚Verfassungswidrig' und ‚ungesetzlich' aber wurde mit Recht

die von Herrn Richter und Genossen zugestandene Zahlung von Diäten an die fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten genannt. — Später schrieben dann auch noch drei Berliner Juden einen Sammelbrief für ihre liebe Berliner Fortschrittspartei, und dieser Brief wurde dann wieder nicht wegen der Absicht des Geldsammelns von der conservativen Presse entsprechend beleuchtet, sondern weil er den unwiderleglichen Beweis lieferte, daß das Judeninteresse identisch mit dem Interesse der sogenannten Berliner Fortschrittspartei ist."

Die erwähnte Versammlung hatte aber noch einen weiteren sichtbaren Zweck, angesichts der Gerüchte, die anläßlich der natürlich im höchsten Grade übertriebenen Divergenzen im C. C.-C. entstanden waren, von den Gegnern zur Discreditirung der Bewegung ausgenützt wurden. Herr Professor Wagner nahm deshalb Gelegenheit, öffentlich den beiden treuen Mitarbeitern, Herren Cremer und Luckhardt, zu danken, und damit seine und Herrn Stöcker's vollkommene Uebereinstimmung mit diesen beiden Herren zu constatiren. In der That war das Verhältniß der drei Berliner Abgeordneten: Stöcker, Cremer, Wagner, damals ein vollkommen ungetrübtes, was auch schon aus dem Umstand zu beweisen ist, daß Herr Cremer auf Veranlassung des Herrn Hofprediger Stöcker in einer großen Versammlung der Christlich-Socialen das Wort zu einem Vortrage ergriff, der von vorne herein der ruhigen Betrachtung über sein (Cremer's) Vorgehen gegen die fortschrittliche Steuereinschätzung von Berlin im Abgeordnetenhause gewidmet sein sollte. Um auf den betreffenden Vorgang im Abgeordnetenhause kurz zurückzukommen, erwähne ich, daß Herr Cremer bezüglich der Steuer-Einschätzungscommission von Berlin andeutete, daß sie sich in ihrer amtlichen Thätigkeit von politischen Rücksichten leiten lasse, und hierfür Material vorlegte, welches indessen nicht für vollgiltig anerkannt wurde, weil Herr Cremer sich weigerte, die Namen seiner Gewährsmänner zu veröffentlichen. Da die letzteren ihm ihr Material nur unter der Bedingung gegeben hatten, daß ihre Namen aus dem Spiel blieben, so konnte Herr Cremer natürlich keinen Vertrauensbruch begehen. Das Finanzministerium,

dem Cremer sein Material einreichte, entschied dahin, daß dasselbe zur Begründung der darauf basirten Anklagen nicht ausreiche. Es ist ja richtig: Herr Cremer hätte derartige Eventualitäten vorher bedenken sollen, ehe er die Sache in Anregung brachte. Da dies aber nunmehr einmal geschehen, so war es schließlich Sache jedes Einzelnen, ihm Glauben zu schenken oder nicht; eine neue Cremerhetze daraus zu construiren, war um so weniger passend, als die conservative Wählerschaft des Kreises Teltow, die als Mandatertheilerin des Herrn Cremer doch die nächstliegende Instanz für die Beurtheilung seiner politischen Leistungen im Abgeordnetenhause war, erklärte, daß ihr Vertrauen zu dem Abgeordneten in keiner Weise erschüttert sei, und sein Eingreifen in die Berliner Agitation ihre volle Billigung hätten. Ich kann nicht leugnen, daß Herr Premierlieutenant Michaelis, derzeitiger Vorsitzender des conservativen Vereins in Schöneberg, Herr Hauptmann Schindler, Vorsitzender des conservativen Vereins Steglitz, und meine Wenigkeit vorzugsweise die Initiative dazu ergriffen, um ein dahingehendes officielles Vertrauensvotum für Herrn Cremer zu erzielen. Nachdem dies Votum eruirt war, hatte Herr Cremer wohl keine Veranlassung mehr gehabt, weitere Rechtfertigungsschritte in der Sache zu thun — in der ich, der ich die Verhältnisse ziemlich genau kenne, in den Ausspruch Galilei's einstimmen möchte: Und sie bewegt sich doch!!

Wenn Herr Cremer indessen das Bedürfniß spürte, sich auch den Berliner Wählern gegenüber über die Sache auszusprechen, so mag dies wohl aus dem Wunsche entsprungen sein, denen, die seine Candidatur im V. Wahlkreise auch fernerhin befürworteten, ebenfalls reinen Wein einzuschenken, soweit sich das ermöglichen ließ. Herr Cremer sprach sich über den Fall etwa folgendermaßen aus:

Er habe die Namen seiner Gewährsmänner nicht genannt, um dieselben nicht der gegnerischen Presse preiszugeben. Die ihm gemachten Angaben sollten dem Zwecke dienen, die Wahrheit zu ermitteln, nicht aber um die, von denen er sie erhalten, jeder Art von Beschimpfung auszusetzen. Die Sache werde vom Herrn

Finanzminister auch in Zukunft weiter untersucht werden, und damit sei vor der Hand genug geschehen. Im übrigen hoffe er, daß das Verhalten des Herrn Ministers im Abgeordnetenhause ihm gegenüber dem Gewäsch, daß er, von der Regierung gelegentlich das Material zu seinen Parlamentsreden empfangen, ein- für allemal ein Ende mache. Das Benehmen des Herrn von Rauchhaupt habe ihn schmerzlicher berührt als alles, was die Gegner ihm zugefügt hätten; er müsse die Bemerkung desselben nach der Erklärung des Herrn Ministers um so mehr bedauern, als es gerade Herr v. Rauchhaupt gewesen sei, der ihn ausdrücklich dazu bestimmt habe, jenem kritischen Momente der Sitzung fern zu bleiben. Er (Redner) habe es für seine Pflicht gehalten, bei der Erklärung des Herrn Ministers zugegen zu sein, da er von der Auffassung ausgehe, daß ein Mann stets bereit sein müsse, die Consequenzen seiner Handlungen auf sich zu nehmen. Doch habe er sich den ihm geäußerten dringenden Wünschen gefügt, weil man weiteren Erörterungen dadurch die Möglichkeit habe abschneiden wollen. Er hege die feste Zuversicht, daß die Zukunft ihn in vielen Punkten, die jetzt gegen ihn zu sprechen schienen, rechtfertigen werde, und er baue darauf, daß die mit ihm zum Kampfe gegen den Fortschritt verbündete Bevölkerung ihn nach wie vor in seinen Bemühungen treu und einmüthig unterstützen werde.

Aber nicht allein dieser Fall war es, dessen sich die Gegner bedienten, um Herrn Cremer, einem ihrer gefährlichsten Widersacher, den Knüttel zwischen die Beine zu werfen, sondern kurz darauf folgte noch eine auf das gleiche Ziel seines Sturzes hinarbeitende scharfe Auseinandersetzung zwischen ihm und einigen Führern der Arbeiterpartei. Herr Cremer hatte nämlich in einer öffentlichen Versammlung behauptet, daß der Mitunterzeichner eines Arbeiterflugblattes gelegentlich der Communalwahlen, in dem der stolze Satz enthalten war: „Arbeiter! Bürger! Wendet Euch auch ab von jener Partei, die da den stolzen Namen ‚Bürgerpartei‘ führt, wohl nur um deswillen, weil der deutsche Bürger mit diesen Leuten nichts zu thun haben will," sich doch wieder an ein notorisches Mitglied der Deutschen Bürgerpartei wende und dessen Hülfe in Anspruch

nehme. Diese Aeußerung war der Grund der schmählichsten Beleidigungen gegen Herrn Abgeordneten Cremer in einer von der Arbeiterpartei einberufenen Versammlung. Um darzuthun, daß er seine Behauptung sehr wohl auch beweisen könne, ließ Herr Cremer im „Vorwärts“ vorab einige der markantesten Stellen des von dem Mitunterzeichner des Arbeiterflugblattes an das Mitglied der Bürgerpartei gerichteten Briefes, in welchem das letztere um Hülfe ersucht wird, abdrucken, erklärte sich jedoch bereit, auch jetzt noch von der Nennung des Namens Abstand nehmen zu wollen, wenn der Briefschreiber sich persönlich bei ihm melde und in Gegenwart von zwei Zeugen die gegen ihn erhobenen Beschimpfungen zurücknehmen wolle. Da das ist nicht geschehen, veröffentlichte der „Vorwärts“ nunmehr den Wortlaut des von Herrn

Robert Conrad

unterzeichneten Briefes. Er lautete genau nach der Urschrift:

„Berlin, den 4. 12. 83.

Geehrter Herr!

Da mir die Ehre zu theil wurde Sie Persönlich kennen zu lernen, und da Sie das Gesuch an mich gerichtet um Sie gelegentlich zu besuchen, Erlaube ich mir die Freiheit Sie mit einer bescheidenen Anfrage resp. Bitte zu beläßtigen.

Geehrter Herr, wie Ihnen bekannt bin ich seit dem die Gewerkschaftsbewegung von neuem in thätigkeit ist 1. Vorsitzender des bestehenden Vereins u. Leiter der Bewegung; mein Bestreben war stehts auf Friedlichen, u. legalen Wege mit den Herrn Meister Hand in Hand, gegen den gemeingefährlichen Feind, — den heutigen Schwindel u. Mißwirthschaft anzukämpfen; in wie weit nun jene Herren vom Bunde die da stehts meinen das Privileg zu besitzen recht oder unrecht gehandelt haben, dürfte Ihnen vollständig bekannt sein. Ich habe um für Meister und Gesellen das gute zuwollen Zeit und Mühe

geopfert, an statt Anerkennung der Gerechten Sache, ernte ich hohn und spott von seiten viele Meister.

Ja ich bin vollständig als rechtschaffener Arbeiter in meiner Existenz geschädigt; denn daß ich bei den so genannten Bundes Meister keine Arbeit erhalte, befremdet Sie wohl nicht? — und bei einen sogenannten Schwindler, Betrüger und Pfuscher zu arbeiten, ist meinem Anstandsgefühl u. meiner Ehre zuwieder, und bei derjenigen Menschesterklique u. Geld-Juden bei der ich früher gearbeitet habe, hinzugehen und abbitte zu thun, für das gute — das ich gewolt habe dazu besitze ich keinen passenden Carakter;

Mein Bestreben und meine Pflicht aber ist meine Familie Rechtschaffen u. redlich zu ernähren, u. nach Obigen Umständen ist mir dieses kaum möglich, sollte es daher in Ihrer Macht liegen mich zu beschäftigen so bitte ich Sie darum, ich versichere Sie, daß ich mein Fach verstehe und zu jeder Arbeit brauchbar bin, sollen Sie vielleicht geneigt sein mich irgend eine Zeit sprechen zu wollen so stehe ich gern zu Diensten.

Hochachtungsvoll

Robert Conrad

Oderbergerstraße 9 v. I.

Neben dem Namen befand sich ein violetter Farbenstempel

Robert Conrad
BERLIN.

„Auf eine Kritik des vorstehend mitgetheilten Briefes,“ bemerkte der ‚Vorwärts‘, „lassen wir uns nicht ein, doch können wir die Bemerkung nicht unterdrücken, daß er nichts enthält, was an sich dem Verfasser zur Unehre gereicht. Es zeigt die ganze Affaire aber wieder einmal recht deutlich, daß Leute, die privatim durchaus vernünftige und gemäßigte Anschauungen hegen, es nicht über sich gewinnen können, dieselben auch öffentlich zu bethätigen, weil sie befürchten, alsdann ihre ‚Führerrolle‘ bei den Massen aufgeben zu müssen.“

Doch trotz dieser beschwichtigenden Bemerkung des Blattes, wurde Herr Conrad Feuer und Flamme, um so mehr als die Arbeiter-Stadtverordneten Herrn Cremer in höflichster Weise mittheilten, wie sie glaubten, daß seine Mittheilungen auf Wahrheit beruhen könnten. Conrad richtete alsbald an Herrn Cremer ein zweites Schreiben, in welchem er ihn in äußerst brüskem Ton aufforderte, seine lügenhaften Verleumdungen und Beschuldigungen in einer Arbeiterversammlung zu widerrufen. Er (Conrad) garantire, daß unter seinem Schutze Herrn Cremer nicht die Knochen zerschlagen werden würden. Selbstverständlich reagirte Herr Cremer auf eine solche Aufforderung nicht, nahm aber in einer conservativen Versammlung des Bürgervereins Wedding Gelegenheit, die Sache nochmals eingehend zu erörtern und zu betonen, daß, wenn sich ähnliche Scenen wiederholen sollten, er Kopf und Kragen daransetzen würde, solcher Schmach ein Ende zu machen. Er sei stets für Redefreiheit, niemals aber für Redefrechheit gewesen. Hierauf wurde nachstehende, vom Vorsitzenden Herrn Canzleirath Engelke eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: „Gegenüber den Angriffen, denen der Herr Landtags-Abgeordnete Cremer in jüngster Zeit ausgesetzt gewesen ist, und die darauf berechnet sind, diesen hervorragenden Kämpfer für die Sache der Wahrheit und des gesunden Fortschritts von seinen Stützpunkten zu trennen, erklärt die heutige Plenarversammlung des conservativen Bürgervereins ‚Wedding', daß der Herr Abgeordnete Cremer nach wie vor ihr unbegrenztes Vertrauen voll und ganz besitzt, und daß sie wie bisher mit Treue und Hingebung in dem Kampfe für unsere gute Sache zu ihm stehen wird." Also auch in diesem Falle siegte das Vertrauen, welches sich Herr Cremer in den conservativen Kreisen Berlins erworben, über die Machinationen der Gegner.

Die in der Arbeiterpartei dominirende Socialdemokratie schien in jener Zeit übrigens wieder einmal das Bedürfniß zu fühlen, von sich reden zu machen, und griff zu dem nichts weniger wie schönen, aber schon oft erprobten Mittel, in den conservativen Versammlungen turbulente Scenen hervorzurufen. Das mußte unter

andern auch Herr Stöcker in einer Versammlung der Christlich-Socialen erfahren, als er über das Thema der Religiosität im Arbeiterstande einen Vortrag hielt. Er ging von der Inschrift auf dem Todtenacker der freireligiösen Gemeinde aus: „Macht hier das Leben gut und schön, kein Jenseits giebt's, kein Wiederseh'n" — und schon bei diesem Citat unterbrach ihn ein lärmender Beifall der vielen in der Versammlung erschienenen Socialdemokraten. Als Herr Stöcker aber bemerkte, daß diese Inschrift neuerdings entfernt worden sei, weil sie eine Albernheit enthalte und daß diejenigen, welche ihn soeben bejubelt hätten, einfach eine Dummheit gemacht hätten, als er ferner hinzufügte, daß der Arbeiter wieder zu der Erkenntniß geführt werden müsse, daß er ein Glied in der Kette der Menschheit sei, daß er nicht blos für seinen Stand arbeite, sondern auch für ein ewiges Leben, daß die Arbeiter niemals einen besseren Freund gehabt hätten, wie den Zimmermannssohn von Nazareth, da erhob sich ein so furchtbarer Tumult, daß die in der Versammlung ebenfalls sehr zahlreich vertretenen Anhänger des Redners für seine Sicherheit zu fürchten begannen. Aber diejenigen Herren, welche jahrelang in der Berliner politischen Bewegung gestanden haben, wissen sehr wohl, daß bei Geschick, Furchtlosigkeit und Standhaftigkeit ihre Position gegenüber der exaltirten Menge stets die siegende ist, und so blieb denn auch hier Herr Stöcker ruhig und fand den Muth, nachdem sich die Brandung abgeglättet hatte, den Arbeitern ob ihrer unqualificirten Haltung tüchtig den Text zu lesen. Man hätte übrigens seitens der Arbeiter besser gethan, einmal einen Blick auf ihre internen Verhältnisse zu werfen und ehrlich anzuerkennen, daß auch bei ihnen manches recht faul und dunkel sei. Zu einem ihrer hervorragendsten Führer hatte sich der Berliner Textilindustrielle Singer emporgeschwungen und durch socialdemokratische Agitation einen Platz auch in der Stadtverordneten-Versammlung erhalten. In seiner Person repräsentirte sich der offenbare Widerspruch zwischen socialistischer Volksbeglückungstheorie und egoistischer volksfeindlicher Praxis, denn während er die schönsten Reden über Arbeiterrecht, über Arbeiterfreiheiten, Arbeiterwohler-

gehen hielt, war er in seiner geschäftlichen Privatthätigkeit nichts weiter als der radicalste Manchestermann, der sich denken läßt. Die armen Schneider, welche für sein Mäntelgeschäft arbeiteten, konnten ein Liedchen davon singen, wie sie hinsichtlich ihres wohlerworbenen Lohnes von der Firma Singer beeinträchtigt und gedrückt wurden, und die Mäntelnäherinnenbewegung hat in ihrem Verlauf die gleiche Thatsache dargethan. Der gleiche Zwiespalt der inneren und äußeren Natur bei dem Herrn Singer, den nicht einmal ein Graf Oerindur hätte erklären können, gab sich auch bei mancherlei Berathungen in der Stadtverordneten-Versammlung zu erkennen: Hinsichtlich der Erwerbung der für den Bau der Dorotheenstädtischen Markthalle erforderlichen Grundstücke hatte Herr Singer zunächst Protest eingelegt aus dem sehr richtigen Grunde, weil diese Grundstücke von ihrem Vorbesitzer, Herrn Pinkussohn, viel zu theuer angegeben worden waren. Später änderte sich aber die Ansicht dieses geehrten Herrn Stadtverordneten, der plötzlich auf Grund besserer Informationen sein Veto zurückzog. Solche „besseren Informationen“ lassen tief blicken. Herr Singer konnte nicht umhin, dieselben zur vollen Geltung zu bringen, zumal sie ja die Glaubensgenossen und verwandten politischen Gesinnungsgenossen betrafen. Da sollte man nun sagen, was eine Sache sei: der Fortschritt hatte kurz vorher einen Aufruf erlassen, indem er „alle Mann auf Deck“ forderte gegen das „politische Streberthum der Landjunker und Pfaffen“ und Herr Singer, der sogenannte Socialdemokrat, in Wirklichkeit aber der radicale Fortschrittsmann mit dem socialistischen Mäntelchen, das er seinem Confectionsgeschäft entnommen, leistete diesem Ruf sofort Heeresfolge. Nicht die Junker, sondern die Börsenbarone boten dem Volke die Gefahr, — und der Fall „Pinkussohn“ war auch so ein praktisches Mittel, um die Anhänger „der armen Partei“ zu Geld zu bringen. Der arme Mann verdient in 50 Jahren saueren Schweißes nicht das, was die Stadtverordneten-Versammlung Herrn Pinkussohn im Handumdrehen verdienen ließ. Die Arbeiter aber jubelten dessen ungeachtet ihrem Vertreter, der dabei geholfen, zu, weil er mit

seinem Freunde Bebel zusammen die Republik und den Atheismus predigte; weil er die Hand dazu bot, um das Werk der friedlichen Socialreform zu hemmen und weil er das arme Volk bethören half, statt auf die Füllung ihres Magens auf die Füllung ihres Kopfes mit abenteuerlichen Zukunftsideen Bedacht zu nehmen. Statt sich an die gesunde Socialreform und die sonstigen vom Fürsten Bismarck inaugurirten Bestrebungen für gute wirthschaftliche Gesetze behufs Aufbesserung ihrer materiellen Lage zu halten, arbeiteten diese Bethörten unter der Leitung eines Singer immer mehr darauf hin, sogenannte politische Freiheiten zu erringen, die ihnen gar nichts nutzen können; und die Aufhebung des Socialistengesetzes, dessen Verlängerung in der damaligen Legislaturperiode berathen werden sollte, war ihnen wichtiger, als die socialen Gesetze über Unfallversicherung &c. Ich meinestheils muß freilich gestehen, daß ich schon damals sehr skeptisch darüber dachte, ob es den Socialdemokraten in Wirklichkeit so sehr um die Aufhebung dieses Gesetzes zu thun wäre. Dasselbe beschränkt zwar ihre agitatorischen Freiheiten in einer für die Oeffentlichkeit sehr wohlthuenden Weise, aber es giebt auf der anderen Seite die Veranlassung zur schönsten Unzufriedenheit der Gemüther mit dieser ausnahmegesetzlichen Behandlung, und das ist es ja, was die Führer wollen. Wir sehen, daß heute, wo die Beseitigung des Gesetzes in Frage steht, die Socialdemokraten gar nicht so sehr über diese Neuerung erfreut sind. Die Fortschrittspartei und die Secessionisten hatten gerade in jener Zeit die welterschütternde Großthat der Fusion vollbracht. Die jetzt sogenannte „Deutschfreisinnige Partei" hielt den Socialdemokraten in ihren politischen Bestrebungen die Stange, obwohl sie sich nichts daraus machte, die Arbeiter in materieller Hinsicht mit Hülfe des Manchesterthums zu Grunde gehen zu lassen. Herr Singer hat in Berlin zwischen beiden Parteien stets die Mittlerrolle übernommen; in ihm vereinigten sich die beiden Pole derselben, an denen er, mit einem Bein in der Socialrevolution, mit dem anderen im echt jüdischen Manchesterthum herumstampfend, es doch verstand, seinen Oberkörper, besonders aber den Magen, vor etwaigen Unzuträglich-

keiten zu salviren. Mit Freuden begrüßte er daher auch die Interpellation Zelle über die Neustettiner Synagogenbrand-Affaire, welche letztere mit gerichtlicher Entscheidung über die Freisprechung der angeklagten Juden geendet hatte, und schürte das Feuer der Socialdemokraten gegen die Antisemiten, wo er konnte. Vielleicht mochte er Gründe haben zu hoffen, daß die Berliner Juden dieses Eintreten der Socialdemokraten für ihre Interessen mit eben derselben Opferfreudigkeit belohnen würden, wie das seitens derselben für die Interessen der freisinnigen Partei notorisch erfolgt. Das mag auch wohl geschehen sein, obwohl es unbegreiflich, denn die Socialdemokraten sind geschworene Feinde des mobilen Capitals — solange es sich nicht in ihren Händen befindet — und vertreten die Börse ebensowenig, wie die Conservativen, während dies jüdische Monopol von den Freisinnigen als Lieblingskind gehätschelt und gepflegt wird.

Herr Singer und seine socialdemokratischen Freunde trugen sich übrigens zu jener Zeit mit großen Plänen. Denn abgesehen von der Hoffnung, daß sie im stande sein würden, mit Hülfe der Fusionisten alias Freisinnigen das Socialistengesetz zu Fall zu bringen, setzten sie auf einen neuen Coup große Erwartung, welchen Herr Singer als Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung auszuführen übernahm. Es handelte sich nämlich um die Vermehrung der Abgeordneten für den Landtag und Reichstag in Berlin beziehentlich um Vermehrung und Umänderung der bisherigen Landtags- und Reichstagswahlkreise in Berlin. Man hatte natürlich dabei im Sinn, die Eintheilung so zu machen, wie sie im Sinne der bürgerlich- und socialistisch-demokratischen Interessen lag. In der That läßt sich durch den erfahrenen Kenner der Berliner politischen Localverhältnisse durch Zusammenlegung gewisser städtischer Districte ein gänzlich anderes Stimmverhältniß für die politischen Wahlen herstellen, und zwar besonders, was die Arbeiterviertel anbelangt. Ich kann nicht leugnen, daß in den conservativen Kreisen einmal der ähnliche Gedanke Platz gegriffen hatte. Aber wenn Zwei dasselbe thun, so ist das noch immer nicht dasselbe: Die Conservativen hatten weniger den

Zweck im Auge, pour corriger la fortune, als um den sich inzwischen mit der Vergrößerung der Stadt veränderten Verhältnissen auch bei den politischen Wahlen Rechnung zu tragen. Dies letztere Moment war bei dem von Singer bei der Stadtverordneten-Versammlung eingebrachten und von dieser in vollem Verständniß der Sachlage und des Zwecks begierig aufgegriffenen Antrage wohl nicht im geringsten maßgebend; sie hatte sich ja bekanntlich vor der Aenderung der Bezirkseintheilung, wie sie für die Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung maßgebend gewesen war, mit allen Kräften gewehrt, und jetzt dieser Umschlag der Ansichten! Freilich hätte sich die Stadtverordneten-Versammlung selbst sagen können, daß sie am wenigsten geeignet sei, derartige fromme Wünsche der Erfüllung näher zu bringen, und der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Dr. Achenbach, stach dem städtischen Collegium auch alsbald den Staar durch ein Rescript an den Stadtverordnetenvorsteher Straßmann, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Das Rescript lautete:

„Es ist ein Antrag eingebracht worden, der die Vermehrung der Zahl der in Berlin für den Reichstag und das Haus der Abgeordneten zu wählenden Mitglieder betrifft. Hierdurch würde jedoch seitens der Stadtverordneten-Versammlung, wenn sie in die Berathung dieses Antrages eintreten wollte, über den gesetzlich gezogenen Kreis ihrer Zuständigkeit hinausgegriffen werden. — Nach § 35 der Städteordnung hat die Stadtverordneten-Versammlung über alle Gemeindeangelegenheiten zu beschließen, so weit dieselben nicht ausschließlich dem Magistrat überwiesen sind. Ueber andere, als Gemeindeangelegenheiten dürfen die Stadtverordneten nur dann berathen, wenn solche durch besondere Gesetze oder in einzelnen Fällen durch Aufträge der Aufsichtsbehörde an sie gewiesen sind. Daß die durch den fraglichen Antrag angestrebte Erweiterung der politischen Rechte des Gemeindeangehörigen zu den Gemeindeangelegenheiten im Sinne des oben angeführten Gesetzes nicht gehört, steht außer Zweifel; die Stadtverordneten dürften also über jenen Antrag nur in dem, nicht vorliegenden, Falle in Berathung treten, wenn ein Auftrag dazu

von Seiten der Aufsichtsbehörde ertheilt wäre. Da letzteres nicht der Fall ist, ersuche ich Ew. Wohlgeboren ergebenst, den fraglichen Antrag gefälligst nicht auf die Tagesordnung setzen zu wollen, indem ich dies zugleich hierdurch ausdrücklich verbiete. Sollte Ew. Wohlgeboren oder Ihr Herr Stellvertreter diesem Verbote nicht nachkommen, so würde ich mich zu meinem Bedauern genöthigt sehen, kraft der mir zustehenden Aufsicht über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Berlin und in Ausübung meiner obrigkeitlichen Gewalt auf grund des § 68 Nr. 2d bezw. 35 des Organisationsgesetzes vom 26. Juli 1880 Sie, bezw. Ihren Herrn Stellvertreter, in eine Geldstrafe von 300 Mark zu nehmen und event. auf Grund des § 68 Nr. 3a. zur Vornahme unmittelbaren Zwanges zu schreiten. (Circular-Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 6. Juni 1863, betr. den Geschäftskreis der Stadtv.-Vers., Ministerialblatt der inneren Verwaltung, 1863, Seite 118.)

Ich gebe mich indeß der Hoffnung hin, daß Ew. Wohlgeboren meinem Erlasse ohnedies entsprechen werden, und sehe einer umgehenden gefälligen Mittheilung von dem Veranlaßten ergebenst entgegen."

War also diesem Beginnen der vereinigten beiden demokratischen Parteien von vorn herein ein Riegel vorgeschoben, so mißlang auch die gemeinschaftliche Agitation im Parlament hinsichtlich des Socialistengesetzes im vollsten Maaße. Parteitaktische Rücksichten mögen bei den Freisinnigen vorgewaltet haben, daß sie nicht geschlossen gegen die Verlängerungsvorlage stimmen wollten. Es wurden sogenannte Abcommandirungsordres ertheilt, d. h. diejenigen Parteimitglieder, welche entschlossen waren, gegen die Regierungsvorlage zu stimmen, wurden freundlichst eingeladen, der entscheidenden Reichstagssitzung fern zu bleiben. Nach einer Notiz des socialdemokratischen „Organ für die Interessen der Arbeiter" waren die Herren Parrisius und Dr. Hermes die geistigen Urheber dieses Abcommandirungsdecrets gewesen. Sei dem, wie ihm wolle, das Socialistengesetz war wieder in weitere Geltung gebracht, sehr zum wenigstens scheinbaren Aerger

der Socialdemokraten sowohl wie auch der ultraradicalen Mitglieder der freisinnigen Partei. Die „Berliner Zeitung", das damalige, jetzt durch die „Freisinnige Zeitung" ersetzte Leiborgan des Herrn Richter leitartikelt über „das Ende vom Lied" in folgender trübseliger Weise:

„Schmerzlich berührt es uns, constatiren zu müssen, daß die erst kürzlich zu einer großen Partei zusammengeschweißten ehemaligen Fortschrittler und Secessionisten, die nunmehrige deutschfreisinnige Partei, ihre Feuerprobe nicht bestanden hat .... Alles Vertuschen, alle Schönmalerei hilft heute nichts mehr, die vereinigte Partei hat ein klägliches Fiasco erlitten, das nicht verfehlen wird, bei wirklich liberalen Wählern den peinlichsten Eindruck hervorzurufen .... Eine Partei, die gleich beim ersten Stoß auseinanderfällt, hat keinen Zusammenhalt. Darum ist es besser, sie löst ihre Firma auf, um wieder ehrlicheren Verhältnissen Platz zu machen. Wir wenigstens wollen keine Täuschung darüber aufkommen lassen, daß wir nach den Lehren des gestrigen Tages eine freisinnige Partei, die von Eugen Richter bis zu Forckenbeck reicht, nicht mehr anzuerkennen vermögen."

Das war nun freilich, also für die damalige Action, das „Ende vom Liede", und die Socialdemokraten thaten gerade so, als ob sie den Freisinnigen gegenüber ganz unversöhnlich seien. Alles Spiegelfechterei: Zwei solche Elemente, die soviel gemeinschaftliches Terrain besitzen, können auf die Dauer nicht anders, als gute Freundschaft und Bundesgenossenschaft unterhalten. Es trat zu Gunsten dieser ferneren gemeinschaftlichen Operation auf politischem Gebiet der Umstand herzu, daß beiden demokratischen Parteien in den durch das Heidelberger Programm zu besserer positiver Thätigkeit in nationalen Sinne regenerirten Nationalliberalen ein neuer nicht zu unterschätzender Gegner auftrat, den besonders die Freisinnigen zu allen Teufeln wünschten; denn am gehässigsten tritt der Haß zwischen früheren Freunden auf. Die Nationalliberalen hatten in den letzten Jahren ihren Boden in Berlin gänzlich verloren. Sie hofften ihn nun nach ihrer Verjüngung und der erfreulichen Schwenkung, die sie nach der na-

tionalen Seite hin gemacht, mit einem Male wiederzugewinnen. Es bildete sich in Berlin unter dem Vorsitz des Abg. Staatsminister Hobrecht ein nationalliberales Centralcomité, dessen Generalsecretär der frühere Redacteur Dr. Jerusalem wurde. Aber so schnell, wie man es in nationalliberalen Kreisen glaubte, ließ sich das Verlorene in Berlin nicht wiederfinden. Man konnte sich darüber keiner Täuschung hingeben, daß an die Wiedereroberung des immerhin nicht großen Terrains, das die Mittelpartei in Berlin je gehabt hatte, nur gedacht werden konnte im engeren Anschluß an die Conservativen, welche dieses Terrain für die national-monarchische Anschauung erst richtig beackert und vorbereitet hatten. Aber zuviel der Sünden waren es gewesen, welche die nationalliberale Partei im Allgemeinen und die Nationalliberalen in Berlin im Besonderen im Laufe der letzten Jahre begangen hatten. Ihre gewiß erfreuliche Umkehr von dem Wege, auf dem sie zusammen mit der Demokratie gewandelt waren, gab an sich noch nicht genügende Kautelen, und dazu trat die alte Erfahrung von der politischen Unzuverlässigkeit, deren sie sich bei früheren ähnlichen Anwandelungen schuldig gemacht hatten. Herr Hofprediger Stöcker gab dieser Anschauung der Conservativen in einer Versammlung des conservativen Centralvereins für den II. Reichstagswahlkreis Ausdruck, indem er etwa folgendes sagte:

„In Berlin liegen die Dinge nicht so, daß man mit der bloßen Proclamirung eines Parteinamens viele Kreise an sich zieht. In Berlin muß man arbeiten und unausgesetzt auf dem Posten sein; ob die Nationalliberalen das thun werden, steht dahin, bisher haben wir noch nicht viel davon erlebt. Warten wir die Dinge also ruhig ab und lassen wir uns in keiner Weise bange machen. Sollten die Herren gemeint haben, daß eine große Menge der Leute, die sich uns angeschlossen, so ohne Schwertstreich sich ihnen ergeben wird, da haben sie sich, glaube ich, geirrt. Die Elemente, aus denen sich unsere Partei zusammensetzt, betonen so scharf das monarchische Princip, sind so erfüllt von den socialen Reformideen, erkennen — und das ist nicht das

Geringste — so energisch die Nothwendigkeit des Kampfes gegen die Anmaßung des Judenthums, daß eine Partei, die nicht scharf zu diesen Fragen Stellung nimmt, in Berlin keine große Zukunft hat. In Berlin kann man nicht national sein, ohne das man das internationale, das unnationale Element des jüdischen Fortschritts und der jüdischen socialdemokratischen Transaction energisch bekämpft. Werfen wir einen Blick auf den großen Schauplatz der Politik, so sind auch da die Aussichten für die Nationalliberalen nicht günstig."

Herr Stöcker hegt solche nicht günstige Ansichten über die Nationalliberalen auch heute noch, während ein anderer Theil der Conservativen inzwischen bekanntlich von ihnen eine bessere Meinung bekommen hat. In Einem hatte Herr Stöcker jedenfalls Recht, nämlich darin, daß die Nationalliberalen in Berlin nur dann mitsprechen könnten, wenn sie sich dazu entschließen würden, einmal positive Politik zu machen. Man verlangte eben nach so langer Herrschaft der grauen Manchestertheorie und der negativen Politik des Liberalismus in Berlin jetzt etwas Sichtbares, wie es die Conservativen in ihrem Vorgehen geboten hatten. Konnten die Nationalliberalen ihnen nach dieser Richtung hin nicht folgen, dann war für sie von einem Aufkommen in Berlin nicht die Rede. Der Worte waren genug gewechselt, man mußte jetzt zu Thaten schreiten.

Waren dergleichen parteipolitische Angelegenheiten dazu geeignet, das Interesse und die Aufmerksamkeit der Conservativen im hohen Grade zu erregen, so traten auf der anderen Seite auch Ereignisse anderer Art in die Action, welche nicht minder Anspruch auf Beachtung verdienten. Dem Reichstage war eine auf die Subvention von Dampferlinien nach den überseeischen Gebieten hinzielende Regierungsvorlage gemacht worden, welche von den Freisinnigen in der allerdings richtigen Voraussetzung scharf bekämpft wurde, daß sie den Wendepunkt für gewisse politische Verhältnisse bedeute. In der That ist diese Vorlage als der Anfang der Colonialpolitik Deutschlands zu betrachten, einer Politik, die freilich kleinmüthigen Seelen ein gewisses Maaß von

Furcht einjagen mußte, da die Ernte der jetzt ausgestreuten Saat nicht binnen Kurzem, sondern erst nach jahrelangen Mühen folgen konnte. Der freisinnigerseits gehegte ungeheure Respect vor dem Auslande, insbesondere vor dem politischen und wirthschaftlichen Musterlande England, war außerdem groß genug, um diese Partei mit Besorgniß vor etwaigen Complicationen in der auswärtigen Politik zu erfüllen, — war doch ihr Vertrauen auf die diplomatische Kunst des Fürsten Bismarck, die sich ja auch in colonialpolitischer Hinsicht in der Folge so glänzend bewährt hat, ein kaum minder geringes, wie dasjenige auf die interne Politik des Reichskanzlers. Sie, die an große Aufgaben stets mit kleinen Gedanken heranzutreten gewohnt waren, denen in Folge ihrer stets negativen politischen Thätigkeit das Verständniß für solche große Aufgaben der deutschen Nation vollkommen abhanden gekommen war und die über ihrer engherzigen Parteiauffassung den scharfen Blick in's Weite verloren hatten, konnten sich in diese neue Seite der politischen Thätigkeit Deutschlands durchaus nicht finden. Was die Subventionsangelegenheit speciell anbetrifft, so hätten die Freisinnigen schon mit Rücksicht auf die Förderung des von ihnen stets, wenigstens mit Worten, bevorzugten Handels für dieselbe eintreten sollen. Das geschah nun freilich nicht, aber mit desto größerer Freude wurde der Entschluß der Reichsregierung mit sammt seinen colonialpolitischen Consequenzen von den Conservativen begrüßt. Hier haben wir den schärfsten Ausdruck der parteilichen Unterschiede zwischen Freisinn und Conservativismus. Während der erstere selbst hinsichtlich denjenigen Materien, denen er ein programmatisches Interesse zuwendet, keinerlei wirkliche Fortschritte wagt, sondern diese Materien nach den althergebrachten Doctrinen des Liberalismus, ohne Rücksicht auf Umstände, Zeit und Nothwendigkeit zuschneiden will, trägt der Conservativismus diesen letzteren drei Rücksichten nach jeder Richtung hin Rechnung, indem er zugleich dahin strebt, auf sämmtlichen Gebieten das Interesse des Volkes zu vertreten. Ein einseitiges wirthschaftliches Programm hat der Conservativismus niemals gehabt, für ihn gilt die Forderung der Industrie ebenso wie die der Landwirth-

schaft oder des Handels, nur strebt er dagegen an, daß nicht etwa einer dieser Factoren unberechtigtes und der Allgemeinheit schädliche Uebergewicht über den anderen erhält. Wenn sich der Conservativismus zur Zeit der nothleidenden Landwirthschaft besonders annimmt, so hat das darin seinen Grund, daß dieselbe von dem Handel und der Industrie nach jeder Richtung hin überflügelt ist. Der conservative Wahlspruch ist stets der, die Schwachen zu beschützen. Das ist der Hauptgrund der jetzt viel besprochenen „agrarischen Begehrlichkeit".

Nicht in minderem Maaße wie im Lande, waren die Berliner Conservativen ernstlich bestrebt, der neuen Anschauung durch einsichtsvolle Würdigung aller einschläglichen Verhältnisse in wohlwollendem Sinne Rechnung zu tragen, und dieses locale Bedürfniß wurde in dem Momente sehr actuell, als in einer hiesigen Versammlung des deutschen Colonialvereins die Colonialabtheilung Berlin officiell in den Vordergrund trat. Später ist der Sitz des Colonialvereins unter dem Präsidium des Fürsten Hohenlohe-Langenberg ganz nach Berlin verlegt worden. In welcher Weise die Colonial- und Dampfersubventions-Angelegenheiten von den Berliner Corservativen behandelt wurden, werde ich an der Hand mehrerer Vorträge erörtern.

Der erste dieser Vorträge fand im conservativen Verein Louisenstadt statt, und erläuterte hier Rechtsanwalt Dr. Stein die Angelegenheit etwa in folgender Weise:

„Wie die Regierung Colonialpolitik treibe, werde uns in zwei Fällen klargelegt und zwar in dem Falle Lüderitz und durch die Einbringung der Vorlage über die Subvention überseeischer Dampferlinien. In dem ersten Falle handele es sich um den Schutz wohlerworbener Eigenthumsrechte eines Deutschen gegen Englands Uebermuth und Ueberhebung. Fürst Bismarck treibe nicht wie Frankreich und England active, sondern nur passive Colonialpolitik, welche darin bestehe, überall deutschen Unternehmungsgeist, deutschen Besitz mit der ganzen Autorität der deutschen Flagge zu schützen. Diese Politik habe in der Vorlage über die Subvention überseeischer Dampferlinien ihre gesetzgeberische Er-

gänzung gefunden. Die Vorlage sei durch das nationale Interesse und die Förderung der Handelsverbindungen, welche zur Zeit vom Auslande abhängig sind, genügend motivirt worden. Die conservative Partei trat im Reichstage für die Colonialpolitik der Regierung auch voll und ganz ein und fand lebhafte Unterstützung bei den Nationalliberalen. Die Ultramontanen dagegen behandelten diesen Gegenstand dilatorisch. Mit dem vollen Brustton der Ueberzeugung gegen die Vorlage zu sprechen und zu stimmen, diesen traurigen Muth besaß nur die deutschfreisinnige Partei. In der französischen Deputirtenkammer würde ein Deputirter, welcher gegen eine positiv nationale Sache stimmte, von der allgemeinen Verachtung erdrückt werden, während wir bei uns das beschämende Beispiel erleben, daß die Führer der deutschfreisinnigen Partei ihren Widerstand durch Befürchtung von Verwickelungen mit dem Auslande begründen, bezw. die Forderung von 4 Millionen Mark für den beabsichtigten nationalen Zweck eine heillose Verschwendung nennen. Die deutschfreisinnige Partei hätte nach ihren wirthschaftlichen Grundsätzen unbedingt für die Vorlage stimmen müssen, da doch neue Geschäftsverbindungen, neue Absatzgebiete gefunden werden. Um aber nicht anerkennen zu müssen, daß Bismarck's Politik wiederum einen großen Triumph errungen habe, erklärte diese Partei lieber ihren politischen Bankerott."

Das Wort „Angra-Pequena" jagte damals den in der Wolle gefärbten Freisinnigen ein gewisses Gruseln ein, und zwar war es Herr Abg. Bamberger, der durch seine abenteuerlichen Schilderungen über alles, was mit der Colonialpolitik zusammenhing, dabei die Stelle des Knechtes Ruprecht übernommen hatte. Herr Prof. Brecher schilderte das Benehmen Bamberger's in sachlicher und persönlicher Beziehung folgendermaßen:

„Ein Abgeordneter deutscher Nation würde allerdings nicht so gesprochen haben, und daß selbst Herr Bamberger einsieht, daß sein Verhalten kein ehrenwerthes gewesen, beweist der Umstand, daß er plötzlich krank wird, als er in der Pfalz über die Angra-Pequena-Frage sprechen soll, und ihn sein Gesinnungsgenosse Rickert vertreten muß. Was nun das Land Angra-Pequena an-

belange, so sei dasselbe ja gerade nicht allzu fruchtbar, aber es gehöre, was das wichtigste sei, die Walfischbucht, der für einen Hafen bedeutendste Ort, zu seinem Gebiet. Zu welcher Bedeutung die Colonien ein Land bringen können, sehen wir an England; auch wir müssen darnach streben, überseeische Colonien anzulegen und dazu sei Angra-Pequena der passendste Ort. Der Fortschritt freilich, der keinen Patriotismus, sondern nur kalten Egoismus kenne, widerstrebe stets der Regierung in ihren großen Plänen und bekämpfe auch jetzt wieder das Colonienproject. Ehrenpflicht eines jeden Abgeordneten, und besonders der Berliner, sei es, den Kaiser, wie den Reichskanzler zu unterstützen in ihren großen social-reformatorischen Plänen. Leider sei aber gerade in Berlin die fortschrittliche Gesinnung durch das Gift ihrer Zeitungen arg verbreitet."

Ich muß dabei bemerken, daß sich in Berliner conservativen Kreisen die Auffassung bemerkbar zu machen begann, daß mit der afrikanischen Frage zugleich unser brennendster Punkt, nämlich die Auswanderungsfrage, gelöst werden könne. Daß die afrikanischen Colonien nicht dazu geeignet sind, deutsche Auswanderer in sich aufzunehmen, wissen wir jetzt freilich, ohne daß diese Erfahrung unserer Vorliebe für die Colonialpolitik besonderen Abbruch gethan hätte. Die Auswanderungsfrage wurde daher damals, wie ich auch bereits in einem früheren Capitel angedeutet, ebenfalls in Berlin besonderer Beachtung unterzogen, besonders auch die Auswanderung nach Brasilien und das darauf bezügliche Ministerialrescript v. d. Heydt's. Ich bemerke dazu sachlich, daß die Ausbeutung deutscher Auswanderer durch die südbrasilianischen Caffé-plantagenbesitzer heute noch vorhanden ist. Dagegen befindet sich in St. Catharina eine deutsche Colonie, die unter sehr günstigen Verhältnissen lebensfähig ist und gedeiht.

Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle aber das erste und einzige Auftreten des Geh. Rath Gefffen, der sich in der letzten Zeit einen so traurig berühmten Namen zu schaffen gewußt hat, im Kreise der Berliner conservativen Freunde deutscher Colonialpolitik. Schon damals hätte der Politiker von der

eigenartigen Anschauung dieses Herrn Wind bekommen können, denn seine Aeußerung, daß der Colonialbesitz für die doch jetzt eigentlich nur künstliche (!) deutsche Einheit eine Klammer bilden werde, deren Haltbarkeit nicht zu unterschätzen sei, hätten zur Vorsicht ihm gegenüber rathen müssen. Doch war man damals harmlos genug, in dieser Aeußerung nichts anderes zu sehen, als einen im Eifer der Rede gefallenen lapsus linguae. Jetzt würde dieses Wort des Herrn Geffken als absichtliche Discreditirung des großen Werkes Kaiser Wilhelms I. und des Fürsten Bismarck mit vollem Recht von den Conservativen Berlins durch einen Pfuiruf geahndet worden sein.

Neben den erwähnten Materien wurde die Innungsfrage damals ganz besonders von Seiten der Berliner Conservativen behandelt, nachdem der Abg. Ackermann den bekannten Antrag auf Einführung des § 100 e in die Gewerbeordnung, betreffend das Lehrlingswesen, eingebracht hatte, der im Reichstage discutirt worden war. Mehr locale Bedeutung hatte diese Innungsfrage aber noch durch die Denkschrift des Stadtsyndikus und freisinnigen Abgeordneten Eberty über die Berliner Innungen, in der dieselben natürlich nicht besonders glimpflich behandelt wurden. Wenn man freilich die Verhältnißzahlen ansieht, so mag man daraus Trugschlüsse ziehen können, die dem § 100 e nicht besonders günstig sind. Bei den 59 Berliner Innungen waren am Beginn des Jahres 1883 eingeschrieben gewesen 3973 Lehrlinge, während im Ganzen 19,746 Lehrlinge in den verschiedenen Gewerben in Berlin vorhanden waren. Das kann aber doch nur die Thatsache belegen, daß die Berliner in Ansehung ihrer liberalen Ansichten für die Ausbildung der Lehrlinge in den Innungen nicht eingenommen waren, jedoch ist damit nicht gesagt, daß diese Thatsache für die richtige und sachgemäße Ausbildung dieser Lehrlinge außerhalb der Innungen sprach, oder daß damit das Bedürfniß einer entsprechenden Remedur fortfiel. Herr Obermeister Brandes legte die Sache in folgender Weise in einer von Handwerkern stark besuchten conservativen Versammlung dar:

„Zunächst befremde es ihn auf's Höchste, daß ein Mann von der Bildung des Herrn Eberty die Klagen der Handwerker als ‚Heulmeierei' bezeichnet habe, denn dieser unqualificirbare Ausdruck sei dem Ernst der Sache wenig angemessen. Wenn Herr E. rühmend erwähne, daß der Berliner Magistrat im letzten Jahre für die Fachbildung der Lehrlinge 100,000 Mark hergegeben habe, so sei dem die Erwägung entgegen zu halten, daß dieses Geld nicht aus den Taschen der Magistratsherren, sondern aus dem Steuersäckel der Bürger, zu denen auch die Handwerker zählen, geflossen. Die letzteren hätten überhaupt durch ihr rastloses Streben, namentlich durch den fortlaufenden Hinweis auf Württemberg und andere Länder den Magistrat endlich zum Versuch einer Abhülfe gedrängt. Herr Hobrecht habe nach seiner eigenen Erklärung im Jahre 1869 noch keine Berliner Innungen gekannt. Wie dürfe man da von langjähriger verdienstvoller Thätigkeit reden! Herr E. greife die Bäcker-Innung an, welche angeblich wenig für die Lehrlingserziehung thue; nun, man hege zur Berliner Schulbildung immer noch soviel Zutrauen, daß sie einen Jungen befähige, eine Semmel zu backen. Anlangend den Vorwurf, daß einzelne Obermeister Gehälter bezögen, sei das große Opfer an Zeit und Geld in Betracht zu ziehen, das fast alle brächten; nicht alle aber seien vermögend, dies ganz umsonst thun zu können. Die Obermeister der großen Innungen besäßen ebensoviel Kenntnisse wie die Herren im Gewerbebureau. Letztere hätten indeß niemals geklagt, daß sie zu viel bekämen. Nachdem Redner nachgewiesen, daß die Auslassungen Eberty's, die Zahl der eingeschriebenen Lehrlinge stelle sich gegenüber der der nicht eingeschriebenen als sehr klein dar, falsch sei, weil der Stadtsyndikus bei den letzteren auch die Arbeitsburschen mitgezählt habe, nimmt Herr Schumann das Wort. Redner mahnt, alte Streitigkeiten zu begraben, einmüthig bei den Wahlen vorzugehen und nur solchen Candidaten ihre Stimme zu geben, welche das Programm der Handwerker unterschreiben würden. Er beantragt eine Resolution dahingehend, Herrn E. ein Mißtrauensvotum zu geben und bei dem Magistrat, eventuell bei der Beschwerde-

instanz dahin zu wirken, daß der Stadtsyndikus sein Amt niederlegen müsse."

Auch in der Generalversammlung des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister fand eine sehr abfällige Kritik der Eberty'schen Arbeit statt, welche auf eine vollständige Unkenntniß des Lehrlingswesens schließen lasse. Eine praktische Folge hatte übrigens dieser Angriff von freisinniger Seite auf die Innungen, indem dieselben sich zusammenthaten, um einen Innungsausschuß zu gründen, in welchem alle derartige Fragen einmüthig erledigt werden sollten. In der demnächstigen, zu besagtem Zwecke anberaumten Sitzung sämmtlicher Obermeister ward für diese neue Corporation eine Summe von 1500 Mark bewilligt.

Ein gleicher Zusammenschluß fand seitens der Vertreter legitimer Erwerbszweige in der Gründung des Vereins zur Wahrung wirthschaftlicher Interessen in Handel und Gewerbe statt, welcher von der freisinnigen Partei mit dem Spottnamen „Verein mit dem langen Namen" belegt wurde, aber trotz allen Hasses der Gegner gegen die Coaliton beruflicher Interessen wuchs und gedieh. Ueber die Tendenzen des Vereins sprach Generalconsul Russel sich in einer Vereinsversammlung folgendermaßen aus:

„Ich erkenne an, daß in der preußischen Steuergesetzgebung insofern eine große Lücke vorhanden ist, als der Erwerb in gleicher Weise besteuert wird, wie das Einkommen aus fundirtem Vermögen. Die Regierung hat ja versucht, einen Ausgleich in dieser Beziehung durch die Capitalrentensteuer herbeizuführen, aber auch dieser Gesetzentwurf, der in der Commission begraben liegt, war unzulänglich vorbereitet. Wie auf diesem, so wird sich für den Verein eine sehr wichtige controllirende und anregende Thätigkeit auf anderen Gebieten ergeben, namentlich gegenüber den großen Fragen des Actienrechts und gegenüber der Frage der Ablösung der Privatthätigkeit durch die staatliche Thätigkeit. Wenn man auch die Berechtigung der staatlichen Thätigkeit auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens anerkennen kann, so muß man sich doch gegen den jetzt von mancher Seite ertönenden Ruf erklären, daß alle möglichen Erwerbszweige nun verstaatlicht werden müssen.

Namentlich ist dies beim Versicherungswesen der Fall, und es wäre eine gründliche Schädigung desselben, wenn man sich nicht auf eine allgemeine gesetzliche Regelung des Versicherungswesens beschränkt, sondern dasselbe verstaatlichen wollte. Andere wichtige Fragen sind die der Kranken- und Unfallversicherung, die bereits Gesetz geworden sind, und Alters- und Invalidenversicherung, die angestrebt werde. Das sind Fragen von so eminent schwieriger Lösung, daß sie nur auf Grund genauester Kenntniß der Einzelheiten, sei es in rechnerischer, sei es in socialer Beziehung, erledigt werden können. Die Betheiligten müssen für Aufklärung der öffentlichen Meinung, wie für richtige Information der gesetzgeberischen Factoren Sorge tragen. Dies läßt sich wohl durch eine freie Vereinsthätigkeit, wie wir sie erstreben, erreichen. Wir wollen aber nicht negativ und oppositionell sein, sondern positiv mitschaffen. Die Aufgaben des Staates sind im stetem Wachsen, alle Ausgaben im Zunehmen. Dort hört man jetzt gerade bei den Wahlen die Phrase von ‚Beschränkung der Ausgaben', als ob unsere Staatsverwaltung eine verschwenderische wäre. Der preußische Staat verschwendet die Gelder nicht, wir haben, Gott sei Dank, eine ehrliche, vorsorgliche und sparsame Verwaltung, aber wenn die stets wachsenden Aufgaben größere Ausgaben erfordern, so müssen die Quellen zur Aufbringung derselben erschlossen werden und auch nach dieser Richtung kann der Verein eine große positive Thätigkeit entwickeln. Was der Verein erstrebt, läßt sich durch einfachen Anschluß an einen politischen Parteiverband nicht erreichen; er soll eine Stätte sein, wo die großen Interessen des deutschen Handels und der deutschen Industrie abgesondert vom Parteigezänk erörtert werden sollen."

Aber auch andere interne Vorgänge waren durchaus geeignet, das lebhafte Interesse der Conservativen zu erregen, sei es, daß sie der Bewegung direct dienstbar waren, oder nicht. Das erste dieser Ereignisse war die denkwürdige Feierlichkeit der Grundsteinlegung des neuen Reichstagsgebäudes, welche der Kaiser in Person vollzog, und die dem Freisinn wiederum Veranlassung gab zu allerlei Gewäsch darüber, daß bei der „civilen" Feierlich-

keit die Militair-Uniformen vorgeherrscht hätten. Gegen jeden blanken Knopf haben die Herren von der Demokratie eine gewaltige Abneigung, da dasselbe sie gar zu sehr an Subordination und Gehorsam erinnert, — Sachen, die sie am liebsten zu Gunsten der unbändigsten persönlichen Freiheit aus der Welt schaffen möchten. Nicht minder hervorhebenswerth ist die Feier des 600 jährigen Bestehens der Berliner Schuhmacher-Innung, welche damals in großartigster Weise stattfand. Der Hauptheil bestand in einem öffentlichen Festzuge, der vor dem Palais des Kaisers defilirte. Er begann mit einem mittelalterlich costümirten Musikcorps, angeführt von einem berittenen Herold, der durch den Schuhmachermeister Esser auf einem prächtigen Rosse auf das imposanteste dargestellt wurde. Hinter demselben schritt in der kleidsamen Tracht eines jungen Edelknechtes der jüngste Meister der Innung, Herr Müller, auf einem Sammetkissen ein goldgebundenes Buch tragend, welches Documente aus der Vorzeit enthielt. Dann folgte die alte Innungslade, auf der die Jahreszahl 1284 steht, aus festem Eichenholz, eisenbeschlagen und auf einer Bahre von vier rothgekleideten Gesellen getragen. Einige bewaffnete Handwerksmeister des 13. Jahrhunderts schlossen sich an und sodann in buntem Gemisch charakteristische Gestalten von Meistersingern, Bürgern, Meistern und Gesellen aus dem 14. und 15. Jahrhundert. Nunmehr nahte sich der Hauptzug von vier bekränzten Wagen, mit welchen die Colossalstatue des berühmten Zunftgenossen und Dichters Hans Sachs einhergeführt wurde. Der Altmeister saß, in einen faltigen Mantel gehüllt, auf einem Sessel, sein Haupt trug das breite Barett und die Rechte hielt ein entrolltes Pergament. Vor ihm lag der alte Schild der wehrhaften Herren der Innung. Diesem hervorragendsten Theil des Zuges folgen Gewerksherren aus den Jahren 1600 bis 1800, zusammen gegen 200 Personen. Große Heiterkeit rief der Schlußtheil des costümirten Zuges unter den Hunderttausenden der Zuschauer hervor, eine humorvolle, charakteristische Gruppe wandernder Schustergesellen aus den vierziger Jahren unsers Jahrhunderts, die mit Felleisen, wachstuchüberzogenen Hüten,

Knotenstöcken, qualmenden Pfeifen und durchaus nicht sehr respectablem Exterieur aus den bekannten Bildern älterer Kalender herausgetreten zu sein schienen.

Mit recht gemischten Gefühlen mag Herr Eberty mit seinen politischen Freunden dieser Darstellung gefolgt sein, welche in ihrer gegenwärtigen Machtentfaltung und in der repräsentirten Erinnerung an die vergangenen Zeiten, da die Innungen in ihrer Blüthe standen, seine einseitige Auffassung von dem Nutzen der Innungen ad absurdum führten. Gewiß! In dieser einzigen Festlichkeit war leicht zu erkennen, daß der Innungsgedanke trotz seiner während mehrerer Menschenalter erfolgten Unterdrückung, trotz der künstlichen Belebung der „freiheitlichen" Idee im Handwerk, noch nicht abgestorben war, sondern daß es nur des äußeren Anstoßes bedurfte, um ihn wieder auf's neue blühen und in der Praxis gedeihen zu sehen. Eine Institution, welche Jahrhunderte lang trotz der verschiedensten Neugestaltungen des socialen und politischen Bodens in ihrer von den Urvätern übernommenen Eigenart sich bis auf den heutigen Tag erhalten hatte, mußte den besten Beweis dafür liefern, welche Lebenskraft ihr innewohnte. Ein liberaler Hauch konnte ihr nichts anhaben. Und wenn der Staat heute sich auf seine Pflicht besann, dieser alten Institution in moderner Form wieder zum öffentlichen Recht zu verhelfen, so that er einerseits nur seine Pflicht dem Handwerk gegenüber, auf der andern Seite aber nützte er sich selbst durch Wiederschaffung einer wirthschaftlich socialen Macht, die unter den jetzigen Zeitläuften geeignet war, eins der zuverlässigsten und stärksten Bollwerke gegen alle wider den dauernden Bestand des Staates in seiner monarchischen Form gerichteten Neuerungsbestrebungen zu werden.

Die armen Herren vom Freisinn hatten in jener Zeit überhaupt viel Aerger; mußten sie doch sehen, wie an allen Ecken und Enden Thatsachen auftraten, welche sich in strictestem Gegensatz zu den von ihnen vertretenen Theorien befanden. Auch die von ihnen in der Praxis bereits vollkommen aus der Welt geschaffte Sonntagsheiligung, von der im Berliner geschäftlichen Leben wohl

kaum eine Rede mehr war, erhielt durch das Vorgehen des Herrn Hertzog eine neue kräftige Förderung, indem dieser Großindustrielle und Großkaufmann die Sonntagsruhe für seine zahlreichen Beamten definitiv einführte. Bei manchem wohlgesinnten Geschäftsmann fand das Nachahmung, während selbstverständlich die Freisinnigen um so mehr darauf Bedacht nahmen, ihre Ansicht von der Begehung des Sonntags zum Ausdruck zu bringen, die in der thunlichsten Degradation desselben zum Werktag bestand. Für das nackte Geschäft mochte das vortheilhaft sein, für das christliche Bewußtsein gewiß nicht. Herrn Hertzog gebührte für sein bahnbrechendes Vorgehen nach dieser Richtung hin der größte Dank, der ihm auch in Gestalt einer Adresse von dem Bürgerverein Moabit dargebracht wurde.

Auch die internen Angelegenheiten der Partei beanspruchten die Theilnahme der Gesinnungsgenossen, und zwar ist hier in erster Linie das erste Stiftungsfest der Bürgerpartei zu nennen, welches unter der zahlreichen Betheiligung von conservativen Stadtverordneten auf Tivoli stattfand. Der Toast auf die Bürgerpartei ward von Herrn Prof. Brecher ausgebracht und in der That hatte dieselbe die Lobsprüche wohlverdient, welche ihr gespendet wurden. Denn als Kind der großen Berliner conservativen Bewegung war die Partei nach einjährigem Bestande bereits im Feuer eines großen Wahlkampfes gestählt und gefestigt worden und gab die beste Gewähr für die künftige bessere Gestaltung des Berliner communalen Lebens. In Telegrammen an den Kaiser und den Fürsten Bismarck gelobte die Festversammlung, dem nationalen und conservativen Banner getreulich zu folgen, welches diese beiden Heroen vorantrugen. Eine wohlverdiente Auszeichnung wurde den beiden Vorkämpfern der Berliner Bewegung, Herren Luckhardt und Cremer, von dem Centralverein der Conservativen des zweiten Wahlkreises zu Theil, indem ersterer zum Ehrenpräsidenten, letzterer zum Ehrenmitgliede des Vereins ernannt wurde. Schließlich wäre noch zu erwähnen, daß auch die Christlich-Socialen Anlaß zur festlichen Stimmung hatten, denn es fand in jener Zeit die Einweihung des ihnen eigenthümlich

gehörigen Vereinshauses am Johannistisch statt, das sie nunmehr ausschließlich für ihre Versammlungs- und sonstige Vereinszwecke benutzten.

Die Berliner jüdische Bevölkerung muß durch alle solche Vorgänge, die im Grunde genommen mit dem Antisemitismus nichts zu thun hatten, sehr aufgeregt worden sein. Oder sollte am Ende gerade durch die Thatsache, daß der „conservative Hauch" damals mit Rücksicht auf andere actuelle Aufgaben und Bestrebungen weniger nach der Gegend des Berliner Ghetto's hinblies, den Herren vom Volk Israel der Muth gewachsen, der Kamm geschwollen sein? Anders ist es nicht zu erklären, daß man von jener Seite eine neue Christenhetze in verbesserter Auflage inscenirte, in welcher nicht mehr die Druckerschwärze sondern die Faust in Action trat. Im Café Central fand auf Provocation von mehreren jüdischen jungen Herren ein Zusammenstoß statt, der zu Ungunsten der an Zahl weit geringeren Christen endete. Natürlich trugen solche Ereignisse nicht zur Besserung des gegenseitigen Verhältnisses bei, und die kommende auf beiden Seiten eifrig betriebene Wahlagitation war nicht minder dazu geeignet den Riß zu erweitern, der nun einmal in Folge der einander schroff gegenüberstehenden politischen Ansichten der Berliner Bevölkerung eingetreten war.

17. Capitel.

Die Wahlbewegung im Jahre 1884.

Inzwischen waren die sämmtlichen Parteien bereits eifrigst in die Agitation zu den Wahlen eingetreten. In Berlin waren deren bekanntlich nur drei, die überhaupt mitzählten, nämlich die Conservativen, Freisinnigen und Socialdemokraten, während Centrum und Nationalliberale, sowie natürlich die kleinen Parteisecten ausschieden.

Ueber die damalige Stellung der Conservativen zu den sämmtlichen größeren Parteien giebt eine Rede Aufschluß, welche der Abgeordnete v. Rauchhaupt zum Beginne der Agitation in einer größeren Versammlung des zweiten Wahlkreises hielt. Ich reproducire dieselbe hier auszugsweise:

„Was zunächst unsere Stellung zu den Freiconservativen betrifft, so tragen wir nicht das mindeste Bedenken, ich kann das auf Grund eines Beschlusses, den die sämmtlichen Delegirten der deutsch-conservativen Partei gefaßt haben, getrost sagen — mit den Freiconservativen ein Wahlcartell einzugehen. Wir werden ihre, sie werden unsere Sitze und Wahlkreise respectiren. Wir werden für einander einstehen. Der Unterschied in den conservativen Auffassungen beider Parteien ist eigentlich nur ein qualitativer, es handelt sich meist nur um das Maaß conservativer Anschauung, welches wir bei den einzelnen Fragen in Anwendung bringen. Principiell verschiedene Anschauungen bestehen nur sehr wenige. Es könnte meines Erachtens sogar eine Verschmelzung beider Parteien stattfinden. Dadurch würden auch manche Vorurtheile der Freiconservativen, welche zumeist persönlicher Natur

sind, beseitigt werden. Viele dieser Herren bekommen Gänsehaut, wenn man ihnen z. B. zumuthet, mit Herrn Hofprediger Stöcker in einer Fraction zu sitzen. Wer allerdings so zart besaitet ist, der muß freilich darauf verzichten, überhaupt in einer großen Partei mitzuarbeiten. Wenn wir einen solchen Mann fallen lassen wollten, blos weil er vielen unserer Feinde die Wahrheit unverblümt in's Gesicht sagt, dann könnten wir aufhören, eine politische Partei zu sein. Wir fühlen uns innerlich fest gekittet genug, um ein verschiedenes Maaß in den conservativen Anschauungen ertragen zu können. Ich würde indeß unser Verhältniß zu den Freiconservativen nicht richtig schildern, wenn ich nicht auf zwei Punkte hinweisen wollte, die uns von den Freiconservativen leider bisher getrennt haben. Ich meine: die Börsensteuer und die Handwerkerfrage. In letzterer Beziehung betone ich gerade heute die Nothwendigkeit einer Verbesserung der Gewerbeordnung, weil ich meine, daß es mit unserem Handwerk nicht besser wird, bis jeder Meister, der Lehrlinge ausbilden will, auch der Innung beitreten muß. Wenn man die Innungen zu einem Taubenschlag machen will, in welcher jeder aus- und einfliegen kann, wie er will, dann geben wir es lieber auf, diesen haltlosen Körper für die Erfüllung der großen Aufgabe des Handwerks, in Beziehung auf Zucht und eine gesunde Erziehung des Lehrlings, auf corporative Vertretung, auf eine gesunde Creditentwickelung u. s. w. fähig zu machen. Wer dem Handwerkerstand nicht die Kraft zutraut, sich diesen Aufgaben zu unterziehen, der steht allerdings verzweifelt trostlos vor der Lösung der Handwerkerfrage. Aber ich glaube, die Handwerker besitzen diese Kraft noch. Möchten die Freiconservativen dies würdigen. Möchten sie aber auch hinsichtlich der Börsensteuer, wozu ihnen bald Gelegenheit gegeben werden wird, anderen Sinnes werden. Ich gehe darauf heute nicht näher ein, wende mich vielmehr zu unserer Stellung gegenüber den Nationalliberalen.

Unsere Stellung zu den Nationalliberalen ist natürlich eine andere als zu den Freiconservativen; aber es ist doch von großem Werth, daß sich die Nationalliberalen in neuester Zeit aufgerafft

und ein Programm entworfen haben, welches uns die offene Hand zeigt, in welche wir gegebenen Falles einschlagen können. Es ist bezeichnend, daß auch hinsichtlich dieses Programmes die Anregung aus Süddeutschland kommen mußte, ähnlich wie die süddeutschen katholischen Elemente des Reichstags in einer für uns Preußen geradezu beschämenden Weise die Annahme des Socialistengesetzes herbeigeführt haben. Es beweisen diese Vorgänge, daß die Süddeutschen von unendlichem Werth für unsere deutsche Entwickelung sind. Ihr weicheres Gemüth läßt sie viel schneller die Anknüpfungspunkte finden, als dies den kälteren Naturen des Nordens möglich wird. Entsprechen die Thaten der nationalliberalen Partei dem neuen Heidelberger Programm, dann wird es wieder möglich werden, wie das früher der Fall, gemeinsam mit ihnen die politischen Aufgaben der Gegenwart zu erfüllen. Die übermächtige Stellung, die das Centrum jetzt einnimmt, würde wesentlich zurückgedrängt werden. Man tadelt das clerical-conservative Zusammengehen. Wer hat es dahin gebracht? Lediglich die Nationalliberalen, welche nicht mehr mitmachen wollten. Man scheint auf nationalliberaler Seite diesen Fehler offenbar einzusehen, und deshalb hat man ein Programm aufgestellt, welches, meines Erachtens, genug Anknüpfungspunkte für die conservative Partei bietet.

Wir werden bei der Wahl, wenn es sich um die Entscheidung der eines Nationalliberalen oder der eines Fortschrittlers handelt, unbedingt dem ersteren unsere Stimmen zuwenden, obgleich die nationalliberale Partei, noch immer nicht beherzt genug, mit dem Fortschritt vollständig zu brechen, uns bisher kein großes Entgegenkommen gezeigt hat.

Schwierig ist unsere Stellung zum Centrum, weil dasselbe halb aus conservativen, halb aus liberalen Elementen besteht. Die ersteren würden rein conservativ sein ohne den Culturkampf, die anderen brachten ihre Gesinnung in dem Programm der Katholikenversammlung zu Münster (1880), wo fortschrittlich-politische Thesen angenommen wurden, zum Ausdruck. In jüngster Zeit haben Herr Windthorst, über die zu erhoffende Selbst-

ständigkeit des niedersächsischen Volksstammes redend, und Herr Reichensperger, indem er den Antrag Stöcker's betreffend den kirchlichen Nothstand in Berlin bespöttelte, die Conservativen recht peinlich berührt; allein trotzdem ist uns mit dem Centrum ein Zusammengehen möglich und zwar in den wirthschaftlichen Fragen, um deren Lösung jene Partei sich große Verdienste erworben hat. Um aber Mißverständnissen vorzubeugen und erfolgte Angriffe abzuweisen, erkläre ich hiermit, daß wir in der Kirchenpolitik dem Centrum niemals Concessionen gemacht haben, um ein anderes Gesetz durchzubringen; man leihe uns von anderer Seite die nothwendige Unterstützung, dann brauchen wir nicht so mit dem Centrum zu rechnen. Die Süddeutschen in dieser Partei stehen uns näher, als die Vertreter der preußischen Katholiken, doch widerstrebt es mir, gegen diese die Beschuldigung der Reichsfeindlichkeit zu erheben. Es giebt unter ihnen auch viele echt patriotische Männer. Leider besitzen diese nicht alle den Muth des Herrn Abgeordneten Cremer. Die Socialdemokraten können wir, auf dem Boden der Kaiserlichen Botschaft stehend, dort nicht bekämpfen, wo sie berechtigte Forderungen geltend machen, im Gegentheil unterstützen wir sie da überall, so z. B. in Sachen betreffend die Arbeitsruhe an den Sonntagen, die Beschränkung der Kinderarbeit, die sanitätliche Revision der Wohnungen ꝛc. Andere Fragen, wie beispielsweise das Verbot der Gefängnißarbeit, sind heute überaus schwer praktisch zu lösen. Andere Forderungen, so die Schaffung eines Productivstaates, sind aus rein natürlichen Gründen Dinge der Unmöglichkeit. Desgleichen sind die politischen Principien der Socialdemokraten absolut verwerflich und mit allen Mitteln zu bekämpfen." Nachdem Redner noch den Satz des Fürsten Bismarck von dem Rechte auf Arbeit dahin interpretirt, daß der Reichskanzler nicht an die Errichtung von staatlichen Arbeiterwerkstätten, sondern an die Wegräumung der Hindernisse gedacht habe, welche der Arbeit entgegenständen, kommt er auf die Partei der Deutsch-Freisinnigen zu sprechen. „Ihre Fahne ist ein neuer Lappen auf einem alten Rock. Um den gesunkenen Credit einigermaßen zu heben, haben die Fortschrittler

die Secessionisten, jene Leute, welche nicht Fisch noch Fleisch sind, an sich gezogen. Es bleibt alles beim Alten. Sie bleiben politische Theoretiker und wirthschaftliche Manchesterleute zur Förderung der Socialdemokratie und zur Schädigung des legitimen christlichen, für das Wohl des Volkes sorgenden Königthums. Gleich dem Fürsten Bismarck müssen wir jene Partei bis zum letzten Athemzug bekämpfen und dieser Gesinnung durch ein energisches Auftreten Ausdruck geben."

In Betreff des speciellen Programmes der Fortschrittspartei und des Verhaltens der Berliner Conservativen zu demselben bei den Wahlen äußerte sich Herr Professor Wagner in folgender Weise:

„Fragen wir uns objectiv, wie sich die Verhältnisse in Preußen und Deutschland gestaltet haben würden, wenn alle Forderungen jener Partei erfüllt worden wären, so muß die ehrliche Antwort lauten: Ruin und Revolution in abwechselnder Folge. Die Fortschrittspartei will die Welt mit formalen Freiheitssätzen beglücken, proclamirt die Gewerbe- und Vertragsfreiheit und bethört das Volk noch leichter, als die Socialdemokraten, weil diese dem gesunden Menschenverstand vielfach als Thoren und Schwärmer erscheinen, während die politischen Manchesterleute es verstehen, um sich den Nimbus nicht nur der Wissenschaftlichkeit, sondern auch der praktisch-politischen Befähigung zu verbreiten. In manchen Punkten, z. B. in Sachen des Unfallversicherungsgesetzes, haben die Fortschrittler wohl schon etwas nachgegeben, allein ein Friede oder gar ein gemeinsames Wirken mit ihnen ist unmöglich. Indem wir sie und die Socialdemokraten bekämpfen, wollen wir uns aller persönlichen Angriffe enthalten und nur falsche und haltlose Principien befehden. Gelingt es uns, durch einen erhöhten Pflichteifer und eine bessere Organisation der Partei, die im Jahre 1881 und seitdem errungenen Vortheile bei der nächsten Reichstagswahl noch zu steigern, so werden wir der Regierung eine Unterstützung gewähren, welche es ihr ermöglicht, in Ruhe an dem segensreichen Werk der Socialreform auf dem Boden der Kaiserlichen Botschaft zu wirken. Diese Unterstützung wird dann

eine nachhaltige sein, wenn Conservative, Freiconservative und diejenigen Nationalliberalen, welche sich von dem Linken nicht umgarnen lassen wollten, zusammenhalten." Es mag für Manchen so aussehen, als ob Herr Professor Wagner in Ansehung seines Schlußsatzes damals mit beiden Füßen auf dem Cartellgedanken gestanden habe, welchen Standpunkt er heute bekanntlich nicht einnimmt. Freilich ist nicht zu leugnen, daß die Verhältnisse damals ganz andere waren, wie heute, wo der Dreibund ein gegebener Factor geworden ist, mit dem in allen politischen Fragen, und nicht etwa nur allein in parteipolitischen, zu rechnen ist, der aber demzufolge auch in allen solchen Fragen festen Bestand halten sollte. Zu jener Zeit dachte man an eine derartige enge Verbindung noch nicht, obwohl der vom „Deutschen Tageblatt" angeregte Gedanke der Neuorganisation des gesammten Parteiwesens, wie schon gesagt, stellenweise auf fruchtbaren Boden gefallen war. Was Herr Professor Wagner im vorliegenden Falle meinte, war entschieden nicht mit den heute vorhandenen Cartellverhältnissen in Vergleich zu bringen, sondern er befürwortete lediglich die Unterstützung der nationalen Politik durch die drei Parteien, jede von ihrem eigenartigen Standpunkte aus, ohne indessen eine engere Beziehung oder gemeinschaftliche Marschroute zwischen den letzteren herzustellen zu wollen, als sie im Hinblick auf dies gemeinschaftliche Ziel nothwendig erfolgen mußte. Es liegt nicht in meiner Aufgabe, zu entscheiden, welches der beiden politischen Parteizustände für die betheiligten Parteien sowohl, als auch für die Unterstützung der Regierungspolitik praktischer und günstiger ist. Ich habe schon im Vorwort bemerkt, daß das Cartell sich vom kritischen Standpunkte aus jetzt noch gar nicht beleuchten läßt.

Herr Hofprediger Stöcker sprach sich übrigens über das Zusammengehen mit den Nationalliberalen in weit mehr zurückhaltender Weise aus, wie Herr Wagner, indem er in Gemäßheit seiner im Centralverein des conservativen zweiten Wahlkreises gehaltenen Rede über die Berliner Bewegung und die Parteien nur bemerkte, daß ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen nicht

ausgeschlossen sei. Des Weiteren führt er über dieses Thema folgendes aus:

„Als die Berliner Bewegung ihren Anfang nahm, waren die Arbeiter von der Socialdemokratie ergriffen, das Bürgerthum von einem staatsfeindlichen Radicalismus zersetzt. Dank der Berliner Bewegung, ist es jetzt schon etwas besser geworden. Denn von den 56,000 Socialdemokraten bei Anfang der Bewegung sind heute nur etwa 30,000 übrig geblieben. Die linken Parteien hätten es wohl gern gesehen, wenn sich die Bewegung nur mit den Socialdemokraten beschäftigt und nicht auch das Manchesterthum des Fortschritts angegriffen hätte. Der Kampf der Bewegung ist nicht gegen die Religion der Juden gerichtet, sondern gegen die Ueberhebung und Unverschämtheit derselben. — Bei den bevorstehenden Wahlen hat man es mit anderen Verhältnissen zu thun, als vor drei Jahren. Wenn die Socialdemokraten behaupten, sie seien keine Anhänger des Dynamits, so ist dies unwahr, denn Liebknecht hat deutlich genug gesprochen. „Redner kam dann auf die neue sogenannte freisinnige Partei zu sprechen; sie sei die Partei der Capitals-Demokraten, der Negation. Eigene Gedanken hervorzubringen, dazu sei sie unfähig, nur das Räsonniren sei ihre Sache." Mit dem Centrum ist es nothwendig zu rechnen, da $^3/_8$ der Bevölkerung Katholiken sind. Die Lage der arbeitenden Classen aufbessern, die kirchliche Lage heben, die sociale Reform durchführen, das will die Berliner Bewegung."

Herr Stöcker hatte hinsichtlich der Centrumspartei in Berlin eine andere Ansicht, als wie ich sie vorhin andeutete. Nach seinen Ausführungen müßte man mit dieser Partei „rechnen"; doch werden die späteren Ausführungen darthun, daß die Thatsachen mir Recht geben, wenn ich behauptete, daß das Centrum in Berlin keinerlei Rolle spiele. Allenfalls hätten die Mitglieder jener Partei auf dem Wege des Compromisses oder durch freie Abstimmung einer der drei Hauptparteien in Berlin zum Siege helfen können, aber dies geschah diesmal aus dem Grunde nicht, weil man sich in Centrumskreisen schlüssig gemacht hatte, in der Person des Geistlichen Raths Müller wiederum einen Reichstagscandidaten für sämmtliche

Wahlkreise aufzustellen. Die Centrumsversammlung, in der dieser Entschluß gefaßt ward, ist aber auch noch in anderer Hinsicht interessant, nämlich was die zu Tage tretende ausgesprochene Absicht der Einberufer anbelangt, den Katholiken an's Herz zu legen, keinem Conservativen und natürlicherweise keinen Nationalliberalen zu wählen. Also auch hier war das Anlehnen des Centrums an die Freisinnigen zu bemerken, das so oft in Bezug auf die parlamentarischen Verhältnisse hervorgetreten ist; übrigens glaube ich, daß die Aufstellung des Geistlichen Raths, wie sie hier beschlossen wurde, gar nicht in der Absicht der Centrumsleitung gelegen hat, sondern daß man dort von vornherein die Ordre gegeben hatte, einen Fortschrittler als „Anti-Culturkämpfer“ vorzuziehen. Das wurde durch den gedachten Beschluß durchkreuzt. Inzwischen war auch die Nominirung der Candidaten seitens der übrigen Parteien von Statten gegangen.

Die conservative Partei hatte diese wichtige Sache leider nicht ohne Weiteres und in Ruhe erledigen können, denn die Verhältnisse in der Centralleitung nahmen allmählich eine weniger günstige Wendung. Es lag dies wesentlich an Herrn Professor Brecher, dem damaligen Vorsitzenden des C. C.-C. Ich muß sagen, daß — alle Verdienste des Genannten um die conservative Partei in Ehren, und bei aller meiner Achtung vor seiner Ueberzeugungstreue — doch die Ansichten des Herrn Brecher in mancher Hinsicht keineswegs derartig waren, daß sie mit der in Berlin vorhandenen conservativen Anschauung so übereinstimmten, wie dies mit Rücksicht auf die hervorragende Vertrauensstellung, welche Herr Brecher einnahm, nothwendig gewesen wäre. Dies wird, was die Berliner conservative Organisation anbelangt, später zur Evidenz nachgewiesen werden können, aber auch in mehreren politischen Punkten von Bedeutung trat dieser merkliche und nicht zuträgliche Unterschied auf. Gewiß waren die Conservativen sammt und sonders Gegner des Parlamentarismus, wie ihn etwa die Freisinnigen als Muster hingestellt hatten. Doch lag es den Berliner Conservativen durchaus fern, die parlamentarische Einrichtung als solche zu verdammen und damit die ver-

nünftigen Errungenschaften des Jahres 1848 zu mißachten. Es ist zweifellos, daß die Berliner Bewegung sich durchaus auf dem concreten Boden der jetzigen Verfassungszustände befand; und der von Hitzköpfen gemachte Versuch, diese Thatsache auf den Kopf zu stellen, kann auf keine Zustimmung seitens der Berliner Conservativen rechnen. In diesem Sinne ist die Aeußerung Herrn Brecher's, daß es nicht unwahrscheinlich sei, daß dereinst eine Revolution, von oben ausgehend, das Parlament beseitigen und das Königthum wieder in innige Verbindung mit dem Volke bringen werde, als eine vollkommen gegensätzliche Ansicht mit derjenigen der Majorität der conservativen Partei in Berlin zu bezeichnen; durch die Auffassung Kaiser Wilhelms und seine hehre sociale Botschaft war ja eben diese friedliche Revolution „von oben herab" inaugurirt und der lebendige Connex zwischen Thron und Volk auf's Neue bestätigt. Das mußte Herr Brecher nicht außer Acht lassen. Fürst Bismarck hatte übrigens kurz vorher gesagt, daß der Parlamentarismus an sich eine nothwendige und durch nichts zu ersetzende Institution sei, und jetzt kam der übereifrige Leiter der conservativen Bewegung in Berlin, um sich in den denkbar schroffsten Widerspruch mit Tradition und politischer Vernunft zu setzen. Daß das bei Freund und Feind, je nachdem, in besonderer Weise wirken mußte, ist fraglos. Es kam nun noch ein anderer Umstand hinzu, der ebenfalls in seinen späteren Folgen von Belang war, weil er die Spaltung unter den conservativen Führern noch erweiterte. Die Herren Brecher und Irmer waren schon längst bemüht gewesen, den im Verlage von Herrn Luckhardt erscheinenden „Vorwärts" in ihre Hände zu bekommen, um das Blatt, das freilich ohnehin der Berliner Bewegung speciell diente, als officielles Organ des C. C.-C., d. h. der beiden genannten Herren zu constituiren. Herr Luckhardt ließ sich in der That überreden, das Blatt dem C. C.-C., also immer den beiden Herren, zur alleinigen Verfügung zu stellen, und beging den Fehler, keine weiteren Verkaufsstipulationen zu treffen. Ich schied aus der Redaction und mein Nachfolger, Herr de Grahl, übernahm dieselbe unter der Aegide der Herren Brecher und Irmer. Das

Organ hätte unter der erfahrenen Leitung des Herrn de Grahl, eines alten Journalisten, gewiß etwas Ersprießliches leisten können, aber hier bewahrheitete sich das Sprüchwort, daß viele Köche den Brei verderben. Während ich früher die Dispositionen über das Blatt ganz selbstständig hatte, mußte mein unglücklicher Nachfolger sich nach den Intentionen der Herren Brecher und Irmer richten. Mehrfach hatte ich selbst Veranlassung, gegen die Veröffentlichung von Artikeln bei Herrn Brecher zu protestiren, welche, aus meiner Feder stammend, ich keineswegs dem C. C.-C. zur Verfügung gestellt hatte. Kurz und rund! Herr Luckhardt nahm schon nach kurzer Zeit das Blatt in sein Eigenthum zurück und die Herren Brecher und Irmer waren wieder ohne Publicationsorgan. Das wäre übrigens als ein geringerer Schaden anzusehen gewesen. Viel schlimmer war die vollständige Entzweiung des Herrn Brecher mit Herrn Luckhardt, welch' Letzterer als Verleger zweier Blätter einen großen Einfluß auf die Bewegung ohne Zweifel ausübte, und zahlreiche Anhänger besaß. Die Version aber, welche von gegnerischer Seite colportirt wurde, daß Herr Luckhardt deshalb aus dem C. C.-C. ausgeschieden sei, weil er gegen Herrn Stöcker „conspirirt" habe, zu Gunsten einer Candidatur des Grafen Moltke, gehört in's Reich der Fabel.

Dessenungeachtet nahmen die Berathungen über die Candidaturen in den 6 Wahlkreisen ihren, wenigstens vor den Augen der Oeffentlichkeit, ungestörten Fortgang. Man kam schließlich unter Zustimmung der Delegationen der betreffenden Bürgervereine überein, folgende Herren zu Candidaten zu proclamiren: I. Wagner, II. Stöcker, III. Brecher, IV. v. Köller, V. Cremer, VI. Irmer. Diese Herren traten denn auch sofort in die Wahlagitation ein, indem sie in kurz hintereinander folgenden Wählerversammlungen der sechs Wahlkreise ihre allgemeinen politischen Ansichten, und im Hinblick auf die bevorstehenden Aufgaben des Reichstages ihr specielles Programm entwickelten. Ich brauche wohl kaum zu erwähnen, daß die Christlich-Socialen überall die treuesten Bundesgenossen der Conservativen waren, und, zumal ihr Chef als Candidat des II. Wahlkreises fungirte, fleißig an

der Agitation mithalfen. Wollte ich hier alle Themata näher erörtern, die von den Candidaten behandelt wurden, so würde das allein Bücher füllen; ich beschränke mich daher auf die Wiedergabe von Aussprüchen einzelner Candidaten über wichtige Fragen. Herr v. Köller erörterte in einem Vortrage die Hauptpunkte, in denen die Conservativen mit den Freisinnigen in Widerspruch seien, folgendermaßen:

„Wir wollen keine parlamentarische, sondern eine feste, monarchische Regierung; wir wollen keine Diäten, sondern unbezahlte Abgeordnete, wie es die Verfassung vorschreibt; wir wollen, daß die ungezügelte Gewerbefreiheit wieder eingedämmt werde, daß das Handwerk wieder zur Blüthe komme und nicht zum Handlanger des Capitals gemacht werde; wir wollen keine Vernichtung der Steuerkraft durch Steuerüberbürdung und deshalb muß das indirecte Steuersystem ausgebildet werden; wir wollen alles daran setzen, daß die Präsenzstärke der Armee mindestens wieder auf sieben Jahre bewilligt werde, und betrachten das Verlangen nach der Feststellung der Präsenzstärke des Heeres innerhalb einer jeden Legislaturperiode als einen Angriff auf die Schlagfertigkeit der Armee; wir wollen keine Verhetzung und Verkleinerung der Armee, sondern betrachten sie in dankbarer Anerkennung als den besten Theil des Volkes selbst. Der Officier, der seine Schuldigkeit thut, ist gleich werthvoll, mag er bürgerlich oder adelich sein. Was sollen also die Versuche, Zwietracht in den Officierskreisen zu säen? Nichts wird bei uns so sehr angegriffen, als die Armee und der Reichskanzler. Die Ausländer begreifen das gar nicht und nennen uns deshalb nicht mit Unrecht ein komisches Volk.“

Die Zuhörerschaft glaubte in dem Augenblicke, da Herr von Köller die Septennatsangelegenheit besprach, wohl nicht, daß diese die Ursache sein würde, daß noch vor Ablauf der kommenden Legislaturperiode Neuwahlen stattfinden würden.

Ueber sein Programm ließ sich Herr Professor Wagner folgendermaßen aus:

„Der Wahlkampf ist aufzunehmen, aber würdig zu führen; ich halte fest an Kaiser und Reich und an dem Königthum von

Gottes Gnaden, ich wünsche, daß wir den Mann, dem wir die Einigung des Deutschen Reiches verdanken, noch lange an der Spitze der Geschäfte sehen; ich mißbillige die Forderung nach einer parlamentarischen Regierung; ich will die freie Concurrenz gebrochen wissen, ich trete ein für die Börsensteuer, für eine Reform des Actienwesens und der Agrarverfassung, für die Colonialpolitik und die Socialpolitik der Regierung; in der Finanz- und Steuerpolitik strebe ich zweckmäßige indirecte Steuern an, will die Entlastung der armen Bevölkerung von directen Abgaben und die schärfere Heranziehung der Wohlhabenden zu denselben; ich verlange die Reform der Einkommensteuer und die Einführung einer Capitalrentensteuer. Das ist mein Programm. Wenn es Ihnen entspricht, dann bitte ich um ihre Stimmen."

Herr Cremer bekundete in finanzpolitischer Hinsicht ungefähr gleiche Anschauungen, indem er folgendes ausführte:

„Beim Abgange des liberalen Finanzministers Camphausen fand sich ein Deficit von 73 Millionen Mark vor, trotzdem derselbe einen Ueberschuß von 280 Millionen herausgerechnet, da ihm die Einnahmen aus der französischen Kriegsentschädigung zur Verfügung standen. Dieses Deficit wurde in dem vom Abg. Rickert erstatteten Generalbericht auch anerkannt und zur Deckung desselben eine maßvolle Vermehrung der indirecten Steuern empfohlen. Obgleich die indirecten Steuern in Deutschland nur $10^4/_{10}$ Mark durchschnittlich pro Kopf betragen, während sie sich in Frankreich auf 41, in England auf 31, in Italien und Oesterreich auf 16 und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf 26 Mark pro Kopf der Bevölkerung stellen, wird von der deutschfreisinnigen Partei noch immer behauptet, die Steuern seien unerschwinglich. — Durch Einführung der Goldwährung ist unsere Silberproduction bedeutend geschädigt, außerdem ist durch die Silberverkäufe nach England ein Verlust von 89 Millionen Mark entstanden, wie der Bankpräsident v. Dechend seiner Zeit constatirt hat."

Einen schweren directen Kampf hatten die Candidaten oftmals in den Wählerversammlungen mit den Socialdemokraten zu

bestehen, welche sich an diesen Versammlungen stark zu betheiligen pflegten, während die Freisinnigen sich davon entfernt hielten. Diese blieben lieber bei verschlossenen Thüren unter sich; es war daher natürlich auch nicht möglich, mit ihnen zum Meinungsaustausch zu gelangen, da in ihren Versammlungen kein conservativer Redner es wagen durfte, das Wort zu ergreifen, weil er mindestens Gefahr lief, niedergeschrieen zu werden. Die Gewohnheit der Conservativen, ihre Versammlungen Jedermann offen zu halten, und Jedermann frei das Wort zu gestatten, so weit es das Gesetz nicht verbot, führte praktisch zu manchen schweren Inconvenienzen, obwohl das Princip als solches richtig und gut war. Die Socialdemokraten suchten durch verschiedene Manipulationen, indem sie Bureauwahl vorschlugen und zur Geschäftsordnung verschiedene Anträge stellten, in diesen conservativen Versammlungen die Herrschaft an sich zu reißen, mit einem Wort, diese Versammlungen für ihre agitatorischen Zwecke zu benutzen, da ihnen selbst dieses Agitationsmittel durch das Socialistengesetz verboten war. Solches erhellt aus einem Intermezzo zwischen socialdemokratischen Führern und dem Herrn Hofprediger Stöcker, welches ich nach dem betreffenden Bericht wortgetreu wiedergebe:

„Socialdemokrat Retzerau: Ich mache meine Parteigenossen darauf aufmerksam, daß wir vor den Wahlen stehen . . . Stöcker: Sie dürfen unsere Wahlversammlung nicht dazu benutzen, für Ihre Sache Propaganda zu machen. Sie thun so, als ob Sie die Versammlung einberufen hätten. (Beifall.) Da Retzerau im obigen Sinne weiter zu sprechen sucht, wird er vom Vorsitzenden erinnert, daß er nur Fragen an den Candidaten stellen dürfe, worauf er unter stürmischem Beifall seiner Genossen das Podium verläßt. Vandermann tritt an den Vorstandstisch, flüstert mit dem Vorsitzenden und verläßt dann unter stürmischer Heiterkeit der Versammlung das Podium. Stöcker: Sie sollten dem Herrn dankbar sein für die vertrauliche Form seiner Interpellation. Ich glaube, er sprach vom Verbot des Zeitungsverkaufs während des Gottesdienstes . . . . Vandermann: Nein, ich sprach von den Ausführungen über Sie, die in den liberalen Blättern zu lesen waren. Stöcker:

Ja, das ist die fortschrittliche Art, die Wahrheit zu verdrehen. (Ruf: Reichsbote!) Richter sagte, ich sei nur ein Instrument einer höheren Hand und scheine jetzt reponirt zu sein. Ich habe niemals von einer höheren Hand einen Antrieb empfangen. So lange Richter für seine Behauptungen keine Beweise bringt, ist er ein öffentlicher Verleumder. (Stürmischer Beifall.) Gegen Löwe gehe ich ebenso vor. Als ich ihn aufforderte, die angeblich bezahlten Subjecte zu nennen, ist er die Antwort mir schuldig geblieben, und wenn er dagegen etwas sagt, dann ist auch er ein öffentlicher Verleumder. (Stürmischer Beifall.) Massini: Herr Stöcker sagte, die Arbeiter der Zeitungsdruckerei sollten ausgewiesen werden. (Vorsitzender unterbricht den Redner. Stürmische Rufe: Ausreden lassen. Stöcker: Lassen Sie ihn reden.) Redner spricht unter stürmischem Beifall seiner Genossen und unter großem Lärm der übrigen Anwesenden weiter. Stöcker: Ich habe nur von journalistischen Mitarbeitern der „Berliner Zeitung" gesprochen, denn Leute, die so schreiben, verdienen nicht Berliner Bürger zu sein. (Stürmischer Beifall.) Gasch: Wie kann Herr Stöcker verlangen, daß wir ein Gesetz über das Recht auf Arbeit im Reichstag beantragen sollen, da die Socialdemokraten nicht einmal die 15 Stimmen zur Unterstützung eines Antrages haben? (Stürmischer Beifall der Socialdemokraten)."

Ich hätte noch vorausschicken sollen, daß Fürst Bismarck durch sein im Reichstag ausgesprochenes Wort über das „Recht auf Arbeit" sich das weitere große Verdienst um die nationale Sache erworben hatte, dieses verführerische Stichwort der Socialdemokratie entwunden zu haben. Schon während der großen französischen Revolution in den ersten Zeiten der Commune war der theoretische Gedanke über das Recht auf Arbeit von Mirabeau in geistvoller Weise vertheidigt und später von den Sansculotten in der rohesten Art praktisch gemißbraucht worden. Jetzt hatte Fürst Bismarck das Wort neu belebt, seine Socialreform, die Wirthschafts- und Colonialpolitik sollte dazu mithelfen, diesem Worte in nationalem Sinne zur praktischen Bedeutung zu verhelfen.

Herr Professor Wagner beleuchtete auch dieses Thema in

einem geistreichen Vortrage. Nachdem derselbe betont hatte, daß die großen landwirthschaftlichen und technischen Erfindungen, um sie nutzbringend für die Cultur zu machen, mehr dem Volke zugewendet werden müssen, kam er auf die Lehre des Socialdemokraten Engels zu sprechen, welcher die ganze verflossene Zeit in zwei Perioden theilt. Die erste, im Uralter beginnend, umfaßt die Zeit, in der der Mensch künstlich das Feuer herstellte und für die Technik verwandte, die zweite dagegen nimmt ihren Anfang in dem Augenblick, wo es dem Menschen gelingt, sich den Dampf unterthan zu machen. Nachdem er die Lehre Engels als eine zu einseitige charakterisirt, zeigte er, wie durch die heutige Technik der allgemeine Wohlstand, auch der der Arbeiter, zugenommen habe. Allerdings sei auch der Unterschied zwischen Arm und Reich größer geworden. — Sodann kam Redner auf die drei Hauptforderungen der heutigen Arbeiterwelt: die Vermehrung des Volksreichthums und größeren Antheil der Arbeiter am Nationaleinkommen wie früher, Beschränkung der Zahl der täglichen Arbeitsstunden und drittens, daß die Familie des Arbeiters nicht allzu sehr durch die Frauen- und Kinderarbeit ausgebeutet wird. — Die erste Forderung, erklärte der Redner, erkenne er voll und ganz als berechtigt an, doch könne dieselbe nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. An eine erfolgreiche Durchführung derselben könne nur gedacht werden, wenn der Arbeiter dabei nicht nur Selbst- oder Genossenschaftshülfe, sondern die Hülfe des Staates in Anspruch nehme. Die von England herübergeholten Gewerkvereine nützten gar nichts. Unter dem Einfluß der freien Concurrenz werde es nicht nur um den Arbeiter-, sondern auch um den Mittelstand täglich schlechter bestellt. Dies dürfe nicht so weiter gehen, sondern hier müsse energisch Abhülfe, doch nicht durch Selbst- sondern Staatshülfe geschaffen werden. Auch bei der Frauen- und Kinderarbeitsfrage sei der Arbeiter nicht social mächtig genug, um sich allein helfen zu können. — Auch für die Einführung des Normalarbeitstages erklärt sich Redner; dieselbe könne jedoch nicht mit bestimmten Zahlen angegeben werden, sondern der Arbeitstag sei immer nach

der verschiedenen Arbeit in richtigem Maaße zu reguliren. — Es müsse auch dahin kommen, daß der Arbeiter sicher für seine Wittwen und Waisen sorgen kann; dies sei jedoch nur dann möglich, wenn die großen socialpolitischen Forderungen der Reichsregierung durchgeführt werden. Was nun das Recht auf Arbeit betrifft, so sei dasselbe voll und ganz anzuerkennen; doch gehe bei uns die Production völlig regellos und es müsse vor allen Dingen die freie Concurrenz beschränkt werden, ebenso wie das Börsen-Actiengesellschafts- und Gewerberecht. In kritischer Zeit müsse da, wo das meiste Geld ist, auch am meisten besteuert werden. Es müsse, da das Recht auf Arbeit anerkannt ist, auch den Arbeitern wieder geholfen werden durch Arbeitszuweisung. Dies könne wieder nur geschehen, wenn größere Verstaatlichungen vorgenommen werden, damit vom Staat aus den Arbeitern die Arbeit zugewiesen wird.

Die Socialdemokratie in Berlin war natürlich über die Socialreform gänzlich anderer Ansicht. Mag man es indessen aus taktischen Gründen auf jener Seite für ersprießlich gehalten haben, die crassen Ziele der socialdemokratischen Partei etwas zu bemänteln, oder wollte Herr Singer persönlich den zwischen ihm und den Freisinnigen offenbar bestehenden Beziehungen, soweit angänglich, Rechnung tragen, genug, er nahm in einer Controverse gegen Herrn v. Köller, seinen conservativen Rivalen im IV. Wahlkreise, eine sehr ehrbare Miene an und verwahrte sich zunächst energisch gegen eine Identificirung der socialdemokratischen mit der monarchistischen Partei. Eine solche Partei gehöre einfach in's Irrenhaus. Auf dem Wege der Citate aus verbotenen Schriften will er dem Vorredner nicht folgen aus Achtung vor dem Gesetz. Constatiren will er nur, daß Herr v. Köller diese Citate aus dem Zusammenhang gerissen hat, um sie besser verwerthen zu können. Redner geht dann auf die Socialreformgesetzgebung ein, weist zurück, daß die Arbeiter die Vernichtung des Ehelebens anstreben; im Gegentheil erheben sie die Forderung, daß die Frau nicht in der Fabrik beschäftigt werde. Wir können nicht wünschen, daß in die Kinder schon der Keim

des Todes gelegt werde. (Stürmischer Beifall der Socialdemokraten.) Die Berliner Arbeiter werden stets nur den Weg beschreiten, den sie vor dem Gesetze und der Moral rechtfertigen können. Im Falle meine Wahl zu Stande kommt, gebe ich dem Herrn Vorredner die Versicherung, daß seine Voraussetzungen nicht zutreffen werden. Wir alle sind bestrebt, das Beste des Vaterlandes zu wollen, und falls die Regierung Gesetze zum Besten der Arbeiter einbringen will, werde ich denselben zustimmen, ganz gleich, ob der Entwurf die Unterschrift Bismarck oder Bebel trägt. Sociale Reform auf wahrhaft volkswirthschaftlicher Grundlage, ist unser Programm (stürmischer, wiederholter Beifall). Hieran knüpfte sich noch eine wiederholte Entgegnung beider Redner, die einen ziemlich gereizten Ton annahm. Herr von Köller warf seinem Gegencandidaten vor, daß er geschickt das Gothaer Programm umgangen und niemals von der socialdemokratischen Partei gesprochen habe, sondern immer nur von der Arbeiterpartei. Falls Herr Singer diese Rede im Reichstage halten wollte, würde er nicht die Zustimmung der Abgeordneten seiner Partei finden, denn Herr von Volmar habe auf der Tribüne des Reichstags erklärt: „Ich bin Revolutionär in und außer diesem Hause.“

Wie unklar übrigens die politischen Begriffe in der socialdemokratischen Partei waren, geht aus einer Aeußerung des Schriftsetzers Herrmann, hervor, welcher kühn behauptete, daß die Socialisten monarchische Gesinnungen besäßen und das 1870 bewiesen hätten. Die Vermittelung, welche Herr Singer zwischen Freisinn und Socialdemokratie bilden wollte, ward indessen gerade von seinen eigenen Wählern durchaus dementirt, was aus einer merkwürdiger Weise nicht zur Auflösung gelangten socialdemokratischen Versammlung hervorgeht, in der die Stadtverordneten Ewald und Görcki unter stürmischem Beifall der Versammelten ihre bekannten Principien entwickelten und ganz besonders die „Deutsch-freisinnige Partei“ heftig angriffen. Diese Partei — so bemerkten die Redner — die nur insoweit für die politischen Freiheiten eintrete, als es ihren Ausbeuterinteressen

nützlich sei, die selbst die Forderung des Normalarbeitstages bekämpfe, habe die Arbeiter bei Gelegenheit der Agitation für die Stadtverordnetenwahlen unaufhörlich denuncirt, daß diese als „Arbeiterpartei" aufträten. Bei der nunmehrigen Agitation für die Reichstagswahlen sollten die Deutsch-Freisinnigen zu solchen Denunciationen keine Veranlassung mehr finden; die Arbeiter würden fortan nicht mehr unter falscher Flagge segeln, sie würden bei den bevorstehenden Reichstagswahlen als socialdemokratische Partei in die Action treten. (Stürmischer Beifall.) In Berlin sei jeder denkende Arbeiter Socialdemokrat. Aus diesem Grunde würden die Arbeiter unter dem socialdemokratischen Banner auch sicherlich als Sieger aus der Wahlschlacht hervorgehen. (Stürmischer Beifall.) Schuhmachermeister Metzner: „Es ist sehr wohlfeil lediglich die Fortschrittspartei zu bekämpfen. Ich bin der Meinung, es giebt noch eine andere Partei, die ebenfalls stets eine große Arbeiterfreundlichkeit zur Schau trägt und bei den Wahlen um die Stimmen der Arbeiter wirbt, aber nicht im mindesten besser als die Fortschrittspartei ist. Es muß den Arbeitern endlich einmal klar werden, daß sie weder von der Partei, die sie auf die freie Vereinbarung verweist und im Interesse der Freiheit die größtmögliche Ausbeutung der Arbeiter für geboten erachtet, noch von der Partei, die die Arbeiter auf das Jenseits vertröstet und ihnen einige angebliche sociale Reformen verspricht, irgend etwas zu erwarten haben. Die Arbeiter müssen dafür kämpfen, daß es ihnen gleich den besser situirten Classen auf Erden wohl geht; das Wohlergehen im Jenseits überlassen die Arbeiter denjenigen, die an ein Fortleben nach unserem Tode noch glauben." (Stürmischer Beifall.) — Nach noch längerer Debatte wurde trotzdem einstimmig resolvirt: „Die Arbeiter verpflichten sich bei den bevorstehenden Reichstagswahlen im vierten Berliner Wahlkreise mit allen gesetzlichen Mitteln für die Candidatur des Stadtverordneten Paul Singer einzutreten."

Auf seine gewissermaßen parteigängerische Rolle ward also nicht weiter Rücksicht genommen, sie schadete ihm nichts bei den Socialdemokraten. — Wahrlich, das läßt sehr tief blicken und

bekundet auf's neue die innige Wahlverwandschaft der beiden demokratischen Parteien.

Die Freisinnigen hatten mit nicht weniger Eifer inzwischen ihre Organisation und die Nominirung der Candidaten vorgenommen, von welchen die Herren Richter, Virchow, Löwe den hervorragendsten Rang einnahmen; und wahrlich —, diese drei leisteten in Hetzereien und unwürdigen Verdächtigungen der Regierung und der Conservativen alles Mögliche. Eine bemerkenswerthe Thatsache war es, daß ihnen in den betreffenden drei Wahlkreisen Berlins von der conservativen Partei drei hervorragende Kämpfer der christlichen, nationalen und monarchischen Idee, Wagner, Stöcker, Cremer gegenübergestellt worden; und es war ein interessantes Bild, diese sechs Männer, so verschieden in Lebensstellung, Beanlagung und Charakter, zu zweien gegeneinander um die Palme des Sieges ringen zu sehen — auf conservativer Seite vollbewußte Ruhe, gediegenes Wissen in politischer Hinsicht und der Muth, den eine gerechte Sache verleiht, auf der anderen Seite ängstliche Unsicherheit, verbissener Groll und jene eigenthümliche Haltung, die man nicht mit Muth bezeichnen kann und die wohl der Ritter von der traurigen Gestalt angenommen haben mag, als er mit seiner streitbaren Rosinante gegen die Windmühlenflügel ankämpfte.

Es sei mir gestattet, das obige fortschrittliche Kleeblatt in näheren Augenschein zu nehmen. Eugen Richter, geboren zu Düsseldorf im Jahre 1838, Regierungs-Assessor a. D., hat seit seiner nicht bestätigten Wahl als Bürgermeister zu Neuwied (1864) nur einen Lebenszweck gehabt: den Kampf gegen die Regierung, welchen er seit seiner Wahl in den Norddeutschen Reichstag (1867) und in das preußische Abgeordnetenhaus (1869) in consequenter Weise ohne Rücksicht auf das Wohl des Volkes, das er zu vertreten berufen, fortgesetzt hat. Als persönlichen Widerpart hatte er sich keinen geringeren ausgesucht als den großen Fürsten Bismarck selber, und wenn er auch sein Fortissimo „Fort mit Bismarck" allmählich in Moll-Accorde auflösen mußte, wenn er in dem Kampfe gegen den gigantischen Geist des großen Staatsmannes auch stets Fiasco gemacht, innerhalb seiner Partei

ragt er noch immer als „Fels von Erz" empor, weil niemand es so gut versteht wie Richter, in allen Sprachen zu reden, wenn es gilt auf Stimmenfang in der misera contribuens plebs auszugehen.

Er, der Anwalt der „Freiheit" in höchster Potenz, läßt diese Freiheit in der Partei, welche er notorisch als König beherrscht, durchaus nicht aufkommen. Hier ist der Absolutismus am Platze, und Richter überträgt denselben gar zu gerne auch in das Parlament, indem er Gegner und Vertreter der Regierung geradezu als Ignoranten behandelt. Derselbe Abgeordnete, der es aussprach: „Halten Sie mich für schlecht, aber halten Sie mich nicht für dumm", nimmt es mit der Schlechtigkeit anderer Menschen nicht eben genau und wenn er deshalb den gegnerischen Parteien in der gehässigsten Weise Gemeinheiten vorwirft, welche die Vertreter der letzteren ohne weiteres dem Zuchthause überliefern würden — wenn sie wahr wären, — dann muß man solches Gebahren Herrn Richter zu gut halten, denn er ist Poltron wie Marat seligen Andenkens, und Knigge's „Umgang mit Menschen", wahrscheinlich das eine der vielen Werke, welche der Abgeordnete nicht studirt hat. Geradezu unübertrefflich benimmt sich Richter, wenn der „Dilettant" Bismarck ihm, dem „Fachmann", in das Finanz-, Steuer- und Wirthschaftsfach „hineinpfuscht". Zwar hat uns der „Dilletantismus" Bismarck's vor dem wirthschaftlichen Ruin bewahrt, in den uns der „Fachmann" hinunterzureißen drohte, doch was thut's, mit der Phrase „Keine neuen Steuern mehr" ist des Volkes Glückseligkeit verbrieft und besiegelt. Herrn Richter's politische Thätigkeit ist natürlich dem Volke unentbehrlicher wie die des Kanzlers. Der letzte tritt für den kleinen Mann ein, den Bauern, Handwerker, Arbeiter — Richter's Vaterland muß größer sein, nämlich die Internationale; und alle diejenigen Factoren, welche derselben Vorschub leisten, allen voran die Börse, erfreuen sich des Patronats des Abgeordneten Richter, welcher im Jahre 1881 ausrief: „Sonderinteressen, Gesinnungsniedertracht und Charakterlosigkeit haben einen großen Theil des gebildeten Mittelstandes ergriffen." Nun

freilich, Herr Richter weiß, was Charakter ist, das hat er bei den Angriffen auf Leute außerhalb des Parlaments bewiesen, auf seine Unverletzlichkeit als Abgeordneter bauend.

Daß er bei Herrn v. Below, v. Hammerstein-Schwartow und Anton Niendorf in dieser Beziehung jämmerlich hineingefallen und schließlich für satisfactionsunfähig öffentlich erklärt wurde, rührt das Haupt der freisinnigen Partei in Deutschland nicht. Was müssen das für Leute sein, die solchen Führer noch fernerhin anerkennen!

Kommen wir auf Virchow, den Mann der Wissenschaft, freilich der medizinischen, die wohl im Stande ist, einen kranken menschlichen Körper wiederherzustellen, von den Krankheiten des Staatskörpers aber und ihrer Heilung absolut keine Idee hat. Virchow wurde 1821 in Cöslin geboren und war bereits mit 22 Jahren zum Doctor promovirt. Seit 1848 ist er politisch thätig und zwar nach seinem eignen Ausspruch als Vertreter der vollen, unbeschränkten demokratischen Richtung.

Diese Ansicht mag ihm denn auch bei Gelegenheit seines Jubiläums als Stadtverordneter einen Lorbeerkranz mit einer rothen Schleife eingebracht haben. Seit 1848 ist er unausgesetzt thätig gewesen, bei dem Sturze unseres alten Staatsgebäudes zu helfen. Er weist die constitutionelle Monarchie ohne weiteres ab, indem er schreibt: „aus dem Princip der Rechtsgleichheit folgt unmittelbar die Forderung der Selbstregierung für Staat und Gemeinde.“ Consequent ist sich Herr Virchow natürlich nicht geblieben, denn wenn er früher einmal sagte, daß die Association der besitzlosen Arbeit mit dem Capital des Staats das einzige Mittel sei, um die socialen Zustände zu bessern, so ist es unverständlich, wie derselbe Virchow heute dem Reichskanzler bezüglich seiner Reformbestrebungen in socialer Hinsicht Opposition machen konnte. Herr Virchow hat in seinen politischen Prophezeihungen stets Unglück gehabt. Man denke an seine Rede gegen Bismarck in der Conflictszeit, in welche der große Fortschrittsmann Virchow sich zu der Behauptung verstieg, daß die Politik des Ministerpräsidenten Preußen zu einem Satelliten Oesterreichs herunter-

bringe. Bismarck steuere das Staatsschiff ohne Compaß, er habe keine Ahnung von der nationalen Politik. Vor 1870 stellte derselbe Virchow den Antrag auf Abrüstung und als jener erbitterte, heute noch fortdauernde Kampf begann, welchem er den Namen „Culturkampf" beilegte, da war er der lustigste Cumpan Dr. Falk's und hat trotz ausgesprochener Verachtung alles nationalliberalen Wesens dennoch es nicht verschmäht, auf das eifrigste an der Compromißpolitik desselben theilzunehmen. Jetzt ist Herr Virchow wieder ein getreuer Bundesgenosse Windthorst's, obwohl ihm an dem Wohl und Wehe der Kirche gar wenig gelegen. Er liebt die Frömmigkeit nicht, denn „fromm ist dumm"! Ganz besonderes Verdienst hat sich Herr Virchow aber um seine Partei erworben, indem einst er mit naiver Offenherzigkeit erklärte, daß die Freisinnigen ihre Operationen für den Sturz Bismarck's nur so lange eingestellt hätten, bis der Kaiser Wilhelm I. die Augen geschlossen habe. Die Ziele der von diesem Berliner Candidaten der Fortschrittspartei vertretenen politischen Richtung liegen also mit erschreckender Klarheit da, sie sind mit unbegreiflicher Gefühlsrohheit öffentlich declarirt. Dieser Mann sollte von Berliner Bürgern, die vorgaben, dem greisen Kaiser getreue Unterthanen zu sein, wiedergewählt werden.

Der dritte im Bunde, Nähmaschinen- und Revolverfabrikant Ludwig Löwe, war ohne Zweifel viel weniger bedeutend wie seine beiden Genossen. Seine politischen Sporen verdiente sich dieser Herr unter Lassalle im Anfang der sechsziger Jahre, indem er als Bevollmächtigter des allgemeinen deutschen Arbeitervereins eifrigst gegen die Fortschrittspartei agitirte. Als aber Lassalle verhaftet wurde, da bat Herr Löwe die Gräfin Hatzfeld flehentlich um Herausgabe seiner Photographie aus dem Album des ersteren, ein Beweis von demjenigen hohen Muthe, der die Stammgenossen Löwe's durchgängig charakterisirt. Hiernach kann es uns nicht wundern, wenn wir nach dem Falle Lassalle's Herrn Löwe im Jahre 1871 als enragirten Demokraten wieder auftauchen sehen. Obwohl er bei Gelegenheit der Nachwahl Johann Jacobi's auch eine Erklärung gegen die Fortschrittspartei

losgelassen, trat er im Jahre 1876 als Candidat derselben Fortschrittspartei auf. Herr Löwe wurde immer zahmer, denn 1877 candidirte er gegen Hasenclever als Candidat „der liberalen Parteien". Dann spielte er sich im 19. sächsischen Wahlkreise als Candidat der „vereinigten Ordnungsparteien" auf, hatte damit bekanntlich aber kein Glück.

Hinter einer wahrhaft betäubenden Zungenfertigkeit verbarg Löwe eine colossale Unwissenheit und Unzuverlässigkeit der politischen Gesinnung. Bekannt ist sein Rückzug gelegentlich der von ihm gestellten Forderung des allgemeinen gleichen Communalwahlrechts, welche er sofort redressirte, als er merkte, daß seine Wählerschaft mit diesem Passus seines Programms nicht einverstanden sei. Bekannt ist ferner, daß Herr Löwe in seiner Reichstagsrede am 26. März d. J. das Mittelalter in die Zeit nach dem dreißigjährigen Kriege verlegte und behauptete, daß vor demselben kein Zunftzwang existirt habe. Seine Reden hören sich an wie eitel Trommelgewirbel: Cultur, Sitte, Anstand und wetterfeste Bataillone auf seiner Seite, auf der Seite der Gegner Cloake, faules Drohnenthum, Schande, Erröthen — das waren so die Grundtöne der sämmtlichen Reden dieses Revolver-Fabrikanten. Solch ein Mann war eine Säule der Fortschrittspartei, regierte mit Straßmann die Berliner Bürgerschaft und empfahl in seiner Candidatenproclamation dem kranken Handwerk als Heilmittel — mehr Bildung!

Die drei anderen Candidaten, der „attische" Herr Munckel, der „poetische" Herr Träger und der alte Prätorianer der Demokratie, Landgerichtsrath Klotz, waren solchen Säulen gegenüber nicht in Betracht kommend.

In welcher Art und Weise nun die Freisinnigen in ihren öffentlichen Versammlungen agitirten, davon gebe ich hier ein Beispiel. Herr Abgeordneter Hermes hatte in der betreffenden Versammlung, in der es sich um Virchow contra Stöcker handelte, das Referat übernommen und äußerte sich etwa dahin:

„Wenn ich heute über Stöcker reden soll, so wird mir das ganz besonders deshalb schwer, weil dies nur eine Leichenrede

sein kann. (Unruhe.) Meine Herren! Es zweifelt doch heute niemand mehr daran, daß Stöcker vollständig politisch todt ist? (Unruhe.) Oder sind Sie vielleicht anderer Meinung? (Rufe: Ja! Ja! Nein! Nein!) Meine Herren! In der Provinz hält man Stöcker selbst in conservativen Kreisen bereits für einen politisch todten Mann. Es glaubt wohl niemand mehr ernstlich daran, selbst nicht seine treuesten Anhänger, daß er in diesem Wahlkreise gewählt werden wird. Wenn er nicht in Siegen gewählt wird — und das ist diesmal sehr zweifelhaft — dann hat Herr Stöcker überhaupt aufgehört, im Reichstage eine Rolle spielen zu wollen. (Unruhe.) Ich sage: eine Rolle spielen zu wollen, denn thatsächlich hat Herr Stöcker nicht die geringste Rolle im Reichstage gespielt." Der Redner erzählte hierauf in ausführlicher Weise seine Erlebnisse bei Gelegenheit seiner neulichen Wahlagitation in der Provinz und ging alsdann auf die einige Tage vorher gehaltene Rede des Predigers Hapke ein. „Virchow ist viel zu tolerant — so fuhr der Redner fort — als daß er die Abschaffung der Kirche fordern würde. Virchow verlangt lediglich die Abschaffung der Staatskirche und will nicht, daß die Kirche Staatssubvention erhalte. (Beifall und Widerspruch.) Wir verlangen gleiches Recht für alle politischen Parteien, aber auch für alle Religions-Gesellschaften. (Beifall.) Herr Hapke sagt: Stöcker ist ein Freund der Arbeiter. Nun hat aber Herr Stöcker für alle diejenigen Vorlagen gestimmt, die lediglich die Arbeiter schädigen. Den Handwerkern will Herr Stöcker durch Zwangsinnungen helfen. Wir sagen den Handwerkern: „Helft Euch selbst, dann wird Gott Euch helfen." (!) Wenn Virchow eine Reise in's Ausland unternimmt, dann wird er überall nicht blos als ein Fürst der Wissenschaft, sondern auch als deutscher Mann gefeiert. (Stürmischer Beifall und Widerspruch.) Wenn aber Herr Stöcker in's Ausland reist, (Stürmischer Beifall) nun, ich glaube, ich habe nicht nöthig, diesen Satz zu vollenden. (Stürmischer Beifall und große Unruhe.) Es ertönt plötzlich der Ruf: Raus! Raus! (Unter großem Tumult wird ein Mann aus dem Saale gebracht.) Dr. Hermes fährt fort: Es ist nicht zu leugnen, daß der Reichs-

kanzler seine Zeit verstanden hat. Zweifellos ist die Politik des Reichskanzlers eine echt deutsche und denselben Charakter trägt auch seine Colonialpolitik. Letztere wird auch sicherlich die Unterstützung der deutschfreisinnigen Partei finden. (?!) Die Colonialpolitik der Herren Cremer, Brecher und Genossen ist dagegen als eine verbrecherisch conservative Politik zu bezeichnen." (Stürmischer Beifall und heftiger Lärm.) Letzterer steigert sich derartig, daß der Vorsitzende die Versammlung auf fünf Minuten vertagt. Einige Ordner schlagen auf die unruhigen Gegner los und es entwickelt sich in einem Theile des Saales eine heftige Prügelei. Nachdem unter großem Tumult einige Leute aus dem Saale geworfen waren, war die Ruhe wieder hergestellt und Dr. Hermes fährt fort: „Meine Herren! Ich bedauere diesen Zwischenfall und kann nur meinen Tadel über die große Intoleranz der Versammlung aussprechen. Herr Prediger Hapke sagte gestern: der preußische Staat ist ein christlicher. Dies ist jedoch durchaus nicht der Fall. (Unruhe.) Laut Verfassung sind alle Preußen gleichberechtigt, mithin ist Preußen ein confessionsloser Staat." (Beifall und Widerspruch.) Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß bei der Wahl zwischen Virchow und Stöcker, einem Fürsten der Wissenschaft und einem altbewährten Führer der Partei auf der einen Seite, und einem Prediger, der an der Spitze einer unsittlichen Bewegung steht, auf der andern Seite, wohl niemand mehr zweifelhaft sein kann. (Stürmischer Beifall.) Redacteur Kalisch: „Ich kann Herrn Dr. Hermes nicht beistimmen, daß Stöcker bereits politisch todt ist. (Rufe: Sehr richtig!) Wer die Versammlungen Stöcker's besucht hat und die Verhältnisse im II. Wahlkreise kennt, wird mir beipflichten, daß die Wahl Virchow's, wenn auch nicht gefährdet, so doch sehr schwierig sein wird. — Kaufmann Pinkussohn: Ich kann nicht umhin, die Rede des Herrn Kalisch als eine vollständig überflüssige zu bezeichnen. Die Verhältnisse im II. Wahlkreise sind derartige, daß wir diesmal Herrn Stöcker, und zwar für immer, aus diesem Wahlkreise herausbringen werden." Nach Annahme einer Resolution, wonach sich die Versammelten verpflichten, nach besten Kräften für die Wahl Virchow's einzutreten, schloß die Versamm-

lung mit einem dreifachen Hoch auf Virchow. — In dem zum Saale führenden Garten und auch auf der Straße kam es noch zu einigen ziemlich heftigen Rempeleien.

Das nannten unsere Gegner „freie Meinungsäußerung und Toleranz.“

Wie sich nun die Conservativen den beiden Gegnern gegenüber verhielten, geht aus dem Circular hervor, welches die Conservativen des II. Wahlkreises an die Wählerschaft sandten. Dasselbe hatte folgenden Inhalt:

Berlin, 1. October 1884.

Hochzuverehrender Herr!

Durch unsere Presse werden Sie von dem nunmehr heftig entbrannten Wahlkampfe Kenntniß erlangt haben. Wir müssen es uns gefallen lassen, daß die Fortschrittspresse in der Schmähung unserer Candidaten, unserer Parteimitglieder sich überbietet; sucht sie doch in der Kunst der Entstellung von Reden und Thatsachen ihresgleichen.

Diese widerwärtige Kampfesweise des Gegners erreichte ihren Höhepunkt in dem Versuche, die Conservativen des II. Reichstagswahlkreises über die Candidatur des Hofpredigers Stöcker zu veruneinigen! Kein Mittel erscheint dem Gegner zu gering, um unseren Candidaten zu verdächtigen; ist doch sein ganzes Bestreben hauptsächlich auf Entfernung desselben aus seiner Stellung in der Berliner Bewegung gerichtet. Denn sehr wohl erkennt die Fortschrittspartei in dem Hofprediger Stöcker ihren gefährlichsten Feind, sie weiß es zu würdigen, daß sie in Berlin wie im Lande zumeist von ihm bekämpft wird, sie weiß, daß die Berliner Bewegung anregend auf die Presse im ganzen Lande wirkt, daß die in unseren Versammlungen gehaltenen Reden durch unsere Presse zu vielen Tausenden im Lande Verbreitung finden!

Darum die unwürdigen Kampfesmittel gegen unsere Bestrebungen!

Wenn die letzteren von allen Conservativen im Lande in ihrer Bedeutung für die conservative Sache in demselben Maaße gewürdigt werden sollen, wie es von Seiten der Fortschrittspartei geschieht, dann weisen wir noch auf die reichen Mittel unserer Gegner hin, welche zur Bekämpfung zumeist unserer Sache zusammenfließen. Nunmehr sind unsere im eigenen Kreise gesammelten Mittel erschöpft; um der energischen Agitation anderer Parteien Widerstand zu leisten, sind Hunderttausende von Flugblättern zu verbreiten. Dazu ist schnelle Hülfe nothwendig.

Mehr als je haben wir dieses Mal bei den bevorstehenden Wahlen die Aussicht auf Erfolge. Seit der letzten Reichstagswahl ist die Zahl unserer Anhänger durch unsere stetigen Bemühungen gestiegen. Stimmten damals für den conservativen Candidaten 42 pCt. der Wähler, so steigerte sich dieser Procentsatz 1882 auf 44, während bei den letzten Stadtverordnetenwahlen die Stimmenzahl für unsere Candidaten in einzelnen Bezirken sogar über 50 pCt. betrug. Diese Zahlen berechtigen zu der Hoffnung, daß der Sieg bei den kommenden Reichstagswahlen uns gehören kann, wenn wir in unserer Arbeit und Opferwilligkeit nicht nachlassen, wenn wir uns des Beistandes unserer Gesinnungsgenossen erfreuen. An diese wenden wir uns jetzt mit der Bitte, uns nach Kräften in unseren Bestrebungen zu unterstützen.

Es gilt, die Absicht des Gegners, der eine Parlamentsherrschaft anstrebt, der die Schlagfertigkeit der Armee schwächen will, zu vereiteln. Die auf unsere nationale Größe und Wohlfahrt gerichteten Bemühungen unseres Reichskanzlers wollen wir gegenüber dem kleinlichen Standpunkte steter Verneiner durchgeführt wissen. Es soll den Handwerkern, den Arbeitern und dem Bauernstande durch zweckmäßige Gesetze geholfen werden!

Für diese Ziele sei jedermann thätig, ein jeder lege Hand an's Werk und helfe, dieselbe zu erreichen.

Beiträge bitten wir recht bald an Herrn Banquier Rösner, Berlin W., Potsdamerstr. 138, zu übersenden.

Das Agitationscomité des Wahlvereins der Conservativen im II. Reichstagswahlkreise.

Bolm, Hapke, Lagrange, Langeheinecke, Luckhardt, Münster, Pohlenk, Rappo, Rösner.

Dieselbe ruhige und besonnene Sprache machte sich in allen übrigen Wahlflugblättern und sonstigen für die Agitation conservativerseits verbreiteten Schriften bemerkbar, und wenn man die Urbanität hinzunimmt, mit der selbst offenbare Gegner in den conservativen Versammlungen behandelt wurden, so leuchtet ein, daß solches Verfahren auch auf die noch ferner stehenden Wähler, soweit sie nicht allzu fest in den Banden der Gegner lagen, den allerbesten Eindruck nicht verfehlte. Daraus erklärt sich denn auch die positive Thatsache, daß in jener Zeit die Beitrittserklärungen gerade von Mitgliedern der gebildeten Classe zu den Bürgervereinen außerordentlich zahlreich erfolgten.

Nicht in demselben Maaße zeichneten sich die Flugschriften der Gegner durch Objectivität aus. Man suchte, insbesondere von freisinniger Seite, über die conservativen Candidaten Unwahrheiten zu verbreiten, deren sachliche Unglaublichkeit mit der Frechheit wetteiferte, die den Autoren der Schriften die Feder in die Hand gedrückt hatte. Herr Stöcker hatte einmal Veranlassung, sich darüber des Näheren auszusprechen, indem er sagt:

„Ich komme nun zum ‚Reichsfreund', der unter dem 27. September seinen Lesern eine unglaubliche Geschichte auftischt. Ich habe nämlich in einer Versammlung gesagt, daß Virchow im Reichstage einmal Königliche Beamte, die für die Regierung journalistisch thätig sind, Schufte genannt habe, und diese von mir correct dargestellte Thatsache verdreht der ‚Reichsfreund' dahin, daß ich die Beamten Schufte genannt habe. Und diese Lüge läßt der Fortschritt in Siegen in unzähligen Exemplaren

verbreiten. Das ist die unglaubliche Art, in welcher die fortschrittliche Presse und ihre Helden arbeiten. Folgen Sie schlicht und recht unserer Fahne, auf welche wir die Unterstützung der socialen Reformen geschrieben haben, der Reformen, welche das praktische Christenthum zur Grundlage haben. (Stürmischer Beifall.) Dadurch unterscheiden wir uns von unseren Gegnern und keiner Witzelei, selbst der des Herrn Munckel nicht, wird es gelingen, diesen Unterschied zu verdunkeln. Es ist meine Pflicht, so schwer es mir wird, dieser organisirten Unwahrhaftigkeit entgegenzutreten, immer wieder darauf hinzuweisen."

Auch Herr Wagner, sowie die übrigen Candidaten mußten sich ihrer Haut wehren vor den maßlosen Angriffen, die in den Flugblättern der Freisinnigen enthalten waren. Bei solcher Gelegenheit führt Herr Wagner folgendes aus:

„Ich war bereits in einer anderen Versammlung gezwungen, mich mit einem fortschrittlichen Flugblatt zu beschäftigen. Gestern schrieb ich an Herrn Dr. Hermes, ob die Parteileitung das Flugblatt vertreten wolle. Wenn die Herren nicht offen dafür einzutreten wagen, dann will ich sie anders zu fassen suchen, dann wollen wir sehen, ob es noch Richter in Berlin giebt. (Beifall.) Das Aeußerste aber, was in dieser Beziehung geleistet werden kann, ist ein neues Flugblatt, das heute in meine Hände kam. Darin heißt es: ‚Wer findet, daß die Verfassung zu viel Rechte gewährt, der wähle Wagner.' Ich habe mich nie für Beschränkung der Volksrechte ausgesprochen. Jede gegentheilige Behauptung ist rein erfunden. ‚Wer findet, daß das Vereinsgesetz zu wenig Auflösungen gestattet, der wähle Wagner.' (Pfui!) Niemals habe ich einen Gedanken dieser Art geäußert. ‚Wer die freie Religionsübung aus der Welt schaffen will, der wähle Wagner.' Ich halte die freie Religionsübung für das Palladium der modernen Welt. ‚Wem die städtischen Schulen und Krankenhäuser, das Asphalt- und Kopfpflaster nicht gefallen, der wähle Wagner.' (Stürmische Heiterkeit.) Warum sollen mir jene Einrichtungen nicht gefallen? Ich freue mich im Gegentheil über dieselben. ‚Wer keine staatlichen, noch städtischen directen nament-

lich die reicheren Classen belastenden Steuern will, sondern durch die indirecten Steuern zum armen Mann gemacht werden will, der wähle Wagner.' Ich habe schon oft erklärt, daß ich als Correctiv der indirecten Steuern eine schärfere Heranziehung der Wohlhabenden zur directen Steuerleistung verlange, insbesondere trete ich für die Börsensteuer ein. (Stürmischer Beifall.) In dem Flugblatt wird mir also gerade das Gegentheil meiner wahren Anschauungen insinuirt. ‚Wer die staatliche Leitung der Schule beseitigen will, der wähle Wagner.' Ich habe es im Landtag ausdrücklich betont, daß der preußische Staat niemals die Schule preisgeben kann. ‚Wer den Beamten die Gehaltsaufbesserung und das Petitionsrecht erschweren will, der wähle Wagner.' Ich habe immer die Anschauung vertreten, daß die diätarischen Beamten nach Möglichkeit fest angestellt werden sollten, ebenso bin ich für Gehaltsaufbesserungen eingetreten, so weit sich dies nach Lage der Finanzen thun ließ und bezüglich der Beschränkung des Petitionsrechts habe ich niemals eine Andeutung gemacht. ‚Wer den Bürgern die Sonntagsfreude verleiden will, der wähle Wagner.' (Stürmische Heiterkeit.) Ich bin stets dafür eingetreten, daß die Läden am Sonntag geschlossen werden, damit die Bediensteten den Sonntag genießen können. (Beifall.) ‚Wer durch das Tabakmonopol 100,000 Menschen brodlos machen will, der wähle Wagner.' Ich bin für das Monopol eingetreten unter der Voraussetzung, daß der Ertrag für die Enterbten verwendet wird. Seitdem der Reichstag aber auf das Monopol verzichtet hat, habe ich kein Wort mehr zu gunsten desselben gesagt. ‚Wer das tägliche Brod des armen Mannes durch Erhöhung der Kornzölle vertheuern will, der wähle Wagner.' Ein Einfluß der Zölle auf den Brodpreis läßt sich bis jetzt nicht nachweisen, und ob eine weitere Erhöhung dieser Zölle beabsichtigt wird, steht noch gar nicht fest. ‚Wer die Arbeiter durch die Arbeitsbücher unter Polizeiaufsicht stellen will, der wähle Wagner.' Ich bin nicht für Arbeitsbücher eingetreten."

Wenn ich noch hinzufüge, daß man auch den Versuch machte, die persönliche Ehrenhaftigkeit der conservativen Candidaten an-

zugreifen, wie das aus dem Schreiben eines sich Dr. Grünberg nennenden Anonymus an Herrn Prof. Wagner bewiesen werden konnte, so glaube ich damit die Kampfmethode der einander gegenüberstehenden Parteien genügend charakterisirt zu haben. Herr Prof. Wagner, der wegen seiner anderweitigen sehr bedeutenden und enorm aufreibenden Thätigkeit als Universitätslehrer, als hervorragender volkswirthschaftlicher Schriftsteller und als Mitleiter der Christlich-Socialen von vornherein erklärt hatte, daß er auf eine diesmalige Candidatur in Berlin überhaupt verzichte, weil er nicht in der nothwendigen Weise mit in die Agitation eintreten könne, — aus diesem Grunde war Herr von Köller für ihn im IV. Wahlkreise eingetreten — hatte sich schließlich doch überreden lassen, in die Vacanz des I. Wahlkreises einzutreten. Sein patriotischer Entschluß ward ihm von Seiten der Gegner weidlich leid gemacht.

Der kühle October brachte heiße Tage für die mit einander um die Palme des Sieges ringenden Parteien. Bei den Conservativen folgte Versammlung auf Versammlung; wollten sie doch dem Freisinn und der Socialdemokratie beweisen, wie die Hauptstadt des deutschen Reichs in der Majorität ihrer wahlfähigen Bewohnerschaft mit dem Lande darüber einig sei, daß der Staat weder der Nachtwächter der manchesterlichen Lehren, noch derjenigen Lassalle's sei, sondern unter der Aegide mächtiger Geistesheroen seine eignen kräftigen Impulse erhalten habe. So nahte der 28. October, die Entscheidung. Sie fiel in Berücksichtigung des Umstandes, daß die conservative Bewegung jetzt erst zum dritten mal die Feuerprobe aushielt, geradezu großartig aus, denn die conservativen Candidaten kamen in 3 Wahlkreisen im II., III. und V., in die Stichwahl, während die Freisinnigen und Socialdemokraten nur in je einem Wahlkreise, dem I. bez. IV. einen absoluten Sieg erstritten hatten. Im VI. Wahlkreise machten diese beiden Parteien einander den Sieg streitig.

Das Wahlresultat war im Einzelnen folgendes:

		Stimmen
I. Wahlkreis:	Löwe	8426
	Wagner	6754
	v. Vollmar	766
	Zersplittert	155
		Sa. 16101

Gewählt: Löwe.

II. Wahlkreis:	Virchow	16702
	Stöcker	12535
	Tutzauer	9292
	Zersplittert	407
		Sa. 38936

Stichwahl zwischen Virchow und Stöcker.

III. Wahlkreis:	Munckel	9623
	Brecher	6724
	Dietz	6344
	Zersplittert	230
		Sa. 22921

Stichwahl zwischen Brecher und Munckel.

IV. Wahlkreis:	Träger	13463
	v. Köller	8559
	Singer	25387
	Zersplittert	283
		Sa. 47692

Gewählt: Singer.

V. Wahlkreis:	Richter	8939
	Cremer	6432
	Grillenberger	2473
	Zersplittert	146
		Sa. 17990

Stichwahl zwischen Richter und Cremer.

VI. Wahlkreis: Klotz 13742
Irmer 12742
Hasenclever 24624
Zersplittert 283
Sa. 51323

Stichwahl zwischen Klotz und Hasenclever.

In den einzelnen Wahlkreisen gestaltete sich die Sache wie folgt:

I. Wahlkreis: Wahlbetheiligung 74 pCt., nicht zur Wahl Erschienene: 5581.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf:

F 8428 = 53 pCt.
C 6754 = 42 „
S 821 = 5 „

II. Wahlkreis: Wahlbetheiligung 68 pCt., nicht zur Wahl Erschienene: 18 044.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf:

F 16707 = 43 pCt.
C 12535 = 32 „
S 9282 = 25 „

III. Wahlkreis: Wahlbetheiligung 72 pCt., nicht zur Wahl Erschienene: 8812.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf:

F 9622 = 42 pCt.
C 6721 = 30 „
S 6344 = 28 „

IV. Wahlkreis: Wahlbetheiligung 69 pCt., nicht zur Wahl Erschienene: 22 211.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf:

S 25386 = 51 pCt.
F 13524 = 27 „
C 10734 = 22 „

V. Wahlkreis: Wahlbetheiligung 67 pCt., nicht zur Wahl Erschienene: 8969.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf:

F 8937 = (nahezu) 50 pCt.
C 6431 = 36 „
S 2444 = 14 „

VI. Wahlkreis: Wahlbetheiligung 68 pCt.; nicht zur Wahl Erschienene: 23 846.

Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf:

S 24258 = 48 pCt.
F 18782 = 27 „
C 12801 = 25 „

Den Durchschnitt der Gesammtbetheiligung von 69 pCt. erreichte also der IV. Wahlkreis, über denselben hinaus reichte die Betheiligung im I. und III., unter demselben blieb die Betheiligung im II., V. und VI., am geringsten war dieselbe im V. Wahlkreise.

Ueberall dort, wo die Conservativen ausgefallen, waren ihre Minoritäten in zahlenmäßiger Hinsicht recht bedeutend und es gab Wahlbezirke, wie Dorotheenstraße, Alvenslebenstraße, Invalidenstraße, Friedrichsfelderstraße, wo sie sogar in ganz bedeutender Majorität den Gegnern voranstanden.

Eine nicht minder lebhafte Agitation entwickelte sich für die Stichwahlen. Der Freisinn setzte Himmel und Erde in Bewegung, um sich die sehr in's Wanken gerathene Position in Berlin, seine Existenz in der Hauptstadt zu erhalten. Die freisinnigen Blätter trieften von Arbeiterfreundlichkeit, wußte man doch auf jener Seite sehr genau, daß nur die Arbeiter ihnen in ihrer Bedrängniß helfen könnten. Herr Virchow erklärte sehr überraschender Weise, daß er stets für die Beschwerden der „Arbeiter" (beileibe nicht „Socialdemokraten") hinsichtlich der Frauen- und Kinderarbeit eingetreten sei. Nur der Normalarbeitstag sei, wie er mit jungfräulich-schüchternem Augenniederschlag bemerkte, nicht ausführbar, wegen der praktischen Hindernisse. Es machte dieses gegen die frühere Haltung der Herren vom Freisinn eigenthümlich abstechende Benehmen Herrn Virchow's aber zunächst noch keinen besonderen

Eindruck auf die Socialdemokraten des zweiten Wahlkreises. Der durchgefallene Herr Tutzauer, ein im übrigen recht gemäßigter Socialdemokrat, welcher vernünftigen Vorstellungen, mochten sie von einer Seite kennen, von welcher sie wollten, nicht unzugänglich war, hatte bereits die Parole der Wahlenthaltung für seine Wähler ausgegeben, aber er hatte nicht mit Herrn Liebknecht gerechnet. Mag die freisinnige Partei in Ansehung der großen Wichtigkeit, welche gerade die Erhaltung des zweiten Wahlkreises und der Sieg über Herrn Stöcker für sie hatte, sehr starke Ueberredungsformeln angewendet haben, mag die socialistische Parteileitung sonstige Gründe für ihre plötzliche Neigung für Herrn Virchow gehabt haben — sie dachte vielleicht an die früheren Verdienste dieses Mannes um die Demokratie, die Vorfrucht ihrer eignen Partei — kurz, ein Decret erschien, welches die Socialdemokraten aufforderte, für Virchow zu stimmen. Aber auch in den beiden anderen Wahlkreisen, wo die Conservativen in die Stichwahl kamen, haben die Socialdemokraten den Freisinnigen getreulich Heeresfolge geleistet, was aus dem Stimmverhältniß im Vergleich zu dem der ersten Wahlen ganz deutlich hervorgeht. Dafür revanchirten sich die Freisinnigen auch, indem sie im sechsten Wahlkreise den Socialdemokraten das Feld allein überließen. Das Resultat der Sichwahlen war folgendes:

II. Wahlkreis:	Stöcker	15849
	Virchow	23805
III. Wahlkreis:	Brecher	8947
	Munckel	13001
V. Wahlkreis:	Cremer	7891
	Richter	10946
VI. Wahlkreis:	Klotz	721
	Hasenclever	24469.

Doch damit waren die Wahlen nicht zu Ende. Denn da die Herren Richter und Hasenclever die in anderen Wahlkreisen des Reiches auf sie gefallene Wahl annahmen, so wurden Nachwahlen für den fünften und sechsten Wahlkreis Berlins erforder-

lich. Für Herrn Richter trat Landrath Baumbach und für Herrn Hasenclever der socialdemokratische Führer Pfannkuch ein, welche auch beide den Sieg davontrugen. Herr Baumbach schien gemäß seiner Aeußerung über die große That der Freisinnigen und Secessionisten nicht gerade entzückt zu sein, denn er bekannte offen, das die Fusion bei den Wahlen die größten Schwierigkeiten hervorgerufen hätte. In jedem Falle war es als eine entschiedene Thatsache zu betrachten, daß die freisinnige Partei bei den Wahlen und durch dieselben einen bedeutenden Schritt nach links gemacht hatten. Die Stichwahlen hatten das zuwege gebracht, indem sie die Annäherung der beiden demokratischen Parteien zur taktischen Nothwendigkeit erhoben.

Nebenbei will ich hier bemerken, daß über die praktische Bedeutung der Stichwahlen einige Stimmen laut wurden, die sich gegen dieselben aussprachen. Unter anderm forderte der „Schwäbische Merkur" sehr entschieden ihre Beseitigung, da bei ihnen nicht das „Ja" sondern das „Nein", nicht der Geist des Aufbaues, sondern der Zerstörung die Oberhand habe. Das Blatt war der Ansicht, daß die Regierungen so bald als möglich dem neuen Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegen sollten, der einfach bestimmen müßte: „Wer die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, ist gewählt."

Der Artikel fährt weiter fort: „So besteht das Gesetz schon im Königreich Sachsen für die Landtagswahlen und dort würde kein Mensch den Reichsmodus eingeführt wissen wollen! So war es früher auch in Württemberg. Wären wir die Stichwahl los, so würden große Vortheile sich ergeben. Mächtig wäre der Antrieb für alle einander wirklich nahestehenden Parteien, daß sie sich eng aneinanderschließen und nicht durch Selbstsucht und Sonderlingswesen die gemeinsamen Ziele gefährden. Der fortwährend steigenden Lust, seine eigenen Programme auszutüfteln und mindestens deren Anhänger zu ‚zählen', wenn man auch den Sieg gar nicht hoffen kann, dieser gefährlichen Neigung würde entgegengearbeitet. Die Stichwahl hindert wesentlich die Bildung großer Parteien! Sodann würde

das Pflichtgefühl der Wähler nur verschärft, da man nicht mehr sagen könnte: morgen, morgen, nur nicht heute! Bei der Stichwahl reicht's ja noch. Wir glauben endlich, daß keine Partei sich für die Stichwahl erwärmen wird. Alle haben von ihr nicht blos Vortheil, sondern auch Schaden gehabt."

Schon viele dergleichen Correcturvorschläge hinsichtlich der Wahlen sind, wie ich schon bei früherer Gelegenheit bemerkte, gemacht worden, alle indessen haben einen Haken. Es läßt sich schlechterdings nicht bei den Wahlen das einfache Majoritätsprincip einführen, ohne eine grundsätzliche Veränderung der Wahlmodalitäten selbst. Das Majorisiren von Parteien, die durch gewisse Zufälligkeiten etwa in der Wahl um wenige Stimmen unterliegen, hat auch seine Schattenseiten.

So war auch das Jahr 1884 für die Conservativen in Berlin ein an Arbeit, Mühen, aber auch an relativen Erfolgen reiches Jahr. Dasselbe konnte nicht beschlossen werden, ohne daß die vereinigte Demokratie ihrem Haß gegen den Fürsten Bismarck bei der Etat-Forderung für den zweiten Director des auswärtigen Amts durch Ablehnung derselben freien Lauf gelassen hätte. Als Helfershelferin fungirte die Centrumspartei, und auch einzelne Nationalliberale konnten nicht umhin, ihren freisinnig-secessionistischen Aspirationen zu folgen. Fürst Bismarck, ein Mann dessen ganzes Leben aus schwerer Arbeit und immer wieder Arbeit im Interesse des Volks bestanden hatte, forderte zur Erleichterung dieses colossalen Arbeitspensums eine Hülfe, die 20,000 Mark kostete. Das deutsche Volk in seinem demokratischen Theil sagte nein. So etwas ist einfach unerhört, und das dreimalige „Pfui", welches in der großen Versammlung der Conservativen beziehentlich des deutschen Volksvereins auf Tivoli den „Neinsagern" gespendet wurde, ist drastisch, aber berechtigt, ebenso wie der Entrüstungssturm, der sich im Lande über dieses leider nicht einzig in der Geschichte dastehende Conflictsvotum erhob. Die Zeiten hatten sich aber seit 1866 geändert, Fürst Bismarck stand hoch über allen elenden Parteiangriffen erhaben da, und die Conservativen in Berlin hatten einen nicht geringen

Theil daran, wenn diesem hochstehenden Manne in sachlicher sowohl wie in persönlicher Hinsicht die Ehrerbietung wurde, welche er voll und ganz verdiente. Schon der Anfang des Jahres 1885 sollte ein Ereigniß zeitigen, welches diese im Volke lebendigen, von den Gegnern vergeblich niedergehaltenen Gefühle der Dankbarkeit und Liebe für den einzigen Staatsmann ostentativ an's Tageslicht brachte.

---

18. Capitel.

Die Auseinandersetzung im Schoosze der conservativen Bewegung in Berlin.

Die schon in den vorigen Capiteln besprochene Disharmonie innerhalb des C. C.-C., welche sich in den letzten Monaten, insbesondere während der letzten Wahlcampagne, sehr zugespitzt hatte, und zwar insbesondere wegen gewisser Geldangelegenheiten, brach jetzt, nachdem die Aufmerksamkeit von den äußeren Verhältnissen auf die internen Zustände wieder hingelenkt werden konnte, mit um so größerer Heftigkeit aus. Die Herren Brecher und Irmer hatten, unterstützt durch die Geldmacht des Herrn Rudolf Hertzog, mit der Zeit eine vollständig dominirende Stellung im C. C.-C. sich zu erwerben gewußt, was freilich um so leichter war, als diejenigen Mitglieder dieser Körperschaft, welche wirklich eine selbstständige Meinung hatten und auch in der Lage waren, dieselbe zu vertreten, den Sitzungen des C. C.-C. zuletzt vollkommen fern geblieben waren. Die Herren Stöcker, Wagner, Cremer, Luckhardt, sowie die meisten Delegirten der sechs Wahlkreise hatten sich von dem überhebenden schulmeisternden Tone, den die beiden Vorsitzenden des C. C.-C. anzuschlagen für gut befunden hatten, so abgestoßen gefühlt, daß sie sich abseits hielten und die „Zügel", sofern davon überhaupt noch die Rede sein konnte, in den Händen der beiden Berliner Lehrer beließen, welche sich in ihrer alleinherrschenden Stellung auch scheinbar sehr wohl befanden. Freilich hatten sie sich trotzdem vollkommen abhängig gemacht, und zwar von Herrn Hertzog, denn in dem

Moment, wo dieser genius dona ferens die Taschen zuknöpfte, konnte die Gelahrtheit der beiden Herren auch nicht das Geringste mehr ausrichten. Herr Hertzog war nun aber nicht der Mann, welcher unaufhörlich den Beutel aufthat, ohne sich seine Leute genauer anzusehen, sondern er verlangte absolute Unterordnung da, wo es ihm ausführbar erschien, seinen eignen Willen durchzusetzen. Es war mithin zur Thatsache geworden, daß die Berliner Bewegung von drei Männern geleitet wurde, von denen die beiden officiellen „Machthaber" nur die ausführenden Beamten der Geldgröße waren. Das hinderte die Ersteren nicht, ihrer Eitelkeit vollständig freien Spielraum zu lassen, und so waren die Anordnungen, welche das C. C.-C. traf, oft in einem so anmaßenden Tone gehalten, daß den freien Bürgern die Ausführung schon dieser verletzenden Form wegen schwer wurde.

Ich erinnere mich einer Episode, die allerdings vorher spielte, welche aber zeigte, daß von liebenswürdiger und collegialischer Rücksichtnahme auf andre Mitglieder des C. C.-C. bei jenen Herren gar keine Spur war. Die Herren Luckhardt, Cremer, Wagner, wenn ich nicht irre, auch Stöcker, hatten, unabhängig von den im C. C.-C. geplanten Maßnahmen, die Führer der Conservativen in Berlin und Umgegend zu einer allgemeinen Besprechung über die politische Lage in Berlin eingeladen, welche in den Räumen des Vereinshauses in der Behrenstraße stattfand. Auf uns von auswärts Anwesende machte es den peinlichsten Eindruck, als Dr. Irmer das Wort zu einer fulminanten Rede über die Einberufung der Versammlung nahm, da er nicht vorher ebenfalls gefragt worden war. Die Discussion darüber dauerte so lange, daß von einer objectiven Besprechung der auf die Tagesordnung gesetzten Punkte nicht mehr die Rede sein konnte. Herr Luckhardt berührte in der Discussion unter anderm auch die materiellen Verhältnisse, und hielt dem erregten Herrn Irmer vor, daß er seinerseits 7000 M. in die Bewegung gesteckt habe, während er eine ähnliche Generosität je nach Können, bei den gegenwärtigen Leitern des C. C.-C. vermisse.

Trotzdem nun die Herren Brecher und Irmer alles mögliche thaten, um ihre Autorität den Bürgereinen gegenüber zu heben,

sahen sie doch alsbald ein, daß ihre Stellung in Gemäßheit der Verfassung des C. C.-C. als Collegium keine solche war, wie sie sie wünschten. Ihre Isolirung wäre ihnen vielleicht ganz recht gewesen, wenn sie damit zugleich die von sämmtlichen Vereinen anerkannte Oberhoheit hätten erlangen können. Das war es, wonach sie strebten, aber das Mittel, welches sie zur Erreichung dieses Zwecks wählten, sollte dazu beitragen, ihnen das Heft gänzlich aus der Hand zu nehmen: es war sachlich durchaus verwerflich, nachdem die in den Jahren seit Bestehen der Bewegung und des C. C.-C. gemachten praktischen Erfahrungen gerade das Gegentheil als richtig erwiesen hatten. Von Seiten der Bürgervereine und der Centralleitungen der einzelnen Wahlkreise war eine thunlichste Decentralisation der Bewegung und besonders der Agitation befürwortet worden, während die Herren Brecher und Irmer jetzt darnach strebten, einen ganz Berlin umfassenden Wahlverein zu gründen, also die Bewegung in ihrer Hand zu centralisiren. Abgesehen aber von diesem großen Mißgriff, war noch etwas andres, was die Bestrebungen der beiden Herren als so durchaus schädlich und verwerflich erscheinen ließ. Sie vergaßen ganz und gar, daß ihre und ihrer Freunde specielle und persönliche Thätigkeit mit Rücksicht auf ihre ursprüngliche Bestimmung und in Anbetracht der auf sie gefallenen Wahlen als Stadtverordnete durchaus auf communalem Felde lag. Aber Dr. Irmer und Genossen wollten sich mit den durch die Hülfe der „Deutschen Bürgerpartei“ gepflückten Lorbeeren auf communalem Felde nicht begnügen. Sie suchten das Programm dieser Bürgerpartei zu annulliren, und sich allmählich auch in den politischen Sattel zu bringen. Dazu erforderte es natürlich vor allen Dingen, daß der Einfluß der Herren Stöcker, Wagner und Cremer, dieser drei anerkannten Führer der politischen Berliner Bewegung, thunlichst lahmgelegt wurde. Ich kann den letztern drei Herren den Vorwurf nicht ersparen, daß sie entweder zu achtlos oder zu sicher waren, und sich diese Versuche ihrer Beiseiteschiebung eine Zeit lang ruhig gefallen ließen. Sie verhielten sich zunächst durchaus passiv den wohlerkannten Bestrebungen der Herren

Brecher und Irmer gegenüber; erst später traten die Herren Wagner und Cremer den betreffenden Versuchen energisch gegenüber, während Herr Stöcker in seiner Eigenschaft als Führer der Christlich-Socialen es für angemessener hielt, sich in den über den Brecher'schen Wahlverein entstandenen heftigen Streit nicht einzulassen, sondern vielmehr eine abwartende Stellung einzunehmen. Er sprach sich darüber folgendermaßen in einer christlich-socialen Versammlung aus:

„Die Pflicht, weiter zu kämpfen, sei die Pflicht aller, die auf christlich-socialem und auf conservativem Boden ständen; die Kraft liege aber bei den conservativen Bürgervereinen, deren es jetzt vierzig gebe. Die erste Forderung an diese sei, daß sie unter einander einig seien, das sei eine ihrer ersten Pflichten, eine ihrer vornehmsten Aufgaben, und zur Erfüllung dieser Pflicht fordere er eindringlich auf. Man rede im Publicum wohl von Uneinigkeit unter den verschiedenen Vereinen; eine solche bestehe nicht. Hätten sich in einigen Punkten abweichende Ansichten geltend gemacht, so seien dieselben nicht so erheblich, als daß sie nicht ausgeglichen werden könnten. Heute dreht sich alles um die Frage: ‚Soll der Centralverein ins Leben treten, oder sollen wir auf der alten Basis der Bürgervereine weitergehen?' Ich sage, und das ist auch der Standpunkt der christlich-socialen Partei: Wir werden uns in alle diese Feindseligkeiten und Gründungen nicht einlassen. Was wir wollen, ist nicht ein neuer Wahlverein, sondern Eintracht und Frieden, ein Zusammengehen aller Kräfte."

Es ist also ersichtlich, daß Herr Stöcker keineswegs direct auf dem Boden des „neuen Wahlvereins" stand. Die drei Berliner Abgeordneten versuchten später zusammen noch einmal den Frieden wieder herzustellen, indem sie in einer großen Bürgerversammlung auf Tivoli alle insgesammt die Rednertribüne betraten und ihre in vollkommener Uebereinstimmung befindlichen Ansichten in etwa folgender Weise darlegten.

Ein Streit sei ja da; aber er gelte nicht den Principien, nicht der Sache. „Wir sehen heute Abend vor unseren Augen, daß die Berliner Bewegung einig ist. Die Bürgervereine sind ge-

gebene Größen. Was in der Zukunft liegt, wissen wir nicht und im politischen Leben ist es nicht gerathen, feste, zusammengefaßte Bataillone zu zerstören, um eine große Linie zu bilden, von der man noch nicht weiß, ob sie dem Feind gewachsen sei. Darum stehen wir hier und zwar alle drei Berliner Abgeordneten mit einander und sagen, daß wir die Berliner Bewegung auf der Basis der Bürgervereine in Verbindung mit der christlich-socialen Partei weiter geführt wissen wollen. Schon der Name ‚Bürgervereine‘ setzt bei den Mitgliedern einen tüchtigen Bürgersinn voraus, die Ueberzeugung von der Tüchtigkeit des Bürgerstandes, von dem Segen der redlichen Arbeit, die nur nicht nur im selbstsüchtigen Interesse geschieht, sondern mit Gott für König und Vaterland! Seien und bleiben wir einig! das ist die Bedingung jedes Fortschritts, jedes Sieges. Seid einig! einig! einig! An's Vaterland, an's theuere, schließ' dich an, das halte fest mit allen deinen Kräften! Im starken Glauben sind die starken Wurzeln unserer Kraft.“

Wie viel unnöthigen Staub die ganze Wahlvereinsangelegenheit aufgewirbelt, und wie sehr sich die Herren Brecher und Irmer durch ihr einseitiges Vorgehen in dem Ansehen der conservativen Bevölkerung geschädigt hatten, geht aus dem Verlauf einer anderen Versammlung in einem conservativen Verein des II. Wahlkreises hervor, in welcher der Vorsitzende, der um die Bewegung hochverdiente Postsecretär Nachvoll, angeregt durch eine Interpellation, zunächst die angeblich im Schooße der conservativen Partei obwaltende Spaltung berührte. Nicht innerhalb der Partei, so führte Redner aus, sondern lediglich zwischen den Führern herrsche Streit und diesen habe das C. C.-C. verschuldet, welches durch eigenmächtiges Vorgehen die Thätigkeit manches Vereins lahm gelegt. Die augenblicklichen Leiter des C. C.-C. strebten eine tyrannische Herrschaft an; er, der Redner, aber werde lieber auf jede Thätigkeit verzichten, als sich jenen Männern unterordnen, um die sich nur Todtengräber der Berliner Bewegung schaaren könnten. Nachdem Redner noch das Verhalten des C. C.-C. gegenüber den Herren Wagner, Stöcker

und Cremer scharf gerügt, schloß er unter lebhaftem Beifall der Versammlung mit den Worten: „Ich erkläre für meine Person und im Namen des gesammten Vorstandes: Wir folgen im II. Reichstagswahlkreis den Herren Luckhardt und Hapke. Wir trennen uns nimmermehr von diesen Männern, welche sich um die Berliner Bewegung so große Verdienste erworben haben.“ (Beifall.) Auch der folgende Redner, Herr Dr. Blasius, betonte, daß die Partei nicht durch politische Meinungsverschiedenheiten getheilt werde, sondern daß allein die Führer miteinander um die ersten Rollen haderten. Dieser Streit lasse sich vornehmlich auf den Umstand zurückführen, daß gewisse Herren einzelnen Parteigruppen Geldmittel zugewendet hätten, und zwar nicht um der Sache selbst willen, sondern zur Verfolgung persönlicher Interessen; andere wären allerdings hochherziger gewesen und hätten sich trotzdem, daß sie mitunter über ihre Verhältnisse hinaus spendeten, vollständig selbstlos gezeigt. Durch die Handlungsweise der erstgedachten Herren sei indessen ein Theil der conservativen Partei in Abhängigkeit gerathen, ein Verhältniß, welches manchen veranlaßt habe, bei der Wahl nicht mitzustimmen. Auf das C. C.-C. speciell übergehend, bemerkte Redner, daß das C. C.-C., welches die Spitze mehrerer politischer Vereine bilde, nach dem Vereinsgesetz nicht zulässig sei. Nachdem die Leitung in den Händen der Herren Stöcker, Luckhardt und Blume gelegen, gelang es einigen Lehrern, dieselbe an sich zu reißen, worauf dann sofort der Streit los ging. Eigensinnig in ihren Meinungen, von brüskem Auftreten überall, wo sie zum Worte kamen, schadeten sie unserer Bewegung sehr erheblich. Die Herren Irmer und Brecher sind recht brave und fleißige Leute, aber sie besitzen kein Talent, eine Partei zu leiten, und dies ist wahrlich keine Nebensache. Das sieht man an den vielen Mißgriffen, die gemacht worden sind. In einer am 22. Januar v. J. abgehaltenen Versammlung wußten die genannten Herren, indem sie Leute mitbrachten, welche gar keine stimmberechtigten Mitglieder waren, ihre Wahl als Vorsitzende mit einigen Stimmen Majorität durchzusetzen, während sie den fast einstimmig gewählten Schriftführer zu keiner Sitzung

beriefen. Sie wiesen den Vertreter des II. Reichstagswahlkreises zurück, erklärten Vereine in Verruf und legten anderen Strafvereine in's eigene Haus. Das „Deutsche Tageblatt" wurde in der schmählichsten Weise angegriffen und vier Tage vor der Wahl in 2000 Exemplaren ein Pamphlet versandt, welches von den niedrigsten Verdächtigungen strotzte. Herr Professor Wagner wurde geradezu auf einer Versammlung insultirt. Was werden die Herren mit ihren Prätensionen erreichen? Zunächst werden sie, die in dem eigenen Verein keine Ordnung zu schaffen vermochten, als die Centralleiter der gesammten Berliner Bewegung nur Verwirrung anrichten, dann aber auch die Bewegung selbst durch ihr Ungeschick und ihre Streitsucht zum Erlöschen bringen. Auf die Bemerkung des Herrn Restaurateurs Dittebrand, daß man in der Versammlung zu viel schmutzige Wäsche wasche und dadurch Zweifel an der Lebenskraft der conservativen Partei hervorrufe, erwiderte Herr Dr. Blasius: „Wir mußten diese Wäsche veranstalten, denn der Streit wurde uns aufgedrungen, und wir waren es nicht nur unserer persönlichen Ehre, sondern auch der von uns vertheidigten Sache schuldig, einmal offen zu erklären, daß wir freie Männer seien." Nachdem ein anderer Redner sich mit dieser Ausführung einverstanden erklärt hatte, nahm Herr Verlagsbuchhändler Fr. Luckhardt das Wort und sprach etwa folgendes: „Politisch gebildete Männer wollen von zwei Seiten sehen; unsere Gegner haben jedoch versucht, eine einseitige Stimmung in das Volk hineinzutragen und uns damit den Fehdehandschuh zugeworfen. Wir zögerten aus politischen Gründen eine Weile, denselben aufzunehmen. Der II. Reichstags-Wahlkreis, wo ich den ersten conservativen Verein, den die neue Bewegung sah, gegründet habe, blühte kräftig empor, bis das augenblickliche C. C.-C. seine unheilvolle Thätigkeit begann. Als diese im vergangenen Frühjahr Uneinigkeiten hervorrief, zog ich mich zurück, und nur den Bitten hervorragender Parteigenossen ist es zu danken, daß die besseren conservativen Elemente noch zusammenhielten, der II. Reichstags-Wahlkreis noch etwas geleistet hat, lebenskräftig geblieben ist. Der II. Reichstags-Wahlkreis, welcher sich guter

Kassenverhältnisse erfreut, verdankt nichts fremder, bedingungsweise geleisteter Hülfe, sondern hat alles aus sich selbst geschaffen und mit eigenen Mitteln sogar große Feste veranstaltet, welche Ueberschüsse abwarfen. Allein dieses fröhliche Gedeihen erregte bei manchen Herren statt der durch den Patriotismus gebotenen sympathischen Genugthuung neidische Gefühle. Man konnte uns unsere Devise: „Eine politische Partei ist nur so viel werth, als sie an Mitteln aufzubringen vermag," nimmermehr verzeihen. Daher die Fluth von Verdächtigungen und Verleumdungen, welche uns die jüngste Wahl im Vergleich mit der vorigen dreifach vertheuerten und wesentlich zum Sieg der Gegner beitrugen. Unter diesen Umständen müssen wir noch fester denn je zusammenhalten. Die anzustrebende Einigkeit darf es aber nicht mit sich bringen, daß ein Wahlkreis sich in die Angelegenheiten des anderen mischt oder gar ein illegitimes Triumvirat, ein despotisches Regiment einführt. Als Bewohner und Wähler des II. Reichstags-Wahlkreises lasse ich mich nicht bevormunden. Ich arbeite für den Frieden und bitte Sie, meine Herren, auch in diesem Sinne zu wirken. (Lebhafter Beifall.)"

Aehnliche Erklärungen fanden in allen übrigen Wahlkreisen statt. Im V. Wahlkreise traten sämmtliche Vereine geschlossen gegen den Wahlverein auf; auch im VI., der bei der vorigen Wahl die Candidatur Irmer aufgestellt und den der letztere demnach gewissermaßen als seine Domaine betrachtete, waren nur drei kleine Vereine im Norden, die sich von dem Genannten in den neuen Wahlverein hinüberleiten ließen. Die Vorstände der vier großen conservativen Bürgervereine des Nordens: Vor dem Oranienburger Thor, Vor dem Hamburger Thor, Norddistrict und Wedding, und die Vertreter des Vereins der Prenzlauer Vorstadt sprachen sich unter Theilnahme der Vertreter der Christlich-socialen Partei im VI. Wahlkreise, in einer vertraulichen Sitzung einmüthig dahin aus, daß sie das Vorgehen des Herrn Professor Brecher und Dr. Irmer mit ihrem neuen Wahlverein als eine Schädigung der Berliner Bewegung erachten und mißbilligen müßten, und deshalb die Mitglieder ihrer Vereine ersuchen würden, dem Wahl-

verein nicht beizutreten. — Ferner wurde mit derselben Einmüthigkeit ein Comité für den VI. Wahlkreis, bestehend aus den Herren Stadtverordneten Dopp und Rath Engelke als Vorsitzenden und den Vorsitzenden und Stellvertretern der genannten vier großen Vereine, wie der Vertreter des Vereins vor dem Prenzlauer Thore als Beisitzer mit dem Rechte der Cooptation und dem Mandat ernannt, die Angelegenheiten des VI. Wahlkreises in die Hand zu nehmen und harmonische Beziehung zu den drei kleinen Vereinen des Nordens, welche sich dem Wahlverein angeschlossen hatten, anzubahnen und herzustellen. Auch wurde, was sehr zu betonen ist, entgegen den Beschlüssen einer von Herrn Heydtmann und Consorten, den Anhängern des Wahlvereins, geführten Parteifraction im Einverständniß mit den drei Abgeordneten der Beschluß gefaßt, ein Zusammengehen mit den Mittelparteien bei der bevorstehenden Wahl zum Abgeordnetenhause zu bewirken. Wir werden den Verlauf dieser Angelegenheit weiter zu beobachten Gelegenheit haben. Es ist insbesondere den Bemühungen des Abgeordneten Cremer, welcher schließlich mit seinem ganzen schwerwiegenden Einfluß gegen die verderbliche von Herrn Brecher und Irmer inaugurirte Strömung der Centralisation auftrat, zu verdanken, daß diese Strömung, die entschieden dazu angethan war, den Fortbestand der gesammten „Berliner Bewegung" auf's Ernstlichste in Frage zu stellen, im Sande verlief. Mühe genug kostete das freilich, denn so ohne Weiteres war die Gründung des Wahlvereines nicht zu beseitigen, zumal die Leiter desselben ihr Heil darin versuchten, die bisher selbstständige Berliner Bewegung mit denjenigen im Lande zu amalgamieren und sich den Schutz des „Wahlvereins der Conservativen", gebildet aus Mitgliedern der conservativen Fractionen der Parlamente, zu sichern. Eine dahin gehende Erklärung des C. C.-C. bez. des Vorstandes des neuen Wahlvereins mag hier Platz finden:

„Nachdem eine Reihe der Berliner Bürgervereine es abgelehnt haben, auf dem Boden des ‚Conservativen Wahlvereins' eine einheitliche Leitung der gesammten Berliner Bewegung herzustellen,

und nachdem sich aus den gedachten Vereinen besondere Wahlausschüsse für kleinere oder größere Theile einzelner Wahlkreise gebildet haben, kann natürlich der conservative Wahlverein den Anspruch nicht erheben, die gesammte Berliner conservative Wahlagitation schon für die bevorstehenden Landtagswahlen zu leiten. Vielmehr wird es seine Aufgabe sein, seinerseits diejenigen Gruppen, welche eine Centralleitung für Berlin wünschen, fest zusammenzuschließen und zwischen ihnen und der deutschconservativen Partei im Lande enge Fühlung zu halten, andererseits mit den übrigen Gruppen der Berliner Bewegung während des bevorstehenden Wahlkampfes Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind zu marschiren. Die Organe des conservativen Wahlvereins werden deshalb in denjenigen Wahlkreisen, wo neben ihnen noch besondere Agitationskörper bestehen, eine locale Trennung der beiderseitigen Arbeitskörper herbeizuführen, im übrigen aber mit jenen nach einheitlichen Gesichtspunkten zu arbeiten versuchen. Freilich giebt der conservative Wahlverein die Hoffnung nicht auf, daß in nicht zu ferner Zeit alle Berliner Conservativen sich unter ihm zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Die Personen, welche gegenwärtig an seiner Spitze stehen, können ein Hinderniß nicht bilden, denn sie werden — abgesehen, daß der Vorstand alljährlich erneuert wird — in dem Augenblicke von selbst zurücktreten, wo sie die Ueberzeugung gewinnen, daß durch ihren Rücktritt die Einheitlichkeit der Berliner Bewegung auf dem Boden des Wahlvereins und im engsten Zusammenhange mit der großen conservativen Partei wird hergestellt werden. Dann wird auch die in den Statuten des Wahlvereins für den Vorstand desselben gewählte Bezeichnung: ‚Conservatives Central-Comité‘ ihre volle Bedeutung gewinnen, während jetzt mit dieser Bezeichnung der Anspruch auf ausschließliche Leitung der gesammten Berliner Agitation nicht verbunden wird.“

Die in dem Schlußpassus erwähnte Ueberzeugung von ihrer Entbehrlichkeit gewannen die Herren Brecher und Irmer aber noch immer nicht Daher fuhr Herr Cremer das schwere Geschütz auf, welches ihm bei nothwendigen Gelegenheiten so trefflich zur

Verfügung steht und ließ sich über jene Bestrebungen folgendermaßen aus, nachdem der Vorstand des Wahlvereines sich in einem Aufruf an die Conservativen ruhig weiter als C. C.-C. gerirt hatte:

„Ich muß es beklagen, daß solche Vorgänge, wie die erwähnten, überhaupt möglich sein konnten. Was ist der Grund dafür? Haben wir ein anderes Programm aufgestellt? Sind wir unseren Principien untreu geworden? Sind unsere Abgeordneten nicht mehr Tag und Nacht auf dem Posten? Oder sind es andere Ursachen, die Friede und Einigkeit gestört haben? Im VI. Wahlkreis mag Herr Irmer mit seinen Genossen die Majorität haben; die zwölf Vereinchen, die ihm im Ganzen zur Verfügung stehen, wollen wir ihm gönnen; mag er sehen, wie er fertig wird. — Es ist unbegreiflich, daß ein Vereins-Vorstand sich den Namen C. C.-C. beilegt, wie es in dem vom 28. September datirten Aufruf an die Conservativen geschehen ist. Derselbe ist thatsächlich unterzeichnet: ‚Der Vorstand des Conservativen Wahlvereins zu Berlin. (Conservatives Central-Comité.) Dr. Irmer. von Bredow. Gerold.‘ Wir haben über dreißig bedeutende Vereine in Berlin, von welchen aber zwanzig, also die Zweidrittel-Majorität, mit Irmer und Genossen nicht einverstanden sind. Wie kommen jene Herren dazu, einen Aufruf zu Geldsammlungen zu erlassen. Es muß dem Publicum mitgetheilt werden, daß hier ein Mißbrauch vorliegt, und bin ich der Ansicht, daß die Vorsitzenden der Vereine sich sofort an die conservative Presse wenden und unter Darlegung der Verhältnisse betonen, daß sie mit diesem Verfahren nicht einverstanden sind. Mit einigen Ehrgeizigen können wir uns nicht einlassen. Wir sind Bürger von Berlin und wollen uns nicht von Jedem auf der Nase tanzen lassen, der gerade Lust dazu hat. Im I. Wahlkreis ist es vielfach sehr unangenehm bemerkt worden, daß Herr Stöcker sich mit Irmer eingelassen und wieder Hand in Hand mit ihm geht. Das hat manchen verletzt. Der Wahlverein im I. Wahlkreise hat deshalb auch an Herrn Stöcker geschrieben und Stöcker hat dann auch sofort erklärt, die Verbindung abzubrechen. Die Aussichten sind

für uns günstig; deshalb ist es nothwendig, daß die Wahlvereine selbstständig auftreten und ihre Candidaten nominiren; erst dadurch wird der Erfolg gesichert. Von der Bürgerpartei und den Bürgerpartei-Candidaten haben wir genug in der Stadtverordneten-Versammlung.“ Herr Cremer erklärte schließlich, daß, wenn nicht Wandel eintrete, er persönlich in den ihm zugänglichen Zeitungen eine Darlegung der Verhältnisse geben werde. Er habe die Beweise in den Händen, daß man sich in den C. C.-C.-Kreisen mit Stöcker und Wagner gern wieder vertragen wolle, er (Cremer) aber solle an die Wand gedrückt werden. Er habe aber, so lange er noch das Vertrauen von Tausenden genießt, keine Lust zum quietschen.

Freilich mochte der thätige und zielbewußte Abgeordnete Cremer den Herren ein sehr unbequemer Gefährte sein; es war nur für dieselben unmöglich, ihn aus dem Sattel zu heben, zumal nicht bei ihren persönlichen Eigenschaften, die für eine Handhabung der Geschäfte nicht passend waren. Mit Uebelnehmerei, persönlicher Gereiztheit bei allen Anlässen und Eigensinn kann man eine so complicirte Masse, wie die der Berliner conservativen Bürger, nicht lenken. Dazu gehören Ruhe und politisches Können. Herr Brecher aber hatte diese letzteren Eigenschaften schon von vorne herein verleugnet, als er bei einer den Wahlverein betreffenden Versammlung der Vereinsvorstände und sonstigen Führer nach einem brüsken Angriff auf Prof. Wagner, dem er u. a. Undankbarkeit vorwarf, — während nach Meinung der Majorität die Berliner Bewegung dem hochangesehenen Gelehrten und Politiker viel mehr zu Dank verpflichtet war, wie Herrn Brecher, — das Machtzeichen des Vorsitzenden, die Klingel, auf den Tisch warf, seine Mappe nahm und nach Hause ging. Verschiedene Versuche wurden noch gemacht, um die Spaltung in der Partei nicht zu einer unüberbrückbaren werden zu lassen. Natürlich konnte das nur dadurch erreicht werden, daß man der Ueberzeugung einen breiteren Raum schuf, das Vorgehen des Vorstandes des neuen Wahlvereins sei ein durchaus unzweckmäßiges. Zu solchem Behufe diente auch eine von Tausenden conservativer Wähler besuchte

Volksversammlung auf dem „Bock“, in der die drei berufenen conservativen Vertreter Berlins, die Herren Stöcker, Wagner und Cremer, über die Zustände in der Berliner conservativen Partei referiren sollten. Herr Stöcker erschien indessen nicht. Als Vorsitzender dieser Versammlung fungirte Herr Dr. med. Blasius, und wurden folgende zwei Resolutionen angenommen:

I. „Die am 17. October 1885 in dem Saale der ‚Bockbrauerei‘ versammelten conservativen Wähler aus sämmtlichen vier Landtags-Wahlkreisen der Residenz erklären, daß sie in der Vertretung der conservativen Grundsätze mit aller Entschiedenheit nach wie vor einig und geschlossen vorzugehen Willens sind. Sie glauben aber den Versuch, einen allgemeinen Berliner Centralwahlverein zu bilden, als unzweckmäßig bezeichnen und die darauf abzielenden Bestrebungen als einen Eingriff in die nothwendige Selbstständigkeit einzelner Wahlkreise und als Quelle fortwährender Reibungen ablehnen zu müssen. Sie bestreiten daher dem ‚Conservativen Wahlverein zu Berlin‘ das Recht, eine derartige Centralleitung zu beanspruchen und halten es für unberechtigt, daß der Vorstand dieses Wahlvereins sich in öffentlichen Aufrufen und in sonstigen Schriftstücken den Namen ‚Conservatives Central-Comité‘ beilegt und als Centralstelle für die Ansammlung eines Wahlfonds sich gerirt.“

II. „Entgegen den allen Thatsachen widersprechenden Behauptungen, daß der Abgeordnete Cremer es gewesen ist, der den Frieden innerhalb der Partei gestört habe, sprechen die Versammelten demselben vielmehr für sein selbstloses Eintreten im Interesse der gemeinsamen Sache ihren Dank und ihre Anerkennung aus.“

Von vielen andern, den gleichen Gegenstand behandelnden und die gleichen Anschauungen bekundenden Resolutionen, erwähne ich noch diejenigen, welche von den Vertretern der Bürgervereine im II. Wahlkreise gefaßt wurde, dahingehend:

I. Daß sie das als Spitze des von Herrn Professor Brecher und Dr. Irmer begründeten Wahlvereines fungirende C. C.-C nicht für berechtigt halten, die Conservativen des II. Reichstags-Wahlkreises zu vertreten.

II. Daß sie die Begründung des genannten Wahlvereines als ein den conservativen Bestrebungen hinderliches Vorgehen betrachten, und daß sie nach ihren Kräften den Eintritt ihrer Freunde in genannten Wahlverein verhindern werden.

Aber das von einigen Optimisten in die Herren Brecher und Irmer gesetzte Vertrauen, daß sie bei Erkenntniß des Umstandes, wie sie stets in der Minorität bleiben würden, und ein so geringer Anhang, welcher ihnen bliebe, keineswegs die Einigung der Kräfte für die Agitation zur Landtagswahl herbeiführen könnte, von ferneren Dissentirungsversuchen abstehen würden, bewahrheitete sich nicht. Im Gegentheil wurden von jener Seite Gewaltmaßregeln ergriffen, um die Bürgervereine zu der im Vorstande des C. C.-C. herrschenden Ansicht und zu Gunsten des Wahlvereins zu bekehren. Herr Brecher belegte einige der widerspänstigen Vereine mit dem Bann und Interdict, was freilich die Sache durchaus nicht besser machte, sondern nur Oel in's Feuer goß.

Angesichts dieser Thatsachen wurde in einer Versammlung der Christlich-Socialen der Vorschlag gemacht, einen freiwilligen Zusammenschluß der nicht zum Wahlverein gehörigen Gruppen und Vereine durch freie Verständigung zu befürworten. Diese Gruppen würden sich am besten zuerst in den einzelnen Wahlkreisen verständigen und aus frei gewählten Vertretern der Wahlkreise — nicht der einzelnen Vereine, weil dies allerdings gegen die Bestimmungen des Vereinsgesetzes wäre — könnte sich dann ohne Schwierigkeit ein von allen Seiten anerkanntes und darum kraftvolles Central-Wahlcomité bilden.

Das war um so mehr als der richtige Weg anzusehen, als der „Wahlverein der Conservativen“ durchaus keine Lust bezeugte,

sich in die Berliner Angelegenheiten einzumischen. Der überall verehrte Freiherr von Minnigerode, welcher sich bei früherem persönlichem Auftreten in den Berliner Versammlungen viel Liebe und Vertrauen erworben hatte, sprach sich ebenfalls dahin aus, daß die bei den früheren Verhältnissen nothwendige conservative Centralstelle wohl jetzt entbehrlich sei, und alles auf die gute Organisation in den einzelnen Berliner Wahlkreisen in sich ankomme.

Nebenbei bemerke ich noch, daß diese Disharmonien auch auf das einige Verhältniß der von der Deutschen Bürgerpartei gewählten Stadtverordneten von großem Einfluß war, indem der Stadtverordnete Dopp wegen des Verhaltens des Herrn Dr. Irmer seinen Austritt aus der Fraction der Bürgerpartei in der Stadtverordneten-Versammlung anzeigte.

In dem so leicht erregbaren Gemüth des Herrn Professor Brecher waren diese Kämpfe aber inzwischen ebenfalls nicht spurlos vorüber gegangen. Er fühlte sich krank und angegriffen, so daß er aus diesem Grunde, dem vielleicht auch die uneingestandene Ueberzeugung von der erlittenen Niederlage und sein nun allmählich immer mehr sinkender Einfluß in Berlin hinzutrat, von der Oberleitung des Wahlvereins sich zurückzog. In der darauf folgenden Generalversammlung dieses letzteren wurde das wesentlich umgearbeitete Statut desselben bekannt gemacht; als Vorsitzende sollten die Herren Irmer, v. Bredow und Gerold fungiren. Die Herren Brecher und Hertzog erhielten den Altentheil der Ehrenmitglieder, folgende zehn andere Herren aus den Landtags- und Reichstags-Wahlkreisen assistirten als Parteirath der obersten Verwaltungsinstanz, welche das C. C.-C. bildete: Bobbe, Dr. Evers, de Grahl, v. Falkenstein, Hahn, Hinze, Heidtmann, Dr. Jobst, Geometer Voigt, Dr. Weise. Wenn nun freilich der so constituirte Wahlverein sich bis zu den Landtagswahlen und zum Theil auch darüber hinaus mühsam am Leben erhielt, so ließ sich in Gemäßheit der vorhin constatirten starken Gegenströmungen doch nichts anderes erwarten, als daß er diesen letzteren nach und nach weichen mußte. Einzelne Vereine, darunter der unter Leitung

des Rechtsanwalts Hoffmann befindliche Bürgerverein Königstadt, nahmen zwar bis in die Wahlagitation hinein noch immer Partei für den Wahlverein, indessen der gesunde Sinn der Berliner Conservativen gewann angesichts der großen Aufgaben, welche die Landtagswahlen denselben stellten, bald wieder insoweit die Oberhand, daß mit einer Ausnahme im III. Wahlkreise eine einheitliche Wahlbewegung auf conservativer Seite stattfand. Den Verlauf dieser Bewegung werde ich in der Folge zu schildern Gelegenheit haben.

19. Capitel.

Das Bismarck-Jubiläum.

Die Streitigkeiten im Berliner conservativen Lager, so heftig dieselben auch mitunter aufgetreten waren, konnten doch nicht verhindern, daß der in der Berliner Bewegung stets gepflegte Patriotismus da zum vollsten und großartigsten Ausdruck gelangte, wo es galt, den Tribut der Dankbarkeit und ehrfurchtsvollen Liebe dem Mann darzubringen, welcher, nunmehr fünfzig Jahre lang im Staatsdienste befindlich, einen großen Theil dieser langen Zeit in der hervorragendsten und exponirtesten Stellung inmitten der um ihn herbrandenden Wogen hochgehender politischer Erregungen, großer Kämpfe im Innern und nach Außen hin fest dagestanden und mit sicherem Blicke, gestützt auf das sich gleich bleibende Vertrauen des Herrschers und des wohldenkenden Theiles des preußisch-deutschen Volks, das Staatsschiff in den sichern, nach allen Richtungen hin gefestigten Friedenshafen geführt hatte. Es ist hier nicht meine Aufgabe, die zahllosen Verdienste näher darzulegen, welche Fürst Bismarck sich um König, Staat und Volk erworben hat, wohl aber betrachte ich es als eine meiner erfreulichsten Obliegenheiten, an dieser Stelle die festlichen Ovationen zu beschreiben, welche die Berliner patriotischen Verehrer des Staatsmannes ihm zu seinem 70. Geburtstage und 50jährigen Dienstjubiläum darbrachten; und ich bin dazu wohl um so eher in der Lage, als ich selbst Mitglied des Centralcomité's für den Bismarck-Fackelzug war und den entsprechenden Verhandlungen von Anfang bis zu Ende, sowie dem Festacte beigewohnt habe. Wenn ich mich bei Schilderung der

Vorgänge bei den Berliner Wahlen genöthigt sah, der Agitation für dieselben ganz besonders zu gedenken, und ihrer Art und Weise eingehendere Zeilen zu widmen, so kann ich das bei gegenwärtigem Capitel füglich ganz unterlassen. Da war von keiner Agitation die Rede, als es hieß, daß man etwas vorbereite, was dem Fürsten Bismarck Freude bereiten solle. Auf den leisesten Hauch einer Andeutung hin strömten Tausende von Berliner Bürgern zusammen, um sich an solchem Beginnen mit Leib und Seele und Geldbeutel zu betheiligen.

War der Bismarck-Fackelzug auch auf einer selbstständigen Action beruhend, so befand sich dieselbe dennoch in verwandtschaftlichem Zusammenhange mit den beiden parallel gehenden Werbungen im Lande, und in Berlin für den Bismarckfonds und die Bismarckspende. Auf diese beiden letzteren gehe ich hier nicht näher ein, sondern bemerke nur, daß an der leitenden Stelle des Comité's für die Bismarckspende der Präsident des Herrenhauses, Herzog von Ratibor, getreten war, während das Comité für den Bismarckfonds, als dessen Schatzmeister Herr Banquier Rudorff fungirte, aus fast ausschließlich Berliner Herren bestand. In Betreff der Endziele gingen diese beiden Comité's auseinander, wenn auch der Zweck, dem Fürsten Bismarck eine Ehrengabe an seinem Jubiläumstage, dem 1. April, zu überreichen, der gleiche war. Während nämlich einerseits die Ansicht vorwiegend war, daß die Ehrengabe in einem dem hohen Jubilar persönlich gewidmeten Geschenke bestehen solle, waltete andererseits die Meinung vor, daß diese Ehrengabe nur dem Fürsten zur Verfügung gestellt werden solle, zu einem von ihm zu bestimmenden gemeinnützigen oder nationalen Zweck. Bekanntlich wurden die beiden beträchtlichen Fonds später zusammen geworfen, und beiden Ansichten dadurch Rechnung getragen, daß das Rittergut Schönhausen, der alte Erbsitz der Familie, in der Gesammtheit seines frühern Besitzstandes wieder hergestellt und der sehr bedeutende Rest der Summe zu einem Fonds für den höhern Lehrerstand angelegt ward, der nach Maßgabe der Intentionen des Fürsten verwaltet und verwendet werden sollte. Leider hatte

sich über diese schließlich von Allen als die beste und einfachste Verwendungsart anerkannte Angelegenheit ein unangenehmer Streit erhoben, den zu verschärfen die gegnerische Presse hetzender Weise nicht unterließ, und der um so mehr als vollkommen überflüssig und unberechtigt hingestellt werden muß, als es doch Jedem klar sein mußte, daß derjenige, dem die Spende galt, auch allein darüber zu verfügen haben mußte. Sonst wäre es doch eben kein Ehrengeschenk gewesen. Dieser Streit war freilich das einzige, was die ganze Episode auf kurze Zeit zu verdunkeln im Stande war; sonst aber bestand überall der gleiche rege Wetteifer, einander hervorzuthun in den Beweisen der Anhänglichkeit an den Jubilar.

Zumal, was die für den 1. April beabsichtigte große patriotische Demonstration anbelangt, war von irgend welchen Meinungsverschiedenheiten in Betreff der Ausführung des Vorhabens absolut keine Rede, wenn freilich auch die Art und Weise, wie alles zu Stande kommen sollte, schon angesichts der Großartigkeit und des Umfanges des Unternehmens selbst genau durchberathen werden mußte. Die Idee selbst war von Herrn Luckhardt ausgegangen, dem sich Dr. Blasius und Banquier Paul Rösner anschlossen, und zunächst den näherstehenden Parteifreunden und Führern der Conservativen mitgetheilt worden. Dieselben fanden sich alsbald zu einem Centralcomité zusammen, dessen Spitze in den drei genannten Herren bestand.

Herr Luckhardt hatte die ersten Wege zu diesem Vorhaben geebnet, denn er hatte bereits die Erlaubniß des Polizeipräsidenten v. Madai zu dem Fackelzuge in der Tasche und auch beim Fürsten Bismarck die einleitenden Schritte gethan.

Auf die bezügliche Anfrage des Herrn Luckhardt beim Fürsten erhielt der erstere folgenden liebenswürdigen Bescheid:

Berlin, den 13. März 1885.

Dem Central-Comité bin ich beauftragt, auf das gefällige Schreiben vom 7. d. Mts zu erwidern, daß der Herr Reichskanzler sich durch Darbringung eines Fackel-

zuges am Abend des 31. März sehr geehrt fühlen wird, und die Herren bittet, den Ausdruck seines verbindlichsten Dankes für diese freundliche Aufmerksamkeit entgegen zu nehmen.

Graf zu Rantzau,
Wirklicher Legationsrath.

Als Mitglieder traten dem Comité dann noch bei: die Vertreter der verschiedenen Gruppen, welche an dem Festzuge theilzunehmen beabsichtigten. Namentlich waren dies die Herren Obermeister Meyer für den ersten, Kaufmann Rappo für den zweiten, Geh. Registrator Schneider für den dritten, Dr. med. Kleist für den vierten, Tischlermeister Schulz für den fünften, Kanzleirath Engelke für den sechsten Wahlkreis, denen ich mich als Delegirter der an dem Fackelzuge theilnehmenden Vereine aus den Kreisen Teltow-Beeskow-Storckow-Charlottenburg und Nieder-Barnim anschloß. Ferner wurden als Mitglieder des Centralcomité's cooptirt: die Herren Major Blume und Abg. Cremer, der Vorsitzende des conservativen Clubs von Berlin, Generallieutenant von Puttkamer Excellenz, der Vorsitzende des Clubs Hohenzollern, Freiherr von Monteton, der Vorsitzende des Bismarcksfonds, Königl. Kammerherr Freiherr Maltzan von Mühlfeldt, der Vorsitzende des Conf. Vereins in Schöneberg, Prem.-Lieutenant Michaelis, für die Hochschulen der Vorsitzende des Ausschusses der Berliner Studentenschaft, stud. Hermann Schulz, der Vorsitzende des Vereins deutscher Studenten, Freiherr v. Zedlitz-Neukirch, der Vertreter der technischen Hochschule in Charlottenburg, stud. Herrnring, der Vertreter der Kunstacademie, Maler und Lieutenant a. D. Neitzke, für die Berliner Innungen Obermeister Brandis, denen sich noch die beiden Großindustriellen, Geh. Commerzienrath Schwartzkopf und Director Holz (Schering'sche Fabrik), anschlossen. Die Berathungen über das Wie dauerten den ganzen März hindurch, es waren aber auch schwierige Punkte zu erledigen. Abgesehen von den finanziellen Fragen, die die wenigsten Schwierigkeiten machten, da die große Masse der Theilnehmer das Vorhaben nach dieser Richtung hin vollkommen sicher-

stellte, waren die Hauptfragen, die der ersten Erledigung bedurften, zunächst technischer Natur. Es handelte sich nicht allein um die praktische Anordnung des Zuges, sondern auch um Decorationen und Beschaffung des großen Wagens, der in einer Länge von 60 Fuß, die allegorischen Figuren aufnehmen sollte. Mit dem Arrangement war Herr Neitzke betraut, der dasselbe denn auch zum höchsten Lobe durchführte. Zuerst war beschlossen worden, die Aufstellung des Zuges im Thiergarten auf dem Königsplatze vorzunehmen, und durch das Brandenburgerthor gleich in die Wilhelmstraße einzuschwenken, aber Se. Majestät hatten gewünscht, den Zug am Kaiserlichen Palais vorbeikommen zu sehen, um Sich ebenfalls an der Ovation zu erfreuen, die seinem getreuesten Diener dargebracht wurde. Demgemäß mußte die Aufstellung auf dem Lustgarten, Schloßplatz und Schloßfreiheit arrangirt werden, was denn auch unter dem Beirath des liebenswürdigen, leider jetzt verstorbenen, Polizeioberst Herquett zur höchsten Zufriedenheit gelang.

Noch eine sehr nennenswerthe Schwierigkeit war zu überwinden, nämlich die Zufälligkeit, daß der Tag der Ovation, als welchen der Fürst selbst den 31. März gewünscht hatte, bereits in die Charwoche fiel, in welcher öffentliche Aufzüge verboten waren. General von Puttkamer hatte sich persönlich beim Kaiser dafür verwendet, daß dieses Verbot für den gegebenen Ausnahmefall aufgehoben würde, zumal das Fest auf den Montag fiel und der eigentliche Passionstag, Charfreitag, also gar nicht berührt wurde. Aber der Kaiser glaubte seine Machtvollkommenheit als Summus episcopus selbst in solchem Fall nicht zu positiven Befehlen brauchen zu können, erklärte vielmehr, daß er gar nicht in der Lage sei, kirchliche Anordnungen zu durchbrechen, aber persönlich nichts dagegen habe, wenn der Festzug stattfände. Die Charwoche war auch das Hauptbedenken der Christlich-Socialen, welche schließlich erklärten, daß sie sich von der Betheiligung ausschließen müßten, da die religiösen Rücksichten bei ihnen vorwalteten. Gegen einen solchen Standpunkt war freilich nichts einzuwenden, aber die nicht minder religiös denkenden Conservativen, welche sich an dem Feste betheiligten, haben gewiß geglaubt,

daß der liebe Gott es nicht allzu scharf nehmen würde, wenn sie in einer stillen Betrachtungen geweihten Zeit einmal auf kurze Stunden einen zwar weltlichen, aber ebenfalls ethischem Gefühl den Vorrang ließen.

Gott hat das entschieden so günstig aufgefaßt, denn er sandte zum 31. März ein wahrhaft herrliches, mildes Wetter, das am Besten geeignet war, all' den Glanz und alle die Pracht entfalten zu lassen, wie sie Berlin niemals vorher gesehen hatte. Imposant genug war schon der Aufzug der Kriegervereine, der in den ersten Stunden des Nachmittags stattfand. Inzwischen hatten die sämmtlichen Abtheilungen des Festzuges mit ihren Fahnen, in altdeutsche Tracht gekleideten Cavallerie-Musikcorps zu Pferde, Herolden, ebenfalls zu Pferde, reichgeschirrten Wagen, zur Aufnahme der Comitémitglieder bestimmt, und, last not least, Fackeln in vorher festgestellten Positionen Aufstellung genommen. Beim Hereinbrechen der Dunkelheit flammten 10,000 Fackeln auf, eine schwarze Rauchwolke lagerte sich über Berlin, die freundlich herabschauenden Sterne verdunkelnd, und der schier endlose Zug setzte sich in Bewegung. Voran kamen 500 Sänger, welche beim Palais des Fürsten abschwenkten und ein von August Bungert componirtes Bismarcklied vortrugen. Als der letzte Accord verklungen war, nahm Fürst Bismarck das Wort und begann mit weithin vernehmlicher Stimme: „Ja, noch zehn Jahre wie heut" — — da unterbrach ihn ein frenetischer Jubel in den Reihen des dichtgedrängten Publicums: „Zehn Jahre, zwanzig Jahre, dreißig Jahre, hundert Jahre, Fürst Bismarck hoch, hoch, hoch, hurrah!" Es dauerte Minuten, bis nach dem Sturm der Begeisterung wieder Stille eintrat. Und nun fuhr der Reichskanzler fort: „Ich danke Ihnen Allen aus tiefstem Herzen für die großartige Ovation, welche Sie mir aus Anlaß meines siebenzigsten Geburtstages dargebracht haben. Das Verdienst, Deutschland groß und stark zu sehen, gebürt unserem greisen Heldenkaiser, dem wir jetzt fünfzehn Jahre des Friedens verdanken. Se. Majestät der Kaiser, er lebe hoch!" Die Häupter aller Umstehenden hatten sich entblößt, das Hoch auf den geliebten Heldenkaiser schallte be-

geistert zum Himmel. Es war der würdigste Abschluß, den dieser Theil der Feier finden konnte, und ich, der ich als Festordner zufällig in der Nähe war, hörte einen Mann in Arbeiterkleidern mit Thränen in den Augen und vibrirender Stimme neben mir sagen: „Das war der schönste Augenblick meines Lebens.“

Dann kam die Studentenschaft und hinter ihr, umstrahlt von dem hellgrünen Schein der aus der Schering'schen Fabrik hervorgegangenen, bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal benutzten Aluminium-Fackeln, der von sechs in reiche Goldschabracken gehüllten Pferden gezogene große Wagen, auf dem die Germania mit andern lebenden Bildern allegorisch die Herstellung des deutschen Reiches zur Anschauung brachte. Daran schlossen sich die Künstler, auf Dromedaren und Pferden, zum Theil in den Trachten der „neuesten“ deutschen Mitbürger, der Kameruner, zum Theil in altdeutschen und altgermanischen Costümen. Unter ihnen fehlte auch nicht King Bell, der graciös dem am Fenster seines Palais stehenden großen Kanzler einen Lorbeerkranz hinaufreichte. Die Theilnehmer aus den sechs Wahlkreisen, die Innungen, und den Beschluß machten die Arbeiter der Schwartzkopf'schen und Schering'schen Fabrik, letztere wieder mit den hellgrün leuchtenden Fackeln. Reich war die Ausstattung der Züge an Fahnen und Emblemen. Der fünfte Wahlkreis hatte einen riesigen Wagen bauen lassen, auf welchem die Huldigung des Handwerks allegorisch durch lebende Repräsentanten dargestellt wurde. Ich hatte für die aus den beiden Kreisen herbeigeeilten Festtheilnehmer ein Transparant machen lassen, auf dem der alte Spruch des Hauses Bismarck stand: In trinitate robur und

„Das Wegekraut sollst lassen stah'n,
Hüte Dich, Jung', sind Nesseln dran.“

Unvergeßlich wird mir der Anblick sein, wie der Fürst Bismarck umgeben von seiner Familie, beleuchtet von zwei Lampen, die Graf Wilhelm und Professor Schweninger hielten, den Helm in der Hand dastand, unaufhörlich grüßend und mit einem großen silbernen Pocal winkend.

Ja das war eine Feier! Eben weil sie von Herzen kam, fehlte ihr auch nicht die Grundnatur jedes elementaren Ereignisses, und Jedermann fühlte sich hochgehoben und zugleich seltsam bewegt von diesem Schauspiel. Ob nicht vielleicht den Herren Richter—Virchow—Singer ein wenig das Herz dabei gebebt haben mag? Das „Berliner Tageblatt“ hatte sich wenigstens zu einem anständigen Festartikel aufgeschwungen, während sich die Berliner Stadtvertretung dem Ehrenbürger der Hauptstadt gegenüber außerordentlich kühl verhielt. Nicht einmal ein Festessen ward ihm zu Ehren arrangirt, sondern man begnügte sich, ihm schriftlich eine Gratulation durch einen städtischen Boten zustellen zu lassen. Die Herren konnten an jenem Tage Frack und weiße Binde gar nicht finden. Fürst Bismarck wird sich getröstet haben; er konnte die Herren in der That auch missen über alle den Aufmerksamkeiten, welche ihm von Nah und Fern zu Theil wurden. Die vielen darunter befindlichen Kunstgegenstände fanden später im Architectenhause auf eine Zeitlang Unterkunft, wo sie dem Publicum zur Besichtigung überlassen wurden.

Der folgende Morgen brachte dem verdienten Staatsmann die höchste Auszeichnung, indem auch der greise Kaiser es sich nicht nehmen ließ, mit sämmtlichen Prinzen dem treuen Berather und großen Staatsmann persönlich zu gratuliren. Dann folgte ein Frühschoppen beim Fürsten, dem viele Festtheilnehmer und Deputationen anwohnten.

Es waren Festtage, der 31. März und 1. April 1885, wie sie in ihrer Art einzig in Berlin dastehen. Fast kaiserliche Ehren wurden dem Fürsten an diesen beiden Tagen von der Berliner Bevölkerung, oder vielmehr von dem national gesinnten Theil dieser Bevölkerung erwiesen, und der greise Monarch freute sich dieser Ehrenbezeugungen, wie wenn sie ihm selbst gegolten hätten. Freilich war das ja auch der Fall, denn Kaiser Wilhelm war es, der uns diesen Mann gegeben, der ihn uns mit seinem „Niemals“ trotz aller feindlichen Einflüsse der politischen Eifersucht und Intrigue erhalten hatte. Ich nenne diesen Bismarcktag auch einen Ehrentag der Berliner conservativen Bewegung, denn die

Berliner Patrioten haben sich selbst geehrt, indem sie Fürsten Bismarck huldigten. Mehr als hundert Versammlungen hat dieses eine Fest der Bewegung praktischen Nutzen gebracht — die kleinmüthigen Krämerseelen aber, welche keine wahre Begeisterung kennen, und deren Ideale bei Lichte besehen, widrige Zerrgebilde sind, standen grollend bei Seite.

Wie erfreut Fürst Bismarck über die in allen Theilen wohlgelungene Ovation war, bezeugte er durch nachstehendes Schreiben an den Vorsitzenden des Central-Festcomité's, Herrn Fr. Luckhardt, das ich an dieser Stelle, überhaupt zum ersten Male, veröffentliche:

Berlin, den 20. April 1885.

„Euer Hochwohlgeboren bitte ich, Allen, welche an dem mir aus Anlaß meines Geburtstages dargebrachten Fackelzuge theilgenommen haben, und denen ich persönlich noch nicht gedankt habe, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen für die hohe Ehre, welche diese Herren mir erwiesen haben.

Meine Freude an dem glänzenden Aufzuge ist um so größer gewesen, als die Umsicht und Ordnung, mit welcher derselbe geleitet worden ist, und das wohlwollende Zusammenwirken aller Betheiligten möglich gemacht, die Schwierigkeiten der Ausführung ohne Mißklang zu lösen.

von Bismarck."

20. Capitel.

Anderweite politische Verhältnisse; der Stöckerproceß.

Zwischen solchen geschilderten Ereignissen des Jahres 1885 hindurch traten nach einander Gebilde auf, welche die politische Physiognomie der Reichshauptstadt nach dieser oder jener Richtung hin veränderlich erscheinen ließen, obwohl die eigentlichen Grundzüge des Aussehens dieselben blieben oder sich wenigstens nur in sehr unmerklicher Weise umgestalteten. Schon der Januar brachte einen Trauerfall, der um so mehr beklagenswerth war, als es ein junges, hoffnungsreiches Leben galt, welches den politischen Gegensätzen zum Opfer fiel. In einem früheren Capitel habe ich bereits die argen Zerwürfnisse geschildert, welche in der Studentenschaft herrschten und die sich besonders auf die unversöhnliche Feindschaft zwischen dem „Verein deutscher Studenten" und der „freien wissenschaftlichen Vereinigung" zuspitzten. Diese politische Feindschaft in persönliche Beleidigungen ausarten zu lassen, ist gewiß nicht zu vertheidigen, und noch weniger ist es die Thatsache, daß derartige Rencontres in Pistolenmensuren mit verschärften Bedingungen ausgetragen wurden. Indessen ist der „parlamentarische" Brauch des einfachen Wortkampfes bei der heißblütigen Jugend nicht eingeführt, und insbesondere die Studentenschaft hat die traditionelle Eigenart beibehalten, die Hand sofort an den Schwertgriff zu legen. Ueber die Wahrung der persönlichen Ehre herrschen ja die verschiedensten und einander widersprechendsten Ansichten. Wer sich freilich überwinden

kann, in allen ihn schwer betreffenden Fällen das öffentliche Gesetz entscheiden zu lassen, nun, der kommt ja jedenfalls am besten fort. Er bleibt der Sieger unter allen Umständen, und hat das Bewußtsein, daß der Beleidiger fünf oder zehn Thaler hat bezahlen müssen, oder im Unvermögensfalle in's Loch gewandert ist. Die persönliche Ehre ist aber ein eigen Ding und das öffentliche Recht ist oft nicht im Stande, das individuelle Bewußtsein herzustellen, daß diese Ehre durch die gesetzliche Strafe gerächt ist, welche der Gegner erleiden muß. Ich bin kein Freund des Zweikampfs: es ist recht, das er verboten ist, aber ich bezweifle, ob der Richterspruch dem Beleidigten in allen Fällen vollkommene Satisfaction vor seinem eigenen Innern gewährt. Ich gebe zu, daß die Sitte des Zweikampfs eine barbarische sein mag, aber sie ist mit den Auffassungen in unserer besseren Gesellschaft noch zu innig verwachsen, als daß sie durch ein nacktes Veto aus der Welt geschafft werden könnte. Kurz und gut, der Zweikampf, das Duell, ist heute noch ein Factor, mit dem man in der Gesellschaft rechnen muß, und der zwar nicht vor dem öffentlichen Recht, aber oft vor dem eigenen Gewissen unter Umständen durchaus entschuldbar, ja sogar geboten ist. Ich kann diese Hypothese freilich nicht auf das Duell Holzapfel-Oehlke anwenden — denn eine Schlägermensur hätte vielleicht dieselben Dienste geleistet, wie die Pistolenforderung. Sie war aber leider erfolgt und der junge Holzapfel fiel als Opfer der politischen Verhältnisse unter den Studenten. Die Erregung in allen Kreisen Berlins über diesen Fall war fast nicht minder groß, wie die über die Ermordung des Polizeiraths Rumpf, welche Unthat damals ebenfalls erfolgte. Da der stud. Oehlke, der Gegner Holzapfel's, der freisinnigen Partei angehörte, so klangen die den Fall besprechenden Artikel der freisinnigen Presse zwar elegisch und man sprach viel gegen das Duell und den nichtsnutzigen Uebermuth des jungen Studentenvolks, aber so gepfeffert und gesalzen waren diese Artikel lange nicht, wie bei dem späteren Falle Eichler-Blum, wo das Opfer auf Seiten der „freien wissenschaftlichen Vereinigung" beziehentlich des Freisinns war. Im übrigen muß ich sagen, daß die Ansichten der Freisinnigen

über den Gebrauch der Waffen zur Wahrung der persönlichen Ehre genau so einseitig und befangen sind, wie über den Gebrauch der Waffen zur Wahrung der nationalen Ehre des Vaterlandes. Das geht aus einem Vortrage des Schriftstellers Ledebur im demokratischen Verein zu Berlin hervor, welcher die militärische Macht Deutschlands so organisiren wollte, daß im ganzen Lande Militär-Instructoren angestellt würden, die die Jugend militärisch auszubilden hätten, und mit einer jährlichen 14 Tage lang dauernden Schießübung sollte dann die gesammte militärische Bildung abgeschlossen sein. Herr Ledebur war nach solchem Vortrage gewiß geeignet, den ersten Militär-Instructorposten zu erhalten. Die sogenannte Abrüstungsfrage spielte bekanntlich im freisinnig-social-demokratischen Lager eine Hauptrolle, und wenn ich alles beim Freisinn begreife, so doch das nicht, daß er es wagte, mit solchen militärischen Neuerungen unserm Volke zu kommen, das bekanntlich gerade in Heeresfragen sehr feinfühlig und urtheilsfähig ist. Nun, es sollte nicht lange dauern, bis die Freisinnigen zur Erkenntniß dessen gelangen mußten, daß das deutsche Volk in Sachen des Schutzes und Trutzes gegen den äußern Feind denn doch nicht so obenhin dachte, sondern diese Angelegenheit sehr ernst nähme. Eine Partei, welche so absonderliche Ansichten über die Einrichtung unserer Wehrverfassung hatte, wollte nicht allein in sämmtlichen Fragen der innern Politik tonangebend sein, sondern auch in den auswärtigen Angelegenheiten dem Fürsten Bismarck das Concept corrigiren. Der Reichskanzler nahm jetzt einmal die Gelegenheit wahr, das vaterlandslose Treiben jener Partei zu skizziren und auch zugleich eine seiner scharfen Bemerkungen nach England hinüberzuwerfen, welches damals in Sachen der Colonialpolitik uns eifersüchtige Scenen zu machen begann. Die großartige Rede des Fürsten über die Freundschaft der Dynastien, über unsere Politik hinsichtlich des Auslandes, über den Streit im Innern des Landes, den er mit dem bösen Hödur verglich, wird wohl nicht leicht aus dem Gedächtniß der Politiker kommen. Diese Rede nahm Herr v. Zedlitz-Neukirch zum Ausgangspunkt eines Vortrages, in welchem er folgendes ausführte:

„Der Herr Reichskanzler,“ so etwa begann er, „hat in der großen Rede, die er neulich hielt, in sehr charakteristischer Weise die deutsche äußere Politik in Vergleich gestellt mit derjenigen Englands. Wir in Deutschland haben stets die Politik befolgt, daß wir unser Recht geltend machen nur so weit, als wir nicht die Rechte anderer Nationen angreifen und unser eigenes Interesse nur in einer erlaubten Weise vertreten, während die äußere Politik Englands stets nur ihre Sonderinteressen im Auge hat und das Recht der anderen Nationen mit Füßen tritt. Der Herr Reichskanzler hat in seiner Rede aber auch mit Recht darauf hingewiesen, daß die Vorgänge in Deutschland sehr leicht den Eindruck machen, als ginge es bei uns wie in jener griechischen Mythe in Kolchis, als finde auch bei uns stets der Loki seinen Hödur. Zwei Parteien sind es da hauptsächlich, die sich bestreben, die Blüthen, die der Völkerfrühling gezeitigt, wieder abzubrechen, der Fortschritt und das Centrum. Der radicale Fortschritt ist nichts anderes als die Verkörperung des Gedankens des schrankenlosesten Individualismus, ist in seinen äußersten Endzielen die Aufhebung aller Staatsordnung. Er geht ja aus von der berechtigten Grundlage der männlichen Selbstbestimmung, aber indem er die freie Conkurrenz als alleinigen Gott hinstellt und das praktische Christenthum ganz aus dem Spiele läßt, treibt er zu einer Aufreibung der Schwachen durch die Starken. Auch das Centrum geht von der an sich berechtigten Grundlage einer christlichen Autorität aus, aber es begeht den Fehler, daß es versucht, die Herrschaft der römischen Kirche als die Hauptsache hinzustellen und so unser christliches Staatsleben zurückzudämmen in jene finsteren Zeiten des Mittelalters. So verschieden die Grundlagen beider Parteien auch in ihren Ausgangspunkten sind, so finden sie sich doch zusammen in dem Kampfe gegen den nationalen Staat (Beifall) und gegen den Staatsmann, den wir mit Recht als den kräftigsten und vornehmsten Träger des nationalen Gedankens anerkennen können. (Beifall). Zu diesen Zweien gesellen sich nun noch andere Bundesgenossen, so vor allem die Socialdemokratie, die ja von vornherein den Grundsatz befolgt,

die Stützen jeden Staates zu untergraben. Wo nun aber so mächtige Gegner gegen unsere Monarchie und gegen die Spitze derselben auftreten, da müssen alle Patrioten sich zusammenschließen."

Gegen Fortschritt und Socialdemokratie mußte denn auch jetzt wiederum die Spitze der conservativen Agitation in Berlin gerichtet werden, und zwar um so mehr, als diesen beiden vereinigten Lagern inzwischen neue Hülfstruppen zugeführt worden waren. Insbesondere war es die Socialdemokratie, welche in dem neugegründeten Arbeiterinnen-Verein einen nicht zu unterschätzenden Zuzug erhalten hatte. Derselbe war der Niederschlag der Berliner Mäntelnäherinnen-Bewegung einestheils, und der von vorn herein freilich auf vollkommen ethischem Boden stehenden Frauenbewegung zur Hebung der Sittlichkeit in Berlin andertheils, wie sie von Frau Guilleaume Schack inaugurirt worden war. Nach und nach hatte sich diese Frau zu dem emancipirt, was in ihrer Grundnatur lag, nämlich zu einer der eifrigsten Agentinnen der Socialdemokratie auf dem Gebiet der Frauenrechte. Sie war es, die mit den alten bekannten Vorkämpferinnen der weiblichen Socialdemokratie, der Frau Dr. Hoffmann, den Damen Cantius, Stägemann, der Präsidentin Hahn und wie diese weiblichen Epigonen der Damen der Halle von 1792 alle hießen, zusammen jenem Arbeiterinnen-Verein das Leben gaben, der nur allzubald in eine Zufluchtsstätte der männlichen Socialdemokraten ausartete. Diese letzteren hatten ihre Tendenz keineswegs, wohl aber ihre Praxis geändert. Sie versteckten ihre Agitation jetzt unter den Weiberrock. Als einer der hervorragendsten Redner in den Arbeiterinnen-Versammlungen fungirte Herr Dr. Lüttgenau, der sich zwar nur zu den demokratischen Principien bekannte, seinem ganzen Gebahren nach aber durchaus zu der Socialdemokratie gehörte. Ich habe bei späteren Gelegenheiten diesen Herrn kennen gelernt, und muß gestehen, daß er ein nicht ungefährlicher und keineswegs zu unterschätzender Gegner ist, der mit sehr weltmännischen Allüren ein bedeutendes Quantum Rednergabe und auch wissenschaftliche Kenntnisse verbindet.

Daß die Conservativen gerne bereit waren, die berechtigten Forderungen der Arbeiterinnen und besonders der Mäntelnäherinnen zu gewähren, geht aus den damaligen entsprechenden Aeußerungen der conservativen Presse zur Evidenz hervor. Man wollte den Standpunkt der Frau in wirthschaftlicher Hinsicht überhaupt ändern, wie dies ja die Arbeiterschutzanträge bewiesen, welche damals vom Abgeordneten Hertling eingebracht worden waren und die das beste, wohlwollendste Entgegenkommen bei den Conservativen fanden. Man wollte vor allen Dingen auch die alleinstehenden Mädchen in Berlin vor den vielfachen Verführungen der Großstadt sicher stellen, und eine ganze Reihe von auf conservativem Boden stehenden Privatvereinigungen hatte sich zu diesem Behufe aufgethan. Herr Hofprediger Stöcker berief eine Frauenversammlung ein, in der er an die Berathungen im Reichstage über den Nähgarnzoll anknüpfte, bei denen weniger der Zoll als das Loos der Arbeiterinnen im Vordergrunde stand. „Und mit Recht," meinte der Redner, „denn es sind Mißstände zu Tage getreten, denen im Interesse der Arbeiterinnen gesteuert werden muß. Kürzlich gelangte eine mit Hunderttausenden von Unterschriften versehene Petition an den Reichstag, in der gesagt wird, daß durch die Zollerhöhung den Arbeiterinnen eine jährliche Mehrausgabe von vier bis sechs Mark erwachsen würde." „Ich würde dies bedauern," fuhr Herr Stöcker fort, „wenn die Mehrausgabe auch nur drei oder zwei Mark betrüge, und gegen die Erhöhung stimmen, aber viel wichtiger ist ein anderer Punkt, der seitens des Regierungscommissars zur Sprache gebracht wurde. Es ist dies die traurige Thatsache, daß die Fabrikanten an dem Nähgarn, welches sie ihren Arbeiterinnen liefern, so viel verdienen wollen. Der Abgeordnete Gehlert hat hinzugefügt, daß die Arbeiterinnen bis zu 25 pCt. an die Arbeitgeber bezahlen müssen und bei sogenannten Abrundungen bis zu 105, 113 und 128 pCt. steigen. Daß die Socialdemokraten und Deutschfreisinnigen an diesen Mißständen stillschweigend vorübergehen, spricht nicht für ihre Arbeiterfreundlichkeit." Solche empörende Zustände müßten beseitigt werden und deshalb schlug Herr Hofprediger Stöcker eine Resolution vor, in der der

Reichstag zur entsprechenden Remedur aufgefordert wurde. Aber derartige Bemühungen, die Arbeiterinnen und ihren Verein aus den Händen der Socialdemokratie zu befreien, schlugen fehl, wenngleich natürlich auch eine Menge gut gesinnter Arbeiterinnen von dem Verein zurücktrat. Erst nachdem Frau Guilleaume Schack eines schönen Tages vom Polizeipräsidium ersucht wurde, ihren Wanderstab weiter zu setzen und nachdem den Männern das Auftreten in den Frauenversammlungen verboten worden war, änderte sich die Sache insofern, als die später stattfindenden Frauenversammlungen einen nur gespaßigen, keineswegs aber mehr einen ernsten Charakter trugen, und in politischer Hinsicht alle Wichtigkeit verloren. Die Socialdemokratie in Berlin oder vielmehr die Arbeiterpartei, wie sie sich hier nannte, hatte aber nicht allein diesen Verlust an Boden für ihre agitatorische Thätigkeit zu beklagen, sondern es trat auch noch eine Spaltung ein, die sich besonders gegen die beiden Stadtverordneten Görcki und Herold richtete. Diese beiden wurden schließlich von der Partei vollkommen geächtet. Um die näheren Umstände hier zu erörtern, fehlt mir das Material; für die vorliegende Beschreibung ist es aber auch genügend, zu constatiren, daß die Spaltung in der Arbeiterpartei zugleich auch eine Schwächung derselben bedeutete, welche die socialdemokratische Parteileitung dadurch auszugleichen suchte, daß sie sich mit aller Wucht auf die im Sommer wie gewöhnlich in Berlin eintretende Strikebewegung warf. Das Striken der Bauarbeiter insbesondere nahm in Folge dieser politischen Beimischung eine sehr große Schärfe an, und es ist trotz aller Ableugnungsversuche sicher, daß die Strikenden nicht allein aus ihren eigenen Hülfskassen, sondern auch aus der Kasse der socialistischen Parteipropaganda Mittel erhalten haben. Eine allzustraffe Handhabung des gesetzlich verbürgten Coalitionsrechts der Arbeiter zur Aufbesserung ihrer Löhne ist gewiß nicht segensreich für dieselben, sie fordert eine gleiche und der Natur der Sache nach gewichtigere Coalition der Arbeitgeber heraus, nährt den Müssiggang und die Unzufriedenheit und birgt in sich die schwersten wirthschaftlichen und moralischen Schäden für den Arbeiter. Damit ist

freilich der Socialdemokratie durchaus gedient; sie kann nichts besseres wünschen, als daß diese Unzufriedenheit den äußersten Grad erhält und somit ist es auch erklärlich, daß der bekannte spätere Streikerlaß des Ministers von Puttkamer jene Partei ganz besonders erzürnte. Hinsichtlich der von der Strikebewegung hervorgerufene Gegenbewegung der Arbeitgeber möchte ich aus einer Rede des Baumeisters Böckmann den Beweis führen, wie fest man entschlossen war, allen übertriebenen Anforderungen der Arbeiter im Baugewerbe die Spitze zu bieten:

Eine Einigung und feste Organisation der Baugewerksmeister und Berufsgenossen sei anzustreben. Die Arbeitgeber im Baugewerbe hätten nicht ein Interesse an niedrigen Löhnen, sondern nur an stetigen Lohnsätzen. Sie müßten aber Stellung nehmen gegen die Auswüchse, die sich geltend machten, gegen Aussprüche wie: ‚Accordarbeit ist Mordarbeit', die darauf hinausgingen, die Arbeitstüchtigkeit zu vermindern, ferner gegen die geforderte Festsetzung eines Minimallohnsatzes, der gerade dahin führen würde, daß die alten Gesellen ‚auf das Straßenpflaster' geworfen würden. Die Bauarbeitgeber hätten diesmal gesiegt, nicht durch die Stärke der Meister, sondern durch die Fehler der Agitatoren, die übertriebene Zumuthungen gestellt hätten, ferner dadurch, daß die Meister rechtzeitig und aus eigenem Antriebe den Lohn auf vier Mark erhöht hätten. Gegen die Erfolge der Agitatoren und künftige Arbeitseinstellungen könne man sich nur durch eine straffe Organisation schützen. Er habe ein vorläufiges Statut zu einer solchen dauernden Gemeinschaft gegen unberechtigte Forderungen ausgearbeitet und könne nur rathen, schleunigst vorzugehen. In demselben Sinne äußerten sich Obermeister Brandes von der Tischlerinnung und Vertreter verschiedener anderer Baugewerbe, welche ausführten, daß das gesammte Bauhandwerk als solches in einer festen Organisation kraft- und machtvoll gegen alle solche Auswüchse Front machen müsse. Von einer Seite wurde auch betont, daß eine solche Vereinigung eine Aenderung der Gesetzgebung anstreben sollte. Das Coalitionsrecht müsse wieder fallen! Baurath Böckmann brachte sodann das Statut (der Vereinigung

der Inhaber von Baugeschäften) zur Verlesung. Dasselbe beschränkte sich zunächst auf eine Vereinigung der Maurer- und Zimmermeister. Der Zweck derselben sollte ausschließlich die Regelung der Lohnfrage mit den Gesellen sein, u. zw. diese womöglich auf gütlichem Wege, eventuell durch gemeinsames Auftreten gegen Vergewaltigungen und Arbeitseinstellungen. Mit der Annahme der Statuten schloß die Versammlung, welche von 350 Maurermeistern besucht war, die damals 3860 Gesellen beschäftigten und zwar 1,5 pCt. unter 40 Pf., 7 pCt. zu 40 Pf., 37 pCt. zu 42½ Pf., 41 pCt. zu 45 Pf., 12 pCt. in Accord und nur 1,50 pCt. zu 50 Pf.

Hinsichtlich der Forderung für Beseitigung des Coalitionsrechtes bemerke ich, daß dieselbe von conservativen Politikern zwar nicht getheilt wurde; auf der andern Seite konnte man es den Arbeitgebern nicht verdenken, daß sie in diesem Recht der Arbeiter den Grund allen Uebels sahen.

Obwohl natürlich solche Angelegenheiten die größte Aufmerksamkeit der Conservativen beanspruchen mußten, lenkte sich im Sommer das Interesse zumeist doch auf einen Preßproceß, der aus dem Grunde eine von den ähnlichen Processen gänzlich verschiedene Bedeutung erhielt, weil dem Beleidigten, Herrn Hofprediger Stöcker, durch die Praktiken seiner politischen Feinde — Gegner kann man sie hinsichtlich ihres auf die Person übertragenen grenzenlosen Hasses gegen den Führer der Christlich-Socialen nicht mehr nennen — zahlreiche Fallen und Fangnetze gestellt wurden, um ihn mit dem Strafgesetzbuch in Conflict zu bringen und diesen für sie gefährlichen Politiker für immer unschädlich zu machen. Die gerichtliche Anklage richtete sich gegen den Redacteur der „freien Zeitung", Heinrich Bäcker, wegen Beleidigung des Herrn Hofprediger Stöcker durch die Presse, und zwar waren zwei Artikel des genannten Blattes incriminirt, von denen der eine sich auf die agitatorische Thätigkeit Herrn Stöcker's bezog, welche sich nicht mit seinem Amt als Hofprediger vertrage; auch wurde sein ganzes Auftreten ein lügnerisches genannt. Der zweite Artikel

befaßte sich mit den „Denkwürdigkeiten des Schneiders Grüneberg“, des bekanntlich sehr unsicheren Cantonisten, den Herr Stöcker trotz allerdings vielfacher Warnungen vor dem nicht empfehlenswerthen Charakter desselben doch aus Noth und Elend errettet, und ihn, als er sich politisch brauchbar erwies, für seine Arbeiten in Betreff der Leitung der christlich-socialen Partei verwendet hatte. Der ehrenwerthe Herr Grüneberg zapfte so lange es möglich war, und als ihm Herr Stöcker den Zugang zum Faß einigermaßen verlegte, da trat er mit seinen Notizen auf, die er während der Dauer seiner Vertrauensstellung gemacht. Er verwerthete dieselben für die Summe von dreißig Mark an die „Volkszeitung“, ein Beweis, wie theuer Herr Stöcker seinen Feinden war, und aus diesen dreißig Mark-Ergüssen arbeitete Herr Bäcker oder dessen Correspondent die wunderbarsten Geschichten heraus, gegen die das „Märchen“ des Professor Gräf, welches demnächst ebenfalls vor Gericht erschien, ein Waisenmädchen war. Unter andern versicherte Bäcker seinem gläubigen Leserpublicum, daß Herr Stöcker criminell bestrafte Subjecte bei voller Kenntniß ihrer dunkeln Vergangenheit zu Angriffen gegen Amtsbrüder benutzt habe, und daß derselbe Gelder, welche ihm zu wohlthätigen Zwecken überwiesen worden, agitatorisch zu Gunsten seiner Partei verwendet habe. Die Staatsanwalt gewann diesen Darstellungen die Seite des „öffentlichen Interesses“ ab, und strengte die Beleidigungsklage an. Als ihr Vertreter fungirte Staatsanwalt Weichert, als Vorsitzender des Gerichtshofes Herr Landgerichtsdirector Lütty, als Vertheidiger des Beklagten die Rechtsanwälte Sachs und Munckel, beide Mitglieder der freisinnigen Partei, und seit Jahren bekannte Kämpfer für die fortschrittliche Sache in Berlin. Diesen beiden Vertheidigern war es insbesondere zuzuschreiben, daß die Angelegenheit schließlich zur cause célèbre auf dem Gebiet der Parteipolitik aufgebauscht wurde.

Grüneberg, der als Zeuge über seine Stellung zu Herrn Hofprediger Stöcker und in der christlich-socialen Partei vernommen wurde, bestätigte im Allgemeinen, daß er von Ersterem zu politischen Zwecken verwendet worden sei, zumal anfangs die Durch-

setzung der christlich-socialen Partei mit socialdemokratischen Elementen die agitatorische Thätigkeit eines ebenfalls dem Arbeiterstande angehörigen Parteimitgliedes, das auch der Rede mächtig sei, als nothwendig ergeben habe, um das tiefgewurzelte Mißtrauen der Arbeiter gegen die Angehörigen anderer und besser situirter Stände thunlichst zu beseitigen; auch gab Grüneberg unumwunden den Verrath zu, den er an seinem notorischen Wohlthäter und an der christlich-socialen Partei geübt habe. Von den beiden Vertheidigern wurden die denkbarsten Anstrengungen gemacht, um die Wahrheitsliebe und die moralische Qualification des Hauptbelastungszeugen zu discreditiren; schlugen sie doch dadurch zwei Fliegen mit einer Klappe, nämlich erstens im Interesse ihres Clienten, dann aber auch, indem sie Herrn Stöcker für sein ferneres Auftreten bei etwaigem Verlust seiner amtlichen Stellung unmöglich machten. Zu diesem Behufe wurden alle „Sünden" des Herrn Stöcker dem Gerichtshofe in wohlgeordneter Reihenfolge auf dem Präsentirteller entgegengebracht. Er ward von den Vertheidigern beschuldigt, auf dem Antisemitencongreß zu Leipzig bei Besprechung der Affaire in Tisza-Eszlar ein Bild der Esther Salomossy auf den Vorstandstisch gestellt zu haben, um das Auditorium beim Anblick des Schlachtopfers noch mehr zum Haß gegen das Judenthum zu entflammen. In Wahrheit sollte aber in Ermangelung eines wirklichen Portraits der Esther als Nothbehelf das Bild einer prostituirten Dirne aufgestellt worden sein. Seine Vorträge in den conservativen Versammlungen wurden als Hetzreden gegen das Judenthum ausgelegt; sein im Abgeordnetenhause gesprochenes „Nein" auf die Frage, ob er die Antisemitenpetition unterzeichnet habe, neuerdings als eine unerhörte Lüge hingestellt; seine freilich unrichtige Bezeichnung des bekannten Schleiden als Jude als wissentliche Entstellung von Thatsachen dargestellt; seine Begehrlichkeit durch die „Thatsache" gekennzeichnet, daß Herr Stöcker dem Großindustriellen Cäsar Wollheim in Berlin bei entsprechender Gegenleistung den Titel eines Geheimen Commercienraths habe verschaffen wollen, daß er eine Summe von 2000 Mark und eine andere von 150 Mark, die ihm zu wohl-

thätigen Zwecken übergeben sei, im Interesse der politischen Agitation für seine christlich-sociale Partei verwendet habe, u. a. m. Hinsichtlich der ersteren Beschuldigung muß ich noch bemerken, daß es dem ganzen Wesen des Herrn Hofprediger Stöcker nicht entspricht, mit ernsten Dingen solchen Humbug zu treiben. Wenn wirklich irgend ein Bild im Antisemitencongreß aufgestellt wurde, sei es das der Salomoffsty oder ein anderes, so hat Herr Stöcker das ganz gewiß nicht veranlaßt, obwohl er vielleicht keinen Grund gehabt haben mag, gegen diese Aufstellung zu remonstriren. Die Beschuldigung wegen der 2000 Mark wurde durch eine officielle Erklärung des christlich-socialen Parteivorstandes widerlegt, welche folgendermaßen lautete:

„Es ist thatsächlich nicht wahr, daß ‚irgend ein wohlthätiger Geber zur Stiftung eines Invalidenfonds 2000 Mark gegeben‘ habe, daß dieser Geber inzwischen verstorben sei, daß deshalb seine Erben wegen Verwendung dieser 2000 Mark zu einem anderen Zwecke hätten gefragt werden müssen. Vielmehr ist der Thatbestand folgender:

Die christlich-sociale Partei beschloß, auf Anregung einer Gabe von 50 Mark zur Errichtung eines Arbeiter-Invalidenhauses Geld zu sammeln. Viele Mitglieder und Freunde der Partei zahlten dazu Beiträge. Da die gesammelte Summe zu gering und für den Zweck unverwendbar war, mußte die Ausführung vertagt werden: Die Verfügung über das Geld stand hiernach niemand zu, als dem Vorstande der Partei. Derselbe hat das Geld zu verschiedenen Zeiten in verschiedener Art angelegt. Zuletzt hat er beschlossen, es zum Ankauf des Stadtmissionshauses als zinsloses Darlehn hinzugeben, bis es einmal im Sinne der Geber verwandt werden kann. Da die Stadtmission noch nicht Corporationsrechte hat, so sind ihre Grundstücke auf den Namen des Hofpredigers Stöcker eingetragen, der seiner Zeit den Schuldschein über die 2000 Mark ausgestellt hat. Wir conserviren auf diese Art das Geld sicher und nach unserer Ueberzeugung ganz im Sinne der vielen Geber. Nach dieser Darlegung des Sachverhalts gestehen wir niemandem eine abfällige Kritik

dieser unserer völlig berechtigten Handlungsweise in Verfügung über die gesammelten Gelder zu.

Berlin, den 27. Juni 1885.

Die Cassenverwaltung der christlich-socialen Partei
Kühne. Tockan. Schneider."

Hinsichtlich der weiteren 150 Mark wurde ebenfalls der Beweis erbracht, daß Herr Stöcker dieselben vollkommen im Sinne der Geberin verwendet habe, während die übrigen Punkte einestheils belanglos, anderntheils auf irrthümlicher Auffassung zum Dritttheil aber als ebenfalls unerwiesen vom Gericht hingestellt, beziehungsweise verworfen wurden. Die hauptsächlichste von der Vertheidigung vorgebrachte Anklage gegen Herrn Stöcker, daß derselbe in einem Proceßtermin eidlich bekundet habe, den als socialdemokratischen Führer bekannten Vergolder Ewald niemals zuvor gesehen zu haben, während andererseits das Gegentheil als erwiesen zu betrachten sei, war der Hauptcoup der Herren Sachs und Munckel, die gar zu gern Herrn Stöcker auf die Anklagebank wegen wissentlichen Meineids gebracht hätten. Nach einer langen Reihe von Erörterungen und Zeugenvernehmungen publicirte der Präsident den Gerichtsbeschluß über diese Sache dahin:

„In Erwägung, daß schon durch das eidliche Zeugniß der Herren Tutzauer und Görcki thatsächlich erbracht ist, daß der Zeuge Stöcker schon vor Ablegung seines entgegengesetzten eidlichen Zeugnisses mehrmals mit dem Ewald in persönliche Berührung getreten ist und daß durch die persönliche Vernehmung des Zeugen Ewald in dieser thatsächlichen Feststellung nichts geändert werden kann, wird von einer Citation Ewald's Abstand genommen." — Rechtanwalt Munckel erwiderte darauf: „Ich glaube, daß durch diesen Beschluß des Gerichtshofes festgestellt ist, daß der Zeuge Stöcker in der qu. Gerichtsverhandlung eine falsche eidliche Aussage gemacht hat. Ich vermisse aber jede Andeutung darüber, ob er sich darüber schlüssig geworden ist, ob für den falschen Eid der Zeuge Stöcker eine persönliche Verantwortlichkeit trägt. Die Vertheidigung ist der Ansicht, daß den Zeugen für die falsche

eidliche Aussage das höchste Maaß der Verantwortlichkeit trifft, daß die Begegnungen des Zeugen Stöcker mit Ewald Auge in Auge und unter Verhältnissen stattgefunden haben, welche einem gewissenhaften Zeugen, selbst wenn er nicht einmal Prediger ist, unmöglich entgangen sein können. Wenn die Vertheidigung den Nachweis erbringen will, daß der Eid des Herrn Stöcker ein wissentlich falscher ist, so wird man ihr doch nicht verschließen können, sich auch die Zeugen für diese Behauptung zu berufen."

Es muß nun zunächst constatirt werden, daß in Berlin zwei Ewald's existirten, die beide politisch thätig waren, ferner aber mußte dem Unbetheiligten die Thatsache sofort einleuchten, daß Herr Hofprediger Stöcker selbst bei vorzüglichstem Personengedächtniß sich nicht aller der Tausende von Personen erinnern konnte, denen er im Laufe seiner langjährigen, öffentlichen politischen Thätigkeit in Berlin wohl einmal begegnet war. Daß darunter ein Ewald, oder alle beide sein konnten, ist möglich, sogar war es gemäß meinen früheren Ausführungen Thatsache, und Herr Stöcker hätte freilich besser gethan, wenn er bei seiner eidlichen Vernehmung gesagt hätte, daß er „seines Wissens" mit Ewald nie zusammengekommen sei. Ich schiebe indessen diese ihm jetzt als Meineid ausgelegte irrthümliche Behauptung auf die bei den Gerichten übliche promissorische Art der Eidesleistung. Der Zeuge kann sich hinsichtlich seiner wahrheitsgetreuen Aussagen viel besser sicherstellen, wenn er nach Verlesung des amtlichen Protocolls über seine Aussagen dieselben nach etwaiger Rectification beeidet, wie wenn er vorher den Eid leistet, alles gewissenhaft darzustellen. Im Laufe der oft complicirten, durch die Plaidoyers der Ankläger und Vertheidiger oft recht verwirrten Proceßverhandlung kann man gar zu leicht dazu kommen, eine Bemerkung zu machen, die später in Widerspruch mit früheren Aussagen steht. Der über diesen Punkt gefällte Gerichtsbeschluß lautete zum großen Aerger der beiden Vertheidiger folgendermaßen:

„Was nun die von der Vertheidigung angeregte Frage, ob Stöcker in dem Privatbeleidigungsproceß des Ewald einen wissentlichen oder fahrlässigen Meineid geleistet habe, anbelange, so sei

dieselbe für den vorliegenden Proceß völlig belanglos. Man möge über die hierbei vom Zeugen Stöcker begangene Vorsicht oder Unvorsichtigkeit urtheilen, wie man wolle, für den vorliegenden Fall könne dieser Punkt einer Prüfung nicht unterliegen, denn die incriminirten Artikel sind drei Monate vor dem Ewald'schen Proceß erschienen und der Angeklagte könne sich unmöglich auf den Schatten eines kommenden Ereignisses berufen. Das Resumé des vom Präsidenten gehaltenen Vortrags läßt sich dahin zusammenfassen, daß der Gerichtshof die Möglichkeit eines Irrthums des Zeugen Stöcker in allen Fällen nicht für ausgeschlossen erachte, andrerseits sei es dem Angeklagten aber nicht zu verargen, wenn derselbe angesichts der vom Zeugen Stöcker häufig gepflogenen Widerrufe, theilweise eingeräumten Irrthümer sowie durch ein nicht immer correctes Verhalten, zu der Annahme gelangt sei, daß Stöcker sich bewußter Weise mit der Wahrheit im Widerspruche befunden habe."

Die letztere Auffassung des Gerichtes in Ehren, doch bildete sich in den conservativen Kreisen eine andere für Herrn Stöcker weit günstigere Ansicht über diesen Fall, die denn auch in einer mit zahlreichen Unterschriften versehenen Erklärung ihren Ausdruck fand. Man möge nicht vergessen, daß es Jedermann, warum also nicht Herrn Stöcker, passiren kann, daß er bei geschickten Angriffen der Gegner einmal nicht die moralische, aber die taktische Balance verliert. Herr Stöcker ist ein Mensch, er kann irren, und irrt auch sicher oft, aber seine moralische Qualität in Zweifel ziehen darf man darum gewiß nicht.

Wie sehr man in Stöckerfeindlichen Kreisen darauf hinzielte, für den Genannten ein Urtheil zu eruiren, welches ihn unschädlich machen sollte, geht aus folgender Bemerkung des Vorsitzenden hervor:

„Ich habe neben der Arbeit, die mir der Proceß macht, auch noch immer die Aufgabe, allerlei Schriftstücke, welche mir zugehen, zu lesen. Soweit dieselben Mißbilligungen oder Anerkennungen über meine Geschäftsleitungen enthalten, lege ich sie ad acta. Gestern ist mir jedoch ein Brief zugegangen, auf welchen doch

zurückzukommen ich für meine Pflicht halte. Ich habe nämlich einen Brief bekommen, welcher zwar eine Unterschrift, aber sicherlich nur eine fingirte, trägt und meine Geschäftsführung in unerhörter Weise verdächtigt. Der Brief beginnt mit der Bemerkung, daß der Präsident des Gerichtshofes von einer Conferenz, die er mit dem Kläger Stöcker und mit dem Herrn Staatsanwalt hatte, den Vertheidigern keine Mittheilung gemacht habe. Im weiteren Verlauf wird der Gerichtshof als antisemitisch bezeichnet und eine Abhandlung zur Beurtheilung von Unparteilichkeit und vorgefaßter Neigungen deutscher Richter in Aussicht gestellt. Der Brief schließt mit der Bemerkung, daß der Kläger trotz der ihm seitens des Präsidenten zu theil werdenden Protection ein .... sei, der sein Amt prostituirt habe. Wie sich der Pfaff auch winde und drehe, so ruft ihm sein Auftreten vor Gericht Ekel und Verachtung hervor. Unterschrieben ist der Brief „Müseler, Rechtsanwalt". (Sensation.) — An die Verlesung dieses Briefes schließt der Präsident folgende Bemerkung: „Gegen meine sonstige Gewohnheit habe ich diesen Brief nicht in den Papierkorb geworfen, weil er eine directe Verleumdung enthält. Wie meine Handlungen und meine Thätigkeit als Richter sonst beurtheilt wird, läßt mich absolut kalt; hierfür bin ich nur mir, meinem Gewissen und meiner vorgesetzten Behörde Rechenschaft schuldig. Zu den mir in dem qu. Briefe gemachten verleumderischen Vorwürfen darf ich nicht schweigen, da sonst angenommen werden könnte, ich hätte diese Thatsachen zugestanden. Aus dieser Ursache mußte ich den Brief zu den Acten geben. Ich gebe hiermit die feierliche Erklärung, daß ich mit Ausnahme der gerichtlichen Vernehmung in diesem und in einem früheren Proceß mit dem Zeugen Stöcker nie in Berührung gekommen bin, daß ich namentlich keine Conferenz mit demselben gehabt habe. Die Unterstellung, daß ich gegen meine Pflicht mit dem Hauptzeugen hinter dem Rücken der Vertheidiger conferirt habe, ist eine klare bündige Verleumdung. Ob in der verheißenen Abhandlung angeführt werden wird, die Sache sei doch wahr, muß ich abwarten. Was die noch nicht berührte Conferenz mit dem Herrn Staatsanwalt betrifft, so habe

ich nie Bedenken getragen, solche Unterredungen mit dem Staatsanwalt zu pflegen; auch dem Vertheidiger würde ich stets gleiche Rücksprache über stattfindende Verhandlungen gestatten."

Schließlich wurde das Urtheil gefällt, welches dahin lautete, daß bei der Strafabmessung auf die Stellung des Beleidigten, als Geistlicher, keine Rücksicht zu nehmen sei, denn ein Geistlicher, der sich so wie Stöcker mit Politik befasse und mitten in der Bewegung stehe, dürfe sich nicht wundern, wenn er auch mit dem Schlamme derselben bespritzt werde. Allerdings habe der Gerichtshof dem Zeugen Stöcker eine directe Unwahrheit nicht nachweisen können, müsse aber dessen Auftreten wenigstens als ein unvorsichtiges, wenn nicht leichtfertiges bezeichnen.

In Anbetracht der Gröblichkeit der Beleidigungen, sowie in Erwägung, daß der Angeklagte außer wegen verschiedener Preßvergehen eine Gefängnißstrafe wegen Majestätsbeleidigung erlitten habe, müßte von einer Geldstrafe Abstand genommen werden und wurde dahin erkannt, daß der Angeklagte Bäcker der öffentlichen Beleidigung durch die Presse in drei Fällen schuldig und deshalb mit einer Gefängnißstrafe von drei Wochen zu bestrafen sei. Es wurde ferner auf Vernichtung der noch vorhandenen incriminirten Exemplare der „Freien Zeitung", sowie auf Vernichtung der betreffenden Platten erkannt und dem Hofprediger Stöcker auch die Publicationsbefugniß zugesprochen.

Das Urtheil rief bei den Freisinnigen natürlich die größte Freude hervor, — ein „leichtfertiger Hofprediger"! Das ging entschieden nicht an, und man hoffte mindestens, daß Herr Stöcker aus seinem Berliner Amte entfernt werden würde. Aber Herr Professor Wagner zerstörte diese Illusionen alsbald, indem er in einer christlich-socialen Versammlung ausführte, daß das Gerücht von einer Bewerbung Stöcker's um eine Predigerstelle in Cassel selbstverständlich nur eine böswillige Erfindung der Gegner sei. „Stöcker wird Berlin nie verlassen und wir werden Stöcker nie verlassen. (Rauschender Beifall.) Ist er aber wieder zurückgekehrt, so wollen wir jenen Rath beherzigen, ihn nicht mehr so gewaltig, wie bisher, in Anspruch nehmen, dann wird er nicht so

scharf sprechen, keinen Schritt zu weit gehen brauchen. Aber hätte er wohl so Bedeutendes geleistet, wenn er ein Leisetreter wäre? Und ist er nicht auch ein Mensch? Ist er nicht seit Anfang seines Auftretens in unerhörter Weise verleumdet und angefeindet worden? Ist da nicht die Gereiztheit seines Temperamentes erklärlich? Wenn Dr. Franz Mehring in der „Volkszeitung" Herrn Stöcker einen frechen und feigen Buben zu nennen gewagt hat, so muß zur Kennzeichnung des erbärmlichen Verfahrens der „Volkszeitung" auf den schmachvollen Ankauf der Grüneberg'schen Briefe durch dieses Blatt für einen Judaslohn hingewiesen werden, während Dr. Mehring selbst durch mehrere der gemeinsten Schmähschriften genügend bekannt ist. Auch die Angelegenheit mit den 2000 Mark liegt, objectiv betrachtet, günstig für Herrn Stöcker, wenngleich sein Verfahren, streng juristisch genommen, incorrect war. Man muß solche Angelegenheiten eben mit Juristen machen, die alle Finessen kennen, auf die ein harmloses Gemüth nicht kommt."

Wes Geistes Kind dieser Herr Mehring ist, davon habe ich persönlich in einer Privatsache, die nicht zum Thema gehört, übrigens auch einen hübschen Beweis. Wollte mich dieser Herr doch einst zwingen, auf gewisse mir rechlich zustehende Emolumente zu verzichten, blos weil ich mit meinen Forderungen seinem Freunde, dem Rechtsanwalt Kauffmann, unbequem geworden war. Die politische Thätigkeit dieses Herrn, der in der Gegenwart als Redacteur der Volkszeitung fungirt und dies Blatt zu einem socialdemokratischen Schmutzblatt ersten Ranges „erhob", ist durch die in neuerer Zeit wider dieses Organ gerichteten Anklagen wegen schnödester Beleidigungen der Majestät unseres lieben verstorbenen Kaisers Wilhelm genügend gekennzeichnet. Journalistisch bekannt ist Mehring uns durch seine politischen Artikel in der „Gartenlaube" geworden.

Ein freilich nicht auf der Oberfläche liegendes Nachspiel hatte der Proceß aber doch, nämlich die durch einen Artikel des „Deutschen Tageblattes" hervorgerufene Disharmonie zwischen Herrn Stöcker und Herrn Luckhardt. Der Artikel war nicht sehr

geschickt abgefaßt und behandelte die Frage, ob Herr Stöcker bei etwaigem Rücktritt von seinem Amt auch seine politische Thätigkeit aufzugeben gezwungen sein würde. Das wurde verneint und gesagt, „wenn auch der Hofprediger Stöcker falle, der Agitator Stöcker werde bleiben." Herr Stöcker glaubte darin einen Angriff des Herrn Luckhardt auf seine Person zu sehen, obwohl ich hiermit constatiren kann, daß das nicht in der Absicht des Artikelschreibers gelegen hat. Zumal Herr Luckhardt war an der Sache so unschuldig, wie ein neugeborenes Kind, denn er war zu jener Zeit gerade von Berlin abwesend, und hat übrigens sofort Sorge getragen, daß jene Aeußerung thunlichst corrigirt wurde. Dennoch hat Herr Stöcker ihm das nicht verzeihen können, oder wenigstens es nicht vergessen, und es mag dieses Vorkommniß wohl den Grund zu dem späteren gänzlichen Auseinandergehen der beiden Herren gelegt haben. Wer übrigens den größten materiellen Schaden von dieser Differenz hatte, war ich als gänzlich Unbetheiligter an dem Zwist. Als nämlich im Herbst des Jahres 1885 die Frage auftrat, ob es nicht angemessen sei, ein größeres Organ für die conservative Bewegung in Berlin zu schaffen, dessen Leitung mir anvertraut werden sollte, brachen sich die von mir gepflogenen Unterhandlungen mit den Herren Stöcker und Luckhardt bezüglich des Zusammenlegens des „Vorwärts" mit dem „Christlich-socialen Correspondenzblatt" an der aus den bestehenden Differenzen entstandenen gegenseitigen Abneigung. Ich muß hier allerdings bemerken, daß Herr Luckhardt mehr Entgegenkommen gezeigt hat, wie Herr Stöcker.

21. Capitel.

Die kirchliche, communale und politische Wahlbewegung im Jahre 1885.

Zwischen allen solchen Ereignissen hindurch begann auch die bevorstehende Wahlcampagne die Thätigkeit der conservativen Bürgervereine in Anspruch zu nehmen, und zwar war es nöthig, daß sich dieselben in dreifacher Hinsicht zu dieser Campagne rüsteten, denn abgesehen von den Wahlen zum Abgeordnetenhause standen auch kirchliche und communale Wahlen bevor, letztere zur Ergänzung des vorschriftsmäßig ausscheidenden Drittels der Stadtverordneten-Versammlung. Was die kirchlichen Wahlen anbelangt, so hatten sich seit den 60er Jahren die Beziehungen der Politik zur Religion ganz eigenartig gestaltet. Der Liberalismus hatte sich, namentlich seit der Aera Falk, vollständig identificirt mit dem religiösen Freisinn, der eine Verflachung des Volksgeistes erzeugt und so der Socialdemokratie und der aus ihr entspringenden frechen Verhöhnung jeder Autorität die Wege geebnet hatte. Auf der andern Seite hatten die Conservativen sich einmüthig um die Fahne des Christenthums geschaart, und so war es denn gekommen, daß sowohl bei politischen, wie auch bei kirchlichen Wahlen sich stets dieselben Parteien gegenüberstanden. Auch diesmal erwuchs den Conservativen die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß wahrhaft religiös gesinnte Männer gewählt würden. Besonders wichtig waren für die Wahl in der Zwölf-Apostel- und in der Lukasgemeinde, und es lag den conservativen Führern zunächst ob, das in vielen Anhängern noch nicht lebendige In-

teresse für die kirchlichen Verhältnisse in Berlin, und die Kirche im Allgemeinen zu erwecken. Es wurden daher mehrere diesen Gegenstand behandelnde Versammlungen anberaumt, in denen die localen kirchlichen Fragen in verständnißvoller Weise klargelegt wurden. Von officiöser Seite aus, durch einen Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“, war der Versuch gemacht worden, das politische von dem kirchlichen Gebiet derartig streng abzusondern, daß den Christlich-Socialen das letztere, den Bürgervereinen das erstere zufallen sollte. Obwohl auch ich für eine Verquickung beider Materien nicht weiter, als sie durchaus nothwendig ist, eingenommen bin, so läßt sich doch wohl nicht leugnen, daß eins mit dem andern doch gewisse Beziehungen hat, die ohne ernstlichen Schaden für beide nicht abgelöst werden dürfen. Uebrigens trat dem Rathe des officiösen Regierungsorganes der wohl zu berücksichtigende Umstand entgegen, daß die Christlich-Socialen absolut nicht als rein kirchliche Partei angesehen werden durften. Wenn sie natürlich der Kirche geben wollten, was der Kirche zukam, wie auch die Conservativen alle, so lag die Stärke der Christlich-Socialen doch auf politischem, bezw. socialem Gebiet. Wollte sich diese Partei also ihres politischen Charakters entkleiden, dann wäre von ihr sehr wenig mehr übrig geblieben. Weshalb denn diese Scheidung? Hatten sich die Christlich-Socialen auf dem Gebiet der Berliner conservativen Politik nicht stets außerordentlich bewährt? Was die Trennung beider Materien anbelangt, so lehrt auch die parlamentarische Erfahrung, daß sich die Politik nicht gänzlich von dem kirchlichen Wesen abwenden darf, denn es kann für die Entwickelung der politischen Verhältnisse sehr verhängnißvoll werden, wenn die Kirche ihren erziehlichen Einfluß auf dieselben nicht auszuüben vermag. In diesem Sinne ließ sich auch Herr Hofprediger Stöcker aus, indem er in einer christlich-socialen Versammlung den Zusammenhang zwischen zwei sehr erheblichen Theilen beider großer Gebiete, nämlich zwischen der inneren Mission und der Socialreform darlegte.

„Die Kirche entfaltet eine große gesegnete Thätigkeit auf dem Felde der Mission, unter den Gefangenen und Verwahr-

losten, den Gefallenen und Kranken. Ihre Thätigkeit ist eine rettende, bewahrende, erziehende, sammelnde und propagandistische. Genügt aber diese Arbeit, um das Elend zu lindern und die gottlosen Mächte zu regieren? Ich sage: nein! denn es arbeiten nur wenige Tausende an dem Werke und der Kreis ihrer Wirksamkeit ist zu klein. Diese Erkenntniß hat uns in Berlin dazu getrieben, einen Schritt weiter zu thun. Als ich am 1. October 1874 nach Berlin kam, hatte ich den Eindruck, daß hier die Kirche vor dem Bankerott stand. Ich fragte mich damals, soll man die Menschen sich selbst überlassen? Nein, sagte ich mir, man muß auch außerhalb der Kirche die Leute aufsuchen und ihnen den Glauben wiedergeben. Wir waren überzeugt, daß ein lebendiges Christenthum wieder alle Verhältnisse des Lebens durchströmen müsse und so treten wir an die Socialreform heran, in der Ueberzeugung dadurch die sociale Revolution am wirksamsten bekämpfen zu können." Der Redner stellte nun den wahren und den falschen Liberalismus und Socialismus einander gegenüber und charakterisirte dann die Denkschrift des Centralausschusses für innere Mission, worin das ganze Gebiet der Socialreform wie z. B. die Frauenbewegung, die Fragen der Sonntagsruhe und des Maximalarbeitstages bereits besprochen sind „und dennoch", fuhr er fort, „genügt diese Arbeit nicht. Schon Dr. Wichern, der Vater der Mission sagte, daß in der Kirche allein der Kampf gegen den Unglauben nicht geführt werden könne, sondern daß man auch in Volksversammlungen kämpfen müsse."

In der That glaube auch ich, daß die Kanzel nicht der einzige Ort sein darf, von der aus das lebendige Wort in das Volk hineingetragen wird. Die Zurückhaltung, der sich viele Geistliche befleißigen, ist nicht ersprießlich, wenngleich nicht jeder Pastor den Beruf in sich fühlen mag, zugleich Politiker zu sein. In gewissem Sinne Socialpolitiker muß der Geistliche sein, denn wie will er sonst den Buchstaben des Gotteswortes in das praktische Leben übersetzen und der Gemeinde die christliche Lehre veranschaulichen? Natürlicherweise darf die Sache nicht etwa dahin ausgedehnt werden, daß die Kirche zum Deckmantel einer Politik

gemißbraucht wird, die dem staatlichen Interesse diametral entgegenläuft, wie das seitens der Centrumspartei zu Zeiten des Culturkampfes geschah. Der Staat als die der Kirche schützende und unterstützende Macht soll entschieden sein Uebergewicht in allen weltlichen Fragen geltend machen können. Die Kirche aber hat mit ihrer friedfertigen, versöhnenden Tendenz da einzutreten, wo der Staat mit Rücksicht auf reale Lebensprincipien gezwungen war, scharf einzugreifen und vielleicht Verstimmungen hervorzurufen oder gar Wunden zu schlagen. Daher muß der Staat der Kirche auch in gewisser Hinsicht ihre Selbstständigkeit belassen, obwohl dieselbe bis zur Ausübung von Rechten, die weltlichen Ursprunges sind, niemals reichen darf. Nur im innigen Zusammenwirken beider Mächte kann das wirkliche materielle und ethische Gedeihen eines Volkes liegen, aber dort können auf der anderen Seite die dem Volk obliegenden culturellen Aufgaben nicht gelöst werden, wo Staat mit Kirche in Zank und Streit liegen um die Hegemonie. Dort ist das Volk stets benachtheiligt, die Kräfte desselben zersplittern sich in der Parteinahme für einen oder den anderen der streitenden Factoren, und schließlich gewinnt keiner von beiden Theilen die Oberhand, sondern es tritt händereibend das dritte Element in den Vordergrund, nämlich die staatliche und kirchliche Anarchie, der absolute Nihilismus. Es ist eins der größten Verdienste der deutsch-conservativen Partei, daß sie aus solchen Erwägungen heraus den ersten Schritt zur Aussöhnung gethan und den Culturfrieden angebahnt hat. Auch bei Beginn der 85er Wahlcampagne stellte die conservative Parteileitung eine weitere Revision der Maigesetze in Aussicht, was ihr wahrscheinlich einen großen Theil der wohldenkenden katholischen Wähler zugeführt hat.

Nach dieser kurzen Abschweifung komme ich auf die Berliner Kirchenwahlen kurz zurück, um zu constatiren, daß dieselben, obwohl die Betheiligung nicht im Geringsten an diejenige zu den politischen Wahlen heranreichte, doch für die Christlich-Positiven in fast sämmtlichen Parochien günstig ausfielen, nur in der St. Zions- und St. Andreas-Parochie siegten die Liberalen mit

geringen Majoritäten. Leider war es bei diesem kirchlichen Wahlact häufiger vorgekommen, daß die heilige Ruhe des Gotteshauses durch lautes Gebahren der Wähler, durch Agitation und sogar Parteigezänk gestört worden war. Die Kirchlich-Positiven hatten dies sogleich für durchaus unstatthaft gehalten, und faßten später in einer Versammlung den Beschluß, dahin zu wirken, daß die Wahl nicht mehr in der Kirche stattfinden dürfe. Das war entschieden eine sehr vernünftige Resolution, denn es gab ja öffentliche und der Berliner Stadtgemeinde gehörige Locale genug, in die das Geräusch der Wahl ohne Bedenken hineingetragen werden konnte. Weshalb da Kirchen in Anspruch nehmen?

Die diesmalige conservative Agitation der Abgeordneten-Wahlen laborirte bekanntlich bis zu ihrem Ende an dem dissentirenden Verhalten der Herren Brecher und Irmer mit ihrem neuen Wahlverein; ein recht straffer Aufmarsch seitens der conservativen Bataillone konnte daher diesmal nicht bewerkstelligt werden. Dennoch wurde muthig gekämpft und wenn auch in getrennter Marschroute mit aller Bravour dem gemeinschaftlichen Feinde zu Leibe gegangen. Herr Abgeordneter Cremer erwies sich in alter Rüstigkeit thätig, ebenso die übrigen Führer; kam es doch darauf an, daß auch Berlin seine Schuldigkeit that, um die dem Landtage in der laufenden Legislaturperiode gestellten Aufgaben zum guten Ende zu führen. Von gegnerischer Seite war das in der Thronrede erwähnte Deficit von 24 Millionen als das Fiasco des Bismarck'schen Systems bezeichnet worden, obwohl es jedem einsichtsvollen Politiker klar sein mußte, daß nur die wachsenden Staatsausgaben verbunden mit dem Ausfall, den der Uebergang vom Freihandel zum Schutzzoll nothwendig hervorrufen mußte, das verschuldet hatten, zumal ja von freisinniger Seite alles geschehen war, um die nothwendigen Einnahmequellen zu verschließen. Beispielsweise war der Widerspruch, den sie stets der Eisenbahnverstaatlichungsidee entgegensetzten, ein solches Hemmniß in der finanziellen Entwickelung des Landes zu nennen. Aber auch für die weiteren Fortschritte des Culturfriedens war es sehr

nothwendig, daß sich eine genügende conservative Majorität im Abgeordnetenhause zusammenfand. Im Allgemeinen, also abgesehen von den im Landtag zu erörternden und zu erledigenden actuellen politischen Fragen handelte sich die gegenwärtige Action natürlich auch wieder um den alten Gegensatz zwischen „Reaction“ und Fortschritt, der in einem Wahlaufrufe der Conservativen des zweiten Landtagswahlkreises folgende Beleuchtung fand:

Urwähler! Binnen wenigen Tagen werdet Ihr an den Wahltisch treten, um zu entscheiden, ob Ihr ausgesprochene Gegner der Regierung oder Männer zu Euren Vertretern erwählen wollt, welche die große nationale Politik des Deutschen Reiches und des preußischen Staates mit Verständniß und Energie zu unterstützen bereit sind. Aus den Reihen der Deutschfreisinnigen schallt Euch der Ruf entgegen: „Die Reaction ist im Anzuge. Wo steckt die Reaction? Welches sind die reactionären Gesetze, die bekämpft werden müssen? Nicht ein Gesetz, durch welches die politische Freiheit bedroht ist, können Euch die liberalen Worthelden anführen. Aber darin haben sie Recht, daß die Regierung mit dem Unsegen der wirthschaftlichen Zügellosigkeit aufgeräumt hat und noch weiter aufräumen wird. Unter dem System der sogenannten „freien Concurrenz“ sind unsere Fabriken eingegangen, ist unser Handwerker zum willenlosen Werkzeuge des Großcapitals, der Arbeiter zur Waare herabgedrückt worden. Hier will die Regierung helfen und ändern. Der ehrlichen Arbeit soll wieder der gebührende Platz eingeräumt werden; das Capital soll zu der christlichen Anschauung gezwungen werden, daß es nicht blos Rechte gegen den arbeitenden Stand, sondern auch Pflichten gegen alle auszuüben hat. Das ist der Kern der Socialpolitik unserer Regierung. Für diese treten wir und unsere gesammte Partei geschlossen ein. Wer daher will, daß Handel und Wandel wieder emporblühen, daß das deutsche Handwerk in festgefügten Vereinigungen den alten goldenen Boden nach Möglichkeit zurückgewinnt, der gebe am Wahltage nur einem conservativen Wahlmann die Stimme. Die Candidaten der conservativen und der mit ihr

vereinigten Handwerkerpartei für den zweiten Berliner Landtagswahlkreis sind: der Obermeister Köppen, der Rechtsanwalt Dr. Stein.

Der Wahlverein der Conservativen im zweiten Berliner Landtags-Wahlkreise.

Diesmal trat indeß als dritte Partei auch die Nationalliberale selbstständig in Berlin auf, indem sie als Candidaten proclamirte die Herren: Geh. Rath Meitzen, Baurath Kyllmann, Prof. Settegast und Schlichting. Nachdem die Mittelpartei sich in Heidelberg reorganisirt hatte, war ein allzu schroffes Auftreten der Conservativen ihr gegenüber zwar nicht geboten, doch lag es natürlicherweise im Selbsterhaltungstriebe, daß die Conservativen zunächst dafür sorgten, daß ihre eignen Candidaten siegten. Als solche waren nominirt für den ersten Wahlkreis die Herren von Levetzow, Stöcker und Obermeister Brandes, für den zweiten Obermeister Köppen und Dr. Stein, im dritten Director Holz und der Compromißcandidat Prof. Settegast, im vierten Dr. Irmer und Obermeister Faster. Die sehr zahlreiche Aufstellung von Innungsmeistern war die Folge eines mit den Innungen eingegangenen Wahlbündnisses, welches freilich im dritten Wahlkreise schließlich in Frage kam, weil die Innungen erklärten, in Folge der Stellung der Nationalliberalen zu den Forderungen des Handwerks nicht für den Compromißcandidaten, Herrn Professor Settegast, stimmen zu können. Das war nun Wasser auf die Mühle der Herren Irmer und Genossen, welche sofort in der Person des Herrn Schumann einen Gegencandidaten aufstellten. Im ersten Wahlkreise war ein zunächst angebahntes Compromiß mit den Nationalliberalen nicht zu Stande gekommen, doch hatten die beiden Parteien sich vorbehalten, sich im gegebenen Falle in der Stichwahl gegen die Freisinnigen zu unterstützen. Das war ebenfalls in den andern Wahlkreisen die Abmachung, und hätte ja unter Umständen genügt, lag dies doch auch in dem Wunsche sämmtlicher Parteiführer. So erklärte beispielsweise Professor Wagner, der schneidige, ehrliche, aber etwas hartköpfige Politiker,

sein Einverständniß mit dieser Abmachung, nahm aber zugleich Gelegenheit, sich über das freilich in manchen Punkten scharf gegen die conservativen Grundsätze Front machende nationalliberale Programm etwa folgendermaßen auszudrücken:

„Wenn ich mir das nationalliberale Wahlprogramm ansehe, so könnte ich fast von dem Wunsche des Zusammengehens zurückgeschreckt werden, dort heißt es, daß der kleine Theil der conservativen Partei, welcher die Bewegung in Berlin großgezogen habe, unser Staatswesen den Anmaßungen hochkirchlicher Unduldsamkeit dienstbar machen wolle. Das ist nicht richtig, Stöcker will nur, daß in der christlichen Kirche auch die christlichen Elemente das Heft in der Hand behalten. Eine Beschränkung der Freiheit der Wissenschaft will er nur insoweit, als keine Hypothesen der Naturwissenschaft gelehrt werden sollen. Und war Professor Virchow einst in München Häckel gegenüber nicht derselben Ansicht? Allerdings ist einmal Beschränkung der freien Wissenschaft gefordert worden, aber von den Extremliberalen, als wir neueren Nationalökonomen Front machten gegen die orthodoxe Nationalökonomie, die Manchesterlehre. Die Kreuzzeitungspartei ist ebenso oft mit den Nationalliberalen, wie mit dem Centrum zusammengegangen. Hier in Berlin indessen haben sich ja gerade die Ultramontanen mit der Fortschrittspartei, mit Herrn Ludwig Löwe und Genossen verbündet. Unter den Conservativen ist kein einziger, der für die päpstliche Weltherrschaft eine Hand regen wollte. Gleichfalls unberechtigt ist der Vorwurf, wir zögen die Religion in das Getriebe demagogischer Parteikämpfe. Wenn die nationalliberale Partei ferner noch einfach auf dem Manchesterstandpunkt steht und nicht einsieht, daß das Princip der freien Concurrenz ein unmenschliches ist, so hat die nationalliberale Partei in Berlin auch noch nichts gelernt und ist in dieser Beziehung nichts anderes, als die Fortschrittspartei. Endlich werden die Juden selbst von den Antisemiten niemals ihres Glaubens wegen angegriffen, sondern nur ihre Praktiken des wirthschaftlichen Lebens werden von uns bekämpft. Darin aber werden die Antisemiten von den ehrenwerthen Elementen unter den Juden

selbst unterstützt. Ich glaube doch, den Nationalliberalen steht in den beiden Hauptfragen der Gegenwart, der socialen und der nationalen, Stöcker sehr nahe und sie mußten daher immer noch eher Stöcker als Eugen Richter wählen."

Es ist aus dem Schlußpassus mithin ersichtlich, daß Herr Professor Wagner dem Cartellgedanken nicht von vorneherein abhold war, vielmehr ihn als die nothwendige Folge der Forderungen der Gegenwart ansah. Wenn sich diese Ansicht inzwischen geändert hat, seitdem das Cartell besteht, so bin ich nicht in der Lage, den Rahmen meiner Darstellung so weit auszudehnen, daß ich hierfür die nothwendigen Erklärungen abgebe. Gründe hat Herr Wagner natürlich auch jetzt für seine Handlungsweise.

Demnach stand ein conservativ-mittelparteiliches Bündniß damals in Berlin nur noch auf sehr schwachen Kindesfüßen, die Idee war auch noch zu neu, um schon irgendwie in Fleisch und Blut übergegangen zu sein. Selbst im dritten Wahlkreise war der Compromißgedanke nur aus dem Grunde in die Praxis übergetreten, weil man von den Nationalliberalen Gegendienste erhoffte. Das geht aus folgendem nach Bielefeld abgesandtem Telegramm hervor:

„Der conservative Wahlvorstand des dritten Berliner Wahlkreises hat beschlossen, der Wahlmänner-Versammlung zu empfehlen, das von den Nationalliberalen angebotene Compromiß anzunehmen, nämlich an zweiter Stelle dem nationalliberalen Candidaten Settegast die Stimmen zu geben, mit dem lebhaften Wunsche, daß die Nationalliberalen in Bielefeld Herrn Hofprediger Stöcker unterstützen werden.

Der conservative Wahlvorstand:

Dopp, Stadtverordneter; Diestelkamp."

Für die Bielefelder Wahl war dies freilich, wie es scheint, nicht maßgebend, denn die dortigen Nationalliberalen hatten Herrn Stöcker keineswegs zum Compromißcandidaten aufgestellt, um sich zu revanchiren. Wenigstens erklärte Herr Professor Bellermann als Anhänger Dr. Irmer's, diese negative Thatsache als den

Beweggrund für die Aufstellung der Candidatur Schumann. Die Doppelcandidatur Schumann-Settegast trug natürlich dazu bei, Verwirrung in die Reihen der Conservativen zu bringen, die noch redlich ausgebeutet wurde, indem am Wahltage, wahrscheinlich von freisinniger Seite, die Version in die Welt gesetzt wurde, daß die Nationalliberalen das Compromiß gebrochen hätten. Das hatte nicht allein eine Theilung der Stimmen für Settegast und Schumann zur Folge, sondern wirkte auch nachtheilig auf die Candidatur Holz zurück, neben welcher übrigens auch eine Candidatur v. Köller bestand, die freilich demnächst gänzlich aus dem Spiel blieb. Das Resultat für die Wahlmänner-Wahlen war dann folgendes:

Im ersten	Wahlkreis	252	Cons.,	68	Nat.-Lib.,	603	Freis.
„ zweiten	„	91	„	32	„	633	„
„ dritten	„	351	„	24	„	722	„
„ vierten	„	237	„	12	„	615	„

Nach diesem Stimmenverhältniß war es in der That nicht recht zu begreifen, woher die Nationalliberalen die Veranlassung zu solchem großen Trara nahmen, thaten sie doch so, als wenn sie den Conservativen durch das Eventual-Compromiß für die Stichwahlen ganz besondere Gnade zu theil werden ließen.

Das Wahlresultat mochte vielleicht geeignet sein, bisher sanguinische Gemüther mit Entmuthigung zu erfüllen. Wer den Verhältnissen indessen mit kühlerem Blute von vornherein gegenüber gestanden und sich von Illusionen fern gehalten hatte, der hatte keinen Grund zum Verzagen, — im Gegentheil. Aus den gewonnenen Resultaten ging in erster Linie hervor, daß die conservative Bewegung, trotz der unlängst in die sachliche Agitation hineingetragenen überlauten persönlichen Aspirationen, sich in unverminderter Kraft nicht nur erhalten, sondern daß diese sogar noch zugenommen hatte. Und mehr als das, der auf's Korn genommene Feind hatte noch mehr Stimmen verloren, als der Zuwachs der Conservativen zusammen mit den neuaufgetretenen Nationalliberalen betrug. Der Verlust der Freisinnler belief sich

auf mehr denn 300 Wahlmännerstimmen, während die Conservativen deren ca. 100 gewonnen und die Nationalliberalen im ganzen mit etwa 170 Wahlmännern debütirten. Jener freisinnliche Verlust wurde natürlich von der Parteipresse mit dem Mantel der Liebe bedeckt, für uns war er darum nicht weniger bedeutsam, wenn man die ausgezeichnete Organisation und die äußerst rührige Hausagitation, sowie die Präcision und Reichhaltigkeit an Hülfsmitteln der Agitation unserer Gegner in Betracht zog.

Was den letzteren Punkt anlangte, so ließ derselbe auf conservativer Seite an vielen Orten sehr viel zu wünschen übrig. Nicht nur, daß stellenweise die Aufstellung der Wahlmänner derart sorglos geschehen war, daß Angehörige anderer Parteien als solche bezeichnet und sogar Leute dazu nominirt wurden, die in dem betreffenden Bezirk überhaupt nicht wohnten, — Fälle, die notorisch manchem freisinnigen Wahlmann zum Siege verholfen hatten — war auch die Theilnahme der conservativen Vertrauensmänner an der Feststellung des Wahlresultats eine sehr mangelhafte.

— — — — — — — — — — — — —

Nachdem die Landtagswahlen im Sinne der freisinnigen Partei in Berlin beendigt worden, traten die Stadtverordneten-Ergänzungswahlen in den Vordergrund des politischen Interesses hierselbst. Der Berliner Freisinn leugnete zwar nach wie vor, daß er sich bei den communalen Angelegenheiten von politischen Gesichtspunkten leiten lasse, indessen erbrachte die Handlungsweise der liberalen Stadtverordneten-Majorität das stricte Gegentheil dieser Behauptung. In Ansehung dieser Thatsache war es denn auch nicht zu verwundern, daß auch die deutsche Bürgerpartei sich ihre Candidaten auf deren politische Farbe hin genau ansah, obwohl man auf dieser Seite von Herzen wünschte, und auch dahin strebte, daß die Berliner öffentlichen Verhältnisse es endlich erlauben würden, die Stadtverordneten ohne jede politische Parteistellung nur mit Rücksicht auf die communalen Interessen zu wählen. Das Programm der Deutschen Bürgerpartei, welches eben nur diese communalen Verhältnisse im Auge hatte, war noch

durchaus in Giltigkeit. Wenn daher im 34. Wahlbezirke die Candidatur des Abgeordneten Cremer, also eines Politikers vom Fach, befürwortet wurde, so mußte es freilich auf den ersten Augenblick den Anschein haben, als wolle man auch seitens der Bürgerpartei das politische Element in der Stadtverordneten-Versammlung verschärfen, in der That handelte es sich aber nur darum, einem tüchtigen Redner, der auch den Beweis geführt hatte, daß er den Communalverhältnissen Verständniß und Sachkenntniß entgegenbrachte, in den Communal-Verwaltungsrath hinein zu helfen. Von demselben Gesichtspunkte aus ist die Candidatur anderer Führer der politischen conservativen Bewegung in Berlin wie des Rechtsanwalts Hoffmann aufzufassen, während die Aufstellung der Herren Limprecht und Pickenbach, die sich ja auf dem communalen Felde bereits bewährt hatten, von dem politischen Gesichtspunkte überhaupt nicht zu betrachten war. Die Forderungen der Deutschen Bürgerpartei wurden in einem Wahlaufruf zusammengefaßt, der folgende Fassung hatte:

Mitbürger!

Am 24., 25. und 26. November wird ein großer Theil der Berliner Gemeindewähler zur Ergänzungswahl für das mit Ablauf dieses Jahres ausscheidende Dritttheil der Stadtverordneten-Versammlung berufen werden.

Als vor nunmehr bald zwei Jahren die von der Bürgerpartei gewählten Männer ihr Amt antraten, konnten sie sich nicht verhehlen, daß sie bei ihrer geringen Zahl die Abstimmungen der Versammlung nur wenig beeinflussen würden. Aber das Bewußtsein, daß hinter ihnen mehr als ein Drittel der gesammten Wählerschaft gestanden, gab ihnen zu einem ungleichen Kampf die Zuversicht und ermuthigte sie, in allen Punkten an ihrem Programm vom 8. Mai 1883 festzuhalten.

Die Bürgerpartei war bestrebt, daß die Steuerreform energisch in Angriff genommen werde, und hat ihre Wünsche sowohl bei der Etatsberathung, als auch in der für diese Reform eingesetzten gemischten Deputation beider städtischen Behörden zur Kenntniß

gebracht. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Frage, wie die durch die Entlastung der unteren Stufen entstehenden Ausfälle ausgeglichen werden können. Diese Schwierigkeit ist der Grund, daß die dieserhalb im Schooße der staatlichen Aufsichtsbehörden gepflogenen Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Um aber mit dem nächsten Etatsjahre eine Steuerentlastung zu ermöglichen, beantragte die Bürgerpartei, daß die aus den Mehrbeträgen der Getreidezölle auf Grund des Gesetzes vom 14. Mai 1885 in die Stadthauptcasse fließenden Beträge vorläufig zur gleichmäßigen Entlastung der unteren Miethssteuerstufen verwandt werden sollen. Dieser Antrag ist von der liberalen Mehrheit einstimmig verworfen worden.

Der auf Einführung einer Gassteuer gestellte Antrag mußte zurückgezogen und für eine gelegenere Zeit aufgespart werden, weil er 1884 im Etatsausschuß einstimmig abgelehnt war. Gegen ihn haben selbst solche liberale Stadtverordnete gestimmt, die noch im Jahre 1880 nach Ausweis der Protocolle und der stenographischen Berichte sich als Freunde der Gassteuer bekannt hatten.

Die Deutsche Bürgerpartei hat gegen den Vertrag mit der Edison-Gesellschaft gestimmt, weil die englische Gasgesellschaft den schlagenden Nachweis liefert, wohin es führt, wenn eines der wichtigsten Bedürfnisse einer Weltstadt, nämlich das der Beleuchtung, einer privaten Gesellschaft zur Ausbeutung überlassen wird.

Der Antrag der Bürgerpartei, daß vor Inangriffnahme neuer Radialsysteme Versuche mit anderen Entwässerungssystemen gemacht werden mögen, ist nicht angenommen worden. Die Mehrheit der Stadtverordneten nimmt a priori nach wie vor an, daß es auf diesem Gebiete nichts Vollkommeneres gebe als die Schwemmcanalisation mit Berieselung. Dagegen haben sich die finanziellen Mißstände, welche mit derselben verbunden sind, immer deutlicher gezeigt. Die Zuschüsse, welche aus der Stadthauptcasse, d. h. aus dem allgemeinen Steuersäckel an die Casse der Canalisation zu zahlen sind, haben sich von Jahr zu Jahr vermehrt. Dabei muthet man den Berlinern zu, trotzdem ganze Stadttheile Berlins noch nicht canalisirt sind, aus ihrer Tasche noch die Zu-

schüsse für die Canalisation eines Theils von Charlottenburg zu leisten. Denn die Abfindung, welche von dieser Seite an die Stadt Berlin gezahlt wird, entspricht nur der von den Berliner Hausbesitzern gegenwärtig erhobenen Canalisationsabgabe, d. h. etwa nur die Hälfte der Selbstkosten.

Mitbürger! Die Deutsche Bürgerpartei hat in der Stadtverordneten-Versammlung wahrlich keine leichte Stellung gehabt. Ihre Anträge, welche alle, wie die beispielsweise angeführten, nur auf das Wohl der Stadt und die Erleichterung der Steuerzahler gerichtet waren, wurden von der gesammten liberalen Mehrheit abgelehnt. Aus dem Tone, welchen hierbei die Gegner anzuschlagen häufig für gut fanden, konnte es erscheinen, daß die Ablehnung nur deswegen stattfand, weil die Anträge von der Bürgerpartei ausgingen. Sollen daher heilsame Reformen in die Verwaltung unserer Stadt eingeführt werden, so ist es nothwendig, daß die Bürgerpartei aus dem Wahlkampf gestärkt hervorgeht. Darum gebe Jeder, dem das Wohl der Stadt am Herzen liegt, seine Stimme nur dem Candidaten der Bürgerpartei.

Der Vorstand des Deutschen Bürgerausschusses
für Gemeindewahlen.

Ein andrer Wahlaufruf, unterzeichnet von den Herren Dr. Blasius, Krug zur Nidda, Prof. Dr. Voigt, Rachvoll, Röse und Luckhardt, bewegte sich in ungefähr denselben Bahnen, hob jedoch mehr das politische Moment hervor, das durch die Handlungsweise der liberalen Majorität in der Stadtverordneten-Versammlung allerdings ja leider noch maßgebend war. Wie sehr nöthig ein energisches Vorgehen der Deutschen Bürgerpartei auch jetzt noch immer war, erhellt aus einem Vortrage des Stadtverordneten Dopp über die wichtigsten städtischen Angelegenheiten.

Redner wies zunächst nach, mit welchen großen Zahlen die Berliner Communalverwaltung rechnen muß, und führte die Einnahmen und Ausgaben nach dem Etat speciell an. Die Schuldenlast beläuft sich auf circa 165 Millionen Mark, von welchen auf die städtischen Werke (Liegenschaften ꝛc.) ungefähr 145 Millionen

Mark kommen. Da jedoch in den nächsten Jahren viele neue Unternehmungen, besonders Schulbauten, zur Ausführung kommen sollen, so würde eine große Anleihe von mindestens 25 bis 30 Millionen Mark erforderlich sein, um die Ausgaben hierzu bestreiten zu können. Dies sei eine ungünstige Aussicht für die Steuerzahler Berlins. Die Steuervertheilung sei eine ungerechte, da der geschäfts- und gewerbetreibende Mittelstand die meisten Steuern zahlen müsse, besonders Miethssteuer. Die Steuer sei nicht allein reformbedürftig, sondern sie sei auch reformfähig, und zwar dadurch, daß die Wohnungssteuer von der Steuer gewerblicher Räume getrennt wird und erstere höher veranschlagt wird als letztere. Hierauf kam Redner auf die neuesten Begebenheiten in der Stadtverordneten-Versammlung, besonders auf die beantragte, aber abgelehnte Aenderung der Geschäftsordnung zu sprechen und wies nach, daß die Städteordnung keine geheimen Sitzungen kennt. Die Ursache zu diesem Antrage sei genügend durch die Zeitungen bekannt geworden, auch das sei bekannt, fuhr Redner fort, daß ihm bei dem Vorspiel hierzu ein Ordnungsruf vom Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Straßmann angedroht worden sei; aber das sei noch nicht bekannt, und er wünsche, daß es in die Zeitungen komme, daß er seine Beschwerde über diese Androhung des Ordnungsrufes, welche er an die Stadtverordneten-Versammlung, zu Händen des Herrn Vorstehers derselben, gesandt, von letzterem mit einer Randbemerkung kurzer Hand zurückgesandt bekommen habe. Dem Redner wurde reicher Beifall für seinen Vortrag zu theil.

Seitens der Bürgerpartei waren nun in folgenden Stadtbezirken nachstehend genannte Herren als Candidaten bei der Stadtverordnetenwahl aufgestellt:

No. 3 Gerold, No. 8 Pickenbach, No. 10 Ed. Meyer, No. 19 Otto Müller, No. 25 Apotheker Krampf, No. 26 Limprecht, No. 28 Cremer, No. 32 Rechtsanwalt Hoffmann, No. 34 Cremer, No. 38 Wallich, No. 40 Bernhardt Müller. Im 8. Stadtbezirk, der durch die colossalen Anstrengungen der Gegner, um den verhaßten Antisemiten Pickenbach zu Falle zu bringen,

sehr gefährdet war, wäre beinahe eine Verwirrung in den Reihen der Bürgerpartei durch die Aufstellung eines Nebencandidaten in der Person des Herrn Rothenhan entstanden. In Folge einer energischen Erklärung des Bürgerausschusses wurde jedoch diese Candidatur rechtzeitig zurückgezogen. Bei der Wahl wurde Herr Gerold ohne Weiteres gewählt, während die Herren Pickenbach, Krampf, Limprecht, Rechtsanw. Hoffmann, Wallich und Müller in die Stichwahl kamen. Wenn sich bei diesen Wahlen nicht in der Bürgerpartei eine gewisse Lauheit bemerkbar gemacht hätte, dann wären wahrscheinlich von vorne herein schon mehr positive Siege erfochten worden. Den Stichwahlen ging eine Agitation voraus, welche von allen Seiten noch energischer betrieben wurde, wie die zu den ersten Wahlen. Insbesondere handelte es sich hier um die Stadtbezirke 8 und 26, wo Pickenbach und Limprecht in Frage kamen, und die Gegner konnten ihre Agitation auf diese beiden Punkte mehr concentriren, zumal in den Stadtbezirken 25, 32 und 38 die Bürgercandidaten ohnehin den Sieg erringen mußten, während die Wahl im 40. Bezirk zu Gunsten der Freisinnigen ausschlagen mußte. Als Gegencandidat des Herrn Limprecht fungirte ein Herr Kohlert. Bei der ersten Wahl waren auf Limprecht gefallen 830 Stimmen, auf Kohlert (fortschr.) 570, auf Voigt (Arb.) 480. Da Herr Kohlert noch Mecklenburger war, so waren die auf ihn gefallenen Stimmen ungültig, und Herr Limprecht wäre gesetzmäßig als gewählt zu proclamiren gewesen. Dies hatte auch die Abtheilung A. des Wahlvorstandes unter Vorsitz des Herrn Weikh gethan. Da aber der Vorsitzende der Abtheilung B., Glaser Manns, sich dessen weigerte, weil „Herr Kohlert sein langjähriger Freund sei", erklärten sich Magistrat und Stadtverordnete für incompetent und die ganz ungesetzliche Stichwahl ging, weil Herr Manns es wollte, vor sich. (Folge des neuen Zuständigkeitsgesetzes.)

Dennoch wurde Herr Limprecht gewählt. Im 8. Stadtbezirk dagegen, wo die socialdemokratische Partei den Ausschlag bei der Stichwahl zwischen Pickenbach und Vortmann (freis.) geben mußte, fiel der Erstere. Charakteristisch für die Beziehungen

zwischen Socialdemokratie und Freisinn ist eine Communal-Wähler-versammlung, in welcher Hasenclever damals folgende Rede hielt:

„Die Art und Weise, wie mein Herr Vorredner den liberalen Standpunkt hier betont hat, könnte mich eigentlich veranlassen, gegen ihn zu sprechen. Allein ich bin entfernt, einen Zankapfel in die Versammlung zu werfen, sondern ich stimme vollständig mit meinem Freunde Träger (!? Der Verf.) überein, daß hier alle Gegensätze außer Acht gelassen werden müssen, wo es gilt, den gemeinsamen Gegner zu bekämpfen. So sehr ich auch ein Gegner des liberalen Manchesterthums bin, so bin ich ein noch viel größerer Gegner der Reaction. Ich spreche es deshalb hier aus im Namen meiner Freunde Liebknecht und Bebel und in meinem eigenen: Diejenigen Leute, die unserer Fahne folgen, werden bei der bevorstehenden Stichwahl im achten Berliner Communal-Wahlbezirk das außer Acht lassen, was uns trennt, sie werden ebenso wie im vergangenen Jahre gegen Reaction stimmen und für den Fortschritt eintreten." Handlungsgehülfe Hennig: Obwohl er der socialdemokratischen Partei angehöre, so werde er ebenfalls für Vortmann stimmen. — Schriftsetzer Harpe: „Ich will nur den Arbeitern bemerken, daß Herr Vortmann in politischer und wirthschaftlicher Beziehung ihr Gegner ist, während Herr Pickenbach wohl in politischer Beziehung ihr Gegner, aber in wirthschaftlicher mit ihnen ist. (Stürmisches Oho!) Sehen Sie sich doch einmal um, welche Dinge in dem bekannten rothen Hause passiren. Ist nicht das ganze Wirthschaftssystem daselbst ein manchesterliches und wird daselbst irgend jemand zu einem Amte gewählt, der nicht zur Fortschrittspartei gehört? (Heftiger Widerspruch. Lärm). Herr Pickenbach hat bereits gesagt, er buhle nicht um die Stimmen der Arbeiter. (Rufe: Er hat es aber gethan!) Es ist ihm nicht eingefallen. (Widerspruch.) Mögen die Arbeiter bedenken, wie groß die Kluft zwischen ihnen und der Fortschrittspartei ist, ehe sie für Herrn Vortmann stimmen. (Heftiger Lärm.)"

Man hatte über die erste Wahl im achten Stadtbezirk eine Art von Berufsstatistik aufgestellt, deren Wiedergabe das Interesse der Leser erregen dürfte.

Es stimmten für Pickenbach 224 subalterne Ministerial- und Regierungs-Beamte (Geheime expedirende Secretäre ꝛc.), 72 Beamte der Reichspost, 105 Beamte der Polizei, 75 Beamte der verstaatlichten Eisenbahnen, 12 städtische Beamte, 21 pensionirte Officiere, also im ganzen 510 Beamte und pensionirte Officiere. Der Rest vertheilt sich mit 18 Personen auf private Lohndiener und Lakaien und 222 auf alle übrigen Berufsarten, Kaufleute, Handwerker, Gesellen, Gelehrte, Künstler u. s. w. Ohne ein geschlossenes Eintreten aller Subalternen und Unterbeamten, die gerade in den äußersten Straßen der Potsdamer Vorstadt in sehr großer Zahl wohnen, wäre Pickenbach niemals in die Stichwahl gekommen.

Mit dem Moment, wo Herr Pickenbach seine Amtsstelle abgeben mußte, verschwand er auch aus der Bewegung gänzlich. Schon längst waren von verschiedenen Seiten ernste Bedenken gegen seine Privatverhältnisse und besonders auch gegen gewisse geschäftliche Manipulationen erhoben worden, welche letztere das Vertrauen zu einem Stadtverordneten erheblich zu schwächen im stande waren. Dem gegenüber muß ich bemerken, daß Pickenbach's öffentliche Thätigkeit — und auf diese kommt es doch hier an — zu keinerlei Ausstellungen jemals Veranlassung gegeben hat. Er war eifrig und fleißig, und sein radicaler Antisemitismus konnte ihm in den Augen der Berliner Conservativen auch nichts schaden, obwohl diese Anschauung ja von der Majorität derselben nicht getheilt ward.

Die neu constituirte Stadtverordneten-Versammlung erlitt noch im December desselben Jahres den Verlust des Stadtverordnetenvorstehers Straßmann, an dessen Stelle Herr Büchtemann gewählt wurde. Ich habe keine Veranlassung, für Herrn Straßmann, den eifrigen Liberalen und strengen Gegner der Deutschen Bürgerpartei hier einzutreten. Nach dem Grundsatze aber: de mortuis nil nisi bene, will ich wenigstens ihm die Ehrenerklärung geben, daß er dem Wohle der Stadt, wie er dasselbe auffaßte, seine besten Kräfte geopfert hat. Auch dem Gegner muß man gerecht bleiben. Sehr angenehme Verhältnisse hinter-

ließ er nicht in der Commune Berlin, denn es bezifferten sich die gesammten städtischen Schulden am 31. December d. J. auf rund 154 Millionen Mark, wovon indes circa 130 Millionen in städtischen Werken angelegt waren, die größtentheils erheblichen Ueberschuß lieferten, (so die Gaswerke 6 Millionen, die Wasserwerke 1 Million, der Viehhof trotz großer Erweiterungsbauten 500,000 Mark 2c.), so daß ca. 24 Millionen Kämmereischulden — gegen 13 Millionen im Vorjahre — verblieben, die durch städtische Steuern zu verzinsen und amortisiren waren. Dagegen erforderte die Canalisation mit einer Schuldenlast von 64 Millionen Mark bisher einen jährlichen Zuschuß von 2,600,000 Mark. In Summa wurden noch ca. 68 Millionen gebraucht, von denen 50 Millionen durch eine neue Anleihe aufgebracht werden sollten. Daß diese Anleihe erforderlich war und genehmigt werden würde, unterlag ja keinem Zweifel, aber die Art und Weise, in welcher die Vorlage behandelt, jede Debatte über dieselbe der Versammlung unmöglich gemacht wurde, zeigte auf das Drastischste, was es mit den lügenhaften Phrasen der Deutschfreisinnigen im Parlament von der Vergewaltigung der Minorität, der Selbstverwaltung 2c. auf sich hatte, die sie stets im Munde führten.

Doch ganz ohne Zwischenfälle auch angenehmer Art sollten diese verschiedenen Kämpfe und Anstrengungen der conservativen Partei in Berlin, die besonders den Führern eine aufreibende Thätigkeit brachten, nicht zu Ende gehen.

Zum Schluß des Capitels will ich eines dieser angenehmen Intermezzo's erwähnen, bestehend in der Mitte October stattgehabten feierlichen Einweihung des Etablissements „Deutsches Tageblatt“ im neuerbauten Heim Königgrätzerstraße 41. Herr Luckhardt hatte zu diesem Fest alle geladen, die Anspruch auf die Theilnahme an einer derartigen Feier machen konnten, und die Meisten waren auch dieser Einladung gefolgt. Reden und Toaste legten Zeugniß dafür ab, wie groß die Achtung war, die man den erfolgreichen Bestrebungen des Festgebers entgegenbrachte.

22. Capitel.

Politische Verhältnisse im Jahre 1886.

Das hervorragendste Ereigniß, welches den Anfang des neuen Jahres zu einem äußerst freudevollen gestaltete und an dem das gesammte Volk seinen innigsten Antheil nahm, war das 25jährige Regierungsjubiläum des geliebten großen Kaisers. In pietätvollem Andenken an die Leidensjahre Seines in Gott ruhenden Bruders, des Königs Friedrich Wilhelm IV. wollte Kaiser Wilhelm die ersten Jahre seiner Regentschaft bis zu dem zu Anfang des Jahres 1861 erfolgten Tode des Königs nicht in die Zeit seiner selbstständigen Regierung mitgerechnet wissen, und datirte daher der Beginn dieser letzteren erst von Januar 1861 ab. Er gab damit der alten Hohenzollern'schen Haustradition Ausdruck, welche die in andern Regentenfamilien so häufig vorgekommenen Frictionen zwischen dem Herrscher und seinem Nachfolger oder andern Mitgliedern der Familie als unzulässig durchaus verwirft und eine absolute Unterordnung unter die Gewalt des Familienoberhauptes und von Gott eingesetzten Landesherrn vorschreibt. Meines Wissens hat, solange die Hohenzollern auf dem Brandenburgisch-preußischen Thron sitzen, noch niemals eine Abweichung von dieser Regel stattgefunden, und auch Kaiser Wilhelm betrachtete sich in den letzten drei Lebensjahren seines Bruders bis zu dessen Tode nur als Stellvertreter des Königs. Seit seiner Thronbesteigung war nun ein Vierteljahrhundert verflossen, und es war für das Volk gewiß Grund genug vorhanden, um dem Monarchen zu dessen Jubiläumsfeste in der freudigsten und dankbarsten Weise seine Huldigungen zu Füßen zu legen.

Was hatte dieser Monarch in solchen Zeitraum alles geschaffen, welche Wandlungen hatten die äußeren und inneren Verhältnisse Preußen-Deutschlands unter seiner Aegide durchgemacht. Seine glorreichen Kriegsthaten erfüllten die Welt, das Vaterland stand unter seinem Scepter geeint und gekräftigt nach innen und außen da, und die mild-ernste Persönlichkeit des Kaisers war dazu am meisten geeignet, die noch im Innern vorhandenen Parteigegensätze soweit wenigstens zu versöhnen, daß von allen Seiten der Grundsatz anerkannt wurde, suprema lex salus rei publicae. Kaiser Wilhelm hatte neben dem Königthum von Gottes Gnaden auch das sociale Königthum zur geltenden Macht im Vaterlande erhoben, denn es dürfte völlig unzweifelhaft sein, daß Preußens König, daß der von Lassalle kaum geträumte deutsche Kaiser nicht blos den Muth und die Einsicht gehabt hatte, sich zu socialem Königthum herzugeben, sondern diesen Beruf, diese freiwillig übernommene Aufgabe in verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit, wie keine andere Herrschaft zu bethätigen.

Wo hatte es wohl je eine republikanische Verfassung, wo eine demokratische Agitation gegeben, wodurch innerhalb einiger Jahre auch nur annähernd so Vieles und Großes für das Volk, insbesondere für das Proletariat geschaffen, wie Kaiser Wilhelm in den letzten zwanzig Jahren.

Er hatte für das Deutsche Reich die Grundlage der Verfassung, das allgemeine Stimmrecht, gegeben, das kurz zuvor von dem Führer der Socialdemokratie als das einzige, friedliche und gesetzliche Mittel zur Heilung der socialen Schäden laut verkündet worden war.

Er hatte getreu der Tradition seiner Vorfahren, das jetzige Hauptmittel des Verkehrs, die Eisenbahnen, ebenso wie es früher mit der Post und der Telegraphie geschehen war, dem Staate zur Fürsorge für die Gesammtheit übergeben.

Er hatte Handel und Verkehr neu belebt und die ganze Industrie zu einem ungeahnten Aufschwunge geführt.

Er hatte die finanziellen Ergebnisse der neuen Wirthschaftspolitik zur Erleichterung der Steuern des kleinen Mannes verwandt.

Er hatte überhaupt eine Politik der christlichen Liebe und des praktischen Christenthums an die Stelle des kalten Egoismus, der bis dahin herrschenden Auffassung der im gewerblichen Leben maßgebenden Kräfte gebracht.

Er hatte endlich einen vollständigen Plan für die Verbesserung der Lage der Arbeiter gefaßt, und größtentheils bereits zur Ausführung gebracht, namentlich durch die Sicherung des Arbeiters gegen die Gefahren von Krankheit und Betriebsunfällen aller Art.

Er hatte endlich auch Weiteres in Aussicht genommen, um die wirklichen Härten des Looses der Arbeiter insoweit möglich zu mildern.

Seine Haupt- und Residenzstadt Berlin zumal hatte in jeder Hinsicht stets die interessevolle Berücksichtigung des Monarchen erfahren, und darum mußten es auch die in der Berliner conservativen Partei zusammengefaßten königstreuen Bürger dieser Stadt zuvörderst sein, welche dem greisen Herrscher ihre Ovationen darbrachten. Keiner von den 52 deutschen Kaisern hatte in einem so hohen Alter eine solche Staffel des Ruhmes und der Liebe seines Volkes erlebt; das mußte an diesem hohen Ehrentage des Kaisers besonders in Berlin zum sichtbaren Ausdruck gelangen. Ueberall veranstalteten daher die Bürgervereine Berlins Freudenfeste, welche von dem monarchischen Bewußtsein und der unentwegten Treue zu Kaiser und Reich Zeugniß gaben, wie solche Gefühle die conservative Bürgerschaft je belebten. Die Freisinnigen machten freilich den Versuch auch nach dieser Richtung hin, die Lauterkeit des Patriotismus in der Berliner conservativen Partei zu discreditiren, und da dies in sonstiger Hinsicht nicht recht möglich war, so entnahmen sie aus der Thatsache, daß Herr Hofprediger Stöcker, also ein hervorragender conservativer Führer in Berlin, bei der Gratulationscour im Schlosse gefehlt hatte, den Scheinbeweis, daß die Loyalität des Genannten und damit auch diejenige seiner Anhängerschaft auf sehr schwachen Füßen stünde. Bei näherer Inaugenscheinnahme zerfiel diese Behauptung, insbesondere was die Person des Herrn Hofpredigers anbelangt,

durchaus in Nichts, denn die Raumverhältnisse des Schlosses hatten die Zulassung von Räthen zweiter Classe, zu denen Herr Stöcker gehört, verboten, während Herr Kögel, der den Rang eines Rathes erster Classe hat, selbstverständlich bei der Cour auch zugegen war.

Aber auch andere Ereignisse, wie dieselben im Laufe der Parlamentsverhandlungen gezeitigt wurden, nahmen die volle Thätigkeit der Conservativen in Anspruch. Namentlich war die vom Fürsten Bismarck inaugurirte Polendebatte im Abgeordnetenhause im Vordergrund des Interesses, welche Frage von dem Rechtsanwalt und Abgeordneten Waldemar Woff in einer Sitzung des conservativen Vereins der Oranienburger Vorstadt in etwa nachstehenden Ausführungen behandelt wurde:

„Der Reichstag befindet sich bei seiner Opposition gegen die Regierung in einer Differenz mit dem Volke. Die angeordneten Ausweisungen sind nicht, wie das Centrum behauptet, aus religiösen Ursachen erfolgt. Im Regierungsbezirk Breslau allein sind zwei Drittel der Ausgewiesenen Juden, zwei bis drei Protestanten, der Rest Katholiken. Und daß wir auf diese Weise so manchen Juden los werden, ist für jeden Deutschen, der es mit seinem Vaterlande gut meint, recht erfreulich. Diese polnischen Juden, die mit einem kleinen Bündel auf der Schulter über die Grenze kommen, sehen wir stufenweise emporsteigen vom kleinen Händler auf dem Lande bis zum Commerzienrath in Berlin. Daß dies nicht allein durch ihr kaufmännisches Talent, sondern auch häufig durch Unredlichkeiten geschieht, liegt auf der Hand. Der Abgeordnete Windthorst hat die Polenfrage als eine neue Aera des Culturkampfes bezeichnet. Diese Hineinziehung des Culturkampfes in alle politischen Angelegenheiten kennzeichnet ihn als den größten und alleinigen Vertreter des Culturkampfes. Die Conservativen und alle national gesinnten Elemente wünschen endliche Beilegung des unseligen Kirchen-Conflicts. Nur Windthorst setzt ihn fort und steht hierbei in directem Widerspruche mit seinen Kirchenfürsten, mit Männern wie dem Bischof von Fulda und Paderborn. Der deutsche Freisinn, diese personificirte Negi-

rung, widersetzt sich natürlich auch den Maßregeln der Regierung. Es ist dies dieselbe Politik wie vor der Errichtung des Deutschen Reiches, indem man durch Freibier, Redenhalten und Schützenfeste eine Einigung erreichen wollte und den Staat nur als den Nachtwächter hinstellte. Man muß sich mit allen Mitteln gegen die Polonisirung deutscher Provinzen wehren. Das Naturgesetz, daß die Völker von Osten nach Westen vordringen, gebietet uns, uns einem weiteren Vordrängen der Slawen energisch entgegenzustemmen. Drei Gesetze vornehmlich sind es, durch die wir solches zu erreichen hoffen. 1) Das Colonisationsgesetz mit der 100 Millionen-Anleihe. Schon Friedrich der Große hat uns die segensreichen Wirkungen dieses Verfahrens gezeigt. Werden die großen Grundbesitze der polnischen Adeligen parcellirt und durch deutsche Bauern bearbeitet, so wird auch bald eine Wendung zum Besseren eintreten. 2) Die Anstellung von Volksschullehrern. Es ist eine betrübende Thatsache, daß so viele polnische Recruten nicht einmal Deutsch sprechen können. Eine Remedur ist dringend nothwendig. 3) Die Einrichtung von Fortbildungsschulen. Durch deren obligatorischen Besuch soll der Einfluß der polnischen Edelleute und des Clerus paralysirt werden.“ Redner schloß hiermit seinen durch häufige stürmische Beifallsbezeugungen unterbrochenen Vortrag. Die Versammlung dankte dem Vortragenden und nahm darauf einstimmig eine Resolution an, in welcher das Vorgehen der Regierung gegen die Polen gebilligt und zugleich den conservativen Abgeordneten der Dank für ihr Verhalten im Parlament ausgesprochen ward. Der Vorsitzende theilte sodann mit, daß die Bürgervereine Friedrich-Wilhelmstadt und Oranienburger Thor eine Spar- und Darlehnscasse gegründet hätten und lud zu zahlreichem Eintritte ein.

Bekanntlich hatte sich der Reichstag dieser von Hause aus rein preußischen Angelegenheit bemächtigt, und es war damit für den Abgeordneten Singer die willkommene Gelegenheit gegeben worden, auch ein Wort zu dieser Sache reden zu dürfen. Er hörte sich ja so sehr gern sprechen, doch war das nicht bei seiner parlamentarischen Zuhörerschaft der Fall, denn seine vaterlands-

verrätherischen, unpatriotischen Ausführungen fanden bei der Majorität des Reichstages keine Gegenliebe. Desgleichen riefen diese Auseinandersetzungen Singer's einen wahren Sturm im Schooße der Berliner conservativen Bewegung wach, und es wurden von mehreren Vereinen Resolutionen gegen ihn und sein Verhalten gefaßt, in welchen die Schädigung der vaterländischen Interessen in den Augen des Auslandes besondere Betonung fand.

Die in Folge der Polenvorlage in die Action getretene Colonisation der Provinzen Posen und Westpreußen hatte die Frage der inneren Colonisation überhaupt auf die Tagesordnung gebracht, welche schon in früheren Versammlungen der Berliner Bürgervereine besonders seitens der Herren Abgeordneter Sombart und Fabrikant Hessel, Mitglied des Volkswirthschaftsrathes, erörtert worden war. Zur praktischen Lösung dieser großen und in politischer, volkswirthschaftlicher, wie ethischer Hinsicht gleich wichtigen Frage hatte sich später in Berlin ein „Verein für innere Colonisation" gebildet, dem ich als Vorstandsmitglied angehörte. Ich nehme die Gelegenheit wahr, um auf diesen Verein und die aus demselben hervorgegangene „Gesellschaft für Colonisation im Inlande" einen kurzen Streifblick zu werfen, indem ich damit beabsichtige, irrthümlichen Auffassungen über diese nach meiner Ansicht durchaus nationalen „Gründungen" zu begegnen. Wenn ich, der ich die letzteren in literarischer Hinsicht als Redacteur der „Blätter für innere Colonisation" vertreten habe, dabei etwas pro domo spreche, mag mir das niemand verübeln. Der Wahrheit werde ich dabei dennoch ihren Tribut zollen. Der Verein wurde in einer großen Versammlung begründet, in der ich präsidirte und Freiherr von Henneberg das Referat übernahm, um die Ziele des Vereins näher darzulegen. Schon ein Blick auf das Auditorium belehrte mich von der Nutzlosigkeit, sogar eventuellen Gefährlichkeit dieser Versammlung, denn wohin ich sah, blickte ich auf Socialdemokraten, die mit der Absicht gekommen waren, um die Versammlung zur Auflösung zu bringen. Das letztere wäre freilich schwierig zu bewerkstelligen gewesen, da sich kein Polizeibeamter zur Ueberwachung eingefunden hatte. Der

Verlauf war denn auch für uns im höchsten Grade unbefriedigend, denn nach einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Herrn Dr. Lüttgenau, dem anwesenden socialistischen Führer und meiner Wenigkeit, sah ich mich gezwungen, die Versammluug zu schließen, da ich Gefahr lief, die Herrschaft über die Situation gänzlich zu verlieren, während die Socialdemokraten eine socialistische Versammlung zu constituiren sich anschickten. Dennoch traten Manche dem Vereine bei, der sich auch im Lande eine nicht unbeträchtliche Mitgliederzahl erwarb, aber die praktischen Colonisationsarbeiten wollten nicht vorwärts kommen. Die aus dem Verein herausgebildete Capitalsgesellschaft war den großen Anforderungen gegenüber viel zu schwach, sowohl in materieller, wie in organisatorischer Hinsicht. Es kamen Betrügereien eines Mitgliedes hinzu und nach kurzem Bestande, nachdem die ersten Versuche, Güter zu colonisiren auch nur zum kleinen Theil gelungen waren, mußte die Gesellschaft ihr Vorhaben aufgeben; sie und der Verein wurden aufgelöst. Ich meinerseits habe nie zur Capitalgesellschaft gehört; für die Manipulationen derselben waren die drei Inhaber allein verantwortlich. Die Ideen der inneren Colonisation, welche im Volk die Seßhaftigkeit durch Vermehrung der Nährstellen befestigen, das Nationalvermögen durch Verminderung der Auswanderung heben und der Productivität des Landes Vorschub leisten würde, werde ich trotz des Mißerfolges auch fernerhin vertheidigen. Schließlich bemerke ich noch, daß sich der Verein von den Agitationen der Landliga und des in derselben betriebenen Flürscheim'schen Boden-Verstaatlichungsprojects, das damals ebenfalls auftauchte, stets fern gehalten hat.

In weit höherem Maaße, wie für die innere Colonisation, war bereits das Verständniß der Berliner conservativen Wählerschaft für die äußere Colonisation vorgeschritten, zumal ja freilich auch die letztere Frage ein viel älterer Bekannter in Berlin war. Dr. Peters und andere Führer der Colonialbewegung, hatten es sich seit geraumer Zeit angelegen sein lassen, dieses Verständniß durch Vorträge über coloniale Angelegenheiten in den Bürgervereinen immer weiterzuführen; und ich erwähne mit Rücksicht

auf die spätere Antisclavereibewegung in Deutschland, welche im Augenblick der Bearbeitung des Buches die Politik so sehr nahe angeht, über die damaligen von Dr. Peters mitgetheilten Absichten der deutschen ostafrikanischen Gesellschaft in Betreff des zu verwendenden Arbeitermaterials, daß man die einzig brauchbaren Sclaven aufkaufen wollte. Dr. Peters meinte in Betreff dieses Planes, ein solcher Sclave koste jetzt 30 Ellen Stoff und jede Elle dieses Stoffes 20—30 Pfg. Der Sclave würde in dem Moment, wo die Gesellschaft ihn aufkaufe, im Principe frei sein. Man würde ihn aber nicht nach englischem Muster völlig emancipiren, sondern, um zu verhüten, daß der Sclave dann aufhöre zu arbeiten und das Gesindel vermehre, ihn in einer Art von Hörigkeitsverhältniß ansiedeln; man hoffe auch nach und nach die freie Bevölkerung in ein solches Verhältniß hineinziehen zu können, das unbedingt mit wirthschaftlichen Vortheilen für diese verbunden sei. Die Sclavenjagden im eigenen Gebiete werde man selbstverständlich verbieten.

Die Aufmerksamkeit, welche man jener Frage bereits zollte, wurde noch actueller in Folge des im Herbste 1886 stattgehabten Colonial-Congresses, der die drei bestehenden Gesellschaften für die deutsche überseeische Angelegenheiten, nämlich die deutsche Colonialgesellschaft, die ostafrikanische Gesellschaft und den Centralverein für Handelsgeographie, unter dem Vorsitz der Herren Fürst Hohenlohe, Dr. Peters und Dr. Jannasch in gemeinschaftlichen Berathungen zusammen führte, und mit welchem zugleich eine südamerikanische Ausstellung in der neuen Waarenbörse verknüpft war.

Dieser Berliner Congreß gewährte ein glänzendes Zeugniß für jene, denen nicht vor lauter Planmäßigkeit das kühne, hoffnungsvolle, phantasiebeschwingte Wagen, welches jeder große Wurf erfordert, abhanden gekommen war, und dieses Zeugniß sollte sich weit durch die deutsche Nation verbreiten, trotz der feindlichen Kräfte, die es zu mindern versuchten.

Wer den fesselnden Verhandlungen beiwohnte, der mußte ergriffen sein von dem Ernste, mit dem diese deutschen Männer,

welche aus den verschiedensten Punkten der Erde zusammengekommen waren, die Zukunftsfragen, die Ehre ihrer Nation beriethen, mit welcher prächtigen Begeisterung, welcher patriotischen Beredsamkeit und welcher Offenheit in Bezug auf Fehler und Vorzüge! Man fühlte so manchem Redner nach, wie die Zunge kaum alles mitzutheilen vermochte, was ihm auf dem Herzen lag; man hätte ihm gerne längere Zeit gegönnt, und empfand mit ihm das schmerzliche Bedauern, allzu schnell einem anderen Platz machen zu müssen. War doch sicherlich noch nicht alles gesagt, was für seine Sache angeregt werden mußte. Und was betraf diese denn? Eine Eitelkeit, ein rein persönliches Interesse? Mit nichten! Sondern Fragen der Praxis, die anderen den richtigen Weg zeigen sollten, Fragen der Allgemeinheit, der Wissenschaft und der Nächstenliebe. Zuweilen trennten sich die Meinungen scharf, aber eines galt für alle: das deutsche Vaterland! Diesem Ehre zu machen, diesem zu nützen und alle Kräfte demselben zu widmen! Dies heilige Streben mußte man überall herausfühlen und sich daran erbauen, und diejenigen, welche nun von draußen den Congreß herabzuwürdigen versuchen, wissen wirklich nicht, was sie thun, oder sofern sie es wissen, geht ihnen eben das mächtige ursprüngliche und edele Empfinden ab, welches uns alle, und will's Gott täglich fester, mit einander verbindet: das Nationalgefühl.

Ja, dieses hoch angespannte Nationalgefühl sollte sich zu Ende des Jahres noch besonders bethätigen, es sollte in der Stellung des Volkes zur Militärfrage eine bedeutende Probe ablegen. Vorher aber waren es noch andere politische Punkte, welche erörtert und beziehungsweise erledigt werden mußten. Die Conservativen Berlins verfolgten die Vorgänge im Parlament auf das Genaueste und ließen sich nicht abhalten, das Für und Wider in ihren Vereinsversammlungen auf's Eingehendste zu erörtern, zumal die allgemeinen rein städtischen Verhältnisse zum Theil von diesen Angelegenheiten direct oder indirect berührt wurden. Ich meine die Berathungen über das Branntweinmonopol, besonders auch über die kirchlichen Fragen. Das

Branntweinmonopol oder eine andere Art der besseren Heranziehung des Branntweins zur höheren Besteuerung konnte durchaus auf die Zustimmung der Berliner Conservativen rechnen, denn abgesehen von der Erkenntniß, daß die Finanzverhältnisse des Reichs und insbesondre die zur Nothwendigkeit gewordenen erhöhten Anforderungen an die Militärmacht Deutschlands, die Vermehrung der Einnahmequellen dringend erforderlich machten, hatte man gerade in der Großstadt genug Beispiele vor Augen, welche den Wunsch nahe legten, den Branntweingenuß dem Volke etwas mehr zu entziehen. Wenn die socialen und familiären sowie sittlichen Verhältnisse in den unteren Schichten der Berliner Bevölkerung mit der wachsenden Bevölkerungsziffer sich progressiv verschlechterten, so war diese Erscheinung nicht zum mindesten Theil der leidigen Trunksucht zuzuschreiben; freilich suchte man diese Verhältnisse nach Kräften zu heben und zu bessern, und hier war besonders die Thätigkeit der innern Mission anzuerkennen, deren Organisation das Verdienst des Hofprediger Stöcker war. Die sittigende Einwirkung des letzteren Instituts war zwar zweifellos, aber ohne die positive Unterstützung der Kirche und ihrer Geistlichen war dasselbe doch mehr oder weniger ohnmächtig, und es war daher der Antrag des Hofprediger Stöckers im Abgeordnetenhause, die Vermehrung der Berliner Parochien betreffend, so zeitgemäß, daß er die vollste Billigung der Conservativen fand.

Hinsichtlich der Branntweinfrage, welche von Herrn Richter in so „anständiger“ Weise später als die „Schnapspolitik des Fürsten Bismarck“ bezeichnet wurde, gingen die Berliner Conservativen von der Ansicht aus, daß die Regierung die Branntweinsteuer erheblich erhöhen müsse. Daß dieselbe eine bedeutende Steigerung ertragen könne, sehen wir an den Beispielen Englands, Frankreichs und Amerikas. Das Monopol gestattete die Fabrikation und die Consumtion des Branntweins, beschränkte indessen die private Thätigkeit im Verkaufe desselben. Es unterlag keinem Zweifel, daß die schweren Vorwürfe, welche man gegen die Destillateure erhoben hatte, zum großen Theile gerechtfertigt waren, und es war in hygienischer Beziehung von enormem Vortheil,

wenn — wie es beim Monopol geschehen sollte — nur rectificirter Branntwein zum Verkauf gelangte. Die productive Thätigkeit bei der Branntweingewinnung, welche die Regierung nicht beschränken will, lag namentlich in den Händen der Landwirthe; und die Spiritusbrennereien bildeten einen bedeutenden Nebenerwerb derselben. Es war Pflicht der Regierung, den weiteren Niedergang der Spiritusproduction zu hemmen. Namentlich war gegen das Verfahren der hamburgischen Kaufleute entschieden Einspruch zu erheben, unrectificirten russischen Spiritus zollfrei einzuführen und denselben dann als deutschen rectificirten auszuführen.

Folgender Lehrsatz schien damals in Betreff dieser Frage hier in Berlin allgemeine Billigung zu finden:

„Das Reich muß den Branntwein aus patriotischen und staatlichen Interessen bedeutend höher besteuern, die Production muß erheblich eingeschränkt werden; die Spiritusinteressen werden nicht durch Exportbonificationen gefördert; die Sonderstellung Hamburgs im Sprithandel ist aufzuheben und der Spiritus, namentlich der Kartoffelspiritus, darf nur im rectificirten Zustande verkauft werden.“

Hinsichtlich der vorhin erwähnten kirchlichen Fragen wurde das Culturfriedensbedürfniß im Kreise der Berliner Conservativen ganz besonders tief empfunden, und daher auch die Friedensrede des Fürstbischofs Dr. Kopp im Herrenhause mit besonderer Befriedigung und Freude begrüßt. Ich erörtere die Stimmung der Conservativen hinsichtlich der Wendung der preußischen Kirchenpolitik an der Hand von zwei Versammlungsberichten über Reden der Abgeordneten Cremer und v. Puttkamer-Plauth, von denen der erstere meinte, daß zwar ein modus vivendi zwischen Staat und Kirche geschaffen werden könne, aber es nicht möglich wäre, einen dauernden Frieden zwischen beiden Mächten herzustellen. Die neueste Wendung in der preußischen Kirchen-Politik legte Zeugniß davon ab, daß das Zünglein in der Waage sich wieder einmal zu Gunsten des Papstes geneigt habe. Die Kirche hält es in einem Kampfe stets am längsten aus. Redner habe zuerst

in der Kammer betont, daß eine Versöhnung schon aus rein politischem Interesse statt finden müsse. Von der Ansicht, daß der Staat das Recht habe, souverän auch über die Kirche zu bestimmen, sei Bismarck schon 1878 zurückgekommen. Auch das Centrum habe diesmal zugegeben, daß man die Maigesetze wohl revidiren könne. Es sei sehr nothwendig, daß sich alle Christen wieder zusammenthun, um sich zu wehren gegen das Eindringen jüdischer Anschauungen. Auf den Culturkampf ließe sich das Wort Friedrich Wilhelm's IV. anwenden: „die Christen hauen sich untereinander und der Jude macht die Musik dazu.“ Die unselige Goldwährung, die Wucherfreiheit und ähnliche Erscheinungen seien auf demselben Sumpfboden gewachsen, auf dem der Culturkampf entstanden ist. Als der Kampf gegen Rom losbrach, waren die Juden an der Börse am thätigsten. Das Resultat des Culturkampfes sei: wir müssen uns vertragen, also dasselbe, was man durch den dreißigjährigen Krieg erzielte.

Herr v. Puttkamer unternahm es, die Haltung der Regierung und der sie unterstützenden Parteien gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, daß sie nun doch den Canossagang angetreten hätten. Dieser Vorwurf sei unberechtigt; es handle sich vielmehr um einen Friedensschluß zwischen Staat und Kirche, nicht minder rühmlich für unseren großen Staatsmann, als der vor fünfzehn Jahren von ihm geschlossene Frankfurter Friede mit Frankreich. Zum Beweise dessen erinnerte der Herr Vortragende an die Entstehung und den Verlauf des Culturkampfes, der die Katholiken so erbittert habe, daß sich eine Partei im Parlamente bildete, die den Staat einzeln und im Bunde mit allen reichsfeindlichen Elementen bitter bekämpfte und dahin strebte, die Regierungsmaschine zum Stillstand zu bringen. Deshalb, um einer solchen Eventualität vorzubeugen, schloß der Reichskanzler den Frieden. Die Rücksicht auf das Wohl des Vaterlandes überwog alle Bedenken bei ihm und da auch unser theurer Kaiser den Frieden wünschte, so hat ihn Fürst Bismarck geschlossen. Die Bedingungen und Concessionen, unter welchen der Vergleich zu Stande kam, müssen wir billigen. Wenn etwas dabei zu bedauern ist, so wäre es der

Umstand, daß nicht auch der protestantischen Kirche mehr Freiheit zu Gute gekommen ist, denn unter heutigen Verhältnissen muß sie befürchten, von den Umarmungen der Staatsgewalt erdrückt zu werden. Staat und Kirche haben erkannt, daß sie sich nur zu Gunsten der Umsturzparteien, namentlich des mit dem „Fortschritt" liirten Judenthums, zerfleischt haben. Conflicte können ja noch kommen, jeder aber möge sie zu vermeiden suchen. „Möge es gelingen", schloß Herr von Puttkamer, „den Frieden auf der jetzigen Grundlage zu erhalten, damit uns eine glückliche Zukunft beschieden sei." Nachdem die Versammlung sodann dem Redner ihren Dank durch ein dreifaches Hoch dargebracht hatte, erfolgte eine rege Discussion. Auf eine Anfrage, ob die conservative Partei bestrebt sein werde, der protestantischen Kirche eine größere Freiheit der Bewegung zu ermöglichen, machte Herr v. Puttkamer einige hoffnungsvolle Andeutungen, die mit lebhafter Freude aufgenommen wurden. —

Ganz besonderes Aufsehen aber erregten unter den Berliner Conservativen die Verhandlungen im Reichstage über die Verlängerung des Socialistengesetzes, bei welchen die Gerichtsverhandlung gegen den „Schriftsteller" Christensen, der Fall Ihring-Mahlow zur Sprache kam und von socialdemokratischer Seite ein Feldzug gegen das sogenannte Institut der Agents provocateurs eröffnet wurde. Es wurde nämlich der Versuch gemacht, an dem Fall Ihring-Mahlow den Beweis zu erbringen, daß diese Einrichtung von der Polizei benutzt würde, um die Socialdemokraten zu Aeußerungen und Handlungen zu verleiten, welche alsdann zur strafrechtlichen Verfolgung Veranlassung gaben. Der Schutzmann Ihring, welcher sich unter dem Namen Mahlow in die socialdemokratische Vereinigung hatte aufnehmen lassen und den Versammlungen derselben beigewohnt hatte, sollte ein derartiger Agent provocateur sein, welcher selbst Majestätsbeleidigungen ausgestoßen hätte, um ein Gleiches seitens der Socialdemokraten zu provociren. Aus dem entsprechenden Gerichtsbeschluß extrahire ich folgendes nur zur Auffrischung des Gedächtnisses der Leser über den sonst genugsam bekannten Fall:

„Der Gerichtshof hat allerdings mit dem Rechtsanwalt Munckel erwogen, daß Leute, die eine solche Mission, wie der Schutzmann Ihring, zu erfüllen haben, trotz des besten Willens in die Gefahr gerathen, zu Agents provocateurs zu werden. Aufgabe des Gerichts ist es in erster Reihe gewesen, zu untersuchen, ob Ihring die richtige Grenze inne gehalten hat. Andererseits ist auch der Gerichtshof mit dem Rechtsanwalt Freudenthal der Meinung, daß der Ausgang des Processes für den Schutzmann Ihring nicht ohne Bedeutung ist, er hat aber auch wiederum erwogen, daß der Ausgang auch für den Reichstagsabgeordneten Singer von großer Bedeutung ist, der über die Dinge einen — wie man nicht anders sagen kann — sehr aufgebauschten Bericht erstattet hat. Was den Berndt betrifft, so ist der Gerichtshof der Ueberzeugung, daß derselbe ein bezahlter Vigilant des Ihring war. Daß die Thatsachen, welche in der Anklage stehen, von den Angeklagten durch die Mittheilung an den Reichstagsabgeordneten Singer verbreitet worden sind, bedarf keiner Frage. Was nun die angeblichen drei Majestätsbeleidigungen des Ihring betrifft, so hat der Gerichtshof die Meinung, daß dieselben ausgezeichnet erfunden sind, daß mit außerordentlicher Geschicklichkeit ziemlich glaubhaft klingende Dinge behauptet sind. Aber an einem Punkte ist der Charakter der Erfindung doch zu Tage getreten."

Singer hatte sich in der ganzen Affaire in seiner vollsten Glorie als ein rücksichtsloser, in der Wahl seiner Mittel sehr wenig scrupulöser socialistischer Agitator gezeigt, und so war's denn auch vollkommen angebracht, daß er auf Grund des Socialistengesetzes mit den Socialdemokraten Berndt und Christensen zusammen ausgewiesen wurde. Durch diese Polizeimaßregel war Berlin, und zwar besonders auch in communaler Hinsicht von einem gefährlichen Menschen befreit, dessen hetzerisches Auftreten viel zur Verwirrung der öffentlichen Verhältnisse in der Hauptstadt beigetragen hatte.

Da die Socialdemokraten durch ihre thätlichen Excesse, die sie an den harmlosen Theilnehmern eines von einem conservativen

Verein arrangirten Sommerausfluges nach Grünau verübt, bewiesen hatten, daß es ihnen auf einen kleinen Landfriedensbruch nicht ankäme, um ihren Haß gegen Recht und Ordnung zu bethätigen, so war die durch den Reichstag beschlossene Verschärfung des Belagerungszustandes in Berlin eine immerhin sehr wichtige Palliativmaßregel.

Desto größer war das Verlangen der socialdemokratischen Parteigenossen, ihren durch die Macht des Gesetzes und die Wachsamkeit der Polizei gewaltsam unterdrückten Gefühlen des Grolles und Hasses gegen alles, was Ordnung und Besitz heißt, öffentlichen Ausdruck zu geben, und manche bei nächtlicher Weile in der waldigen Umgebung Berlins abgehaltene heimliche Versammlung diente dazu, um die älteren Gesinnungsgenossen zu neuer Widerstandskraft anzufeuern und neue zu werben. Daß diese Neuwerbung unter dem Druck der Verhältnisse kein besonders lohnendes Geschäft war, lag klar auf der Hand, denn einestheils waren die persönlichen Opfer an Geld, Zeit und willenloser Unterordnung, welche von den Parteimitgliedern verlangt werden, so groß, daß nur ein bis zum Fanatismus aufgereiztes Gemüth sich denselben unterziehen konnte, anderntheils wirkten die Ausweisungsordres, mit denen mehrere Parteihäupter, wie Singer und Keßler, der famose „Regierungsbaumeister", wie er sich noch immer zu nennen beliebte, vom Herrn Polizeipräsidenten „beschenkt" worden waren, auf viele gleich einem kalten Wasserstrahl sehr ernüchternd, und die erhitzte Phantasie solcher angehenden Barricadenhelden wurde durch die Aussicht, ihr Brod und den angenehmen Berliner Aufenthalt gegen eine unsichere Existenz außerhalb der ihnen vertrauten Kreise einzutauschen, sehr abgekühlt.

Darin gipfelt eben meines Erachtens der große Nutzen des Socialistengesetzes, und wir sehen an den Beispielen anderer Länder, wie Frankreich, Belgien, Amerika, wo dergleichen Repressivmaßregeln gegen überhandnehmende Revolutionsideen nicht angewendet werden, wie wohl wir daran gethan, diese äußersten, die bürgerliche Freiheit in gewissem Sinne freilich einschränkenden Maßregeln getroffen zu haben. Eine fernere Bestätigung dieser

Ansicht findet sich in der Thatsache, daß unter den Socialdemokraten die Sucht zur thätlichen Opposition gegen die Regierungsgewalt, wie überhaupt Rohheit und Lust zu Händeln in der letzten Zeit bedeutend zugenommen hatte. Nicht allein, daß die Polizeiorgane, welche in dem Jargon der Umstürzler „Spitzel“ genannt werden, mit offener Gewalt an der Ausübung ihrer Pflichten zur Aufrechterhaltung des Landfriedens verhindert worden, man hatte auch, wie der Proceß Ihring-Mahlow zur Genüge bewies, eine vor der Hand noch nicht gerade ausgesprochene, aber im geheimen doch genährte Neigung, den Vorschlägen des ehrenwerthen Bruder Most zur Anwendung von Dynamit zur Aufbesserung der socialen Verhältnisse gelegentlich einmal näher zu treten.

Wenigstens zeigte die Erfindungsgabe der Angeklagten, welche dem Schutzmann Ihring in die Schuhe zu schieben suchten, ähnliche Vorschläge gemacht zu haben, daß auch in diesem Falle Wunsch und Gedanke eines Ursprungs waren. Daher sprach das Urtheilserkenntniß auch mit vollem Recht vom „Stilet des Mittelalters“, an welches das Verfahren der Angeschuldigten erinnere.

Und wenn damit wohl nur die pöbelhafte Art gemeint war, mit der an dem vermeintlichen Spione Rache geübt worden war, so gehe ich mit meiner Meinung noch weiter: daß die Gewohnheiten, die die Socialdemokraten neuerdings angenommen hatten, ihre Lehrsätze den Zweiflern mit den Fäusten zu demonstriren, sich in jener Partei eben sehr rasch eingebürgert und schon fast immer in Anwendung kamen.

Daß eine solche Art und Weise der Propaganda auch unter den deutschen Socialisten Platz zu greifen begann, war im höchsten Grade bedauerlich, sowohl für die socialen und politischen Verhältnisse des Vaterlandes im Allgemeinen, als auch für die socialdemokratische Partei im Besonderen, denn es war wohl kein Zweifel, daß dieser Weg der schlechteste, der die letztere zu irgend einem der so heiß ersehnten Ziele führte. Im Gegentheil konnte die Verbitterung, welche sich in jener Partei verbreiterte, auch die gegnerischen Parteien und die Regierung zu immer stärkerer An-

wendung aller derjenigen Hülfsmittel veranlassen, welche in der Majorität des Volkes lagen, um sich degenerirende Einflüsse energisch abzuwehren.

Würden die Socialdemokraten sich ganz und voll — ich will nicht sagen, auf den Boden des Gesetzes stellen, denn das läuft der Natur der Socialdemokratie stricte entgegen, — wohl aber auf den Boden friedlicher Auseinandersetzungen stellen, dann könnte ja möglicherweise eine Milderung der politischen Gegensätze eintreten, und vor allen Dingen würden dann die Ordnungsparteien mehr in der Lage sein, den durch geschickte Verführungsgrundsätze in zahllose Irrthümer verstrickten Gegnern der heutigen socialen Zustände zu beweisen, daß ihr Mißtrauen gegen die besitzenden Classen schon aus dem Grunde ganz ungerechtfertigt ist, weil es nicht am Wollen, sondern am Können liegt, wenn die heutigen krassen Unterschiede zwischen Wohlhabenheit und Besitz auf der einen Seite, Armuth und Proletariat auf der andern Seite nicht völlig gehoben werden. Jene Verführten würden damit auch zugleich den socialen Reformplänen, welche die Regierung mit Hülfe der nationalen Parteien inaugurirt hat, mehr zustimmen, und damit der Gesellschaft wie dem deutschen Vaterlande, vor allen Dingen sich selbst, den größten Dienst erweisen.

23. Capitel.

Die conservative Bewegung und die Nachwahl im Jahre 1886.

Alle derartige Fragen und Ereignisse beschäftigten die Berliner Conservativen in ununterbrochener Weise nach außen hin, ohne daß dadurch freilich in irgend einer Hinsicht die weitere Organisation der Partei selbst zurückgetreten wäre, ebensowenig wie die Aufmerksamkeit von den localen Verhälnissen abgezogen wurde. Herr Professor Bellermann hatte in einem Vortrage es als ein Hinderniß der weiteren Entfaltung der conservativen Bewegung in Berlin hingestellt, daß die Conservativen, Christlich-Socialen, Handwerker und Antisemiten in ihren Sonderbestrebungen soweit auseinandergingen, daß schließlich an eine Verständigung zwischen diesen auf einander angewiesenen Richtungen innerhalb der conservativen Bewegung gar nicht mehr gedacht werden könne. Jeder der genannten Einzelcorporationen bezw. Unterströmungen hatte ja allerdings Ursache, mit ihren speciellen Erfolgen zufrieden zu sein, insbesondre war dies in der Innungsbewegung der Fall, denn nach den Angaben des statistischen Amtes der Stadt Berlin hatte die Volkszählung im Jahre 1885 ergeben, daß daselbst vorhanden waren 35,330 Handwerksmeister, welche zusammen 62,452 Gesellen und Gehülfen und 13,284 Lehrlinge beschäftigten. Von den Meistern gehörten den verschiedenen Innungen 13,249 an, welche 31,988 Gesellen und Gehülfen und 7554 Lehrlinge beschäftigten. Die 22,081 Meister, welche der Innung nicht angehörten, beschäftigten 30,461 Gesellen und 5730 Lehr-

linge. Bei Innungsmeistern arbeitete daher damals schon mehr als die Hälfte aller Gesellen und Lehrlinge. Der D. A. B. (Deutsche Antisemitenbund) hatte nach seiner Decentralisation auch bereits mannigfache Erfolge aufzuweisen, obwohl ich gestehen muß, daß ich seine Existenz im Ganzen für sehr überflüssig halte und gewünscht hätte, wenn sich derselbe zu Gunsten der deutschen Bürgervereins-Bewegung auflöste. Ueberdies nahm er immer schroffere Principien an, mit denen auf dem Gebiet der praktischen Politik eigentlich nicht viel anzufangen war. Auch die Christlich-Socialen gingen ihren Weg allein, besonders nachdem Herr Stöcker sich mit vielen anderen Führern der conservativen Bewegung auf gespannten Fuß gestellt hatte. Herr Redacteur Dr. Kropatscheck billigte freilich diese Sonderstellung, indem er auf den Wunsch Prof. Bellermann's, daß die Christlich-Socialen einen Zweig der Deutsch-Conservativen bilden möchten, in einem längern Vortrage ausführte, daß er keinen Grund einsehe, warum die Christlich-Socialen ihre Selbstständigkeit aufgeben sollten. Denn so zahlreich auch die Berührungspunkte zwischen beiden Parteien wären, so hatten sie doch verschiedene Ziele, und er halte es für das Beste, sie blieben vorläufig noch gesondert. Redner fuhr dann fort: „Ein Vergleich der beiden Programme könnte eigentlich überflüssig erscheinen, da sie den Mitgliedern der genannten Parteien hinlänglich bekannt sind; doch gaube ich, jede thut gut daran, wenn sie ihr Programm wieder einmal genauer betrachtet, man erwärmt und begeistert sich wieder an dem ursprünglichen Idealismus, der zur Bildung der Partei geführt hat. Dr. Kropatscheck führte nun in längerer Rede diese Berührungspunkte durch einen Vergleich der beiderseitigen Programme vor Augen und constatirte, daß dieselben sowohl in politischer wie wirthschaftlicher Beziehung durchaus harmoniren, daß jedoch die deutsch-conservative Partei mehr den ersteren, die christlich-sociale hingegen den letzteren Gesichtspunkt schärfer betont und namentlich eine Reihe von Einzelforderungen aufgestellt hat, die ihrer praktischen Verwirklichung entgegen sehen. Die conservative ist sonach eine politische, die christlich-sociale eine sociale Partei, und deshalb, fuhr der Redner

fort, muß ich nochmals erklären, daß ich das Oculiren des christlich-socialen Zweiges auf den conservativen Stamm nicht gutheißen kann, vielmehr für riscant halte, da beide schon ein gewisses Alter und einen ausgeprägten Charakter haben. Die christlich-sociale Partei hat in Berlin einen Vereinigungspunkt für die Kämpfer gegen Socialdemokratie und Fortschritt gebildet, und ich wünschte nicht, daß sie diese Friedensstellung aufgäbe. Gestatten Sie mir daher, schloß Dr. Kropatscheck seinen beifällig aufgenommenen Vortrag, den Wunsch nach fernerer guter Waffenbrüderschaft und treuer Kameradschaft zwischen beiden Parteien auszusprechen." Diese treue Bundesgenossenschaft war denn allerdings auch sehr nöthig, da verschiedene Ereignisse dieselbe zum Heil der conservativen, monarchischen und vaterländischen Idee erforderten. Schon bei den Reichstagsverhandlungen über das Socialistengesetz hatte Fürst Bismarck eine Forderung aufgestellt, welche später am Schluß des Jahres und zu Beginn des neuen die gesammte Situation beherrschen und dann nach Auflösung des Reichstags eine vollkommen andere Constellation der Parteien zu einander herbeiführen sollte: „Starkes Heer". In einer großen conservativen Versammlung auf Tivoli war dem Abgeordneten Wolff die Aufgabe zugefallen sich über die Auslassung des Reichskanzlers unserer Parlamentssitzung kritisch zu äußern, und er erledigte sich seines Auftrages, indem er jene Auslassungen als das klärende Element bezeichnete im Reichstage, der sich nicht als die wahre Volksvertretung erweise. Er fuhr dann fort: „An Stelle des früheren Particularismus ist in Deutschland etwas Schlimmeres getreten, es ist der Partei- und Fractionsgeist. Nicht das Interesse des Reiches, sondern der Ehrgeiz einzelner Führer leitet die Parteien, von denen Fortschritt und Socialdemokratie sich als schwerster Hemmschuh unseres nationalen Lebens zeigen. Das mangelhafte politische Denken verhindert das Volk, die Ideen dieser Parteien auf ihre Richtigkeit zu prüfen, denn sonst wäre ein solcher Einfluß, wie sie ihn noch auf weite Kreise ausüben, undenkbar, sonst würden die Declamationen über den Militarismus z. B. wirkungslos verhallen. Seit

der Conflictszeit kämpft die Fortschrittspartei gegen das Heer, welches nicht blos zur Abwehr innerer und äußerer Feinde dient, sondern zugleich eine Erziehungsanstalt für das Volk ist. Jedem alten Soldaten merkt man an, daß er zielbewußt durch's Leben geht im Gefühl seiner Verantwortlichkeit gegen Gott und seinen König. An diesem Fundament unseres Staates hat der Fortschritt immerwährend gerüttelt. Eugen Richter hat noch vor Jahresfrist in das Officiercorps Zwietracht zu bringen gesucht, indem er den bürgerlichen Officieren vorreden wollte, sie würden hinter die adeligen zurückgesetzt. Diese Zwietracht wie auch die Politik müssen fern gehalten werden vom Heer; Deutschland und die ganze Welt, für die es die Garantie des Friedens bietet, haben ein Interesse daran, daß seine Stellung unangetastet bleibt."

Das war der erste Anstoß von Seiten der Berliner Conservativen zu Gunsten der späteren Verhältnisse, wie sie sich bei den Septennatswahlen gestalteten, freilich nur erst insofern, als die Erkenntniß von der Möglichkeit sogar Nothwendigkeit einer anderweiten Gruppirung im Parlament mehr hervortrat. An die spätere enge Verbindung mit den Nationalliberalen wurde, wenigstens in conservativen Kreisen, noch nicht gedacht, und zwar erstens deshalb, weil man über das „Wie" sowohl, als über das sich einige Monate nachher freilich so stark hervortretende „Muß" noch nicht klar geworden war, und dann auch, weil ein großer Theil der Conservativen noch immer das Urtheil besaß, daß die Nationalliberalen sich für eine wahrhaft energische Unterstützung der nationalen Politik nicht für geeignet erwiesen. Man sollte später freilich zum großen Theil anderen Sinnes werden, aber vorläufig hielt man noch an dem Dogma fest, daß eine Liaison der Conservativen mit den Nationalliberalen aus verschiedenen Gründen unthunlich sei: Erstens im Hinblick auf die Forderungen des Handwerks, der Agrarier und anderer an der conservativen Sache gebundener Interessentengruppen, dann aber auch, weil man in ihnen die hauptsächlichsten Widersacher des Centrums und damit Hindernisse des so sehnlich herbeigewünschten Culturfriedens sah.

Gewiß gab es in dem Kreise der Berliner Conservativen

einen nicht unbeträchtlichen Theil, der sich mit der Hoffnung trug, daß dieser Culturfrieden entweder das Centrum gänzlich sprengen, oder ihm wenigstens eine solche politische Färbung verleihen würde, welche es befähigt machte zum nationalen Anschluß an die beiden conservativen Ordnungsparteien; hatte man doch das leider ziemlich vereinzelt bestehende Beispiel des Abgeordneten Cremer vor Augen, der als überzeugter Katholik dennoch dem Conservativismus in Berlin so erhebliche Dienste geleistet, dem conservativen Gedanken im ganzen Lande überall so großen Vorschub gegeben hatte. In Berlin waren beide conservative Richtungen recht zahlreich vertreten, und es ist niemals eine gewisse lohnende statistische Untersuchung darüber angestellt worden, ob die deutsch- oder die freiconservative Richtung das Uebergewicht habe. Wenn freilich die Christlich-Socialen sich zur ersteren Richtung bekannten, hatte diese wohl den numerischen Vorrang. So konnte man sagen, daß man innerhalb der conservativen Bewegung von Berlin, trotzdem die früher dissentirenden Theile derselben wieder mit einander Frieden geschlossen hatten, und eine Abzweigung, wie die durch die Herren Brecher und Irmer hervorgerufene, jetzt thatsächlich nicht mehr bestand, dennoch hinsichtlich der Aspirationen gegen andere Parteirichtungen auseinanderging, obwohl das auf den Bestand und die Cohäsionskraft der Partei vorläufig nicht den geringsten Einfluß ausübte. Während die nach der freiconservativen Seite hinneigenden Parteimitglieder sich mehr für ein Zusammengehen für die Nationalliberalen erwärmten, so war es nicht zu leugnen, daß die deutsch-conservativen Elemente, denen sich die Innungen, mit Rücksicht auf die im Centrum vorhandene Neigung, ihre Specialinteressen in Gemäßheit der Anträge Lieber-Hitze zu vertreten, anschlossen, noch immer auf die Wendung der Dinge im ultramontanen Lager hofften, die dann freilich nicht in dem Maaße eingetreten ist, wie dies für den Fall eines bündnißmäßigen Zusammengehens mit dem Centrum nothwendig gewesen wäre. Die conservative Handwerkerpartei und die Antisemiten stellten sich durchaus zunächst noch auf die Seite der Deutsch-Conservativen, denn beide hatten für ihre ureigentlichen

Tendenzen von der nationalliberalen Partei nicht viel zu hoffen. Insbesondere auch für die Antisemiten konnte ein derartiger Zusammenschluß nicht sehr ersprießlich sein, denn ein hervorragender Nationalliberaler, der bei späterer Gelegenheit öffentlich als Wahlcandidat der nationalliberalen Partei in Berlin auftretende Stadtrath Markgraf, äußerte sich über diese Sache folgendermaßen:

Für ihn gebe es kein verwerflicheres Treiben als den Antisemitismus, der ihm geradezu verbrecherisch vorkomme, denn wenn seine Anhänger auch nicht direct gegen das Strafgesetzbuch verstoßen, so habe man doch gesehen, wohin durch solche Agitationen irre geleitete Massen geführt werden. Verbrecherisch sei ihm der Antisemitismus aber auch insofern, als er gegen den Geist des 19. Jahrhunderts, gegen die deutsche Sitte und gegen die christliche Religion verstoße. Er möchte überhaupt wissen, ob die Agitatoren des Antisemitismus alle selbst so sicher ihrer Rasse seien. (Hört, hört.) Durch Stöcker's Rede über die Mittelparteien seien wohl auch die letzten curirt, die noch an ein Zusammengehen mit den Conservativen gedacht. Der Redner kam nun auf seinen eigenen Standpunkt zu sprechen und bekannte, daß er dem linken Flügel der nationalliberalen Partei sich zurechne und etwa die Ansichten der „National-Zeitung" vertrete, er würde im Falle einer Wahl das Septennat bestimmt annehmen und für die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke stimmen. Er sei ein Gegner des Tabaks- und Spiritusmonopols, erkenne aber an, daß beide Producte höhere Steuererträge bringen müssen. Die socialen Gesetze habe er im Allgemeinen mit großer Freude begrüßt und würde nicht zurückschrecken, selbst die Staatshülfe für Alters- und Invalidencassen in Anspruch zu nehmen. Was die Bildung einer großen Mittelpartei anbetreffe, so verkenne er ja nicht die Schwierigkeiten, die ihr in der eigenthümlichen Stellung des Centrums und in der „unerklärlicherweise mangelnden Unterstützung seitens der Regierung" (!) gegenüberstehen, er habe aber trotzdem den Glauben an die Zukunft der Partei.

Man sieht unter anderm auch an dieser Rede, wie wenig Neigung damals im nationalliberalen Lager bestand, in ein engeres

Bündniß mit den Conservativen zu treten. Es bedurfte erst stärkerer Zugmittel, um derartige Widerstände in beiden Parteien zu Gunsten der nationalen Fortentwicklung des Vaterlandes zu beseitigen. Die in dem conservativen Lager zu Berlin vorhandenen Unterströmungen spiegelten sich gelegentlich auch in der Presse wieder, indem die „Post“ und das „Deutsche Tageblatt“ sich mit der „Kreuzzeitung“ öfter in kleinen Plänkeleien ergingen, die auf die Stimmung in der Partei naturgemäß rückwirken mußten. Ich habe hier keine Veranlassung, mich in diesen Streit, der ja freilich jetzt, wo ich das niederschreibe, noch viel acuter geworden ist, einzumischen, so viel aber steht fest, daß die gegenseitigen von Alters herkommenden Antipathien der genannten Preßorgane die ohnehin schwierige Situation entschieden verschärften. Vielleicht war Herr v. Hammerstein mit der Gabe des zweiten Gesichts versehen und wollte in Erkenntniß der kommenden Ereignisse schon damals die selbstständige Bahn suchen, die er später ja auch eingeschlagen hat, im Gegensatz und unter dem Protest einer andern Zahl Angehöriger in der deutsch-conservativen Partei. Herr Hammerstein gab auch als Redner bei Gelegenheit einer Versammlung des Bürgervereins im Stralauer Stadviertel, deren Vorsitz Dr. Irmer führte, zu erkennen, wie jedes Pactiren mit dem Liberalismus auf eine Schwächung des monarchischen Gedankens hinauslaufe und verdammte alle etwa im conservativen Lager auftauchenden Mittelparteilichen Bestrebungen auf das Schärfste. Herr v. Hammerstein ist freilich, wie ich voll anerkenne, sich in dieser Aversion treu geblieben und mir liegt es hier nicht ob, zu untersuchen, ob er damit Recht that oder nicht. Das kann nach meiner Meinung heute noch nicht festgestellt werden, wenigstens vom politisch-historischen Standpunkt aus nicht.

Wenn der Leser aber auf Grund dieser Skizze der politischen Zustände innerhalb der conservativen Partei in Berlin vor der Auflösung des Reichstages und vor der Cartellbewegung etwa zu der Ansicht gelangen sollte, daß solche divergirenden Anschauungen auf den schließlichen praktischen Erfolg der conservativen

Bewegung bei der durch den Tod Ludwig Löwe's im ersten Berliner Wahlkreise nothwendig gewordene Ersatzwahl von Einfluß gewesen wären, oder sich der Eifer in der Agitation gegen den Fortschrittsring im rothen Hause vermindert habe, dann irrt er sich. In dieser Beziehung kam das gute deutsche Wort Windthorst's zur Geltung: „Wenn wir uns auch hier im Reichstage zanken, gegen das Ausland stehen wir da wie ein Mann" (Hätte er diesen Ausspruch doch auch stets in seiner politischen Praxis bethätigt!). Die Kluft zwischen der deutsch- und der frei-conservativen Anschauung in Berlin war keineswegs groß genug, um eine schwächere Position gegen den äußeren Feind zu zeitigen, was schon die Anerkennung beweist, welche der freiconservative Abgeordnete Legationsrath Gerlich vor seiner Abreise nach Calcutta in einer Versammlung des Bürgervereins Friedrichstadt der Thätigkeit des Herrn Stöcker zollte. Auch die Entrüstung über die infame Lüge der „Mindener Zeitung" gegen den letztgenannten Herrn, daß er seine Mutter hungern lasse, ward von allen Mitgliedern der conservativen Partei, ob frei, ob deutsch, gleichmäßig zur Schau getragen. Und erst der jetzigen Gegenwart ist es vorbehalten gewesen, diese intimen Beziehungen beider Richtungen zu lockern oder ganz zu beseitigen.

Das Majorisirungsprincip in der Stadtverordneten-Versammlung war nach wie vor in Kraft, und wenn Herr Alexander Meyer es einst aussprach, daß die Bürgerfraction in dieser Körperschaft bisher wenig geleistet habe, so lag das eben an dieser Majorisirung. Herr Limprecht, der von Beruf Gärtner, der einzige Gärtner in der städtischen Vertretung war, wurde auf Grund dieses Princips nicht einmal in die Parkcommission gewählt und statt des im Bezirk unter den Linden ansässigen Stadtverordneten Gerold wurden für die Recherchen in demselben Bezirk der nicht ansässige Stadtverordnete Hermes gewählt. Wie voll berechtigt die Bedenken der deutschen Bürgerpartei beziehungsweise der Conservativen angesichts der neuen 50 Millionen Anleihe-Vorlage des Magistrats, welche voraussichtlich die Genehmigung der liberalen Majorität der Stadtverordneten-Versammlung

erhalten würde, hinsichtlich der Richtigkeit und vorsichtigen Handhabung der finanziellen Stadtverwaltungsgeschäfte waren, davon gab die cause célèbre der Gabriel'schen Unterschlagungsaffaire Zeugniß. Der städtische Rendant Gabriel hatte es wirklich fertig bekommen, im Laufe von 15 oder 20 Jahren, wo er die städtische Legaten- und Stiftscasse verwaltete, eine Summe von vielen Tausenden zu unterschlagen. Das konnte doch nur in Folge der mangelhaftesten Controlle von der Welt geschehen sein. Berechtigste Widersprüche wurden von conservativer Seite auch laut, wie die Stadtverordneten-Versammlung bei Gelegenheit des damals stattfindenden Naturforscher-Congresses 70,000 Mk. zu einem Gartenfest bewilligt wurden, bei dem es über die Maßen toll hergegangen ist. Wir hatten für solche Ausgaben denn doch zu viel Armuth und Elend in der Stadt. Wollten die Naturforscher sich amüsiren, so konnte man ihnen allenfalls dazu die Localitäten bewilligen, aber doch nichts mehr für widrige Schlemmereien.

In solchem gemeinschaftlichen Auftreten der Conservativen in Berlin lag also der Keim der Secession keineswegs; das bewies übrigens auch ferner der Umstand, daß der von Dr. Blasius unternommene Versuch, zur Vereinfachung der Wahlagitation im ersten Landtagswahlkreise einen Wahlmänner-Verein zu bilden, derartigen Erfolg hatte, daß von den 900 Wahlmännern dieses Kreises mehr als die Hälfte sofort beitrat. Wäre die Action weiter geführt worden, dann hätte sie auch wahrscheinlich einen vollkommen durchgreifenden Erfolg gehabt; die späteren durch die Auflösung des Reichstages herbeigeführten politischen Constellationen hinderten das freilich.

Was die Ersatzwahl im ersten Wahlkreise anbelangt, so hatte sich conservativerseits ein Agitations-Comité gebildet, welches in voller Einmüthigkeit arbeitete, um den von verschiedenen Seiten herkommenden Wünschen im allgemeinen und wohlverstandenen Interesse Rechnung zu tragen. Zunächst war eine gewisse Uneinigkeit im conservativen Lager zu bemerken, was die Candidatenfrage anbelangte. Es war von der Aufstellung des Herrn Spinola die Rede gewesen, und hiergegen erhob sich allerdings

eine große Menge von Stimmen, welche diesen zweifelhaften politischen Charakter nicht für die richtige Repräsentation des Berliner conservativen Gedankens hielten. Ein Zusammengehen sämmtlicher antifortschrittlicher Elemente war natürlicherweise das beste, was man erreichen konnte, doch wäre dies auf den Namen Spinola wohl kaum zu erreichen gewesen. Das gab zu harten Auseinandersetzungen Veranlassung und die „Post" wendete sich in sehr heftiger Weise gegen Herrn Stöcker, indem sie folgendes ausführte:

„Nachdem Herr Stöcker seine Partei gegen eine Vereinigung der antifortschrittlichen Elemente im ersten Berliner Wahlkreise zu gemeinsamer Action festgenagelt hat, darf der Erfolg der Freisinnigen bei der nächsten Ersatzwahl als gesichert gelten. Stöcker's Gedanke, zunächst getrennt zu operiren, aber in der Stichwahl zusammen zu wirken, ist schon deshalb praktisch nicht verwerthbar, weil die nationalliberale Organisation, welche bereits bei den Landtagswahlen weitaus nicht befriedigte, auch nicht entfernt für eine wirksame selbstständige Action bei der Reichstagswahl ausreicht und bis zur Ersatzwahl nicht entsprechend vervollständigt werden kann. Auch ist von dem von der freisinnigen Presse hervorgehobenen Umstand, daß das Eingehen auf den Stöcker'schen Feldzugsplan für die Nationalliberalen eventuell nichts anderes bedeutet, als die Unterstützung der conservativen Candidatur, eine lähmende Wirkung sicher zu erwarten."

Diese Candidatur wurde alsbald übrigens fallen gelassen und an Herrn Landesdirector v. Levetzow gedacht, der ja auch alle Aussicht hatte, von Conservativen, Christlich-Socialen, Freiconservativen und Nationalliberalen gewählt zu werden und gegen den auch die Katholiken begründete Einwände nicht erheben konnten. Ein Mann, der so sehr das allgemeine Vertrauen genoß, daß Conservative, Freiconservative und Nationalliberale inclusive Centrum ihn seiner Zeit als ersten Präsidenten an die Spitze des deutschen Reichstags stellten, konnte ganz gewiß mit Recht als einfaches Mitglied wieder in den Reichstag kommen. Da nun außerdem Herr von Levetzow schon seit sieben Jahren beständig in Berlin wohnte, wie ja auch das Provinzial-Ständehaus und die

sämmtlichen Bureaus des Landesdirectoriums sich hier in Berlin befinden, so waren nach jeder Seite hin alle Bedingungen erfüllt.

Ich meinestheils habe damals meine Ansichten über die objektive Sachlage und diverse Zweckmäßigkeitsvorschläge, die ich ungeachtet meiner deutsch-konservativen persönlicher Anschauung doch im vorliegenden Moment für richtig hielt, in einem Artikel der „Braunschweigischen Landeszeitung" niedergelegt, welcher zugleich über die localen Verhältnisse im ersten Wahlkreise Aufschluß giebt, und den ich daher zum besseren Verständniß der Sachlage reproducire:

„Für den verstorbenen freisinnigen Reichstagsabgeordneten Ludwig Löwe hat binnen kurzer Frist die Ersatzwahl im ersten Wahlkreise zu Berlin, dessen Vertreter Löwe war, stattzufinden, und schon jetzt beschäftigen sich sämmtliche betheiligten Parteien eifrigst mit der Aufstellung ihres Candidaten und der hier üblichen Agitation, um demselben zum Siege zu verhelfen. Der erste Wahlkreis besteht aus dem im Centrum gelegenen Theile Berlins, also der Gegend um das Rathhaus, den Linden, dem oberen Theil Friedrichstraße, der Leipziger Straße, einem Theil der Wilhelmstraße und der Dorotheenstadt. In jener Gegend wohnen meist nur Ladenbesitzer, Großkaufleute und Beamte, alles Leute, welche mehr oder weniger zu den wohlhabenden, zum mindesten gut situirten Classen der Berliner Bevölkerung gerechnet werden dürfen, und es ist demnach auch nicht weiter auffallend, daß dort der Hauptkampf gegen den „Freisinn" ausgekämpft wird. Die Socialdemokratie stellt nur einen Zählcandidaten und tritt erst dann mit in die Action, wenn zwischen den beiden Hauptparteien eine Stichwahl erforderlich wird, in welcher die Socialdemokraten erfahrungsmäßig dem Freisinn beispringen, vorausgesetzt, daß dessen Candidat entweder bereits als Mitglied des Reichstages gegen die Verlängerung des Socialistengesetzes gestimmt hat, oder officiell verspricht, dies vorkommenden Falls zu thun. Bei einem der Socialdemokratie in Bezug auf diesen Punkt nicht genehmen Candidaten wird von der Parteileitung Wahlenthaltung proclamirt. Die Socialdemokratie bekennt sich eben zur Opposition quand

même und verleugnet ihre politische Wahlverwandtschaft mit dem „Freisinn" niemals, umsoweniger in Berlin, als dort in dem beiden Theilen gleich nahestehenden Abgeordneten, dem Confectionär Singer, eine gewisse Personal-Union besteht. Wir müssen daher die besonders in Berlin gemachten verschiedentlichen Versuche der Conservativen, mit den Socialdemokraten Wahlcompromisse abzuschließen, von vornherein für ebenso unausführbar erklären, als wir dieselben stets für schadenbringend und unangemessen gehalten haben. Wenn auch die Ordnungspartei hier und da bei ihren erfolgreichen Maßnahmen, die wirthschaftliche Lage der Arbeiter auf legalem Wege zu bessern, sich der Zustimmung der Socialdemokraten erfreut, so trifft dies doch erst in letzter Linie zu, denn jene Partei hat nach dem Ausspruche eines ihrer Führer in einer jüngsten Versammlung „höhere Aufgaben". Wir brauchen wohl nicht zu erwähnen, daß diese „höheren Aufgaben" sich auf die Inscenirung von Streikes und die Weiterausbreitung der socialdemokratischen Tendenzen concentriren. Daß freilich in Berlin die nationale Strömung noch zu keinem positiven Erfolge geführt hat, ist zum Theil der ungemein straffen Stellungnahme der hiesigen conservativen Partei zuzuschreiben. Mit dem „conservativen Hauch" ist in der Metropole zugleich eine hochkirchliche Tendenz herrschend geworden, und die numerisch recht bedeutende „christlich-sociale Partei" nimmt mit ihrem Programm eine dominirende und in den Wahlverhältnissen oft ausschlaggebende Stellung ein. Den Beweis davon haben wir schon insofern, als es den Nationalliberalen in Berlin nicht möglich war, ihr Parteiorgan hierselbst zu halten und sie es wieder eingehen lassen mußten. Auch diejenigen Preßorgane, welche sich die Vereinigung sämmtlicher Nationalgesinnten in Berlin zu einmüthigem Handeln angelegen sein lassen, erfahren von dem Gros der Berliner Conservativen manche Zurückweisung. Dazu tritt, daß selbst zwischen den Führern der deutsch-conservativ-positiv-kirchlichen Bewegung die Einigkeit nicht in erwünschtem Maaße vorhanden ist, und dieser Mangel überträgt sich naturgemäß auf die Wählerschaft im Allgemeinen. Diese beiden Gründe, welche so manchen nationalge-

sinnten Wähler abschrecken, sich am Wahlkampfe zu betheiligen, sind auch für die bisherigen bedauerlichen Niederlagen gegenüber der Opposition bei den Wahlen maßgebend, zumal auch die Candidatenfrage meist nicht glücklich gelöst war, während der „Freisinn“ mit großer Sorgfalt gerade denjenigen Candidaten nominirte, der den betreffenden Wählern am acceptabelsten sein mußte — also den im ersten Wahlkreise wohnenden Kaufleuten der Kaufmann Löwe. Die Socialdemokraten aber sind zu gut disciplinirt, als daß die Person des von der Parteileitung nominirten Candidaten überhaupt auf irgend einen Widerspruch stoßen könnte. Wie sehr gerade im ersten Berliner Wahlkreise die nationalen Parteien gewinnen würden, wenn sich der Conservativismus dazu verstehen möchte, die übrigen nationalen Elemente an sich zu fesseln, geht aus dem Stimmenverhältniß pro 1877 hervor — dem letzten Wahljahre vor Beginn der sogenannten „Berliner Bewegung“. Bei der ersten Wahl siegte der nationalliberale Candidat, mit Hülfe der noch nicht organisirten Conservativen, mit 3074 Stimmen über den Freisinn, der nur über 2771 Stimmen verfügte. Bei der engeren Wahl unterlag allerdings der nationalliberale Candidat mit wenig Stimmen. Vom Jahre 1881 ab ist in Berlin überhaupt und im ersten Wahlkreise speciell von der Nominirung eines freiconservativen oder gar sich an die Mittelpartei anlehnenden Kompromiß-Candidaten gar nicht mehr die Rede, und wir halten das für einen politischen Fehler, eben weil dadurch viele gute Elemente zurückgestoßen werden, die sonst gerne und eifrig mit kämpfen würden zur Erstürmung der Hochburg der Fortschrittspartei. Im Jahre 1881 stieg die Wahlbetheiligung im ersten Wahlkreise auf die Höhe von 84 pCt., der Wahlkampf war sehr heftig, doch unterlag Liebermann v. Sonnenberg dem freisinnigen Ludwig Löwe mit 6295 Stimmen gegen 8717. Im letzten Wahljahre 1884 siegte Ludwig Löwe abermals über den conservativen Professor Wagner mit 8428 Stimmen gegen 6754. Man sieht, daß der Letztere schon einige hundert Stimmen von dem Gegner für sich gewonnen hatte, was wohl ausschließlich seiner Persönlichkeit zu danken und um so bemerkenswerther ist, als gerade

während der Wahlagitation die Zwistigkeiten innerhalb der conservativen Partei eine acute Gestalt angenommen hatten. Auch diesmal herrschen innerhalb der conservativen Partei große Meinungsverschiedenheiten in Betreff des Candidaten. Der Letztere wird voraussichtlich insofern eine Erleichterung haben, als ihm seitens des „Freisinns“ allem Anschein nach eine Person entgegengestellt wird, die sich auf parlamentarischem Boden noch nicht bewährt hat. Möge nun der conservative Candidat sein, wer er wolle — man nennt sowohl den früheren Reichstagspräsidenten Herrn von Levetzow, wie auch Herrn Spinola und noch Andere — seine Aufgabe wird es vor allen Dingen sein, sich auch den fernerstehenden nationalen Elementen, deren es im ersten Wahlkreise noch eine ganze Menge giebt, entgegenkommend zu erweisen, dann ist der Sieg möglich, ja wahrscheinlich.“

Schließlich gelang es den Bemühungen der Frieden heischenden Elemente, daß in der Person des Stadtverordneten Gerold eine allseitig befriedigende Candidatur erstand. Herr Stöcker trat mit voller Wucht für diesen Candidaten ein, indem er in einer großen in der Tonhalle stattfindenden Wählerversammlung folgendes ausführte:

Der ersten Wahlkreis sei besonders deshalb werth erobert zu werden, weil das Schloß des Kaisers darin liege. Auf Ludwig Löwe eingehend, sagte der Redner, er wolle den Todten nicht schmähen, das aber müsse ausgesprochen werden, daß Löwe in das Berliner politische Leben die schlechtesten Manieren eingeführt habe. Die Reden, welche von den Herren Virchow und Träger am Sarge Löwe's gehalten worden, seien Beleidigungen des deutschen Volkes gewesen und hätten erkennen lassen, daß „der Fortschritt unter den Juden“ sei. (Gelächter.) Der Redner ging dann zu der einige Tage zuvor stattgehabten fortschrittlichen Versammlung im Wintergarten über und meinte, der Umstand, daß selbst Eugen Richter dort aufgetreten sei und daß man sogar den Frhrn. v. Stauffenberg aus München herbeigeholt habe, zeige recht deutlich, daß die Gegner Furcht vor der Wahl hätten. Hofprediger Stöcker kritisirte dann Richter's Auslassungen über die Armee, sowie das

Verhalten der fortschrittlichen Presse ihr gegenüber und betonte, daß das Ausland aufmerksam alle diese Dinge verfolge. So wäre es auch von Bedeutung nach außerhalb, wenn Berlin bei der Wahl zeigte, es wolle nichts von dem thörichten und gefährlichen Treiben der Opposition wissen. (Beifall.) Herr Richter habe Gerold „Schwärmer für die Kaiserliche Botschaft" genannt; „ja, für diese Botschaft schwärmen noch mehr", sagte der Redner, „wir sind geradezu begeistert von ihr, so daß wir sie auf die Fahne der Berliner Bewegung geschrieben haben. Wir stellen uns auch bei dieser Wahl auf das Programm von Christenthum, Königthum und Socialreform und hoffen, daß der Sieg über eine so alte Mumie, wie der Fortschritt ist, nicht ausbleibt." (Lebhafter Beifall.) Hofprediger Stöcker beleuchtete auch die Rede des Freiherrn von Stauffenberg, der gehofft habe, daß die Stadt eines Friedrichs des Großen und Moses Mendelssohn nicht einen Antisemiten wählen werde. Herr von Stauffenberg sei schlecht orientirt über Friedrichs Anschauungen über das Judenthum, und möge sich erinnern, daß der König, als man sich in Breslau einmal um den Zuzug der Juden bemühte, schrieb, es seien genug da, Breslau solle kein Neu-Jerusalem werden. (Beifall.) Es hätten noch viel größere Männer als Mendelssohn in Berlin gewohnt, von Friedrich I. bis zu Kaiser Wilhelm, von Derfflinger bis Moltke, viele berühmte Männer, wie die Humboldt's, Juristen und Theologen u. s. w. Und aus diesem Heldensaal preußischer Geschichte finde Herr von Stauffenberg nur Moses Mendelssohn heraus. (Langanhaltender Beifall und Heiterkeit.) „Das ist doch eine lächerliche Politik", sagte der Redner, „der gegenüber wir das Verdienst haben, daß wir wieder den Ernst in das Berliner politische Leben hineingetragen haben. Wir haben eine Erneuerung des Volkslebens in Berlin angestrebt und haben es erreicht, daß die Religion unangetastet bleibt, daß die Bevölkerung wieder zu ihrem König steht und für sociale Fragen sich erwärmt. Ein solcher Mann der Berliner Bewegung ist Gerold, geben Sie dem Ihre Stimme", schloß der Redner, „und Sie werden sich um das Vaterland verdient machen."

Aber nicht allein in der conservativen Partei hatte man sich über die richtige Wahl eines Candidaten den Kopf zerbrochen, sondern auch im Lager der freisinnigen Gegner. Die verschiedenen kleinen und großen Gruppen hatten alle ihren Mann gefunden, nur darin herrschte Uebereinstimmung, daß das Doppelmandat, das Löwe innegehabt (für den Landtag und Reichstag) getrennt werden müsse.

Da war die Gruppe, in der Rickert, Bamberger, u. s. w. das Scepter führen; sie hatte Max Hirsch in Aussicht genommen. Der Herr besaß trotz seiner persönlichen Unbeliebtheit in der Partei ein gewisses Anrecht auf die Hülfe seiner Gesinnungsgenossen, denn er war seiner Zeit der Agent, welcher die Hülfscassen der Arbeiter aus den Umarmungen der Socialdemokratie in die Hände der „Deutschfreisinnigen" führte. Solche Dienste mußten belohnt werden. Außer Hirsch wünschten die genannten Führer noch den verunglückten Gegencandidaten des Herrn von Maltzahn in Pommern, Rechtsanwalt Dr. Edmund Friedemann, als Candidaten für den Reichstag aufzustellen. Für diesen Herrn arbeitete auch das „Berl. Tageblatt" mit Hochdruck. Es erschien in diesem Blatt unter der Marke: „Frisches Blut" ein Leitartikel, der eine Aufforderung enthielt, eine „junge, wenn auch noch unbekannte Kraft" in das Parlament zu wählen. — Eine zweite Gruppe der „Deutschfreisinnigen Partei" wollte keinen Juden mehr; sie hatte ihre Anhänger im alten reichen Bürgerthum und wünschte den Stadtrath H. Kochhann zum Candidaten. — Die brennende Hauptfrage war die, ob ein Jude oder Christ für den ersten Reichstags-Wahlkreis aufgestellt werden sollte. Die Entscheidung war vor allem bedeutungsvoll für die Parteikasse, da, wenn nicht wieder ein Sohn Israels aufgestellt wurde, die bekannten klingenden Quellen der Börse und der Alliance israélite, der Ludwig Löwe viel oder alles verdankte, versiegen konnte. Und nirgends gilt der Spruch „Geld regiert und verdirbt die Welt" mehr, als gerade in der deutschfreisinnigen Partei.

Schließlich wurde weder Hirsch, noch Friedemann, noch Kochhann, sondern Klotz aufgestellt, welcher denn auch wieder

den Sieg erfocht mit 7207 Stimmen gegen 4783 Stimmen, die auf Gerold fielen. Die Socialdemokraten hatten in dem Schriftsteller Christensen, der sich bei der Affaire Ihring-Mahlow so große Lorbeeren errungen, einen Zählcandidaten aufgestellt und die Nationalliberalen gingen ihren besonderen Weg mit Herrn Markgraf, der 486 Stimmen erhielt.

Die eine Zeit lang in Berlin herrschende Uneinigkeit unter den Conservativen war im Augenblick des Kampfes beseitigt und Schulter an Schulter war man gegen den Fortschrittsring vorgegangen. Die diesmal noch abseits stehenden Nationalliberalen hatten aber nach dem Wahlresultat eine Ahnung davon bekommen, daß der bereits von verschiedenen Seiten her schallende Ruf nach Einigung der nationalen Elemente kein leerer Wahn sei; sie bethätigten diese neuerworbene Ansicht ihrerseits auch bei den Septennatswahlen.

24. Capitel.

Die Berliner Bewegung bis zu den Septennatswahlen.

Schluß- und Nachwort.

Schon im Mai des Jahres 1886 hatte Professor Wagner in der großen Volks-Versammlung auf Tivoli, in welcher die drei großen von Fürst Bismarck im Reichstage bei Gelegenheit der Socialistendebatten genannten nationalen Ziele: „Starkes Heer, — gute Finanzen — allgemeine Zufriedenheit" erörtert wurden, auf die dunklen Punkte hingewiesen, welche der politische Horizont im Westen und Osten zeige. Der conservative Führer setzte hinzu, da gälte es, das Schwert zu schärfen, und die Augen zu öffnen — ne quid detrimenti capiat res publica. Dies Schärfen des Vertheidigungsschwertes ließ sich die Regierung angelegen sein, als sie die Militärvorlage einbrachte, in welcher die Festsetzung der Friedens-Präsenzziffer auf den Zeitraum von sieben Jahren als Haupterforderniß für die Continuität der Heeresverhältnisse hingestellt ward. Das wurde durch zwei der größten militärischen Autoritäten constatirt, welche die Welt jemals gehabt hat: durch den Kaiser und den Generalfeldmarschall Grafen Moltke. Die Berliner Conservativen, welche gerade die Militärangelegenheiten mit sachkundiger Aufmerksamkeit verfolgten, waren durchaus der Meinung, wie sie der Baron von Maltzahn-Gülz, jetzt Staatssecretair im Reichs-Schatzamt, damals im Centralverein vor dem Potsdamer Thor vortrug:

Die militärischen Lasten seien zwar groß für das Volk, und die neuen Mehrausgaben bedeutend, aber die Verhältnisse seien derart, daß wenn wir unsere Stellung behaupten wollten, wir vor allen Dingen wehrhaft bleiben müßten. Deutschland wünsche ja den Frieden und habe ihn 15 Jahre lang behauptet, aber unsere Nachbarn im Westen und Osten seien weniger friedfertig. Die Aussichten der Gesetzesvorlage seien günstig, da niemand im Reichstage gewagt habe, sie einfach abzulehnen, nur die Form des Septennats sei einzelnen, namentlich dem Freisinn, nicht genehm, da hierdurch der Einfluß des Reichstages geschmälert werde. Vom Standpunkt der conservativen Partei könne es aber nur wünschenswerth sein, daß der Bestand des Heeres dem Tagesstreite möglichst lange entzogen werde. Wenn man in die Geschichte zurückblicke, so seien die Militärlasten früher nicht so groß bei uns gewesen, unser Ansehen und unsere Macht aber ebenfalls nur klein und unbedeutend. Daß hierin eine so gewaltige Veränderung vorgegangen, das verdankten wir dem Kaiser, dem Fürsten Reichskanzler und der Armee, dafür wollten und müßten wir dem Vaterlande treu bleiben und dankbar unserem Kaiser und Herrn.

Große Entrüstung verursachte es im Berliner conservativen Lager, wie die Militärcommission unter dem Druck der freisinnig-demokratisch-ultramontanen Anschauung eine ablehnende Haltung einnahm, und viele in jener Zeit abgehaltene Versammlungen gestalteten sich zu mehr oder minder scharfen und umfangreichen Demonstrationen gegen die Beschlüsse dieser Commission. Beispielsweise wurde vom conservativen Wahlverein des zweiten Wahlkreises eine große Volksversammlung in die Bockbrauerei einberufen, in welcher die Herren Stöcker, Wagner und Cremer referirten. Mit überwiegender Majorität ward folgende Resolution angenommen:

„Die heute Donnerstag, den 13. Januar (1887) auf der Berliner Bockbrauerei stattfindende, vom conservativen Wahlverein des zweiten Reichstagswahlkreises berufene, von mehr als zweitausend nationalgesinnten Berliner Bürgern besuchte große Ver-

sammlung richtet noch in letzter Stunde an den hohen Reichstag die dringende Bitte, im Interesse der Erhaltung des Friedens, im Interesse der Sicherheit des Vaterlandes und im Interesse einer stetigen und friedlichen Entwickelung unserer inneren Reformen der Vorlage betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres unverändert die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen."

Von gegnerischer Seite aber ward nicht weniger fleißig gegen die Vorlage agitirt und die „Freis. Ztg." hatte den traurigen Muth, sich den Anschein zu geben, als könne sie die Ansprache, welche der Kronprinz bei der Neujahrsgratulation an den Kaiser gerichtet hat, zum Besten ihrer Haltung in Sachen der Militärvorlage deuten. Sie gab die folgenden Sätze aus dieser Ansprache zum Theil mit Fettdruck wieder:

„Solche friedliche Arbeit konnte indeß nur gedeihen, weil gleichzeitig Eurer Majestät sachkundige und rastlose Leitung die Schlagfertigkeit des Heeres zu der Vollkommenheit förderte, deren jeder deutsche Soldat sich mit Stolz bewußt ist. Der preußische Grundsatz, daß es keinen Unterschied giebt zwischen Volk und Heer, weil beide eins und zu des Vaterlandes Vertheidigung jederzeit bereit sind, ist durch Eurer Majestät Fürsorge Gemeingut der ganzen Nation geworden. In dieser Wehrhaftigkeit unseres gesammten Volkes liegt die gewichtigste Bürgschaft für die Wahrung unseres Friedens."

Die Conservativen und mit ihnen die nationalgesinnte Mehrheit des Volkes konnten darin freilich nichts erblicken, was für die Ansicht der demokratisch-ultramontanen Parlamentsmajorität zeugte. Aber alle offen und privatim gemachten Vorstellungen nützten bekanntlich nichts, nicht einmal die großartigen Reden des Fürsten Bismarck vom 10. u. 11. Januar. Am 14. Januar wurde der auf das Triennat bezügliche Antrag Stauffenberg mit 183 gegen 184 Stimmen angenommen, und die Folge davon war die Auflösung des Reichstages.

Für die inneren parteipolitischen Verhältnisse in Deutschland kam eine neue Aera, welche zum Theil dazu berufen war, alte

Parteiprogramme umzustoßen oder zu regeneriren. Auch die Berliner Bewegung ward davon in Mitleidenschaft gezogen, ob zu ihrem Glück oder Unglück, wird die spätere Zukunft lehren. Es schloß mit dieser neuen Ordnung der Parteiverhältnisse in den drei nationalen Gruppen eine bemerkenswerthe Periode der Berliner Bewegung, von der ich hoffe und wünsche, daß sie für die Folge nicht minder reiche Erfolge erzielen und endlich auch dazu gelangen möge, den Fortschrittsring in Berlin vollständig zu zertrümmern.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Ich habe mich in vorstehenden Ausführungen bemüht an der Hand der positiven Thatsachen ein Bild dieser verflossenen Periode der Berliner Bewegung und ihrer Vorläufer zu geben. Wie es die ungemein große Vielseitigkeit des mir gestellten Themas verlangte, mußte ich oft sprungweise vorgehen. Doch hoffe ich damit die Klarheit meiner Schilderung nicht beeinträchtigt zu haben. Manches konnte ich nur skizzenhaft andeuten, weil es sonst den Rahmen meiner Darstellung über die Gebühr erweitert hätte, bei anderen Punkten mußte ich länger verweilen, weil sie mir für das Verständniß der Situation wichtiger erschienen. Ich hoffe, daß es dem Leser recht sein wird. Mein Zweck war nicht der, eine politisch-theoretische Abhandlung zu schreiben, sondern dem Politiker und allen den Tausenden, die sich für die Politik interessiren, noch einmal alles das in's Gedächtniß zurückzurufen, was in der Reichshauptstadt zur Aufrichtung des nationalen, conservativen und königstreuen Gedankens im Laufe einer Reihe von Jahren geschehen ist. Wissenschaftliche Erörterungen habe ich dabei gänzlich vermieden, denn ich schrieb für das Volk. Wenngleich ich nun den sehr begreiflichen Wunsch hege, daß die Arbeit jedem Leser gefallen möchte, so lag mir doch auf der anderen Seite fern, ihm eine Unterhaltungslectüre zu schaffen, denn dann hätte ich einen Roman schreiben, oder mich zum mindesten romantischer ausdrücken können. Ich habe aber im Gegentheil darauf Werth gelegt, auf positiv realem Gebiet, wie es das politische ist und sein soll, auch reale Gedanken aufzubauen.

Nach einiger Zeit, — vielleicht bald — wenn die heutige Periode des Cartells nationaler Elemente sich vom historischen Standpunkte schon beurtheilen und beleuchten läßt, werde ich mich dieser letzteren Arbeit, wie ich hoffe, ebenfalls einmal unterziehen. Möge dann die sachliche und persönliche Befriedigung, welche ich bei der vorliegenden Ausarbeitung gehabt, angesichts dessen, was in Berlin durch die Bewegung geschaffen und geleistet ist, ebenfalls nicht fehlen.

Druck von C. G. Röder in Leipzig.